



Universität Potsdam

Dieter Holtmann

mit Claudia Buchheister, Tilo Görl, Silke Grau,
Michael Mutz u.a.

Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich

6., veränderte Auflage

Universitätsverlag Potsdam

Dieter Holtmann
Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland
im internationalen Vergleich

Die Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich

Dieter Holtmann
mit
Claudia Buchheister
Tilo Görl
Silke Grau
Michael Mutz u.a.

6., veränderte Auflage

Universitätsverlag Potsdam

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2010

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel.: +49 (0)331 977 4623 / Fax: 3474
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
der Universität Potsdam

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

6., veränderte Auflage

Online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2010/4180/>

URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus-41801](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-41801)

<http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus-41801>

Zugleich gedruckt erschienen im Universitätsverlag Potsdam

ISBN 978-3-86956-057-1

Die jeweils aktuelle Auflage ist abrufbar unter

http://pub.ub.uni-potsdam.de/abfrage_collections.php?coll_id=685

Vorwort

Im Folgenden wird ein System gesellschaftlicher Dauerbeobachtung für den internationalen Vergleich von Gesellschaften vorgeschlagen, indem aufgrund einer Auseinandersetzung mit der sozialphilosophischen Diskussion acht Performanzkriterien für den internationalen Vergleich von Lebensbedingungen entwickelt werden: Wohlstand und Wachstum; ökologische Nachhaltigkeit; Innovation; soziale Sicherung durch Unterstützungsleistungen im Risikofall sowie vorsorgend durch Bildungsinvestitionen; Anerkennung der Besonderheiten (Frauenfreundlichkeit und Migrantenfreundlichkeit); Gleichheit der Teilhabe; soziale Integration; Autonomie („freedom of choice and capabilities“).

In unserem Ansatz gehen wir nicht von einem einheitlichen Pfad der Modernisierung in Richtung Wachstum, Partizipation und Inklusion aus, sondern unterscheiden – in Erweiterung der „drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ von Esping-Andersen (1990) – für die berücksichtigten 36 Länder (u.a. alle EU-Mitglieder) insbesondere folgende fünf verschiedene institutionelle Entwicklungspfade der Modernisierung: Der sozialdemokratisch-universalistische Pfad, der wirtschaftsliberale Pfad, der Statuskonservierende Pfad, der „familistische“ Pfad und die Entwicklung der Gruppe der exsozialistischen Länder, die sich in einem Prozess der Ausdifferenzierung befinden.

Zur Analyse der Sozialstrukturen werden als Modelle sozialer Lagen berücksichtigt: Marx, Weber, Roemer/Wright; soziale Schichten, berufliche Lagen, Goldthorpe-Modell; Bourdieu, Vester, Hradil. Als Anwendungsbereiche werden behandelt: Dienstleistungsgesellschaften und Erwerbstätigkeit, Bildung; Wohlfahrtsregime und soziale Sicherung; Wohlstand, Einkommen, Vermögen und Armut; soziale Mobilität; soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern; Bevölkerungsstruktur und Lebensformen; Lebensstile; Individualisierung und ihre Gegenbewegungen; zusammenfassender Vergleich von Lebensbedingungen in verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen.

An unserem Vergleichsprojekt haben insbesondere mitgewirkt: Michael Mutz hat u.a. die empirischen Analysen zum internationalen Vergleich der Lebensbedingungen von Gesellschaften aus dem Buch „Zur Performanz von Wohlfahrtsregimen und zu den Unterstützungspotentialen für die verschiedenen Wohlfahrtsregime: eine empirische Untersuchung.“ (Dieter Holtmann mit Michael Mutz, Florian Alber u.a., 2006) auf den Stand von 2008 aktualisiert. Die Aktualisierung der Daten und Berechnungen für 2010 erstellten Tilo Görl (5.6), Silke Grau (6.4, 10.5), Claudia Buchheister (7.1), Karin Telschow (7.2, 7.8), Daniela Goni (9.4, 10.2) und Zalina Bedoeva (10.4). Claudia Buchheister hat u.a. die Analysen zur sozialen Mobilität der Bundesrepublik durchgeführt. Tilo Görl hat zu dem ganzen Manuskript Anmerkungen beigetragen, die in die Endfassung eingegangen sind. Silke Grau hat die Fallstudien zu den einzelnen Ländern betreut. Christina Wolff hat an den Kapiteln 9 und 10 mitgewirkt. Ferner basiert die Arbeit auch auf der Mitarbeit der Teilnehmer am Lehrforschungsprojekt zur Performanz von Wohlfahrtsregimen und der Teilnehmer an den Seminaren zum internationalen Vergleich von Sozialstrukturen. Den Mitarbeitern, die mit mir dieses Programm umsetzen, sowie Annett Wadewitz und Anja Nitsche für die Gestaltung des vorliegenden Buches gilt an dieser Stelle mein besonderer Dank.

Prof. Dr. Dieter Holtmann

März 2010

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung/Sozialwissenschaften

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung: Performanzkriterien für den internationalen Vergleich von Lebensbedingungen	1
2.	Verschiedene Pfade der Modernisierung (Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime)	9
2.1	Die Modernisierung der Sozialstruktur als Bezugspunkt für einen Vergleich von Sozialstrukturen gemäß Hradil.....	9
2.2	Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus gemäß Esping-Andersen.	10
2.3	Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime.....	12
2.3.1	Sechs Idealtypen von Wohlfahrtsregimen	15
2.3.2	Die Wertebasis der Wohlfahrtsregime.....	20
2.3.3	Die berücksichtigten Länder bzw. Ländergruppen.....	23
2.4	Verschiedene Pfade der Modernisierung	26
3.	Modelle sozialer Lagen I: Marx, Weber, Roemer/Wright.....	28
3.1	Grundaussagen der Marx'schen Theorie	28
3.2	Stände und Klassen gemäß Weber.....	31
3.3	John Roemers Beiträge zur Prüfung der internen Konsistenz der Marx'schen Theorie	33
3.4	Das Wright'sche Modell der mehrdimensionalen Ausstattungsungleichheiten	35
3.5	Überprüfung von Wrights deduktivem Ansatz in der Bundesrepublik ..	36
3.5.1	Einkommen als Kriteriumvariable.....	38
3.5.2	Empirischer Test der Klassenkonzeption mit Hilfe des Bewusstseins-Index.....	40
3.5.3	Überprüfung des Wright'schen Modells in einem graphischen Bezugsrahmen	42
4.	Modelle sozialer Lagen II: Soziale Schichten, berufliche Lagen, Goldthorpe-Modell.....	46
4.1	Soziale Schichten	46
4.2	Überprüfung eines Berufsstrukturmodells – als Bündelung gesellschaftlicher Handlungsressourcen – in der Bundesrepublik	50
4.2.1	Das Berufsstrukturmodell im graphischen Bezugsrahmen.....	51
4.2.2	Vergleich der Erklärungskraft von Klassen- und Berufsstrukturmodellen.....	54
4.2.3	Geschlechtsspezifisches Berufsstrukturmodell.....	56
4.2.4	Berufsstrukturmodell für die alten und neuen Bundesländer – Ungleichheit und Angleichung	60
4.3	Die Modelle von Goldthorpe und von Walter Müller	63
4.3.1	Das Modell sozialer Lagen von Goldthorpe	63
4.3.2	Das Modell von Walter Müller	67

4.3.3	Entstrukturierung und Restrukturierung der Parteiaffinitäten in West- und Ostdeutschland	67
5.	Erwerbstätigkeit und Typen von Dienstleistungsgesellschaften, Bildung und Bildungsregime, Innovationsfähigkeit	70
5.1	Modernisierung als Vergleichsmaßstab für den Bereich der Erwerbstätigkeit gemäß Hradil	70
5.2	Die zweite Weltwirtschaftskrise als aktuelle gesellschaftliche Herausforderung	73
5.3	Drei typische Entwicklungspfade in die Dienstleistungsgesellschaft gemäß Esping-Andersen	74
5.4	Modernisierung als Vergleichsmaßstab für den Bildungsbereich gemäß Hradil	81
5.5	Verschiedene Pfade der Modernisierung am Beispiel der Bildungsregime	83
5.6	Die Innovationsfähigkeit von Gesellschaften im empirischen Vergleich	86
6.	Wohlfahrtsregime, Bildung und nachsorgende soziale Sicherung...	94
6.1	Konzepte von Wohlfahrt und Lebensqualität	94
6.2	Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus nach Esping-Andersen	95
6.3	Die Bismarck'sche und die Beveridge-Tradition der Sozialstaatlichkeit	103
6.4	Bildung und nachsorgende soziale Sicherung in den verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen	105
7.	Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit, Einkommen, Vermögen, Bildungs- und Einkommensarmut, Gleichheit der Teilhabe	112
7.1	Wohlstand und Wachstum: Die Bundesrepublik im internationalen Vergleich	112
7.2	Die Kehrseite von Wohlstand und Wachstum: Ökologische Nachhaltigkeit	121
7.3	Modernisierung als Vergleichsmaßstab für soziale Ungleichheiten (Einkommen, Vermögen, Armut) gemäß Hradil	133
7.4	Zur Messung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen	134
7.5	Vermögensverteilung	138
7.6	Armut	138
7.7	Verschiedene Pfade der Modernisierung im Hinblick auf Einkommensunterschiede und Armut	141
7.8	Gleichheit der Teilhabe: Einkommensungleichheit sowie Bildungs- und Einkommensarmut im Vergleich der Länder und Wohlfahrtsregime	143
8.	Soziale Mobilität	152
8.1	Begrifflichkeiten	152

8.2	Entwicklung der Modelle und Methoden zur Erforschung sozialer Mobilität.....	155
8.3	Erikson/Goldthorpe zur sozialen Mobilität in Industriegesellschaften	157
8.4	Soziale Mobilität in der Bundesrepublik Deutschland	158
8.4.1	Intergenerationale Bildungsmobilität.....	158
8.4.2	Intergenerationale Berufsmobilität	164
8.5	Drei Mobilitäts-Regime gemäß Esping-Andersen.....	171
9.	Soziale Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern	175
9.1	Die Entwicklung in Deutschland gemäß Rainer Geißler.....	175
9.2	„Gendered welfare regimes“	179
9.2.1	Typen von Ernährer-Modellen gemäß Jane Lewis und Ilona Ostner ...	179
9.2.2	Vom „male breadwinner model“ zum „adult worker model“ (Jane Lewis)?.....	181
9.3	„Gendered employment regimes“	182
9.3.1	Profile der Frauenerwerbsbeteiligung gemäß Daly und Pfau-Effinger	182
9.3.2	Geschlechtsspezifische Berufsstrukturen, die Befürwortung sozialstaatlicher Intervention und die Einstellung zur Frauenerwerbstätigkeit im Vergleich zu Norwegen und den USA	185
9.3.3	Einstellungen zur Erwerbstätigkeit im Vergleich mit Großbritannien.	187
9.4	Die Frauenfreundlichkeit von Ländern und Wohlfahrtsregimen im empirischen Vergleich	189
10.	Bevölkerungsstruktur, Lebensformen sowie das Ausmaß der sozialen Integration und Autonomie	198
10.1	Modernisierung der Bevölkerungsstruktur gemäß Hradil	198
10.2	Anerkennung und Antidiskriminierung von Migranten in verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen	206
10.3	Modernisierung der Lebensformen gemäß Hradil.....	215
10.4	Das Ausmaß der sozialen Integration in verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen.....	217
10.5	Autonomie als die Befähigung zum selbstbestimmten Handeln	225
11.	Modelle sozialer Lagen III: Bourdieu, Vester, Hradil	233
11.1	Bourdieu's Modell des „sozialen Raums“	233
11.2	Der Ansatz von Vester	236
11.3	Das Modell sozialer Lagen von Stefan Hradil.....	240
12.	Lebensstile.....	243
12.1	Kausalmodell zur Verortung der Lebensstile	243
12.2	Milieuspezifische Varianten der Erlebnisorientierung gemäß Gerhard Schulze	245
12.3	Charakterisierung von Lebensstilen durch Wertorientierungen	247

12.4	Strukturierung der Parteipräferenz durch „Klassen“ und/oder Lebensstile gemäß Otte	254
12.5	Versuch einer „integrativen“ Typologie der Lebensführung von Otte	254
13.	Individualisierung und ihre Gegenbewegungen	256
13.1	Die Individualisierungs-Diagnose und „Decline of class voting“	256
13.2	Ingleharts These des Wertewandels hin zum „Postmaterialismus“	260
13.3	Zur Dimensionalität des Werteraums und zu den Messungen Ingleharts	261
13.4	Individualisierung und ihre Gegenbewegungen	263
14.	Zusammenfassender Vergleich der Lebensbedingungen: Zur Performanz der Länder und Wohlfahrtsregime	265
	Literaturverzeichnis.....	275
	Sachregister.....	299

1. Einleitung: Performanzkriterien für den internationalen Vergleich von Lebensbedingungen

Modellbegriff und Begriff der Sozialstruktur

Mit dem Modellbegriff soll im Folgenden angesprochen werden, dass in Beschreibungen und Erklärungen der Sozialstruktur mit Konstrukten gearbeitet wird, die der Beobachter an seinen Gegenstand heranträgt. Die Angemessenheit von Modellen als Verdichtungen von Theorien lässt sich etwa dadurch beurteilen, ob empirische Beobachtungen übereinstimmen mit unter den Modellannahmen zu erwartenden Beobachtungen.

„Mit ›Sozialstruktur‹, einem viel genutzten, aber selten definierten Begriff, sollen die wichtigsten Merkmale und sozialen Beziehungen von Bevölkerungsgruppen bezeichnet werden, die sich durch eine jeweils gemeinsame Stellung in sozialen Subsystemen (Bildungssystem, Wirtschaftssystem o.ä.), in sozialen Institutionen (Betriebe, Schulen, Parteien usw.) und in sozialen Handlungsgefügen (persönliche Netzwerke von Bekannten, innerfamiliäre Beziehungen etc.) ergeben.“ (Hradil 1992: 3)

Die drei Definitionskomponenten werden von Hradil (1992:5) „gegliedert nach Subsystemen, die der Erfüllung gesellschaftlicher Grundbedürfnisse dienen (Bildungs-, Wirtschafts-, Sicherheits-, Politik-System), nach Institutionen innerhalb dieser Systeme (Schulen, Betriebe, Parteien usw.), schließlich nach persönlichen Beziehungsgefügen innerhalb dieser Institutionen (Arbeitsteams, Netzwerke etc.)“.

Die Breite der Problematik der deutschen Wiedervereinigung beispielsweise lässt sich daran ersehen, dass sie alle drei Komponenten nachhaltig betrifft: Durch die Transformation des politischen und wirtschaftlichen Systems sowie des Systems der sozialen Sicherung, durch einen umfassenden Institutionen-Transfer aus dem Westen sowie Neu-Strukturierungen der persönlichen Beziehungsgefüge infolge der hohen sozialen, regionalen und Beziehungsmobilität im Prozess der gesellschaftlichen Umbrüche nach 1989.

Der Stellenwert des ökonomischen Subsystems wird in Sozialstrukturanalysen häufig zu wenig berücksichtigt. Da hier aber vertreten wird, dass der zunehmende ökonomische Konkurrenzdruck im Prozess der Globalisierung der Ökonomie die Randbedingungen für die Entwicklung sozialer Lagen setzt, wird im folgenden an Ansätze angeknüpft, die diesen Zusammenhang thematisieren – wie z.B. die Thesen zur Tertiarisierung der Industriegesellschaften: Die Verschiebung der Branchenstruktur durch den Abbau industrieller und Aufbau tertiärer Arbeitsplätze konstituiert veränderte Beschäftigungsmöglichkeiten. Wegen der Zentralität der Erwerbstätigkeit ist dies ein vorrangiges Thema des Vergleichs von Sozialstrukturen.

Zum Aufbau des Buches

Die Charakteristika der Sozialstruktur der Bundesrepublik erschließen sich am besten, wenn man die Bundesrepublik mit anderen entwickelten Ländern vergleicht. Als systematischer Zugang werden dabei die verschiedenen Logiken der Wohlfahrtsproduktion – ausgehend von Esping-Andersen (1990) – gewählt, die sich in unterschiedlichsten Modernisierungspfaden niederschlagen, wie im Folgenden ausgearbeitet werden soll (vgl. Kap. 2).

Die verschiedenen Ansätze und Modelle zur Analyse der Sozialstruktur werden in drei Kapitel geordnet: Die Ansätze in klassischer Tradition (Modelle sozialer Lagen I: Marx, Weber, Roemer/Wright), die Ansätze, die soziale Schichten und berufliche Lagen ins Zentrum stellen, (Modelle sozialer Lagen II: Soziale Schichten, berufliche Lagen, Goldthorpe-Modell) und schließlich die theoretischen Ansätze, die Lebensstile ins Zentrum stellen (Modelle sozialer Lagen III: Bourdieu, Vester, Hradil).

Nach den ersten beiden Kapiteln zu den verschiedenen Ansätzen und Modellen (vgl. Kap. 3 und 4) werden einige zentrale empirische Schwerpunkte behandelt: Den verschiedenen Entwicklungspfaden der Wohlfahrtsregime entsprechen Entwicklungspfade in der Ausgestaltung der Dienstleistungsgesellschaften im Hinblick auf Erwerbstätigkeit und Bildung, wobei sich verschiedene Bildungsregime unterscheiden lassen (vgl. Kap. 5). Anschließend wird die soziale Sicherheit in den verschiedenen Varianten der Bismarck'schen und der Beveridge-Tradition analysiert, ferner wird die Stabilität der materiellen Versorgung und die Vorsorge (durch Investitionen in Bildung und Ausbildung) in den verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen verglichen (vgl. Kap. 6). Auch Einkommen, Wohlstand und Vermögen sowie Einkommensungleichheiten und Armut sind in unterschiedlichen Wohlfahrtsregimen und Dienstleistungsgesellschaften verschieden ausgeprägt (vgl. Kap. 7). Die soziale Mobilität bzw. Offenheit von Gesellschaften ist unterschiedlich ausgeprägt, sodass sich Mobilitätsregime unterscheiden lassen (vgl. Kap. 8). Die soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern wird mit den verschiedenen Ernährer-Modellen gemäß Ostner sowie den „gendered employment regimes“ gemäß Daly und Pfau-Effinger analysiert, ferner wird die Anerkennung und Anti-Diskriminierung von Frauen im Vergleich der Länder und Wohlfahrtsregime untersucht (vgl. Kap. 9). Die Bevölkerungsstruktur und die Lebensformen werden untersucht, ferner wird die soziale Integration und das Ausmaß der Autonomie in den verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen verglichen (vgl. Kap. 10). Nach dem Kapitel zu den Theoretikern der „feinen Unterschiede“ (vgl. Kap. 11) wird die Empirie der Lebensstile in der Bundesrepublik untersucht (vgl. Kap. 12). Anschließend wird der „Wandel des Wertewandels“ dargestellt, die Individualisierung und ihre Gegenbewegungen (vgl. Kap. 13). Zusammenfassend werden schließlich die Lebensbedingungen in den verschie-

denen Ländern und Wohlfahrtsregimen anhand von Performanzkriterien verglichen (vgl. Kap. 14).

Konzepte von Wohlfahrt und Lebensqualität

Wie der englische Begriff „welfare“ umfasst der Begriff *Wohlfahrt* einerseits die individuelle Lebensqualität und andererseits die öffentliche Infrastruktur.

Während die *individuelle Lebensqualität* früher im Schwedischen Modell der Wohlfahrtsforschung genau im Hinblick auf Ressourcen konzipiert wurde, ist im Laufe der Zeit ein breiteres Verständnis vorgeschlagen worden, vgl. z.B. „Having, loving, being: An alternative to the Swedish model of welfare research“ von Allardt (wiederabgedruckt in Nussbaum/Sen 1993). Eine relevante Akzentuierung hat der Nobelpreisträger für Ökonomie Sen vorgeschlagen: Man muss über „capabilities“ (Befähigungen und Möglichkeiten) verfügen, um Chancen der Wahlfreiheit auch faktisch wahrnehmen zu können (vgl. Sen 1993: *Capability and well-being*).

Die *öffentliche Wohlfahrt* wird im internationalen Vergleich in Betonung der Bedeutung der institutionellen Entwicklungspfade seit Esping-Andersen 1990 überwiegend in der Form unterschiedlicher *Wohlfahrtsregime* konzipiert, die unterschiedliche Wohlfahrtsziele und Ausmaße öffentlicher Unterstützungsleistungen beinhalten. Idealtypisch wird unterschieden zwischen einem umfassenden sozialdemokratisch-egalitären skandinavischen Wohlfahrtsregime, einem Status-konservierenden kontinentalen Wohlfahrtsregime und einem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime mit bedürftigkeitsprüfender Armenfürsorge.

Zum weltweiten Vergleich von Wohlfahrt und Lebensqualität erstellen die Vereinten Nationen jährlich einen „Human Development Report“, in dem alle Nationen der Welt bzgl. der Humanressourcen, der Produktivität, Gleichheit, Nachhaltigkeit und Befähigung („Empowerment“) verglichen werden. Auch wir werden im Folgenden auf die Informationen des aktuellen Human Development Report zurückgreifen.

Um die *subjektive* Bewertung von Wohlfahrt und Lebensqualität zu erfassen, ist das Konzept der „Allgemeinen Lebenszufriedenheit“ und der „Zufriedenheit mit spezifischen Lebensbereichen“ entwickelt worden, welche mit den Methoden der empirischen Sozialforschung erhoben werden (für die Bundesrepublik Deutschland vgl. z.B. die regelmäßigen Datenreporte und die regelmäßigen Erhebungen des sozioökonomischen Panels).

Zur Frage der Performanz von Wohlfahrtsregimen

Wie Gesellschaften Wohlfahrt organisieren und institutionalisieren, drückt ihre grundlegenden Wertvorstellungen über gutes Zusammenleben aus. Um zu betonen, dass Gesellschaften für gewisse Zeitperioden bestimmte gesellschaftspolitische Programme verfolgen, wird im Folgenden der Begriff der Wohlfahrtsregime verwendet, womit an Esping-Andersens Konzeption angeknüpft werden soll (vgl. Esping-Andersen 1990). Um die Performanz von Gesellschaften im Hinblick auf Wohlfahrt vergleichen zu können, werden aus der sozialphiloso-

phischen Diskussion von „moral values“ (vgl. Goodin et al. 1999) eigene Kriterien sozialer Wohlfahrt entwickelt. Im Folgenden werden bei der Verortung der Bundesrepublik nach den ausgewählten Performanzkriterien als internationaler Kontext jeweils die Ergebnisse für 36 entwickelte Länder dargestellt. (Die berücksichtigten Länder werden in Kapitel 2.3.3 erläutert.) Die empirische Ausgangsbasis dafür bildet unsere Studie „Zur Performanz von Wohlfahrtsregimen und zu den Unterstützungspotentialen für die verschiedenen Wohlfahrtskonzepte: eine empirische Untersuchung.“ (D. Holtmann mit Michael Mutz, Florian Alber u.a., Potsdam 2006). Für die folgende Darstellung haben wir die Daten auf den aktuellen Stand gebracht.

Performanzkriterien zum Vergleich der Lebensbedingungen

Goodin et al. (1999) und Merkel (2001) erarbeiten jeweils Kriterien, mit denen sie die Performanz von Wohlfahrtsregimen beurteilen wollen. Goodin et al. (1999) schlagen sechs „moral values“ ohne Rangordnung vor, Merkel fünf Kriterien der Verteilungsgerechtigkeit, wobei die Nummerierung seine Priorität ausdrückt (vgl. Tabelle 1-1).

Tabelle 1-1: „Moral values“ und Verteilungsgerechtigkeit

Goodin et al. (1999): 6 „moral values“	Merkel (2001): 5 Ziele der Verteilungsgerechtigkeit
Promoting economic efficiency	4b) Aktivierung durch den Sozialstaat
Reducing poverty	1) Vermeidung von Armut
Promoting social equality	5) Verringerung der Einkommens- und Vermögensspreizung
Promoting social integration and avoiding social exclusion	3) Inklusion in den Arbeitsmarkt
Promoting social stability	4a) Sozialstaatliche Sicherung
Promoting autonomy	2) Bildung und Ausbildung

Um mögliche Zielkonflikte zu verdeutlichen, habe ich in Auseinandersetzung mit diesen Kriterienlisten vier Polaritäten zwischen je zwei Zielen vorgeschlagen, die in einem Sterndiagramm dargestellt sind (vgl. Abbildung 1-1). Die Ziele wurden alle positiv formuliert, z.B. ist hier der Gegenpol zu Universalismus nicht Partikularismus im Sinne von partikularen Interessen, sondern die Anerkennung der Besonderheiten, weshalb eine einfache Gleichbehandlung von Gruppierungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen nicht angemessen ist.

Dass es Zielkonflikte gibt, bedeutet nicht, dass es unmöglich wäre, die Ziele gleichzeitig zu erreichen. So wachsen mit den Konsumbergen auch die Müllberge, aber es lassen sich auch Strategien entwickeln, die Umweltbelastungen zu verringern oder zu vermeiden sowie mit Technologie zu bearbeiten.

Abbildung 1-1: „Moral values“ und Kriterien für „social welfare“

(Projektion von acht „moral values“ in zweidimensionale Darstellung)

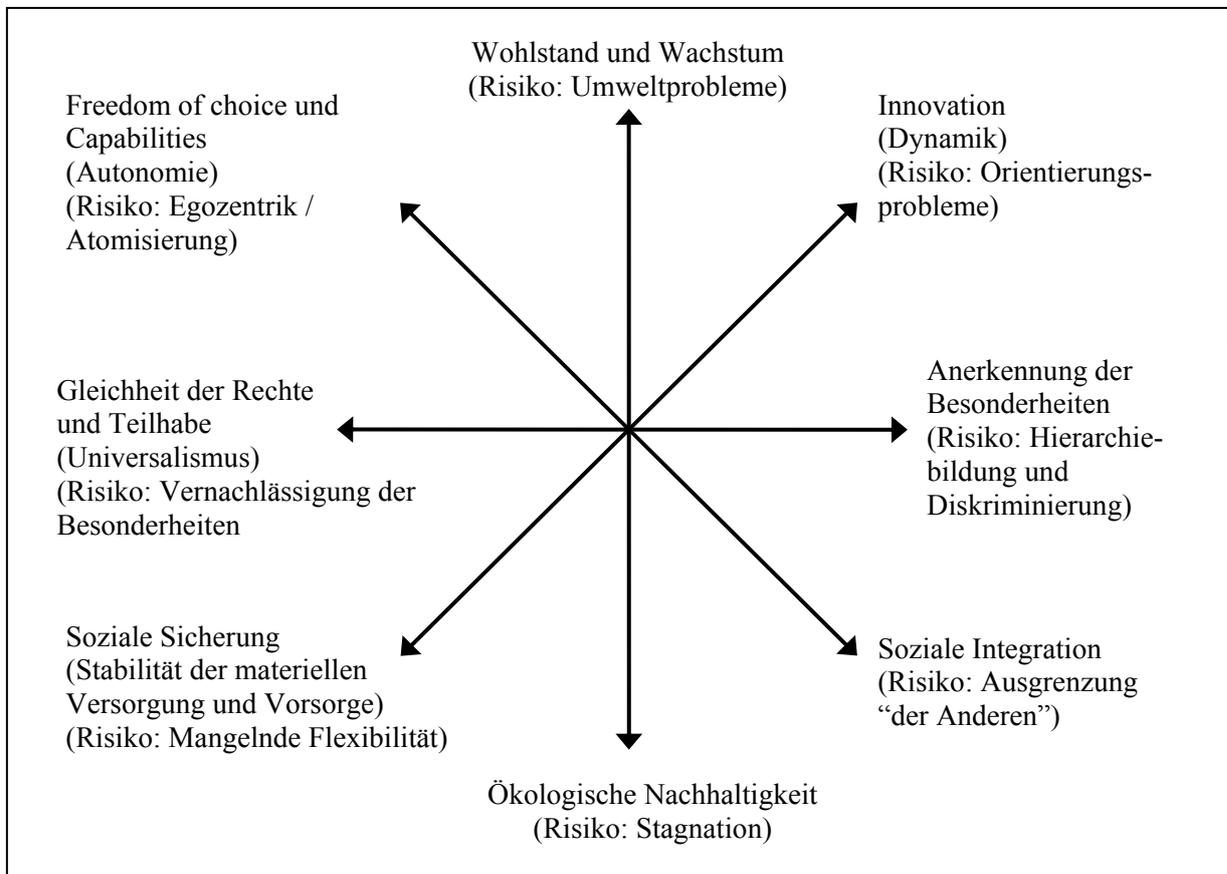


Tabelle 1-2: Mögliche Zielkonflikte

Wohlstand und Wachstum sowie Ökologische Nachhaltigkeit
Innovation / Dynamik sowie Soziale Sicherung (Versorgung und Vorsorge)
Anerkennung der Besonderheiten sowie Gleichheit der Rechte und Teilhabe
Soziale Integration sowie "Freedom of choice and capabilities" (Autonomie)

Wohlstand und Wachstum sowie Ökologische Nachhaltigkeit

Goodin et al. beginnen ihre Kriterienliste mit „economic efficiency“, bemerken aber selbst, dass dies eigentlich „morally agnostic“ ist (ebenda: S. 15). In ihrer Fußnote 5 (S. 26) verweisen sie auf „material well-being“ als evtl. eigentliches Wohlfahrtsziel. Entsprechend würden wir von dem Ziel des Wohlstandes ausgehen, wobei man allerdings Geld- und Zeitwohlstand unterscheiden könnte. Wenn wir bei dem materiellen Wohlstand bleiben, den die Ökonomen kurz durch das Bruttosozialprodukt pro Kopf erfassen, so möchten wir das Ziel des Wachstums hinzufügen, da das Spannungsverhältnis gerade zwischen dem quantitativen Wachstum einerseits und – angesichts der Kehrseite des gleichzeitigen Wachstums der Müllberge der Konsumgesellschaft – der ökologischen

Nachhaltigkeit andererseits besteht, d.h. einem Wirtschaften, das verträglich ist mit den Naturkreisläufen, vom Klima über die Luft bis zur Landschaftsqualität. Bei Merkel (2001) findet man den Effizienzgesichtspunkt ansatzweise als Aktivierung durch den Sozialstaat (4b).

Innovation sowie Soziale Sicherheit (Stabilität der materiellen Versorgung und Vorsorge)

Angesichts des sich ändernden Umfelds müssen ständig neue Problemlösungen gefunden werden. Deshalb sind Innovation und Dynamik ebenfalls wichtige Kriterien einer Gesellschaft, da der relative Wohlstand auf der relativen Produktivität im Vergleich zu anderen basiert. Schumpeter erwartete diese Innovationen vom dynamischen Unternehmer, heute spielen Forschung und Entwicklung eine entscheidende Rolle.

Während der Gesichtspunkt der Innovation bei Goodin et al. und Merkel fehlt, diskutieren Goodin et al. den Gegenpol, die soziale Stabilität. Die Systeme sozialer Sicherung sorgen für die Stabilisierung von Einkünften im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter etc. Zudem machen Goodin et al. darauf aufmerksam, dass Stabilität auch den Aspekt umfasst, dass Individuen ihre Lebenspläne kontinuierlich verfolgen können, was gerade in Zeiten großer Umbrüche als Problemdimension deutlich wird.

Dem Gesichtspunkt der Stabilität entspricht bei Merkel das Ziel der sozialstaatlichen Sicherung, der Aspekte der Vorsorge wird durch die Investitionen in Bildung und Ausbildung thematisiert.

Anerkennung der Besonderheiten sowie Gleichheit der Rechte und Teilhabe

Die soziale Gleichheit wird in der Sozialphilosophie diskutiert zwischen den Polen „equal opportunity“ und „equal outcomes“ bzw. „equal resources“ und „equal welfare“, wobei ersteres die jeweils gemäßigttere Forderung ist.

Bei Merkel entspricht dem das Ziel der Verringerung der Einkommens- und Vermögensspreizung, was ein wichtiger Aspekt der Gleichheitsproblematik ist.

Goodin et al. und auch Merkel formulieren die Vermeidung bzw. Reduktion von Armut noch einmal als selbständiges Ziel, das andererseits in der Gleichheitsforderung implizit enthalten ist. Bei Goodin et al. findet man u.a. die Formulierung, dass Armut dann vermieden wird, wenn Personen über die grundlegenden materiellen Ressourcen verfügen, um am üblichen Leben in ihrer Kommune teilhaben zu können. Ansonsten besteht die Gefahr der „low intensity citizenship“ (O'Donnell). Armut wird dabei verstanden als relative Armut, nämlich relativ zum jeweiligen Umfeld.

Der Gegenpol zum Universalismus der gleichen Rechte und Teilhabe scheint zunächst der Partikularismus im Sinne partieller Interessen zu sein. Positiv formuliert aber handelt es sich um die Anerkennung der Besonderheiten, weshalb eine einfache Gleichbehandlung von Gruppierungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen nicht angemessen ist. Der Anerkennung der Besonderheiten wird von den genannten Autoren nicht thematisiert, spielt aber in der

aktuellen Diskussion um die Anerkennung unterschiedlicher Kulturen, Orientierungen und Lebensweisen eine große Rolle.

Die Frage der Umverteilung wird inzwischen ergänzt um die Frage der Anerkennung (vgl. Fraser und Honneth 2003).

Soziale Integration sowie „Freedom of choice and capabilities“ (Autonomie)

Goodin et al. definieren die Grenzen der Verwandtschaft als diejenigen, für die gilt: „to take care of“. Dies trifft die Problematik besser als ihr Argument der „mutual aid“, denn Kranken müsste bspw. auch ohne utilitaristische Rückversicherung geholfen werden. Im Deutschen scheint mir der Begriff der Unterstützungsnetzwerke geeignet, da er Familie, Freunde, Nachbarn usw. zusammenfasst. Das Risiko sozialer Exklusion andererseits steigt mit der Kumulation von Nachteilen.

Bei Merkel wird entsprechend die Inklusion in den Arbeitsmarkt als Ziel formuliert, die ein wichtiger Weg zur sozialen Integration ist. Arbeitslosigkeit andererseits beeinträchtigt das Selbstwertgefühl und die Handlungsfähigkeit.

Als Gegenpol zur ständigen Einbindung in Verwandtschaftsnetzwerke könnte man Autonomie ansehen. „Freedom of choice“ kann man besser wahrnehmen, wenn man über die entsprechenden „capabilities“ (Sen 1993) verfügt, d.h. befähigt ist, die Chancen der Wahlfreiheit auch faktisch wahrzunehmen.

Dem „enabling“ (befähigen) entspricht bei Merkel das Ziel der Bildung und Ausbildung. Investitionen in Humankapital sind nach unserer Auffassung zentral, insofern sie Individuen befähigen, Problemlagen besser verstehen und bearbeiten zu können. Diese Handlungsfähigkeit wirkt präventiv auf mögliche Gefährdungen. Merkel setzt sie nach der Armutsreduktion auf seiner Prioritätenliste an die zweite Stelle, hebt aber auch ihre zentrale Multiplikatorfunktion für seine anderen vier Gerechtigkeitsziele hervor.

Wir würden die genannten acht Ziele alle für beachtenswert halten und angesichts der Vieldimensionalität der Problemlagen auf eine Prioritätensetzung zwischen diesen Zielen verzichten, da Entscheidungen eher kontextabhängig gefällt werden sollten.

In den folgenden Kapiteln wird die Performanz der 36 berücksichtigten Länder und – zusammenfassend – der verschiedenen Wohlfahrtsregime im Hinblick auf diese acht Wohlfahrtskriterien empirisch untersucht.

„Objektive“ and „subjektive“ Aspekte der Sozialstruktur

Als „objektive“ Aspekte der Sozialstruktur sind in einer Gesellschaft mit berufsständischer Tradition wie der Bundesrepublik Deutschland die „meritokratische Triade“ von (Aus-) Bildung, Beruf und Einkommen relevante

Strukturierungen der Chancenstruktur. Wenn in der Herrschaft des Verdienstes die Leistung als legitime Grundlage gilt, so ist sie in der Marktgesellschaft zu ergänzen um den Erfolg, der auch auf glücklichen Umständen beruhen kann wie der Geburt in prosperierenden Regionen, zu historisch günstigen Zeitpunkten, in der geschätzten Geschlechtsrolle oder der kulturell dominierenden Ethnie.

In einer Leistungsgesellschaft stellt sich die Frage der „sozialen Vererbung“, da ererbter Reichtum als weniger verdient erscheint als erworbenes Ansehen. Es gibt soziale Vererbung aber auch in dem Sinne, dass grob ein Drittel der Kinder in Bildung und Beruf in der gleichen hierarchischen Stufe zu finden sind wie ihre Eltern. Dies heißt aber gleichzeitig, dass etwa zwei Drittel der Personen in der Bundesrepublik sozial mobil sind und insofern in dieser Hinsicht multidimensionale Bezugspunkte in der sozialen Lage aufweisen. Wenn man die verstärkt thematisierten Dimensionen von Geschlecht, Ethnie, Region, Alter etc. berücksichtigen will, drängt sich die Verwendung eines mehrdimensionalen Konzepts sozialer Lagen auf.

Als „subjektive“ Aspekte der Sozialstruktur sind andererseits die grundlegenden Wertorientierungen der handelnden Personen zu berücksichtigen, denn von ihnen hängt ab, welchen Beruf sie anstreben und die Gesellschaft welcher anderen Personen sie suchen. Inglehart (1971) diagnostizierte den Wandel von der Dominanz der „Materialisten“ zu den „Postmaterialisten“ im Generationenwandel. In der Phase der wirtschaftlichen Stagnation nach 1990 wurde inzwischen der „Wandel des Wertewandels“ (Hradil 2002) beobachtet. Diese subjektiven Handlungsorientierungen müssen mit berücksichtigt werden, wenn man zentrale Phänomene einer demokratisch verfassten Gesellschaft wie etwa politische Affinitäten erklären will. Für die Analyse plädieren wir dafür, die „objektiven“ Faktoren wie z.B. die Hierarchie der materiellen Lagen und die „subjektiven“ Faktoren wie z.B. die Wertorientierungen getrennt zu konzipieren, um ihre relative Erklärungskraft bzgl. z.B. von politischem Wahlverhalten diskutieren zu können.

2. Verschiedene Pfade der Modernisierung (Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime)

2.1 Die Modernisierung der Sozialstruktur als Bezugspunkt für einen Vergleich von Sozialstrukturen gemäß Hradil

Die funktionalistische Lesart der Modernisierungstheorie (Talcott Parsons u.a.) betont, dass die Beiträge der Modernisierung etwa der Bildungs- und Ausbildungssysteme zur Integration der Gesellschaft beitragen sowie die Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit steigern, und wertet Modernisierung positiv als Fortschritt.

Der Ansatz mit der Betonung der Ambivalenz der Moderne (z.B. Zygmunt Bauman 1992) arbeitet die Zwei- oder auch Mehrdeutigkeit des Modernisierungsprozesses heraus und geht davon aus, dass „Barbarei“ auch in der Moderne möglich ist (vgl. auch Miller/Soeffner 1996).

Im Folgenden ist der Begriff „Modernisierung“ auch von uns ohne wertenden Fortschrittsaspekt gemeint: Im Modernisierungsprozess können nicht nur die Produktiv-, sondern auch die Destruktivkräfte „auf größerer Stufenleiter“ agieren.

Tabelle 2-1: Dimensionen der Modernisierungstheorie gemäß Johannes Berger

Bereich	Strukturelle Innovation	Entwicklungsrichtung
Person	Leistungsorientierung und Empathie	Individuierung
Kultur	Differenzierung von Wertsphären	Rationalisierung, Wertverallgemeinerung
Gesellschaft	funktionale Differenzierung	Komplexitätssteigerung
Wirtschaft	Konkurrenzwirtschaft	Wachstum
Politik	Konkurrenzdemokratie	Partizipation
Gemeinschaft	„citizenship“, Öffentlichkeit	Inklusion
Sozio-Kultur	allgemeine Schulpflicht, unabhängige Wissenschaft	Expansion des Bildungswesens, Verwissenschaftlichung

Quelle: „Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich – und was wird ihr bloß unterstellt?“ (Johannes Berger in Leviathan 1996: 51-53)

Johannes Berger (1996) hat für die verschiedenen Bereiche herausgearbeitet, welche strukturelle Innovation als Modernisierung charakteristisch ist und welche positive Entwicklungsrichtung der Fortschrittsinterpretation der Modernisierung entsprechen würde. Im Folgenden werden wir Performanzkriterien eher ambivalent formulieren: Wenn man z.B. Wachstum als Fortschrittsin-

dikator wählt, sollte man die Kehrseite der ökologischen Probleme auch als Kriterium betrachten.

Stefan Hradil (1996) hat das Konzept der Modernisierung als Vergleichsmaßstab für die Analyse von Sozialstrukturen vorgeschlagen, wobei er als Bereiche berücksichtigt: Bevölkerung, Haushalte, Bildung, Erwerbstätigkeit, Ungleichheit, soziale Sicherung sowie Lebensweisen, Massenkultur. Hradil unterscheidet idealtypisch die vormoderne Agrargesellschaft, die moderne Industriegesellschaft und die moderne postindustrielle (Wissens- und Dienstleistungs-) Gesellschaft und formuliert jeweils Kernaussagen über Beobachtungen, die aus Sicht einer allgemeinen Modernisierungstheorie zu erwarten wären, die er in seiner Analyse mit den tatsächlichen empirischen Beobachtungen konfrontiert.

Nach unserer Ansicht ist es eine sehr gute Vorgehensweise, erst die Kriterien zu formulieren, gemäß derer dann die Bewährung – hier der Modernisierungstheorie – beurteilt werden soll. Wir möchten dieser Vorgehensweise weitgehend folgen, schlagen aber vor, in Anknüpfung an Esping-Andersens Theorie der drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus von verschiedenen Modernisierungspfaden auszugehen, wobei wir die drei Entwicklungspfade von Esping-Andersen um drei weitere ergänzen möchten, was wir nun begründen wollen.

2.2 Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus gemäß Esping-Andersen

In seinem modernen Klassiker zur Wohlfahrtsforschung „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ (1990) unterscheidet Esping-Andersen drei verschiedene Logiken von Wohlfahrtsregimen in dem „Dreieck“ der Wohlfahrtsproduktion von Staat, Markt und Familie.

Der Regime-Begriff ist bei Esping-Andersen wie folgt definiert: „To talk of ‘a regime’ is to denote the fact that in the relation between state and economy a complex of legal and organizational features are systematically interwoven.“ (1990, S. 2)

Aus meiner Sicht ist der Vorteil des Regime-Begriffs, dass man damit die Kontinuität und den Wechsel von gesellschaftlich-politischen Programmen diskutieren kann: Ob z. B. der Thatcherismus, der mehrere Regierungsperioden umfasst, durch einen anderen wohlfahrtsstaatlichen Weg abgelöst wurde, d.h. ob ein Pfadwechsel stattfand und worin sich dann das neue gesellschaftlich-politische Programm von „New Labour“ unterscheidet.

In dem „liberalen“ Wohlfahrtsregimetyt dominiert die Marktlogik, der ausgleichende Wohlfahrtsstaat ist eher residual. Soziale Unterstützungsleistungen werden von strengen Bedürftigkeitsprüfungen („needs-tests“) abhängig gemacht. Ein Prototyp des liberalen Wohlfahrtsregimes ist die USA.

In dem „konservativen“ (gemeint ist: Status-konservierenden) Wohlfahrtsregimety sind in der Sozialversicherungstradition die Sozialleistungen abhängig von den vorher geleisteten Beiträgen und dadurch von der Erwerbsarbeit. Zu diesem Typ gehört auch Deutschland.

In dem „sozialdemokratischen“ Wohlfahrtsregimety dominieren die Prinzipien des Universalismus und der Dekommodifizierung: Der Zwang zur Annahme von Erwerbsarbeit zu jeder Bedingung wird durch den Sozialstaat reduziert, d. h. der „Warencharakter“ (commodity (engl.) = Ware) der Arbeitskraft wird reduziert durch Lohnersatzleistungen. Schweden ist der Prototyp des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimety und das Prinzip des universalistischen Sozialstaats wurde institutionalisiert durch eine Allianz der Arbeiterbewegung mit den Mittelschichten.

Im *ersten Teil* seines Buchs behandelt Esping-Andersen insbesondere die Frage nach den **Ursachen für die verschiedenen Wohlfahrtsregimety** (Wohlfahrtsregime als abhängige Variable). Nach seinem institutionalistischen und Klassen-Allianzen-Ansatz arbeitet Esping-Andersen einerseits historisch, andererseits mit multiplen Regressionsanalysen (18 Länder) heraus, dass in Ländern, in denen katholische und absolutistische Traditionen ein größeres Gewicht hatten, die Entstehung des „konservativen“ Regimety begünstigt wurde. In Ländern, in denen die Arbeiterbewegung vergleichsweise schwach war – wie z.B. in dem Einwanderungsland USA –, wurde die Entstehung eines „liberalen“ Wohlfahrtsregimety begünstigt. In Ländern, in denen die Arbeiterbewegung dominierte, wurde die Entstehung eines „sozialdemokratischen“ Wohlfahrtsregimety begünstigt.

Im *zweiten Teil* seines Buchs arbeitet Esping-Andersen die **Folgen von Wohlfahrtsregimen** heraus (d.h. Wohlfahrtsregime als unabhängige Variable).

Esping-Andersen arbeitet u.a. heraus, dass den verschiedenen **Typen der Wohlfahrtsproduktion** auch verschiedene **Typen von Dienstleistungsgesellschaften** entsprechen: Im „liberalen“ Wohlfahrtsregime sind „business service“ und „consumer service“ überproportional entwickelt, im „sozialdemokratischen“ Wohlfahrtsregime ist der „social service“ („health, education and welfare“) überproportional entwickelt. Im „konservativen“ Wohlfahrtsregime schließlich sind weder die privaten Dienstleistungen noch die öffentlichen Dienstleistungen überproportional entwickelt, sodass die Erwerbstätigkeit deutlich unter dem Möglichen bleibt, mit den entsprechenden Folgeproblemen für die Finanzierung der Systeme sozialer Sicherung.

2.3 Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime

Soskice hat den Vorschlag gemacht, Produktionsregime zu unterscheiden, die Typen der Koordination von Unternehmen charakterisieren sollen (vgl. z.B. Soskice 1999). Die unkoordinierten (in meiner Formulierung: wirtschaftsliberalen) Marktwirtschaften mit den USA als Beispiel werden kontrastiert mit den koordinierten, die bei Soskice untergliedert werden in die national koordinierten mit Aushandlungen zwischen den Spitzen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen mit Schweden als Beispiel und die sektoral koordinierten Produktionsregimen mit Deutschland als Beispiel, wo die Tarifpartner auf Branchenebene verhandeln. Eine weitere Form der Koordination findet sich in Japan, wo ein Ministerium dafür zuständig ist, die grundlegende Technologiepolitik etc. von Unternehmensgruppen zu koordinieren. Wir würden als weiteres Produktionsregime das staatssozialistische bzw. staatskapitalistische unterscheiden, in der die Planwirtschaft bzw. Marktwirtschaft durch die herrschende Partei organisiert wird. Kitschelt et al. (1999) machen bereits darauf aufmerksam, dass typischen Produktionsregimen spezifische Parteiensysteme und bestimmte Typen von Klassenkompromissen entsprechen.

Unter Verwendung des Klassenallianzen-Ansatzes, den z.B. auch Esping-Andersen verwendet, würden wir für diese drei Strukturierungen folgende kausale Ordnung vorschlagen: *Die Entwicklungspfade der Klassenallianzen strukturieren die Entwicklung der Produktionsregime, und die Entwicklung der politischen Regime und Produktionsregime strukturieren wiederum die Entwicklung der Wohlfahrtsregime* (vgl. Tabelle 2-3). Die Tabelle ist strukturiert durch die beiden Polaritäten von Leitvorstellungen in den beiden Diagonalen: Wirtschaftliche Unternehmensfreiheit versus Sicherheit durch staatliche Versorgung und autonom agierende Individuen versus Soziale Sicherheit durch die Zugehörigkeit zu Familie bzw. Clan. (vgl. Tabelle 2-2).

Tabelle 2-2: Die beiden Polaritäten von Leitvorstellungen von Regimen

Autonome Individuen agieren auf Basis von Bürgerrechten und eines staatlichen Sicherheitsnetzes		Wirtschaftliche Unternehmensfreiheit
Sicherheit durch staatliche Versorgung		Sicherheit durch Zugehörigkeit zu Familie bzw. Clan

Tabelle 2-3: Politische Regime, Produktionsregime und Wohlfahrtsregime

	←	→	
	<i>Universalistische öffentliche Wohlfahrt</i>		<i>Private Wohlfahrt im Rahmen des Haushalts- bzw. Familienbudgets</i>
Individualistisch	Hegemoniale sozialdemokratische Parteien		Hegemoniale bürgerliche Parteien
	National koordinierte Produktionsregime		Unkoordinierte (Wirtschaftsliberale) Marktwirtschaften
	Individualistisch-egalitäre Wohlfahrtsregime (Bsp.: Schweden)		„Low labour protection“, aber kompetitives tertiäres Bildungssystem (Bsp.: USA)
Kollektivistisch		Katholische, sozialdemokratische und wirtschaftsliberale Parteien ohne Hegemonie	Hegemoniale bürgerlich-nationale Parteien
		Sektoral koordinierte Produktionsregime	Koordination der Unternehmensgruppen
		Berufsständische Status-konservierende Wohlfahrtsregime, mittlere soziale Absicherung (Bsp.: Deutschland)	Produktivistisches Wohlfahrtsregime mit privatisierter Wohlfahrt (privates tertiäres Bildungssystem) (Bsp.: Japan)
		Hegemoniale bürgerliche Parteien; Klientelismus (Netzwerke)	Patriarchale bzw. autoritäre Regime
		Nationale Koordinationsebene, aber schwache Verwaltung	Nationale Koordinationsebene
		Status-konservierende residuale Wohlfahrtsregime (Bsp.: Italien)	Patriarchale Wohlfahrtsregime (Bsp.: Türkei)
	Hegemoniale kommunistische Parteien/ Hegemonialer Staat		Von autoritären Regimen bis zu fehlendem staatlichen Gewaltmonopol
	National koordinierte Produktionsregime		Von Lenkung der Wirtschaft durch dominierende Clans bis zu fehlender Koordination („Tribalismus“)
	Kollektiv-egalitäre Wohlfahrtsregime (Bsp.: Staatssozialismus in Russland vor 1991) (Bsp.: Staatskapitalismus in Weißrussland)		Von Clan-Herrschaften über „informal security regimes“ bis zu „insecurity regimes“
	←	→	
	<i>Universalistische öffentliche Wohlfahrt</i>		<i>Private Wohlfahrt im Rahmen des Haushalts- bzw. Familienbudgets</i>

Durch eine erfolgreiche Allianz mit den Mittelschichten gewann die Sozialdemokratie hegemonialen Einfluss in Schweden und erreichte nach dem Zweiten Weltkrieg den Ausbau des universalistischen Wohlfahrtsstaates mit hohem Niveau der sozialen Sicherheit.

In der Einwanderungskultur der USA gab es so viele kulturelle Konfliktlinien, dass die Gewerkschaftsbewegung nicht so stark war, eine Hegemonie der bürgerlichen Parteien abzuwenden. Mit der individualistischen Grundhaltung, dass jeder die eigene Verantwortung trägt, die Entwicklungschancen zu nutzen, und im Vertrauen auf die Effizienz des Marktes wurde die Wohlfahrt als residual konzipiert: Nur nach strenger Bedürftigkeitsprüfung sollten Wohlfahrtsleistungen gewährt werden.

In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Bismarck'sche Sozialversicherungssystem die frühe Grundlage gelegt, dass die sozialen Sicherungssysteme den im Erwerbssystem erzielten Status bewahren. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde unter christdemokratischen Einfluss die soziale Marktwirtschaft ausgebaut, welche durch sozialdemokratische Einflüsse ergänzt wurde. Da die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen beide stark waren, konnte weder die Arbeitgeberseite noch die Arbeitnehmerseite eine radikale Politikoption durchsetzen, weshalb sich eher „mittlere“ Lösungen durchsetzten, beim berufsständischen Wohlfahrtsregime z.B. ein mittleres Niveau der sozialen Sicherung.

Im japanischen Fall dominierten die bürgerlichen Parteien und entwickelten eine nationale Koordination der Unternehmungsgruppen durch ein entsprechendes Ministerium. Da die Unternehmen ihre Stammebelegschaft bereits sozial absicherten, blieb die staatliche Wohlfahrt residual. Die weiteren Absicherungen müssen deshalb die Familien übernehmen.

In Italien sind auch klientelistische Parteinetzwerke relevant, die Koordination durch den Staat wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ausgebaut. Auch hier sind die Familien als Wohlfahrtsproduzenten wichtig.

In den Ländern, in denen kommunistische Parteien die Hegemonie errangen (wie in Russland, China etc.), wurden Planwirtschaften entwickelt, in denen die Parteiführungen egalitäre Versorgungssysteme durchsetzten. Inzwischen wurden in Russland und China unterschiedliche Varianten eines staatlich dominierten Kapitalismus entwickelt.

Schließlich bilden theokratische Regime (wie z.B. Saudi-Arabien), in denen Staat und Kirche noch nicht entmischt sind, den Gegenpol zu einem Modell autonom agierender Individuen (wie z.B. in Schweden). Die Türkei ist eine Gesellschaft, die sich im Spannungsfeld von Modernisierung, Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Kirche etc. und theokratischen Strömungen entwickelt. Im Folgenden wird die Bundesrepublik empirisch nur mit entwickelteren Gesellschaften verglichen¹.

¹ Die weniger entwickelten Länder ließen sich gemäß Gough und Wood (2004) in „Informal security regimes“ (Sicherheit im Rahmen der persönlichen Beziehungen) und „Insecurity regimes“ (es dominiert eher Unsicherheit) unterscheiden.

2.3.1 Sechs Idealtypen von Wohlfahrtsregimen

In Erweiterung von Esping-Andersen (1990) sollen hier sechs Idealtypen von Wohlfahrtsregimen unterschieden werden (vgl. Tabelle 2-4). Neben dem sozialdemokratischen Regime mit Prototyp Schweden werden das wirtschaftsliberale Regime (Esping-Andersen: „liberal“) mit Prototyp USA sowie zwei Varianten des (in der Terminologie von Esping-Andersen) „konservativen“ Regimes unterschieden: Das kontinentale berufsständische Regime bewahrt den Status der Erwerbsarbeit in den Sozialversicherungen, d.h. ist Status-erhaltend, als Prototyp kann man die Bundesrepublik Deutschland ansehen (oder auch Österreich). Im familistischen Regime Südeuropas spielt neben den Status-konservierenden Aspekten angesichts der residualen staatlichen Absicherungen die Familie eine noch wichtigere Rolle als Sicherheitsnetz (Ferrera 1996, 2005).

Während die Arbeit im sozialdemokratischen Regime solidarisch organisiert werden soll und größere Gleichheit durch staatliche Umverteilung der Erwerbslöhne angestrebt wird, steht im wirtschaftsliberalen Modell das Ziel der Effizienz im Zentrum, das durch Marktkonkurrenz erreicht werden soll. Das berufsständische Regime rangiert auf diesen Dimensionen mit der sozialen Marktwirtschaft dazwischen. Die Koordination der Wirtschaft wird im wirtschaftsliberalen Regime dem Markt überlassen, während der Staat im familistischen Regime stärker regulierend eingreift und im sozialdemokratischen Regime als Mediator zwischen den Korporationen vermittelt. Das berufsständische Regime mit der Tarifautonomie der Wirtschaftsverbände rangiert dazwischen. Wie sich etwa an dem Steuersystem erkennen lässt, steht in Schweden im Unterschied zum Süden nicht die Familie, sondern das Individuum im Zentrum, das allerdings im Unterschied zum wirtschaftsliberalen Modell durch ein soziales Sicherheitsnetz unterstützt wird. Im berufsständischen Modell wird der Verdienst nach Beruf und Familienstand geschichtet, was ähnlich zum südlichen Regimetyp ist. Das Leitbild für die Geschlechtsrollen in traditionaleren Teilen des Südens sind unterschiedliche, komplementäre Rollenkonstruktionen. Als Teilmodernisierung des Männlichen-Ernährer-Modells gilt die Verbreitung der Zuverdienerrolle der Frau in Form von Teilzeiterwerbstätigkeit, wie sie in den Niederlanden noch viel stärker verbreitet ist als in Deutschland. Im wirtschaftsliberalen Regime dominiert das Leitbild der „Gender neutrality“, der Staat interveniert nicht in die Privatsphäre, während im sozialdemokratischen Regime der Staat das „dual-earner model“ z.B. durch die individuelle Besteuerung fördert. Die dominierenden Werte bzgl. der sozialen Sicherheit sind in traditionaleren Teilen der familistischen Länder in Südeuropa die Fürsorge durch Familie, Kirche und Staat sowie im berufsständischen Regime zusätzlich durch die Wohlfahrtsverbände, wobei gemäß der Subsidiarität zuerst die Familien zuständig sind. Im wirtschaftsliberalen Regime wird zunächst auf die freiwillige Hilfe gesetzt und eine residuale Unterstützung vom Staat wird nur nach Bedürftigkeitsprüfung (needs-test) gewährt.

Tabelle 2-4: Sechs Idealtypen von Wohlfahrtsregimen

	Idealtypen					
	Familistisch	Konservativ	Wirtschaftsliberal	Sozialdemokratisch	Staatssozialismus; Staatskapitalismus	Asiatischer Kapitalismus
Politisches Regime	Hegemoniale bürgerliche Parteien; Klientelismus (Netzwerke)	Katholische, sozialdemokratische und wirtschaftsliberale Parteien ohne Hegemonie	Hegemoniale bürgerliche Parteien	Hegemoniale sozialdemokratische Parteien	Hegemoniale kommunistische Parteien; Hegemonialer Staat	Hegemoniale bürgerlich-nationale Parteien
Dominierende Werte bzgl. Arbeit/Wirtschaft	Marktwirtschaft und familiäre Integration	Soziale Marktwirtschaft	Freiheit und Effizienz durch Marktkonkurrenz	Solidarität und Gleichheit durch Umverteilung	Recht auf Arbeit und Pflicht zur Arbeit	Produktivismus; Gemeinschaftsleistung
Produktionsregime/Koordination der Wirtschaft	Staatliche Koordination	Sektorale Koordination; in D. Tarifautonomie der Wirtschaftsverbände (Korporationen)	Koordination über Märkte	Staat als Mediator zwischen den Korporationen; national koordiniert	Staatliche Planung (plus informelle Ökonomie)	Nationale Koordination der Unternehmensgruppen
Dominierende Werte bzgl. Individuum/Gemeinschaft	Familienmitglieder	Individuen in Familien/Haushalten	Autonome Individuen	Autonome Individuen mit sozialem Sicherheitsnetz	Mitglied von Arbeitskollektiv	Mitglied von Arbeitskollektiv und von Familien
Leitbild für Geschlechtsrollen	Unterschiedliche, komplementäre Rollenkonstruktionen	Breadwinner model; Frau ggf. als Zuverdienerin	Gender neutrality; Staat interveniert nicht in Privatsphäre	Dual-earner model	Dual-earner Model	Unterschiedliche, komplementäre Rollenkonstruktionen
Dominierende Werte bzgl. der sozialen Sicherheit	Fürsorge durch Familie, Kirche und Staat (Subsidiarität)	Fürsorge durch Familie, Kirche, Wohlfahrtsverbände u. Staat (Subsidiarität)	Freiwillige Hilfe u. needs-tested vom Staat	Sozialstaat zuständig für soziale Sicherheit	Staat zuständig für soziale Sicherheit	Familien und Unternehmen zuständig für soziale Sicherheit
Zentrale Wohlfahrtsinstitutionen	Familie	Sozialversicherungen	Markt	Wohlfahrtsstaat	Staatliche Sozialversicherung (plus Präsubventiven)	Familien und Unternehmen
Finanzierung	Beiträge, Familie	Beiträge	Privat und staatlich	Staatlich (Steuern)	Staatlich	Beiträge, Familie
Basis des Anspruchs	Familienmitglied	Bezug zur Erwerbstätigkeit	Staatsbürgerschaft	Staatsbürgerschaft	Bezug zur Erwerbstätigkeit	Mitglied von Familie und Unternehmen
Kriterium für den Anspruch	Bedürftigkeit (need)	Beiträge (contribution)	Bedürftigkeit (means-test)	Universalistisch, Recht der Staatsbürger	Beiträge	Bedürftigkeit (bei Familie) u. Zugehörigkeit (bei Unternehmen)

Fortsetzung von Tabelle 2-4

Umfang	Residual	Mittleres Niveau	Residual	Umfassend (Encompassing)	Für Erwerbstätige umfassend	Nur für Kernbelegschaft; insgesamt gering
Art der Leistung	Persönliche Dienstleistung (privat)	Finanzieller Transfer	Finanziell	Entlohnte soziale Dienstleistungen (überwiegend 'public sector')	Transfer-Dienstleistungen und informelle Ökonomie	Persönliche Dienstleistung (Familie) und finanziell (Kernbelegschaft)
Anzahl der Rentensysteme („Korporatismus“ im Sinne von E.-A.)	6-12	6-12	1-2	2 (Privatwirtschaft und öffentl. Dienst)	Einheitliches System	6-12
Private Ausgaben für Gesundheit (als % von gesamt) („Liberal“ im Sinne von E.-A.)	(ca. 10%-20%)	(ca. 20%-30%)	Ca. 30% und mehr	Ca. 10% und mehr	Staat zuständig	ca. 30 % und mehr
Gleichheit der Leistungen (Basic/Maximum) („Sozialismus“ im Sinne von E.-A.)	(ca. 50%-70%)	ca. 50%-70%	Ca. unter 50% (USA: 22%)	ca. 70%-100% Egalitär	Egalitär	0,32 (d.h. Ungleichheit)
Schuljahre bis zur ersten Bildungsselektion	Späte Differenzierung (überwiegend)	Frühe Differenzierung	Späte Differenzierung	Späte Differenzierung	Späte Differenzierung	Späte Differenzierung
Anteil der privaten Bildungsausgaben (als % von gesamt)	Niedriges bis mittleres Niveau	Mittleres Niveau	Hohes Niveau, aber kompetitives tertiäres Bildungssystem	Niedriges Niveau	(Staatliche Regulation)	Hohes Niveau: Privates tertiäres Bildungssystem
Prototypen	Italien	Deutschland	USA	Schweden	Russland vor 1991; Weißrussland	Japan

Im sozialdemokratischen Regime dagegen wird die Zuständigkeit für die soziale Sicherheit dem Staat zugewiesen. Entsprechend sind die zentralen Wohlfahrtsinstitutionen die Familie in traditionaleren Teilen des Südens, die Sozialversicherungen im berufsständischen Regime, der Markt im wirtschaftsliberalen und der Wohlfahrtsstaat im sozialdemokratischen Regime. Die Stratifizierungsdimension des „Konservatismus“ misst Esping-Andersen (1990, S.70) u.a. durch den berufsständischen Partikularismus, wie er sich in der Anzahl der Rentensysteme zeigt (er nennt dies „Korporatismus“). Die konservativen und familistischen Länder weisen das stärkste Ausmaß an Partikularismus auf, die höchste Anzahl findet sich in Italien (12), gefolgt von Frankreich (10), Österreich und Japan (je 7) sowie Deutschland (6). Im sozialdemokratischen Regime Schwedens wird zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst unterschieden (die Anzahl beträgt also 2), aber auch die wirtschaftsliberalen Länder gehören zum universalistischen Pol, in Australien, Neuseeland und Irland gibt es sogar nur ein einziges Rentensystem – allerdings ist das allgemeine Versorgungsniveau in wirtschaftsliberalen Ländern im Durchschnitt deutlich niedriger als in sozialdemokratischen Ländern. Die privaten Zusatzversicherungen sind eine andere Möglichkeit, dies ist an dieser Stelle nicht gemeint. Die Finanzierung wird in traditionaleren Teilen des Südens zum Teil durch Beiträge und zum Teil durch die Familie erbracht, im berufsständischen Regime durch Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, im wirtschaftsliberalen residualen Regime zum Teil privat und zum Teil staatlich, während im sozialdemokratischen Regime der Wohlfahrtsstaat zuständig ist, und zwar auf der Basis einer hohen Besteuerung der Staatsbürger. Esping-Andersen (1990, S. 70) misst seine Stratifizierungsdimension des (Wirtschafts-)„Liberalismus“ u.a. durch die privaten Ausgaben für Gesundheit (als % der gesamten Ausgaben für Gesundheit). Die wirtschaftsliberale USA nimmt mit 57 % den Spitzenplatz bei der Privatfinanzierung ein. Am anderen Pol findet sich das sozialdemokratische Norwegen mit einem Anteil von nur 1 %. In den familistischen Ländern ist die Gesundheitsversorgung überwiegend staatlich, in Italien findet man dementsprechend nur einen Privatanteil von 12 % bei der Finanzierung. Die konservativen Länder liegen im mittleren Bereich, Deutschland z.B. weist einen Privatanteil von 20 % bei der Finanzierung auf (in der Messung Esping-Andersens). Die Basis des Anspruchs auf soziale Sicherheit ist im sozialdemokratischen Regime die Staatsbürgerschaft, dies gilt auch für das deutliche niedrigere Niveau der sozialen Sicherheit im wirtschaftsliberalen Regime. Im berufsständischen Regime ist das Niveau der sozialen Sicherheit nach Erwerbsstatus geschichtet. In traditionaleren Teilen des Südens übernimmt die Familie die Rolle des Sicherheitsnetzes. Kriterium für Ansprüche sind im sozialdemokratischen Regime die Staatsbürgerschaft (citizen: legal resident) und im berufsständischen Regime die Beiträge (contribution). Im familistischen Regime ist die Bedürftigkeit (need) das Kriterium für den Anspruch auf Unterstützung, im wirtschaftsliberalen Regime wird zunächst geprüft, ob der Bedürftige über keine eigenen Mittel verfügt (means-test). Der Umfang der sozialen Sicherung ist im

sozialdemokratischen Regime umfassend (encompassing) und im wirtschaftsliberalen sowie im familistischen Modell von residualer Größe. Die Stratifizierungsdimension des „Sozialismus“ misst Esping-Andersen (1990, S. 70) u. a. durch die Gleichheit der Auszahlungen, festgemacht am Verhältnis der Basisleistung zur maximal möglichen Leistung. In diesem Sinne universalistisch sind die sozialdemokratischen Länder (Dänemark 99 %, Schweden 82 %), aber auch die beiden liberalen Länder Australien und Neuseeland (jeweils 100 %), wobei allerdings in Schweden und Dänemark um die 90 % der Bevölkerung einen Zugang zu den Sicherungssystemen haben, während dies in Australien und Neuseeland jeweils nur ca. 33 % der Bevölkerung sind. Das Niveau der sozialen Sicherheit des berufsständischen Regimes rangiert zwischen dem sozialdemokratischen und dem wirtschaftsliberalen. Während im sozialdemokratischen Regime die Leistungen der sozialen Sicherheit vor allem in Form von entlohnten sozialen Dienstleistungen erbracht werden, bestehen die Leistungen im berufsständischen Regime überwiegend in finanziellen Transfers. Im wirtschaftsliberalen Modell gibt es z.B. Armenküchen als Dienstleistung und residuale finanzielle Leistungen.

Wenn man neben den nachsorgenden Sozialleistungen die vorsorgenden Bildungsleistungen berücksichtigen will, so stellt sich auch die Frage nach den entscheidenden Unterschieden in den Logiken der Bildungssysteme. Ein wichtiges Charakteristikum der konservativen Wohlfahrtsregime ist die frühe Selektion (im Alter von 10-12 Jahren) in Bildungswege mit unterschiedlich großen Perspektiven. Sowohl das sozialdemokratische als auch das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime setzen eher universalistisch auf eine späte Differenzierung, was gemäß den Ergebnissen der PISA-Studien zu im Durchschnitt deutlich besseren Ergebnissen führt. Andererseits sind in den wirtschaftsliberalen Ländern die Bildungschancen mit strukturiert durch die privaten Bildungsinvestitionen. In den sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimen spielt dies nur eine geringe Rolle, so dass nach den beiden genannten Kriterien zusammen der Universalismus auf der Bildungsdimension in den sozialdemokratischen Ländern am stärksten ausgeprägt ist.

Im familistischen Regime werden die Hilfeleistungen eher in persönlicher Form erbracht. Ferrera (1996, 2005) weist darauf hin, dass einerseits die Sozialversicherungen im Süden in der Bismarck-Tradition stehen – weshalb Esping-Andersen sie zum konservativen Typ zählt –, andererseits aber das Gesundheitssystem staatlich ist und eher der Beveridge-Tradition entspricht. Die Rolle des Staates ist nach Ferrera (2005) insgesamt eher schwach, weil die Familie wichtige Funktionen übernimmt, wegen des wenig kontrollierbaren informellen Wirtschaftssektors und wegen der schwachen Verwaltungen. Weil die rationale Verwaltung wenig entwickelt ist, spielen Klientelismus (Leistungen im Tausch gegen Parteiunterstützung) und Patronage (Begünstigungen, Korruption) in Südeuropa eine größere Rolle.

Die „ex-sozialistischen Länder“ in Mittel- und Osteuropa weisen als Gemeinsamkeit die staatssozialistische Vergangenheit auf, insofern werden sie im Folgenden vorläufig als fünfte Ländergruppe behandelt, die sich allerdings im Prozess der Ausdifferenzierung befindet. Die osteuropäischen Beitrittsländer haben sich von dem staatssozialistischen Wohlfahrtsregime bereits entfernt. Aber es gibt auch Länder wie Weißrussland, die die autoritäre Regulation durch den Staat beibehalten haben, auch wenn sie das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln eingeführt haben. Korosteleva (2007) charakterisiert Weißrussland deshalb als staatskapitalistisch. China ist eine weitere interessante Mischform, in der eine kommunistische Partei weiterhin politisch autoritär reguliert, aber mit Hilfe des Marktmechanismus und vieler einheimischer Unternehmer eine starke wirtschaftliche Dynamik entfacht hat, was King/Szelényi (2005) als „capitalism from below“ charakterisieren. Im Kontrast dazu sehen King/Szelényi z.B. im Falle Russlands einen „capitalism from above“ mit wenig einheimischen Unternehmern und geringer Dynamik. Die osteuropäischen Beitrittsländer der EU charakterisieren King/Szelényi als liberale Systeme, in denen das ausländische Kapital eine größere Rolle spielt als das einheimische und in denen es einige wirtschaftliche Dynamik gibt. Die Performanz dieser Länder über das reine Wirtschaftswachstum hinaus wird im Folgenden genauer untersucht.

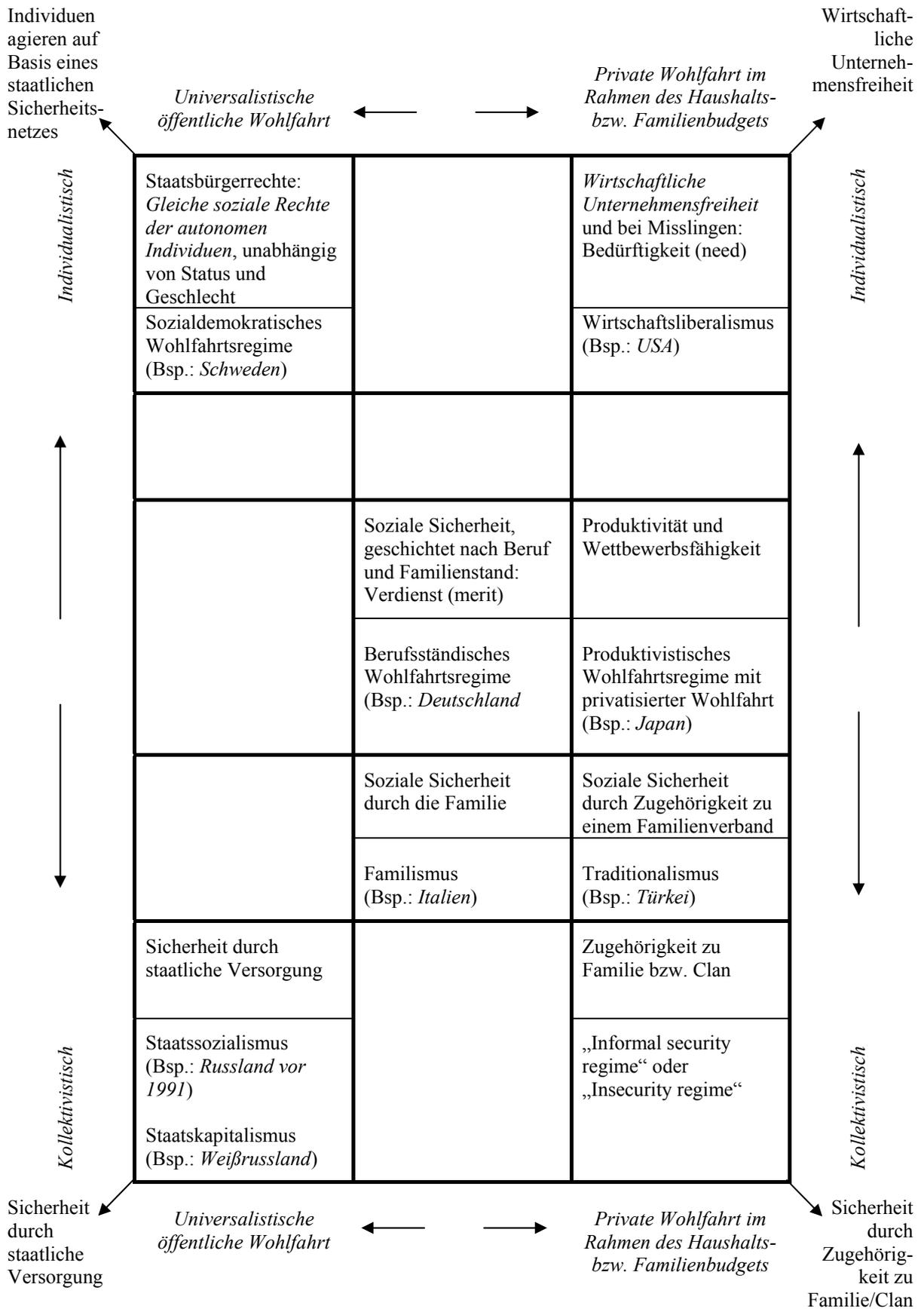
Da im Folgenden nur Japan als ein Vertreter des asiatischen Kapitalismus in seiner Performanz untersucht wird, wird der „asiatische Kapitalismus“ (vgl. Amable 2003) in den Performanzuntersuchungen nicht als sechster Aggregattypus von Ländern durch Durchschnittsprofile charakterisiert, sondern nur Japan als einzelnes Land.

2.3.2 Die Wertebasis der Wohlfahrtsregime

Die folgende Tabelle 2-5 ist strukturiert durch die beiden Polaritäten in den beiden Diagonalen: Gleiche soziale Rechte der autonomen Individuen versus Soziale Sicherheit durch die Familie und Wirtschaftliche Unternehmensfreiheit versus Sicherheit durch staatliche Versorgung.

Im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime sind gleiche soziale Rechte, unabhängig von Status und Geschlecht, als Staatsbürgerrechte verankert (citizen: legal resident). Im berufsständischen Wohlfahrtsregime ist die soziale Sicherheit insbesondere nach Beruf und Familienstand geschichtet, dem entsprechen meritokratische Gerechtigkeitsvorstellungen.

Tabelle 2-5: Die Wertebasis der Wohlfahrtsregime



Im wirtschaftsliberalen Regime ist die wirtschaftliche Unternehmensfreiheit der dominierende Wert, nur bei Misslingen und nach Bedürftigkeitsprüfung wird eine soziale Unterstützungsleistung gewährt. In traditionaleren Teilen des Südens spielt die Familie eine größere Rolle für die soziale Sicherheit, da die staatlichen Leistungen nur ein residuales Niveau haben. Bei den „konservativen“ Regimen gemäß Esping-Andersen (1990) könnte man Frankreich noch als Prototyp des Etatismus kennzeichnen, da die Regulation durch den Staat dort traditionell eine große Rolle spielt (vgl. auch Bonoli 2000).

Wenn man außer diesen westlichen Wohlfahrtsregimen noch den Osten berücksichtigt, so lässt er sich tendenziell als Gegenpol zum wirtschaftsliberalen Regime verorten: Im Staatssozialismus wurde die soziale Sicherheit durch staatliche Verteilung angestrebt. Inzwischen ist eine Gesellschaft wie in China eher als staatskapitalistisch zu bezeichnen, da einerseits das Privateigentum an Produktionsmitteln eingeführt wurde, aber die Staatspartei andererseits das ganze System nach wie vor reguliert.

Theokratische Gesellschaften mit niedrigerem sozioökonomischen Entwicklungsstand (wie z.B. Saudi-Arabien) werden im folgenden empirischen Vergleich nicht berücksichtigt.

Das japanische Entwicklungskonzept setzt stark auf die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und wird deshalb häufig als „produktivistisch“ charakterisiert.

Die Türkei entwickelt sich im Spannungsfeld von Modernisierung mit Gewaltenteilung, Trennung von Staat und Kirche etc. und theokratischen Strömungen.

2.3.3 Die berücksichtigten Länder bzw. Ländergruppen

Wenn man Länder als Einheiten der Analyse verwendet, um Zusammenhänge und Mechanismen zu ermitteln, kann man in der statistischen Analyse Korrelations- und Regressionsanalysen durchführen, wenn man eine hinreichende Fallzahl hat. – Berücksichtigt wurden die Länder, die nach unserer Beobachtung in der vergleichenden Wohlfahrtsforschung sowie politisch im Kontext der EU und ihrer Erweiterung eine besondere Rolle spielen. In Tabelle 2-6 sind die 36 Länder alphabetisch aufgeführt, wobei zur Information angegeben ist, ob das jeweilige Land im International Social Survey Programme (ISSP) 1999 zur sozialen Ungleichheit und/oder im European Quality of Life Survey (EQLS) 2003 untersucht worden ist.

Tabelle 2-6: Die berücksichtigten Länder

Land	Australien	Belgien	Bulgarien	Dänemark	Deutschland	Estland
Länder-Code	AUS	BEL	BUL	DK	GER	EST
ISSP 1999	X		X		X	
EQLS 2003		X	X	X	X	X

Land	Finnland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Irland	Italien
Länder-Code	FIN	FR	GRI	GB	IRL	ITA
ISSP 1999		X		X		
EQLS 2003	X	X	X	X	X	X

Land	Japan	Kanada	Lettland	Litauen	Luxemburg	Malta
Länder-Code	JP	CAN	LAT	LIT	LUX	MLT
ISSP 1999	X	X	X			
EQLS 2003			X	X	X	X

Land	Neuseeland	Niederlande	Norwegen	Österreich	Polen	Portugal
Länder-Code	NZL	NL	NOR	AUT	POL	POR
ISSP 1999	X		X	X	X	X
EQLS 2003		X		X	X	X

Land	Rumänien	Russland	Schweden	Schweiz	Slowakei	Slowenien
Länder-Code	ROM	RUS	SWE	CH	SLK	SLV
ISSP 1999		X	X		X	X
EQLS 2003	X		X		X	X

Land	Spanien	Tschechien	Türkei	Ungarn	USA	Zypern
Länder-Code	SPA	CZ	TUR	HUN	USA	CYP
ISSP 1999	X	X		X	X	X
EQLS 2003	X	X	X	X		X

Um die Wohlfahrtsregime zunächst regional und kulturell zu unterscheiden, ließen sich folgende vorläufige Ländergruppen bilden:

- Skandinavisch:** Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden
- Kontinental:** Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweiz
- Angelsächsisch:** Australien, Großbritannien, Irland, Kanada, Neuseeland, USA
- Südeuropa:** Malta, Portugal, Spanien, Griechenland, Italien, Zypern
- Osteuropa:** Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Tschechien, Russland
- Kleinasien:** Türkei
- Ostasien:** Japan

Gemäß den unterschiedlichen Logiken der Wohlfahrtsproduktion lassen sich die meisten Länder relativ eindeutig den verschiedenen Wohlfahrtsregimen zuordnen:

- Sozialdemokratisch:** Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark
- Konservativ:** Deutschland, Österreich, Niederlande, Belgien, Frankreich, Luxemburg, Schweiz

Die *Niederlande* werden von Esping-Andersen (1990) als „sozialdemokratisch“ eingeschätzt, aber die clusteranalytische Überprüfung von Esping-Andersens Daten durch Obinger/Wagschal (1998) platzieren die Niederlande in unmittelbare Nachbarschaft zu Deutschland. Auch die Analyse von Ostner (1995) und unsere eigenen Analysen sprechen für eine Zuordnung der Niederlande zur konservativen Wohlfahrtslogik: Wenn man im Dreieck der Wohlfahrtsproduktion – Staat/ Markt/ Familie – die Familie stärker berücksichtigt, so zeigt sich z.B., dass Frauen in den Niederlanden einen relativ geringen Anteil am Erwerbsarbeitsvolumen haben, d.h. umgekehrt stärker an der Wohlfahrtsproduktion in der Familie beteiligt sind.

Die *Schweiz* weist gleichzeitig konservative, u.a durch seine Funktion im internationalen Finanzsystem auch wirtschaftsliberale und schließlich sozialdemokratische Elemente auf, weil in dem politischen Modell der Konkordanzdemokratie die großen Parteien alle an der Regierung beteiligt sind. Gemäß

unseren Analysen der Institutionen dominiert aber die konservative Wohlfahrtslogik.

Auch in *Luxemburg* finden sich neben den Status-konservierenden Elementen durch die Funktion als wichtiger Anlageplatz im internationalen Finanzsystem auch wirtschaftsliberale Elemente. Gemäß unseren Analysen der Institutionen dominiert aber die konservative Wohlfahrtslogik.

Wirtschaftsliberal: USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien, Irland

Irland hat die Zusatzeigenschaft, mit von der katholischen Konfession geprägt zu sein. Bezüglich der Geschlechtsrollen ist Irland deshalb eher konservativ. Dennoch dominiert die wirtschaftsliberale Wohlfahrtslogik.

Familistisch: Griechenland, Italien, Spanien, Portugal, Zypern, Malta

Ex-sozialistisch: Russland, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Slowenien, Tschechien, Slowakei, Polen, Estland, Lettland, Litauen

In dieser vorläufigen Gruppierung aufgrund der gemeinsamen staatssozialistischen Vergangenheit ist *Russland* tendenziell ein Grenzfall, denn bei einigen Entwicklungen (etwa bei der Armutsquote) liegt Russland gegenüber den anderen osteuropäischen Ländern zurück.

Sonderfälle:

Japan: Japan ist ein Misch-Typ, der sowohl konservative als auch wirtschaftsliberale Charakteristika aufweist. Amable (2003) charakterisiert dies als „asiatischen Kapitalismus“, in dem die Wohlfahrt insofern privatisiert ist, als dass das tertiäre Bildungssystem privat ist. Da im Folgenden nur Japan den „asiatischen Kapitalismus“ repräsentiert, lässt sich dieses Wohlfahrtsregime nicht als Aggregattypus behandeln. Japan wird deshalb nur als einzelne Gesellschaft verglichen und keinem gesonderten Regimetypus subsumiert.

Türkei: Die Türkei ist u.a. als Beitrittskandidat der EU von Interesse, aufgrund des geringeren sozioökonomischen Entwicklungsstandes wird die Türkei als Sonderfall untersucht.

2.4 Verschiedene Pfade der Modernisierung

Nach unseren Analysen empfiehlt es sich, nicht von einem einheitlichen Pfad der Modernisierung in Richtung Wachstum, Partizipation und Inklusion auszugehen. Die unterschiedlichen Logiken der Wohlfahrtsproduktion, in denen die grundlegenden Werteprioritäten der verschiedenen Gesellschaften zum Ausdruck kommen und die sich in den institutionellen Entwicklungspfaden der Gesellschaften niederschlagen, dürften bei dem augenblicklichen Diskussionsstand das fruchtbarste Konzept sein, verschiedene gesellschaftliche „Welten“ zu unterscheiden. Neben den drei „Welten“ von Esping-Andersen – idealtypisch dem sozialdemokratischen, wirtschaftsliberalen und konservativen Wohlfahrtsregime – sollte man, wie in Kapitel 2.3 begründet wurde, das „familistische“ Wohlfahrtsregime unterscheiden, das in Südeuropa verbreitet ist, und – wegen der gemeinsamen staatssozialistischen Vergangenheit – die Gruppe der ex-sozialistischen Länder, die sich allerdings im Prozess der Ausdifferenzierung befinden.

Im Folgenden soll insbesondere im Hinblick auf Einkommensungleichheit und Armut gezeigt werden, dass sich die grundlegenden Logiken dieser fünf Wohlfahrtsregime deutlich unterscheiden lassen.

- *Sozialdemokratisch*: In den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten dominiert das Leitbild gleicher sozialer Rechte. Deshalb sind die sozialen Sicherungssysteme universalistisch angelegt, es wird nicht geschichtet nach dem Status im Erwerbssystem. Individuen werden individuell besteuert, die umfassenden Sozialleistungen bedürfen zur Finanzierung der weitgehenden Vollbeschäftigung – der Männer und der Frauen. Die Einkommensungleichheiten und die Armutsquoten werden niedrig gehalten, indem durch aktivierende Bildungs- und Arbeitsmarktpolitiken gegen Armut präventiv vorgesorgt wird und durch steuerliche Umverteilung die Brutto-Einkommensungleichheit reduziert wird.
- *Wirtschaftsliberal*: In den wirtschaftsliberalen Staaten wird stärker auf den Marktmechanismus gesetzt und auf eine allgemeine Leistungs- und Wettbewerbsorientierung. Die relativ dynamische Entwicklung der Unternehmen und der Beschäftigungsmöglichkeiten sind die Basis des im Regimevergleich mit höchsten Wohlstands. Da Gleichheit in der dominierenden Leitvorstellung als Chancengleichheit interpretiert wird, ist in erster Linie das Individuum für seine soziale Sicherung verantwortlich und Wohlfahrtsunterstützung wird erst nach strenger Bedürftigkeitsprüfung geleistet. Deshalb finden sich bei diesem Entwicklungspfad eher höhere Einkommensungleichheiten und höhere Armutsquoten.

- *Status-konservierend*: In den status-konservierenden bzw. konservativen Wohlfahrtsstaaten werden feine Unterschiede in der sozialen Absicherung gemacht, aber auf einem mittleren Absicherungsniveau. Sowohl die Einkommensungleichheiten als auch die Armutsquoten liegen daher eher im mittleren Bereich. Diese Ausgestaltung des Wohlfahrtsregimes beruht auf den zentralen Werten von sozialer Sicherheit – die Absicherung gegen Risiken –, von Stabilität in den Lebensläufen und der Integration in die Gemeinschaft, häufig realisiert in den Vereinen und Verbänden der Zivilgesellschaft.
- *Familistisch*: Die etwas weniger wohlhabenden Länder des Südens sind einerseits eher Status-konservierend, setzen andererseits aber weniger Wohlstand ein für die soziale Absicherung, sondern ergänzen die familiäre Zuständigkeit nur um einen residualen Wohlfahrtsstaat. Die Ungleichheit und die Armutsquoten tendieren eher in Richtung des hohen Niveaus der wirtschaftsliberalen Länder. Wenn man als Leitkonzept die Familie als primären Wohlfahrtsproduzenten vorsieht und ihr die Verantwortung für die Reproduktions- und Pflegearbeit überträgt, müsste man sie auch finanziell unterstützen, was aber im residualen Wohlfahrtsstaat zu wenig geschieht. Im Ergebnis sind die Geburtenraten gerade im familistischen Wohlfahrtsregime am niedrigsten.
- *Ex-sozialistisch*: Die ex-sozialistischen Länder durchlaufen den aktuellen Modernisierungsprozess im Zeitraffer. Startend von einer egalitären Tradition haben sich die sozialen Ungleichheiten in den Transformationsprozessen vergrößert.

Gemäß unseren Beobachtungen bildet sich in der Gruppe der ex-sozialistischen Länder kein einheitliches Wohlfahrtsregime aus, sondern die ex-sozialistischen Staaten mit ihrer gemeinsamen (zwangs-) egalitären Vergangenheit differenzieren sich in ihren Ungleichheitspfaden inzwischen aus. Von den ex-sozialistischen Staaten weist Slowenien ein Ungleichheitsniveau auf ähnlich zu Skandinavien, Polen ein Ungleichheitsniveau ähnlich wie Deutschland, Russland hat inzwischen ein Ungleichheitsniveau wie die USA.

Die EU-Osterweiterung dürfte dazu beitragen, den Aufholprozess im Wohlstandsniveau bei den Beitrittsländern und den Nachbarländern zu unterstützen.

3. Modelle sozialer Lagen I: Marx, Weber, Roemer/Wright

Die ersten klassischen Modelle sozialer Lagen sind enthalten in den Beiträgen von Karl Marx und Max Weber zur Analyse von Gesellschaften und ihrer Sozialstrukturen, weshalb dies als erstes dargestellt werden soll. John E. Roemer teilt die Ethik der Gleichheit mit der Marx'schen Tradition, hat aber die Marx'sche Theorie auf ihre interne Konsistenz untersucht, was zu deutlichen Änderungen in der Analyse führt. Erik O. Wright schließlich verbindet die Marx'sche Idee der besonderen Bedeutung des Produktionsmittelbesitzes und die Weber'sche Idee der zusätzlichen Relevanz der Marktlage, die Wright durch Qualifikationsressourcen erfasst, ferner berücksichtigt Wright Anweisungs- und Entscheidungsressourcen.

3.1 Grundaussagen der Marx'schen Theorie

Methode: Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten:

Marx unterscheidet die Forschungsweise von der Darstellungsweise. Während die Forschungsweise vom Konkreten und Anschaulichen ausgeht wie z.B. der Bevölkerung als „Einheit des Mannigfaltigen“, soll die Analyse gerade die grundlegendsten und einfachsten Strukturierungen herausarbeiten, mit denen die Darstellungsweise dann beginnt, um die beobachteten Erscheinungen auf diese Weise rekonstruieren zu können. „Finge ich also mit der Bevölkerung an, so wäre das eine chaotische Vorstellung des Ganzen und durch nähere Bestimmung würde ich analytisch immer mehr auf einfachere Begriffe kommen: von dem vorgestellten Konkreten auf immer dünnere Abstrakta, bis ich bei den einfachsten Bestimmungen angelangt wäre. Von da wäre nun die Reise wieder rückwärts anzutreten, bis ich endlich wieder bei der Bevölkerung anlangte, diesmal aber nicht als bei einer chaotischen Vorstellung eines Ganzen, sondern als einer reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen“ (Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 21).

Konzept des historischen Materialismus:

Marx geht davon aus, dass die Entwicklung der Produktivkräfte eine zentrale Triebkraft in der Entwicklung der Produktionsverhältnisse ist, die Basis würde den Überbau bestimmen: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein

bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolutionen ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.“ (Marx-Engels-Werke (MEW) 13, S. 8/9) Aber auch Ideen können die Welt verändern, wie z.B. die Wirkungsgeschichte des historischen Materialismus als Ideensystem gezeigt hat.

Mehrwert- bzw. Ausbeutungstheorie:

Der Kern von Marx' Analyse der bürgerlichen Gesellschaft als kapitalistische Gesellschaft besteht in seiner Mehrwert- bzw. Ausbeutungstheorie. Marx glaubt, dass der Reichtum der Kapitaleigentümer auf Ausbeutung beruht, d.h. auf der Aneignung fremder Arbeit. Marx geht vom Angebotszwang des Lohnarbeiters aus, aber auch in einer idealtypischen Subsistenzwirtschaft müsste man seine Lebensmittel erarbeiten. „Zur Verwandlung von Geld in Kapital muss der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, dass er als freie Person über seine Arbeitskraft als eine Ware verfügt, dass er andererseits andere Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen.“ (MEW 23, S. 183)

In der Marx'schen Arbeitswerttheorie gibt es nur einen wertschöpfenden Produktionsfaktor, nämlich die Arbeitskraft, sodass der Wert einer Ware bestimmt ist durch die verausgabte Arbeitszeit. „Als Werte sind alle Waren nur bestimmte Maße festgeronnener Arbeitszeit.“ (MEW 23, S. 54)

„Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder andren Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit.“ (S. 184) Marx würde damit aber eine Art „ehernes Lohngesetz“ formulieren, sodass er selbst relativiert: „Andererseits ist der Umfang sog. notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher größtenteils von der Kulturstufe eines Landes, unter andrem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den andren Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element.“ (S. 185) Dann aber ist der Lohn letztlich das Ergebnis von Aushandlungsprozessen und die Arbeitskraft nicht eine Ware wie jede andere.

Marx Ausbeutungskonstruktion besteht darin, dass die Arbeitskraft Quelle von mehr Wert sei, als sie selbst hat. „Durch die Betätigung der Arbeitskraft wird

also nicht nur ihr eigener Wert reproduziert, sondern ein überschüssiger Wert produziert. Dieser Mehrwert bildet den Überschuss des Produktenwerts über den Wert der verzehrten Produktbildner, d.h. der Produktionsmittel und der Arbeitskraft.“ (S. 233) „Es“ (das Kapital) „ist wesentlich Kommando über unbezahlte Arbeit. Aller Mehrwert, in welcher besonderen Gestalt von Profit, Zins, Rente usw. er sich später kristallisiert, ist seiner Substanz nach Materiatue unbezahlter Arbeitszeit. Das Geheimnis von der Selbstverwertung des Kapitals löst sich auf in seine Verfügung über ein bestimmten Quantum unbezahlter fremder Arbeit.“ (S. 556)

Die moderne Ökonomie würde davon ausgehen, dass am Wertschöpfungsprozess mehrere Faktoren wertschöpfend beteiligt sind. Die Knappheit von Kapital und Arbeit strukturieren die Verhandlungsbedingungen. Kapitaleigentümer haben mehr Handlungsoptionen und insofern mehr Verhandlungsmacht als Lohnarbeiter.

Die Revenuen (Einkünfte) und ihre Quellen:

„Kapital – Profit (Unternehmergewinn plus Zins), Boden-Grundrente, Arbeit-Arbeitslohn, dies ist die trinitarische Form, die alle Geheimnisse des gesellschaftlichen Produktionsprozesses einbegreift.

Da ferner, wie früher gezeigt, der Zins als das eigentliche, charakteristische Produkt des Kapitals und der Unternehmergewinn im Gegensatz dazu als vom Kapital unabhängiger Arbeitslohn erscheint, reduziert sich jene trinitarische Form näher auf diese: Kapital – Zins, Boden – Grundrente, Arbeit – Arbeitslohn, wo der Profit, die die kapitalistische Produktionsweise spezifisch charakterisierende Form des Mehrwerts, glücklich beseitigt ist.“ (MEW 25, S. 822) Die moderne Ökonomie geht von einem mehrdimensionalen Wertschöpfungsprozess aus, wobei Zins, Grundrente, Arbeitslohn durch die Grenzproduktivitäten der Produktionsfaktoren und die Verhandlungsmacht der entsprechenden Akteure bestimmt werden.

Klassen

Marx Klassenbegriff ist relational, die herrschende Klasse profitiert von der beherrschten Klasse: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.

Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander...“ (MEW 4, S. 462)

In der bürgerlichen Gesellschaft stehen sich gemäß Marx zwei zentrale Klassen gegenüber: „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, dass sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

(MEW 4, S. 463) Das Klassenverhältnis zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter „ist damit gegeben, dass die Bedingungen zur Verwirklichung der Arbeitskraft – Lebensmittel und Produktionsmittel – getrennt sind als fremdes Eigentum von dem Besitzer der Arbeitskraft.“ (MEW 24, S. 37) Gemäß der Marx'schen Konstruktion eignen sich die Kapitalisten fremde Arbeit an, es ist nicht vorgesehen, dass beide Seiten von der gemeinsamen Produktion profitieren.

„Wir haben hier ferner alle drei Klassen, welche den Rahmen der modernen Gesellschaft konstituieren, zusammen und einander gegenüber – Lohnarbeiter, industrieller Kapitalist, Grundeigentümer.“ (MEW 25, S. 632) „Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Eigentümer von Kapital und die Grundeigentümer, deren respektive Einkommensquellen Arbeitslohn, Profit und Grundrente sind, also Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer, bilden die drei großen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft.“ (MEW 25, S. 892) Für seine Epoche geht Marx also von drei wichtigen Klassen aus. Dies ist nicht kontrovers. Die Verengung der Perspektive auf das Kapitaleigentum dagegen wird z.B. durch Max Webers Konzeption der Marktchancen auf die Bedeutsamkeit auch von Qualifikationen erweitert, was deshalb als nächstes behandelt werden soll.

3.2 Stände und Klassen gemäß Weber

Weber unterscheidet differenzierter in **Besitzklassen**, **Erwerbsklassen** und **soziale Klassen** einerseits und **ständische Lagen** andererseits.

Die Definitionen von Weber im Kapitel „Stände und Klassen“ in „Wirtschaft und Gesellschaft“ lauten:

„*Klassenlage*‘ soll die typische Chance

1. der Güterversorgung,
2. der äußeren Lebensstellung,
3. des inneren Lebensschicksals

heißen, welche aus Maß und Art der Verfügungsgewalt (oder des Fehlens solcher) über Güter oder Leistungsqualifikationen und aus der gegebenen Art ihrer Verwertbarkeit für die Erzielung von Einkommen oder Einkünften innerhalb einer gegebenen Wirtschaftsordnung folgt.

‘*Klasse*‘ soll jede in einer gleichen Klassenlage befindliche Gruppe von Menschen heißen.

a) *Besitzklasse* soll eine Klasse insoweit heißen, als Besitzunterschiede die Klassenlage primär bestimmen.

b) *Erwerbsklasse* soll eine Klasse insoweit heißen, als die Chance der Marktverwertung von Gütern oder Leistungen die Klassenlage primär bestimmen.

c) *Soziale Klasse* soll die Gesamtheit derjenigen Klassenlagen heißen, *zwischen* denen ein Wechsel

α. persönlich,

β. in der Generationenfolge

leicht möglich ist und typisch stattzufinden pflegt.“ (1980, S. 177)

Durch die Definition der Erwerbsklassen über **Marktchancen** ermöglicht die Konzeptualisierung Webers die Thematisierung z.B. auch von Qualifikationen als Grundlage von Marktchancen.

Die „**sozialen Klassen**“ konzeptualisiert Weber als „**Mobilitätsklassen**“, die sich empirisch im Prinzip durch Mobilitätsbarrieren abgrenzen ließen (vgl. z.B. den Versuch von R. L. Breiger: „The social class structure of occupational mobility“, 1981).

Klassen–Handeln ist nach Weber möglich, aber nicht zwingend (Weber 1980, S. 177). Begünstigt wird es nach Weber bei unmittelbarem Interessengegner, bei massenhaft ähnlicher Klassenlage, falls das Zusammenkommen einfach ist (z.B. durch räumliche Nähe) sowie bei einleuchtenden Zielen (nach Weber, ebenda S. 179).

Als privilegierte **Besitzklassen** sieht Weber Kapitalrentner verschiedenen Typs, als unterprivilegierte Besitzklassen Versuldete u.a. Der Gegensatz von Besitzklassen führt gemäß Weber nicht unbedingt zu revolutionären Kämpfen um die Wirtschaftsverfassung, sondern eher zur Auseinandersetzung um die Verteilung (ebenda, S. 178).

Als privilegierte **Erwerbsklassen** sieht Weber Unternehmer und unter Umständen Freiberufler sowie Arbeiter mit monopolistischen Qualitäten, als unterprivilegierte Erwerbsklassen Arbeiter mit weniger Qualifikationen. Dazwischen stehen nach Weber die „Mittelklassen“: Selbstständige Bauern und Handwerker, Beamte und u.U. Freiberufler und Arbeiter mit monopolistischen Qualitäten.

Als unterschiedliche „**soziale Klassen**“ sieht Weber zu seiner Zeit die Arbeiterschaft, das Kleinbürgertum, die besitzlose Intelligenz und Fachgeschultheit (u.a. Techniker, Angestellte, Beamte), die Besitzenden sowie die durch Bildung Privilegierten (ebenda, S. 179).

„*Ständische Lage* soll heißen eine typisch wirksam in Anspruch genommene positive oder negative Privilegierung in der sozialen *Schätzung*, begründet auf:

a) Lebensführungsart, - daher

b) formale Erziehungsweise, und zwar

α. empirische oder:

β. rationale *Lehre*, und den Besitz der entsprechenden Lebensformen;

c) Abstammungsprestige oder Berufsprestige.“ (Ebenda, S. 179)

Nach Weber hängen Klassenlage und ständische Lage nicht zwingend zusammen.

Mit der Betonung des **Prestiges** und der „**Lebensführung**“ bei den „**ständischen Lagen**“ ist Weber auch ein Wegbereiter der späteren Analyse von Prestige-Schichtungen sowie der späteren Lebensführungs- und Lebensstilkonzepte.

Als **Stände** unterscheidet Weber Berufsstände, Geburtsstände und politische Stände (ebenda, S. 180).

In seinem Kapitel „Klassen, Stände, Parteien“ betont Weber, dass für die Klassenlage die Marktchancen zentral sind: „Immer aber ist für den Klassenbegriff gemeinsam: dass die Art der Chance auf dem *Markt* diejenige Instanz ist, welche die gemeinsame Bedingung des Schicksals der Einzelnen darstellt. ‚Klassenlage‘ ist in diesem Sinn letztlich: ‚Marktlage‘.“ (Ebenda, S. 532)

Insgesamt wird durch die Konzeptualisierung über **Marktchancen** der Horizont der Dimensionen, auf welchen Verhandlungsmacht von „sozialen Lagen“ beruhen kann, über den einfachen Gegensatz von Kapital versus Arbeit hinaus deutlich erweitert.

3.3 John Roemers Beiträge zur Prüfung der internen Konsistenz der Marx'schen Theorie

In „Analytical foundations of Marxian economic theory“ (1981) stellt Roemer u.a. dar, dass Marx' „Gesetz vom Fall der Profitrate“ nicht aus den Marx'schen Annahmen folgt. Die zunehmende Kapitalintensität durch technische Innovationen führt nicht zum endogenen Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern steigert im Gegenteil die Profitrate.

In seinem zentralen Buch „A general theory of exploitation and class“ (1982) hat Roemer mathematische Modelle elaboriert, die folgende Grundidee formalisieren: Wer über eine **kapitalintensivere Technik** verfügt, d.h. eine Technik, mit deren Hilfe ein Produkt mit weniger Aufwand hergestellt werden kann, z.B. gemessen durch die Summe vergangener und gegenwärtiger notwendiger Arbeitszeit, **profitiert von dieser Technik** verglichen mit Akteuren, denen nur eine weniger effektive, arbeitsintensivere Technik zugänglich ist.

In seinem wichtigen Aufsatz „Should Marxists be interested in exploitation?“ (1986) zieht Roemer schließlich die Konsequenz aus dem, was schon in seinem Buch „A general theory of exploitation and class“ (1982) angelegt war: Wenn die Ungleichverteilung der Ausstattungen der Kern der sozialen Ungleichheit im Kapitalismus ist, so ist die Messung von „Ausbeutung“ als „Aneignung fremder Arbeit“ (Marx) mindestens ein unnötiger Umweg, denn die Verteilung der

Ausstattungen ist viel direkter und einfacher zu erfassen. Aber der Ausbeutungsbegriff ist nicht nur ein Umweg, sondern sogar irreführend, wie Roemer mit einem Beispiel illustriert: Wenn der Kapital-Reichere die Präferenz hat, für noch höhere Einkünfte mit zusätzlichem Kapital noch mehr zu arbeiten, und der Kapital-Ärmere, sein Kapital gegen ein Entgelt auszuleihen, wenn er dann selbst nicht arbeiten muss, so ergibt sich, dass der Kapital-Ärmere sich Arbeit des Kapital-Reicheren aneignet, denn der Kapital-Ärmere arbeitet ja gar nicht, erhält aber eine Kapitalverzinsung von dem Kapital-Reicheren. D.h. dieses Beispiel ist so konstruiert, dass „Ausbeutung“ und Kapitalreichtum nicht übereinstimmen: Der Kapital-Ärmere ist ein „Ausbeuter“ im Marx’schen Sinne, da er selbst aktuell weniger arbeitet, als Arbeit in dem Warenkorb steckt, den er mit seinem Einkommen erwerben kann. Dieses Beispiel bietet also die Möglichkeit zu diskutieren, welcher Aspekt – „Ausbeutung“ oder Kapitalreichtum - den Geist der Marx’schen Analyse besser erhält, da sich beide Aspekte nicht gleichzeitig erhalten lassen. **Die soziale Ungleichheit wird**, was Roemer selbst nicht ausführt, **mit der Ungleichheit der Ausstattungen besser erfasst**, denn der Kapital-Reichere hat das größere Spektrum von Handlungsmöglichkeiten. Wenn der Kapital-Reichere einmal nicht arbeiten wollte, so würde er bei gleicher Kapitalverzinsung mehr Einkünfte erzielen als der Kapital-Ärmere. Die Privilegienstruktur wird also mit dem Ausbeutungsbegriff in diesem Beispiel falsch erfasst, während der Ansatz auf der Basis der Verteilung der Ausstattungen zu einem sinnvollen Ergebnis führt.

Es soll nun noch die weitere Rechtfertigung für die Bedeutung des Ausbeutungsbegriffs zurückgewiesen werden, die auf dem „Fundamental Marxian Theorem“ (Okishio und Morishima) basiert. Dieses Theorem besagt, dass in recht allgemeinen ökonomischen Modellen die Profite genau dann positiv sind, wenn die Arbeitskraft „ausgebeutet“ ist. Damit soll gezeigt werden, dass der Reichtum im Kapitalismus auf der Aneignung fremder Arbeit, d.h. auf „Ausbeutung“ (Marx) basiert. Wie aber u.a. Roemer (1982, Appendix 6.1) gezeigt hat, lässt sich mit der gleichen Argumentation beweisen, dass etwa Öl (oder auch Land) „ausgebeutet“ wird, d.h. allgemein in einer Wirtschaft, die einen Überschuss (Mehrprodukt) erzielt, z.B. mehr Öl-Einheiten an Produkten erstellt als Öl-Einheiten in die Produktion hineingesteckt wurden. Es handelt sich also um ein reines Zurechnungsproblem: In einem **Produktionsprozess**, an dem verschiedene Faktoren beteiligt sind und bei dem es ein Mehrprodukt gibt, müsste man nach meiner Auffassung das Produktionsergebnis eher dem gemeinsamen Wirken der Faktoren zuschreiben. **Welche Entlohnung die verschiedenen Faktoren erhalten, ist nicht technisch bestimmt, sondern eine Frage der Verhandlungsmacht** der Personengruppen, die über die Faktoren verfügen. Ich möchte meine Sichtweise durch folgendes Beispiel erhärten: Als in der Ölkrise 1973/74 die Ölländer innerhalb eines Jahres einen deutlich höheren Anteil am Weltsozialprodukt durchsetzten, lag dies nicht an dem höheren technischen Beitrag des Öls zur Produktion, sondern an der Verhand-

lungsmacht der Ölländer, die das Ölangebot künstlich verknäpften, worauf die Nachfrägeländer nicht vorbereitet waren.

3.4 Das Wright'sche Modell der mehrdimensionalen Ausstattungsungleichheiten

Erik Olin Wright (1985 a, b), obwohl ein erklärter Vertreter der marxistischen Theorietradition, berücksichtigt neben der herkömmlichen Dimension von Arbeit versus Kapital die Möglichkeit, mittels Qualifikations- und Organisationsressourcen (Entscheidungs- und Anweisungsbefugnisse in der betrieblichen Hierarchie) einen privilegierten Anteil am gesellschaftlichen Produkt zu erhalten. In Anlehnung an John Roemer spricht Wright von mehrdimensionalen Ausbeutungsbeziehungen. Da „Ausbeutung“ allerdings nicht überprüft wird, schlagen wir vor, Wrights Modell zu einem Ansatz auf der Basis von mehrdimensionalen Handlungsressourcen im Sinne von Ausstattungsungleichheit umzuinterpretieren.

Roemer definiert eine Koalition als „ausgebeutet“, wenn es für sie günstiger wäre, sich mit ihrem Anteil an „Ausstattung“ (assets) zurückzuziehen und allein zu wirtschaften. Diese Konzeption bildet die Basis für Wrights Typologie von Klassenstrukturen (vgl. Tabelle 3-1).

Wright suggeriert mit seiner Darstellung eine teleologische Geschichtsauffassung, die spätestens durch die historischen Umbrüche nach 1989 widerlegt ist.

Wright's zentraler Ausbeutungstyp des Kapitalismus basiert auf dem Hebel des Besitzes an Produktionsmitteln (vgl. Tabelle 3-2). Nach diesem Kriterium (Besitz versus Nicht-Besitz) besteht die Typologie aus zwei Segmenten. Innerhalb der Lohnarbeiter werden die Klassenlagen nach den zwei Ausbeutungsdimensionen der Organisationsbefugnis und des Qualifikationsgrades unterschieden, die im organisierten Kapitalismus immer mehr in den Vordergrund gerückt sind. Qualifikation ist aber kein Besitz wie Produktionsmittel, da sie weder enteignet noch als Bürgschaft verwendet oder verkauft werden kann. Insofern sind die drei Dimensionen des Modells auch nicht völlig parallel zu behandeln.

Tabelle 3-1: Ausstattung (Ressource), Ausbeutung und Klassen

Art der Klassengesellschaft	Haupt-Ressource, die ungleich verteilt ist	Mechanismus der Ausbeutung	Haupt-Klassen (Ausbeuter vs. ausgebeutet)	Wichtigste widersprüchliche Klassenlage
Feudalismus	Arbeitskraft	Zwangsaneignung von Mehrarbeit	Feudalherren und Fronbauern	Bürgertum
Kapitalismus	Produktionsmittel	Marktaustausch	Bürgertum und Arbeiter	Manager/Bürokraten
Staatsbürokratischer Sozialismus	Organisation	Einkommensprivileg der Autoritätshierarchie	Manager/Bürokraten und Nicht-Manager	Intelligenz/Experten
Sozialismus	Qualifikation	Einkommensprivileg der Experten über die Ausbildungskosten hinaus	Intelligenz/Experten und Ungelernte	-

Adaptiert nach Wright 1985 b: 83

Da Wright für „Ausbeutung“ etwa aufgrund von Qualifikation oder auch von Management-Ressourcen weder einen theoretischen Mechanismus angeben kann noch eine empirische Überprüfung vornimmt, schlagen wir vor, das Wright'sche Modell von einem Modell der asset-Ausbeutung zu einem Modell mehrdimensionaler Handlungsressourcen umzuinterpretieren. Dabei finden wir uns in Übereinstimmung mit dem Beitrag von Roemer (1986), nach dem eine kritische Gesellschaftsanalyse auf das problematische Konzept der „Ausbeutung“ im Sinne der Marx'schen Arbeitswerttheorie ganz verzichten und sich auf die Ungleichheit von „Ausstattungen“ (assets) konzentrieren sollte.

3.5 Überprüfung von Wrights deduktivem Ansatz in der Bundesrepublik

Im Rahmen des von Erik Olin Wright (Madison/ Wisconsin, USA) initiierten Forschungsverbundes „Comparative Project on Class Structure and Class Consciousness“ in 10 Ländern haben wir zwei DFG-Projekte zur Sozialstruktur der alten Bundesrepublik und zum internationalen Vergleich von Sozialstrukturen durchgeführt, bei dem wir eine eigene Repräsentativerhebung der deutschen Erwerbspersonen im Jahr 1985 zur Überprüfung u.a. des Wright'schen Modells vorgenommen haben (vgl. Erbslöh et al. 1988, 1990, Holtmann et al. 1990), die der folgenden Untersuchung zu Grunde liegt.²

² Zur Beschreibung der Stichprobenziehung (repräsentatives Sample von 1815 deutschen Erwerbspersonen), die von GETAS in Zusammenarbeit mit ZUMA durchgeführt wurde, vergleiche den Anhang unserer Studie (Erbslöh et al. 1990), in dem auch der Fragebogen und die ausführliche Darstellung der Operationalisierungen dokumentiert sind.

Tabelle 3-2: Typologie der Klassenlagen in der kapitalistischen Gesellschaft (Wright 1985 b: 88)

<u>Ausstattung an Produktionsmitteln</u>		Nicht-Besitz (Lohnarbeit)				
	Besitz an Produktionsmitteln					
Genügend Kapital, um Arbeitnehmer zu beschäftigen und selbst nicht zu arbeiten	1) Bürgertum (Bourgeoisie)	4) Fachlich qualifizierte Manager	7) Fachlich teilweise qualifizierte Manager	10) Fachlich nicht qualifizierte Manager	+	
Genügend Kapital, um Arbeitnehmer zu beschäftigen, muss aber selbst mitarbeiten	2) Kleine Arbeitgeber	5) Fachlich qualifizierte Aufsichtsperson	8) Fachlich teilweise qualifizierte Aufsichtsperson	11) Fachlich nicht qualifizierte Aufsichtsperson	> 0	<u>Ausstattung an Organisationsmitteln*</u>
Genügend Kapital für Selbständigkeit, aber nicht zur Beschäftigung von Arbeitnehmern	3) Kleinbürgertum	6) Fachlich qualifizierte Nicht-Manager	9) Fachlich teilweise qualifizierte Arbeiter	12) "Proletarier" (Arbeiterklasse)	-	
		+	> 0	-		
		Qualifiziert	Teilweise qualifiziert	Nicht qualifiziert		
		<u>Ausstattung an Qualifikation*</u>				

*Die drei Stufen bezüglich Organisation und Qualifikation von Lohnabhängigen bedeuten:

- + : Ausbeuter;
- > 0 : weder Ausbeuter noch ausgebeutet;
- : ausgebeutet.

Die bloße Größe von sozialen Lagen ist m.E. kein hinreichender Beweis für die Nützlichkeit eines Sozialstrukturmodells; ein Modell sozialer Lagen lässt sich testen, indem entsprechende gesellschaftliche Wirkungen dieser Lagen empirisch unter Beweis gestellt werden. Wright arbeitet mit Nominaldefinitionen, die nicht richtig oder falsch sind, sondern Kürzel für die Zusammenfassung von Merkmalen darstellen, die in der Operationalisierung beschrieben werden. Ein erster Gesichtspunkt, der an solche Verteilungen anzulegen ist, betrifft die Frage, ob die aus den Definitionen resultierenden Größen sozialer Lagen nach dem Vorverständnis des Betrachters plausibel erscheinen. Informativer werden solche Verteilungen, wenn sie im Vergleich verwendet werden, z.B. für verschiedene Nationen, nach Geschlecht oder für unterschiedliche Sozialstrukturmodelle. Das entscheidende Kriterium für die Einteilung nach sozialen Lagen besteht aber u.E. darin, ob die in ihnen zusammengefassten Personen so homogen sind, dass diese Gruppierungen gesellschaftliche Folgen haben: Im ersten Schritt untersuchen wir als Kriterium, ob es sich um relativ einheitliche materielle Lebenslagen handelt. Produktionsmittelbesitz und Anweisungsbefugnis gehören zu den Definitionskriterien; sie können dann nicht gleichzeitig der Kontrolle dienen, ob relativ homogene Lagen erfasst worden sind. Um die Homogenität der materiellen Lagen zu überprüfen, verwenden wir das Einkommen als Kriterium. Als zweiten Schritt, um die Nützlichkeit der Einteilung nach sozialen Lagen zu beurteilen, legen wir Kriterien fest, die Einstellungen und Bewusstsein der Akteure erfassen sollen. Der Sinn der Klassenanalyse liegt u.E. darin, die Strukturierung der Gesellschaft und ihre Veränderung durch gesellschaftliches Handeln zu verstehen. Deshalb bietet sich das individuelle und kollektive Handeln der Klassenakteure als Kriterium an. In unserer Querschnittsuntersuchung wurde auf der Basis von Einstellungsfragen versucht, wahrscheinliches zukünftiges Handeln zu erfassen. Zentrales Kriterium für die Nützlichkeit der Zusammenfassung von Individuen zu Klassenlagen muss also sein, wie gut die Klassenlagen einzelne Einstellungen oder Einstellungsbündel (d.h. Bewusstsein) erklären und prognostizieren, wobei die Prognose erst zu einem späteren Zeitpunkt überprüfbar wird.

3.5.1 Einkommen als Kriteriumvariable

Einkommen soll hier als Kriterium dienen, die Homogenität der materiellen Lage zu untersuchen. Zu diesem Zweck wird das persönliche Nettoarbeits-einkommen der Befragten herangezogen.

Eta^2 misst gleichzeitig die Heterogenität zwischen wie die Homogenität innerhalb der Kategorien, da beides komplementär ist. Die erklärte Varianz, die durch Eta^2 gemessen wird, bildet einen anschaulichen Maßstab, nämlich das

Ausmaß, in dem sich z.B. Unterschiede im Einkommen zurückführen lassen etwa auf die berufliche Stellung.³

Wie aus Tabelle 3-3 zu ersehen ist, lassen sich nach dem absoluten Erklärungsanteil Einkommensunterschiede durch die Stellung im Beruf am besten erklären, gefolgt von Klasse nach Wrights Klassenmodell („Wright neu“), höchstem beruflichen Abschluss, Alter, Geschlecht und Schicht-Selbsteinstufung. Nach dem relativen Erklärungsanteil lassen sich Einkommensunterschiede durch die Geschlechtsrolle, Erwerbstätigkeit/Arbeitslosigkeit, das Beschäftigungsverhältnis (selbständig, mithelfend, Arbeitnehmer), die Schicht-Selbsteinstufung und Klasse nach „Wright neu“ am besten erklären. Werden absolute und relative Erklärungsanteile zusammengenommen, so sind Geschlecht, Klassenlage und Stellung im Beruf die wichtigsten Faktoren, um Einkommensunterschiede zu erklären und zu prognostizieren.

³ In einer multiplen Regression lässt sich der Erklärungsanteil dadurch steigern (jedenfalls nicht verringern), dass weitere Prädiktoren berücksichtigt werden. Ähnliches muss man bei der Anzahl der Ausprägungen eines Faktors in Rechnung stellen, d.h. der Erklärungsanteil wird durch die Zahl der Ausprägungen relativiert. Beide Informationen sind aber von Bedeutung: einerseits, wie viel Prozent der Streuung durch einen Faktor überhaupt erklärbar sind („absoluter Erklärungsanteil“), andererseits, wie viel Prozent der Streuung pro Ausprägung eines Faktors erklärt werden („relativer Erklärungsanteil“). Die Höhe beider Erklärungsanteile hängt darüber hinaus davon ab, wie gut Zusammenfassungen von Gruppierungen durchgeführt werden.

Der „relative Erklärungsanteil“ darf allerdings nicht unabhängig von dem „absoluten Erklärungsanteil“ gesehen werden, denn es gibt so etwas wie ein „Gesetz des abnehmenden Erklärungsbeitrages“: Die erste Dichotomie zu formulieren, ist einfacher, als zusätzliche Differenzierungen herauszuarbeiten. „Grobschlächtige“ Erklärungen sollen nicht prämiert werden, deshalb ist der „absolute Erklärungsanteil“ das vorrangige Kriterium.

Tabelle 3-3: Nettoeinkommen nach einzelnen Faktoren
(Einfache Varianzanalyse)

	k = Anzahl der Ausprägungen	Eta ²	Eta ² /k
Stellung im Beruf	24	34,9 %	1,454
Klasse („Wright neu“)	12	23,7 %	1,975
Höchster beruflicher Abschluss	13	19,1 %	1,469
Alter	57	12,9 %	0,226
Alter, recodiert	6	8,7 %	1,450
Geschlecht	2	12,8 %	6,400
Schicht-Selbsteinstufung	5	11,6 %	2,320
Oben – Unten – Skala	10	10,0 %	1,000
Schulabschluss	5	8,8 %	1,760
Branche	46	8,7 %	0,189
Beschäftigungsverhältnis	3	7,6 %	2,533
Erwerbstätig/Arbeitslos	2	6,6 %	3,300
Familienstand	9	6,0 %	0,667
Parteien-Wahl	10	4,9 %	0,490

3.5.2 Empirischer Test der Klassenkonzeption mit Hilfe des Bewusstseins-Index

Als zweites Kriterium zur Überprüfung der Homogenität von sozialen Lagen verwenden wir einen Bewusstseins-Index. Analog zur Vorgehensweise von Wright wurde er als einfacher additiver Durchschnittsindex über vier Indikatoren gebildet:

1. „In Unternehmen haben Eigentümer Vorteile auf Kosten der Arbeitnehmer und Konsumenten.“
2. „Im Falle eines Streiks sollte das Management gesetzlich daran gehindert werden, anstelle der Streikenden andere Arbeitnehmer einzustellen.“

3. „Wenn die Arbeitnehmer in ihrem Betrieb die Chance hätten, ohne das Management zu arbeiten, dann könnten sie alle Angelegenheiten wirksam genauso gut erledigen.“
4. „Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft brauchen Gewerkschaften, um ihre Interessen durchzusetzen.“⁴

Dies sind die Indikatoren, die besonders trennscharf bezüglich der Gruppen der Arbeitgeber und der Arbeiter sind. Die vier Indikatoren korrelieren mit mindestens $r = 0,57$. Der Index weist eine glockenförmige Verteilung auf.

Inhaltlich erfasst der Bewusstseins-Index die Polarität Arbeit (Gewerkschaften) vs. Kapital (Eigentum), wie sie z.B. im Streik zum Ausdruck kommt, unter Berücksichtigung der Unterscheidung von Managern und übrigen Arbeitnehmern.

Nimmt man den absoluten und relativen Erklärungsanteil als Maßstab, so gehören sowohl die Klassenlage als auch die Stellung im Beruf zu den besten Erklärungsfaktoren für die Variation des Bewusstseins-Index (vgl. Tabelle 3-4). Während die Geschlechtsrolle für die Erklärung der Einkommensunterschiede eine große Rolle spielt, unterscheiden sich Männer und Frauen im Durchschnitt nicht nach dem Bewusstseins-Index: im folgenden Abschnitt wird die Interaktion von Geschlecht und sozialer Lage aber genauer untersucht.

⁴ Es gab jeweils 8 Abstufungen von Zustimmung bis Nicht-Zustimmung.

Tabelle 3-4: Bewusstseins-Index nach einzelnen Faktoren (Einfache Varianzanalyse)

	k = Anzahl der Ausprägungen	Eta ²	Eta ² /k
Stellung im Beruf	25	17,1 %	0,684
Klasse („Wright neu“)	12	16,6 %	1,383
Parteienwahl	10	16,4 %	1,640
Beschäftigungsverhältnis (Selbst., Mith., Arbn.)	3	12,1 %	4,033
Links-Rechts-Selbsteinstufung	10	12,1 %	1,210
Einkommen	21	9,1 %	0,433
Oben-Unten-Skala	10	6,2 %	0,620
Schicht-Selbsteinstufung	5	5,7 %	1,140
Gewerkschaftsmitgliedschaft (ja/nein)	2	5,2 %	2,600
Branche	46	4,9 %	0,107
Alter	57	4,9 %	0,086
Arbeitslos/Erwerbstätig	2	2,1 %	1,050
Geschlecht	2	0,0 %	0,000

3.5.3 Überprüfung des Wright'schen Modells in einem graphischen Bezugsrahmen

Meine zentralen Qualitätskriterien für Modelle sozialer Lagen, nämlich Einkommen und Bewusstseins-Index, sollen nun als Koordinatenachsen eines graphischen Bezugssystems verwendet werden. In den folgenden Graphiken werden die beiden orthogonalen Koordinatenachsen nicht wie in der Faktorenanalyse und multidimensionalen Skalierung im Nachhinein inhaltlich bestimmt, sondern der Bewusstseins-Index als horizontale Achse und das Einkommen als vertikale Achse vorgegeben, d.h. die beiden Kriterien definieren das Bezugssystem. Diese

graphische Vorgehensweise entspricht einer multivariaten Varianzanalyse mit zwei zu erklärenden Variablen. Als Nachteil der gewählten Vorgehensweise könnte man ansehen, dass die beiden inhaltlich vorgegebenen Bezugsachsen orthogonal dargestellt werden, obwohl sie empirisch leicht korrelieren ($r = 0,25$). Mir scheinen jedoch die Vorzüge zu überwiegen: Auf diese Weise wird es möglich, graphisch zu illustrieren, inwieweit sich die Modelle nach den beiden wichtigsten Kriterien bewähren. Diese Darstellungsart erlaubt es auch, die Konfigurationen oder Strukturen der verschiedenen Sozialstrukturmodelle deutlich zu machen (vgl. Abbildung 3-1).

Im Vergleich der Klassenmodelle, insbesondere nach dem Einkommen, erweist sich als verzerrend, dass ein Teil der Definitionen die Arbeitslosen aussondert, ein Teil nicht, was sich auf die Erklärung von Einkommensunterschieden auswirkt. Wrights Klassenmodell wurde deshalb modifiziert zu einer für den Vergleich geeigneteren Variante, in der Arbeitslose, Mithelfende und Auszubildende jeweils als gesonderte Gruppen behandelt werden.

In unserem graphischen Bezugsrahmen soll nun Wrights neues Klassenmodell dargestellt werden (vgl. Abbildung 3-1). In unserer Modifikation von Wrights neuem Klassenmodell werden die mithelfenden Familienangehörigen gemäß dem Einkommen zu Recht als eigene Gruppe zusammengefasst. Dagegen stellt sich nach unseren beiden Hauptkriterien als unvorteilhaft heraus, dass bei den Selbständigen keine weiteren Unterscheidungen nach Freiberuflern, Landwirten und sonstigen Selbständigen vorgenommen werden.

Die Experten-Kategorie („Fachlich qualifiziert“) erfasst im Wesentlichen die Spitze der Angestellten und Beamten. Die Kategorie „fachlich teilweise qualifiziert“ erfasst hauptsächlich die verantwortlichen Angestellten, die Sachbearbeiter und einfachen Angestellten. Die „nicht qualifizierten“ Manager umfassen neben Facharbeitern und Vorarbeitern (beide vor allem charakteristisch für „nicht qualifizierte Aufsichtspersonen“) noch in verantwortlicher Funktion tätige Angestellte.

Die resultierende Struktur spiegelt das nach dem Wright'schen Modell zu erwartende Bild einer Kreuztabelle für die Lohnabhängigen (vgl. Tabelle 3-2) nicht perfekt wider, was darauf zurückzuführen ist, dass die Qualifikationsdimension mit dem Bewusstseins-Index nicht linear, sondern kurvilinear zusammenhängt: Die „nicht qualifizierten“ Lohnabhängigen („Arbeiterklasse“) zeigen am deutlichsten eine Einstellung „pro Arbeit“ (Durchschnitt des Bewusstseins-Index 5,63), die „teilweise qualifizierten“ Lohnabhängigen sind am stärksten „pro Kapital“ ($\bar{x} = 5,14$) ausgerichtet, während die „fachlich

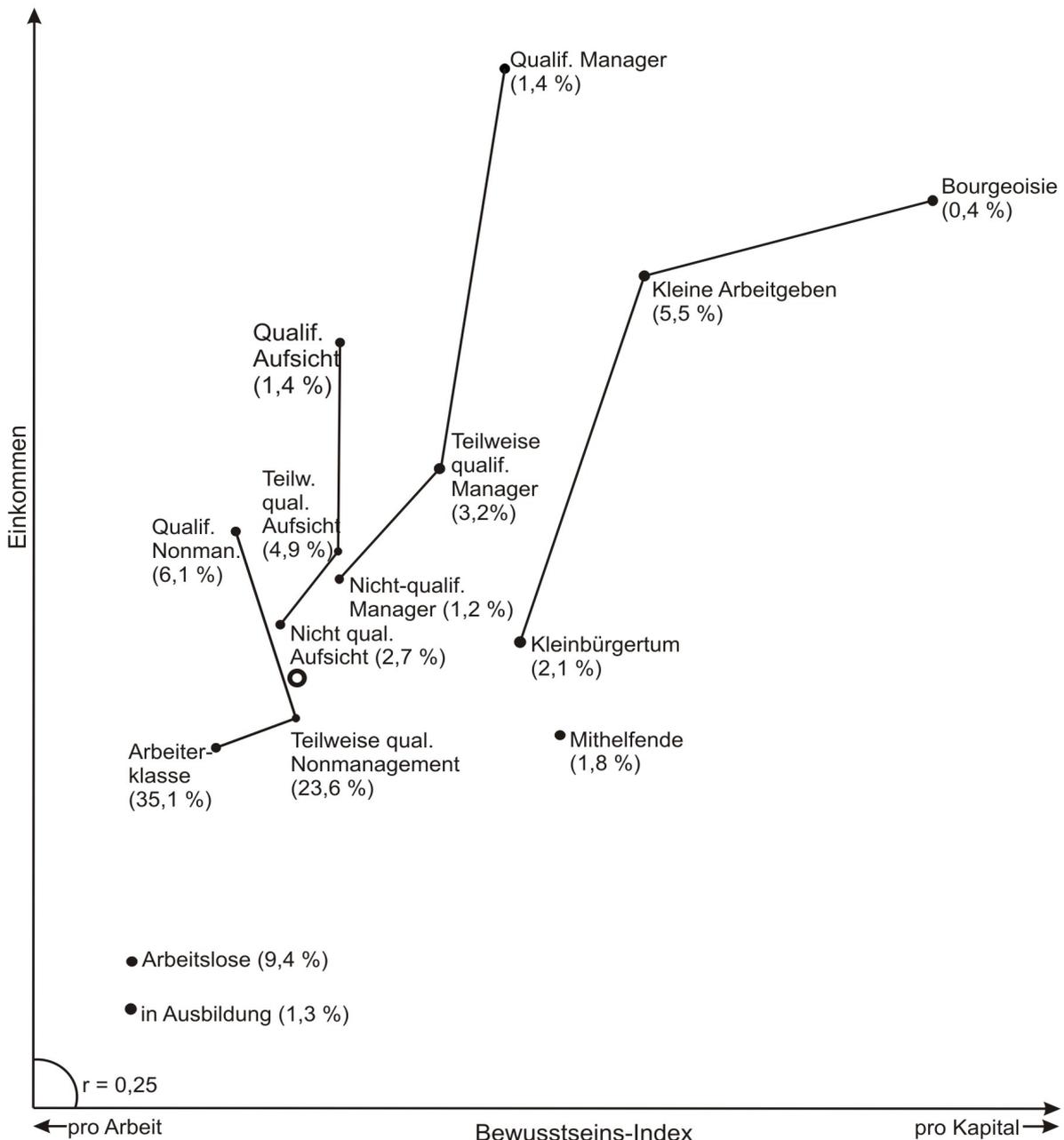
Abbildung 3-1: „Wright neu“ (MODKL2) nach Einkommen und Bewusstseins-Index

Einkommen: $\eta^2 = 32,6\%$

Bewusstseins-Index: $\eta^2 = 17,5\%$

(Anteil der Klassenlagen an den Befragten)

Mitte 



qualifizierten“ ($\bar{x} = 5,26$) etwa in der Mitte zwischen „Kapital“ und „Arbeit“ liegen. Dieses Phänomen gilt auch für andere Qualifikationsdefinitionen und andere Bewusstseins-Indikatoren. Die Abbildung 3-1 zeigt, dass dieser kurvilineare Zusammenhang von der Nonmanagement-Gruppe ausgeht. Es liegt eine Interaktion vor, wonach dieser kurvilineare Zusammenhang sich mit wachsenden Management-Ressourcen zu dem nach dem Wright-Modell insgesamt erwarteten linearen Zusammenhang verschiebt.

Die teilweise qualifizierten Nicht-Manager stehen ideologisch also weiter „rechts“, als es das Einkommen – verglichen mit den anderen Klassenlagen – erwarten ließe. Darin zeigt sich in der Terminologie der Stellung im Beruf, dass es noch nennenswerte ideologische Differenzierungen zwischen Arbeitern und Angestellten gibt, selbst wenn die materiellen Verhältnisse ähnlich sind: Angestellte verorten sich bei gleichen materiellen Verhältnissen ideologisch weiter „rechts“ als Arbeiter. Diese Differenzierungen innerhalb der Lohnabhängigen lassen sich nach unserer Auffassung mit Hilfe eines Berufsstrukturmodells der bundesdeutschen Sozialstatistik, getrennt nach Arbeitern, Angestellten und Beamten, für die Bundesrepublik genauer darstellen, wie in Kap. 4.2 noch genauer ausgeführt wird.

4. Modelle sozialer Lagen II: Soziale Schichten, berufliche Lagen, Goldthorpe-Modell

4.1 Soziale Schichten

Max Weber schlug folgende Unterscheidung vor:

- 1) Die Einteilung in Klassen bezieht sich auf das Verhältnis zu den Produktionsmitteln (Besitz vs. Nichtbesitz von Produktionsmitteln), durch welches die Einkommen bestimmt sind, mit denen man auf dem Markt Waren erwerben kann. Dieser Aspekt lässt sich als *ökonomischer* bezeichnen.
- 2) Aufgrund der Arbeitsteilung hat eine Differenzierung in sehr viele Berufsgruppen und entsprechende Ausbildungen stattgefunden. Diese Berufe sind i.a. mit unterschiedlichem Prestige, d.h. Wertschätzung ausgestattet und charakterisierbar durch einen zugehörigen Lebensstil, der sich in dem Konsum von Waren niederschlägt. Eine solche „Lebenslage“ oder Stellung wird auch als sozio-ökonomischer Status (Bolte) bezeichnet. Von einer Schichtung soll dann gesprochen werden, wenn es im Statusaufbau verhaltensrelevante Einschnitte gibt (Bolte). Dieser Aspekt einer Differenzierung, die mit einer Bewertung (Prestige) verknüpft ist, lässt sich als *sozialer* bezeichnen.
- 3) Der *politische* Aspekt bezieht sich auf die Verteilung der Macht. Die Träger der politischen Auseinandersetzung sind u.a. die Parteien.

Insgesamt also:

Tabelle 4-1: Klassen, Schichten und Parteien

Aspekt	1) Ökonomischer	2) Sozialer	3) Politischer
Träger	Klassen	Schichten	Parteien
Medium	Einkommen	Prestige	Macht

Der Schichtbegriff wurde von **Theodor Geiger** (Geiger 1962; vgl. hierzu auch Geißler 1985, 1992) in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts als graduelle Unterscheidung und zur Untersuchung des Zusammenhangs von objektiven Soziallagen und subjektiven Mentalitäten ausgearbeitet.

In seiner hellsichtigen Studie „Die soziale Schichtung des deutschen Volkes“ (1932) charakterisiert Geiger die Gefährdungen am Vorabend der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten, indem er den verschiedenen Schichten typische Mentalitäten zuschreibt:

Tabelle 4-2: Schichten und Mentalitäten in Deutschland um 1925 (in der Zusammenfassung von Bolte u.a. 1966, S. 50/51)

Schichtbezeichnung	Anteil (v.H.)	zugehörige Gruppen	Mentalität
Kapitalisten	0,92	Großunternehmer, Großgrundbesitzer, Großrentner	von der „Krise des kapitalistischen Denkens“ erfasst
Alter Mittelstand	17,77	mittlere und kleine Selbstständige in Handel, Handwerk und Landwirtschaft	im Verteidigungszustand, um ihr Prestige und ihre wirtschaftliche Situation zu sichern
Neuer Mittelstand	17,95	Beamte und Angestellte (vor allem mittlere und untere)	ideologische Unsicherheit, uneinheitliche Mentalität
Proletaroiden	12,65	„abgeglittener alter Mittelstand“, „Tagewerker für eigene Rechnung“	uneinheitliche Mentalität, „Nationalsozialisten, Stahlhelm, Zentrum und Kommunisten teilen sich in diese Masse...“
Proletariat	50,71	Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft	gemilderte Marxistische Mentalität; bei „Jungarbeitern“ deuten sich Veränderungen der Mentalität an.

Die Auseinandersetzung um die funktionalistische Schichtungstheorie

1) Parsons' „ontologischer Schichtungsbeweis“

„Im Anfang war der Wert“. Aus ihm leitet sich eine Rangordnung differenzierter Positionen ab, d.h. eine Schichtung. Es ist funktional für die Integration eines Systems, wenn ein Konsensus über die Rangordnung besteht. Weil die Schichtung nach dem funktionalen Beitrag erfolgt (Meritokratie, Leistungsgesellschaft), begründet sie ein Gefühl der Gerechtigkeit und dient somit der Integration.

Einwände: Es gibt kein einheitliches Wertesystem. Meritokratie ist nicht erfüllt (Erfolg vs. Leistung, Publikumsstars etc.). Integration nur der Erfolgreichen?

2) Schichtung als Belohnungssystem

Davis und Moore (1945) stellten die These auf, das Prestige und sonstige Privilegien einer Position seien der Belohnungsanreiz, damit die für den Fortbestand der Gesellschaft wichtigen Positionen besetzt und die mit den Positionen verbundenen Pflichten erfüllt werden (Zuordnungsmechanismus). Die Belohnung ist um so höher, je wichtiger der Beitrag zur Erhaltung des Systems ist.

Einwände: Tumin (1953) stellte die dysfunktionalen Aspekte der sozialen Ungleichheit dar: Konflikte und Nichtausschöpfung von Begabungsreserven. Setzt man die Erhaltung des Gesamtsystems als oberstes Ziel, so zementiert man den Status quo, die Theorie erhält einen Rechtfertigungscharakter für die bestehende Gesellschaftsordnung. Es wird implizit unterstellt, dass Talent knapp ist – weil angeboren oder wegen der knappen Mittel für Bildungsinvestitionen – und soziale Positionen im freien Wettbewerb errungen werden (Mayntz 1961). Es gibt mehr Bewerber als Führungspositionen. Die Führungspositionen sind nicht so unangenehm, wie in der Argumentation unterstellt wird. Es wird vorausgesetzt, dass niemand ohne Aussicht auf Belohnung arbeitet, d.h. andere intrinsische Motivationen werden nicht erwogen. Die Bedeutungshierarchie und die Belohnungsskala entsprechen sich nicht (Mayntz). Die einzige notwendige soziale Ungleichheit ist die Ungleichheit der Entscheidungsmacht, die an ein Amt gebunden und befristet ist.

3) Ökonomisches Modell als Modifikation der funktionalistischen Schichtungstheorie

Angebot und Nachfrage regeln Zuordnung von Personal und sozialer Position. Die Bedeutung einer Position wird einfach als Nachfrage nach den ausgeführten Tätigkeiten definiert. Begabung und Ausbildung sind zwei der Faktoren, von denen das Angebot an Personal abhängt.

4) Zurückführung der Schichtung auf die Herrschaftsstruktur (Dahrendorf 1961)

Ein Gesellschaftsvertrag ist eine Setzung von verbindlichen (mit Sanktionen versehenen) Normen. Also gibt es zumindest jene Ungleichheit des Rangs von Individuen, die die Belohnung für normkonformes Verhalten ist. Der Rang von Positionen bestimmt sich danach, inwieweit die positionsspezifischen Werte von den herrschenden abweichen (Lepsius 1974). Welche Normen herrschen, hängt von Macht und Herrschaft ab. Das Wertesystem ist nur im Hinblick auf den Geltungsanspruch gemeinsam, hat aber in Wirklichkeit Herrschaftscharakter. Herrschaft ist dichotomisch (Klassenstruktur), die Ungleichheit des Rangs, d.h. der Status ist graduell (soziale Schichtung). Macht erklärt die Genese der Ungleichheit, Normen und Sanktionen erklären die Erhaltung der Ungleichheit.

Ungleichheit bedeutet Gewinn der einen auf Kosten der anderen, also Konflikt. Die Konflikte erlauben nach Dahrendorf die Entfaltung des Einzelnen und den Wandel der Gesellschaft. Daher ist die soziale Ungleichheit für Dahrendorf eine Garantie der Freiheit.

Diskussion: Neu ist im Wesentlichen die Zurückführung des Wertesystems auf die Herrschaftsstruktur (wie bei Marx), wodurch die Schichtungstheorie erweitert wird. Dass soziale Ungleichheit die Freiheit garantiert, ist ohne empirische Belege nur eine Behauptung, die die These von der Harmonie der Gesellschaft (Konsensus) lediglich auf den Kopf stellt als Konflikttheorie.

5) Lenskis Versuch einer Synthese

Die strukturell-funktionale Theorie betont die integrative Funktion der Schichtung und die gemeinsamen Werte, durch die die verschiedenen Schichten miteinander verbunden sind. Die Konflikttheorie betont die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Schichten und den Zwang, durch den die Gesellschaft trotzdem zusammengehalten wird.

Lenski (1977) schlägt folgende Synthese vor:

- a) In Gesellschaften ohne Mehrprodukt herrscht Konsensus. Die Verteilung erfolgt nach den Bedürfnissen, die Schichtung nach dem funktionalen Beitrag ist notwendig für das Überleben der Gesellschaft.
- b) In Gesellschaften mit Mehrprodukt herrscht Konflikt. Macht entscheidet über die Verteilung des Mehrprodukts.

Einwand: Das Vorhandensein oder Fehlen eines Mehrprodukts ist nach Marx die Bedingung der Möglichkeit von Ausbeutung, d.h. der Aneignung fremder Arbeit. Dass aber Konsensus und Konflikt sich diesen Abschnitten ohne weiteres zuordnen ließen, lässt sich empirisch nicht belegen. Gleiches gilt erst recht für die genauere These der Parallelität von technischem Fortschritt (Entwicklung der Produktivkräfte) und der Art des Verteilungssystems.

- 6) In den 50er Jahren verwendete **Schelsky** den graduellen Schichtbegriff zur Konstruktion der Vorstellung einer „**nivellierten Mittelstandsgesellschaft**“. Durch die große Mobilität entstehe eine nivellierte kleinbürgerlich-mittelständische Gesellschaft mit Chancengleichheit und stark ausgebauter Sozialpolitik. In dieser Konsum- und Freizeitgesellschaft sei nicht mehr die Klassenzugehörigkeit, sondern nur noch der Verbraucherstatus entscheidend. Dagegen wurde eingewendet, dass etwa die Benachteiligung des Landes, der Arbeiter, der Katholiken und der Mädchen im Bildungssystem bei dieser Sichtweise in den Hintergrund geraten.

Forschungsansätze zur Schichteinstufung

1. Einstufung nach objektiv feststellbaren Merkmalen, die allerdings subjektiv von dem Forscher ausgewählt werden.
 - 1.1 Erfassung von statusbestimmtem Verhalten (Interaktionen, Bekanntschaftskreise; Heirat; Wohnviertel; Kleidung etc.)
 - 1.2 Indexbildungen
 - Einfache Statusindizes: Am wichtigsten ist die Berufsprestigeskala. Die Bewertung der Berufsgruppen erhält man durch repräsentative Befragung.
 - Multiple Statusindizes: Die wichtigsten Indikatoren sind Schulbildung, Beruf und Einkommen.

Problematisch sind die Auswahl der Indikatoren, ihre Gewichtung, ihre Verknüpfung und die Abgrenzungen bei den einzelnen Indikatoren und von Schichten bei dem Gesamtindex.

Ein Statuskontinuum, d.h. dass die Übergänge im Statusaufbau fließend sind, und ein Überwiegen der Mittelschicht kann durchaus ein Artefakt des Instruments der Indexbildung sein, da aufgrund der Addition mittlere Gesamtwerte wahrscheinlicher sind.

2. Subjektive Einschätzung durch die Untersuchungseinheiten

2.1 Einschätzung durch Gemeindemitglieder (judges; reputational approach).

2.2 Selbsteinschätzung. Sie ist deshalb so wichtig, weil das Handeln eines Menschen stark abhängt von seiner Definition der Situation.

Die Vorgehensweise in 2.1 lässt sich nur in kleinen Gemeinden anwenden (Warner'sche Tradition).

Da in der „berufsständischen“ Gesellschaft der Bundesrepublik die berufliche Lage ein zentrales Schichtungsmerkmal ist, soll im Folgenden ein für die Bundesrepublik besonders geeignetes Berufsstrukturmodell vorgeschlagen und empirisch überprüft werden.

4.2 Überprüfung eines Berufsstrukturmodells – als Bündelung gesellschaftlicher Handlungsressourcen – in der Bundesrepublik

„Beruf soll jene Spezifizierung, Spezialisierung und Kombination von Leistungen einer Person heißen, welche für sie Grundlage einer kontinuierlichen Versorgungs- oder Erwerbchance ist.“ (Weber 1980: 80)

Es wird sich im Folgenden zeigen, dass Modelle auf der Basis von Berufen und beruflichen Stellungen besonders geeignet sind, die wichtigsten gesellschaftlichen Handlungsressourcen – zumindest in der alten und neuen Bundesrepublik – zu bündeln.

Wrights Modell der mehrdimensionalen Ausbeutungsbeziehungen wurde in Kapitel 3.4 von uns uminterpretiert zu einem Operationalisierungsversuch eines Konzepts der mehrdimensionalen Handlungsressourcen. Die axiomatisch-deduktive Vorgehensweise Wrights, der sich auf theoretisch mögliche Kombinationen der Dimensionen Produktionsmittelbesitz, Qualifikations- und Organisationsressourcen beschränkt, bewährt sich bei den bundesdeutschen Daten nach meinen im Vorhinein festgelegten Kriterien weniger gut als die historisch gewachsenen Kategorien beruflicher Stellungen, die den Gesellschaftsmitgliedern als gemeinsame Betroffenheiten aus dem Alltag geläufig sind, wie nun gezeigt werden soll. Wegen der gemeinsamen Betroffenheiten haben die beruflichen Stellungen den Vorzug, dass sich eher kollektive Akteure um diese Kategorien bilden, wie man etwa an dem Zuschnitt der verschiedenen Gewerkschaften und kollektiven Akteuren sieht: Beamtenbund, Angestelltengewerkschaft etc. Deshalb soll nun in einem nächsten Schritt überprüft werden, wie gut die historisch gewachsene Abgrenzung von Handlungsressourcen, die die

bundesdeutsche Sozialstatistik mit ihren Kategorien schrittweise besser erfasst hat, zur bundesdeutschen Empirie passt.

Der Operationalisierung vieler Sozialstrukturmodelle liegt der Beruf zugrunde. Mit der Ausdifferenzierung der bundesdeutschen Sozialstruktur hat auch die Sozialstatistik induktiv Berufsstrukturmodelle entwickelt. Im Folgenden wollen wir daher ein Berufsstrukturmodell aus der bundesdeutschen Sozialstatistik mit ihren Kategorien schrittweise besser erfasst hat anhand der gleichen Qualitätskriterien wie das Wright'sche Modell testen. Als Unterscheidungen von Handlungsressourcen werden dabei verwendet: Landbesitz als Kapital, Qualifikation als Kapital (Freiberufler), sonstiges Kapital, Mitarbeiterzahl, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenpositionen nach Hierarchiestufen etc.

4.2.1 Das Berufsstrukturmodell im graphischen Bezugsrahmen

Das Kategoriensystem der Stellungen im Beruf habe ich dadurch modifiziert, dass Arbeitslose, Mithelfende und Auszubildende jeweils als gesonderte Gruppen betrachtet werden, da der Erwerbsstatus ein wichtiger vertikaler Aspekt ist. Diese Behandlung entspricht der Vorgehensweise bei meiner Modifikation des Wright'schen Modells, sodass dadurch eine mögliche Verzerrung beim Vergleich beseitigt wird.

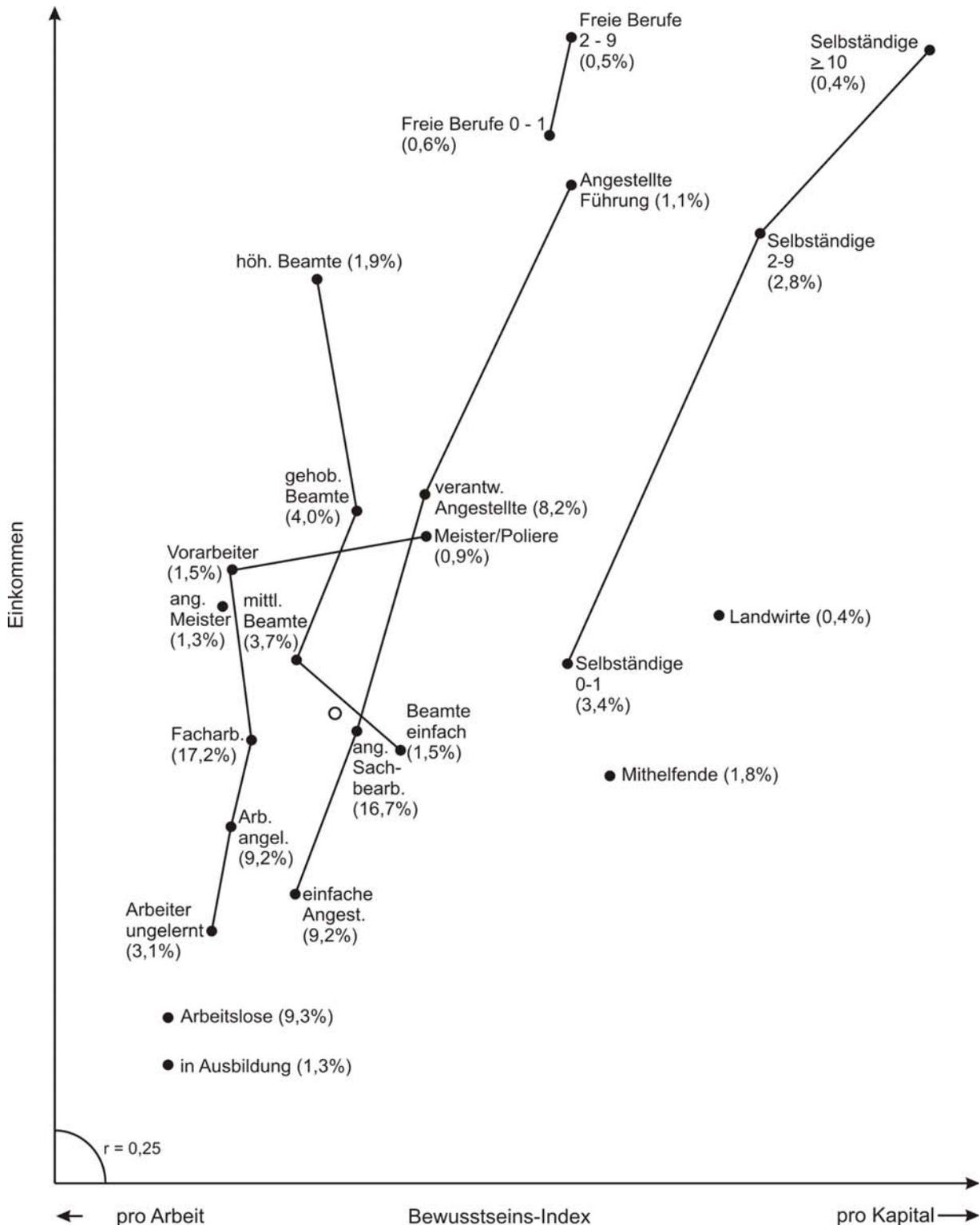
Das Berufsstrukturmodell ist in Abbildung 4-1 in dem gleichen Bezugssystem wie das Wright'sche Modell dargestellt, nämlich mit Einkommen als vertikaler und mit dem Bewusstseinsindex als horizontaler Bezugsdimension (vgl. auch Kapitel 3.4 zum Wright'schen Modell).

Die Landwirte rangieren in der Nähe der sonstigen Selbstständigen mit 0-1 Mitarbeiter, ideologisch stehen sie weiter „rechts“ (genauer: näher zum Pol „pro Kapital“). Die Freiberufler und sonstigen Selbstständigen werden nach der Zahl der Mitarbeiter unterschieden. Die sonstigen Selbstständigen haben umso mehr Einkommen und stehen um so weiter „rechts“, über je mehr Mitarbeiter sie als Ressourcen verfügen. Die Verbindungslinien zwischen diesen Stellungen im Beruf weisen ungefähr einen linearen Trend auf. Für die Freiberufler gibt es einen ähnlichen Trend mit dem Unterschied, dass sie ideologisch weniger weit „rechts“ stehen als die sonstigen Selbstständigen. Die mithelfenden Familienangehörigen rangieren in der Nähe der kleinen Selbstständigen, sie weisen ein geringeres Durchschnittseinkommen auf.

Abbildung 4-1: Berufsstrukturmodell

Einkommen: $\text{Eta}^2 = 39,3\%$
(Anteil der Berufsgruppen an den Befragten)

Bewusstseins-Index: $\text{Eta}^2 = 17,1\%$



Auch bei den Lohnabhängigen wird nicht bloß die Stellung im Beruf erfasst. Die verschiedenen Stellungen im Beruf implizieren unterschiedliche Laufbahnen, so dass sinnvollerweise auch Kriterien mit erhoben werden, die diese Laufbahnen jeweils strukturieren: So ist für Beamte, Angestellte und Arbeiter jeweils eine spezifische Mischung der Ressourcen Schulabschluss, berufliche Ausbildung und Erfahrung für die Stellung in der Betriebshierarchie nach Entscheidungs- und Anweisungsbefugnis charakteristisch. Die Beamten insgesamt rangieren ideologisch etwa in der Mitte, die Einkommensunterschiede entsprechen erwartungsgemäß der Laufbahnhierarchie. Die Beamtenlaufbahn ist weitgehend durch den Bildungsabschluss als Eingangsvoraussetzung strukturiert: Für den höheren Dienst benötigt man einen Hochschulabschluss, für den gehobenen Dienst einen mittleren Abschluss und für den einfachen und mittleren Dienst reichen Volks- bzw. Hauptschulabschluss. Im Gegensatz zu den Angestellten sind Beamte ideologisch auch dann in der Mitte verankert, wenn sie an der Spitze der Hierarchie stehen. Dies dürfte daran liegen, dass der Öffentliche Dienst in der Polarität von Arbeit und Kapital eher einen neutralen Platz einnimmt: Die Arbeitnehmer im Öffentlichen Dienst sehen sich nicht einem „Privatkapitalisten“ gegenüber, deshalb ist die Gegenüberstellung von Arbeit und Kapital für den Öffentlichen Dienst weniger bewusstseinsrelevant. Die Privatwirtschaft hat diese Hierarchie bei den Angestellten kopiert: Es gibt bei den Angestellten insgesamt einen fast perfekten linearen Trend von den einfachen Angestellten über die angestellten Sachbearbeiter, die verantwortlichen Angestellten bis hin zu den leitenden Angestellten: Je höher ein Angestellter in der Hierarchie rangiert, desto höher sein Einkommen und desto weiter „rechts“ sein ideologischer Standort.

Die Arbeiter stehen insgesamt links von der Mitte: Die Betriebshierarchie fällt von den Meistern/Polieren, die als „leitende Arbeiter“ bereits den Arbeitgebern nahe stehen, über die Vorarbeiter zu den Facharbeitern, den angelernten und schließlich ungelerten Arbeitern.⁵ Das spiegelt sich deutlich im Einkommen wider. Verlängert man den linearen Trend über die ungelerten Arbeiter hinaus, so kommt man zu der Lage der Arbeitslosen. Das Risiko der Arbeitslosigkeit ist für die ungelerten Arbeiter am höchsten. Insofern strukturiert die berufliche Ausbildung auch die Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit. Sich noch in Ausbildung zu befinden, ist nach den vorliegenden Daten eine materiell ungünstige Lage. Innerhalb dieser Gruppe wird es aber erhebliche Unterschiede in der subjektiven Perspektive geben, je nachdem, welche beruflichen Aussichten mit der Ausbildung verknüpft werden.

Wie Abbildung 4-1 zeigt, unterscheiden sich einfache Angestellte nach der materiellen Lage kaum von ungelerten/angelernten Arbeitern. Trotzdem würde eine „klassenanalytische“ Zusammenfassung solcher Lagen zu einem Informati-

⁵ Die beiden letzten Gruppen dürften in der Stichprobe unterproportional berücksichtigt sein, da keine Ausländer befragt wurden.

onsverlust führen: Die Angestellten stehen ideologisch weiter rechts als die Arbeiter, ferner sind die Arbeiter ideologisch homogener. Die Beamten sind ideologisch in der Mitte beheimatet, während die Angestellten mit einer höheren Stellung in der Hierarchie auch ideologisch stärker nach rechts orientiert sind.

Es soll nun anhand des Variationskoeffizienten (= Standardabweichung/Mittelwert) geprüft werden, wie homogen die angegebenen sozialen Lagen nach Einkommen und Bewusstseins-Index sind. Nach dem Einkommen sind die Mithelfenden am heterogensten, es folgen weitere Selbstständigen-Gruppen sowie die leitenden Angestellten. Dies dürfte daran liegen, dass die Spitze der Einkommenshierarchie breit gefächert ist. Nach dem Einkommen sind die mittleren Beamten-, Arbeiter- und Angestellten-Gruppen am ehesten als homogen zu bezeichnen. Bezüglich des Bewusstseins-Index sind die Landwirte am homogensten, sonst sind aber die Selbstständigen-Gruppen nach diesem Kriterium gerade am heterogensten, was angesichts der großen Bandbreite ihrer materiellen Lage nicht überraschend ist. Dass die Landwirte trotz großer Streuung in der materiellen Lage ideologisch homogen sind, verweist auf Besonderheiten des Berufsstandes der Landwirte, für die die Erbllichkeit der Ressource Grund und Boden sowie Verbundenheit mit Scholle und Tradition wohl einen besonderen Stellenwert haben. Ansonsten sind die Gruppierungen der Arbeiter ideologisch am ehesten homogen, was für die Konstituierung als kollektiver Akteur besonders förderlich ist. Allerdings handelt es sich nur um etwa 30 % der in der Erhebung berücksichtigten Erwerbspersonen, in der Gesamtwahlpopulation wäre dieser Prozentsatz noch geringer ausgefallen. Diese Gruppierungen lassen sich am ehesten durch die traditionelle Arbeiterbewegung – die Gewerkschaften sowie sozialdemokratische und sozialistische Parteien – mobilisieren.

4.2.2 Vergleich der Erklärungskraft von Klassen- und Berufsstrukturmodellen

In der folgenden Tabelle 4-3 sind die Erklärungsanteile (Eta^2) der hier diskutierten Berufsstruktur- und Klassenmodelle nach den berücksichtigten Kriterien zusammengestellt. Folgende Aussagen lassen sich daraus ableiten:

- (1) Die Einkommensunterschiede lassen sich bisher am besten durch das Berufsstrukturmodell der bundesdeutschen Sozialstatistik erklären. Das Einkommen wird durch dieses Modell zu 39,3 % erklärt. Dies ist sehr viel für ein einzelnes Modell, wobei allerdings zu bedenken ist, dass das Berufsstrukturmodell eine ganze Reihe von Handlungsressourcen umfasst.
- (2) Nach dem Kriterium des Bewusstseins-Index erweist sich Wrights neues Klassenmodell mit 17,5 % erklärter Varianz als konkurrenzfähig.
- (3) Es zeigt sich also, dass mit Hilfe von Berufsstruktur- und Klassenmodellen die Hierarchie der materiellen Lagen viel eher erklärt werden kann als Be-

wusstseinslagen. Der Anspruch der Schichten- und Klassenanalyse, die Verankerung von Interessen in der materiellen Lage herauszuarbeiten, um dadurch kollektive Akteure prognostizieren zu können, lässt sich weniger gut einlösen als eine Deskription von Bündelungen materieller Lagen. Es sollte nicht überraschen, dass sich „das Bewusstsein“ nur zum Teil aus der Klasse oder dem Beruf ableiten lässt, zumal „das Sein“ eine Vielzahl weiterer Faktoren wie Geschlecht, Haushaltskontext, ethnische Zugehörigkeit, Alter etc. umfasst.

- (4) Die Bündelung der Qualifikationsressourcen und der Anweisungs- und Entscheidungsbefugnisse lässt sich in den alten Bundesländern am besten durch das Modell auf der Basis der Stellungen im Beruf erfassen. Die Ausdifferenzierung der Qualifikations- und Organisationsressourcen schlägt sich in einer ausgeprägten Einkommenshierarchie nieder.

Tabelle 4-3: Kriterienvariablen nach Klassenlagen für verschiedene Klassen- und Berufsstrukturmodelle

<i>Kriterien für die Hierarchie der materiellen Lage (Eta²)</i>			
	Modifizierte Berufsvariable	Wright- Modell	Modifiziertes Wright-Modell
	k = 23	k = 12	k = 15
Berufsprestige	46,0 %	48,1 %	45,6 %
Schicht-Selbsteinstufung	23,3 %	17,6 %	17,6 %
Oben-Unten-Skala	18,3 %	13,5 %	15,1 %
Einkommen	39,3 %	23,7 %	32,6 %
(Einkommen relativ)	1,709	1,975	2,173
<i>Kriterien für Bewusstsein (Eta²)</i>			
	Modifizierte Berufsvariable	Wright- Modell	Modifiziertes Wright-Modell
	k = 23	k = 12	k = 15
INDEX	17,1 %	16,6 %	17,5 %
(INDEX relativ)	0,770	1,383	1,1671
Eigentümer Vorteile	12,0 %	11,1 %	12,2 %
Links-Rechts-Skala	6,7 %	4,2 %	6,0 %

4.2.3 Geschlechtsspezifisches Berufsstrukturmodell

Nachdem sich herausgestellt hat, dass das Modell auf der Basis der Stellungen im Beruf sehr geeignet ist, insbesondere Einkommens- und in zweiter Linie Bewusstseins-Unterschiede zu erklären, stellt sich die Frage, welche zusätzliche Dimension im Hinblick auf diese Kriterienvariablen am wichtigsten ist. Die Differenzierung nach privatwirtschaftlichem oder öffentlichem Beschäftigungssektor ist sicher bedeutsam. Ich halte aber die Geschlechtskategorie für die erste weitere Dimension, die zusammen mit dem implizit mehrdimensionalen Berufsstrukturmodell analysiert werden sollte. Tabelle 4-4 stützt diese Einschätzung, denn die Unterscheidung öffentlich versus privat leistet nur einen Erklärungszuwachs von 0,9 % beim Einkommen und 1 % beim Bewusstseins-Index. Die Berücksichtigung der Geschlechtskategorie leistet dagegen einen Erklärungszuwachs von 9,1 % beim Einkommen und 1,9 % beim Bewusstseins-Index. Schließlich lohnt sich die Unterscheidung öffentlich versus privat hier forschungsökonomisch nicht mehr, wenn man vorher die Geschlechtskategorie berücksichtigt hat.

Die Aufgliederung sozialer Lagen nach einem zusätzlichen Gesichtspunkt – wie hier nach der Geschlechtskategorie – lässt sich methodisch als Elaboration kennzeichnen, wobei eine solche Ausarbeitung bei meiner Vorgehensweise u.a. durch das Ausmaß erklärter Varianz überprüfbar ist.

Tabelle 4-4: Geschlechtskategorie und Berufsstrukturmodell

Modelle	Kriterienvariablen			
	Einkommen		Bewusstseins-Index	
	Eta ²	k	Eta ²	k
NV17 (Berufsstrukturmodell)	39,3 %	23	17,1 %	23
GRNV17* (plus Geschlecht)	48,4 %	44	19,0 %	44
OENV17 (plus öff./priv.)	40,2 %	38	18,1 %	38
OEGRNV17 (plus Geschlecht <u>und</u> plus öff./priv.)	49,2 %	68	20,2 %	68

*) Die kombinierten Variablen lassen sich formal einfach definieren wie folgt:

$$\text{GRNV17} = 100 \cdot \text{NV17} + \text{GR}$$

(GR ist der Variablenname für Geschlecht, OE der Variablenname für öffentlicher Dienst versus Privatwirtschaft.)

Der Zugang zu beruflichen Stellungen ist stark geschlechtsspezifisch strukturiert (Cramers $V = 0,48$; Significance $S = .0$). Vergleicht man die Verteilung der Frauen auf die beruflichen Stellungen mit der Verteilung aller Befragten, so ergibt sich, dass Frauen überproportional mithelfende Familienangehörige sind (4,0 vs 1,8 %), angestellte Sachbearbeiterinnen (25,7 vs 16,7 %) oder einfache Angestellte (20,1 vs 9,2 %), angelernte Arbeiterinnen (10,6 vs 9,2 %) oder ungelernete Arbeiterinnen (4,6 vs 3,1 %) und arbeitslos (10,9 vs 9,3 %). Betrachtet man zusammenfassend die reine Stellung im Beruf, so resultiert, dass Frauen zu 50,8 % Angestellte und nur zu 20,3 % Arbeiterinnen sind, während Männer umgekehrt nur zu 26 % Angestellte sind, aber zu 38,7 % Arbeiter. Obwohl die Frauen bei den Angestellten und bei den Arbeitern nur jeweils in den beiden untersten Stufen überproportional vertreten sind, also nach der Stellung im Beruf systematisch benachteiligt, sind sie insgesamt überproportional in „white collar“-Berufen beschäftigt, die sich üblicherweise gegenüber „blue collar“-Berufen ideologisch „nach unten“ abgrenzen.

Anhand von Abbildung 4-2 soll nun das geschlechtsspezifische Berufsstrukturmodell, bei dem einige Gruppen zusammengefasst wurden, genauer analysiert werden: Die Stellung als selbständiger Landwirt scheint gemäß unserer Stichprobe den Männern vorbehalten. Bei den sonstigen Selbstständigen gilt sowohl für Männer als auch Frauen: Je mehr Mitarbeiter sie haben, desto mehr Einkommen haben sie und desto weiter „rechts“ rangieren sie. Die Frauen unterscheiden sich aber von den Männern dadurch, dass sie bei gleicher Stellung ein geringeres Einkommen haben und ideologisch eher zur Mitte hin rangieren. Bei den Mithelfenden gilt ähnlich wie bei den sonstigen Selbstständigen, dass Männer ein höheres Einkommen erhalten und ideologisch weiter „rechts“ rangieren als Frauen.

Bei den Angestellten gilt für Männer und für Frauen: Je höher sie in der Betriebshierarchie rangieren, desto mehr Einkommen erhalten sie und desto weiter „rechts“ rangieren sie. Der Zusammenhang von Betriebshierarchie und Bewusstsein ist bei Männern und Frauen sehr ähnlich, bei gleicher Stellung in der Hierarchie erhalten Frauen aber im Durchschnitt ein deutlich niedrigeres Einkommen. Bei den Arbeitern unterscheiden sich Männer und Frauen ebenfalls weniger ideologisch als im Einkommen: Frauen erhalten bei gleichem beruflichem Qualifikationsprofil ein niedrigeres Einkommen als Männer. Bei den Arbeitslosen unterscheiden sich Männer und Frauen ebenfalls nicht ideologisch, sondern nur im Einkommen, da die Frauen - u.a. abgeleitet von ihrer niedrigeren Entlohnung in der letzten Beschäftigung - auch eine niedrigere Arbeitslosenunterstützung erhalten. Auszubildende Männer und Frauen unterscheiden sich dagegen weniger materiell als vielmehr ideologisch: Die Frauen rangieren ideologisch weiter rechts. Die Erklärung sehe ich darin, dass die männlichen Auszubildenden unserer Stichprobe zu 50 % in Arbeiterberufen und zu 0 % in Büroberufen ausgebildet werden, während die weiblichen Auszubildenden zu

19,2 % in Büroberufen und nur zu 12,5 % in Arbeiterberufen ausgebildet werden. Frauen sind überproportional „white collar“ bzw. Büroangestellte, die ideologisch eher „rechts“ von der Mitte rangieren, Männer sind überproportional „blue collar“ bzw. Arbeiter, die ideologisch eher „links“ von der Mitte rangieren.

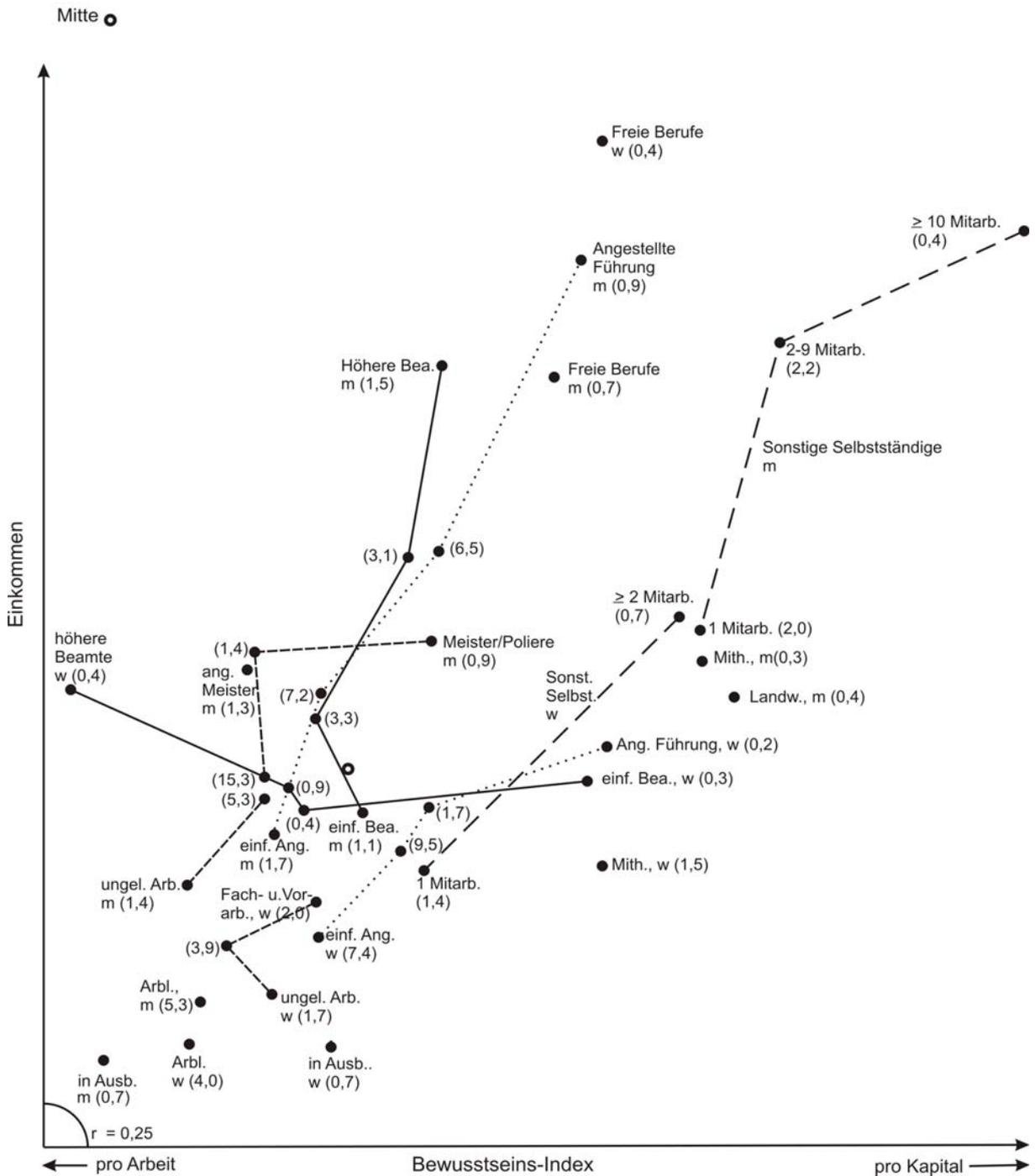
Das wichtigste Ergebnis des nach Geschlecht differenzierenden Berufsstrukturmodells besteht darin, dass Beamtenhierarchie und Bewusstsein bei Frauen völlig anders zusammenhängen als bei Männern. Zunächst soll festgehalten werden, dass selbst bei gleicher Beamten-Dienststufe Frauen durchschnittlich weniger Einkommen erhalten als Männer. Während Männer mit wachsender Dienststufe ideologisch im Durchschnitt weiter rechts rangieren, verhält es sich bei Frauen genau entgegengesetzt. Warum die Spitze der beamteten Frauen im Gegensatz zu den Männern besonders „links“ eingestellt ist, kann durch eine Inspektion der Tätigkeitsinhalte anhand der genaueren Berufsbezeichnungen weiter untersucht werden: Im gehobenen Dienst setzen sich die Frauen zu 67 % aus Grundschullehrerinnen und allgemeiner zu 80 % aus Lehrerinnen zusammen, die Männer dagegen nur zu 24 % aus Grundschullehrern bzw. zu 41 % aus Lehrern. Im Unterschied zu den Frauen gibt es bei den Männern mit 30 % einen nennenswerten Anteil von ausführenden Verwaltungsbediensteten, die nach dem Bewusstseins-Index „rechts“ von der Mitte rangieren. Im höheren Dienst gibt es in unserer Stichprobe nur Männer, die ausführende Verwaltungsbedienstete sind – nämlich 14 % der Männer –, die ideologisch wiederum „rechts“ von der Mitte rangieren. Im höheren Dienst findet man ferner mit jeweils 57 % bei Männern und Frauen den gleichen Anteil von Gymnasiallehrern. Die Männer erhalten aber ein deutlich höheres Einkommen, d.h. sie besetzen wohl unter den Gymnasiallehrern wieder die höheren Stufen. Im höheren Dienst rangieren die Gymnasiallehrerinnen „links“ von den Gymnasiallehrern. Insgesamt bilden die Gymnasiallehrerinnen nach unseren Daten ein ideologisch linkes Potential im qualifizierten Dienstleistungsbereich der alten Bundesländer.

Abbildung 4-2: Geschlechtsspezifisches Berufsstrukturmodell nach Einkommen und Bewusstseins-Index

Einkommen: $\text{Eta}^2 = 47,6\%$

Bewusstseins-Index: $\text{Eta}^2 = 19,1\%$

(Anteil der Berufsgruppen an den Befragten)



4.2.4 Berufsstrukturmodell für die alten und neuen Bundesländer – Ungleichheit und Angleichung

Anhand der Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage 2006 wird nun dargestellt, wie sich verschiedene soziale Lagen in der Bundesrepublik in der hierarchischen Dimension selbst verorten – und zwar mit Hilfe der Schichtselbsteinstufung – und wie sie sich gleichzeitig in der ideologischen Links-Rechts-Selbsteinschätzung einordnen. Darüber hinaus sollen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der alten und neuen Bundesländer diskutiert werden.

Wenn man nicht nur die Erwerbspersonen untersuchen will, sondern die gesamte Wahlbevölkerung, lässt sich die Hierarchie der sozialen Lage nicht mehr für alle Gruppierungen durch das Einkommen kennzeichnen, z.B. nicht bei den Hausfrauen. Aber auch bei den Studierenden etwa lässt sich durch die Schichtselbsteinstufung die Perspektive der sozialen Lage besser erkennen als durch einen Einkommensindikator. Die Selbsteinschätzung auf einer ideologischen Links-Rechts-Skala hat sich in zahlreichen Untersuchungen als die wichtigste Dimension erwiesen, gesellschaftlich-politische Einstellungen zu strukturieren. Allerdings ist sie nicht so trennscharf wie der Bewusstseins-Index, wie wir in unserer eigenen Erhebung ermittelt haben.

In der folgenden Abbildung 4-3 ist die Schichtselbsteinstufung als hierarchische Bezugsdimension und die Links-Rechts-Selbsteinstufung als horizontale Bezugsdimension gewählt.

Bei den Selbstständigen verorten sich die Freiberufler im Durchschnitt an der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie. Die sonstigen Selbständigen rangieren im Osten niedriger und weiter links.

Beamte gibt es in den neuen Bundesländern noch nicht in dem Umfang wie im Westen, wo sie sich in der Hierarchie eher oben und ideologisch etwa in der Mitte verorten.

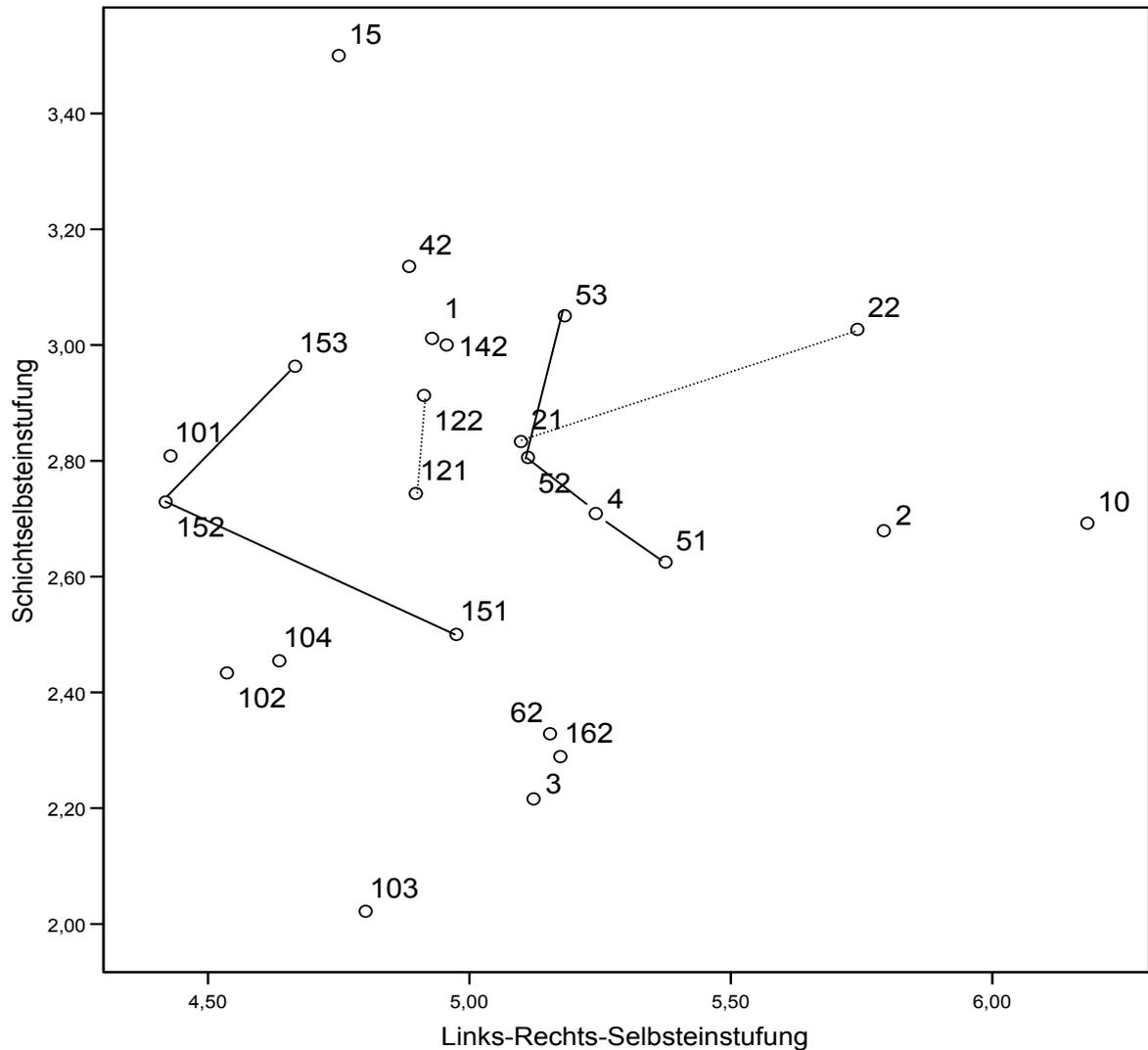
Angestellte der verschiedenen Stufen in den neuen Bundesländern ordnen sich in der gesellschaftlichen Hierarchie jeweils etwas niedriger und ideologisch jeweils links von der entsprechenden Lage in den alten Bundesländern ein.

Die Selbstverortung der Arbeiter in Ost und West unterscheidet sich im Durchschnitt nicht sehr stark.

Bei den Hausfrauen zeigt sich ein deutlicher Ost-West-Unterschied: Während sich Hausfrauen im Westen in der gesellschaftlichen Hierarchie der Mitte zuordnen, verorten sie sich im Osten niedriger, wohl u.a., weil das

Abbildung 4-3: Berufsstrukturmodell im Ost-West-Vergleich nach Schichtselbsteinstufung und Links-Rechts-Selbsteinstufung (ALLBUS 2006)

Schichtselbsteinstufung: $\text{Eta}^2=17,4\%$ Links-Rechts-Selbsteinstufung: $\text{Eta}^2=5,6\%$



Falls der West-Code der beruflichen Lage xy lautet, so ist der entsprechende Ost-Code 1xy.

West-Codes:

- 1 Schüler/Student
- 2 Rentner
- 3 Arbeitslos
- 4 Hausfrau
- 10 Landwirt

- 15 Freiberufler
- 21 Selbst., ≤ 1 Mitarbeit.
- 22 Selbst., ≥ 2 Mitarbeit.
- 42 Beamter
- 51 Einf. Angestellter

- 52 Sachbearb. (ang.)
- 53 Verantw. Angestellter und Ang. Führung
- 62 Arbeiter u. Meister/Poliere

Haushaltseinkommen bei dieser Gruppe im Osten deutlich niedriger ist als im Westen. Auch die Rentner ordnen sich im Osten niedriger ein als im Westen und im Unterschied zum Westen weiter links. Die Rentner haben sich im Vergleich zur ehemaligen DDR zwar nach der relativen Einkommensposition verbessert, schätzen aber gleichzeitig andere Dimensionen wie etwa die öffentliche Sicherheit unvorteilhaft ein.

Insgesamt handelte es sich nach 1989/90 gemäß der SchichtselbstEinstufung zunächst um eine weitgehende „Unterschichtung“ der sozialen Lagen der alten Bundesländer durch die entsprechenden Lagen der neuen Bundesländer, wobei gemäß den Daten des Allbus im Vergleich zum Anfang der 1990er Jahre in der gesellschaftlichen Hierarchie bereits eine weitgehende Angleichung stattgefunden hat. Ideologisch verorten sich eine Reihe von sozialen Lagen in den neuen Bundesländern im Durchschnitt links von den entsprechenden Lagen in den alten Bundesländern, d.h. dass die Werthaltungen sich bei den sozialen Lagen noch eher unterscheiden als die hierarchische Dimension der SchichtselbstEinstufung.

4.3 Die Modelle von Goldthorpe und von Walter Müller

4.3.1 Das Modell sozialer Lagen von Goldthorpe

Das Klassenschema von Goldthorpe beinhaltet als Hauptidee, dass in modernen westlichen Gesellschaften die Spitze der Gesellschaft von einer **Dienstklasse** eingenommen wird. Der Begriff ist in Anknüpfung an Renner sowie Dahrendorf gewählt und beinhaltet, dass die gesellschaftliche Spitze überwiegend bürokratische Arbeitsverhältnisse aufweist – in Verallgemeinerung des Öffentlichen Dienstes auf die Privatwirtschaft: Das Dienst- bzw. Vertrauensverhältnis wird entsprechend „besoldet“ auch für die Loyalität.

Abweichend von Marx und Weber fasst Goldthorpe (vgl. z.B. Erikson/Goldthorpe 1992) die Spitze der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammen, die er als „Dienstklasse“ bezeichnet, da es sich eher um bürokratische Arbeitsverhältnisse als arbeitsvertragliche Verhältnisse handele. Bezüglich der Marktsituation charakterisiert er die „service class“ u.a. dadurch, dass sie eher sichere Arbeitsplätze aufweise und „besoldet“ werde (in der Art des Öffentlichen Dienstes), bezüglich der Arbeitssituation, dass sie Autorität ausübe oder spezielles Sachwissen anwende und relativ autonom in den Arbeitsbedingungen sei. Goldthorpe unterscheidet eine obere und untere Dienstklasse u.a. nach der Betriebsgröße. Unterhalb der beiden Dienstklassen rangieren die „routine non-manual“, im Wesentlichen Büro- und Verkaufsberufe. Die kleinen Selbständigen und die Supervisor zählt Goldthorpe zu den intermediären Lagen. Schließlich unterscheidet er „skilled manual“ und „unskilled manual“. Als weitere Ausarbeitung sonderte Goldthorpe später die Landwirtschaft aus und unterschied bei den „routine non-manual“ einen höheren und einen niedrigeren Grad, wobei letzterer überproportional von Frauen besetzt sei.

In der Operationalisierung kombiniert Goldthorpe die berufliche Stellung mit der International Standard Classification of Occupations (ISCO), welche auch die Inhalte der Tätigkeiten erfassen soll.

- Service Class I (obere Dienstklasse): Höhere Professionals und Verwalter; Manager in großen Unternehmen; große Eigentümer.
- Service Class II (untere Dienstklasse): Die übrigen Professionals und Verwalter; Manager in kleineren Unternehmen; kleinere Eigentümer.
- Routine Non-Manual (III): Büro- und Verkaufsangestellte
 Aufgliederung in: IIIa: Wenn es Aspekte eines bürokratischen Arbeitsverhältnisses gibt.
 IIIb: Wenn die arbeitsvertraglichen Aspekte des Arbeitsverhältnisses dominieren.

- Kleine Selbstständige (IV)
 - Aufgliederung in: IVa: Kleine Selbstständige mit Beschäftigten
 - IVb: Kleine Selbstständige ohne Beschäftigte
 - IVc: Landwirte
 - IVd: Größere Landwirte
- Aufsichtskräfte / einfache Techniker (V)
- Facharbeiter (VI)
- Un- und angelernte Arbeiter (VII)
 - Aufgliederung in: VIIa: Jenseits der Landwirtschaft
 - VIIb: In der Landwirtschaft

(Zur besseren Vergleichbarkeit werden in dem folgenden empirischen Test des Modells die Mithelfenden, Arbeitslosen und Auszubildenden gesondert ausgewiesen.)

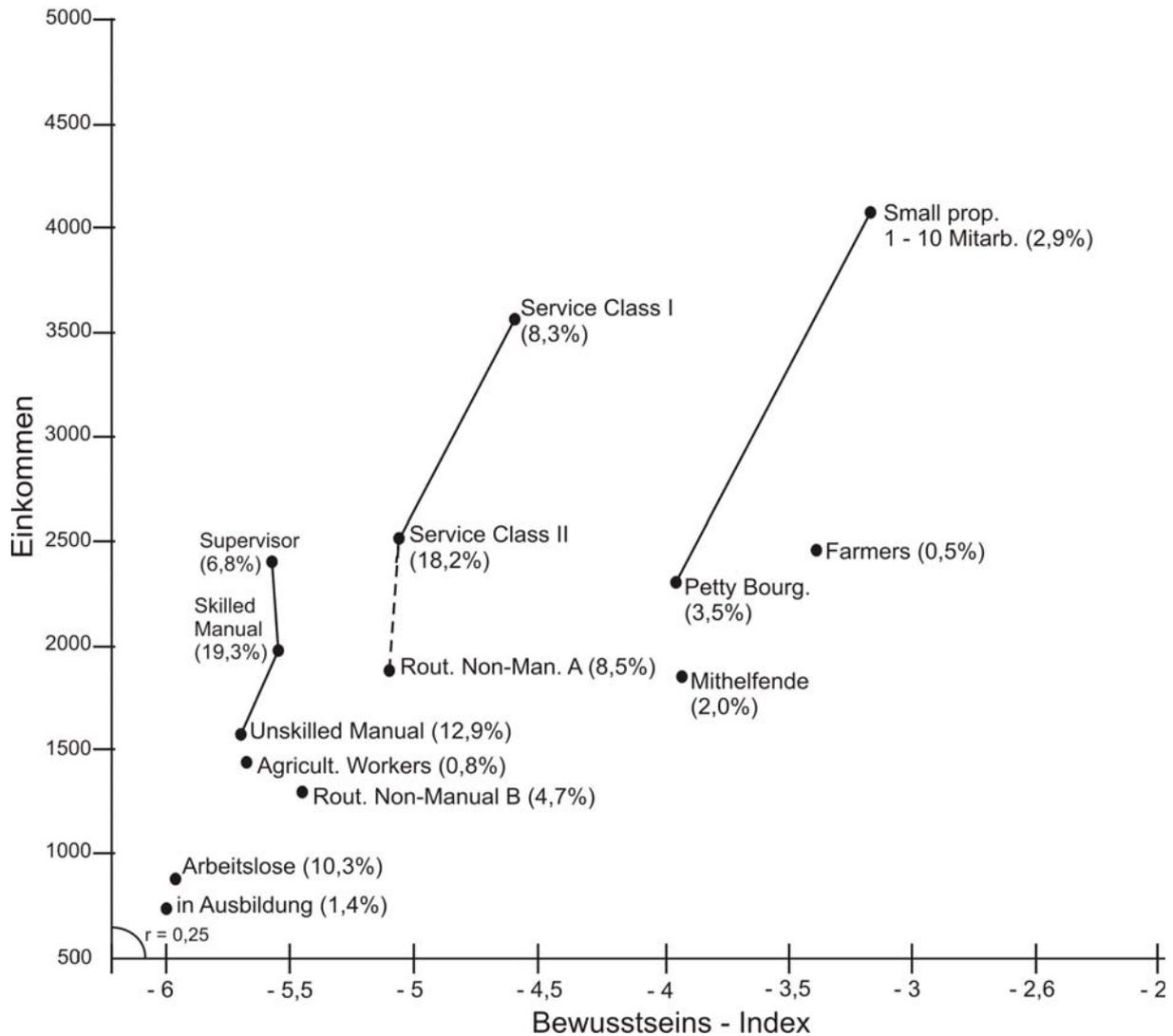
Eine von mir betreute Diplomarbeit von Ulrich Völker (1990) erbrachte als Resultat (für die Bundesrepublik 1985), dass sich die „service class“ nach dem Einkommen nicht so stark unter den Befragten hervorhebt, wie man dies aufgrund von Goldthorpes Modellkonstruktion erwarten sollte. Von dem Alltagsverständnis in der Bundesrepublik, gemäß dem sich die Mehrheit der Mitte zuordnet, weicht Goldthorpes Modell der Bundesrepublik ab: Nach Goldthorpe fallen nur 24 % der Personen in die mittleren Lagen, was man eher als Schwäche des Modells ansehen muss. Gleiches gilt dann für eine „Working Class“ von 47 %, die in dieser Größe in der Bundesrepublik nicht auszumachen ist. „Routine Non-Manual“ sowohl der höheren Stufe (IIIa) als auch der niedrigeren Stufe (IIIb) sind überproportional Frauen, nämlich zu 18 % bzw. 15 %, wohingegen sie bei den „Skilled Manual“ mit 10 % deutlich unterrepräsentiert sind. Durch eine Aufgliederung nach der ISCO-Berufsvariable arbeitet Völker (1990) heraus, dass die größte Untergruppe der „Service Class I“ mit 23 % von den Lehrern gebildet wird: Als Spitze der Gesellschaft werden hier insbesondere große Selbstständige, Manager und Lehrer zusammengefasst, was nicht sehr sinnvoll ist, denn neben der problematischen Zusammenfassung von Selbständigen und Unselbständigen dürften die Lehrer nicht in diesem Ausmaß die Spitze der bundesdeutschen Gesellschaft ausmachen. „Routine Non-Manual IIIa“ setzt sich zu 80 % aus Büroberufen zusammen, es überwiegen die Sekretäre/innen mit 44 %. „Routine Non-Manual IIIb“ setzt sich zu 81 % aus Verkaufsberufen zusammen. Die empirische Trennlinie zwischen IIIa und IIIb verläuft nach Völker (1990) also zwischen Büro- und Handelsberufen. Frauen sind in der „Service Class II“ leicht überrepräsentiert (22 % gegenüber den Männern mit 19 %), aber Völker arbeitet heraus, dass dies vor allem an der Einordnung der Pflegeberufe der ISCO-Hauptgruppe 1 liegt, die gerade materiell weniger privilegiert sind und überproportional mit Frauen besetzt.

In dem graphischen Bezugsrahmen (vgl. Abbildung 4-4) mit Einkommen als vertikaler und Bewusstseinsindex als horizontaler Achse lassen sich die Schwachpunkte des Goldthorpe-Modells prägnant herausarbeiten: Nach dem Einkommen liegt die heterogene „Service Class I“ nicht an der Spitze, sondern unterhalb der kleinen Selbstständigen (1-10 Mitarbeiter). Dies zeigt unserer Meinung nach, dass es nicht angemessen ist, die wenigen großen Selbstständigen (hier: > 10 Mitarbeiter) mit der viel größeren Spitze der Arbeitnehmer zusammenzufassen. Auch nach dem Bewusstseinsindex rangiert die „Service Class I“ eher in der Mitte, wobei die „kleinen Selbstständigen“ (1-10 Mitarbeiter) weiter „rechts“ stehen. Die Unterschiede im Bewusstsein von Managern und Selbstständigen, die nach dem Berufsstrukturmodell bereits bekannt sind, sind wegen Goldthorpes Zusammenfassung nicht mehr sichtbar, was unvorteilhaft ist.

Abbildung 4-4: Goldthorpe-Modell nach Einkommen und Bewusstseins-Index

Einkommen: $\text{Eta}^2 = 34,6 \%$
 (Anteil der Berufsgruppen an den Befragten)

Bewusstseins-Index: $\text{Eta}^2 = 16,5 \%$



4.3.2 Das Modell von Walter Müller

Um die sozialstrukturelle Verankerung der Parteienlandschaft besser erklären zu können, gliedert Walter Müller (1998) Goldthorpes Dienstklasse in **drei Segmente** auf: **die administrative Dienstklasse, die Experten** sowie **die soziale und kulturelle Dienstklasse**.

Die administrative Dienstklasse der Manager und anderen Beschäftigten in höheren Verwaltungsfunktionen ist charakterisiert durch die Ausübung delegierter Autorität. Sie verfügen über Entscheidungs- und Anweisungsbefugnisse (Organisationsressourcen in der Terminologie von Wright), und von ihnen wird Loyalität gegenüber der Organisation erwartet. Experten im Technik- und Ingenieurwesen sowie in den Natur- und Wirtschaftswissenschaften dagegen sind charakterisiert durch die Ausübung von spezialisiertem Wissen (bei Wright Qualifikationsressourcen). Mit Berufung auf die Normen der Profession sichern sie Unabhängigkeit und Autonomie in ihrer beruflichen Tätigkeit. Für die sozialen und kulturellen Dienste (bei Esping-Andersen: Health, Education und Welfare) ist außer der Orientierung an der Profession die Orientierung an den sozialen Belangen der Klienten typisch.

Mit dieser Ausdifferenzierung von Goldthorpes Dienstklasse kann Walter Müller die politischen Affinitäten gut erklären: Während die administrative Dienstklasse der Manager und Verwalter auch in den Nachkriegsgenerationen eher eine Affinität zur CDU/CSU aufweist, findet bei den Experten in der Nachkriegsgeneration eine Verlagerung von der CDU/CSU hin zur SPD statt. Die sozialen und kulturellen Dienste schließlich weisen die größere Nähe zu den Grünen auf.

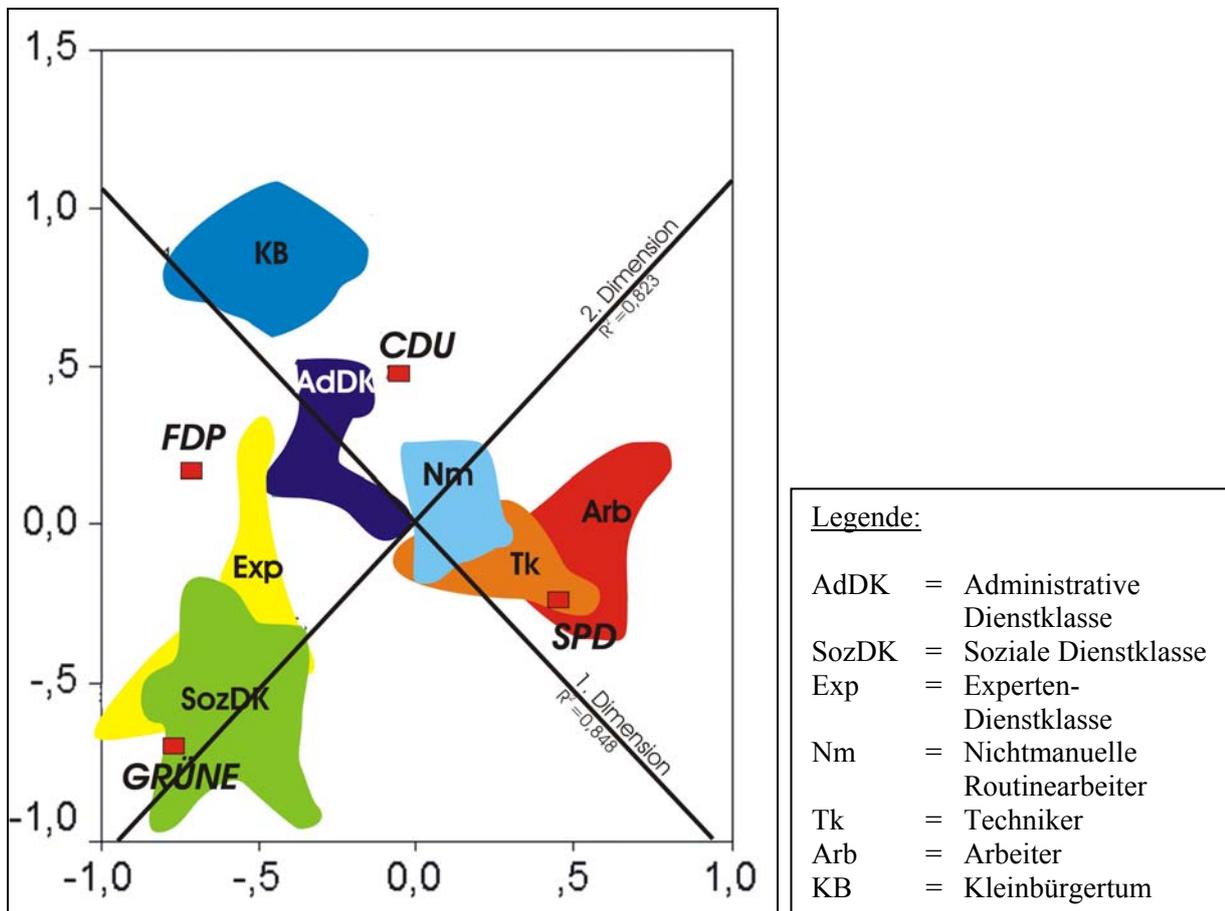
4.3.3 Entstrukturierung und Restrukturierung der Parteiaffinitäten in West- und Ostdeutschland

Für die Bundesrepublik Deutschland empfiehlt es sich, bei der Analyse der Parteienlandschaft nach Ost- und Westdeutschland zu differenzieren, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten zu können.

In seiner Dissertation „Klassengebundene Cleavage-Strukturen in den neuen und alten Bundesländern im Zeitverlauf. Eine empirische Untersuchung“ hat *Tilo Görl* (2005) den Fragenkomplex der sozialstrukturellen Verankerung der politischen Affinitäten untersucht, wobei auf der Basis der konstruktiven Kritik an Clark und Lipset das dichotome Klassenmodell durch Walter Müllers Modell ersetzt wird und die Parteiaffinitäten differenzierter erfasst werden, indem zwischen den „alten linken“ Themen der materiellen Verteilung und den „neuen linken“ Themen wie „libertär versus autoritär“ (Kitschelt) unterschieden wird.

Entgegen den Erwartungen schnitt die SPD nach 1989 in Ostdeutschland bei den Arbeitern unterdurchschnittlich ab, als Antipoden standen sich vielmehr die Befürworter der raschen Wiedervereinigung in der Hoffnung auf Freiheit und Wohlstand auf der einen Seite, repräsentiert durch die CDU und überproportional unterstützt von den Arbeitern, und auf der anderen Seite die Befürworter des Sozialismus gegenüber, repräsentiert durch die PDS und überproportional unterstützt von den früheren Funktionären und leitenden Angestellten der Ex-DDR, die man auch als „sozialistische Dienstklasse“ im Geiste von Renner, Dahrendorf, Goldthorpe und anderen konzipieren könnte. D.h. es zeigte sich eine sozialstrukturelle Verankerung des Vereinigungs-Cleavage, wodurch sich die politische Landschaft Ostdeutschlands von der Westdeutschlands unterschied.

Abbildung 4-5: Soziale Verankerung der Parteienlandschaft in Westdeutschland



Quelle: Tilo Görl (2005), S. 20

Mit Hilfe von multinominalen Logitmodellen und mittels der Visualisierung der Zusammenhangsstruktur durch Korrespondenzanalyse zeigt Görl (2005) für Westdeutschland, dass dem sozialstrukturellen Verteilungskonflikt zwischen Selbstständigen und Arbeitern in der politischen Landschaft die Polarität der marktliberalen FDP versus SPD entspricht. Den unterschiedlichen Rationalitäten

von sozialer Dienstklasse und Experten versus Arbeitern entspricht in der politischen Landschaft die Polarität von links-libertären Grünen/Bündnis 90 und CDU/CSU. Für Ostdeutschland zeigt Tilo Görl, dass die Arbeiter und die Selbstständigen die soziale Basis der Befürwortung der schnellen Wiedervereinigung sind, im Gegensatz zur sozialen und administrativen Dienstklasse, welche eher eine PDS-Präferenz aufweisen. Mit wachsendem Abstand zur DDR-Vergangenheit findet dann ein *realignment* statt, in dem die administrative Dienstklasse sich zunehmend der CDU annähert und die Arbeiter zunehmend der SPD und der PDS. Diese Ergebnisse sind verträglich mit der Kristallisationshypothese (von Winter 1996), gemäß der es eine für Ostdeutschland spezifische Konstellation von sozialstrukturell verankerten gesellschaftlich-politischen Konfliktlinien gibt, wobei im Laufe der Zeit eine Annäherung der Parteien-Wähler-Allianzen an das westdeutsche Bezugsmodell zu beobachten ist (Konvergenzthese).

Die korrespondenzanalytische Konfiguration wird von Tilo Görl noch mit Hilfe der Einpassung von externen Dimensionen („property fitting“) weiter interpretiert: In Westdeutschland kontrastieren die Projektionen des Kleinbürgertums und der Arbeiter am stärksten auf dem Parteien-Rating gemäß dem traditionellen sozio-ökonomischen Cleavage. Die „New-Politics“ – Dimension ist fast orthogonal zu der traditionellen sozio-ökonomischen Dimension. Auf der Dimension der „neuen Politik“ kontrastieren die Werte der sozialen Dienstklasse/Experten und der Arbeiter am stärksten. Für Ostdeutschland zeigt Tilo Görl mit Hilfe der Korrespondenzanalyse und des „property fitting“, dass die These der Kristallisation mit schließlicher Tendenz zur Konvergenz am ehesten mit den Daten verträglich ist. Mit Hilfe der Effektkoeffizienten der Klassenlagen in einem konditionalen Logitmodell für die parteibezogene Links-Rechts-Dimension zeigt Tilo Görl, dass die administrative Dienstklasse sich sehr stark umorientiert, von der Orientierung am traditionellen linken Pol im Laufe der Zeit zum rechten Pol, an dem parteipolitisch die Verteidigung des Status quo der Hierarchie der sozialen Lagen angesiedelt ist.

Insgesamt lässt sich in West- und Ostdeutschland ein leichtes „decline of class voting“ beobachten und gleichzeitig ein „realignment“, denn die neuen politischen Themen sind wiederum partiell in sozialen Lagen verankert.

5. Erwerbstätigkeit und Typen von Dienstleistungsgesellschaften, Bildung und Bildungsregime, Innovationsfähigkeit

Nach den klassischen Modellen sozialer Lagen zur Analyse von Sozialstrukturen sollen nun als empirische Bereiche die Erwerbstätigkeiten und die dafür erforderliche Bildung behandelt werden. Das einfache Modernisierungsmodell geht vom Übergang „der“ Industriegesellschaft in „die“ Dienstleistungsgesellschaft aus. Wir möchten hier – aufbauend auf Esping-Andersens „drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ – von verschiedenen Modernisierungspfaden in unterschiedliche Typen von Dienstleistungsgesellschaften ausgehen. Mit den Klassikern Marx und Weber gehen wir davon aus, dass die Art der Erwerbstätigkeit und Einkommensquellen ebenso wie die Befähigung zur Teilhabe durch Bildung und Ausbildung zentral sind für die soziale Lage und Marktchancen der Gesellschaftsmitglieder. So wie sich verschiedene Pfade der Entwicklung der Erwerbstätigkeit zur Dienstleistungsgesellschaft unterscheiden lassen, werden hier auch verschiedene Modernisierungspfade am Beispiel der Bildungsregime unterschieden. Schließlich werden die von uns berücksichtigten Länder und die fünf Wohlfahrtsregime daraufhin verglichen, in welchem Ausmaß sie durch Investitionen in Bildung sowie Forschung und Entwicklung ihre Innovationsfähigkeit entwickeln, welche für den zukünftigen Platz eines Landes in der Weltarbeitsteilung und in der Welteinkommenspyramide mit entscheidend ist.

5.1 Modernisierung als Vergleichsmaßstab für den Bereich der Erwerbstätigkeit gemäß Hradil

Modell der Modernisierung

1. Die Erwerbsquote steigt, weil insbesondere die Erwerbsquote von Frauen steigt.
2. Die Beschäftigung verlagert sich im Laufe des Modernisierungsprozesses vom primären über den sekundären zum tertiären Sektor: Dienstleistungsgesellschaft. („Drei-Sektoren-Theorie“ von Fisher, Clark und Fourastié)
3. Die Wirtschaftsleistung und der Wohlstand eines Landes nehmen zu.

Empirische Ergebnisse

Beteiligung am Erwerbsleben

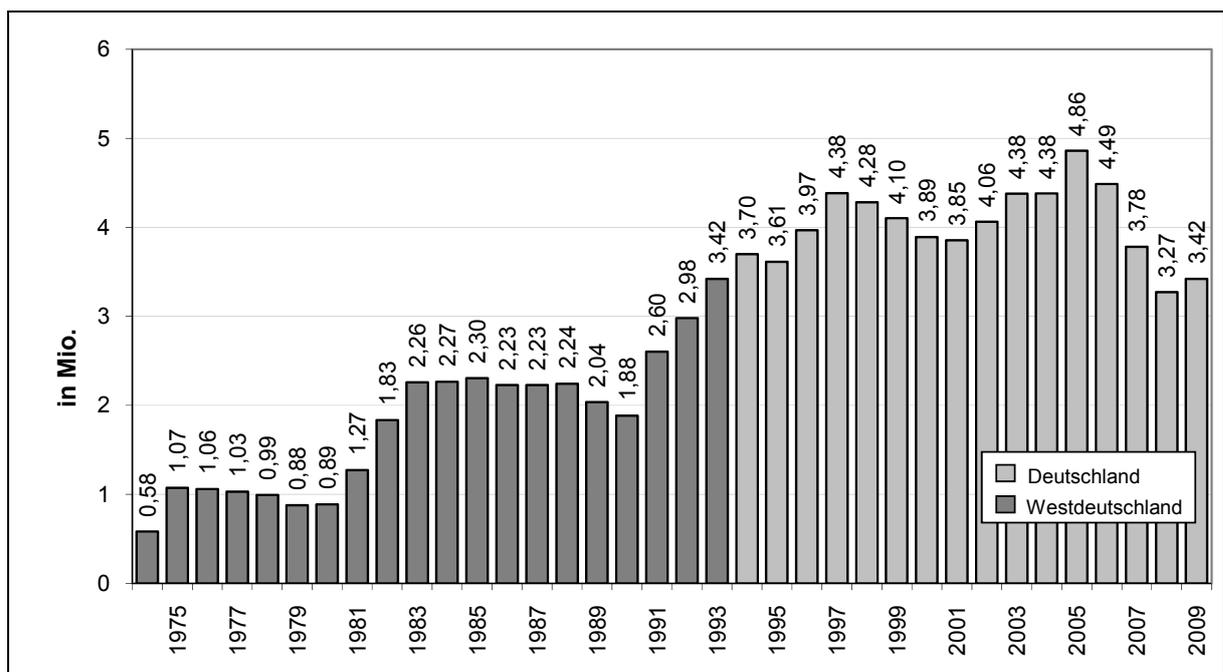
- Die Zahl der Erwerbstätigen in Westdeutschland ist von 1960 bis 2004 um 3,2 auf 29,4 Millionen gestiegen. Da gleichzeitig aber die Zahl der Einwohner um 9,7 Millionen auf 65,7 Millionen gewachsen ist, ist die Erwerbsquote von 47 % auf 45 % gesunken.
- In Ostdeutschland sind im Jahr 2004 mit 6,2 Millionen Erwerbstätigen gegenüber 1988 ca. drei Millionen weniger erwerbstätig, die Erwerbsquote fiel von 56 % auf 42 %.

- Die Erwerbsquoten sind in Skandinavien, Großbritannien, in den Niederlanden und der Schweiz relativ hoch. Andererseits sind die Erwerbsquoten im Süden (Griechenland, Spanien, Italien) eher niedriger.
- Während die Erwerbsquote für die Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen im Jahr 2005 in der EU-25 insgesamt bei 64 % liegt, ist sie in Japan mit 69 % und in den USA mit 72 % noch höher.
- Die Erwerbsquoten von Frauen sind geringer, holen aber in den letzten Jahrzehnten auf, insbesondere wenn der Dienstleistungssektor ausgedehnt wird und Kinderbetreuungseinrichtungen – staatlich oder privat – bereitgestellt werden.

Arbeitslosigkeit

- Seit 1973 stieg die Arbeitslosigkeit mit jeder Konjunkturkrise (1974/75, 1981/82, 1992/93) in Deutschland treppenförmig an.
- Dabei ist die Arbeitslosigkeit im Osten etwa doppelt so hoch wie im Westen.

Abbildung 5-1: Entwicklung der Zahl der Arbeitslosen



Internationaler Vergleich

- Beschäftigungspolitisch erfolgreicher sind insbesondere Dänemark und Niederlande (Konzept der „Flexicurity“, d.h. der Flexibilität der Arbeitsmarktregulierungen bei gleichzeitig hohem Niveau der sozialen Absicherung), aber auch wirtschaftsliberale Ansätze in angelsächsischen Ländern
- Im Jahr 2006 lag die EU-25 mit einer Arbeitslosenquote von 7,9 % hinter den USA (4,6 %) und Japan (4,1 %). – Allerdings muss man bei diesem Vergleich das Problem der „working poor“ in den USA berücksichtigen, weshalb für einen Qualitätsvergleich die Armutsquote der aussagekräftigere Indikator ist.

Risikogruppen

- Personen unter 25 Jahren haben in Deutschland im Jahr 2006 mit 14,2 % eine etwas geringere Arbeitslosenquote als im Durchschnitt der EU-25 (17,1 %). Polen (30 %), die Slowakei (27 %) und Griechenland (26 % in 2005) schneiden dabei besonders schlecht ab.
- Frauen sind in den meisten Ländern der EU-25 im Jahr 2006 überproportional arbeitslos: Griechenland (Unterschied 9 %), Spanien (5 %), Italien (4 %).
- Ausländer haben in Westdeutschland ein doppelt so hohes Risiko wie einheimische Arbeitskräfte. In Ostdeutschland gibt es nur wenige Ausländer, sodass hier andere Risiken wie Langzeitarbeitslosigkeit im Vordergrund stehen.
- Gering Qualifizierte (ohne beruflichen Abschluss) haben in Westdeutschland gegenüber dem Durchschnitt ein deutlich erhöhtes Risiko, in Ostdeutschland sogar noch stärker.
- Besonders gravierend ist die Verfestigung zur Langzeitarbeitslosigkeit: In der EU-25 sind davon im Jahr 2005 3,9 % der Erwerbsbevölkerung betroffen. Neben der Slowakei (11,7 %) und Polen (10,2 %) liegt auch Deutschland mit 5 % über dem Durchschnitt, sodass dringender Handlungsbedarf besteht.

Wirtschaftssektoren

- Die Verschiebung zwischen den Sektoren bestätigt sich tendenziell, wobei aber nicht alle Gesellschaften eine Phase mit dominierender Industriebeschäftigung durchlaufen. – Diese Trends sollen auf der Basis von Esping-Andersen (1993) differenzierter dargestellt werden (vgl. Kap. 5.3).

Wirtschaftsleistung und Wohlstand

- Bis zur Wiedervereinigung lagen die Einkommen in Westdeutschland mit an der europäischen Spitze. Seither rangiert das durchschnittliche Einkommen Deutschlands im Mittelfeld Westeuropas.
- Norwegen, Irland und die Schweiz rangieren im Westeuropa an der Spitze. Griechenland und Portugal liegen noch ein Stück zurück.
- Das durchschnittliche Wohlstandsniveau von Mittel- und Osteuropa liegt deutlich unter dem EU-Durchschnitt, wobei einzelne Länder aber bereits vor Alt-Mitgliedern rangieren.

Fazit zum Modernisierungs-Modell

- Die Erwerbsquoten sind gestiegen, stagnieren aber in Deutschland inzwischen.
- Beschäftigungspolitisch gehört Deutschland nicht zu den erfolgreichen „Modernisierern“. Allerdings muss man bei diesem Vergleich berücksichtigen, dass Deutschland die Wiedervereinigung zu bewältigen hat und eine starke Zuwanderung aufweist.
- Die Verlagerung der Sektoren trifft tendenziell zu, wobei nicht jedes Land eine Phase mit überwiegender Industriebeschäftigung durchläuft.

- Nach dem Zweiten Weltkrieg ist der Wohlstand in Deutschland markant angestiegen, inzwischen bleibt der Wohlstand aber eher konstant.

5.2 Die zweite Weltwirtschaftskrise als aktuelle gesellschaftliche Herausforderung

Die bezahlte Erwerbstätigkeit ist in der modernen Marktgesellschaft für die Individuen i.a. die zentrale Basis ihres Budgets, wodurch die gesellschaftliche Teilhabe – politische, ökonomische und soziale sowie kulturelle Partizipation – strukturiert ist. Das Volumen der bezahlten Erwerbstätigkeit bewegt sich – wie es die Ökonomen modellieren – im Wesentlichen entsprechend dem Wachstum des Bruttosozialproduktes und in den Schwankungen des Konjunkturzyklus, wie Sinus-Schwingungen auf einem Wachstumspfad. Da die Höhe des Anteils an Arbeitslosen ein entscheidender Faktor der Verhandlungsposition der Arbeitnehmer ist (welche nach Qualifikation, Beruf, Branche etc. natürlich weiter ausdifferenziert ist), ist die Entwicklung von bezahlter Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung.

Aus den regelmäßigen Konjunkturkrisen ragen zwei heraus: Die Weltwirtschaftskrise ab 1929 und die aktuelle Weltwirtschaftskrise ab 2008. Im Dezember 1930 schlug Keynes vor, auf die Konjunkturkrise infolge einer übertriebenen monetären Expansion in den USA, die sich in einem Aktien-Boom und Bust niederschlug, dadurch zu reagieren, dass der Staat die Nachfrangelücke durch sinnvolle Investitionen in die Zukunft schließt. Die Regierungen reagierten aber alle protektionistisch und erst die gesellschaftlich negativ zu bewertenden Investitionen in die militärische Wettbewerbsfähigkeit führten wieder zu mehr Beschäftigung.

Inzwischen ist die Keynes'sche Analyse und auch die Relevanz der Regulierung der Finanzsysteme allgemein bekannt, dennoch wurde – u.a. wegen unterschiedlicher Interessenlagen – nicht auf jede Wirtschaftskrise schnell und adäquat reagiert. Es stellt sich die Frage, was die Ursachen der aktuellen Krise sind, die von der Größenordnung her die zweite Weltwirtschaftskrise ist.

1) Die Politik:

a) Verschuldung der Haushalte in den USA: Die amerikanische Politik hat den Immobilienkauf auf Kredit gefördert – unter der Rahmensetzung extrem niedriger Zinsen –, was zunächst einen Immobilienpreisboom erzeugt hat, der dann aber beim Platzen der Spekulationsblase zum Absturz der Preise führte, zur Überschuldung von Haushalten und zum Konsumeinbruch.

b) Staatsverschuldung der USA: Die militärischen Interventionen der USA haben auch den wirtschaftlichen Aspekt, dass die US-Regierungen sich bei dem Rest der Welt verschuldeten.

2) Die Wirtschaft: Durch Finanzinnovationen wurde der Rest der Welt an den Risiken und schließlich der Finanzierung der amerikanischen Kreditvergabe beteiligt, wobei die intransparenten Papiere nach einem Bonus-System verkauft wurden. (Die Finanzinnovationen sind nicht auf die USA beschränkt, es gab z. B. auch einen Immobilien-Boom und – Bust in Spanien.)

Was tun?

Joseph E. Stiglitz schlägt vor, – neben “Keynes`schen“ Konjunktur-programmen – wegen des Politik- und Marktversagens bei der Regu-lierung anzusetzen: „The design of regulatory structures and systems has to take into account

(a) asymmetries of information – the regulator often is at an informational disadvantage relative to the regulated;

(b) moral hazard – there are often problems in ensuring that the regulator’s behavior is consistent with social welfare, e.g. that he is not captured by those whom he is supposed to be regulating; and

(c) human fallibility – mistakes are inevitable, and one needs to minimize the costs of such mistakes. Well-designed regulations take into account the limitations of implementation and enforcement. While no regulatory system is perfect, economies with well-designed regulations can perform far better than those with inadequate regulation. Regulations can both enhance markets and protect those who might otherwise suffer in unregulated markets.” (Joseph E. Stiglitz, April 2009)

Immerhin bieten die Aktivitäten der neuen amerikanischen Regierung und die Aktivitäten der europäischen, chinesischen etc. Regierungen – begleitet von Verbesserungsvorschlägen von Stiglitz u.a. – Anlass zur Hoffnung, dass diese Weltwirtschaftskrise deutlich besser bearbeitet wird als die erste.

5.3 Drei typische Entwicklungspfade zu Dienstleistungsgesellschaften gemäß Esping-Andersen

Seit den Pionierarbeiten von Allan G.B. Fisher, Colin Clark und insbesondere Jean Fourastié (1963, 1969²) gelten Wirtschaftswachstum und steigender Lebensstandard als Erklärungsfaktoren für das Wachstum des tertiären Sektors. Mit steigendem Einkommen nimmt die Nachfrage nach Dienstleistungen stärker zu als nach Produkten anderer Sektoren. Mit dem Ansteigen des Anteils der Nicht-Erwerbstätigen nimmt die Nachfrage nach betreuenden, ausbildenden und planenden Dienstleistungen insgesamt zu. Die steigende Nachfrage nach Dienstleistungen führt zu mehr Beschäftigung im tertiären Sektor, weil die Produktivitätssteigerung bei einem Teil der Dienstleistungen begrenzt ist und viele Dienstleistungen auch zur Verfügung stehen müssen, ohne zu jeder Zeit gebraucht zu werden (vgl. Berger und Offe 1984: 241). Diese Ungewissheit über Zeitpunkt und Art des Leistungsbedarfs tendiert dazu, Leistung und Einkommen zu entkoppeln und bürokratische Beschäftigungsverhältnisse auszuweiten. An die Stel-

le der Verknüpfung von Leistungsergebnis und Entgelt sind vielfach, besonders im öffentlichen Dienst, standardisierte Zugangs- und Aufstiegsverfahren getreten, durch welche die Qualifikationszertifikate in den tertiarisierten Industriegesellschaften an Bedeutung gewinnen.

Der Übergang von Industriegesellschaften zu Dienstleistungsgesellschaften lässt sich – typisierend vereinfacht – durch Phasen abgrenzen (vgl. z.B. Esping-Andersen 1993):

Die Phase der fordistischen Industriegesellschaft lässt sich dadurch charakterisieren, dass auf der Makroebene die industrielle Massenproduktion und Massenkonsumtion vorherrscht, auf der Mikroebene die Zerlegung der Arbeit (Taylorismus) mit einer Hierarchisierung der Anweisungs- und Entscheidungsbefugnisse, von Erik Olin Wright (1985) zusammenfassend Organisationsressourcen genannt.

Die industrielle Dienstleistungsgesellschaft dagegen lässt sich durch die Expansion folgender drei Dienstleistungsbereiche charakterisieren: Die produktionsbezogenen Dienstleistungen (d.h. Planung, Finanzierung und ähnliches), die sozialen Dienstleistungen (Gesundheitspflege, Erziehung und ähnliches) sowie die Konsumdienstleistungen (Gastgewerbe, Freizeitbeschäftigung und ähnliches). Um 1960 war der Industriesektor und der Anteil der Arbeiter in den westlichen Ländern am größten, von 1960 bis in die 80er Jahre verdoppelte sich der Anteil der Dienstleister in etwa, während der Anteil der Arbeiter deutlich zurückging.

Esping-Andersen (1993) schlägt dementsprechend eine zweigeteilte Schichtungshierarchie vor, wobei die Trennung in eine „fordistische Hierarchie“ des Betriebs (‘blue collar’) und eine „postindustrielle Hierarchie“ in der Verwaltung etc. (‘white collar’) sicher eine Vereinfachung ist (vgl. Tabelle 5-1). Es handelt sich eher um zwei Aspekte, die auch in Kombination auftreten können (z.B. Manger im ‘postindustriellen Sektor’ oder Professionals in der Industrie). Trotz dieser Vereinfachung sollen nun die Stratifizierungsfolgen der Wohlfahrtsregime auf der Basis dieses Modells charakterisiert werden, d.h. Wohlfahrtsregime führen gemäß Esping-Andersen zu unterschiedlichen Branchen- und Berufsstrukturen.

Esping-Andersen (1990, 1993) unterscheidet drei Typen von Dienstleistungsgesellschaften, den Status-konservierenden bzw. konservativen – mit der Bundesrepublik als Prototyp –, den sozialdemokratischen – mit Schweden als Prototyp – und den wirtschaftsliberalen - mit den USA als Prototyp.

In der Bundesrepublik ist der Industriesektor noch deutlich größer als in Schweden und den USA (vgl. Tabelle 5-2). Sowohl die sozialen Dienstleistungen einschließlich Bildung und Erziehung als auch die privaten Konsumdienstleistungen sind unterproportional entwickelt, weshalb andererseits der Anteil der Ar-

beitslosen und der Nicht-Erwerbstätigen besonders hoch ist, insbesondere der Anteil von Hausfrauen und von Rentnern.

Nach unserer Auffassung hat die Bundesrepublik einerseits mit ihrem gut ausgebauten Industriesektor bestimmte Funktionen in der Weltarbeitsteilung übernommen, andererseits gibt es im Rahmen des allgemeinen Tertiarisierungstrends durchaus ständigen Anpassungsbedarf, d.h. Überprüfung der Zweckmäßigkeiten im Hinblick auf sich ständig ändernde Randbedingungen und Verschiebungen in der Weltarbeitsteilung.

Schweden verfügt über einen stark ausgebauten staatlichen Sektor sozialer Dienstleistungen, der deutlich größer ist als in der Bundesrepublik und den USA. Es handelt sich vor allem um das Gesundheitswesen, das Bildungswesen und um Kinderbetreuungseinrichtungen. Der stark ausgebaute Sozialstaat ist Grundlage der hohen Frauenerwerbstätigkeit in Schweden.

Tabelle 5-1: 'Postindustrielles' Schichtungsmodell gemäß Esping-Andersen

<i>Fordist hierarchy</i>	
a)	managers and proprietors
b)	clerical, administrative and sales workers (auch: Routine-Arbeiten)
c)	skilled/crafts manual production workers
d)	unskilled and semi – skilled manual production workers (incl. Transport: packers, truck drivers, Spediteure etc.)
<i>Postindustrial hierarchy</i>	
a)	professionals and scientists
b)	technicians and semi-professionals (school teachers, nurses, social workers, laboratory workers, technical designers, etc.)
c)	skilled service workers (cooks, hairdressers, policemen, etc.)
d)	unskilled service workers, or service proletariat (cleaners, waitresses, bartenders, baggage porters, etc.)

Quelle: Esping-Andersen 1993, S. 24/25

Tabelle 5-2: Verschiebungen in der sektoralen Beschäftigungsstruktur gemäß Esping-Andersen

	BRD 1960	BRD 1985	BRD 1998	Schwe den 1960	Schwe den 1985	Schwe den 1999	USA 1960	USA 1988	USA 1999
Primary	14,2	4,9	3,4	14,1	6,5	2,8	7,4	3,1	3,1
Industry	<u>48,5</u>	<u>39,7</u>	<u>33,3</u>	42,2	28,5	24,9	35,3	25,4	23,5
Distribution	18,7	20,7	19,7	20,2	19,2	19,4	23,1	22,7	22,2
Σ 'Traditional economy'	81,4	65,3	56,4	76,5	54,2	47,1	65,8	51,2	48,8
Σ 'Government'	4,9	7,8	8,8	2,9	6,8	5,1	5,1	4,8	4,6
Consumer servic- es	5,8	6,4	8,7	8,2	5,4	7,9	11,4	<u>11,9</u>	<u>12,2</u>
Social services	4,5	12,0	15,4	9,3	<u>26,4</u>	<u>26,9</u>	11,2	20,9	20,7
Business services	3,4	7,8	10,7	2,9	7,3	13,0	6,8	<u>11,2</u>	<u>13,7</u>
Σ 'Service economy'	13,7	26,2	34,8	20,4	39,1	47,8	29,4	44,0	46,6

Quelle: Esping-Andersen (1993, S. 37/38) für 1960 und die 1980er Jahre; Hansen (2001, S. 85) für 1998/99; angegeben sind jeweils die Prozentsätze.

In den USA ist der Bereich der produktionsbezogenen Dienstleistungen ('business services') stärker entwickelt als in der Bundesrepublik. Der Bereich der Konsumdienstleistungen (Gastronomie, Freizeitbeschäftigung und ähnliches) ist in den USA ebenfalls stärker ausgebaut als in der Bundesrepublik und in Schweden.

Entsprechend findet man in der Berufsstruktur der Bundesrepublik überproportional viele Arbeiter, in Schweden dagegen überproportional viele professionelle und semiprofessionelle Beschäftigungen des Sozialstaates, z.B. Krankenschwestern, Lehrerinnen und Berufe in der Kinderbetreuung (vgl. Tabelle 5-3). Die USA schließlich weisen einerseits einen überproportionalen Anteil an Managern auf, andererseits überproportional viele einfache Dienstleistungen im Gastgewerbe und ähnlichen Bereichen.

Die Entwicklungstrends verstärken eher diese unterschiedlichen Beschäftigungsstrukturen, als dass eine Angleichung stattfindet (Esping-Andersen 1993): Während die Erwerbsbeteiligung in Schweden und den USA von 1960 bis 1985 anstieg, nahm sie in der Bundesrepublik ab. Diese Entwicklungen gelten für die Frauenerwerbstätigkeit noch verstärkt.⁶ Schweden weist eine besonders hohe Frauenerwerbsquote auf, wobei fast die Hälfte teilzeitbeschäftigt ist, was in der Bundesrepublik und erst recht in den USA weniger verbreitet ist.

⁶ Neuere Entwicklungen in der Bundesrepublik sind eher geschlechtsspezifisch verschieden: Während die Männererwerbsquote weiter sinkt, nimmt die Frauenerwerbsquote zu.

Der Dienstleistungssektor der Bundesrepublik entwickelte sich in dieser Zeit unterproportional, während die sozialen Dienstleistungen des schwedischen Sozialstaats im internationalen Vergleich vorn blieben. In den USA wuchsen einerseits die produktionsbezogenen Dienstleistungen und der (private) Gesundheitsbereich, die relativ gute Arbeitsbedingungen bieten, andererseits aber auch der Bereich der Konsumdienstleistungen, in dem es einen höheren Anteil einfacherer Dienstleistungen gibt. In der Berufsstruktur der Bundesrepublik sind die Facharbeiter ('skilled manual') im internationalen Vergleich noch immer überproportional vertreten, aber Beschäftigungswachstum gibt es am ehesten bei professionellen und semi-professionellen Berufen. In Schweden wuchsen die professionellen und semiprofessionellen Berufe des Sozialstaats. In den USA nahmen einerseits Manager und professionelle Berufe zu, andererseits aber auch schlechter bezahlte Dienstleister im Bereich der Konsumdienstleistungen.

Tabelle 5-3: Verschiebungen in der Berufsstruktur gemäß Esping-Andersen

	BRD 1960	BRD 1985	BRD 1999	Schwe- den 1960	Schwe- den 1985	Schwe- den 1999	USA 1960	USA 1988	USA 1999
Σ : 'Primary occupations'	14,3	5,2	2,8	13,6	4,4	2,6	6,5	3,1	2,5
Managers	3,3	4,5	6,5	4,7	4,0	4,7	7,8	9,1	<u>11,0</u>
Clerical/ Sales	22,7	29,6	21,6	16,1	18,6	16,8	23,3	28,3	17,1
Skilled manual	<u>25,3</u>	<u>17,3</u>	<u>18,1</u>	18,6	15,2	11,2	13,2	8,7	11,2
Unskilled manual	16,1	16,5	10,9	21,6	12,4	11,8	21,6	14,4	13,0
Σ : 'Fordist occupations'	<u>67,4</u>	<u>67,9</u>	<u>57,1</u>	61,0	50,2	44,5	65,9	60,5	52,3
Professional	2,9	6,6	13,0	2,7	7,3	16,0	<u>5,4</u>	<u>8,8</u>	<u>17,2</u>
Semi- Professional	4,9	10,7	16,0	<u>8,9</u>	<u>14,6</u>	<u>18,4</u>	6,2	<u>9,3</u>	14,5
Skilled service	1,7	5,0	3,6	4,3	4,4	4,0	4,2	6,6	4,9
Unskilled ser- vice	8,7	4,5	7,5	9,5	16,9	<u>14,5</u>	<u>11,9</u>	<u>11,7</u>	<u>8,6</u>
Σ : 'Postindustrial occupations'	18,2	26,8	40,1	25,4	<u>43,2</u>	<u>52,9</u>	27,7	36,4	45,2

Quelle: Esping-Andersen (1993, S. 39/40) für 1960 und für die 1980er Jahre; Hansen (2001, S. 101) für 1999; angegeben sind jeweils die Prozentsätze.

Insgesamt bietet sich in diesem Vergleich als Option für die Bundesrepublik der Ausbau der Dienstleistungsberufe an, und zwar sowohl der produktionsbezogenen und insbesondere verbraucherbezogenen privaten Dienstleistungen, die in den USA stärker ausgebaut sind, als auch der sozialen Dienstleistungen, die in Schweden stärker ausgebaut sind. Ferner könnte die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung verstärkt angeboten und besser abgesichert werden, wie dies in den Niederlanden etwa der Fall ist. Dies könnte die Frauenerwerbsquote weiter erhöhen.

Gemäß der Theorie des ungleichgewichtigen Wachstums von Baumol (1967) führt das - verglichen mit dem produzierenden Gewerbe – geringere Produktivitätswachstum im Dienstleistungsbereich zu einem Dilemma: Wenn die Löhne der Dienstleistungen denen des produzierenden Gewerbes folgen, können sich die Dienstleistungen in den Bereichen elastischer Nachfrage durch zu hohe Kosten selbst vom Markt verdrängen. In den USA hat dieses Dilemma die Form von privaten Dienstleistungen zu sehr niedrigen Löhnen angenommen. In Schweden werden soziale Dienstleistungen – zu „Frauenlöhnen“ und Teilzeit-Bedingungen – vom Staat auf der Basis eines hohen Steuersatzes subventioniert. Und in der Bundesrepublik sind die Beschäftigungsmöglichkeiten in beiden Bereichen unterproportional entwickelt.

Diese drei Prototypen von Sozialstrukturen basieren auf Politik-Optionen, die ihre institutionellen Voraussetzungen haben: Die starke Arbeiterbewegung in Schweden mit gesamtgesellschaftlich orientierten Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei als Haupt-Akteuren bildeten die politische Basis für den Ausbau des Sozialstaats, in dem staatlich subventionierte Dienstleistungsbeschäftigungen geschaffen wurden. Als weitere Randbedingung kam hinzu, dass sich der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen in Schweden in einer Zeit relativer Vollbeschäftigung vollzog. Deshalb konnte die Frauenerwerbstätigkeit deutlich ansteigen, wobei diese Tätigkeiten in hohem Ausmaß als Teilzeit-Beschäftigungen ausgestaltet wurden. Ergebnis dieser Prozesse ist eine stark segregierte Beschäftigungsstruktur mit dem Überwiegen von Männern in der privaten Produktion und dem Überwiegen von Frauen im öffentlichen Dienstleistungssektor.

In den USA haben u.a. aufgrund der ethnischen Heterogenität und der individualistischen Grundhaltung die Gewerkschaften eine schwächere Verhandlungsmacht, weshalb keine entsprechende sozialstaatliche Absicherung durchgesetzt werden konnte. Auch die Löhne konnten nicht entsprechend nach unten verteidigt werden, sodass sich ein privater Dienstleistungssektor auf der Basis sehr niedriger Löhne entwickelte, und zwar insbesondere Konsumdienstleistungen als Kompensation für die tayloristische Produktion unter direkter Kontrolle am Arbeitsplatz. Letzteres ist andererseits die Ursache, warum es in den USA überproportional viele Supervisor und Manager gibt.

Die Bundesrepublik schließlich rangiert in dieser Polarität in einem mittleren Bereich, da beide radikale Politikoptionen blockiert sind: Einerseits sind die Gewerkschaften bisher stark genug, die Entstehung eines Dienstleistungsproletariats mit sehr niedrigen Löhnen zu verhindern. Andererseits sind die Arbeitgeberverbände stark genug, einen weiteren Ausbau staatlicher Dienstleistungen mit Hinweis auf die Steuerbelastung zu verhindern. Im Ergebnis gibt es deshalb weder so viele private Dienstleistungsbeschäftigungen wie in den USA noch so viele staatlich subventionierte soziale Dienstleistungen wie in Schweden, sondern zu wenig Arbeitsplätze, was vor allem durch eine niedrigere Erwerbsquote zum Teil kompensiert wird.

Aufwertung oder Abwertung der Beschäftigungsstruktur durch Tertiärisierung?

Die Entwicklung zur industriellen Dienstleistungsgesellschaft hat horizontale und vertikale Aspekte: Qualitativ unterschiedliche Werte strukturieren die Nachfrage etwa nach den Unterhaltungsangeboten des Konsumsektors einerseits und nach dem Bildungssektor andererseits.

Auch im Dienstleistungsbereich findet eine Ausdifferenzierung der Qualifikationsressourcen statt, wobei die Spitze von den akademischen Experten gebildet wird. Andererseits findet eine Ausdifferenzierung der Organisationsressourcen – d.h. der Anweisungs- und Entscheidungsbefugnisse – statt, wobei die Eigentümer und Manager an der Spitze der Hierarchie stehen.

Esping-Andersen (1993) kommt aufgrund von Trendanalysen westlicher Gesellschaften zu dem Ergebnis, dass die Entwicklung zur industriellen Dienstleistungsgesellschaft zu einem überproportionalen Ausbau der Mitte und der Spitze der Hierarchie führt, d.h. insgesamt zu einer qualitativen Verbesserung der Beschäftigungsstruktur.

5.4 Modernisierung als Vergleichsmaßstab für den Bildungsbereich gemäß Hradil

Das Modell der Modernisierung für den Bildungsbereich

In vorindustriellen Gesellschaften fand Bildung weitgehend in der Familie und an der Arbeitsstätte statt, während besondere Bildungseinrichtungen nur kleinen, bevorrechtigten Bevölkerungsteilen vorbehalten waren. In Industriegesellschaften entstanden die allgemeine Schulpflicht und die „Volksschule“ für alle. In industriellen Dienstleistungsgesellschaften schließlich differenziert sich das Bildungssystem immer weiter aus. In der Wissensgesellschaft werden Weiterbildung und lebenslanges Lernen zur Voraussetzung angemessener Teilhabe an den gesellschaftlichen Entwicklungen.

Empirische Ergebnisse

Bildungsexpansion in der Bundesrepublik

Auch in der Bundesrepublik stiegen unter der Überschrift „Bildung ist Bürgerrecht“ von den 1960er bis zu den 1980er Jahren die Anteile der Jahrgänge auf weiterführenden Schulen und Hochschulen stark an. Allerdings ist die Bildungsexpansion in der Bundesrepublik in den 1990er Jahren zum Stillstand gekommen.

Internationaler Vergleich

In Skandinavien fand die Bildungsexpansion schon relativ früh statt. Im internationalen Vergleich liegt Deutschland inzwischen bei den Studierendenquoten weit unter dem Durchschnitt. Von den europäischen Ländern liegen Finnland und Schweden mit an der Spitze. Der Anteil der gering Qualifizierten ist in Deutschland schon längere Zeit niedrig, bei den jüngeren Altersgruppen haben Schweden, Finnland und Dänemark bei diesem Aspekt inzwischen aufgeholt.

Geschlechtsspezifische Chancenungleichheiten bei diesem Aspekt

Mit der Bildungsexpansion hat eine starke Angleichung der geschlechtsspezifischen Bildungschancen stattgefunden. Inzwischen stellen die Frauen bei den AbiturientInnen die Mehrheit. Diese Angleichung gilt allerdings noch nicht für die mit den Bildungsabschlüssen erzielten Berufspositionen.

Schichtenspezifische Chancenungleichheiten

Einerseits partizipierten alle Schichten an der Bildungsexpansion, andererseits konnten Kinder aus privilegierten Herkunftsschichten die Chancen sogar noch stärker nutzen, d.h. es gibt weiterhin das Phänomen der „sozialen Vererbung“. Andererseits wird in Kapitel 8 gezeigt, dass die Bildungsmobilität die „Bildungsvererbung“ in Deutschland überwiegt.

Ethnische Ungleichheiten der Bildungschancen

Kinder mit Migrationshintergrund erzielen – trotz Verbesserungen – schlechtere Bildungserfolge.

In ihrer Diplomarbeit „Assimilation, Welfare and Participation – Determinants of the Situation of Migrants in Three European Countries“ (Universität Potsdam, 2004) arbeitet *Silke Hans* in einem Vergleich von Deutschland, Schweden und Großbritannien die Situation der Migranten genauer heraus:

In Deutschland und Schweden dominiert die Arbeitsmigration, in Großbritannien die post-koloniale Migration. Die Staatsbürgerrechte sind in Schweden einfach zu erhalten und in Deutschland schwierig, Großbritannien liegt bei diesem Gesichtspunkt in der Mitte.

Die Verfasserin erfasst die Partizipation differenziert als materielle (oder sozio-ökonomische) Teilhabe, politische Partizipation und soziale Partizipation (Mitgliedschaften, Netzwerke etc.). *Silke Hans* arbeitet für die Gesamtstichprobe der drei untersuchten Länder empirisch heraus, dass gemäß dem materiellen Wohlstand die zweite Migrantengeneration noch besser abschneidet als die Einheimischen, die erste Migrantengeneration am schlechtesten. Gemäß der politischen Partizipation rangiert die erste Migrantengeneration am ungünstigsten, gefolgt von der zweiten Migrantengeneration und dann den Einheimischen. Bezüglich der sozialen Partizipation unterscheiden sich Migranten und Einheimische nicht sehr, allgemeines Vertrauen weist die zweite Migrantengeneration weniger auf als die erste Migrantengeneration und dann die Einheimischen. Interpretiert man die allgemeine Lebenszufriedenheit als Zusammenfassung der subjektiven Komponenten, dann sind Migranten im Durchschnitt weniger zufrieden als die Einheimischen. Bei den objektiven Indikatoren sieht das Bild – insbesondere bei der sozialen Partizipation – positiver aus für die beiden Migrantengenerationen. Die Autorin zeigt mit Hilfe einer multiplen Regression, dass die Assimilation am stärksten abhängt von der Wohndauer in einem Land, der Wohnortgröße und dem Bildungsstand.

In Schweden finden sich gemäß *Silke Hans* die günstigsten Einstellungen zur Migration, Deutschland und Großbritannien stehen dahinter zurück.

Beim sekundären Bildungsabschluss hat sich die zweite Migrantengeneration gegenüber der ersten verbessert, beim tertiären Bildungsabschluss eher noch nicht, sodass die Bildungsanstrengungen stärker gefördert werden sollten.

Insgesamt ist (Aus)Bildung der zentrale Mechanismus der Chancenzuweisung, der gleichzeitig die Assimilation erleichtert und den sozio-ökonomischen Statuserwerb begünstigt.

Die Folgen ungleicher Bildung

Es findet ein hierarchischer Verdrängungswettbewerb der Absolventen statt. Die Arbeitslosenquoten hängen sehr stark vom erreichten Bildungsabschluss ab. Gering Qualifizierte haben das höchste Arbeitslosigkeitsrisiko. Die Erwerbseinkommen sind stark strukturiert durch den erreichten Bildungsabschluss.

Fazit zum Modernisierungs-Modell

Auch in Deutschland gab es eine Bildungsexpansion, sie stagniert aber seit den 1990er Jahren. In der Studierendenquote ist Deutschland im Modernisierungspfad ein Ausreißer nach unten. Wenn man nicht durch Bildungsinvestitionen vorsorgt, muss man nach unserer Einschätzung anschließend durch Sozialpolitik im engeren Sinne teurer nachsorgen.

Die Bildungseinrichtungen differenzieren sich aus, so wie es die Theorien funktionaler Differenzierung erwarten lassen.

Die Angleichung der Bildungschancen von Männern und Frauen ist erfolgt.

Die schichtspezifischen Unterschiede der Bildungschancen existieren nach wie vor – gleichzeitig überwiegt aber die Bildungsmobilität (vgl. Kap. 8).

Die Bildungserfolge der zweiten Migrantengeneration sind bereits deutlich höher als die der ersten Migrantengeneration.

5.5 Verschiedene Pfade der Modernisierung am Beispiel der Bildungsregime

Analog zu den Wohlfahrtsregimen könnte man idealtypisch Bildungsregime unterscheiden, wie *Sigrid Hinteregger* in ihrer Diplomarbeit ausführt („Die Verteilung von Bildung in verschiedenen Wohlfahrtsregimen“, Universität Potsdam, 2006):

Idealtypische Bildungsregime

Konservatives Bildungsregime (z.B. Deutschland)

Die zentralen Wertvorstellungen des konservativen Bildungsregimes sind Stabilität und soziale Integration durch Status und Hierarchie. Die dominierenden Gesellschaftssphären im wohlfahrtsstaatlichen Mix sind der Staat und die Familie.

Wirtschaftsliberales Bildungsregime (z.B. USA, UK)

Leitbilder des wirtschaftsliberalen Bildungsregimes sind Meritokratie und Eigenverantwortung. Der zentrale Steuerungsmechanismus des wirtschaftsliberalen Bildungsregimes ist der Markt.

Sozialdemokratisches Bildungsregime (z.B. Schweden)

Die zentralen Wertvorstellungen des sozialdemokratischen Bildungsregimes sind Universalismus und Inklusivität. Die Zuständigkeit für die Realisierung dieser Wertvorstellungen wird dem Staat zugewiesen.

Charakteristische Stratifizierung der verschiedenen Bildungsregime

Konservatives Bildungsregime

Charakteristisch für das konservative Bildungsregime sind mehrgliedrige Schulsysteme, in denen Kinder schon relativ früh in hierarchische Bildungswege mit unterschiedlich hohen Bildungszielen seligiert werden.

Wirtschaftsliberales Bildungsregime

Der Marktmechanismus soll im wirtschaftsliberalen Bildungsregime auch bei der Lösung der Probleme der Bildungsverteilung helfen. Der Universalismus ist sowohl charakteristisch für das wirtschaftsliberale als auch für das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime, die im Bildungsbereich deshalb beide moderner sind als das konservative Bildungsregime. Im wirtschaftsliberalen Regimetyp wird der Universalismus durch eine gemeinsame höhere Grundbildung realisiert. Durch den hohen Anteil an privaten Bildungsausgaben sind die weiteren Bildungsperspektiven stark strukturiert durch die Ungleichheit der privaten Haushaltsbudgets.

Sozialdemokratisches Bildungsregime

Da der Universalismus und die Inklusivität Leitbilder des sozialdemokratischen Bildungsregimes sind, wurden im Bildungsbereich integrierte Gesamtschule eingerichtet, die auf eine gemeinsame höhere Grundbildung zielen, und nicht nur auf eine gemeinsame Elementarbildung. Die individuelle Förderung im Unterricht ist universalistisch, weil *jeder Schüler* bei der Entwicklung seiner Begabungen unterstützt werden soll.

Empirie

Während nicht nur die sozialdemokratischen Länder, sondern auch die liberalen Länder universalistisch sind in dem Sinn, dass sie *nur ein* Bildungsprogramm für 15-Jährige haben, stratifizieren konservative Länder wie Deutschland und Österreich durch vier verschiedene Bildungsprogramme.

Konservative Länder wie Deutschland und Österreich seligieren schon mit 10 Jahren, die Niederlande und Belgien mit 12 Jahren, während sowohl die sozialdemokratischen als auch die liberalen Länder überwiegend erst mit 16 Jahren seligieren.

Der Anteil der Bildungsausgaben *privater* Haushalte an den Gesamtbildungsausgaben ist in wirtschaftsliberalen Ländern wie in Japan, in den USA und Australien am höchsten, während Schweden den Gegenpol bildet.

Beim Anteil *öffentlicher* Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben unterhalb der Tertiärstufe liegen die sozialdemokratischen Länder vorn, während Japan, die USA und Großbritannien den Gegenpol bilden.

Sigrid Hinteregger (2006) illustriert die Performanz der Wohlfahrtsregime durch eine Kreuztabelle von Bildungsreichtum (Anteil der Abschlüsse auf dem Niveau der Tertiärstufe über bzw. unter dem Durchschnitt der betrachteten Länder) versus Bildungsarmut (Anteil der Abschlüsse mit höchstens Sekundarstufe I über bzw. unter dem Durchschnitt): Nach beiden Kriterien gut schneiden sowohl die sozialdemokratischen als auch die liberalen Länder ab – wohl aufgrund der universalistischen Bildungssysteme. Nach beiden Kriterien negativ schneiden die residualen Wohlfahrtsregime des Südens ab (wobei Spanien nach einer Reformphase inzwischen eher ein universalistisches Bildungssystem aufweist und bei der Bildungsarmut unter dem Durchschnitt liegt). Die konservativen Länder Frankreich, Belgien und Niederlande sind eher polarisiert, sie weisen gleichzeitig überdurchschnittlichen Bildungsreichtum als auch überdurchschnittliche Bildungsarmut auf. Deutschland und Österreich vermeiden Bildungsarmut, ihnen mangelt es aber an Bildungsreichtum.

Als weiteren Performanzindikator betrachtet die Autorin Bildungsreichtum vs. Bildungsarmut anhand der Lesekompetenz gemäß der PISA-Studie. Die Ergebnisse unterscheiden sich in einigen Details von den gerade berichteten, wobei z.B. Deutschland nun bei der Bildungsarmut über dem Durchschnitt liegt – wahrscheinlich wegen der zu geringen Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund.

Sigrid Hinteregger untersucht die Performanz der Länder empirisch anhand der „sozialen Vererbung“ von Bildung auf der Basis der PISA-Ergebnisse. Dabei zeigt sich z.B., dass sich die Unterschiede der Mathematikleistungen in den konservativen Ländern Belgien, Deutschland und Frankreich statistisch am stärksten auf Unterschiede der sozialen Herkunft zurückführen lassen.

Dass die schulische Segmentierung ungünstig ist für das resultierende Gesamtleistungsniveau, illustriert Sigrid Hinteregger z.B. dadurch, dass in dem segmentierten Bildungssystem Deutschlands ca. 40 % der Leistungsvariation zwischen den Schulen auf den sozialen Hintergrund zurückgeführt werden kann, in dem universalistischen Bildungssystem Finnlands dagegen nur ca. 1 %, ein beachtlicher Unterschied.

Fazit zur Unterscheidung von Bildungsregimen

In Analogie zu Esping-Andersens Wohlfahrtsregimen auch Bildungsregime zu unterscheiden, erweist sich nach der dargestellten Empirie als sehr fruchtbare Idee, da die beobachteten Phänomene in den Bildungssystemen der verschiedenen Länder sich dadurch sehr gut einordnen und zum Teil erklären lassen.

Die Investitionen in den Bildungsbereich sind von zentraler Bedeutung, denn sie wirken einerseits vorsorgend insofern, als Menschen dadurch stärker befähigt werden, ihre Probleme selbstständig besser lösen zu können. Andererseits sind

dies auch insofern Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft, als diese Aufwendungen im Bildungsbereich sowie in Forschung und Entwicklung die Basis der Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft bilden, die den Platz in der Qualifikationshierarchie in der Weltarbeitsteilung mit bestimmen, der die Grundlage des Wohlstands einer Gesellschaft ist. Deshalb sollen im Folgenden die Investitionen und Resultate im Bereich der Innovation für die 36 berücksichtigten Länder verglichen werden.

5.6 Die Innovationsfähigkeit von Gesellschaften im empirischen Vergleich

Innovationsfähigkeit als gesellschaftlich wünschenswertes Ziel

Innovationen beschreiben neuartige Entwicklungen, Erfindungen oder Ideen, welche die Lebensqualität der Menschen zu verbessern helfen. In dieser breiten Bedeutung beschreibt die Innovationsfähigkeit das Ausmaß, in dem es Gesellschaften und Volkswirtschaften gelingt, sich an wandelnde Rahmenbedingungen anzupassen und diese Veränderungen aktiv mit zu gestalten. Arbeitsbedingungen, Produktionsverfahren und Technologien ändern sich in immer schnelleren Zeitabständen. Die Wissensintensität nimmt in nahezu allen Berufen zu. Damit eine Bevölkerung diesen Veränderungen gewachsen bleibt, muss sie gut ausgebildet sein, die Fähigkeit zum ständigen Weiterlernen besitzen und in der Lage sein, sich Neuerungen anzueignen bzw. mit diesen kreativ umzugehen.

In einer eher makroökonomischen Sichtweise sind Innovationssysteme in einer Gesellschaft wichtig, um neues Wissen und neue Technologien hervorzubringen, die sich ökonomisch nutzen lassen und so das wirtschaftliche Wachstum stimulieren. In einer engeren Definition des Innovationsbegriffs sind darunter also nur solche Ideen und Technologien gefasst, die sich kommerziell nutzen lassen. Wirtschaftswissenschaftlich betrachtet verschaffen Innovationen einem Unternehmen kurzfristig eine Monopolstellung für das innovative Produkt mit entsprechend hohen Erträgen; und dies solange, bis die Konkurrenz den Anschluss findet oder selbst eine Innovation anbietet. Innovationen sind somit die Grundlage für zukünftigen Wohlstand. Gerade in Deutschland hängt der künftige wirtschaftliche Wohlstand angesichts geringer Rohstoffvorräte in hohem Maße von der Fähigkeit ab, innovative Produkte auf dem Weltmarkt anzubieten.

Die Fokussierung auf innovative Technologien und Produkte wird unter den Rahmenbedingungen eines globalen ökonomischen Wettbewerbs noch bedeutender, denn z.B. für Deutschland ist ein Preiswettbewerb mit „Niedriglohnländern“ nicht zu gewinnen. Innovationen bieten hier eine Möglichkeit, Wettbewerbsvorteile zu erlangen und den wirtschaftlichen Wohlstand gegen diese Konkurrenz zu behaupten. Das Wohlstandsniveau der Bundesrepublik basiert auf einer vorteilhaften Stellung in der Weltarbeitsteilung, die im Zeitverlauf nur dann gesichert werden kann, wenn mit ihr ein hohes Niveau an fachlichen Qua-

lifikationen und ein hoher Innovationsgrad der Produkte einhergehen. Ein wohlhabendes Land wie die Bundesrepublik gehört zu den „innovationsgetriebenen Volkswirtschaften“ (vgl. Porter 1991), die in einem globalen wirtschaftlichen Wettbewerb permanent in der Lage sein müssen, neue und technologisch anspruchsvolle Güter zu entwickeln.

Modernisierungspfade und die Innovationsfähigkeit

Die Modernisierungstheorie beschreibt die Entwicklung von Gesellschaften als Abfolge verschiedener Entwicklungsphasen. Dabei kommt Innovationen eine Schlüsselrolle bei den Transformationen von einer Stufe zur nächsten zu. So ist die industrielle Produktionsweise an den Einsatz von Maschinen gekoppelt und die Dienstleistungsgesellschaft basiert entsprechend zum Teil auf den Informations- und Kommunikationstechnologien.

Es wird oft das Argument vorgebracht, dass Bürokratie und Regulierung eher Hemmnisse für Innovationen sind und zumindest eine rasche Verwertung von neuem Wissen behindern. Das Gegenteil wird für Gesellschaften behauptet, die den Wettbewerb sowie die Verflechtung von Wirtschaft und Wissenschaft stärken, die Unternehmensgründungen unterstützen und die neuen Technologien mit einer optimistischen Grundhaltung betrachten, die eher die Chancen als die Risiken betont. Wegen dieser Argumente ist auch hier eine nach Modernisierungspfad differenzierte Perspektive angemessen.

Die wirtschaftsliberalen Staaten dürften bei technologischen Innovationen eine Führungsrolle einnehmen, insbesondere die Vereinigten Staaten schafften es in der Vergangenheit, durch radikale Innovationen die wirtschaftliche Dynamik stark zu stimulieren. Unter radikalen Innovationen sind hierbei nicht Modifikationen von bereits bestehenden Produkten gemeint, sondern die Erfindung ganz neuer Produkte und Leistungen. Des Weiteren wird in den wirtschaftsliberalen Ländern das wirtschaftliche Potential dieser Innovationen voll ausgeschöpft, denn Einschränkungen und Eingriffe durch den Staat, die eine wirtschaftliche Verwertung von Erkenntnissen einschränken oder ganz unterbinden könnten, werden eher negativ bewertet.

Ebenfalls lässt sich für das sozialdemokratische Regime ein günstiges Abschneiden erwarten, wengleich hier nicht so sehr die radikalen Innovationen im Vordergrund stehen, sondern eher die kontinuierliche Veränderung und Verbesserung bereits bestehender Produkte und Prozesse. Zudem finanzieren die skandinavischen Staaten schon seit den 1990er Jahren intensiv den Bildungs- und Weiterbildungsbereich sowie die Forschung und Entwicklung im Hochtechnologiebereich. Als Folge dieser Maßnahmen ist aktuell das Ausbildungsniveau in der gesamten Bevölkerung vergleichsweise sehr hoch und der Hochtechnologiebereich ist weit entwickelt.

Auch für das konservative Regime kann ein günstiges Abschneiden erwartet werden. Hier wird ebenfalls eher auf eine kontinuierliche Verbesserung bereits existierender Produkte gesetzt, weniger auf radikale Neuerungen. Bei dem konservativen Regime wird andererseits eine vergleichsweise hohe Dichte an bürokratischen Vorgaben sowie ein hohes Maß an staatlichen Einschränkungen beklagt, wodurch sich die wirtschaftliche Verwertung von neuen Erkenntnissen verzögert bzw. erschwert.

Die familistischen Staaten und die ex-sozialistischen Länder dürften bei der Innovationsfähigkeit nur eine unterdurchschnittliche Performanz aufweisen. Beide Ländergruppen befinden sich technologisch noch eher in einem Aufholprozess und können aus diesem Grund ihren wirtschaftlichen Wohlstand auch durch preisgünstige Imitationen und Modifikationen bereits bestehender Produkte erhöhen. Ihr günstigeres Lohnniveau macht diese Staaten für viele Investoren attraktiv, so dass die teuren Investitionen in die Innovationssysteme hier für die Sicherung des Wohlstands noch weniger zwingend sind.

Auswahl der Indikatoren

Die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft sollte prinzipiell in einem sehr engen Zusammenhang zu den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (in Prozent des BIP) stehen. Denn es sind genau diese Ausgaben, mit denen wissenschaftliche Forschungsinstitute unterhalten und Wissenschaftler bezahlt werden. Hohe Ausgaben für Forschung und Entwicklung indizieren eine Forschung auf einem hohen Niveau und mit der neuesten Technologie und Ausstattung. Dies schafft die Voraussetzungen für innovative Resultate und neue Erkenntnisse.

Messbares Ergebnis für die Effektivität eines Innovationssystems sind dann zuerst die Patente, denn Patente schützen insbesondere die neuen Erkenntnisse, die ökonomisch verwertet werden können. Allerdings variieren Patente in dem ökonomischen Nutzen, der mit ihnen verbunden ist. Um nur die ökonomisch wichtigsten Patente zu zählen, rechnet der hier verwendete Indikator nur die Erfindungen ein, die gleichzeitig bei den drei wichtigsten Patentämtern – dem *European Patent Office* für Europa, dem *Japanese Patent Office* in Japan und dem *United States Patent and Trademark Office* in den Vereinigten Staaten – geschützt wurden. Damit werden nur die Patente gemessen, die einen besonders hohen wirtschaftlichen Wert darstellen.

Als drittes Kriterium eines gesellschaftlichen Innovationssystems wird die Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnologie innerhalb der Bevölkerung, hier speziell die Internetnutzer pro 1.000 Einwohner, betrachtet. Durch eine äußerst dynamische Entwicklung und Verbreitung in den vergangenen Jahren veränderte das Internet den beruflichen und privaten Alltag vieler Menschen. Die Nutzungsraten geben einerseits Auskunft über den technologischen Status-Quo einer Gesellschaft, andererseits zeigen sie auch an, inwie-

weit eine Bevölkerung befähigt ist, an technischen Innovationen zu partizipieren.

Als vierter Indikator für die Innovationsfähigkeit berücksichtigen wir den Anteil der Hochtechnologieexporte. Als Hochtechnologie werden alle technischen Produkte bezeichnet, denen ein hoher Forschungs- und Entwicklungsaufwand vorausging, z.B. Flugzeuge, Medikamente oder Computer. Gerade der Hochtechnologieexport ist eine wichtige Determinante für das zukünftige Wirtschaftswachstum.

Ländervergleich

Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung liegt Schweden mit großem Vorsprung an der Spitze, gefolgt von Finnland und Japan. Diese drei Länder geben, gemessen an ihrem wirtschaftlichen Wohlstand, deutlich mehr Geld für Forschung und Entwicklung aus als die anderen Staaten. Auf den weiteren vorderen Plätzen liegen einige Länder, die ungefähr 2,5 % ihres BIP für Forschung und Entwicklung ausgeben – zu diesen Staaten gehört auch die Bundesrepublik auf Rang 6. Am Ende der Rangliste sind Lettland, Rumänien, Zypern und Malta zu finden; hier sind die Forschungsausgaben am niedrigsten (vgl. Tabelle 5-4).

Bei den wirtschaftlich bedeutsamen Patenten positionieren sich Japan sowie die Schweiz mit mehr als 100 wichtigen Erfindungen pro 1 Million Einwohner auf den ersten beiden Plätzen. Dahinter liegen Deutschland, Niederlande und Schweden. Damit zählt Deutschland, zumindest bei diesem Indikator, zu den sehr innovativen Staaten. Die Slowakei, die Türkei, Russland und Polen liegen bei den Patentanmeldungen im Ländervergleich auf den letzten Rängen.

Bei den Internetnutzern pro 1.000 Einwohner markieren Schweden, die Niederlande und Norwegen im Ländervergleich die Spitzengruppe. In diesen drei Staaten nutzen ca. drei von vier Einwohnern das Internet. In der Bundesrepublik, die sich im Mittelfeld platziert, ist ca. jeder zweite Einwohner aktiver Internetnutzer. Die geringste Verbreitung dieser modernen Kommunikations- und Informationstechnologie lässt sich für Griechenland und Russland konstatieren.

Als vierter Indikator wird der Anteil der Hochtechnologieexporte betrachtet. Hier liegen die USA und die Niederlande im Ländervergleich vorn, gefolgt von Großbritannien, Finnland und Ungarn. Deutschland schneidet mit einem Exportanteil von 17 % durchschnittlich ab und liegt auf dem 13. Platz. Die geringsten Exportanteile für Produkte, die der Hochtechnologie zuzurechnen sind, weisen Polen, Rumänien und die Türkei auf.

Tabelle 5-4: Indikatoren der Innovationsfähigkeit im Ländervergleich

Ausgaben für Forschung und Entwicklung (% BIP) 2006	Bedeutung Patente pro 1 Mio. Einwohner 2005	Internetnutzer pro 1.000 Einwohner 2005	Anteil der Hochtechnologieexporte 2005	Gesamindex
1. Schweden	1. Japan	1. Schweden	1. USA	1. Japan
2. Finnland	2. Schweiz	2. Niederlande	2. Niederlande	2. Schweden
3. Japan ¹	3. Deutschland	3. Norwegen	3. Großbritannien	3. USA
4. Schweiz ²	4. Niederlande	4. Australien	4. Finnland	4. Schweiz
5. USA	5. Schweden	5. Österreich	5. Ungarn	5. Niederlande
6. Deutschland	6. USA	6. Luxemburg	6. Japan	6. Finnland
7. Österreich	7. Luxemburg	7. Neuseeland	7. Schweden	7. Deutschland
8. Dänemark	8. Finnland	8. Japan	8. Schweiz	8. Dänemark
9. Frankreich	9. Dänemark	9. USA ⁴	9. Dänemark	9. Österreich
10. Kanada	10. Frankreich	10. Slowenien	10. Frankreich	10. Großbritannien
11. Großbritannien	11. Österreich	11. Finnland	11. Estland	11. Luxemburg
12. Belgien	12. Belgien	12. Dänemark	12. Norwegen	12. Norwegen
13. Australien ²	13. Großbritannien	13. Kanada	13. Deutschland	13. Frankreich
14. Niederlande ¹	14. Kanada	14. Estland	14. Kanada	14. Australien
15. Luxemburg ¹	15. Norwegen	15. Schweiz	15. Neuseeland ⁵	15. Kanada
16. Slowenien ³	16. Australien	16. Italien	16. Tschechien ⁵	16. Neuseeland
17. Tschechien	17. Neuseeland	17. Großbritannien	17. Österreich	17. Estland
18. Norwegen	18. Irland	18. Slowakei	18. Australien	18. Belgien
19. Irland	19. Italien	19. Belgien	19. Luxemburg	19. Slowenien
20. Russland ³	20. Spanien	20. Deutschland	20. Griechenland	20. Ungarn
21. Neuseeland ¹	21. Ungarn	21. Lettland	21. Belgien	21. Italien
22. Spanien	22. Tschech. Rep.	22. Frankreich	22. Portugal ⁵	22. Tschechien
23. Italien ¹	23. Griechenland	23. Zypern	23. Russland	23. Irland
24. Ungarn	24. Portugal	24. Litauen	24. Italien	24. Zypern
25. Estland	25. Slowakei	25. Spanien	25. Slowakei	25. Spanien
26. Portugal ¹	26. Türkei	26. Malta	26. Spanien	26. Slowakei
27. Litauen ³	27. Russland	27. Ungarn	27. Litauen	27. Litauen
28. Türkei ¹	28. Polen	28. Portugal	28. Lettland	28. Lettland
29. Polen	29. Bulgarien	29. Irland	29. Bulgarien	29. Portugal
30. Bulgarien	30. Estland	30. Tschechien	30. Slowenien	30. Russland
31. Griechenland	31. Lettland	31. Polen	31. Polen	31. Griechenland
32. Slowakei	32. Litauen	32. Türkei	32. Rumänien	32. Malta
33. Lettland	33. Malta	33. Rumänien ⁴	33. Türkei	33. Polen
34. Rumänien ³	34. Rumänien	34. Bulgarien	34. Irland	34. Türkei
35. Zypern ³	35. Slowenien	35. Griechenland	35. Malta	35. Bulgarien
36. Malta ³	36. Zypern	36. Russland	36. Zypern	36. Rumänien

Der Gesamtindex wurde als Durchschnitt aus den standardisierten Einzelindikatoren berechnet. Quellen: OECD 2008 für Forschungsausgaben und Patente, HDR 2007/08 für Internetnutzer und Hochtechnologieexporte. / 1 Datum 2005 2 Datum 2004 3 Datum 2000-05, Quelle: HDR07/08 4 Datum 2004 5 Datum liegt vor 2005

Werden nun die vier Einzelindikatoren mit gleichem Gewicht zu einem Gesamtindex zusammengefasst, so erzielen Japan, Schweden, die Vereinigten Staaten, die Schweiz und die Niederlande die höchsten Indexwerte. Diese Staaten besitzen im Ländervergleich das höchste Ausmaß an Innovationsfähigkeit. Die Bundesrepublik liegt mit einem Gesamtwert von 0,67 klar über dem Durchschnitt auf der 7. Position und gehört damit zu den Ländern mit einer hohen Innovationsfähigkeit. Die ungünstigsten Gesamtwerte verzeichnen Polen, die Türkei, Bulgarien und Rumänien.

Vergleich der Regimetypen

Für die Wohlfahrtsregime wurde eingangs begründet, dass für die sozialdemokratische, das wirtschaftsliberale und das konservative Regime ein gutes Abschneiden zu erwarten ist, da der hohe materielle Wohlstand in diesen Wohlfahrtsregimen angesichts globaler Wirtschafts- und Preiskonkurrenz nur durch innovative Produkte und Prozesse gesichert werden kann. Das Abschneiden der Regimetypen bestätigt diese Überlegung (vgl. Tabelle 5-5).

Die besten Werte verzeichnet mit bemerkenswert deutlichem Abstand das sozialdemokratische Regime: Hier sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung jeweils durchschnittlich am höchsten und auch bei den Internetnutzern sowie den Hochtechnologieexporten liegen diese Länder auf dem ersten Rang. Bei den Patenten wird der zweite Platz hinter den konservativen Ländern erreicht. Schweden erzielt unter den sozialdemokratischen Staaten die beste Performanz (2. Platz), während Norwegen im Gesamtindex nur den 12. Platz belegt.

Mit einer überdurchschnittlichen Gesamtperformanz positionieren sich die konservativen Staaten und die wirtschaftsliberalen Staaten auf dem zweiten und dritten Rang. Das konservative Regime schneidet bei den Forschungsausgaben, bei den Patentanmeldungen und der Internetnutzung etwas besser ab, wohingegen in den wirtschaftsliberalen Staaten ein größerer Exportanteil im Bereich der Hochtechnologie erzielt wird. Die Länder, die das konservative Regime repräsentieren, liegen im Gesamtranking zwischen den Rängen 4 (Schweiz) und 18 (Belgien). Unter den wirtschaftsliberalen Staaten besetzen die Vereinigten Staaten bei der Innovationsfähigkeit eine „Ausreißerposition“, sie schneiden besser ab als die wirtschaftsliberalen Staaten im Durchschnitt.

Tabelle 5-5: Indikatoren der Innovationsfähigkeit im Vergleich der Wohlfahrtsregime

Ausgaben für Forschung und Entwicklung (% BIP)	Bedeutsame Patente pro 1 Mio. Einwohner	Internetnutzer pro 1.000 Einwohner	Anteil der Hochtechnologieexporte	Gesamindex
1. sozial-demokratisch 2,8 1,06 0,38	1. konservativ 59,6 27,3 0,46	1. sozial-demokratisch 640 127 0,20	1. sozial-demokratisch 21,5 3,3 0,15	1. sozial-demokratisch 1,14 0,60
2. konservativ 2,17 0,48 0,22	2. sozial-demokratisch 46,8 20,1 0,43	2. konservativ 567 135 0,24	2. wirtschafts-liberal 20,2 9,1 0,45	2. konservativ 0,81 0,54
3. wirtschaftsliberal 1,80 0,51 0,28	3. wirtschaftsliberal 26,2 15,0 0,57	3. wirtschafts-liberal 545 158 0,29	3. konservativ 17,6 7,1 0,41	3. wirtschafts-liberal 0,39 0,69
4. ex-sozialistisch 0,85 0,43 0,50	4. familistisch 4,7 5,3 1,12	4. ex-sozialistisch 338 135 0,40	4. ex-sozialistisch 9,0 6,9 0,77	4. ex-sozialistisch -0,75 0,50
5. familistisch 0,70 0,35 0,50	5. ex-sozialistisch 1,3 1,4 1,13	5. familistisch 338 107 0,32	5. familistisch 8,5 1,3 0,15	5. familistisch -0,84 0,28

Angegeben sind die Mittelwerte, die Standardabweichung (kursiv 2. Zeile) und bei den Einzelindikatoren der Variationskoeffizient (kursiv 3. Zeile) für den jeweiligen Wohlfahrtsregime-Typ. Die Standardabweichung misst die Streuung um den Durchschnitt, der Variationskoeffizient relativiert die Standardabweichung um die Größenordnung des Mittelwertes (im Fall Mittelwert ungleich 0, deshalb hier nicht für den standardisierten Gesamtindex), damit die Streuungen besser vergleichbar sind (vgl. Holtmann 2008, S. 64ff). Japan und die Türkei wurden keinem der fünf Wohlfahrtsregime-Typen zugeordnet. Quellen: OECD 2008 für Forschungsausgaben und Patente, HDR 2007/08 für Internetnutzer und Hochtechnologieexporte. Eigene Berechnung.

Ein deutlicher Rückstand bei der Innovationsfähigkeit ist bei den ex-sozialistischen Ländern sowie bei dem familistischen Wohlfahrtsregime zu erkennen. Beide Ländergruppen erreichen im Durchschnitt sowohl im Gesamtindex als auch bei den Einzelindikatoren nur ungünstige Werte. Die Länder des familistischen Regimetyps weisen weiterhin eine sehr geringe Standardabweichung auf, sind sich also im Niveau ihrer Innovationsfähigkeit insgesamt recht ähnlich. Unter den ex-sozialistischen Staaten können sich Estland, Slowenien, Ungarn und Tschechien etwas besser platzieren, nämlich ungefähr im allgemeinen Durchschnitt, während z.B. Polen, Bulgarien und Rumänien selbst unter den ex-sozialistischen Staaten nur eine geringe Innovationsfähigkeit aufweisen.

Die Erklärungsleistung der Regimetynologie für den Gesamtindex zur Innovation ist überzeugend: 85 Prozent der Länderunterschiede können als Unterschiede zwischen den verschiedenen Wohlfahrtsregimen interpretiert werden. Damit erweist sich der gewählte Ansatz auch empirisch als angemessen.

Des Weiteren steht der Gesamtindex zur Innovationsfähigkeit auch in einem statistisch bedeutsamen Zusammenhang zum wirtschaftlichen Wohlstand eines Landes: Der Gesamtindex Innovation steht mit einem Korrelationskoeffizienten von 0,64⁷ in einem statistisch bedeutsamen Zusammenhang zum wirtschaftlichen Wohlstand eines Land, gemessen als Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (PPP). Mit Investitionen in Bildung sowie in Forschung und Entwicklung können Gesellschaften die Entstehung von Patenten fördern und in der Qualifikationshierarchie der Weltarbeitsteilung einen höheren Anteil am Hochtechnologieexport erzielen. Die Innovationsfähigkeit ist ein zentraler Frühindikator für zukünftigen Wohlstand.

⁷ Der Korrelationskoeffizient verändert sich von 0,64 auf einen Wert von 0,73, wenn Luxemburg aus der Analyse ausgeschlossen wird. Luxemburg hebt sich, was den wirtschaftlichen Wohlstand angeht, als Stadtstaat und Finanzmetropole außerordentlich stark von den anderen Ländern ab, wodurch der lineare Zusammenhang zwischen Innovation und Wohlstand reduziert wird.

6. Wohlfahrtsregime, Bildung und nachsorgende soziale Sicherung

Nach der Unterscheidung der Konzepte von Wohlfahrt und Lebensqualität werden zunächst die drei Wohlfahrtsregime und Operationalisierungen gemäß Esping-Andersen dargestellt. Die verschiedenen Wohlfahrtslogiken lassen sich auch in der Status-konservierenden Bismarck'schen Tradition oder der universalistischen Beveridge-Tradition verorten, die ferner jeweils umfassend oder residual ausgestaltet sein können, was bereits zu vier möglichen Entwicklungspfaden führt.

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln eine Reihe von Problemfeldern diskutiert wurden wie z.B. Risikogruppen bzgl. der Arbeitslosigkeit, soll im Folgenden u.a. diskutiert werden, in welchem Ausmaß die verschiedenen Staaten mit den von ihnen erhobenen Budgets die Akzente eher auf die Vorsorge durch Investitionen in Bildung und Ausbildung setzen oder ihr Budget stärker für die nachsorgende Absicherung im Risikofall verwenden.

6.1 Konzepte von Wohlfahrt und Lebensqualität

Wie der englische Begriff „welfare“ umfasst der Begriff *Wohlfahrt* einerseits die individuelle Lebensqualität und andererseits die öffentliche Infrastruktur.

Während die *individuelle Lebensqualität* früher genau im Hinblick auf Ressourcen konzipiert wurde, ist im Laufe der Zeit ein breiteres Verständnis vorgeschlagen worden, vgl. z.B. „Having, loving, being: An alternative to the Swedish model of welfare research“ von Allardt (wiederabgedruckt in Nussbaum/Sen 1993). Eine relevante Akzentuierung hat der Nobelpreisträger für Ökonomie Sen vorgeschlagen: Man muss über „capabilities“ (Befähigungen und Möglichkeiten) verfügen, um Chancen der Wahlfreiheit auch faktisch wahrnehmen zu können (vgl. Sen 1993: Capability and well-being).

Die öffentliche Wohlfahrt wird im internationalen Vergleich in Betonung der Bedeutung der institutionellen Entwicklungspfade seit Esping-Andersen 1990 überwiegend in der Form unterschiedlicher *Wohlfahrtsregime* konzipiert, die unterschiedliche Wohlfahrtsziele und Ausmaße öffentlicher Unterstützungsleistungen beinhalten. Idealtypisch wird unterschieden zwischen einem umfassenden sozialdemokratisch-egalitären skandinavischen Wohlfahrtsregime, einem Status-konservierenden kontinentalen Wohlfahrtsregime und einem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime mit bedürftigkeitsprüfender Armenfürsorge.

6.2 Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus nach Esping-Andersen

In seinem modernen Klassiker zur Wohlfahrtsforschung „The Three Worlds of Welfare Capitalism“ (1990) unterscheidet Esping-Andersen drei verschiedene Logiken von Wohlfahrtsregimen in dem „Dreieck“ der Wohlfahrtsproduktion von Staat, Markt und Familie.

1. In dem „liberalen“ Wohlfahrtsregimetyyp dominiert die Marktlogik, der ausgleichende Wohlfahrtsstaat ist eher residual. Soziale Unterstützungsleistungen werden von strengen Bedürftigkeitsprüfungen („needs-tests“) abhängig gemacht. Ein Prototyp des liberalen Wohlfahrtsregimes ist die USA.
2. In dem „konservativen“ (gemeint ist: Status-konservierenden) Wohlfahrtsregimetyyp sind in der Sozialversicherungstradition die Sozialleistungen abhängig von den vorher geleisteten Beiträgen und dadurch von der Erwerbsarbeit. Zu diesem Typ gehört auch Deutschland.
3. In dem „sozialdemokratischen“ Wohlfahrtsregimetyyp dominieren die Prinzipien des Universalismus und der Dekommodifizierung: Der Zwang zur Annahme von Erwerbsarbeit zu jeder Bedingung wird durch den Sozialstaat reduziert, d.h. der „Warencharakter“ (commodity (engl.) = Ware) der Arbeitskraft wird reduziert durch Lohnersatzleistungen. Schweden ist der Prototyp des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimetyyps und das Prinzip des universalistischen Sozialstaats wurde institutionalisiert durch eine Allianz der Arbeiterbewegung mit den Mittelschichten.

Im *ersten Teil* seines Buchs behandelt Esping-Andersen insbesondere die Frage nach den **Ursachen für die verschiedenen Wohlfahrtsregimetyypen** (Wohlfahrtsregime als abhängige Variable). Nach seinem institutionalistischen und Klassen-Allianzen-Ansatz arbeitet Esping-Andersen einerseits historisch, andererseits mit multiplen Regressionsanalysen (18 Länder) heraus, dass in Ländern, in denen katholische und absolutistische Traditionen ein größeres Gewicht hatten, die Entstehung des „konservativen“ Regimetyyps begünstigt wurde. In Ländern, in denen die Arbeiterbewegung vergleichsweise schwach war – wie z.B. in dem Einwanderungsland USA – wurde die Entstehung eines „liberalen“ Wohlfahrtsregimetypus begünstigt. In Ländern, in denen die Arbeiterbewegung dominierte, wurde die Entstehung eines „sozialdemokratischen“ Wohlfahrtsregimetyyps begünstigt.

Im *zweiten Teil* seines Buchs arbeitet Esping-Andersen die **Folgen von Wohlfahrtsregimen** heraus (d.h. Wohlfahrtsregime als unabhängige Variable). Esping-Andersen arbeitet u.a. heraus, dass den verschiedenen **Typen der Wohlfahrtsproduktion** auch verschiedene **Typen von Dienstleistungsgesellschaften** entsprechen: Im „liberalen“ Wohlfahrtsregime sind „business service“

und consumer service“ überproportional entwickelt, im „sozialdemokratischen“ Wohlfahrtsregime ist der „social service“ („health, education and welfare“) überproportional entwickelt. Im „konservativen“ Wohlfahrtsregime schließlich sind weder die privaten Dienstleistungen noch die öffentlichen Dienstleistungen überproportional entwickelt, sodass die Erwerbstätigkeit deutlich unter dem Möglichen bleibt, mit den entsprechenden Folgeproblemen für die Finanzierung der Systeme sozialer Sicherung.

De-Kommodifizierung, De-Stratifizierung und die drei Wohlfahrtsdimensionen gemäß Esping-Andersen

De-Kommodifizierung

Arbeitskraft kann als Ware (*commodity*) auf dem Arbeitsmarkt angesehen werden, die vom aktuellen Marktpreis abhängig ist. Der Lebensstandard eines Individuums hängt davon ab, unter welchen günstigen oder ungünstigen Bedingungen es seine Arbeitskraft vermarkten kann. Von dieser Position aus entwickelt Esping-Andersen die Idee der Dekommodifizierung. Er meint damit die Verteilung nicht-marktförmiger Mittel durch den Wohlfahrtsstaat mit dem Ziel, für den einzelnen eine Emanzipierung von der Marktabhängigkeit zu erreichen. Diese ist dann realisiert, wenn eine Person ihren Lebensunterhalt erhalten kann, ohne auf den Markt angewiesen zu sein. Entsprechend entwickelt sind dekommodifizierende Systeme erst seit den späten 1960er Jahren, als insbesondere in den skandinavischen Ländern die Sozialleistungen in die Nähe der üblichen Lohnhöhe angehoben wurden.

Tabelle 6-1: Grad der De-Kommodifizierung gemäß Esping-Andersen für die Bereiche Altersvorsorge, Krankheit und Arbeitslosigkeit

	Altersvorsorge	Krankheit	Arbeitslosigkeit	Gesamtindex
Australien	5,0	4,0	4,0	13,0
USA	7,0	0,0	7,2	13,8
Neuseeland	9,1	4,0	4,0	17,1
Kanada	7,7	6,3	8,0	22,0
Irland	6,7	8,3	8,3	23,3
Großbritannien	8,5	7,7	7,2	23,4
Italien	9,6	9,4	5,1	24,1
Japan	10,5	6,8	5,0	27,1
Frankreich	12,0	9,2	6,3	27,5
Deutschland	8,5	11,3	7,9	27,7
Finnland	14,0	10,0	5,2	29,2
Schweiz	9,0	12,0	8,8	29,8
Österreich	11,9	12,5	6,7	31,1
Belgien	15,0	8,8	8,6	32,4
Niederlande	10,8	10,5	11,1	32,4
Dänemark	15,0	15,0	8,1	38,1
Norwegen	14,9	14,0	9,4	38,3
Schweden	17,0	15,0	7,1	39,1
Mittelwert	<i>10,7</i>	<i>9,2</i>	<i>7,1</i>	27,2
Standardabweichung	<i>3,4</i>	<i>4,0</i>	<i>1,9</i>	7,7

Erstellt auf der Basis von Esping-Andersen 1990, S. 50 und S. 52

Die Messung der De-Kommodifizierung

Über den Wohlfahrtsstaat gibt es zahlreiche Untersuchungen, in denen das Wohlfahrtsniveau in verschiedenen Ländern verglichen wird. In vielen Fällen wird Wohlfahrt gleichgesetzt mit der Höhe der Sozialausgaben, wodurch der Eindruck entsteht, dass aus einem höheren Niveau der staatlichen Ausgaben auch ein höheres Maß an sozialer Wohlfahrt resultiere. Dies ist jedoch nicht ganz unproblematisch, denn unterschiedliche Sozialausgaben leisten oft auch ganz verschiedene Beiträge zur sozialen Sicherung. Ein zweiter Einwand gegen den reinen Vergleich von Sozialausgaben hängt mit dem Ausmaß der Probleme zusammen, die durch den Sozialhaushalt kompensiert werden sollen. So werden durch eine gestiegene Arbeitslosigkeit auch die Sozialausgaben erhöht, wie dies

beispielsweise in Großbritannien während der Thatcher-Ära passierte. Das heißt, die Größenordnung der Problemlagen muss immer mit berücksichtigt werden.

Der reine Vergleich von Ausgaben gibt also wenig Auskunft über die Qualität des sozialen Sicherungssystems und birgt die Gefahr, zu falschen oder zumindest verzerrten Schlussfolgerungen zu kommen. Damit wurde der Anstoß gegeben, nicht nur die Höhe der Sozialausgaben zu vergleichen, sondern auch die verschiedenen Ziele und Logiken der Wohlfahrtsproduktion zu analysieren. Esping-Andersen spricht von neuen Kriterien wie den Zugangsvoraussetzungen, der Qualität der Dienstleistungen und Transferleistungen, den partikularistischen versus universalistischen Programmen oder von der Einbeziehung von Arbeitswelt und Beschäftigung in die Bürgerrechte und Unterstützungsleistungen. Als den vielleicht wichtigsten Gradmesser für die Bewertung verschiedener Wohlfahrtsstaaten führt Esping-Andersen jedoch das Konzept der De-Kommodifizierung ein.

De-Kommodifizierung lässt sich daran festmachen, wie schwierig und folgenreich es für den einzelnen ist, sich außerhalb des Marktes zu bewegen, also ohne ein Markteinkommen seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Das Ausmaß, in dem eine Person ihren Lebensunterhalt erhalten kann, ohne auf den Markt angewiesen zu sein, bezeichnet Esping-Andersen als De-Kommodifizierung. Viele Parameter entscheiden darüber, ob möglicherweise eine Berechtigung auf soziale Unterstützungsleistungen besteht. Dazu gehören Karenzzeiten, Arbeitszeiten, frühere Beitragszahlungen, die Prüfungsintensität der Bedürftigkeit oder eine mögliche zeitliche Begrenzung der staatlichen Unterstützung. Im Unterschied zur reinen Messung der Sozialausgaben soll das Konzept von Esping-Andersen die qualitative Substanz der Wohlfahrtsleistung ausdrücken. Für die drei wichtigsten Risiken, gegen die ein Wohlfahrtsstaat schützen soll – Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter –, berechnet er Indizes, die das spezifische Ausmaß der De-Kommodifizierung in diesem Bereich angeben (vgl. Tabelle 6-1).

Aus den drei Teilindikatoren wurde dann ein Gesamtwert berechnet, der angibt, wie unterschiedlich 18 Industriestaaten gemäß Esping-Andersen dekommodifiziert sind. Je höher der Gesamtwert ist, desto weiter reicht die Dekommodifizierung.

Diskussion von Esping-Andersens Modell und Messungen

Als „de-commodification“ erfasst Esping-Andersen (1990, S. 50) „the degree of market-independence for an average worker“. Dabei berücksichtigt er die drei wichtigsten Wohlfahrtsprogramme: „pensions, sickness, and unemployment cash benefits“ (1990, S. 49). Gemäß dem zusammenfassenden Dekommodifizierungs-Index zählen die USA (13,8) und Großbritannien (23,4) zu den Staaten mit geringer Dekommodifizierung, Japan (27,1), Frankreich (27,5), Deutschland

(27,7) und Finnland (29,2) zu den Staaten mit mittlerer Dekommodifizierung sowie Österreich (31,1), Belgien (32,4), die Niederlande (32,4), Dänemark (38,1), Norwegen (38,3) und Schweden (39,1) zu den Staaten mit ausgeprägter Dekommodifizierung.

In die erste Gruppe fallen die angelsächsischen Länder, in die zweite Gruppe die meisten Länder Kontinentaleuropas sowie Japan, schließlich in die dritte Gruppe die meisten skandinavischen Länder sowie z.B. die Niederlande.

Die Erklärung für diese Cluster-Bildung sieht Esping-Andersen in dem katholisch-etatistischen Entwicklungspfad Kontinentaleuropas (Prototyp Deutschland) sowie bei dem liberalen Entwicklungspfad die reine wirtschaftsliberale Orientierung (Prototyp USA) bzw. die sozialdemokratisch-liberale Orientierung (Prototyp Schweden ab etwa 1950).

De-Stratifizierung

Über den Ausgleich von sozialen Differenzen hinaus verfolgt die Sozialpolitik auch stratifizierende Ziele. Im Entstehungszeitraum des deutschen Sozialversicherungssystems ging es Bismarck auch darum, Spaltungen unter Lohngruppen beizubehalten, damit die Arbeiterbewegung nicht zu großen Zulauf bekam. Außerdem war es wichtig, die Loyalität bestimmter Schichten gegenüber der Staatsgewalt bzw. Monarchie aufrecht zu erhalten. Ergebnis war in den Ländern Österreich, Frankreich, Deutschland und Italien die Herausbildung eines staatskorporatistischen Modells mit statusbezogenen Sozialeinrichtungen (vgl. Esping-Andersen 1990, S. 23f.). Besonders Angehörige des öffentlichen Dienstes sind gewissermaßen als Belohnung für ihre Loyalität zu Nutznießern umfangreicher Sozialleistungen geworden. Die ausgeschlossenen Arbeiterschichten richteten gezwungenermaßen ihr eigenes Hilfsklassenmodell ein. Dieses war allerdings kleinteilig organisiert und oft den oberen Schichten der Arbeiter vorbehalten. Das wiederum schwächte die Mobilisierung der Arbeiterschaft. Erst als die sozialistischen Parteien im zwanzigsten Jahrhundert Einfluss auf die Regierungen ausübten, konnten sie die Solidaritätsbasis universalistisch im Sinne des Beveridge-Modells erweitern. Anders als das bedarfsabhängige und als das korporatistische Sozialsystem stärkt das universalistische System die Statusgleichheit, denn bestehende Regelungen sind hier für alle gültig. Auf diese Weise wird die Solidarität zwischen den Schichten gefördert und die Identifikation mit dem gemeinsamen „Volksheim“ (Schweden) gesteigert. Sobald aber der Wohlstand wuchs und gleichzeitig sozialstrukturelle Umbrüche (z.B. in der Schwerindustrie) auftraten, kamen neue Gegensätze auf. Korporatistische Systeme wie die Bundesrepublik entschieden sich mit der 1957er Rentenreform dazu, die Statusdifferenzen wieder zu erweitern. Dagegen standen sozialfürsorgende und universalistische Staaten vor der Alternative, entweder den Markt oder den Staat mit der Erbringung angemessener Leistungen zu beauftragen. Sowohl in den skandinavischen als auch in den angelsächsischen Systemen sollten die neu entstandenen Mittelschichten mit einbezogen und zufrieden gestellt werden. In Skandinavien wurde dies durch hohe Abgaben, aber auch

durch hohe universelle Leistungen für die Mittelschicht erreicht. Das angelsächsische System versetzte dagegen durch niedrige Abgaben die vermögenden Mittelschichten in die Lage, privat auf hohem Niveau vorzusorgen.

Tabelle 6-2: Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus; Messung und Ergebnisse

	Korporatismus	Etatismus	Anteil bedürftigkeitsgeprüfter Leistungen	private Ausgaben für Altersvorsorge	private Ausgaben für Gesundheit	Universalismus	Gleichheit der Auszahlungen
Australien	1	0,7	3,3	30	36	33	1
Österreich	7	3,8	2,8	3	36	72	0,52
Belgien	5	3	4,5	8	13	67	0,79
Kanada	2	0,2	15,6	38	26	93	0,48
Dänemark	2	1,1	1	17	15	87	0,99
Finnland	4	2,5	1,9	3	21	88	0,72
Frankreich	10	3,1	11,2	8	28	70	0,55
Deutschland	6	2,2	4,9	11	20	72	0,56
Irland	1	2,2	5,9	10	6	60	0,77
Italien	12	2,2	9,3	2	12	59	0,52
Japan	7	0,9	7	23	28	63	0,32
Niederlande	3	1,8	6,9	13	22	87	0,57
Neuseeland	1	0,8	2,3	4	18	33	1
Norwegen	4	0,9	2,1	8	1	95	0,69
Schweden	2	1	1,1	6	7	90	0,82
Schweiz	2	1	8,8	20	35	96	0,48
Großbritannien	2	2	-	12	10	76	0,64
USA	2	1,5	18,2	21	57	54	0,22
<i>Mittelwert</i>	<i>4,1</i>	<i>1,7</i>	<i>5,9</i>	<i>13</i>	<i>22</i>	<i>72</i>	<i>0,65</i>
<i>Standardabweichung</i>	<i>3,2</i>	<i>1,0</i>	<i>5,1</i>	<i>10</i>	<i>14</i>	<i>19</i>	<i>0,22</i>

Quelle: ESPING-ANDERSEN 1990, S. 70

Die Beschreibung der *stratifizierenden Elemente wohlfahrtsstaatlicher Systeme* erfolgt in Tabelle 6-2 auf mehreren **Dimensionen**. Esping-Andersen unterscheidet die Dimensionen des Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus.

Die **konservativ-korporatistischen** Prinzipien der Schichtung erfasst er über zwei Indikatoren:

- 1) Korporatismus: Das Ausmaß der Berufs- oder Statusunterschiede der Programme erfasst er danach, wie viele nach Berufen getrennte unterschiedliche Rentenprogramme in den Ländern entstanden sind - Gegenpol wäre also ein einheitliches Rentensystem.
- 2) Etatismus: Die Versorgung von Staatsbediensteten misst er über den Anteil der Staatspensionen am BSP.

Während die USA und Schweden nur zwei verschiedene Rentenprogramme haben, findet man in Deutschland (6), Österreich und Japan (7) sowie in Frankreich (10) und Italien (12) deutlich mehr (Renten-)Statusunterschiede. Die Altersversorgung von Staatsbediensteten ist in Österreich (3,8 %), Frankreich (3,1 %) und Deutschland (2,2 %) besonders entwickelt, in Japan (0,9 %), Norwegen (0,9 %), Schweden (1,0 %) und den USA (1,5 %) dagegen weniger. Letztere Messung ist sehr unglücklich ausgewählt, denn alle Länder, die überhaupt wenig Sozialausgaben leisten, werden eher auch weniger für die Staatsbediensteten aufbringen. Weniger Sozialstaatlichkeit bzw. mehr Kommodifizierung wird hier zu der positiven Bewertung „weniger konservativ“ führen, was irreführend ist. Ohne diesen Gesichtspunkt wäre Japan (gemäß Korporatismus) etwas „konservativer“ als die Bundesrepublik.

Die **liberalen** Prinzipien werden erfasst erstens durch das Ausmaß von „means-tested“ Armutsprogrammen an den gesamten staatlichen Sozialausgaben. Dieses Konzept der Wohlfahrt wird als „residual“ bezeichnet, weil Unterstützungen nur auf der Basis einer Bedürftigkeitsprüfung geleistet werden. Zweitens durch den Anteil privater Renten an allen Renten, drittens durch den Anteil privater Gesundheitsausgaben an allen Gesundheitsausgaben. Die individuelle Verantwortlichkeit steht bei diesen liberalen Prinzipien im Zentrum. Die USA repräsentieren dieses Modell besonders gut, aber auch Japan kommt dem Modell der wirtschaftsliberalen Eigenverantwortung nahe. Norwegen und Schweden bilden auf dieser Dimension den Gegenpol, da die entsprechenden Programme nicht privat, sondern staatlich sind und die Bedürfnisprüfung keine quantitativ bedeutsame Rolle spielt.

Die **sozialistischen** Schichtungsprinzipien erfasst Esping-Andersen erstens durch den Universalismus, d.h. der Anteil der Bevölkerung, der zu den Programmen für Gesundheit, Arbeitslosigkeit und Renten anspruchsberechtigt ist. Hier wird soziale Sicherheit als Bürgerrecht konzipiert. In den skandinavischen Ländern ist dies weitgehend gegeben: Norwegen (95 %), Schweden (90 %), Finnland (88 %), Dänemark (87 %), aber auch etwa in den Niederlanden (87 %). In Großbritannien (76 %), der Bundesrepublik (72 %) und Frankreich (70 %) gilt dies weniger, in Japan (63 %) und den USA (54 %) noch weniger.

Zweitens wird die Gleichheit/Ungleichheit der Unterstützungen gemessen durch das Verhältnis von maximaler zu minimaler Unterstützung im Rahmen der Programme. Dieser Indikator korreliert mit Universalismus nur mit $r = 0,21$. Eine einheitliche Höhe der Unterstützung findet man z.B. eher in Dänemark (0,99) und Schweden (0,82), bereits weniger in Finnland (0,72) und Norwegen (0,69). In einem mittleren Bereich rangieren die Niederlande (0,57), Deutschland (0,56) und Frankreich (0,55). Am wenigsten egalitär sind bei diesem Gesichtspunkt Japan (0,32) und die USA (0,22).

Diese Indikatoren liefern die Rohdaten, die nun mittels kumulierter Indizes zur liberalen, konservativen und sozialistischen Dimension zusammengefasst werden. Esping-Andersen hat den einzelnen Ländern nach diesen Dimensionen Punktwerte zugeteilt. Die Punktverteilung erfolgte nach der oben beschriebenen Tabelle 6-2, in der die betreffenden Länder nach bestimmten Kriterien, z.B. Etatismus, charakterisiert wurden.

Auch in der Gruppierung der Wohlfahrtsstaaten auf den drei Wohlfahrtsdimensionen (vgl. Tabelle 6-3) findet man wie schon bei der Betrachtung nach dem Grad der De-Kommodifizierung eine Bestätigung für die Regimetypen. Die liberalen Staaten sind am wenigsten dekommodifiziert, und auch nach den Dimensionen der Stratifizierung bilden sie eine sehr homogene Gruppe, die durch Bedarfsprüfungen und eigenverantwortliche Vorsorgeleistungen charakterisiert werden kann. Die sozialdemokratischen Länder weisen nicht nur den größten De-Kommodifizierungsgrad auf, sie erreichen auch hohe Indexwerte auf den Dimensionen Universalismus und Sozialismus. Die Mittelposition der konservativen Regime erklärt sich durch den einflussreichen Katholizismus und den starken Etatismus, welche die Marktabhängigkeit einschränken, aber auch zu einer stärkeren Statuskonservierung im Lebenszyklus führen. Wo sich auch im kontinentalen Europa hohe De-Kommodifizierungsgrade zeigen, wird dafür neben politischen Mobilisierungs- und Solidarisierungsprozessen in der Arbeiterschaft auch eine lange Reformtradition bei Konservativen und Katholiken verantwortlich gemacht. Ferner entscheidet die politische Herrschaftsdauer „linker“ Regierungen über das Ausmaß und die Konstanz von De-Kommodifizierung, so mussten die Sozialisten in England nach dem Erfolg des Beveridge-Modells in den 1950er Jahren die Wende der Konservativen in den 1980er Jahren hinnehmen.

Gemäß den vorliegenden Messungen dieser drei Dimensionen gibt es genau drei Länder, die empirisch „reine Typen“ bilden: Für den konservativen Typus (3, 0, 0) Österreich, für den liberalen Typus (0, 3, 0) die USA und für den sozialistischen Typus (0, 0, 3) Schweden. Nach pragmatischen Gesichtspunkten hat Esping-Andersen für die eingehendere Analyse die Bundesrepublik Deutschland als Beispiel für den konservativ-korporatischen Typus ausgewählt.

Tabelle 6-3: Gruppierung von Wohlfahrtsstaaten auf den drei Wohlfahrtsdimensionen

(Je höher der Indexwert ist, desto höher ist auch die Ausprägung der Dimension.)

Konservatismus		Liberalismus		Sozialismus	
Österreich	8	Australien	10	Dänemark	8
Belgien	8	Kanada	12	Finnland	6
Frankreich	8	Japan	10	Niederlande	6
Deutschland	8	Schweiz	12	Norwegen	8
Italien	8	USA	12	Schweden	8
Finnland	6	Dänemark	6	Australien	4
Irland	4	Frankreich	8	Belgien	4
Japan	4	Deutschland	6	Kanada	4
Niederlande	4	Italien	6	Deutschland	4
Norwegen	4	Niederlande	8	Neuseeland	4
		Großbritannien	6	Schweiz	4
Australien	0			Großbritannien	4
Kanada	2	Österreich	4		
Dänemark	2	Belgien	4	Österreich	2
Neuseeland	2	Finnland	4	Frankreich	2
Schweden	0	Irland	2	Irland	2
Schweiz	0	Neuseeland	2	Italien	0
Großbritannien	0	Norwegen	0	Japan	2
USA	0	Schweden	0	USA	0

Quelle: ESPING-ANDERSEN 1990, S. 74

6.3 Die Bismarck'sche und die Beveridge-Tradition der Sozialstaatlichkeit

Entwicklung des deutschen Sozialversicherungssystems

Zur Absicherung gegen Risiken wurden in den Industriegesellschaften Systeme sozialer Sicherung entwickelt, wobei England wie bei der Industrialisierung die Pionierrolle hatte.

In Preußen erfolgte die Modernisierung als „Reform von oben“ (vgl. z.B. Kaufmann 2003). 1839 wurde der Kinderschutz durch eine Einschränkung der Kinderarbeit angestrebt.

Unter Bismarck wurde in Deutschland – auch zur Eindämmung der erstarkenden Arbeiterbewegung – das System der Sozialversicherungen entwickelt: 1883: Absicherung gegen Krankheit; 1884: Absicherung gegen Berufsunfall; 1889:

Absicherung gegen Alter und Invalidität. Besonderheit: Beitragsfinanzierte öffentliche Zwangsversicherungen gegen „Standard“-Lebensrisiken.

Die Arbeitslosenversicherung wurde erst 1927 (in der „Weimarer Republik“) eingeführt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde 1957 die „dynamische Rente“ eingeführt. Die Familie wird durch Wohngeld und Kindergeld gefördert. Das Bundessozialhilfegesetz regelt die Hilfe bei bestimmten Notlagen. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz regelt die Förderung von Ausbildung, Fortbildung und Umschulung. Die Systematik des Sozialgesetzbuchs gibt einen Hinweis auf die Breite der Systeme sozialer Sicherung in Deutschland: Ausbildungsförderung; Arbeitsförderung; Sozialversicherung; Gesetzliche Krankenversicherung; Wohngeld; Kindergeld; Jugendhilfe; Sozialhilfe.

Bismarck'sche versus Beveridge-Tradition

Beveridge arbeitete 1942 eine Denkschrift für die britische Regierung aus, in der er die Grundlagen eines universalistischen Systems sozialer Sicherung formulierte, was ab 1946 umgesetzt wurde und u.a. zu dem einheitlichen staatlichen Gesundheitsdienst führte.

Bonoli (1997) wies darauf hin, dass die angelsächsischen und die skandinavischen Länder einerseits eine Gemeinsamkeit in der Wohlfahrtslogik aufweisen, dass sie nämlich zur universalistischen bzw. Beveridge-Tradition gehören, andererseits unterscheiden sie sich nennenswert in der Höhe der Sozialleistungsquote, was einen qualitativen Unterschied bedeutet: in gleicher Weise ein im Vergleich hohes Armutsrisiko zu haben wie in den wirtschaftsliberalen Ländern und in gleicher Weise gut abgesichert zu sein wie in den sozialdemokratischen Ländern, macht natürlich einen qualitativen Unterschied.

Die Logiken der Bismarck'schen und der Beveridge-Tradition fasst *Bonoli* in folgender Tabelle zusammen:

Tabelle 6-4: Die Bismarck'sche und die Beveridge-Tradition der Sozialstaatlichkeit

	Bismarck-Modell	Beveridge-Modell
OBJECTIVE	income maintenance	prevention of poverty
BENEFITS	earnings-related	flat-rate
ELIGIBILITY	contribution record	residence or need
COVERAGE	employees	entire population
FINANCING	contributions	taxation

Quelle: Bonoli 1997

Den Stellenwert der Bismarck'schen Tradition für ein Land operationalisiert Bonoli durch den Anteil der Sozialausgaben, der durch Beiträge finanziert wird. Die südeuropäischen Status-konservierenden Länder unterscheiden sich dann von den mitteleuropäischen Status-konservierenden Länder dadurch, dass sie eine geringere Sozialleistungsquote haben, weshalb man sie auch als „residuale“ Status-konservierende Sozialstaaten charakterisieren könnte.

Analog ließen sich die angelsächsischen Länder als „residuale“, aber universalistische Sozialstaaten charakterisieren und von den umfassenden sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten unterscheiden, die die Wohlfahrtsstaatlichkeit universalistisch als Bürgerrecht (per „citizenship“) institutionalisiert haben.

6.4 Bildung und nachsorgende soziale Sicherung in den verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen

Soziale Sicherung: Vorsorge durch Bildung und Sicherheitsnetz für den Risikofall als gesellschaftliche Ziele

Eine Kernaufgabe des Sozialstaats besteht darin, die einzelnen Akteure gegen die „Wechselfälle des Lebens“ abzusichern. Ohne entsprechende soziale Sicherungsleistungen würde bei Eintritt von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität usw. eine materielle Notlage drohen. Der Wohlfahrtsstaat sorgt in diesen Fällen zumindest für ein Existenzminimum, kurzfristig möglicherweise auch für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards. Ziel ist es, über kurz- bis mittelfristige Zeiten einen staatlichen Rückhalt durch (finanziellen) Ausgleich für bestimmte „Ausfälle“ anzubieten. Derartige Ausfälle ergeben sich in erster Linie in Folge von Einkommensverlusten durch Abwesenheit vom Arbeitsmarkt. Die Absicherung über staatliche Mittel kann dabei auch dem Zweck dienen, einen Verlust des bisherigen gesellschaftlichen Status sowie die damit verknüpfte fehlende soziale Anerkennung abzufedern und die Reintegration in den Markt zu unterstützen. Damit können die eigenen Lebenspläne kontinuierlicher verfolgt werden und sind gegen wichtige Lebensrisiken abgesichert. Unter Stabilität der materiellen Versorgung verstehen wir also, dass eine minimale Versorgung durch den Staat oder andere Institutionen auch dann gewährleistet wird, wenn eine Person sich aus eigenen Mitteln nicht mehr selbst versorgen kann.

Das gewünschte Ziel, Lebenspläne gegen Risiken abzusichern und somit zu stabilisieren, kann jedoch auf zwei verschiedenen Wegen erreicht werden. Der beschriebene nachsorgende Sozialstaat ist bestrebt, die materiellen Einbußen dann zu kompensieren, wenn ein bestimmtes Risiko, z.B. Arbeitslosigkeit, bereits eingetreten ist. Der vorsorgende Sozialstaat hingegen ist bestrebt, es gar nicht soweit kommen zu lassen; er versucht durch prophylaktische Maßnahmen, z.B. Bildung und Weiterbildung, die Eintrittswahrscheinlichkeit von Risiken zu minimieren. Gemäß dem Leitbild des aktivierenden Sozialstaats soll der Bürger

hier nicht nur der passive Empfänger von Transferzahlungen sein, sondern er soll die Fähigkeiten erwerben können, durch die er sich selbst vor Risikofällen schützen kann. Damit eine solche Strategie des „Förderns und Forderns“ aufgeht, muss der Staat jedoch für die Betroffenen eine unterstützende öffentliche Infrastruktur bereitstellen.

Modernisierungspfade und die soziale Sicherung

Im sozialdemokratischen und wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime basiert die soziale Sicherung historisch auf den Ideen von William Henry Beveridge. Diese Wohlfahrtskonzeption gründet sich auf die Prinzipien der Universalität bzw. Bürgergleichheit: Die soziale Absicherung gegen Lebensrisiken erfolgt für alle Bürger auf einem einheitlichen Niveau. Im Gegensatz dazu lehnen sich die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen des konservativen sowie des familistischen Wohlfahrtsregimes eher an ein Bismarck'sches Verständnis von Sozialpolitik an. Statt der Einheitlichkeit für alle ist hier die Transferzahlung im Risikofall proportional an die vorher geleisteten Beiträge gekoppelt. Damit wird ein einmal erreichter sozialer Status bzw. materieller Lebensstandard auch im Risikofall über die Sozialversicherung abgesichert.

Bonoli (2000) hat bereits darauf hingewiesen, dass sich die Sozialpolitik der Wohlfahrtsregime nicht nur durch ihre historischen Wurzeln abgrenzen lässt, sondern ebenfalls durch das Wohlfahrtsniveau. So hat das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime das Beveridge-Modell auf einem hohen Auszahlungsniveau verwirklicht, während das gleiche Modell in den wirtschaftsliberalen Ländern lediglich auf einem minimalen Auszahlungsniveau realisiert ist. Ebenso ist die Bismarck'sche Sozialversicherung im konservativen Regimetyp auf einem höheren Auszahlungsniveau verwirklicht als in den familistischen Ländern. Die sozialdemokratischen und konservativen Länder dürften demnach besser bei den sozialen Versorgungsleistungen abschneiden als die wirtschaftsliberalen und familistischen Länder. Abgesehen davon wird die Bildungspolitik in vielen sozialdemokratischen und wirtschaftsliberalen Ländern traditionell als ein Pfeiler der Sozialpolitik wahrgenommen, entsprechend eng verzahnt sind beide Politikbereiche. Insbesondere im angelsächsischen Sprachraum umfasst „Sozialpolitik“ konzeptionell nicht nur die sozialen Sicherungssysteme im engeren Sinne, sondern auch die Bildungspolitik, wie Allmendinger (1999) und Allmendinger/Leibfried (2003) gut herausarbeiteten. Diese Verzahnung sollte sich auch positiv auf die Bildungs- und Weiterbildungsfinanzierung auswirken.

Die ex-sozialistischen Staaten befinden sich auf dem Weg der Ausdifferenzierung, entsprechend schwierig ist ihre Einordnung. Im Vergleich mit den vier Regimetypen ist insgesamt ein durchschnittliches Abschneiden der ex-sozialistischen Länder wahrscheinlich.

Auswahl der Indikatoren

Beide Aspekte der Sozialstaatlichkeit – sowohl die materielle Versorgung im Bedarfsfall als auch die aktive Vorsorge – sollen mit entsprechenden Indikatoren abgebildet werden. Die Betrachtung der Gesamthöhe der Sozialstaatsausgaben bietet dabei einen Anhaltspunkt für die Herausarbeitung marktalternativer Absicherungsformen. Die öffentlichen Bildungsausgaben zeigen an, wie stark in die Risikovorbeugung investiert wird.

Die nachsorgende Komponente des Sozialstaates messen wir durch die öffentlichen Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die öffentlichen Sozialausgaben umfassen sowohl direkte Geldzahlungen (z.B. Rente, Sozialhilfe usw.) als auch die Versorgung der Haushalte mit bestimmten Gütern oder Dienstleistungen (z.B. Krankenhäuser, Kindergärten). Die Sozialausgaben werden dann als „öffentlich“ betrachtet, wenn sie von staatlichen bzw. kommunalen Institutionen bereitgestellt werden. Private Ausgaben für soziale Zwecke bleiben unberücksichtigt. Die vorsorgende Komponente des Sozialstaats wird durch die öffentlichen Bildungsausgaben in Prozent des BIP abgebildet. Dieser Indikator beziffert alle öffentlichen Ausgaben für Schulen, Universitäten und andere Bildungs- bzw. Weiterbildungsinstitutionen.

Aus den beiden standardisierten Indikatoren wird schließlich ein Durchschnittswert, der Gesamtindex zur sozialen Sicherung, berechnet.

Ländervergleich

Bei den Sozialausgaben platzieren sich die sozialdemokratischen Länder Schweden und Dänemark sowie die konservativen Länder Frankreich, Belgien und die Niederlande an der Spitze (vgl. Tabelle 6-5). Bis 1990 rangierten die Sozialausgaben Westdeutschlands im Ländervergleich eher auf mittlerem Niveau, infolge der deutschen Vereinigung ist der Bedarf an sozialstaatlichen Ausgleichsleistungen jedoch gestiegen. Am unteren Ende des Ranking positionieren sich u.a. wirtschaftsliberale Länder wie die USA, Kanada und Australien, deren Sozialstaatlichkeit residual bleibt. Auch die drei baltischen Staaten – Lettland, Estland und Litauen – sowie die Türkei, Rumänien und Bulgarien gehören im Vergleich zu den Ländern mit den geringsten Sozialausgaben.

Bei den vorsorgenden öffentlichen Bildungsausgaben liegen Dänemark, Schweden und Finnland auf den vordersten Plätzen. In diesen Ländern werden ca. 6 bis 7 % des BIP für Bildung ausgegeben. In der Bundesrepublik ist der entsprechende Anteil bedeutend geringer und liegt bei 4,2 % (26. Rang). Den Abschluss der Rangliste bilden die Türkei, Russland, Slowakei, Luxemburg, Japan und Rumänien, die am wenigsten öffentliche Mittel für die Bildung ihrer Bevölkerung bereitstellen.

Tabelle 6-5: Bildung und nachsorgende soziale Sicherung im Ländervergleich (öffentliche Ausgaben)

Nachsorgende Sozialausgaben (in % des BIP) 2006			Vorsorgende Bildungsausgaben (in % des BIP) 2005			Gesamtindex		
1.	Frankreich	31,1	1.	Dänemark	6,8	1.	Dänemark	2,16
2.	Schweden	30,7	2.	Schweden	6,2	2.	Schweden	1,90
3.	Belgien	30,1	3.	Finnland	5,9	3.	Belgien	1,57
4.	Niederlande	29,3	4.	Belgien	5,8	4.	Frankreich	1,52
5.	Dänemark	29,1	5.	Norwegen	5,7	5.	Schweiz	1,26
6.	Deutschland	28,7	6.	Frankreich	5,6	6.	Finnland	1,26
7.	Österreich	28,5	7.	Schweiz	5,6	7.	Österreich	1,00
8.	Schweiz	28,4	8.	Polen	5,4	8.	Norwegen	0,77
9.	Italien	26,6	9.	Lettland ³	5,3	9.	Portugal	0,77
10.	Großbritannien	26,4	10.	Portugal	5,3	10.	Niederland	0,66
11.	Finnland	26,2	11.	Slowenien	5,3	11.	Großbritannien	0,65
12.	Portugal	25,4	12.	Litauen ³	5,2	12.	Slowenien	0,51
13.	Griechenland	24,2	13.	Neuseeland	5,2	13.	Ungarn	0,33
14.	Slowenien	22,8	14.	Österreich	5,2	14.	Deutschland	0,32
15.	Norwegen	22,6	15.	Ungarn	5,1	15.	Polen	0,24
16.	Ungarn	22,3	16.	Großbritannien	5,0	16.	Italien	0,19
17.	Spanien	20,9	17.	Zypern ⁶	4,9	17.	Neuseeland	0,03
18.	Luxemburg	20,4	18.	USA	4,8	18.	Zypern	-0,19
19.	Polen	19,2	19.	Estland	4,7	19.	Griechenland	-0,25
20.	Tschech. Rep.	18,7	20.	Kanada ⁷	4,7	20.	Litauen	-0,48
21.	Japan ¹	18,6	21.	Niederlande	4,6	21.	Malta	-0,49
22.	Neuseeland ¹	18,5	22.	Malta ³	4,5	22.	USA	-0,50
23.	Zypern	18,4	23.	Australien	4,3	23.	Spanien	-0,50
24.	Irland	18,2	24.	Irland	4,3	24.	Kanada	-0,51
25.	Malta	18,1	25.	Italien	4,3	25.	Lettland	-0,51
26.	Australien ¹	17,1	26.	Bulgarien ³	4,2	26.	Irland	-0,62
27.	Kanada ¹	16,5	27.	Deutschland	4,2	27.	Tschech. Rep.	-0,71
28.	USA ¹	15,9	28.	Spanien	4,1	28.	Australien	-0,73
29.	Slowakei	15,9	29.	Tschech. Rep.	4,1	29.	Luxemburg	-0,89
30.	Bulgarien	15,0	30.	Griechenland	4,0	30.	Estland	-0,91
31.	Rumänien	14,0	31.	Russland	3,8	31.	Bulgarien	-1,00
32.	Türkei ¹	13,7	32.	Türkei ²	3,8	32.	Japan	-1,21
33.	Litauen	13,2	33.	Slowakei	3,7	33.	Slowakei	-1,26
34.	Estland	12,4	34.	Luxemburg ^{4,5}	3,6	34.	Russland	-1,33
35.	Lettland	12,2	35.	Japan	3,4	35.	Türkei	-1,40
36.	Russland	k.A.	36.	Rumänien ³	3,4	36.	Rumänien	-1,65

Der Gesamtindex wurde als Durchschnittswert aus den standardisierten Sozialausgaben und den standardisierten öffentlichen Bildungsausgaben berechnet. Quellen: EUROSTAT 2009 (Sozialausgaben); OECD 2008 (öffentliche Bildungsausgaben).

1 Datum 2005, Quelle: OECD 2009

2 Datum 2004, Quelle: OECD 2008

3 Datum 2002-05, Quelle: HDR 2007/08

4 National or UNESCO Institute for Statistics estimate

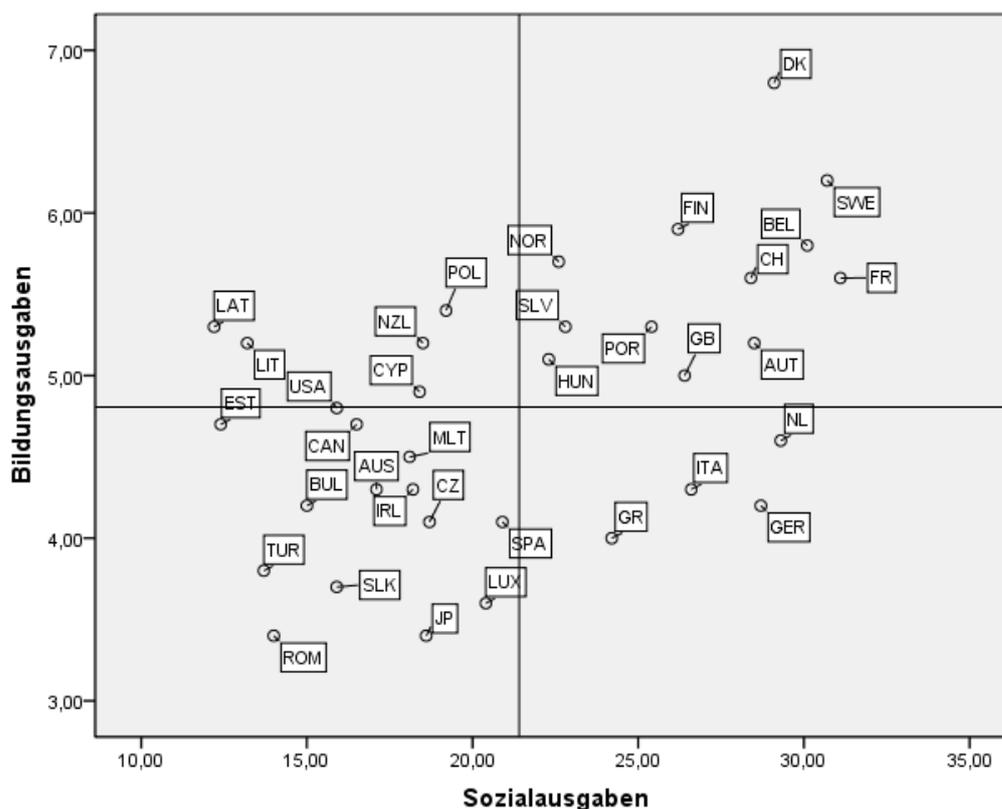
5 Datum liegt zwischen 1999 und 2001

6 ges. Bild.ausgaben, Quelle Eurostat 2009

7 Datum 2004

Insgesamt ist damit die soziale Sicherung am besten in den beiden skandinavischen Staaten Dänemark und Schweden realisiert. Beide Länder liegen beim Gesamtindex weit über dem Durchschnitt. Die Bundesrepublik positioniert sich auf Rang 14. Den Abschluss der Tabelle markieren Russland, die Türkei und Rumänien.

Abbildung 6-1: **Bildung und nachsorgende soziale Sicherung**



Vergleicht man den nachsorgenden Aspekt der Sozialausgaben im engeren Sinne und den Aspekt der präventiven Bildungsinvestitionen, so ist Deutschland eines der Länder, die am einseitigsten ausgerichtet sind. Die Bundesrepublik liegt bei den nachsorgenden Sozialangaben mit dem sechsten Platz in der Spitzengruppe, rangiert aber bei den zukunftsorientierten Bildungsausgaben nur an 27. Stelle. Neuseeland oder auch die USA haben die entgegengesetzten Prioritäten: Bei den nachsorgenden Sozialausgaben stehen beide Länder weiter hinten, während sie bei den Zukunftsinvestitionen in Bildung im vorderen Teil des Rankings aufzufinden sind.

Vergleich der Wohlfahrtsregime

Vergleicht man die Daten nun auf Basis der Regimetypen, erhält man ein Bild, wie es nach Esping-Andersen (1990) in etwa zu erwarten ist: Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime liegt bei dem Gesamtindex vor dem konservativen Regime, das auf dem zweiten Platz rangiert (vgl. Tabelle 6-6).

Tabelle 6-6: Bildung und nachsorgende soziale Sicherung im Vergleich der Wohlfahrtsregime

Nachsorgende Sozialausgaben (in % des BIP)			Vorsorgende Bildungsausgaben (in % des BIP)			Gesamtindex		
1.	konservativ	28,1 3,5 0,12	1.	sozial- demokratisch	6,2 0,5 0,08	1.	sozial- demokratisch	1,52 0,63
2.	sozial- demokratisch	27,2 3,6 0,13	2.	konservativ	4,9 0,8 0,17	2.	konservativ	0,78 0,86
3.	familistisch	22,3 3,6 0,16	3.	wirtschaftsliberal	4,7 0,4 0,09	3.	familistisch	-0,08 0,48
4.	wirtschaftsliberal	18,8 3,9 0,21	4.	ex-sozialistisch	4,6 0,7 0,16	4.	wirtschaftsliberal	-0,28 0,53
5.	ex-sozialistisch	16,6 4,0 0,24	5.	familistisch	4,5 0,5 0,11	5.	ex-sozialistisch	-0,62 0,72

Angegeben sind die **Mittelwerte**, die **Standardabweichung** (kursiv 2. Zeile) und bei den Einzelindikatoren der **Variationskoeffizient** (kursiv 3. Zeile) für den jeweiligen Wohlfahrtsregime-Typ. Japan und die Türkei wurden keinem der fünf Wohlfahrtsregime-Typen zugeordnet.

Quellen: EUROSTAT 2009 (Sozialausgaben); OECD 2008 (öffentliche Bildungsausgaben). Eigene Berechnung.

Im konservativen Wohlfahrtsregime werden Mittel vorwiegend für die Stabilität der materiellen Versorgung verwendet, für Rentenzahlungen, Gesundheitsausgaben und für Ausgleichszahlungen bei Arbeitslosigkeit. Anders ist dagegen die sozialdemokratische Wohlfahrtspolitik in Skandinavien ausgerichtet. Hier werden die Menschen weniger durch lang andauernde direkte Unterstützungszahlungen, sondern eher durch begleitende Programme in den verschiedenen Bereichen unterstützt. Arbeitslosen stehen umfangreiche Fortbildungs- und Betreuungsprogramme zur Verfügung. Müttern wird die berufliche Tätigkeit durch entsprechende soziale Einrichtungen für Kinder und Schüler erleichtert. Finanziert wird dies nicht durch einen Sozialbeitrag über den Faktor Arbeit, sondern über höhere Steuern. Deshalb steht das sozialdemokratische Regime im Gesamtindex auf dem ersten Platz.

Der deutliche Abstand der familistischen Länder zu den sozialdemokratischen und konservativen nach dem Gesamtindex wird verständlich, wenn man annimmt, dass in sozialen Notlagen, in denen letztere öffentliche Unterstüt-

zungsprogramme bereitstellen, in familistischer Tradition ähnliche Hilfe allenfalls von familiären bzw. privaten Netzwerken angeboten wird. In den ex-sozialistischen Staaten ist der immer noch viel niedrigere Wohlstand zu berücksichtigen. Aufgrund der geringeren materiellen Ressourcen sind die direkten Versorgungssysteme dementsprechend bescheidener ausgestattet und weniger leistungsfähig als in wirtschaftsliberalen Ländern, die das Potential hätten, es aber nicht dafür einzusetzen. Denn gemäß ihrer Konzeption verzichten die wirtschaftsliberalen Länder – anders als die sozialdemokratischen und auch noch stärker als die familistischen Länder – darauf, mit staatlichen Programmen in das Berufs- und Familienleben ihrer Bürger einzugreifen. Lediglich minimale Grundsicherungen werden für eine beschränkte Zeitdauer angeboten. Danach zieht sich der Staat zurück.

Materielle Stabilität bedeutet nicht nur akute Hilfe in eingetretenen Notlagen, sondern auch Prävention. Insbesondere die sozialdemokratischen Länder haben das erkannt und ihre öffentlichen Bildungsausgaben entsprechend hoch angesetzt. Während es in anderen Ländern zumeist den betroffenen Eltern überlassen wird, die Wichtigkeit von Bildung und Ausbildung ihrer Kinder zu erkennen, fördert man in Skandinavien die Eltern (in der Weiterbildung) sowie insbesondere die Kinder in Bildung und Ausbildung.

Wenn man den nachsorgenden und den vorsorgenden Aspekt noch bei den Regimetypen kontrastiert, so ist die Diskrepanz der Aspekte im wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime am deutlichsten, das zwar bei der Vorsorge durch Bildung vor dem ex-sozialistischen und familistischen Regimetypp auf Rang 3 liegt, aber bei der Ausgestaltung des Sicherheitsnetzes für soziale Risiken ein niedriges Niveau aufweist. Das konservative Wohlfahrtsregime investiert vergleichsweise weniger in die Prävention durch Bildung, was einen dringenden Reformbedarf anzeigt. Da die Sicherung des gesamten Wohlfahrtsniveaus von dem Humankapital der Bevölkerung abhängt, müssten die Prioritäten im konservativen Regimetypp verlagert werden zu den Investitionen in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung.

Mit der sozialen Sicherung ist ein Kernthema der Wohlfahrtsforschung angesprochen. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die Typologie von Wohlfahrtsregimen im Stande ist, an dieser Stelle einen substantiellen Erklärungsbeitrag zu leisten. Die verschiedenen Wohlfahrtspfade sind deutlich mit unterschiedlichen Niveaus an Sozial- sowie Bildungsleistungen assoziiert. Die hier verwendete Typologie kann im Sinne der Varianzanalyse 57 % der Länderunterschiede bei der sozialen Sicherung erklären. Der Zusammenhang ist hoch signifikant.

7. Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit, Einkommen, Vermögen, Bildungs- und Einkommensarmut, Gleichheit der Teilhabe

7.1 Wohlstand und Wachstum: Die Bundesrepublik im internationalen Vergleich

Wohlstand und Wachstum als moralische Ziele

Ökonomischer Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum werden nahezu überall auf der Welt von den politischen Amtsträgern als lohnende Ziele angesehen und nicht selten werden politische Maßnahmen genau so zugeschnitten, dass sie diesen Zielen zuträglich sind. Eine gute ökonomische Performanz, so argumentiert z.B. Amartya Sen (2002), besitzt jedoch keinen intrinsischen moralischen Wert:

„Tatsächlich haben wir im Allgemeinen hervorragende Gründe, uns mehr Einkommen und Reichtum zu wünschen. Doch nicht, weil Einkommen und Reichtum um ihrer selbst willen erstrebenswert sind, sondern weil sie in der Regel wunderbare Allzweckmittel sind, um eine größere Freiheit bei der Wahl der von uns als vernünftig eingeschätzten Lebensführung zu gewinnen. Die Nützlichkeit des Reichtums liegt in den Dingen, die er uns zu tun ermöglicht, in der substantiellen Freiheit, die er uns erlangen läßt“ (ebd.: 25).

Die Maximierung der ökonomischen Performanz eines Landes ist demnach kein Selbstzweck, sondern wird erst durch die daraus abgeleiteten Werte zu einem erstrebenswerten Ziel. Zu diesen moralischen Werten, die mit dem wirtschaftlichen Wohlstand assoziiert sind, gehören z.B. eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen und privaten Gütern und damit ein höherer materieller Lebensstandard, eine Abschwächung von Verteilungskonflikten⁸, eine sinkende Zahl von arbeitslosen Personen und nicht zuletzt auch eine Verbesserung des subjektiven Wohlergehens.

Allerdings zeigen ökonomische Indikatoren, wie z.B. das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, nur das durchschnittliche Niveau an materiellem Wohlergehen an, das mit Blick auf alle Individuen ermittelt wird. Es ist aus einer normativen Perspektive wünschenswert, in einer Gesellschaft zu leben, in der es den Menschen im Durchschnitt gut geht; allerdings bleibt bei einem solchen Aggregatwert die Verteilung des materiellen Wohlstands auf einzelne Akteure oder auf bestimmte Bevölkerungsgruppen unberücksichtigt. Aus unserer Sicht erscheint es also angemessen, einerseits das Niveau an Wohlstand und Wachstum zu be-

⁸ Wachstum kann als Mittel zur Dämpfung von Verteilungskonflikten angesehen werden. Dort, wo es kontinuierlich mehr zu verteilen gibt, werden unterschiedliche Akteure im Vergleich zur Vorperiode immer etwas mehr von dem zu verteilenden Gut bekommen. Ohne Wachstum wäre die eigene Besserstellung nur auf Kosten eines anderen Akteurs möglich – in dieser Situation steigt die Wahrscheinlichkeit von Konflikten.

trachten, andererseits aber auch bei der Beurteilung von Gesellschaften zu berücksichtigen, wie sich der Wohlstand innerhalb der Bevölkerung verteilt.

Modernisierungspfade und die ökonomische Performanz

Die Modernisierungstheorie postuliert eine monoton steigende Entwicklung hin zu mehr Wohlstand und Lebensqualität. Der Lebensstandard in den Gesellschaften, die den ökonomischen „take off“ geschafft haben, würde, so die Annahme, im Zeitverlauf kontinuierlich ansteigen und zugleich könnten auch immer größere Bevölkerungsanteile am steigenden Reichtum und am Massenkonsum partizipieren. Mit einem bei Ulrich Beck (1986) entliehenen Bild könnte man sagen, der gesellschaftliche „Fahrstuhl“ bewege sich stetig auf immer höhere Wohlstandsniveaus hinauf und in ihm führen alle Bevölkerungsschichten mit. Dass das Wirtschaftswachstum auch an natürliche Grenzen stoßen könnte, wird dabei kaum in Erwägung gezogen.

Statt dieser allgemeinen Trendaussage zu folgen, sollen im Folgenden pfadspezifische Ansätze zur Erklärung ökonomischer Performanz überprüft werden. Demnach findet der ökonomische Fortschritt in den so genannten entwickelten Gesellschaften nicht überall gleichmäßig statt, sondern ist abhängig von historisch gewachsenen institutionellen Strukturen und langfristigen politischen Kräfteverhältnissen. Diese Idee verschiedener Modernisierungswege liegt dem Ansatz der Wohlfahrtsregime zu Grunde (vgl. Esping-Andersen 1990).

Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime hat einen universalistischen Sozialstaat institutionalisiert, der die Bevölkerung umfassend gegen Risiken absichert. Es wird oft argumentiert, dass ein starker Sozialstaat negative Arbeitsanreize setze und so das Wirtschaftswachstum und die Produktivität reduziere. Andererseits ist für das Funktionieren des sozialdemokratischen Wohlfahrtsmodells eine hohe Erwerbsbeteiligung konstitutiv. Um das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen, wird in die Aus- und Weiterbildung stark investiert sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben – beide Maßnahmen dürften sich günstig auf die Produktivität und den materiellen Wohlstand einer Gesellschaft auswirken.

Das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsmodell „organisiert“ Wohlfahrt über den relativ freien und unregulierten Markt. Durch diese Rahmenbedingungen, die individuellen unternehmerischen Erfolg am meisten honorieren, soll ein sehr dynamisches Wirtschaftswachstum erreicht und der gesamtgesellschaftliche Wohlstand maximiert werden. Auch wenn nicht alle Akteure gleichermaßen am Wohlstand partizipieren, so sollte doch der wirtschaftsliberale Regimetyp insgesamt die beste ökonomische Performanz aufweisen.

In den Ländern des konservativen Regimes wird überwiegend die Idee der sozialen Marktwirtschaft vertreten, wonach der Einflussbereich des freien Marktes zu begrenzen sei. Die Begrenzung der freien Marktdynamik erfolgt in diesem

korporatistischen Modell vor allem durch die starke Rolle der Gewerkschaften, denen z.B. im Rahmen der Tarifautonomie in der Bundesrepublik eine hohe wirtschaftspolitische Ordnungskompetenz zukommt. Die damit verbundene Stärkung von Arbeitnehmerinteressen und die im Vergleich zum sozialdemokratischen Regime weniger entwickelte Vollbeschäftigungspolitik sollte zu einem deutlich weniger dynamischen Wachstum führen als in den wirtschaftsliberalen Staaten, aber auch als in dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime.

Für die südeuropäischen Länder mit „familistischer“ Wohlfahrtslogik ist eine Prognose der ökonomischen Performanz schwieriger. Das Niveau an ökonomischem Wohlstand liegt derzeit noch unter dem der west- und nordeuropäischen Staaten – wohl auch aufgrund der geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen. Die niedrige Erwerbsquote dürfte mit einem unterdurchschnittlichen BIP assoziiert sein. Zudem sind die industriellen Beziehungen in den südeuropäischen Ländern eher konfliktorisch, was sich z.B. an der Anzahl von Streiktagen ablesen lässt. Dies sollte sich ebenfalls ungünstig auf Wohlstand und Wachstum auswirken.

Die ex-sozialistischen Länder dürften derzeit mit Abstand den geringsten ökonomischen Wohlstand aufweisen. Die wirtschaftliche Produktion nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus wurde überwiegend als technisch veraltet und insgesamt nicht mehr wettbewerbsfähig beschrieben. Insofern befinden sich die osteuropäischen Länder aktuell noch immer in einem wirtschaftlichen Modernisierungsprozess und müssen versuchen, durch hohe Wachstumsraten zum westeuropäischen Wohlstandsniveau aufzuschließen.

Auswahl der Indikatoren

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. Das BIP beschreibt den Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres und innerhalb einer Volkswirtschaft für den Endverbrauch hergestellt wurden. Für einen Ländervergleich ist es erstens nötig, das BIP an der Einwohnerzahl zu relativieren, und zweitens, die unterschiedlichen Preisniveaus in den einzelnen Ländern zu berücksichtigen. Das BIP ist entsprechend pro Kopf angegeben und wurde auf Basis der Purchasing Power Parity (PPP) um Kaufkraft- und Inflationsunterschiede bereinigt.⁹ Der Indikator bildet die Wirtschaftskraft bzw. den durchschnittlichen materiellen Wohlstand eines Landes ab. Neben dem Wirtschaftswachstum wird als ergänzende Information die durchschnittliche Wachstumsrate des BIP in Prozent im Zeitraum von 2002 bis 2007 berichtet.¹⁰ Die Wachstumsrate misst die Veränderung des BIP jeweils im Vergleich zum Vorjahr.

⁹ Für die Festlegung der Kaufkraftparität wird z.B. berechnet, wie viele Einheiten einer jeweiligen Landeswährung notwendig sind, um einen bestimmten, repräsentativen Güterkorb zu kaufen, den ein Akteur für einen US-Dollar in den USA erhalten könnte.

¹⁰ Aus den Wachstumsraten der einzelnen Jahre wurde mit Hilfe des geometrischen Mittels die durchschnittliche Wachstumsrate für den 5-Jahreszeitraum errechnet.

Ländervergleich

Der internationale Vergleich verdeutlicht, dass der größte ökonomische Wohlstand in dem Stadtstaat und Finanzzentrum Luxemburg zu finden ist sowie, mit großem Abstand auf den nächsten Rängen folgend, in Norwegen, in den Vereinigten Staaten und in Irland (vgl. Tabelle 7-1). Von der Schweiz (Rang 5) bis zu Frankreich (Rang 17) verlaufen eher geringe Unterschiede, danach jedoch wird das Wohlstandsgefälle wiederum steiler. Die osteuropäischen Staaten platzieren sich überwiegend am Ende des Ranking, wobei auch innerhalb dieser Gruppe z.B. zwischen Slowenien und Bulgarien große Unterschiede zu finden sind. Den Abschluss bildet Bulgarien. Die Unterschiede zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern in unserer Auswahl sind sehr ausgeprägt, so ist für Luxemburg ein Wohlstandsniveau feststellbar, welches dasjenige von Bulgarien um mehr als das Siebenfache übersteigt. Deutschland positioniert sich mit Rang 15 im Mittelfeld der 36 Länder und liegt damit etwas hinter Großbritannien, Belgien und Finnland. Es sind insbesondere die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen alten und neuen Bundesländern, die sich auf das Abschneiden Deutschlands auswirken.

Beim Wirtschaftswachstum belegen die drei baltischen Länder Lettland, Litauen und Estland sowie Russland die ersten Plätze. Hierbei dürfte auch das geringere Ausgangsniveau eine Rolle spielen. Es erscheint grundsätzlich leichter, von einem niedrigeren Ausgangsniveau ausgehend, eine hohe Wachstumsrate zu erzielen. Hat ein Land schon ein sehr hohes Wohlfahrtsniveau erreicht, so erscheint es schwieriger, das gleiche relative Wachstum zu erreichen. Aufgrund dieses Basiseffekts wird die Wachstumsrate auch nur ergänzend zum Wohlstandsniveau berichtet. Als westeuropäisches Land ist vor allem Irland zu erwähnen: das Land hat in den letzten fünfzehn Jahren ein beispielloses Wirtschaftswachstum erzielt und sich von einer wirtschaftsschwachen Agrarnation am Rande Europas zu einer modernen Ökonomie gewandelt, die sich nun in einer zentralen Position zwischen den Wirtschaftsgrößen Nordamerikas und Europas sieht. Vergleichsweise wenig Wachstum im Zeitraum von 2002 bis 2007 erreichten Deutschland (4,1 %), Frankreich (4,0 %), Malta (3,7 %), Italien (3,2 %) sowie Portugal (2,5 %), also eher „strukturkonservative“ Länder.

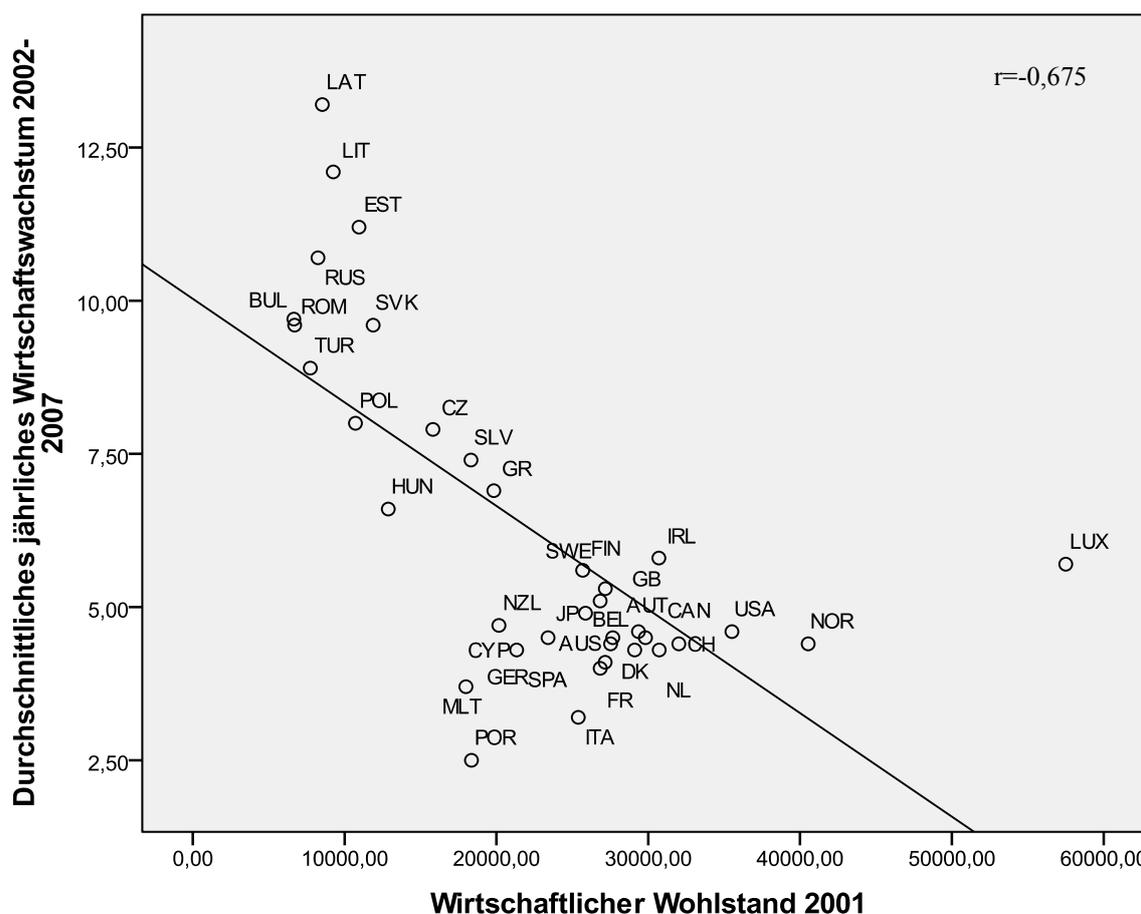
Die bereits angedeutete negative Beziehung zwischen Wohlstand und Wachstum verdeutlicht auch Abbildung 7-1, wo das Wohlstandsniveau von 2001 mit der durchschnittlichen Wachstumsrate von 2002 bis 2007 in Beziehung gesetzt wird. Auf Länderebene ergibt sich ein Korrelationskoeffizient von $r = -0,68$, d.h. ein hohes relatives Wachstum ist schwieriger zu erzielen, wenn das Wohlstandsniveau bereits sehr hoch ist. Dass eine solche Entwicklung bei günstigen Rahmenbedingungen dennoch möglich ist, zeigen Luxemburg und Irland. Wenn beide Staaten nicht in der Länderauswahl vertreten wären, käme der negative Trend noch klarer zum Ausdruck.

Tabelle 7-1: Wirtschaftlicher Wohlstand im Ländervergleich

		Wirtschaftlicher Wohlstand (BIP p.K. PPP) 2007	<i>Wirtschaftswachstum (BIP p.K. PPP 2002 - 2007)</i>
1.	Luxemburg	81.058	5,7
2.	Norwegen	51.953	4,4
3.	USA	45.778	4,6
4.	Irland	43.414	5,8
5.	Schweiz	41.265	4,4
6.	Niederlande	38.995	4,3
7.	Kanada	38.614	4,5
8.	Österreich	38.181	4,6
9.	Dänemark	37.089	4,3
10.	Schweden	36.696	5,3
11.	Australien	36.215	4,5
12.	Großbritannien	35.601	5,1
13.	Belgien	35.363	4,4
14.	Finnland	35.206	5,6
15.	Deutschland	34.205	4,1
16.	Japan	33.573	4,9
17.	Frankreich	33.424	4,0
18.	Italien	30.479	3,2
19.	Spanien	30.116	4,5
20.	Griechenland	29.098	6,9
21.	Slowenien	27.901	7,4
22.	Zypern	27.297	4,3
23.	Neuseeland	26.664	4,7
24.	Tschech. Rep.	24.088	7,9
25.	Malta	23.103	3,7
26.	Portugal	21.784	2,5
27.	Estland	20.584	11,2
28.	Slowakei	20.275	9,6
29.	Ungarn	18.956	6,6
30.	Litauen	17.907	12,1
31.	Lettland	17.437	13,2
32.	Polen	16.323	8,0
33.	Russland	14.736	10,7
34.	Türkei	12.865	8,9
35.	Rumänien	11.456	9,6
36.	Bulgarien	11.311	9,7

Quellen: International Monetary Fund 2009; Wirtschaftswachstum: Eigene Berechnung

Abbildung 7-1: Beziehung zwischen Wohlstand und Wachstum



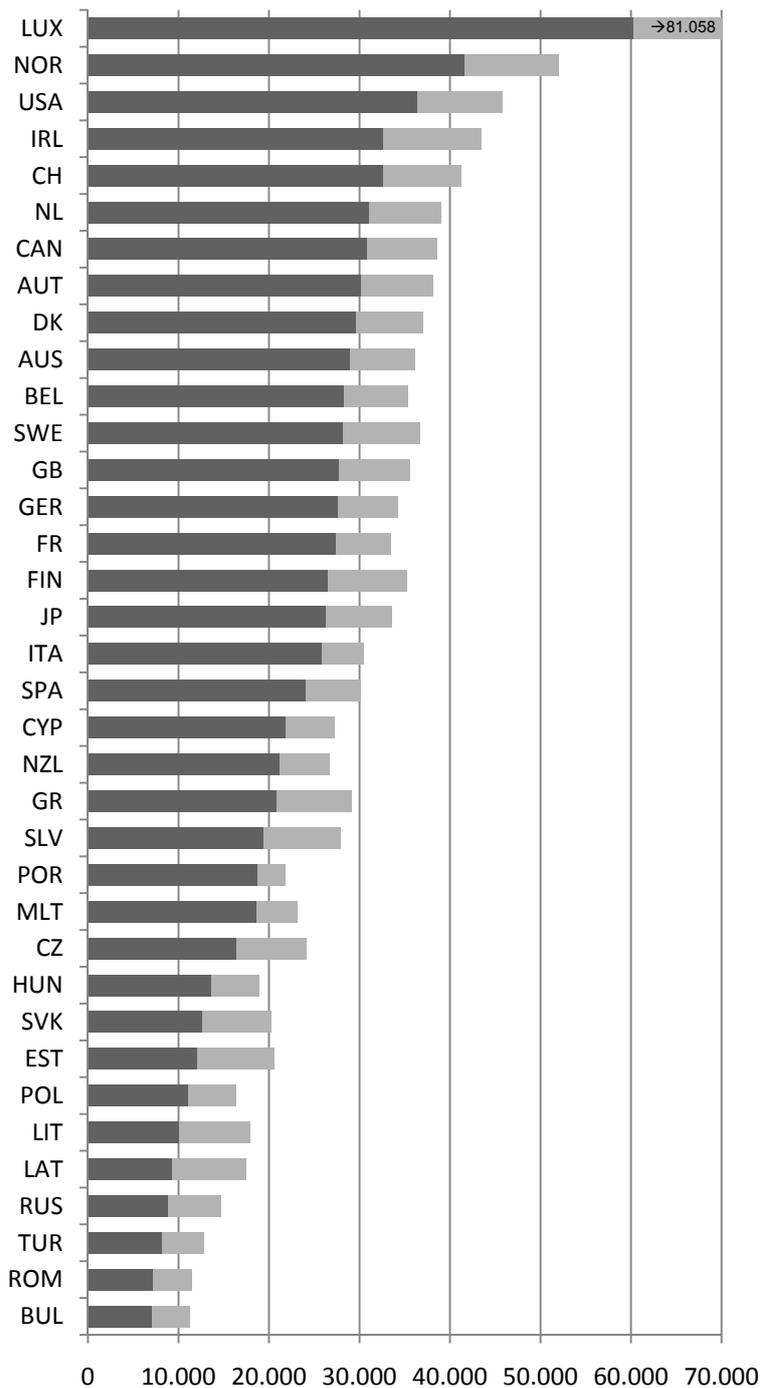
Quelle: World Bank 2007 (Wachstum). OECD 2006 (Wohlstand 1999). Die Korrelation ist statistisch signifikant. Eigene Berechnung und Darstellung.

Es wird oft angenommen, durch die höheren Wachstumsraten, die z.B. die ex-sozialistischen Staaten im Durchschnitt erzielen, würden diese Länder hinsichtlich ihres Wohlstandsniveaus aufholen und allmählich zu den westeuropäischen Staaten aufschließen können. Ob ein solcher Trend hin zu höherer wirtschaftlicher Konvergenz tatsächlich stattfindet, kann jedoch nicht anhand der Wachstumsraten entschieden werden. Dazu muss vielmehr die Veränderung des absoluten Wohlstandsniveaus im Zeitverlauf betrachtet werden.¹¹

Genau diese Veränderung des Wohlstandsniveaus von 2002 bis 2007 verdeutlicht Abbildung 7-2, wobei der dunklere Balken das Niveau von 2002, der hellere den Zuwachs und beide Balken gemeinsam das aktuelle Niveau markieren.

¹¹ Zur Illustration: Wenn ein armes Land X ein Wohlstandsniveau von 100 aufweist und eine jährliche Wachstumsrate von 10 Prozent, so verändert sich das Wohlstandsniveau nach einem Jahr auf den Wert 110. Wenn nun ein reicheres Land Y ein Wohlstandsniveau von 1000 aufweist und eine jährliche Wachstumsrate von 2 Prozent, so verändert sich das Wohlstandsniveau nach einem Jahr auf den Wert 1020. Obwohl Land X ein deutlich höheres *relatives* Wachstum schaffte, ist *absolut* betrachtet der Abstand zwischen beiden Ländern gewachsen. Land X konnte nicht aufholen, der Wohlstandsunterschied hat sich sogar vergrößert.

Abbildung 7-2: Wirtschaftlicher Wohlstand 1999 und Zuwachs bis 2005



Quelle: International Monetary Fund 2009; eigene Berechnung und Darstellung.

Hierbei zeigt sich, dass die drei baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland sich im Vergleich zu Rumänien oder der Türkei, mit denen sie 2002 noch auf gleichem Niveau lagen, deutlich verbessern konnten. Auch Großbritannien und Irland weisen einen hohen Zuwachs im Wohlstandsniveau auf und konnten sich im Vergleich zu 2002 um mehrere Rangplätze verbessern. Den mit Abstand größten Zuwachs hat jedoch Luxemburg zu verzeichnen. Das Land lag bereits 2002 im Hinblick auf das BIP an der Spitze.

Ergebnisse nach Regimetypen

In diesem Abschnitt werden einzelne Länder zu Ländergruppen zusammengefasst, wobei als Kriterium der Zusammenfassung die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Wohlfahrtsregime dient. Luxemburg wird aufgrund seiner wirtschaftlichen Besonderheiten bei diesem Kriterium als Sonderfall angesehen und nicht dem konservativen Wohlfahrtsregime zugeordnet.¹²

Wird die ökonomische Performanz im Kontext dieser Regimetypen betrachtet, zeigt sich, dass sich beim Wohlstandsniveau das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime (1. Rang) vor dem wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime (2. Rang) platziert. Abgesehen von Neuseeland gehören alle Staaten dieser beiden Regimetypen zu den 13 wohlhabenden Ländern mit der höchsten Wirtschaftskraft. Knapp dahinter liegt das konservative Wohlfahrtsregime, das sich auch durch eine sehr geringe Streuung auszeichnet. Deutlich weniger Wohlstand ist im Durchschnitt in den südeuropäischen Staaten des familistischen Wohlfahrtstyps vorzufinden, mit nochmals klarem Abstand folgen die ex-sozialistischen Länder dann auf dem 5. Rang (vgl. Tabelle 7-2).

Eine Betrachtung des Wirtschaftswachstums im Kontext der Regimetypologie zeigt, dass die ex-sozialistischen Staaten mit durchschnittlichen Wachstumsraten von 9,2 % am stärksten wachsen. Danach folgen die Länder des familistischen Regimes (Wachstumsrate: 5,0 %), das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime (4,9 %) und das wirtschaftsliberale Regime (Wachstumsrate: 4,9 %). Am geringsten ist die wirtschaftliche Dynamik im konservativen Regimetyp ausgeprägt; die Wachstumsrate beträgt hier im Durchschnitt nur 4,3 %.

Die anfangs geäußerte Hypothese postulierte, dass der wirtschaftsliberale Wohlfahrtstyp aufgrund seiner institutionellen Merkmale (hoher Arbeitsanreiz durch minimalistische soziale Sicherung) die beste ökonomische Performanz aufweisen sollte. Die empirischen Befunde stützen diese Annahme nur teilweise. Einerseits gelingt es dem wirtschaftsliberalen Modell, wirtschaftliche Dynamik auf

¹² Der Stadtstaat Luxemburg ist bezüglich seiner Wirtschaftsstruktur sehr stark durch den tertiären Sektor geprägt, was vor allem mit der Bedeutung Luxemburgs als internationaler Finanzplatz zu tun hat. Der Bankensektor trägt nahezu 40 Prozent zur nationalen Wertschöpfung bei. In der Landwirtschaft sowie der Industrie sind nur wenige Menschen beschäftigt, wohingegen ca. 85 Prozent im Dienstleistungssektor arbeiten.

hohem Niveau zu erreichen und damit der Bevölkerung im Durchschnitt einen hohen materiellen Lebensstandard zu gewährleisten, den sozialdemokratischen Staaten gelingt dies jedoch noch etwas besser, und dies mit umfassenden sozialen Sicherungssystemen. Die ex-sozialistischen Länder können, relativ gesehen, am stärksten wachsen, dennoch liegen sie im Hinblick auf das absolute Wohlstandsniveau noch zurück.

Tabelle 7-2: Wirtschaftlicher Wohlstand der Wohlfahrtsregime-Typen

		Wirtschaftlicher Wohlstand (BIP p.K. PPP) 2007	<i>Wirtschaftswachstum (BIP p.K. 2002- 2007)</i>
1.	sozialdemokratisch	40.236 7.853 0,20	4,90 0,65 0,13
2.	wirtschaftsliberal	37.714 6.740 0,18	4,87 0,51 0,10
3.	konservativ	36.906 3.059 0,08	4,30 0,22 0,05
4.	familistisch	25.339 4.187 0,17	5,03 2,70 0,54
5.	ex-sozialistisch	19.165 6.131 0,32	9,17 2,57 0,28
	Eta ²	0,47	0,56

Angegeben sind die Mittelwerte, die Standardabweichung (kursiv 2. Zeile) und der Variationskoeffizient (kursiv 3. Zeile) für den jeweiligen Wohlfahrtsregime-Typ. Japan, die Türkei und Luxemburg wurden keinem der fünf Wohlfahrtsregime-Typen zugeordnet. Quellen: International Monetary Fund 2009. Eigene Berechnungen.

Insgesamt weisen die Streuungswerte aber auch darauf hin, dass es innerhalb der Regimetypen ein gewisses Maß an Heterogenität gibt. Die höchsten Streuungswerte liegen für die ex-sozialistischen Länder vor, die sich im Prozess der Ausdifferenzierung befinden. Die anderen Wohlfahrtsregime bilden jedoch eher homogene Gruppen. Insgesamt können 50-60 % der Länderunterschiede als Streuung zwischen den Wohlfahrtsregimen interpretiert werden. Damit besitzt die verwendete Typologie eine hohe Erklärungskraft.

Für Deutschland bleibt festzuhalten, dass der wirtschaftliche Wohlstand im Vergleich mit ähnlich entwickelten Staaten noch unter den Möglichkeiten bleibt. Bei dem materiellen Wohlstandsniveau, darauf wurde bereits verwiesen, muss vor allem die besondere Situation in den neuen Bundesländern beachtet werden, wo das BIP pro Kopf deutlich unter dem Niveau der alten Bundesländer liegt. Das ökonomische Wachstum gewinnt erst seit dem Jahr 2004 an Dynamik.

7.2 Die Kehrseite von Wohlstand und Wachstum: Ökologische Nachhaltigkeit

Ökologisches Wirtschaften als moralisches Ziel

Die Menschheit verbraucht mehr Ressourcen als die Natur regenerieren kann – und das, obwohl erst ein geringer Teil der Weltbevölkerung am wirtschaftlichen Wohlstand partizipiert. Das reichste Fünftel der Weltbevölkerung verbrauchte 1998 mehr als zwei Drittel aller Elektrizität und sie hielt nahezu neun von zehn Autos in ihrem Besitz (vgl. UNDP 1998). Wäre es möglich, den materiellen Lebensstandard der westlichen Gesellschaften auf die ganze Welt zu übertragen, würde dies die Fähigkeiten der Biosphäre zur Regeneration um ein Vielfaches übersteigen und eine ökologische Krise globalen Ausmaßes auslösen. Eine nachholende Entwicklung um der Gerechtigkeit willen wäre „die Mutter aller Katastrophen“ (vgl. Sachs 2004).

Schon heute liest sich eine Beschreibung des klimatischen Wandels alarmierend. Insbesondere der Verbrauch von fossilen Brennstoffen und der damit verbundene Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) haben sich zu einem globalen Problem entwickelt. Der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre ist seit Beginn der Industrialisierung um 35 Prozent angestiegen, liegt derzeit auf dem höchsten Niveau der vergangenen 650.000 Jahre und steigt weiter in einem noch zunehmenden Tempo (vgl. IPCC 2007). Der Verbrauch natürlicher Ressourcen steigt stetig an und mit diesem auch die Überbelastung der Biosphäre.

Die Folgen des CO₂-Ausstoßes sind vielfältig und schwerwiegend. Die Jahre von 1995 bis 2006 gehörten zu den wärmsten Jahren seit Beginn der Temperatureaufzeichnungen und eine weitere Erderwärmung um mindestens 1,8 °C wird für das aktuelle Jahrhundert prognostiziert. Dadurch werden die schneebedeckten Flächen und Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel wird ansteigen, extreme Unwetter, Niederschläge, Dürren und Hitzeperioden werden sich häufen. Selbst bei einem sofortigen Stopp des CO₂-Ausstoßes würden sich diese Entwicklungen nicht mehr völlig aufhalten lassen (vgl. IPCC 2007).

Offensichtlich kollidiert das Ziel, materiellen Wohlstand auf hohem Niveau in der Welt zu etablieren, mit dem Anspruch, ökologisch nachhaltig zu wirtschaften. Ökologisch nachhaltige Entwicklung wird definiert als eine Entwicklung, „die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige

Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (WCED 1987: 8). Eine solche Form des Wirtschaftens zu verfolgen, ist ein moralisches Ziel. Die Gerechtigkeit zwischen den Generationen gebietet es, dass die natürlichen Ressourcen nicht einseitig aufgebraucht werden und eine kollabierte, ungastliche Umwelt zurückbleibt. Ebenso verlangt die Verteilungsgerechtigkeit, dass natürliche Ressourcen und ökologische Belastungen nicht asymmetrisch zwischen den reichen und den ärmeren Ländern aufgeteilt werden.

Die wohlhabenden Staaten stehen damit in einer doppelten Weise politisch in der Pflicht, der Ökologie ein höheres Gewicht beizumessen. Sie müssen in den nächsten Jahrzehnten beispielhafte Wege finden, die Übernutzung der natürlichen Umwelt deutlich zu reduzieren und ihren Wohlstand durch einen geringeren Einsatz von natürlichen Ressourcen zu produzieren. Die höchsten Umweltbelastungen gehen im Ländervergleich auch von den wohlhabenden Ländern aus. Wirtschaftlicher Wohlstand steht bei der hier vorliegenden Auswahl an Ländern z.B. in einem signifikanten positiven Zusammenhang zum CO₂-Ausstoß ($r = 0,74$), wobei gerade einige der reichsten wirtschaftsliberalen Staaten besonders hohe CO₂-Emissionen aufweisen (vgl. Abbildung 7-3).

Ohne den Übergang zu einem „Ressourcen-leichten Wohlstandsstil“ (Hawken et al. 2000) können die Belastungen für die nachfolgenden Generationen verheerend sein, die dann mit den problematischen und möglicherweise irreversiblen Veränderungen der Umwelt leben müssen. Damit ein solcher Übergang gelingen kann, werden insbesondere drei Strategien diskutiert.

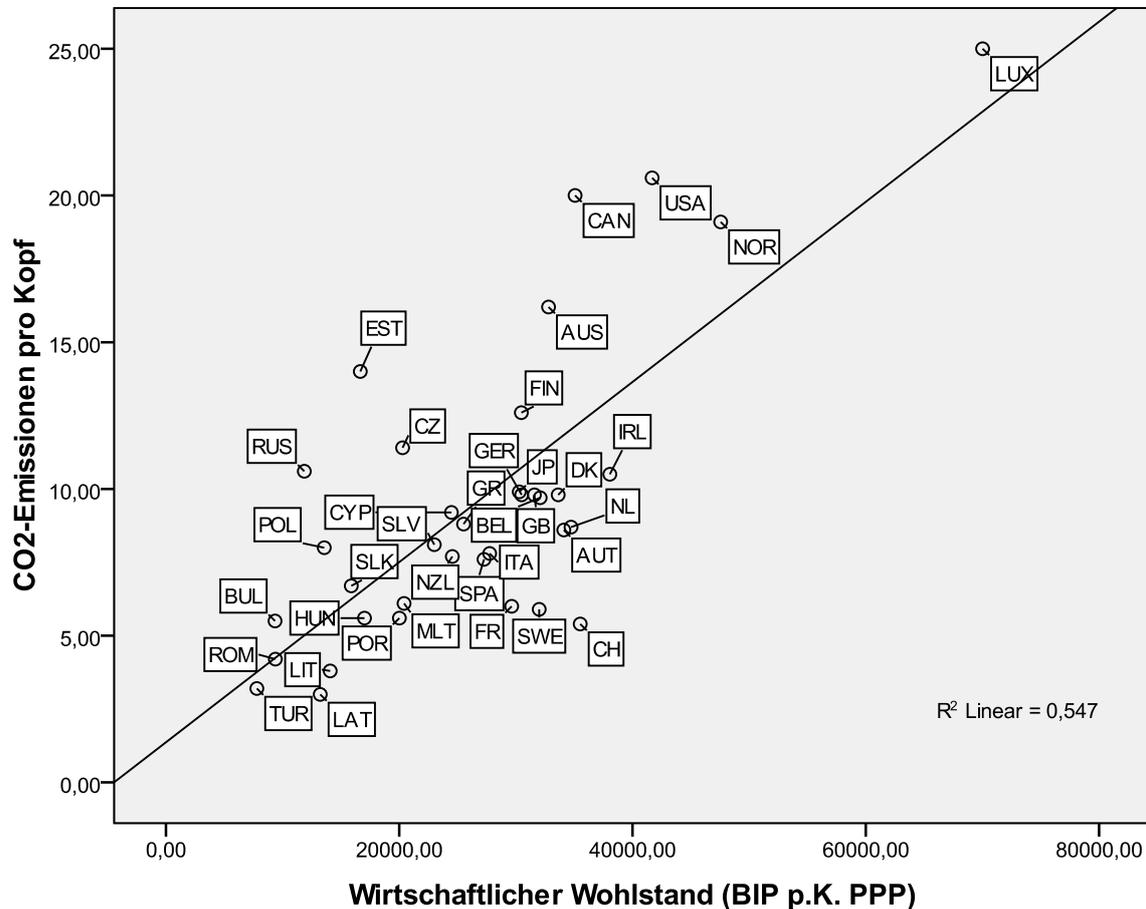
(1) Die Effizienzstrategie strebt eine Steigerung der Energieproduktivität an und versucht damit, die Güterproduktion stufenweise ökologisch effizienter zu gestalten. Die Anstrengungen sind hier auf die Senkung des pro Produktionseinheit benötigten Ressourceneinsatzes gerichtet. Im empirischen Ländervergleich wird auch ein solcher Indikator zur Energieeffizienz berücksichtigt.

(2) Eine zweite Strategie kann als Substitutionsstrategie bezeichnet werden, wobei versucht wird, fossile Brennstoffe bei der Energiegewinnung sukzessive durch regenerative Energieträger zu ersetzen. Im Vergleich zu fossilen Energiequellen unterliegen die erneuerbaren Energieträger keinen engen Begrenzungen und eine nachhaltige Schädigung der natürlichen Umwelt wird ebenfalls verhindert. Auch die Substitutionsstrategie wird in unserem empirischen Vergleich mit einem Indikator berücksichtigt.

(3) Ein dritter Ansatz, die so genannte Suffizienzstrategie, beabsichtigt, die Lebensqualität vom wirtschaftlichen Wachstum abzukoppeln. Lebensqualität lässt sich nicht nur am materiellen Reichtum ablesen, sondern basiert ebenso auf vielen nicht-monetären Aspekten. Die Suffizienzstrategie zielt darauf ab, die Lebensstile sowie das Konsum- und Freizeitverhalten der Menschen so zu ver-

ändern, dass sich im Ergebnis eine ökologisch nachhaltige und für die Menschen gesunde sowie sinn- und wertvolle Lebensweise einstellt.

Abbildung 7-3: CO₂-Emissionen und wirtschaftlicher Wohlstand



Modernisierungspfade und ökologisches Wirtschaften

Im Fokus der Modernisierungstheorie steht die Produktion und Steigerung von wirtschaftlichem Wohlstand durch technologische Rationalisierungen bzw. eine immer effektivere Nutzung der Produktivkräfte. Die ökologischen Nebenwirkungen der ökonomischen Entwicklungsdynamik (z.B. Klimawandel, Luftverschmutzung, Waldsterben etc.) bleiben dabei unterbelichtet. Insofern lässt sich aus der Modernisierungstheorie auch keine Aussage ableiten, wie moderne Gesellschaften den anstehenden ökologischen Herausforderungen gerecht werden könnten. Auch der Ansatz der Wohlfahrtsregime lässt nur indirekte Schlussfolgerungen über die Gewichtung zu, die verschiedene Gesellschaften der ökologischen Nachhaltigkeit einräumen.

Für die Länder des sozialdemokratischen Regimetyps lässt sich eine überdurchschnittliche Performanz erwarten, denn einerseits stehen ökologischen Themen eher auf der politischen Agenda sozialdemokratischer Parteien und andererseits sind diese Länder durch ihre naturräumlichen Voraussetzungen und ihren gesell-

schaftlichen Wohlstand in der Lage, technisch innovative Möglichkeiten der Energieerzeugung auch umzusetzen.

Das wirtschaftsliberale Regime sollte den ökologischen Risiken weniger Gewicht beimessen, da hier vor allem ein dynamisches Wirtschaftswachstum angestrebt wird. Eine stärkere Fokussierung auf ökologische Aspekte wird in diesem Regime bisher eher als Beeinträchtigung des Wachstums statt als Wachstumsbereich eingeschätzt, weshalb der politische Wille zum Umweltschutz hier weniger stark entwickelt ist als in anderen Wohlfahrtsregimen.

Für das konservative Regime kann ein durchschnittliches Abschneiden zwischen dem sozialdemokratischen und dem wirtschaftsliberalen Regime erwartet werden. Einerseits sind hier belastungsintensive Industriezweige, wie z.B. die Automobilindustrie, die chemische Industrie oder die Metallverarbeitung noch eher verbreitet, andererseits fokussieren einige Länder dieses Regimetyps (z.B. Frankreich und Belgien) ihre Energiepolitik nicht so sehr auf erneuerbare Energieträger, sondern setzen eher auf den Ausbau der Kernenergie.

Der familistische Regimetyp könnte eher überdurchschnittlich abschneiden, da in diesen Staaten mit der Textil- und Nahrungsmittelindustrie eher belastungsarme Industriezweige im Vordergrund stehen.

Die ehemaligen sozialistischen Länder Osteuropas dürften bei der ökologischen Nachhaltigkeit nur unterdurchschnittlich abschneiden, da hier der wirtschaftliche Entwicklungsstand insgesamt noch eher durch industrielle Produktionsweisen geprägt ist und der Dienstleistungssektor zumindest im europäischen Vergleich noch unterentwickelt ist. Mit einer eher industriellen Wirtschaftsstruktur dürfte auch eine stärkere Belastung der Umwelt assoziiert sein.

Auswahl der Indikatoren

Um ökologische Nachhaltigkeit umfassend zu eruieren, werden im Folgenden einerseits Indikatoren berichtet, die verschiedene ökologische Belastungen messen, andererseits werden auch Kennwerte herangezogen, die das Ausmaß an Entlastungsmaßnahmen beziffern, die von einzelnen Ländern verfolgt werden. Die Belastungsindikatoren zeigen demzufolge das Niveau an Umweltschädigung an; die Entlastungsindikatoren beschreiben den Grad an Anstrengung, mit dem Länder versuchen, ihre ökologischen Belastungen zu reduzieren.

Als Indikatoren ökologischer Belastung berichten wir die CO₂-Emissionen pro Kopf. Diese Emissionen werden, wie bereits erwähnt, als zentrale Ursache der zunehmenden Erderwärmung und des Klimawandels gesehen. Des Weiteren gibt die Müllbelastung pro Kopf Aufschluss über den Verbrauch natürlicher Ressourcen. Schließlich ziehen wir den Energieanteil heran, der durch Kernkraft erzeugt wird. Nuklearenergie wirft nicht nur immer wieder die Frage der techni-

schen Beherrschbarkeit auf, insbesondere durch die Entsorgung hochradioaktiver Abfälle werden die Umweltbelastungen zusätzlich erhöht, und dies für viele kommende Generationen.

Als Indikatoren für ökologische Entlastungen wird zuerst die Energieeffizienz betrachtet. Eine Möglichkeit, zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsform zu gelangen, besteht darin, Energiereserven durch technische Innovationen effizienter und intelligenter einzusetzen. Diese Vorgehensweise zielt darauf ab, die natürlichen Ressourcen, die für die Produktion bestimmter Güter erforderlich sind, stetig zu senken. Ob ein ökologisch nachhaltiger Wohlstand allein durch umwelttechnische Fortschritte erreicht werden kann, ist umstritten, denn die Energieeffizienz lässt sich nicht in beliebigem Umfang erhöhen. Dennoch sind ökologisch intelligente Produktionsverfahren ein wichtiger Schritt, weshalb ein Indikator der Energieeffizienz für die Messung ökologischer Nachhaltigkeit informativ erscheint. Die Energieeffizienz wird gemessen als Primärenergieverbrauch pro Einheit des BIP. Ein Land, dem es gelingt, seinen wirtschaftlichen Wohlstand mit einem möglichst geringen Verbrauch an Primärenergie zu produzieren, würde bei diesem Indikator gut abschneiden. Im Gegensatz zu fossilen Energieträgern gelten für erneuerbare Energiequellen praktisch keine Vorratsgrenzen. Sonne, Wind, Erdwärme oder Wasserkraft können als praktisch unerschöpfliche Energieträger betrachtet werden, die zudem die Ökosysteme nicht so stark belasten wie z.B. Kohlekraftwerke. In den regenerativen Energieträgern steckt das Potential, die Umweltbelastungen in einer langfristigen Perspektive deutlich zu reduzieren. Die Substitution traditioneller Energieträger durch erneuerbare Energiequellen ist eine wirksame Nachhaltigkeitsstrategie. Deshalb wird als zweiter Indikator der Anteil am gesamten Energieverbrauch eines Landes gewählt, der aktuell durch regenerative Energiequellen gedeckt wird. Schafft es ein Land, einen hohen Anteil seines Energiebedarfs aus erneuerbaren Energieträgern zu erzeugen, so darf dies unserer Ansicht nach als Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit positiv gewertet werden.¹³ Drittens ziehen wir als Messung für die Suffizienzstrategie den Anteil der Waldfläche heran, der ökologisch nachhaltig bewirtschaftet wird. Auch dieser Kennwert bildet eine Strategie ab, durch die eine Reduktion von Umweltschäden erreicht werden kann.

Ländervergleich

Bei den Belastungsindikatoren liegen erwartungsgemäß eher solche Länder vorne, die im Vergleich ein eher niedriges Wohlstandsniveau besitzen. Dies verdeutlicht nochmals den Zielkonflikt zwischen den „moral values“ Wohlstand

¹³ Es ist allerdings bei diesem Indikator zu bedenken, dass die natürlichen Gegebenheiten in manchen Ländern eine Energiegewinnung aus regenerativen Energieträgern erleichtern können. Es sei hier exemplarisch an Island erinnert, wenngleich das Land in unserer Länderauswahl nicht enthalten ist: Island schafft es durch günstige natürliche Voraussetzungen, den gesamten Bedarf an Elektrizität durch Wasserkraft und Geothermie zu decken. Diese Leistung, so aner kennenswert sie ist, wäre unter anderen natürlichen Randbedingungen nicht möglich.

und Nachhaltigkeit. Die geringsten CO₂-Emissionen verzeichnen demnach Lettland, die Türkei und Litauen, während Luxemburg, die USA und Kanada den höchsten pro Kopf Ausstoß an CO₂ aufweisen (vgl. Tabelle 7-3). Auch bei der Müllbelastung pro Einwohner liegen drei wirtschaftlich weniger entwickelte Staaten an der Spitze des Ranking: Polen, die Slowakei sowie die Tschechische Republik. Norwegen, wiederum die USA sowie Irland verzeichnen im Vergleich die höchsten Müllbelastungen. Bei der Nuklearenergie gibt es eine ganze Reihe von Ländern, die auf Atomkraft verzichten. Den höchsten Kernenergie-Anteil weist Frankreich auf, das aktuell nahezu vier Fünftel seines Energiebedarfs (77 %) mittels Nuklearenergie deckt. Litauen, die Slowakei und Belgien weisen nachfolgend ebenfalls hohe Kernenergieanteile auf.

Werden nun alle diese ökologischen Belastungen in einem Kennwert zusammengefasst, ergibt sich folgendes Bild (vgl. Tabelle 7-4): Mit Lettland, Polen, der Türkei und Malta liegen vier Länder an der Spitze, die durch einen unterdurchschnittlichen Wohlstand gekennzeichnet sind. Die USA und Luxemburg, zwei äußerst wohlhabende Länder, schließen die Tabelle ab, belasten die Umwelt also vergleichsweise am stärksten. Deutschland positioniert sich in der unteren Hälfte des Ländervergleichs (Rang 26).

Das Ausmaß, mit dem ökologische Entlastungsstrategien verfolgt werden, variiert gleichfalls stark zwischen den Ländern. Die ökonomisch effizienteste Nutzung von Primärenergie lässt sich für Griechenland, Irland, Italien, Dänemark und die Schweiz feststellen. Auch Deutschland (Rang 16) kann noch eine vergleichsweise effiziente Nutzung von Primärenergie attestiert werden. Auf den hinteren Rängen platzieren sich Kanada, Estland und Bulgarien. In diesen Staaten muss – verglichen mit Griechenland und Irland – bereits mehr als doppelt so viel Primärenergie aufgewendet werden, um die gleiche Menge an wirtschaftlichem Wohlstand zu produzieren. Mit deutlichem Abstand sind Russland und Litauen am Ende des Ranking zu finden, was einen technologischen Rückstand indiziert. Den besten Wert bei dem Energieanteil aus regenerativen Energiequellen erreicht mit deutlichem Vorsprung Norwegen, wobei hier insbesondere die Energiegewinnung aus Wasserkraft intensiv genutzt wird. An der Spitze folgen Neuseeland, Schweden, Finnland und Österreich. Deutschland platziert sich mit einem Energieanteil aus erneuerbaren Energieträgern von 6,3 % im Mittelfeld. In Deutschland werden insbesondere der Energiegewinnung aus Biomasse, Wind- und Wasserkraft langfristige Wachstumsperspektiven eingeräumt. Am Ende der Tabelle befinden sich Belgien – ein Land, das stark auf Kernenergie setzt, – sowie Russland, Irland, Großbritannien und Luxemburg. Bei der nachhaltigen Forstwirtschaft liegen Norwegen und Finnland an der Spitze; beide Länder verfolgen für ihren gesamten Waldbestand eine nachhaltige Wirtschaftsstrategie. In Deutschland werden ca. zwei Drittel des Waldbestandes nachhaltig bewirtschaftet (Rang 6); in einer ganzen Reihe weiterer Länder liegt dieser Anteil jedoch (nahe) bei Null.

Tabelle 7-3: Indikatoren ökologischer Nachhaltigkeit im Ländervergleich

CO ₂ -Emissionen p.K.		Müllbelastung p.K.		Nuklearenergie-Anteil		Energieeffizienz		Regenerative Energie		Nachhaltige Forstwirtschaft	
1.	Lettland	3,00	1.	Lettland	0,0	1.	Griechenland	0,10	1.	Norwegen	100
2.	Türkei	3,20	2.	Malta	0,0	2.	Irland	0,11	2.	Neuseeland	100
3.	Litauen	3,80	3.	Zypern	0,0	3.	Italien	0,12	3.	Schweden	29,3
4.	Rumänien	4,20	4.	Estland	0,0	4.	Dänemark	0,12	4.	Finnland	73,6
5.	Schweiz	5,40	5.	Polen	0,0	5.	Schweiz	0,12	5.	Österreich	68,5
6.	Bulgarien	5,50	6.	Neuseeland	0,0	6.	Malta	0,13	6.	Portugal	66,5
7.	Ungarn	5,60	7.	Türkei	0,0	7.	Portugal	0,13	7.	Estland	64,5
8.	Portugal	5,60	8.	Griechenland	0,0	8.	Österreich	0,13	8.	Kanada	57,7
9.	Schweden	5,90	9.	Portugal	0,0	9.	Großbritannien	0,13	9.	Dänemark	51,6
10.	Frankreich	6,00	10.	Italien	0,0	10.	Türkei	0,14	10.	Türkei	43,4
11.	Malta	6,10	11.	Österreich	0,0	11.	Spanien	0,14	11.	Slowenien	40,3
12.	Slowakei	6,70	12.	Australien	0,0	12.	Japan	0,15	12.	Estland	37,1
13.	Spanien	7,60	13.	Luxemburg	0,0	13.	Zypern	0,16	13.	Italien	31,7
14.	Neuseeland	7,70	14.	Dänemark	0,0	14.	Norwegen	0,16	14.	Spanien	29,5
15.	Italien	7,80	15.	Irland	0,0	15.	Niederlande	0,16	15.	Deutschland	25,3
16.	Polen	8,00	16.	Norwegen	0,0	16.	Deutschland	0,16	16.	Frankreich	22,6
17.	Slowenien	8,10	17.	Niederlande	4,1	17.	Frankreich	0,16	17.	Griechenland	10,3
18.	Österreich	8,60	18.	Rumänien	13,0	18.	Luxemburg	0,17	18.	Australien	5,8
19.	Niederlande	8,70	19.	Kanada	14,7	19.	Ungarn	0,17	19.	Polen	5,2
20.	Griechenland	8,80	20.	Großbritannien	15,1	20.	Neuseeland	0,18	20.	Bulgarien	5,2
21.	Zypern	9,20	21.	Russland	16,0	21.	Schweden	0,18	21.	USA	2,3
22.	Belgien	9,70	22.	Spanien	17,4	22.	Lettland	0,19	22.	Slowakei	2,2
23.	Großbritannien	9,80	23.	USA	19,4	23.	Australien	0,19	23.	Tschech.Rep.	2,0
24.	Deutschland	9,80	24.	Deutschland	27,3	24.	Slowenien	0,19	24.	Ungarn	1,7
25.	Dänemark	9,80	25.	Japan	27,5	25.	Belgien	0,19	25.	Niederlande	0,8
26.	Japan	9,90	26.	Irland	28,9	26.	Polen	0,20	26.	Japan	0,7
27.	Irland	10,50	27.	Tschech.Rep.	30,2	27.	USA	0,20	27.	Belgien	0,7
28.	Russland	10,60	28.	Bulgarien	32,1	28.	Finnland	0,23	28.	Russland	0,5
29.	Tschech.Rep.	11,40	29.	Ungarn	36,8	29.	Tschech.Rep.	0,23	29.	Russland	0,3
30.	Finnland	12,60	30.	Schweiz	40,0	30.	Slowakei	0,23	30.	Irland	0,0
31.	Estland	14,00	31.	Slowenien	41,6	31.	Rumänien	0,25	31.	Großbritannien	0,0
32.	Australien	16,20	32.	Schweden	46,1	32.	Kanada	0,27	32.	Luxemburg	1,7
33.	Norwegen	19,10	33.	Belgien	54,1	33.	Estland	0,29	33.	Lettland	1,7
34.	Kanada	20,00	34.	Slowakei	54,3	34.	Bulgarien	0,36	34.	Letland	0,0
35.	USA	20,60	35.	Litauen	64,4	35.	Russland	0,51	35.	Malta	0,0
36.	Luxemburg	25,00	36.	Frankreich	76,8	36.	Litauen	0,51	36.	Zypern	0,0

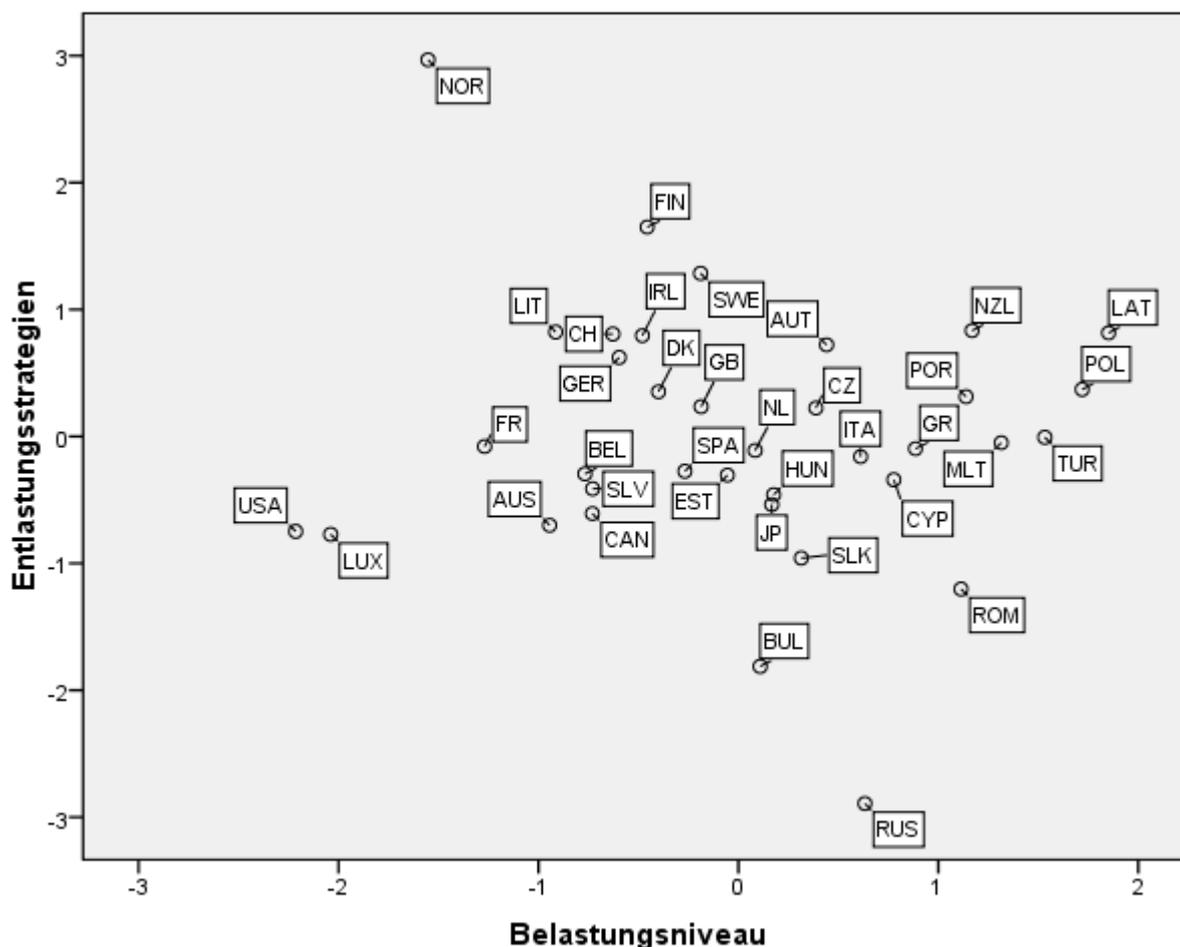
Quellen: Human Development Report 2007/2008 (CO₂-Emissionen [Daten von 2007]), OECD 2008 (Müllbelastung [Daten von 2005]), Energieeffizienz [Daten von 2006], Anteil regenerativer Energien [Daten von 2006]), IAEA 2008 (Anteil Nuklearenergie [Daten von 2007]), European Commission Directorate-General for Energy and Transport (DG TREN) 2009 (Staaten ohne Nuklearenergie [Daten von 2008]), CIESIN/YCELP 2005 (Nachhaltige Forstwirtschaft), Müllbelastung für Tschechische Republik aus OECD 2006, Anteil von Nuklearenergie für Neuseeland und Australien aus IAEA 2005, Energieeffizienz für Bulgarien, Estland, Lettland, Malta, Rumänien, Russland, Slowenien und Zypern aus OECD 2006, Anteil regenerativer Energien für Bulgarien und Russland aus OECD 2006.

Tabelle 7-4: Indizes zur ökologischen Nachhaltigkeit im Ländervergleich

Belastungsniveau			Entlastungsstrategien			Gesamtindex		
1.	Lettland	1,85	1.	Norwegen	2,97	1.	Lettland	1,98
2.	Polen	1,72	2.	Finnland	1,65	2.	Polen	1,55
3.	Türkei	1,53	3.	Schweden	1,28	3.	Neuseeland	1,49
4.	Malta	1,31	4.	Neuseeland	0,83	4.	Türkei	1,13
5.	Neuseeland	1,17	5.	Litauen	0,82	5.	Portugal	1,08
6.	Portugal	1,14	6.	Lettland	0,82	6.	Norwegen	1,05
7.	Rumänien	1,11	7.	Schweiz	0,81	7.	Malta	0,94
8.	Griechenland	0,89	8.	Irland	0,79	8.	Finnland	0,89
9.	Zypern	0,78	9.	Österreich	0,72	9.	Österreich	0,86
10.	Russland	0,63	10.	Deutschland	0,62	10.	Schweden	0,81
11.	Italien	0,61	11.	Polen	0,37	11.	Griechenland	0,59
12.	Österreich	0,44	12.	Dänemark	0,35	12.	Tschech. Rep.	0,45
13.	Tschech. Rep.	0,39	13.	Portugal	0,31	13.	Italien	0,34
14.	Slowakei	0,31	14.	Großbritannien	0,24	14.	Zypern	0,32
15.	Ungarn	0,18	15.	Tschech. Rep.	0,22	15.	Irland	0,23
16.	Japan	0,17	16.	Türkei	-0,01	16.	Schweiz	0,13
17.	Bulgarien	0,11	17.	Malta	-0,05	17.	Großbritannien	0,04
18.	Niederlande	0,08	18.	Frankreich	-0,08	18.	Deutschland	0,02
19.	Estland	-0,05	19.	Griechenland	-0,10	19.	Niederlande	-0,02
20.	Großbritannien	-0,19	20.	Niederlande	-0,11	20.	Dänemark	-0,04
21.	Schweden	-0,19	21.	Italien	-0,16	21.	Rumänien	-0,07
22.	Spanien	-0,27	22.	Spanien	-0,27	22.	Litauen	-0,07
23.	Dänemark	-0,40	23.	Belgien	-0,29	23.	Ungarn	-0,21
24.	Finnland	-0,46	24.	Estland	-0,30	24.	Estland	-0,27
25.	Irland	-0,48	25.	Zypern	-0,34	25.	Japan	-0,27
26.	Deutschland	-0,60	26.	Slowenien	-0,41	26.	Spanien	-0,40
27.	Schweiz	-0,63	27.	Ungarn	-0,46	27.	Slowakei	-0,48
28.	Slowenien	-0,73	28.	Japan	-0,54	28.	Belgien	-0,79
29.	Kanada	-0,73	29.	Kanada	-0,61	29.	Slowenien	-0,85
30.	Belgien	-0,77	30.	Australien	-0,70	30.	Kanada	-0,99
31.	Litauen	-0,91	31.	USA	-0,75	31.	Frankreich	-1,00
32.	Australien	-0,94	32.	Luxemburg	-0,77	32.	Australien	-1,22
33.	Frankreich	-1,27	33.	Slowakei	-0,96	33.	Bulgarien	-1,26
34.	Norwegen	-1,55	34.	Rumänien	-1,20	34.	Russland	-1,68
35.	Luxemburg	-2,04	35.	Bulgarien	-1,81	35.	Luxemburg	-2,09
36.	USA	-2,21	36.	Russland	-2,89	36.	USA	-2,20

Der Gesamtindex wurde als Durchschnitt der standardisierten Teilindizes berechnet.

Abbildung 7-4: Belastungsniveau und Entlastungsstrategien



Der Teilindex „Entlastungsstrategien“ wird von Norwegen mit großem Abstand angeführt, gefolgt von Finnland und Schweden (vgl. Tabelle 7-4). Die Bundesrepublik liegt auf der 10. Position. Die Tabelle beschließen Bulgarien und Russland, beide Staaten liegen weit zurück. Auffallend ist, dass die USA an 31. Position liegen, sie also offensichtlich ihre Möglichkeiten zur Umweltentlastung nicht hinreichend nutzen. Im Gesamtindex der ökologischen Nachhaltigkeit, der als Durchschnittswert aus den standardisierten Teilkennwerten zur Belastung sowie ökologischen Entlastung berechnet wurde, liegen Lettland, Polen und Neuseeland auf den vorderen drei Plätzen. Deutschland liegt mit einem Indexwert von 0,02 im Durchschnitt der Länder. Am ungünstigsten schneiden die Vereinigten Staaten ab, die, wie bereits angedeutet, durchaus die materiellen und natürlichen Voraussetzungen hätten, ihren Wohlstand auf eine ökologisch nachhaltigere Weise zu produzieren. Russland und Luxemburg liegen beim Gesamtindex ebenfalls zurück.

Vergleich der Regimetypen

Die Wohlfahrtsregime-Typen können auch danach unterschieden werden, wie ökologisch nachhaltig sie wirtschaften. Hinsichtlich der CO₂- und Müllbelastungen können die ex-sozialistischen Länder die günstigsten Durchschnittswerte

erzielen, auch die südeuropäischen Staaten des familistischen Wohlfahrtsregimes sind durch ein vergleichsweise geringes Belastungsniveau gekennzeichnet (vgl. Tabelle 7-5). Deutlich höhere Belastungen weisen sowohl die konservativen als auch sozialdemokratischen Länder auf, die allerdings wiederum deutlich besser als das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime abschneiden. Eine davon abweichende Reihenfolge zeigt sich beim Nuklearenergie-Anteil: Am wenigsten nutzen die familistischen Staaten die Kernenergie, gefolgt vom wirtschaftsliberalen Regimetyp. Auf einem mittleren Niveau liegen bei diesem Kennwert die sozialdemokratischen Staaten. Am stärksten setzen sowohl die ex-sozialistischen als auch die konservativen Länder auf Nuklearenergie: im Durchschnitt decken sie 26 bzw. 29 Prozent ihres Energiebedarfs aus dieser Energiequelle.

Die Regimetypologie kann bei den Entlastungsindikatoren insbesondere die Ausnahmestellung der sozialdemokratischen Staaten als vorbildliches „Umweltregime“ aufzeigen und sie führt vor Augen, dass die ex-sozialistischen Staaten noch unverhältnismäßig starke Umweltbelastungen in Kauf nehmen. Insbesondere die Energieressourcen werden im ex-sozialistischen Wohlfahrtsregime am wenigsten effizient eingesetzt, während das Niveau der übrigen Wohlfahrtsregime dabei relativ ähnlich ist.

Die erneuerbaren Energiequellen sind im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime am weitesten verbreitet: hier stammt durchschnittlich mehr als ein Viertel der gesamten Energie aus erneuerbaren Quellen. Auf dem zweiten Rang platziert sich das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime, das allerdings durch einen sehr hohen Streuungswert gekennzeichnet ist. Während z.B. Neuseeland sehr stark auf regenerative Energieformen setzt, liegen Großbritannien und Irland weit zurück. Auf den Rängen drei und vier folgen die konservativen und die familistischen Staaten, die im Durchschnitt 9 Prozent ihres Energiebedarfs aus erneuerbaren Energiequellen schöpfen. In den ex-sozialistischen Staaten, die den fünften Platz belegen, liegt der Anteil bei 6 Prozent. Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der Forstwirtschaft können die sozialdemokratischen Länder gleichfalls als vorbildlich gelten, sie liegen mit weitem Abstand vorn. Am wenigsten Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft wird im familistischen Wohlfahrtsregime erzielt. Die anderen Regimetypen rangieren hier im Mittelfeld nahezu gleichauf.

Im Gesamtindex schneidet, konform zu unserer Hypothese, das sozialdemokratische Regime am günstigsten ab (vgl. Tabelle 7-6). Die familistischen Länder erreichen einen überdurchschnittlichen Gesamtwert und platzieren sich auf Rang 2. Dies kann – wie eingangs bereits ausgeführt – jedoch auch auf die besondere Wirtschaftsstruktur der südeuropäischen Länder zurückzuführen sein. Die ex-sozialistische Ländergruppe positioniert sich dahinter. Hier ist zu erkennen, dass einerseits die Belastungen noch niedrig sind, andererseits aber auch (noch) kaum ökologisch sinnvolle, zukunftsweisende Wege beschritten werden, die zu Umweltentlastungen führen. Das konservative Wohlfahrtsregime positioniert sich

Tabelle 7-5: Indikatoren der ökologischen Nachhaltigkeit im Vergleich der Wohlfahrtsregime

CO ₂ -Emissionen p.K.	Müllbelastung p.K.	Nuklearenergie-Anteil	Energieeffizienz	Regenerative Energiequellen	Nachhaltige Forstwirtschaft.
1. ex-sozialistisch 7,4 3,47 0,47	1. ex-sozialistisch 320 85 0,27	1. familistisch 2,9 7,1 2,45	1. familistisch 0,13 0,02 0,15	1. sozial-demokratisch 26,5 9,8 0,37	1. sozial-demokratisch 60,0 48,3 0,81
2. familistisch 7,5 1,43 0,19	2. familistisch 525 93 0,18	2. wirtschafts-liberal 8,2 9,1 1,11	2. konservativ 0,16 0,02 0,13	2. wirtschafts-liberal 10,2 10,9 1,07	2. ex-sozialistisch 27,7 30,6 1,11
3. sozial-demokratisch 11,9 5,56 0,47	3. sozial-demokratisch 613 159 0,26	3. sozial-demokratisch 18,8 22,8 1,21	3. sozial-demokratisch 0,17 0,05 0,27	3. konservativ 8,5 7,6 0,90	3. konservativ 26,2 20,3 0,77
4. konservativ 10,5 6,64 0,63	4. konservativ 591 81 0,14	4. ex-sozialistisch 26,2 22,3 0,85	4. wirtschafts-liberal 0,18 0,06 0,31	4. familistisch 9,0 5,3 0,58	4. wirtschafts-liberal 20,4 27,8 1,36
5. wirtschafts-liberal 14,1 5,55 0,39	5. wirtschafts-liberal 597 157 0,26	5. konservativ 28,9 29,8 1,03	5. ex-sozialistisch 0,26 0,10 0,40	5. ex-sozialistisch 5,8 2,5 0,43	5. familistisch 0,5 0,9 1,83

Angegeben sind die Mittelwerte, die Standardabweichungen (kursiv 2. Zeile) und bei den Einzelindikatoren der Variationskoeffizient (kursiv 3. Zeile) für den jeweiligen Wohlfahrtsregime-Typ. Japan und die Türkei wurden keinem der fünf Wohlfahrtsregime-Typen zugeordnet. Quellen: Human Development Report 2007/2008 (CO₂-Emissionen [Daten von 2007]), OECD 2008 (Müllbelastung [Daten von 2005]), Energieeffizienz [Daten von 2006], Anteil regenerativer Energien [Daten von 2006]), IAEA 2008 (Anteil Nuklearenergie [Daten von 2007]), European Commission Directorate-General for Energy and Transport (DG TREN) 2009 (Staaten ohne Nuklearenergie [Daten von 2008]), CIESIN/YCELP 2005 (Nachhaltige Forstwirtschaft), Müllbelastung für Tschechische Republik aus OECD 2006, Anteil von Nuklearenergie für Neuseeland und Australien aus IAEA 2005, Energieeffizienz für Bulgarien, Estland, Lettland, Malta, Rumänien, Russland, Slowenien und Zypern aus OECD 2006, Anteil regenerativer Energien für Bulgarien und Russland aus OECD 2006. Eigene Berechnung.

insgesamt auf dem vierten Rang, gefolgt vom wirtschaftsliberalen Regime. Einige konservative Länder (insbesondere Frankreich und Belgien) investieren weniger stark in erneuerbare Energien, sondern stattdessen vor allem in die Kernenergie. Beide Wege führen grundsätzlich zu einer Reduktion von Treibhausgasen, wobei unseres Erachtens nur die erneuerbaren Energieträger im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit positiv beurteilt werden dürfen. Beide Regime-typen gehören zu den wirtschaftlich am besten gestellten, so dass gerade ihnen zukünftig eine besondere Vorbildfunktion zukommen dürfte.

Tabelle 7-6: Indizes zur ökologischen Nachhaltigkeit im Vergleich der Wohlfahrtsregime

Belastungsniveau			Entlastungsstrategien			Gesamtindex		
1.	familistisch	0,74 <i>0,56</i>	1.	sozial- demokratisch	1,56 <i>1,08</i>	1.	sozial- demokratisch	0,68 <i>0,49</i>
2.	ex-sozialistisch	0,42 <i>0,88</i>	2.	konservativ	0,13 <i>0,60</i>	2.	familistisch	0,48 <i>0,53</i>
3.	wirtschafts- liberal	-0,56 <i>1,10</i>	3.	wirtschafts- liberal	-0,03 <i>0,75</i>	3.	ex-sozialistisch	-0,08 <i>1,10</i>
4.	sozial- demokratisch	-0,65 <i>0,61</i>	4.	familistisch	-0,10 <i>0,23</i>	4.	konservativ	-0,41 <i>0,96</i>
5.	konservativ	-0,68 <i>0,82</i>	5.	ex-sozialistisch	-0,53 <i>1,14</i>	5.	wirtschafts- liberal	-0,44 <i>1,30</i>

Angegeben sind die Mittelwerte, die Standardabweichungen (kursiv 2.Zeile) und bei den Einzelindikatoren der Variationskoeffizient (kursiv 3.Zeile) für den jeweiligen Wohlfahrtsregime-Typ. Japan und die Türkei wurden keinem der fünf Wohlfahrtsregime-Typen zugeordnet. Quellen: Human Development Report 2007/2008 (CO₂-Emissionen [Daten von 2007]), OECD 2008 (Müllbelastung [Daten von 2005], Energieeffizienz [Daten von 2006], Anteil regenerativer Energien [Daten von 2006]), IAEA 2008 (Anteil Nuklearenergie [Daten von 2007]), European Commission Directorate-General for Energy and Transport (DG TREN) 2009 (Staaten ohne Nuklearenergie [Daten von 2008]), CIESIN/YCELP 2005 (Nachhaltige Forstwirtschaft), Müllbelastung für Tschechische Republik aus OECD 2006, Anteil von Nuklearenergie für Neuseeland und Australien aus IAEA 2005, Energieeffizienz für Bulgarien, Estland, Lettland, Malta, Rumänien, Russland, Slowenien und Zypern aus OECD 2006, Anteil regenerativer Energien für Bulgarien und Russland aus OECD 2006. Eigene Berechnung.

Insgesamt lassen sich 37 % der Länderunterschiede in der ökologischen Belastung und 38 % in den Entlastungsstrategien statistisch auf Unterschiede der Wohlfahrtsregime zurückführen.¹⁴

Die Besonderheit Deutschlands ist weniger in dem derzeit realisierten Niveau an ökologischer Nachhaltigkeit zu sehen, sondern vielmehr in der Entwicklungsrichtung der letzten Dekade. Die konsequente Förderung der Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen darf als Schritt in die richtige Richtung gedeutet werden und auch der Ausstoß von Kohlendioxid blieb in Deutschland relativ stabil, anstatt wie in anderen vergleichbaren Ländern deutlich anzusteigen. Um die eingangs beschriebenen Umweltprobleme zu lösen, bedarf es jedoch noch weiterer konsequenter Anstrengungen der gesamten Staatengemeinschaft.

7.3 Modernisierung als Vergleichsmaßstab für soziale Ungleichheiten (Einkommen, Vermögen, Armut) gemäß Hradil

Begriffe

„Als ‚soziale Ungleichheiten‘ bezeichnet man Lebensbedingungen (Arbeitsbedingungen, Einkommen, Vermögen, Bildungsgrad etc.), die es Menschen erlauben, in ihrem alltäglichen Handeln allgemein geteilte Ziele eines ‚guten Lebens‘ (wie z.B. Gesundheit, Sicherheit, Wohlstand, Ansehen) besser als andere Menschen zu erreichen.“ (Hradil 2006: 195) Soziale Ungleichheiten beziehen sich auf „Güter“, die als wertvoll gelten und ungleich verteilt sind, und zwar aufgrund gesellschaftlicher Positionen und sozialer Beziehungen.

Das Modernisierungs-Modell als Vergleichsmaßstab

Ungleichheiten *zwischen* Gesellschaften werden abnehmen, u.a. wegen Diffusionsprozessen. Ungleichheiten *innerhalb* von Gesellschaften werden ebenfalls abnehmen, und zwar wegen des Anwachsens der Mittelschichten, wegen der Wohlstandsvermehrung und dem Ausbau der sozialen Sicherung.

Die Chancenungleichheiten zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden wegen der verstärkten Durchsetzung der Durchlässigkeit der Bildungssysteme abnehmen.

Simon Smith Kuznets (amerikanischer Volkswirtschaftler) stellte die Hypothese auf, dass die Einkommensungleichheiten im Modernisierungsprozess einen umgekehrt U-förmigen Verlauf nimmt: In Agrargesellschaften seien die Einkommen relativ niedrig und relativ gleichmäßig verteilt. Mit der Industrialisierung wächst die Einkommensungleichheit, weil die Beschäftigten im Agrarsektor niedrige Löhne erhalten und die Beschäftigten im Industriesektor hohe Löhne. Mit dem Ausbau der Industrie verlagert sich die Beschäftigung in diesen Bereich, sodass die Beschäftigten im Einkommen im Durchschnitt ein höheres

¹⁴ Eta² liegt bei 0,37 (Belastungsniveau) und 0,38 (Entlastungsstrategien); beide Koeffizienten sind signifikant.

Niveau erreichen. Da der Industriesektor relativ homogen im Lohnniveau ist, wird die Gesamtheit der Beschäftigten mit dem wachsenden Anteil des Industriesektors auch homogener im Einkommen. – Harrison/Bluestone (1988) arbeiteten heraus, dass die Einkommensungleichheit in den USA und in anderen entwickelten Ländern seit den 1970er Jahren allerdings wieder anstieg („The Great U-Turn“).

Die Einkommensverteilung

Begriffe

Das verfügbare Haushaltseinkommen ist wie folgt definiert: Netto-Haushaltseinkommen = Erwerbseinkommen plus Besitzeinkommen plus staatliches Transfereinkommen minus (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge). Um die unterschiedlich großen Haushalte vergleichbar zu machen, wird das Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommen ermittelt, wobei das Haushaltseinkommen durch die Zahl der Haushaltsmitglieder dividiert wird. Um die Ersparnisvorteile größerer Haushalte zu berücksichtigen, wird das sog. „Äquivalenzeinkommen“ bzw. „bedarfsgewichtete Pro-Kopf-Haushaltseinkommen“ berechnet. Dabei beträgt das „Personengewicht“ für das erste erwachsene Haushaltsmitglied 1 und für jedes weitere Haushaltsmitglied ab 15 Jahren 0,7 (OECD-neu: 0,5) und für Haushaltsmitglieder bis einschließlich 14 Jahren 0,5 (OECD-neu: 0,3). Die Bezugsgröße (Nenner) des Quotienten bilden dann die „Personengewichte“ (statt der Anzahl der Haushaltsmitglieder).

7.4 Zur Messung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen

Quantilsverteilungen

Zur Veranschaulichung der Verteilungen z.B. von Einkommen kann man aufbereiten, ein wie hoher Einkommensanteil auf die untersten 10 % der Einkommensbezieher entfällt (1. Dezil der Personen mit niedrigstem Einkommen), ein wie hoher Anteil auf die zweiten 10 % entfällt usw. bis schließlich zu den obersten 10 % der Einkommensbezieher. (Anteile wie z.B. Dezile nennt man allgemein Quantile.) Analog kann man auch die Quintile (erstes Fünftel, zweites Fünftel etc. der Einkommensbezieher) betrachten. Um die Ungleichheit zu veranschaulichen, kann man dann den Anteil des obersten Quintils durch den Anteil des untersten Quintils dividieren, wobei ein Ergebnis von z.B. 4 besagt, dass das privilegierteste Quintil einen 4 mal so hohen Anteil am Einkommen erhält wie das unterprivilegierteste Quintil.

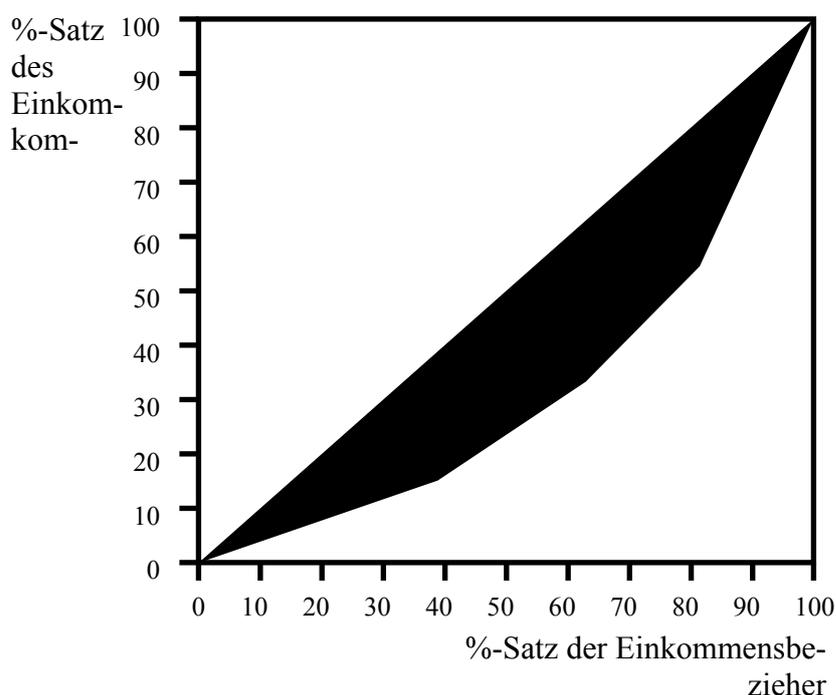
Konzentrationsmaß von Gini

Lorenzkurve

Man ordnet (z.B.) Einkommensbezieher wie folgt an: Die untersten 10 % (20 %, 30 %, ...) der Einkommensbezieher erhalten nur 4 % (9 %, 15 %, ...) des Einkommens.

Die markierte Fläche $F_{\text{Konzentration}}$ ist ein Indikator dafür, wie stark die empirische Verteilung von der Gleichverteilung abweicht.

Abbildung 7-5: Lorenzkurve



Konzentrationsmaß von Gini

Das Konzentrationsmaß von Gini erhält man, wenn man die markierte Konzentrationsfläche auf die maximal mögliche (Dreiecks-)Fläche bezieht.

$$K_G = \frac{F_{\text{Konzentration}}}{F_{\Delta}} \quad (\text{Also ergibt sich der Wertebereich: } 0 \leq K_G \leq 1)$$

Minimale Konzentration:

Für die Gleichverteilung nimmt das Konzentrationsmaß von Gini den geringsten möglichen Wert an: $K_G = 0$

Maximale Konzentration:

Falls einer über alles verfügt und die übrigen über nichts, so ergibt sich im Grenzfall größter Konzentration: $K_G = 1$

Gini-Koeffizient für die Einkommens- und Vermögensverteilung in Ost- und Westdeutschland

Tabelle 7-7: Verteilung der Netto-Äquivalenzeinkommen der Haushalte

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1993	1998	2003	1993	1998	2003
Gini-Koeffizient	0,25	0,26	0,26	0,20	0,21	0,23

Quellen: Wolfgang Glatzer 2002; Richard Hauser 2002; Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. BMfAS 2005.

Die Konzentration der Haushaltseinkommen ist in Ostdeutschland etwas geringer, nähert sich aber der westdeutschen an.

Tabelle 7-8: Verteilung des Nettovermögens der Haushalte

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1993	1998	2003	1993	1998	2003
Gini-Koeffizient	0,625	0,641	0,657	0,718	0,682	0,671

Quellen: Richard Hauser 2002; Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. BMfAS 2005.

Das Vermögen (vgl. ausführlicher Kap. 7.5) ist deutlich stärker konzentriert als das Einkommen. Die Konzentration des Vermögens ist – anders als beim Einkommen – in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland, beide Werte bewegen sich aber aufeinander zu.

Entwicklung der Einkommensungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die Einkommensungleichheit in der Bundesrepublik mit dem Anstieg der Beschäftigung ab. Seit den Konjunkturkrisen ab 1973/74 nahmen die Arbeitslosigkeit und damit auch die Einkommensungleichheit in Westdeutschland wieder zu. In Ostdeutschland war die Einkommenskonzentration Anfang der 1990er etwas geringer als in Westdeutschland, nähert sich aber inzwischen der westdeutschen Größenordnung.

Einkommensungleichheit *zwischen* den verschiedenen Ländern

Die EU-Länder nähern sich tendenziell an und gehören zur Gruppe der wohlhabenden OECD-Länder. Im Weltmaßstab bilden die OECD-Länder den wohlhabenden Pol mit einem BSP/Kopf von über 14000 Dollar. Der große Teil der Weltbevölkerung (der größte Teil Afrikas, Indien und Indonesien) lebt in Ländern mit einem BSP/Kopf von unter 1500 Dollar. Zwischen diese Pole fällt nur eine kleine „Mittelschicht“ (z.B. Russland, Mexiko).

Wandel der Einkommensungleichheiten *innerhalb* und *zwischen* Nationen

In der wissenschaftlichen Diskussion wurde die Frage gestellt, welche der genannten Einkommensungleichheiten zunehmen oder abnehmen. Die folgenden empirischen Analysen dazu beruhen insbesondere auf der Studie von Angus Maddison (1995): „Monitoring the World-Economy 1820-1992.“

Glenn Firebaugh (2003) vertritt die These, dass die Annahme wachsender Unterschiede zwischen den Ländern, die sogar von der Weltbank und den Vereinten Nationen vertreten wurden, auf der fehlenden Gewichtung der Nationen nach ihrer Bevölkerungsgröße beruht: „Wenn eine Gewichtung der Nationen nach Bevölkerungsgröße vorgenommen wird, sodass den Individuen das gleiche Gewicht zukommt, kommt man zu dem Schluss, dass die Einkommensungleichheit zwischen den Nationen *nicht* steigt (...) Bei ungewichteter Ungleichheit werden Einkommensrends in Luxemburg genauso stark bewertet wie die in China, obwohl Chinas Bevölkerung 3000-mal höher ist.“ (Firebaugh 2003)

Firebaugh kommt zu dem Ergebnis, dass die Einkommensungleichheit zwischen den Regionen gemäß dem Gini-Koeffizienten von 1960 bis 1990 um 12 % abgenommen hat, wobei er folgende Regionen unterscheidet (vgl. Tabelle 7-9).

Tabelle 7-9: 1960-1990 Wandel des Pro-Kopf-Einkommens (in US-Dollar) in den großen Weltregionen

Region	Pro-Kopf-Einkommen		% Wandel	% der Weltbevölkerung 1990
	1960	1990		
<i>Gruppe „Hohes Einkommen“</i>				
Westeuropa (23 Nationen)	7676	17272	+ 125%	5,7%
„Westliche Sprösslinge“ (4 Nationen)	10813	21261	+ 97%	5,6%
<i>Gruppe „Mittleres Einkommen“</i>				
Südeuropa (7 Nationen)	2820	8092	+ 187%	2,3%
Osteuropa (9 Nationen)	3705	6397	+ 73%	8,2%
Lateinamerika (44 Nationen)	3077	4735	+ 54%	8,5%
<i>Gruppe „Niedriges Einkommen“</i>				
Asien (56 Nationen)	1088	3031	+ 179%	58,0%
- China	878	2700	+ 208%	21,6%
- Indien	735	1316	+ 79%	16,1%
- Japan	3879	18548	+ 378%	2,3%
Afrika (56 Nationen)	1006	1336	+ 33%	11,8%
<i>Globale Summen (199 Nationen)</i>	2792	5204	+ 86%	100%
<i>Einkommensungleichheit zwischen den Regionen</i>				
Gini-Index	0,469	0,413	- 12%	

Die Erklärung für den Rückgang der globalen Einkommensungleichheit lautet nach Firebaugh/Goesling (2004): „To determine the causes of that historic decline, we focus on income inequality across nations and find that the major equalizing force is faster-than-world average income growth in China and South Asia, industrializing regions where 40 % of the world’s people live.“

7.5 Vermögensverteilung

Als Arten des Vermögens unterscheidet man insbesondere Produktivvermögen (gewerblich genutztes Vermögen), Immobilienvermögen und Geldvermögen. Die Gesamtverteilung des Vermögens wird dominiert vom Immobilienvermögen (ca. drei Viertel des Gesamtvermögens). Der Anteil der Haushalte mit Immobilienvermögen stieg in Ostdeutschland von 27,4 % in 1993 über 33,9 % in 1998 auf 39,2 % in 2003, während die Quote in Westdeutschland bei ca. 50 % verblieb (vgl. den zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung).

Tabelle 7-10: Verteilung des Nettovermögens der Haushalte

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1993	1998	2003	1993	1998	2003
Gini-Koeffizient	0,625	0,641	0,657	0,718	0,682	0,671

Quellen: Richard Hauser 2002; Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. BMfAS 2005.

Die Konzentration des Vermögens ist in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland, beide Werte bewegen sich aber aufeinander zu.

Tabelle 7-11: Mittelwerte und Anteile von Zehnteln der Haushalte der Bundesrepublik am gesamten Nettovermögen

Zehntel	Mittelwerte in 1.000 Euro			Anteil		
	1993	1998	2003	1993	1998	2003
1	-2,1	-3,9	-7,9	-0,2 %	-0,3%	-0,6 %
2	2,4	1,3	0,8	0,2 %	0,1%	0,1 %
3	6,3	5,9	6,1	0,6 %	0,5%	0,5 %
4	12,5	13,4	16,2	1,2 %	1,2%	1,2 %
5	23,9	27,3	34,9	2,3 %	2,4%	2,6 %
6	50,7	58,5	70,5	4,8 %	5,1%	5,3 %
7	105,7	112,1	123,6	10,0 %	9,9%	9,3 %
8	160,3	171,2	190,0	15,1 %	15,1%	14,2 %
9	227,3	247,0	275,8	21,4 %	21,7%	20,7 %
10	474,7	504,3	624,1	44,7 %	44,4%	46,8 %

Quelle: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. BMfAS 2005.

Die unteren 50 % verfügen in der Summe nur über ca. 4 % des Vermögens, während das oberste Dezil über ca. 47 % verfügt.

7.6 Armut

Bei den Konzepten absoluter Armut wird als arm definiert, wer über weniger als das „typische Existenzminimum“ verfügt. Da der Mensch ein soziales Wesen ist, lässt sich Armut aber nicht angemessen rein physisch definieren. Über die

gesellschaftlichen Mindeststandards gibt es keinen allgemeinen Konsens, sie werden in den verschiedenen Gesellschaften ständig neu ausgehandelt.

Gebräuchlich sind deshalb vor allem die **Konzepte relativer Armut**, wobei man insbesondere die folgenden unterscheidet:

- Beim *Ressourcenansatz* wird der Mangel an Ressourcen wie z.B. Einkommen ins Zentrum der Analyse gestellt. Mit dem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Haushaltseinkommen wird als relativ arm definiert, wer über weniger als 50 % des durchschnittlichen Netto-Äquivalenzeinkommens¹⁵ eines Landes verfügt. Als (relativ) strenge Armut gilt, wenn man über weniger als 40 % des Durchschnitts verfügt. Ein (relatives) Niedrigeinkommen weist man auf, wenn man über weniger als 60 % des Durchschnitts verfügt.
- Beim *Lebenslagenansatz* wird die mangelnde Partizipation an wohlfahrtsrelevanten Bereichen wie Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Gesundheitsversorgung, Bildung, Arbeit, Einkommen, Ansehen, Integration, Freizeit etc. untersucht.

Die Messung der *relativen Armut* ist eine Messung der *Verteilungsungleichheit*, denn auch in Ländern mit im Durchschnitt hohem Wohlstand kann es relative Armut geben und in Ländern mit im Durchschnitt sehr niedrigem Wohlstand gäbe es keine „relative Armut“, wenn das Wenige gleichmäßig verteilt würde, aber viel absolute Armut.

Sozial-politisch festgelegte Armutsgrenzen

In ihrem historischen Abriss stellt *Lena Jacobi* („Die Dunkelziffer der Armut – Eine Analyse der Nicht-Inanspruchnahme von Sozialhilfe in Deutschland“, Diplomarbeit Potsdam 2003) u.a. dar, dass es in Deutschland ein Rechtsanspruch auf fürsorgliche Leistungen erst ab 1954 gibt, die Sozialhilfe ist im Unterschied zu den beitragsfinanzierten Sozialversicherungen der Bismarck'schen Tradition steuerfinanziert. „Mit der Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) soll das Einkommen aller anspruchsberechtigten Haushalte auf das Niveau eines gesetzlich festgelegten Existenzminimums angehoben werden.“ (Jacobi 2003, S. 2). Dadurch wird also die Bedarfsschwelle definiert. Sozialhilfeleistungen erfolgen erst nach der Bedürftigkeitsprüfung des Einzelfalls. Bei fehlender Arbeitsbereitschaft verfällt der gesetzliche Anspruch auf Hilfe. (Mit den „Hartz IV-Gesetzen“ ist die Sozialhilfe inzwischen zu einer Hilfe zur Arbeit umgebaut worden, dabei ist der Zugang zum Hilfesystem erleichtert worden, was sich in der stärkeren Inanspruchnahme zeigt.)

Wenn der Armutsgrad als Anteil des Sozialhilfeanspruchs an der Bedarfsschwelle (Existenzminimum) definiert wird, so resultiert, dass die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Sozialhilfe mit zunehmendem Armutsgrad signifikant steigt, ein sozialpolitisch erwünschtes Ergebnis. Wohneigentümer

¹⁵ Als Mittelwert wird der Medianwert verwendet, oberhalb und unterhalb dessen jeweils die Hälfte der Befragten mit ihrem Einkommen rangieren.

neigen schwächer, Inanspruchnehmer des Vorjahres stärker zur Inanspruchnahme. Auch die Faktoren, die die Erwartungen über die zukünftige finanzielle Situation des Haushalts strukturieren, bewähren sich weitgehend: Die Anzahl der Kinder bis zu sechs Jahren reduziert die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme. Sowohl Alleinerziehende als auch für pflegebedürftige Personen im Haushalt Zuständige nehmen eher Sozialhilfe in Anspruch und übernehmen damit gesellschaftlich anzuerkennende Betreuungsarbeit.

Arbeitslose, die nicht auf Stellensuche sind, – im Unterschied zu solchen auf Stellensuche – weisen die höchste Wahrscheinlichkeit zur Inanspruchnahme auf, dies könnte die Teilgruppe sein, auf die die aktivierende Arbeitsmarktpolitik mit dem Ziel der Befähigung abstellt – was allerdings das Vorhandensein von Arbeitsplätzen voraussetzt. Von den Faktoren der sozialen Kontrolle und Sozialisation weist nur die Sozialisation in der Großstadt einen signifikanten Effekt auf, die von Lena Jacobi als Indikator für den Kontakt mit alternativen Wertvorstellungen gedeutet wird.

Armut in Deutschland

Seit den 1970er Jahren steigt mit den Konjunkturkrisen der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung wieder an. Die gleiche Tendenz zeigt sich für die relative Armut: Die Armutsrate ist in der Bundesrepublik auf ca. 13 % gestiegen (2006). Häufige Ursachen der Armut sind Arbeitslosigkeit sowie Trennung bzw. Scheidung.

Risikogruppen

Während noch in den 1970er Jahren überproportional Ältere, insbesondere Rentnerinnen betroffen waren, sind inzwischen Alleinerziehende stark betroffen (35,4 % der Alleinerziehenden sind 2003 arm nach der 60 %-Grenze, d.h. haben ein Niedrigeinkommen) sowie Kinder und der ausländische Bevölkerungsanteil. Arbeitslose haben zu 40,9 % ein Niedrigeinkommen (60 % des Durchschnitts), vgl. hierzu die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung.

Globaler Vergleich

Bei globalen Armutsvergleichen wird eher die physische Armut untersucht, die von der Weltbank dadurch definiert wird, dass man in einem Land im Durchschnitt täglich von weniger als dem Kaufwert eines Dollars leben muss: Gemäß der Weltbank ist die extreme Armut in den Entwicklungsländern seit 1990 von 28 % auf 21 % zurückgegangen.

Fazit zum Modernisierungs-Modell

Die globale Einkommensungleichheit – d.h. die Ungleichheit *zwischen* den Ländern – nimmt nach Firebaugh et al. (2003, 2004) ab. Die Armutsquote der Weltbevölkerung nimmt ab, wenn auch nur langsam.

Entsprechend der These von Kuznets nahm die Einkommensungleichheit im historischen Modernisierungsprozess zunächst, wie prognostiziert, einen umgekehrt U-förmigen Verlauf. Seit den Konjunkturkrisen der 1970er Jahren steigt die Einkommensungleichheit aktuell aber *innerhalb* vieler Länder wieder an.

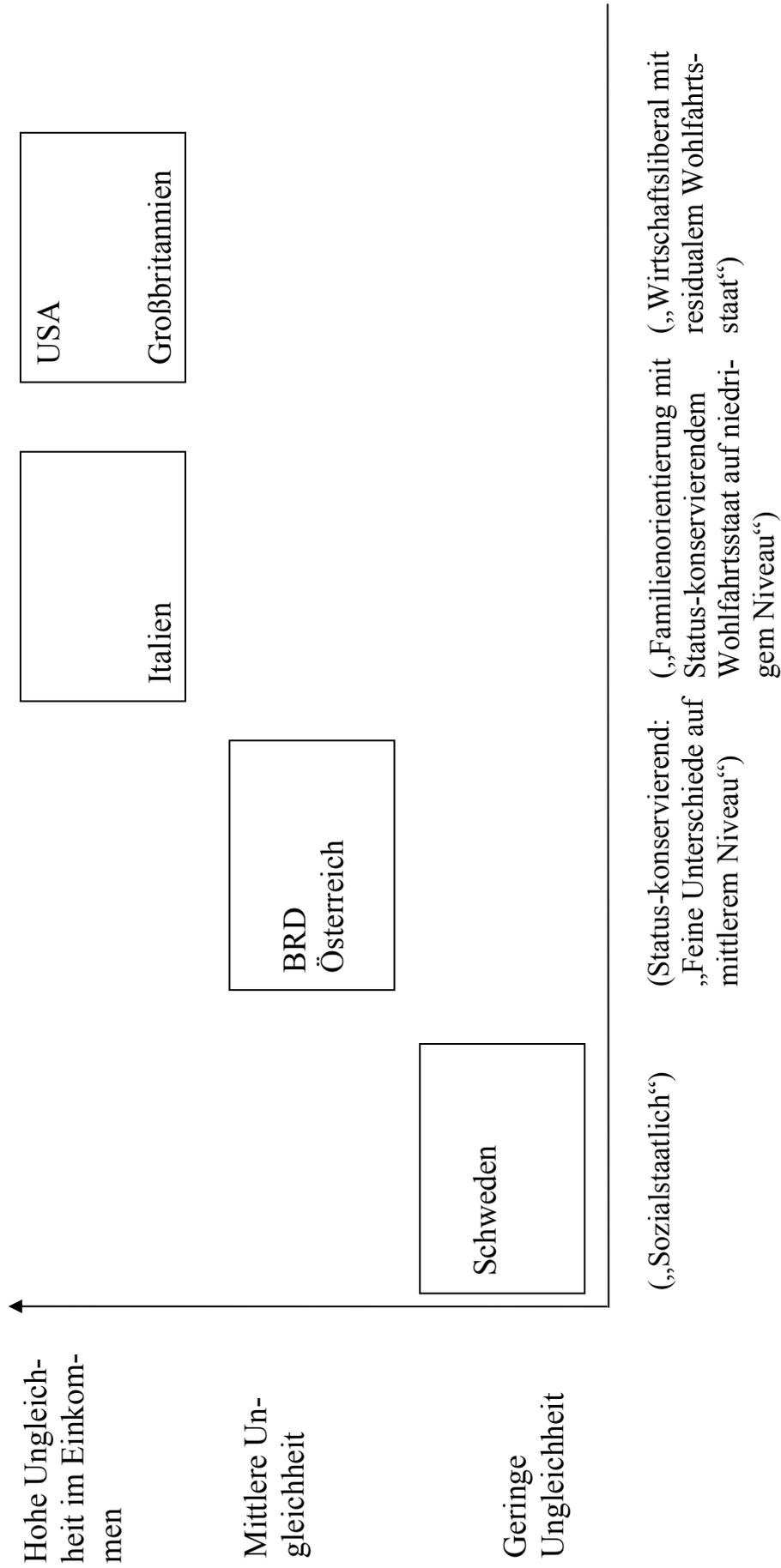
7.7 Verschiedene Pfade der Modernisierung im Hinblick auf Einkommensunterschiede und Armut

- *Sozialdemokratisches Wohlfahrtsregime*: In den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten werden die Einkommensungleichheiten und die Armutsquoten niedrig gehalten, indem durch aktivierende Bildungs- und Arbeitsmarktpolitiken gegen Armut präventiv vorgesorgt wird und durch steuerliche Umverteilung die Brutto-Einkommensungleichheit reduziert wird.
- *Wirtschaftsliberales Wohlfahrtsregime*: In den wirtschaftsliberalen Staaten wird stärker auf den Marktmechanismus gesetzt und erst nach strenger Bedürftigkeitsprüfung Wohlfahrtsunterstützung geleistet. Deshalb finden sich bei diesem Entwicklungspfad eher höhere Einkommensungleichheiten und höhere Armutsquoten.
- *Status-konservierendes Wohlfahrtsregime*: In den Status-konservierenden bzw. konservativen Wohlfahrtsstaaten werden feine Unterschiede in der sozialen Absicherung gemacht, aber auf einem mittleren Absicherungsniveau. Sowohl die Einkommensungleichheiten als auch die Armutsquoten liegen daher eher im mittleren Bereich.
- *Familistisches Wohlfahrtsregime*: Die etwas weniger wohlhabenden Länder des Südens sind einerseits eher Status-konservierend, setzen andererseits aber weniger Wohlstand ein für die soziale Absicherung, sondern ergänzen die familiäre Zuständigkeit nur um einen residualen Wohlfahrtsstaat. Die Ungleichheit und die Armutsquoten tendieren eher in Richtung des hohen Niveaus der wirtschaftsliberalen Länder.
- *Ex-sozialistisches Wohlfahrtsregime*: Die ex-sozialistischen Länder durchlaufen den aktuellen Modernisierungsprozess im Zeitraffer. Startend von einer egalitären Tradition haben sich die sozialen Ungleichheiten in den Transformationsprozessen vergrößert.

Gemäß unseren Beobachtungen bildet sich in der Gruppe der ex-sozialistischen Länder kein einheitliches Wohlfahrtsregime aus, sondern die ex-sozialistischen Staaten mit ihrer gemeinsamen (zwangs-) egalitären Vergangenheit differenzieren sich in ihren Ungleichheitspfaden inzwischen aus. Von den ex-sozialistischen Staaten weist Slowenien ein Ungleichheitsniveau auf ähnlich zu Skandinavien, Polen ein Ungleichheitsniveau ähnlich wie Deutschland, Russland hat inzwischen ein Ungleichheitsniveau wie die USA.

Die EU-Osterweiterung dürfte dazu beitragen, den Aufholprozess im Wohlstandsniveau bei den Beitrittsländern und den Nachbarländern zu unterstützen.

Abbildung 7-6: Ungleichheit der Einkommensverteilung: Vier Haupt-Pfade



7.8 Gleichheit der Teilhabe: Einkommensungleichheit sowie Bildungs- und Einkommensarmut im Vergleich der Länder und Wohlfahrtsregime

Materielle Grundversorgung als Voraussetzung für Freiheitsrechte

Die formalen Freiheitsrechte, die demokratische Gesellschaften charakterisieren, können in der Realität nicht von allen Bürgern im gleichen Maß genutzt werden; die Ausübung bürgerlicher und politischer Freiheiten ist an Voraussetzungen und Fähigkeiten geknüpft. Dies gilt umso mehr, wenn ein positives Freiheitskonzept vertreten wird, d.h. wenn der Freiheitsbegriff nicht nur die Abwesenheit von Zwang bezeichnet, sondern auch die Möglichkeit einschließt, das tun zu können, wozu man sich freiwillig entschieden hat. Zu den Voraussetzungen bürgerlicher Freiheit zählen neben persönlichen Fähigkeiten auch finanzielle Mittel. Wer täglich mit dem Überlebenskampf beschäftigt ist, hat keine Zeit mehr, sich als aktiver Staatsbürger an Politik und Gemeinwesen zu beteiligen. Für den Mittellosen haben politische und bürgerliche Freiheiten keinen „echten“ Wert; sie bleiben rein symbolisch. Erst die sozialen Rechte, die eine materielle Grundversorgung gewährleisten, ermöglichen eine Bürgergesellschaft, die allen die Möglichkeit zur Partizipation bietet.

Um die tatsächlichen Handlungsfreiheiten für alle Bürger dauerhaft zu sichern, muss, John Rawls (2003) folgend, eine Gesellschaft über Institutionen verfügen, die dauerhaft gerechte Hintergrundbedingungen für das Handeln der Akteure gewährleisten. Dafür ist es nötig, im Zeitverlauf die Verteilung wertvoller Ressourcen immer wieder neu zu justieren. Würde die empirische Verteilungsstruktur nicht angemessen reguliert und angepasst werden, kippte der anfangs gerechte gesellschaftliche Prozess immer mehr ins Ungerechte, gleichgültig wie frei und fair einzelne Interaktionen für sich betrachtet auch erscheinen mögen. In einem unregulierten freien Wirtschaftssystem würden oligopolistische Akkumulationen begünstigt, die zur Stabilisierung ungerechtfertigter Ungleichheiten und zur Beschränkungen fairer Chancen führten.

Schließlich verteidigt auch Nancy Fraser (2003) eine Gerechtigkeitskonzeption, die Wert auf Gleichberechtigung und gleiche Chancen legt. Eine wünschenswerte Verteilung materieller Güter und Reichtümer soll jedem Akteur die materiellen Voraussetzungen zur Verfügung stellen, damit dieser als Ebenbürtiger an der gesellschaftlichen Interaktion partizipieren kann. Eine exakte Gleichverteilung materieller Güter ist dafür nicht nötig, jedoch darf die Ungleichheit nicht so groß werden, dass sie für manche Bürger die Chance auf eine gleiche Teilhabe an gesellschaftlichen Interaktionen verhindert.

Modernisierungspfade und die Verwirklichung materieller Gleichheit

Gemäß dem modernisierungstheoretischen Ansatz müssten die Gesellschaften im Zeitverlauf bezüglich ihrer Einkommensverteilung immer stärker in Richtung Gleichheit tendieren. Gesellschaften, die sich auf einer ähnlichen Entwicklungs-

stufe befinden, sollten auch ein ähnliches Maß an materieller Ungleichheit und Einkommensarmut aufweisen und sich auch im Zeitverlauf immer stärker aneinander angleichen. Diese sehr generelle Erwartung an die Entwicklung von Gesellschaften kann nun durch die Unterscheidung verschiedener Modernisierungspfade spezifiziert werden.

Der Ansatz der Wohlfahrtsregime lässt erwarten, dass sich Gesellschaften darin unterscheiden, wie viel materielle Gleichheit sie zu realisieren im Stande sind. Wirtschaftsliberale Gesellschaften dürften die meiste Ungleichheit aufweisen, da hier die Akkumulation von Einkommen und Vermögen dem freiem und ungezügeln Spiel der Marktkräfte ausgesetzt ist. Eine staatliche Umverteilung von Einkommen von „oben“ nach „unten“ ist hier nicht erwünscht, denn jeder Bürger soll das uneingeschränkte Recht an den Früchten der eigenen Arbeit besitzen. Dagegen besitzt für Staaten, die dem sozialdemokratischen Regime entsprechen, die Realisierung von materieller Gleichheit eine höhere Wertigkeit. Sie wollen die Ungleichheiten der marktwirtschaftlichen Ordnung z.B. durch progressive Steuersätze oder hohe soziale Sicherungsleistungen ausgleichen und so jedem Bürger ein gewisses Maß an Unabhängigkeit vom Markteinkommen garantieren. Das konservative Regime dürfte sich zwischen dem sozialdemokratischen und dem wirtschaftsliberalen Modell positionieren. In diesem Regimetyp werden die Ungleichheiten des freien Marktes durch staatliche Interventionen zwar reguliert, die Sozialversicherungen selbst sind jedoch nicht universalistisch konstruiert, sondern differenzieren nach Berufsständen und Verdienstkategorien. Für das familistische Regime ist eher ein ungünstiges Abschneiden zu erwarten, da hier die sozialen Sicherungsleistungen des Staates nur ein residuales Niveau aufweisen und Armut entsprechend öfter vorkommen dürfte. Die osteuropäischen Länder sind am schwierigsten einzuordnen: Es ist zu erwarten, dass in diesen Staaten die materielle Ungleichheit seit dem Ende des Staatssozialismus zugenommen hat und so ist eher ein durchschnittliches Abschneiden der ex-sozialistischen Ländergruppe zu vermuten.

Auswahl der Indikatoren

Armut bedeutet, dass entweder die materiellen Voraussetzungen oder die personalen Fähigkeiten fehlen, um bestimmte Grundfreiheiten einer Gesellschaft wirklich zu nutzen. Das Recht, nicht in Armut leben zu müssen, wird deshalb in wohlhabenden Gesellschaften zum Grundrecht. An der Armutsrate lässt sich folglich der Bevölkerungsanteil ablesen, der nicht über die materiellen Voraussetzungen verfügt, um die Freiheitsrechte einer Gesellschaft effektiv in Anspruch nehmen zu können. Als arm werden im Allgemeinen alle Personen definiert, die in Haushalten leben, die über weniger als 50 Prozent des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens verfügen. Mit diesem Indikator wird also nicht die absolute Armut, sondern die relative Schlechterstellung im Vergleich zur Einkommensmitte abgebildet. Ein weiterer populärer Indikator zur Messung der Einkommenskonzentration ist der Gini-Koeffizient. Dieser Koeffizient gibt an,

wie ungleich das Einkommen in einer Bevölkerung verteilt ist. Je niedriger der Gini-Koeffizient ausfällt, umso egalitärer ist das Einkommen verteilt; je höher der Koeffizient ausfällt, umso mehr konzentriert sich das Einkommen bei einigen Wenigen.¹⁶ Der Koeffizient eignet sich insbesondere für internationale Vergleiche.

Die Nutzung individueller Freiheitsrechte ist allerdings ebenso an Fähigkeiten, also in erster Linie an Bildung, gekoppelt. Um die Bildungsarmut abzubilden, werden wiederum zwei Kennwerte betrachtet. Der im Folgenden als „frühe Schulabgänger“ bezeichnete Indikator beziffert den Anteil unter den 18 bis 24 jährigen Personen, die über keinen oder lediglich über einen niedrigen Bildungsabschluss¹⁷ verfügen und die zudem angeben, aktuell weder an einer Ausbildung noch am Schulunterricht teilzunehmen. Junge Erwachsene, die auf diese Weise erfasst sind, besitzen nur einen geringen formalen Bildungsstand und beginnen somit ihre Berufskarriere mit ungünstigen Voraussetzungen. Der zweite Kennwert bezieht sich nun nicht auf Bildungsabschlüsse, sondern auf Kompetenzen, die im Schulsystem erworben werden. Im Rahmen der PISA-Studien wurden internationale Vergleichsdaten zur Performanz der Bildungssysteme in sehr guter Qualität gewonnen. Zielpopulation für die PISA-Studien sind die 15-jährigen Schülerinnen und Schüler eines Landes. Die hier verwendete Skala aus der PISA-Studie 2006 bildet die Lesekompetenz ab, verstanden als „Fähigkeit, geschriebene Texte zu verstehen, zu nutzen und über sie zu reflektieren, um eigene Ziele zu erreichen, das eigene Wissen und Potential weiterzuentwickeln und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“ (Prenzel et al. 2004: 20). Der Indikator beschreibt den Anteil der 15-jährigen Schüler eines Landes, die selbst die einfachsten PISA-Aufgaben nur unter Schwierigkeiten lösen können. Da diese geringe Lesekompetenz den Anforderungen einer „Wissensgesellschaft“ nicht gerecht wird, wurden diese Jugendlichen von den PISA-Autoren auch als „Risikoleser“ definiert.¹⁸

Ländervergleich

Der Ländervergleich verdeutlicht, dass es sowohl bei den Kennwerten der Einkommensarmut als auch bei denen zur Bildungsarmut ein hohes Ausmaß an Streuung zwischen einzelnen Staaten gibt (vgl. Tabelle 7-12).

¹⁶ Ein Gini-Index mit dem Wert 0 drückt aus, dass jeder Bürger bzw. jeder Haushalt über das exakt gleiche Einkommen verfügen kann (maximale Gleichheit); ein Gini-Index mit dem Wert 100 drückt aus, dass das gesamte Einkommen nur einer einzigen Person bzw. einem einzigen Haushalt gehört und alle anderen kein Einkommen erzielen können (maximale Ungleichheit).

¹⁷ Als niedrige Bildungsabschlüsse werden alle bis zum ISCED 3c Niveau gewertet. In Deutschland zählt die Mittlere Reife noch dazu.

¹⁸ Die Leseleistung kann fünf Kompetenzstufen zugeordnet werden, wobei die Kompetenzstufe 5 für eine hohe Expertise im Umgang mit Texten steht und die Kompetenzstufe 1 nur elementare Lesefähigkeiten beschreibt. Als Risikogruppe eines Landes wurden alle diejenigen Schülerinnen und Schüler definiert, die höchstens die Kompetenzstufe 1 erreichen.

Tabelle 7-12: Gleichheit der Teilhabe im Ländervergleich

Frühe Schulabgänger	"Risikoleser"(PISA)	Armutsquote	Gini-Index	Gesamtindex
1. Slowenien	1 Finnland	1 Tschech. Rep.	1. Dänemark	1. Finnland
2. Polen	2 Kanada	2 Finnland	2. Japan	2. Schweden
3. Tschech. Rep.	3 Irland	3 Dänemark	3. Schweden	3. Dänemark
4. Slowakei	4 Australien	4 Luxemburg	4. Tschech. Rep.	4. Tschech. Rep.
5. Schweiz	5 Estland	5 Norwegen	5. Norwegen	5. Slowenien
6. Finnland	6 Neuseeland	6 Schweden	6. Slowakei	6. Luxemburg
7. Schweden	7 Niederlande	7 Ungarn	7. Malta	7. Slowakei
8. Litauen	8 Schweden	8 Slowakei	8. Luxemburg	8. Niederlande
9. Österreich	9 Dänemark	9 Niederlande	9. Finnland	9. Österreich
10. Irland	1 Polen	1 Frankreich	10. Ungarn	10. Schweiz
11. Niederlande	1 Schweiz	1 Österreich	11. Deutschland	11. Deutschland
12. Belgien	1 Slowenien	1 Österreich	12. Slowenien	12. Japan
13. Dänemark	1 Japan	1 Belgien	13. Österreich	13. Norwegen
14. Zypern	1 Großbritannien	1 Rumänien	14. Bulgarien	14. Polen
15. Deutschland	1 USA	1 Slowenien	15. Zypern	15. Zypern
16. Frankreich	1 Belgien	1 Deutschland	16. Niederlande	16. Belgien
17. Estland	1 Deutschland	1 Polen	17. Rumänien	17. Frankreich
18. Griechenland	1 Ungarn	1 Neuseeland	18. Kanada	18. Kanada
19. Luxemburg	1 Lettland	1 Kanada	19. Frankreich	19. Ungarn
20. Lettland	2 Österreich	2 Japan	20. Belgien	20. Estland
21. Bulgarien	2 Frankreich	2 Australien	21. Schweiz	21. Neuseeland
22. Großbritannien	2 Norwegen	2 Estland	22. Griechenland	22. Australien
23. Rumänien	2 Luxemburg	2 Großbritannien	23. Irland	23. Litauen
24. Italien	2 Tschech. Rep.	2 Italien	24. Polen	24. Irland
25. Norwegen	2 Portugal	2 Bulgarien	25. Spanien	25. Großbritannien
26. Spanien	2 Litauen	2 Spanien	26. Australien	26. Lettland
27. Portugal	2 Spanien	2 Griechenland	27. Estland	27. Malta
28. Malta	2 Italien	2 Irland	28. Litauen	28. Griechenland
29. Ungarn	2 Griechenland	2 USA	29. Großbritannien	29. Italien
30. Türkei	3 Slowakei	3 Russland	30. Italien	30. Rumänien
Australien	3 Türkei	3 Lettland	31. Neuseeland	31. Bulgarien
Japan	3 Russland	3 Litauen	32. Lettland	32. Spanien
Kanada	3 Bulgarien	3 Malta	33. Portugal	33. USA
Neuseeland	3 Rumänien	3 Portugal	34. Russland	34. Portugal
Russland	3 Malta	3 Türkei	35. USA	35. Russland
USA	3 Zypern	3 Zypern	36. Türkei	36. Türkei

Der Gesamtindex wurde als Durchschnittswert der standardisierten Einzelindikatoren berechnet. Quellen: Human Development Report 2007/2008 (Armutsquote [Daten von 2000-2004]), Gini-Index [Daten von 2007]), EU Eurostat (frühe Schulabgänger [Daten von 2007]), OECD PISA 2006 (Risikoleser), Armutsquote für Bulgarien: World Bank 2001, Armutsquote für Neuseeland: Ministry of Social Development 2008, Gini-Index für Luxemburg: Eurostat [Daten von 2005], Risikoleser für USA: OECD PISA 2003.

Während in Tschechien weniger als 5 % der Bevölkerung in relativer Einkommensarmut leben, liegt der Anteil in Russland mit 19 % nahezu bei dem vierfachen Wert. Mit einer Armutsquote von 8,4 % platziert sich Deutschland im Mittelfeld auf Rang 16. Den niedrigsten Gini-Index und folglich die egalitärste Einkommensverteilung weist Dänemark auf, gefolgt von Japan und Schweden. Die höchsten Einkommensunterschiede lassen sich in Russland, den Vereinigten Staaten und in der Türkei identifizieren. Bei der Einkommensgleichheit schneidet Deutschland mit einem Gini-Koeffizienten von 28,3 vergleichsweise gut ab und landet im Ländervergleich auf dem 11. Platz. Beide Indikatoren korrelieren sehr stark miteinander ($r = 0,78$); eine egalitäre Einkommensverteilung ist folglich mit geringer Armut assoziiert, während hohe Einkommensungleichheiten entsprechend mit höheren Armutsraten einhergehen.

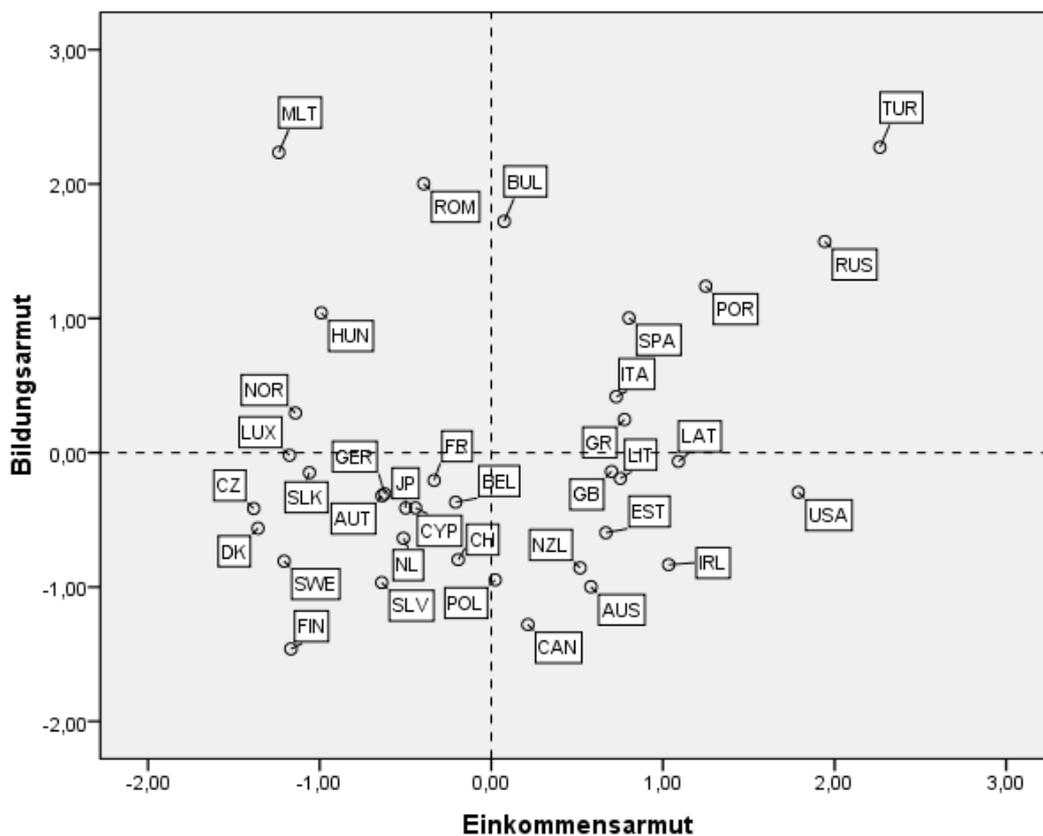
In Slowenien, Polen und Tschechien liegt der Anteil früher Schulabgänger jeweils unterhalb von 6 %. Diese drei Staaten rangieren damit an der Spitze der Ländertabelle; nur wenige junge Erwachsene beginnen hier ihr Berufsleben mit einem niedrigen oder gar ohne Schulabschluss. Verglichen mit diesen Ländern ist der Anteil in Portugal, Malta und Ungarn um das siebenfache, in der Türkei sogar fast um das Zehnfache größer. Deutschland nimmt bei diesem Kennwert eine mittlere Position ein; in der Bundesrepublik startet ca. jeder achte junge Erwachsene mit schlechten Bildungszeugnissen in das Berufsleben. Beim Kompetenzerwerb im Schulsystem zeigt sich ein ähnliches Bild: Während in Finnland unter 100 Schülern gerade einmal fünf auf die Gruppe der „Risikoleser“ entfallen, sind dies in Deutschland bereits 20. Damit positioniert sich die Bundesrepublik bei diesem Wert im Mittelfeld. In Russland und der Türkei gehören etwa ein Drittel der Schüler zur Risikogruppe, in Bulgarien und Rumänien ca. 50 %. Auch die Kennwerte der Bildungsarmut korrelieren auf Länderebene miteinander ($r = 0,32$).

Im Gesamtindex platzieren sich vor allem nord- und osteuropäische Staaten an der Spitze. In Finnland, Schweden, Dänemark, Tschechien und Slowenien ist aktuell die größte Gleichheit an Teilhabechancen realisiert. Die Indexwerte lassen eine weit überdurchschnittliche Performanz erkennen. Auf den letzten Rängen platzieren sich die USA, Portugal, Russland und die Türkei. In diesen vier Staaten sind demnach die Teilhabechancen durch die größten Ungleichheiten gekennzeichnet. Es ist davon auszugehen, dass hier substanzielle Bevölkerungsanteile die bürgerlichen und politischen Freiheiten nicht angemessen nutzen können, da ihnen die materiellen und personalen Voraussetzungen dafür fehlen. Deutschland positioniert sich im oberen Mittelfeld auf Rang 11.

Das Verhältnis zwischen Einkommens- und Bildungsarmut verdeutlicht Abbildung 7-7. In der zweidimensionalen Darstellung zeigt sich einerseits, dass beide Dimensionen der Teilhabe tendenziell in einem positiven Zusammenhang stehen. Andererseits werden in der kombinierten Betrachtung auch spezielle Län-

derprofile erkennbar: Finnland repräsentiert die aus normativer Perspektive wünschenswerteste Kombination (geringe Einkommens- und geringe Bildungsarmut). Ein Gegenpol dazu wird von Russland und der Türkei markiert (hohe Einkommens- und hohe Bildungsarmut). Deutschland ist demnach ein Land mit ungefähr durchschnittlich hoher Bildungsarmut und durchschnittlich hoher materieller Armut. In vielen wirtschaftsliberalen Ländern, z.B. in den USA, Irland, Australien und Kanada, ist die Bildungsarmut eher niedrig, die Einkommensarmut allerdings ist in den wirtschaftsliberalen Ländern deutlich höher als in Deutschland.

Abbildung 7-7: Einkommens- und Bildungsarmut im Ländervergleich



Die Teilindizes zur Bildungs- und Einkommensarmut wurden jeweils als Durchschnitt aus den standardisierten Einzelindikatoren berechnet. Quellen: Vgl. Tabelle 7-2. Eigene Berechnung und Darstellung.

Vergleich der Wohlfahrtsregime-Typen

Wie die Hypothesen vermuten ließen, sind die verschiedenen Modernisierungspfade tatsächlich mit unterschiedlichen Effekten bezüglich der materiellen Gleichheit verbunden. Der sozialdemokratische Modernisierungspfad, der mit hohen Steuerquoten eine Dekommodifizierung der Bürger vom Markteinkommen finanziert, weist erwartungsgemäß die geringste Armutsrate und die egalitärste Einkommensverteilung auf. Bei der Bildungsarmut erreicht dieses Wohlfahrtsregime ebenfalls günstige Mittelwerte: In den sozialdemokratischen Ländern gibt es im Durchschnitt die zweitwenigsten frühen Schulabgänger und die

wenigsten „Risikoleser“. Damit zeichnet sich in der Gesamtbetrachtung das sozialdemokratische Regime durch die höchste Gleichheit der Teilhabechancen aus (vgl. Tabelle 7-13).

Die konservativen Länder folgen dahinter; sie schneiden bei der Armutsquote ähnlich gut wie die sozialdemokratischen Staaten Nordeuropas ab, weisen aber deutlich mehr Einkommensungleichheit auf. Insbesondere jedoch produzieren die konservativen Staaten im Vergleich zum sozialdemokratischen Regime mehr „Risikoleser“, was insbesondere aus den mehrgliedrigen, hierarchischen Schulstrukturen und der frühen Selektion der Schülerinnen und Schüler resultiert, die für das konservative „Bildungsregime“ typisch sind (vgl. dazu auch Mutz 2006). Insgesamt platziert sich das konservative Wohlfahrtsregime im Hinblick auf die Gleichheit der Teilhabechancen auf dem zweiten Rang.

Auf dem dritten Rang liegen die ex-sozialistischen Transformationsstaaten, bei denen die enorme Streuung auffällt, die deutlich macht, dass hier von einer homogenen Ländergruppe bereits nicht mehr die Rede sein kann. Während einige osteuropäische Länder (insbesondere die Tschechische Republik und Slowenien) eine sehr ausgeprägte Gleichheit der Teilhabechancen aufweisen, positionieren sich Rumänien, Bulgarien und Russland auf den hinteren Rängen.

Das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime zeichnet sich durch relativ hohe Armutsquoten und eine geringe Einkommensgleichheit aus, weshalb hier vor allem die materiellen Teilhabechancen sehr ungleich ausfallen. Wenngleich die wirtschaftsliberalen Länder bei der Bildungsarmut überwiegend günstige oder zumindest mittlere Werte erreichen, so positionieren sie sich doch, abgesehen von Kanada auf Rang 18, im Gesamtranking alle unter dem Durchschnitt. Die Teilhabechancen sind demnach insgesamt eher ungleich, wobei die USA im Gesamtindex noch deutlich ungünstiger abschneidet als der Regimedurchschnitt.

Die Länder des familistischen Regimes liegen in den Länderrankings häufig beieinander. Sie sind überwiegend durch einen hohen Anteil an frühen Schulabgängern gekennzeichnet: Jeder vierte junge Erwachsene in diesen Ländern ist zumindest in formaler Hinsicht nicht gut qualifiziert. Auch die materielle Teilhabe fällt angesichts hoher Armutsraten sehr unterschiedlich aus. Die Teilhabechancen liegen im europäischen Süden folglich auf vergleichsweise ungünstigem Niveau; hier ist das höchste Maß an Ungleichheit zu finden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die verschiedenen Modernisierungspfade – wie nun empirisch belegt ist – mit unterschiedlichen Niveaus an Gleichheit (im Hinblick auf Teilhabemöglichkeiten) assoziiert sind. Diese Differenzen zwischen den Wohlfahrtsregimen erscheinen dabei substantiell: Es macht durchaus einen Unterschied, ob durchschnittlich jeder siebzehnte Bürger

Tabelle 7-13: Die Gleichheit der Teilhabe im Vergleich der Wohlfahrtsregime

Frühe Schulabgänger	"Risikoleser" (PISA)	Armutsquote	Gini-Index	Gesamindex
1. konservativ 11,9 2,3 0,19	1. sozial-demokratisch 14,6 7,3 0,50	1. sozial-demokratisch 6,0 0,6 0,09	1. sozial-demokratisch 25,6 0,99 0,04	1. sozial-demokratisch 1,21 0,43
2. sozial-demokratisch 12,6 6,2 0,49	2. wirtschaftsliberal 14,9 3,5 0,24	2. konservativ 7,5 0,8 0,10	2. konservativ 30,5 2,84 0,09	2. konservativ 0,60 0,17
3. ex-sozialistisch 13,4 9,9 0,75	3. konservativ 19,6 2,9 0,15	3. ex-sozialistisch 9,7 4,3 0,44	3. ex-sozialistisch 31,9 5,11 0,16	3. ex-sozialistisch -0,11 1,04
4. wirtschaftsliberal 14,3 2,3 0,16	4. familistisch 26,2 1,2 0,05	4. wirtschaftsliberal 13,4 2,6 0,19	4. familistisch 33,3 4,50 0,14	4. wirtschaftsliberal -0,32 0,60
5. familistisch 25,2 11,0 0,44	5. ex-sozialistisch 27,9 13,5 0,49	5. familistisch 13,7 0,9 0,07	5. wirtschaftsliberal 35,9 2,76 0,08	5. familistisch -0,63 0,70

Angegeben sind die Mittelwerte, die Standardabweichungen (kursiv 2. Zeile) und bei den Einzelindikatoren der Variationskoeffizient (kursiv 3. Zeile) für den jeweiligen Wohlfahrtsregime-Typ. Japan und die Türkei wurden keinem der fünf Wohlfahrtsregime-Typen zugeordnet. Quellen: Human Development Report 2007 / 2008 (Armutsquote [Daten von 2000-2004], Gini-Index [Daten von 2007]), EU Eurostat (frühe Schulabgänger [Daten von 2007]), OECD PISA 2006 (Risikoleser), Armutsquote für Bulgarien: World Bank 2001, Armutsquote für Neuseeland: Ministry of Social Development 2008, Gini- Index für Luxemburg: Eurostat [Daten von 2005].

in relativer Armut lebt (sozialdemokratisches Regime) oder jeder siebte Bürger (familistisches und wirtschaftsliberales Regime). Die Länderunterschiede innerhalb eines Regimetyps sind – abgesehen von den ex-sozialistischen Staaten – zudem gering. Die Typologie der Wohlfahrtsregime erscheint also für das besprochene Thema insgesamt passend¹⁹.

Deutschland, als Vertreter des konservativen Regimes, erreicht recht günstige Werte bei der materiellen Gleichheit, die leicht über dem Durchschnitt liegen. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass die negativen Effekte, die möglicherweise von den so genannten Hartz-Reformen auf Armutsquote und Einkommensgleichheit ausgehen können, in den hier vorgestellten Daten noch nicht vollständig enthalten sein dürften. Im Hinblick auf die personalen Teilhabechancen werden für die Bundesrepublik schon seit längerem die vergleichsweise niedrigen öffentlichen Bildungsausgaben sowie die soziale Selektivität des mehrgliedrigen Schulsystems kritisiert. Dadurch werden im deutschen Schulsystem (natürlich insbesondere auf den formal niedrigen Bildungsgängen) am Ende der Schulzeit zu viele bildungsarme Menschen entlassen, deren Teilhabechancen dauerhaft beeinträchtigt sind.

¹⁹ Das Zusammenhangsmaß η^2 nimmt für den Gesamtindex einen Wert von 0,42 an; d.h. 42 % der Länderunterschiede können als Unterschiede zwischen den Wohlfahrtsregimen interpretiert werden. Der Zusammenhang ist hoch signifikant.

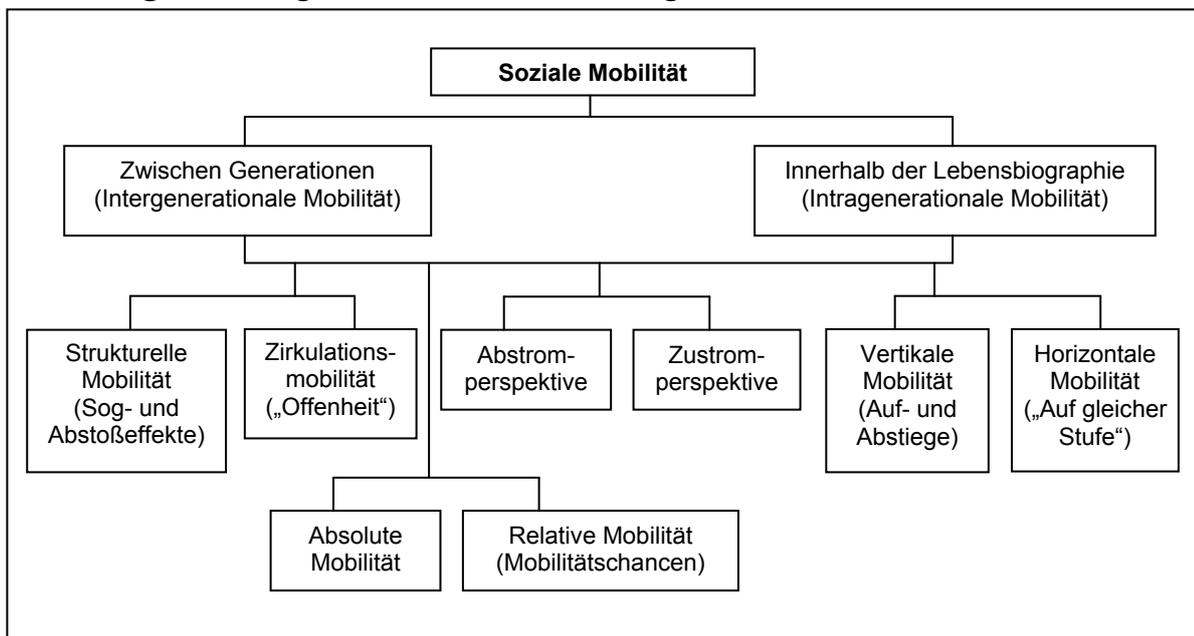
8. Soziale Mobilität

Allgemein ließe sich zwischen *regionaler Mobilität*, *sozialer Mobilität im engeren Sinne* und *Beziehungsmobilität* unterscheiden. In den USA, die für ein hohes Ausmaß dieser Mobilitäten bekannt sind, findet man z.B. häufige Ortswechsel aus beruflichen oder privaten Gründen, ein hohes Ausmaß an Bildungs- und beruflichen Auf- und Abstiegen zwischen und innerhalb der Generationen sowie ein hohes Ausmaß an Scheidungen und Wiederverheiratungen. *Im Folgenden* soll nur die *soziale Mobilität im engeren Sinne* behandelt werden.

8.1 Begrifflichkeiten

Der Begriff *soziale Mobilität* beschreibt die Bewegungen von Personen zwischen bestimmten sozialen Positionen. Soziale Positionen können dabei, je nach theoretischem Hintergrund und Interesse, berufliche Positionen, soziale Lagen, Schicht- oder Klassenzugehörigkeiten sein. Speziell bei der Betrachtung beruflicher Mobilität wird hier auch von Wechseln zwischen Klassenlagen gesprochen. Eine soziale Klasse ist dabei im Weberischen Sinne definiert, nach der zu einer Klasse all diejenigen Positionen gehören, zwischen denen Wechsel in der Generationenfolge leicht möglich sind und typisch stattfinden (vgl. Kap. 8.4.2).

Abbildung 8-1: Begriffliche Unterscheidungen



Als grundlegend gilt zunächst die Unterscheidung in inter- und intragenerationaler Mobilität. Als *intergenerationale Mobilität* wird die soziale Mobilität aus der Sicht der Positionswechsel in der Generationenfolge bezeichnet. Sie fragt nach Bewegungen zwischen Eltern- und Kindgeneration. Hier interessiert zum einen, was aus den Kindern der Eltern geworden ist, und zum anderen, woraus sich Klassen, Schichten o.ä. ihrer Herkunft nach zusammensetzen. Letztere wird als *Zustromperspektive* bezeichnet, sie kann Auskunft über die Hetero- oder Homo-

genität einer Klasse oder Schicht etc. geben. Die nach den Chancen der Kinder fragende *Abstromperspektive* kann bei intergenerationaler Mobilität als ein Maß für die Wahrscheinlichkeit der sozialen Vererbung von Positionszugehörigkeiten bzw. als ein Maß für die Chancen des Zugangs der Kinder zu bestimmten Positionen aufgefasst werden. *Mobilitätsbarrieren* können ein Grund für verminderte Zugangschancen sein. Sie geben dann auch Aufschluss über die Offenheit bzw. Geschlossenheit einer Gesellschaft.

Die Mobilität von Personen kann strukturell erzwungen werden. So kann der Strukturwandel einerseits zum Schrumpfen bestimmter Bereiche (z.B. Landwirtschaft) und andererseits zum Wachsen anderer Bereiche (z.B. Dienstleistungsbe-
reich) führen. In den schrumpfenden Bereichen sind dann z.B. nicht genügend freie Positionen für nachrückende Generationen vorhanden, so dass eine Statusvererbung eingeschränkt wird – dies wird in der Mobilitätsforschung auch als „Abstoßeffekt“ bezeichnet. Personen, die aus diesen Sektoren verdrängt werden, müssen dann in andere Sektoren wechseln oder gelangen z.B. in die (Langzeit-) Arbeitslosigkeit. Die wachsenden Bereiche hingegen üben einen „Sogeffekt“ aus, das Überangebot an freien Stellen zieht Personen aus anderen Bereichen an. Diese durch verschieden große Start- und Zielkategorien erzwungene Mobilität wird als *strukturelle Mobilität* bezeichnet. Strukturelle Mobilität drückt somit die quantitativen Veränderungen des Positionengefüges aus. So ist z.B. der Anstieg des allgemeinen Bildungsniveaus der deutschen Bevölkerung Ausdruck struktureller Mobilität (vgl. Kap. 8.4.1).

Als Pendant zur strukturellen Mobilität beschreibt die *Zirkulationsmobilität*²⁰ die Bewegungen von Individuen im Gefüge sozialer Positionen, die über die zuvor beschriebenen gesamtgesellschaftlichen Strukturveränderungen hinaus stattfinden. Sie gilt in der Mobilitätsforschung als eigentlicher Indikator für die Offenheit einer Gesellschaft. Um das Muster zirkulärer Mobilität zu erfassen, werden mit Hilfe log-linearer Tabellenanalysen *relative* Mobilitätsraten bestimmt, bei denen die strukturelle Komponente der Mobilität heraus gerechnet wird. Die relative Mobilität beschreibt die Mobilitätschancen, die Menschen aus verschiedenen Klassenpositionen relativ zueinander haben, in eine bestimmte (Ziel-) Klasse zu gelangen. Die *absolute* Mobilität beschreibt dann die insgesamt beobachtete Mobilität, also strukturelle plus Zirkulationsmobilität.

Neben der intergenerationalen Mobilität unterscheidet man die *intragenerationale Mobilität* oder Karrieremobilität, bei der die Wechsel von (beruflichen) Positionen oder auch Erwerbszuständen (z.B. ob jemand erwerbstätig oder arbeitslos ist) innerhalb des Lebenslaufs einer Person untersucht werden. Betrachtet man die Positionswechsel von Personen in einem hierarchischen System (z.B. Klassen- oder Schichtsystem), sind diese Wechsel mit sozialem

²⁰ Wird in der Literatur teilweise auch als Austauschmobilität bezeichnet.

Aufstieg oder *Abstieg* verbunden, je nachdem, ob die neue Position höher oder niedriger platziert ist als die alte. Man spricht hier auch von *vertikaler* Mobilität. *Horizontale* Mobilität liegt dann vor, wenn die Bewegung auf einer Ebene erfolgt, z.B. Berufswechsel unter Beibehaltung des gleichen Status. Die vertikale Mobilität ist insofern eine für die Ungleichheitsforschung besonders relevante Mobilitätsform, als sich in ihr der Grad der Offenheit einer Gesellschaft widerspiegelt.

Mobilitätstabellen

Grundlage für die Mobilitätsanalysen sind Kreuztabellen, deren Zeilenvariable die Herkunftskategorien und deren Spaltenvariable die Zielkategorien der Befragten im Mobilitätsprozess enthalten.²¹

Abbildung 8-2: Struktur einer Mobilitätstabelle

		Befragte			
		A ₁ (unten)		A _k (oben)	
Herkunft der Befragten	A ₁ (unten)				n
	A _k (oben)				

Immobilität
 Aufstiege
 Abstiege

Die Felder in der Diagonale von links oben nach rechts unten beschreiben das Ausmaß der Immobilität (Stabilität) der verschiedenen Klassen.

Sind die Kategorien aufsteigend geordnet, spiegeln die Zellen oberhalb der Diagonale Aufstiege wider, darunter liegende Abstiege. Die (Gesamt-) Mobilität setzt sich aus allen Aufstiegen und Abstiegen zusammen.

Mit Hilfe der Mobilitätstabelle lassen sich verschiedene Kennzahlen berechnen, mit denen Aussagen über die Mobilität getroffen werden können.

²¹ Somit erhält man ein Zwei-Zeitpunkte-Design. Unberücksichtigt bleibt hier jedoch, was sich zwischen den zwei Zeitpunkten ereignet. Dieses ist jedoch gerade im Hinblick auf die Karrieremobilität von Interesse. Hier sind andere Verfahren der Mobilitätsanalyse vorzuziehen.

Zentrale Kennzahlen in der Mobilitätsforschung

- Die *Mobilitätsquote* gibt den Anteil der Mobilen wieder.

$$\text{Mobilitätsquote} = \frac{\text{Anzahl Mobile}}{n}$$

- Die *strukturelle Mobilität* gibt den Anteil der Mobilität wieder, der auf Veränderungen im Positionsgefüge zurückzuführen ist.

$$\text{Strukturelle Mobilität} = \frac{1}{2} \sum_{i=1}^k \left| P_{A_i(\text{Herkunft})} - P_{A_i(\text{Befragte})} \right|$$

- Die *Zirkulationsmobilität* gibt den Anteil der nicht strukturell erzwungenen Mobilität wieder.

$$\text{Zirkulationsmobilität} = \text{Gesamtmobilität} - \text{Strukturelle Mobilität}$$

- Standardisierte Residuen geben Aufschluss über *Mobilitätsbarrieren*. Eine signifikante Abweichung der beobachteten Häufigkeit von der zu erwartenden Häufigkeit liegt dann vor, wenn das standardisierte Residuum einen Wert größer oder gleich 2 hat. Je nachdem, ob der Wert positiv oder negativ ist, spricht man dann von einer signifikanten Häufung oder einem signifikanten Defizit.

$$\text{Standardisierte Residuen} = \frac{n_{ij} - \hat{n}_{ij}}{\sqrt{\hat{n}_{ij}}} \quad (\approx \text{Normalverteilt}; \text{Quadrat: } \approx \chi_1^2\text{-verteilt})$$

8.2 Entwicklung der Modelle und Methoden zur Erforschung sozialer Mobilität

Einer der ersten wichtigen Beiträge zur Mobilitätsforschung ist das Buch des in die USA emigrierten russischen Soziologen Pitrim A. Sorokin: „Social mobility“ (1927). Er umschrieb darin den vieldimensionalen sozialen Raum und setzte ihn in Parallele zum geometrischen Raum: „Expressions like 'upper and lower classes', 'social promotion', 'N. N. is a climber', 'his social position is very high', 'they are very near socially', 'right and left party', 'there is a great social distance', and so on, are quite commonly used in conversation, as well as in economic, political, and sociological works. All these expressions indicate that there is something which could be styled 'social space'.” (Sorokin (1927, S. 3))

“Euclid’s geometrical space is space of the three dimensions. The social space is space of many dimensions...” (Sorokin (1927, S. 7))

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die in Umbruchzeiten hohe soziale Mobilität mit Hilfe von *Mobilitätstabellen* analysiert: Die sozialen Herkunftslagen der Personen wurden kreuztabelliert mit den eigenen sozialen Lagen. So lässt sich z.B. ersehen, dass in der Landwirtschaft durch Vererbung der Höfe eine besonders hohe Selbstrekrutierung vorliegt.

Durch das Buch von Peter M. Blau und Otis D. Duncan „The American occupational structure“ (1967) wurde das Paradigma der „*Status attainment*“ – Forschung in den 1960er und 1970er Jahren verbreitet. Dabei wird durch *Pfadanalyse* untersucht, in welchem Ausmaß das aktuelle Berufsprestige²² der Befragten („*Status attainment*“) durch das Bildungs- und Berufsprestige der Eltern und durch die eigene schulische und berufliche Ausbildung sowie den ersten Beruf erklärt werden kann. Mit Hilfe des kausalanalytischen Ansatzes der *Pfadanalyse* lassen sich direkte und indirekte Effekte z.B. der sozialen Herkunft auf den aktuellen Beruf der Befragten angeben: Die „soziale Vererbung“ z.B. verläuft zentral über den Mechanismus, dass Eltern die Bildung/Ausbildung ihrer Kinder fördern.

Ein nächster Schritt war die *log-lineare Modellierung* von Kreuztabellen gemäß Goodman (1970, 1972 etc.), die sich auch auf *Mobilitätstabellen* anwenden lässt. Damit lässt sich z.B. zeigen, dass man die Beobachtungen in den *Mobilitätstabellen* zu den verschiedenen Zeitpunkten im Wesentlichen reproduzieren kann, wenn man die Entwicklung der Berufsstruktur in der Zeit und die Interaktionen zwischen Herkunftsberuf und Beruf der Befragten berücksichtigt. Dabei reicht es, diese Interaktionen als im wesentlichen konstant in der Zeit zu modellieren, d.h. die untersuchten Industriegesellschaften haben ein im Wesentlichen stabiles *Mobilitätsregime* in der Zeit.

In den 1980er und 1990er Jahren wurden zusätzliche wichtige quantitative Lebensverlaufsstudien z.B. in Berlin unter Leitung von Karl Ulrich Mayer durchgeführt. Durch die *Ereignisanalyse* lassen sich dabei die *Mobilitätsprozesse* mit Hilfe der Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen verschiedenen Positionen oder Zuständen im Lebenslauf genauer analysieren. Z.B. lässt sich so die Verweildauer in verschiedenen Zuständen des Arbeitsmarktes (Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit etc.) genauer analysieren.

Neuere Untersuchungen zu sozialer Mobilität fokussieren stärker auf internationale Ländervergleiche und die Veränderungen über die Zeit (z.B. Breen 2007: „*Social Mobility in Europe*“) sowie die Abhängigkeit von institutionellen Kontexten (siehe z.B. Esping-Andersen, Kap. 8.5).

²² Berufsprestige wird dabei als approximativ metrisch (d.h. die Proportionen von Abständen seien interpretierbar) angenommen.

8.3 Erikson/Goldthorpe zur sozialen Mobilität in Industriegesellschaften

Robert Erikson und John H. Goldthorpe unterscheiden in ihrem bekannten Buch zur sozialen Mobilität „The constant flux. A study of class mobility in industrial societies“ (Oxford 1992: Clarendon Press) u.a. folgende Ansätze zur sozialen Mobilität:

“The liberal theory of industrialism” (von Parsons u.a.)

Verglichen mit vor-industriellen Gesellschaften werden für industrielle Gesellschaften folgende drei Hypothesen aufgestellt:

- „1. rates of social mobility are high, and upward mobility – i.e. from less to more advantaged social positions – predominates over downward mobility;
2. mobility opportunities are more equal, in the sense that individuals of differing social origins compete on more equal terms to attain (or to avoid) particular destinations;
3. both rates of mobility and the degree of equality of opportunity tend to increase.“ (Ebenda, S. 5)

Als Ursachen werden angeführt:

- a) Strukturell: Durch die Verschiebung der Wirtschaftssektoren steigt insgesamt die Nachfrage nach technisch und professionell qualifiziertem Personal. Auch Manager- und Verwaltungspositionen nehmen zu. Dadurch nimmt die mittlere und obere Mittelschicht relativ zu, weshalb strukturell die Aufstiegsmobilität begünstigt wird.
- b) Prozessual: Der Zuordnungsmechanismus von Individuen zu Positionen verlagert sich vom Kriterium „ascription“ zu „achievement“. Durch das Leistungsprinzip wird die Mobilität gefördert.
- c) Kompositional: Die Wirtschaftsbereiche, in denen die „meritokratische“ Selektion dominiert, nehmen im Umfang zu.

Soziale Mobilität trägt zur Stabilität der liberalen Demokratie bei, da sie 1) Ungleichheiten als faire Auszahlungen zu den geleisteten Beiträgen legitimiert und 2) das Potential für kollektive Akteure reduziert, da der individuelle Aufstieg in den Vordergrund rückt.

Sorokin (1959²) machte darauf aufmerksam, dass die soziale Mobilität in westlichen Ländern zwar ein hohes Niveau aufweist, dass es aber definitiv keinen Trend zu immer größerer Mobilität gebe.

Featherman, Jones und Hauser (1975) erarbeiteten die Hypothese, dass die westlichen Länder zwar keine ähnlichen Mobilitätsquoten aufweisen – wie Lipset und Zetterberg 1956/1959 noch vermuteten-, wohl aber ähnliche relative Mobili-

tätschancen, d.h. die eigentliche bzw. Zirkulations-Mobilität, wenn man den unterschiedlichen Stand der Entwicklung der Branchen- und Berufsstruktur herausrechnet.

Erikson und Goldthorpe führten auf der Basis des Goldthorpe-Klassenmodells einen internationalen Vergleich der sozialen Mobilität in 12 Ländern Anfang der 1970er Jahre durch. Als Ergebnisse der langjährigen Forschungen fassen sie 1992 zusammen:

- 1) Die Mobilität nimmt nicht schrankenlos zu, sondern sie ist eher in der Phase des Rückgangs der Landwirtschaft und des gleichzeitigen Beginns der Industrialisierung am höchsten, was für Irland und Polen im Untersuchungszeitraum tendenziell der Fall war.
- 2) Es gibt keine Konvergenz der absoluten Mobilitätsraten. Die Aufwärtsmobilität überwiegt tendenziell, aber sie ist gerade in den am wenigsten entwickelten Ländern am höchsten: Ungarn, Irland und Polen. D.h. dort, wo es durch Strukturwandel systematisch mehr Aufstiegspositionen gibt.
- 3) Die Offenheit, gemessen an den relativen Mobilitätschancen, nimmt nicht zu, sondern das Niveau der Offenheit ist eher stabil in der Zeit.
- 4) Die relativen Mobilitätsraten weisen entsprechend der Featherman/Jones/Hauser-Hypothese nach Erikson/Goldthorpe (S. 378) auf der Basis des Goldthorpe-Modells „im wesentlichen“ eine 'basic similarity' auf. D.h. die Offenheit der untersuchten Gesellschaften ist relativ ähnlich.

8.4 Soziale Mobilität in der Bundesrepublik Deutschland

Im internationalen Vergleich weist Deutschland einige Besonderheiten auf. So ist Deutschland eines der Länder mit der größten Immobilität im Bildungsbereich. Als Ursache wird meist die vergleichsweise starke Stratifizierung des Bildungssystems genannt (siehe z.B. OECD: „Education at a Glance“). Im Erwerbssystem erweist sich insbesondere die starke Kopplung von Ausbildung und Beruf („duales Ausbildungssystem“) als nachteilig für die Mobilität. So sind die *Mobilitätsbarrieren* u.a. stark durch die formale Qualifikation strukturiert.

8.4.1 Intergenerationale Bildungsmobilität

Im innerdeutschen Vergleich zeigt die Mobilitätsanalyse für die *Bildungsdimension* zunächst, dass die Mobilitätsquoten in Ostdeutschland höher sind, was insbesondere aus der höheren strukturellen Mobilität in Ostdeutschland resultiert.²³

²³ Eine frühere geschlechtsspezifische Analyse zur intergenerationalen Bildungsmobilität zeigte nur geringfügige Unterschiede zwischen Männern und Frauen (vgl. Buchheister 2002). Daher wird hier auf die Trennung von Männern und Frauen verzichtet.

Tabelle 8-1: Mobilitätsquoten zu intergenerationaler Bildungsmobilität in %

	Westdeutschland	Ostdeutschland
Immobilitätsquote	47,1	42
Mobilitätsquote	52,9	58
Aufstiege	40,4	42,4
Abstiege	12,5	15,6
strukturelle Mobilität	25,5	31
Zirkulationsmobilität	27,4	27

Quelle: SOEP 2008, Berechnung: C. Buchheister

Auch an Hand des Vergleichs der Randverteilungen (siehe Tabelle 8-2 und Tabelle 8-3, Spalte ‚Gesamt‘) wird sichtbar, dass der stärkere strukturelle Wandel in Ostdeutschland insbesondere auf das deutliche Anwachsen der mit der Realschule vergleichbaren Polytechnischen Oberschule zurückzuführen ist, wobei die Volks- und Hauptschulabschlüsse deutlich zurückgehen. In Ostdeutschland wie auch in Westdeutschland überwiegen die Aufstiege die Abstiege deutlich. Die standardisierten Residuen in den Mobilitätstabellen Tabelle 8-2 und Tabelle 8-3 deuten trotz Bildungsexpansion auf eine hohe Vererbung des ‚Bildungskapitals‘ hin, sichtbar an den hohen positiven Residuen in der Diagonalen. Die Bildungsabschlüsse ab Realschule aufwärts bilden in Westdeutschland tendenziell eine Mobilitätsklasse, sodass ein intergenerationaler Wechsel zwischen diesen Abschlüssen überzufällig häufig auftritt, während es zu den Kategorien ohne Abschluss bzw. Volks-/Hauptschulabschluss Mobilitätsbarrieren (hohe negative Residuen) gibt. Ebenso gibt es eine starke Mobilitätsbarriere für Diejenigen, deren Eltern keinen Abschluss haben. Hier finden sich die Kinder überproportional häufig in dieser Kategorie wieder. In Ostdeutschland findet sich ein ähnliches Muster, ist aber weit weniger stark ausgeprägt.

Tabelle 8-2: Mobilitätstabelle (Westdeutschland)

Westdeutschland		Befr.:höchster erreichter Bildungsabschluss					Gesamt
höchster erreichter Bildungsabschluss der Eltern		kein Abschluss	Volks-, Haupt-schulabschluss	Mittlere Reife, Realschule	Abitur o.ä.	FH/Uniabschluss	
kein Abschluss	Anzahl	87	118	48	25	36	314
	Abstrom%	27,7%	37,6%	15,3%	8,0%	11,5%	100,0%
	Zustrom %	38,5%	2,8%	1,6%	1,8%	1,4%	2,7%
	Stand. Resid.	32,5	,2	-3,7	-2,1	-4,3	
Volks-, Haupt-schulabschluss	Anzahl	113	3660	1813	496	979	7061
	Abstrom%	1,6%	51,8%	25,7%	7,0%	13,9%	100,0%
	Zustrom %	50,0%	86,5%	60,8%	35,8%	37,2%	61,6%
	Stand. Resid.	-2,2	20,6	-6	-12,2	-16,0	
Mittlere Reife, Realschule	Anzahl	11	313	675	339	563	1901
	Abstrom%	,6%	16,5%	35,5%	17,8%	29,6%	100,0%
	Zustrom %	4,9%	7,4%	22,6%	24,5%	21,4%	16,6%
	Stand. Resid.	-4,3	-14,7	8,1	7,2	6,0	
Abitur o.ä.	Anzahl	5	74	148	126	215	568
	Abstrom%	,9%	13,0%	26,1%	22,2%	37,9%	100,0%
	Zustrom %	2,2%	1,7%	5,0%	9,1%	8,2%	5,0%
	Stand. Resid.	-1,9	-9,4	,0	6,9	7,4	
FH-/Uniabschluss	Anzahl	10	64	297	399	842	1612
	Abstrom%	,6%	4,0%	18,4%	24,8%	52,2%	100,0%
	Zustrom %	4,4%	1,5%	10,0%	28,8%	32,0%	14,1%
	Stand. Resid.	-3,9	-21,8	-6,0	14,6	24,5	
Gesamt	Anzahl	226	4229	2981	1385	2635	11456
	Abstrom%	2,0%	36,9%	26,0%	12,1%	23,0%	100,0%
	Zustrom %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: SOEP 2008, Berechnung und Darstellung: C. Buchheister. Hellgraue Zellen bedeuten laut der standardisierten Residuen signifikante Häufungen (Übergänge sind überproportional häufig → Durchlässigkeit), dunkelgraue Zellen signifikante Defizite (Wechsel sind unterproportional → Barrieren) bei $p < 0.05$.

Tabelle 8-3: Mobilitätstabelle (Ostdeutschland)

Ostdeutschland		Befr.:höchster erreichter Bildungsabschluss					Gesamt
höchster erreichter Bildungsabschluss der Eltern		kein Abschluss	Volks-, Hauptschulabschluss	Mittlere Reife, Realschule	Abitur o.ä.	FH/Uniabschluss	
kein Abschluss	Anzahl	1	7	3	1	1	13
	Abstrom%	7,7%	53,8%	23,1%	7,7%	7,7%	100,0%
	Zustrom %	4,2%	,7%	,2%	,3%	,1%	,3%
	Stand. Res.	3,2	2,1	-9	-,1	-1,4	
Volks-, Hauptschulabschluss	Anzahl	17	813	767	48	508	2153
	Abstrom%	,8%	37,8%	35,6%	2,2%	23,6%	100,0%
	Zustrom %	70,8%	85,5%	51,8%	14,8%	46,0%	55,4%
	Stand. Res.	1,0	12,4	-1,9	-9,8	-4,2	
Mittlere Reife, Realschule	Anzahl	4	79	411	97	182	773
	Abstrom%	,5%	10,2%	53,2%	12,5%	23,5%	100,0%
	Zustrom %	16,7%	8,3%	27,8%	29,9%	16,5%	19,9%
	Stand. Res.	-,4	-8,0	6,8	4,0	-2,6	
Abitur o.ä.	Anzahl	0	8	44	25	34	111
	Abstrom%	,0%	7,2%	39,6%	22,5%	30,6%	100,0%
	Zustrom %	,0%	,8%	3,0%	7,7%	3,1%	2,9%
	Stand. Res.	-,8	-3,7	,3	5,2	,4	
FH-/Uniabschluss	Anzahl	2	44	255	153	380	834
	Abstrom%	,2%	5,3%	30,6%	18,3%	45,6%	100,0%
	Zustrom %	8,3%	4,6%	17,2%	47,2%	34,4%	21,5%
	Stand. Res.	-1,4	-11,2	-3,5	10,0	9,3	
Gesamt	Anzahl	24	951	1480	324	1105	3884
	Abstrom%	,6%	24,5%	38,1%	8,3%	28,5%	100,0%
	Zustrom %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Quelle: SOEP 2008, Berechnungen und Darstellung: C. Buchheister. Hellgraue Zellen bedeuten laut der standardisierten Residuen signifikante Häufungen (Übergänge sind überproportional häufig → Durchlässigkeit), dunkelgraue Zellen signifikante Defizite (Wechsel sind unterproportional → Barrieren) bei $p < 0.05$.

Kohortenanalyse

Die Abbildung 8-3 und Abbildung 8-4 zeigen, dass die Mobilität in Ostdeutschland mit der Kohorte der 1941-50 Geborenen sprunghaft ansteigt, wobei es sich vor allem um Aufstiege auf Grund von struktureller Mobilität – erzeugt durch die Bildungspolitik der DDR – handelt.

Vergleicht man die Mobilitätsquoten der Kohorten mit den Veränderungen der Anteile der Bildungsabschlüsse über die Kohorten hinweg, ist erkennbar, wie auch schon in den Randverteilungen oben zu sehen war, dass die hohe Mobilität seit der 40er Kohorte auf das starke Anwachsen der Realschulabschlüsse (hier

vor allem POS-Abschlüsse) und die drastische Verringerung der Volks- und Hauptschulabschlüsse zurückzuführen ist.

Abbildung 8-3: Bildungsmobilität: Entwicklung der Mobilitätsquoten nach Kohorten (Ost) in %

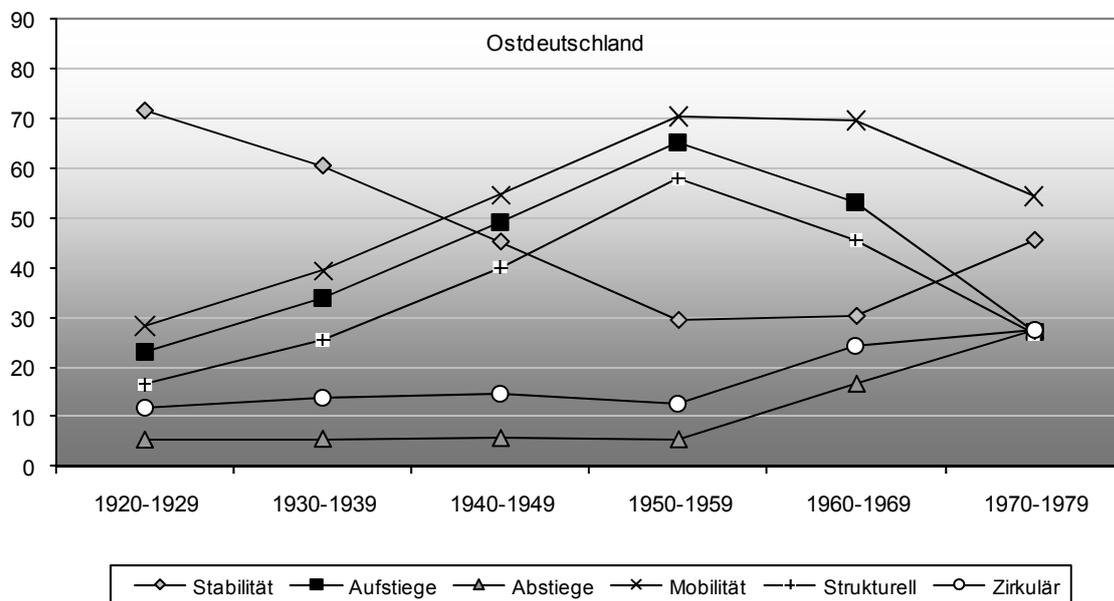
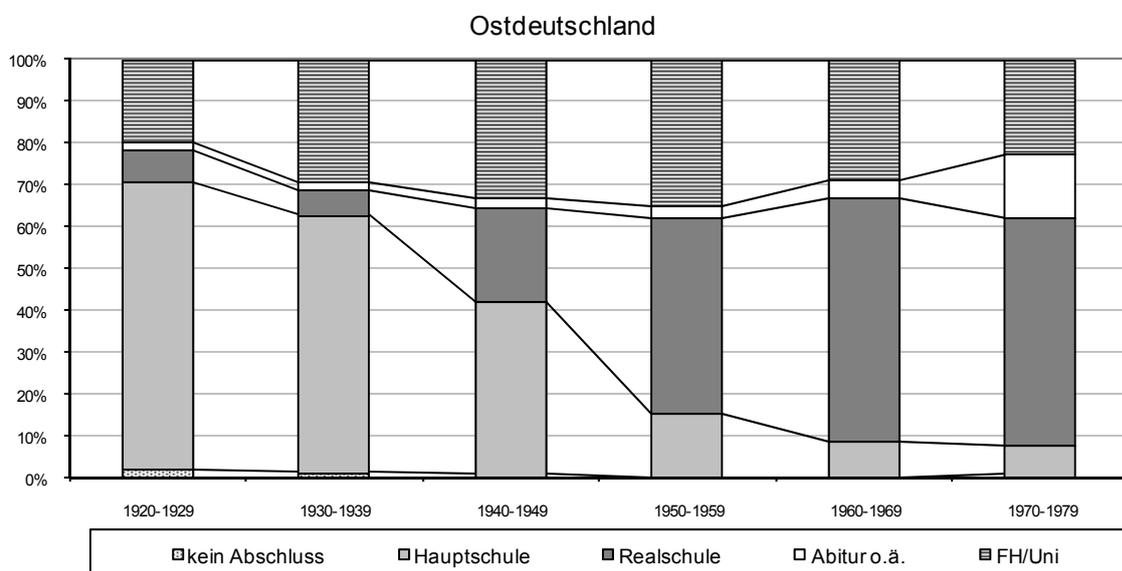


Abbildung 8-4: Verteilung der Bildungsabschlüsse nach Kohorten (Ost) in %



Quelle: SOEP 2008, Berechnungen: C. Buchheister

Mit der Kohorte der in den 1970er Jahren Geborenen geht die Mobilität insgesamt zurück. Bemerkenswert sind der vergleichsweise starke Rückgang der Aufstiege parallel zur strukturellen Mobilität sowie der Anstieg der Abstiegsquote. Zudem zeigt die Verteilung in dieser Kohorte eine relativ starke Verrin-

gerung des Anteils der FH/Uni-Absolventen. Es könnte dies jedoch indirekt ein Effekt *räumlicher Mobilität* sein, bei dem vor allem junge Hochqualifizierte in der Berufseinstiegsphase aus Ostdeutschland abwandern (vgl. z.B. Schneider, Lutz: „Ost-West-Binnenwanderung: Gravierender Verlust an Humankapital“).

Abbildung 8-5: Bildungsmobilität: Entwicklung der Mobilitätsquoten nach Kohorten (West) in %

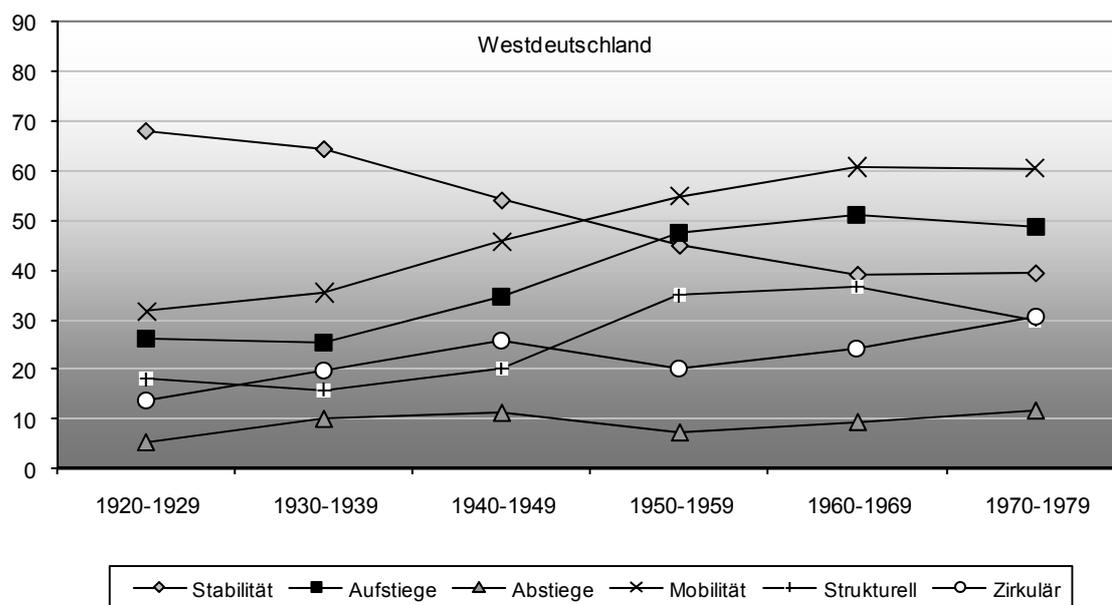
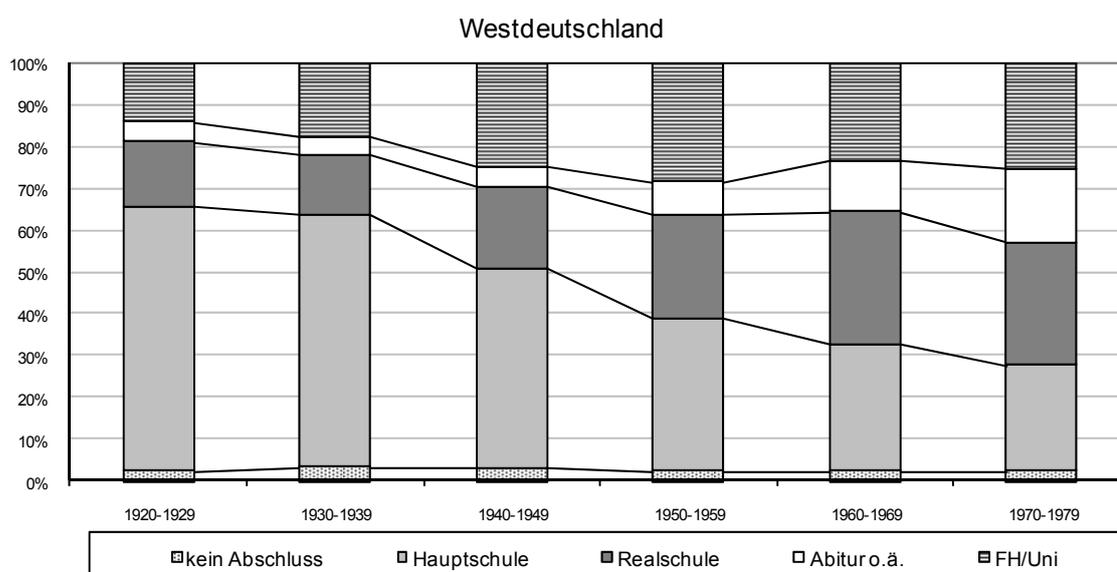


Abbildung 8-6: Verteilung der Bildungsabschlüsse nach Kohorten (West) in %



Quelle: SOEP 2008, Berechnungen: C. Buchheister

Für Westdeutschland wird ein ähnlicher Anstieg der Mobilität durch die Bildungsexpansion sichtbar, der jedoch weniger stark ausgeprägt ist als in Ost-

deutschland (vgl. Abbildung 8-5 und Abbildung 8-6). Der Anstieg der Mobilität in Westdeutschland ist in der Form etwas anders, der Verlauf ist eher kontinuierlich. Die strukturell erzwungene Mobilität fällt wesentlich geringer aus. Die Anteile der Bildungsabschlüsse über die Kohorten hinweg zeigen, dass zwar die Hauptschulabgänger in den Kohorten abnehmen und die Realschulabgänger zunehmen, jedoch nicht so stark wie in Ostdeutschland.

Insgesamt dominiert in den jüngeren Kohorten sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland die Mobilitätsquote, wobei sie in Ostdeutschland eher rückläufig ist, was jedoch indirekt ein Ergebnis räumlicher Mobilität sein könnte.

Es gibt also einerseits nennenswert hohe soziale Vererbung, gleichzeitig überwiegt aber die Mobilität.

8.4.2 Intergenerationale Berufsmobilität

In der Analyse zur Berufsmobilität werden die beruflichen Stellungen zu Mobilitätsklassen zusammengefasst. Von einer „*Mobilitätsklasse*“ spricht man, wenn Wechsel zwischen beruflichen Stellungen innerhalb dieser Klasse (laut Mobilitätstabelle) leichter möglich ist als zu beruflichen Stellungen, die außerhalb dieser Klasse liegen: d.h. höhere Durchlässigkeit innerhalb der Positionen einer Klasse und Barrieren aus der Klasse heraus.

Als Grundlage dient die Mobilitätstabelle des intergenerationalen Vergleichs der *beruflichen Stellung* des Vaters (Herkunft) und der beruflichen Stellung des/der Befragten (Ziel). Mit Hilfe des *durchschnittlichen Nettoeinkommens* als Indikator des ökonomischen Kapitals und des *Bildungsabschlusses* als Indikator des kulturellen Kapitals werden *sechs soziale Lagen bzw. Klassen* konstruiert: Ganz unten in der Hierarchie rangieren die einfachen Arbeiter und Angestellten. Die qualifizierten Arbeiter (und in Ostdeutschland zusätzlich die Genossenschaftsbauern) weisen im Durchschnitt ein höheres Einkommen bzw. eine höhere Ausbildung auf. Die Landwirte rangieren auf Grund ihres Besitzes darüber. Die eher nicht-manuellen Tätigkeiten beginnen mit den mittleren Beamten und Angestellten. Die Selbstständigen und Mithelfenden rangieren auf Grund ihres Besitzes im Durchschnitt darüber. Auf Grund ihres auch hohen kulturellen Kapitals nehmen die Freiberufler, hohen Beamten und Angestellten die Spitze der Hierarchie ein. (Unter Verwendung der standardisierten Residuen der Mobilitätstabelle zur Ermittlung von *Mobilitätsbarrieren* wird anschließend geprüft, welche Mobilitätsklassen sich für die vorliegenden Daten ergeben.)

Tabelle 8-4: Zuordnung beruflicher Stellungen zu Klassen

	Antwortvorgaben 27 berufliche Stellungen	Ökonomisches und kulturelles Kapital (Hierarchie)	6 Klassen	Abkürzungen
Eher nichtmanuelle Tätigkeit	Freiberufler, > 9 Mitarbeiter	++ ++	„Einkommens- und Bildungselite“ Freiberufler, Hohe Beamte und Angestellte	FHBAN
	Freiberufler, 2-9 Mitarbeiter			
	Freiberufler, max. 1 Mitarbeiter			
	Beamte, höherer Dienst			
	Angestellte, Führungstätigkeit			
	Beamte, gehobener Dienst			
	Angestellte, verantwortungsvolle Tät.			
	Selbstständige, > 49 Mitarbeiter	++ +	Selbstständige und Mithelfende	SELBMH
	Selbstständige, 10-49 Mitarbeiter			
	Selbstständige, 2-9 Mitarbeiter			
	Selbstständige, max. 1 Mitarbeiter			
	Mithelfende			
	Angestellte, selbst. Tät.	+ +	„Mittlere“ Beamte und Angestellte	MBAN
	Beamte, mittlerer Dienst			
Beamte, einfacher Dienst				
Eher manuelle Tätigkeiten	Landwirte, > 49 ha	++ -	Landwirte	LW
	Landwirte, 20-49 ha			
	Landwirte, 10-19 ha			
	Landwirte, < 10 ha			
	Angestellte, Meister	+ -	Qualifizierte Arbeiter (auch Angestelltenverhältnis) und Genossenschaftsbauern	QARGB
	Meister/Poliere			
	Vorarbeiter			
	Facharbeiter, gelernt			
	Genossenschaftsbauern			
	Angestellte, einfache Tätigkeit	- -	„Untere“ Angestellte (einf. Tätigkeit) und Arbeiter (un- bzw. angelernt)	UANAR
Arbeiter, angelernt				
Arbeiter, ungelern				

Abbildung 8-7 und Abbildung 8-8 veranschaulichen noch einmal die Hierarchie der gebildeten Klassen, die sich aus den durchschnittlichen ökonomischen und kulturellen Ressourcen der Klassemitglieder ergibt.²⁴

²⁴ Zur detaillierten Konstruktion der Mobilitätsklassen vgl. Claudia Buchheister (2002).

Abbildung 8-7: Durchschnittliches Nettoeinkommen der Klassen

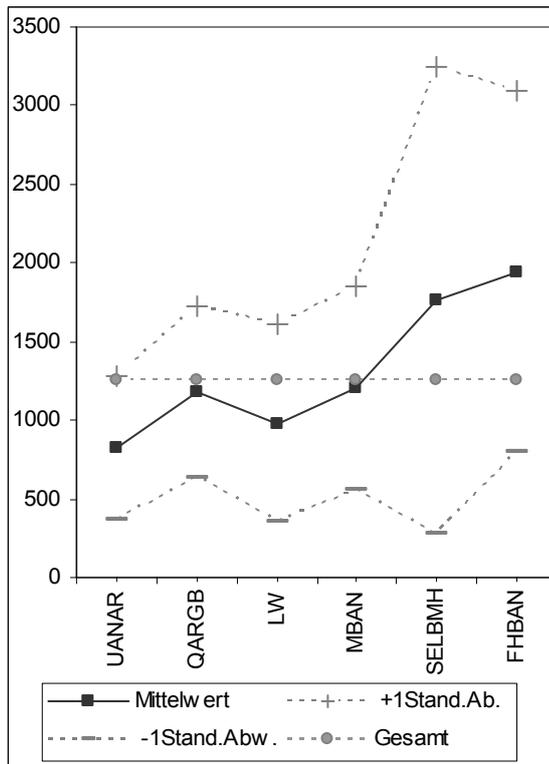
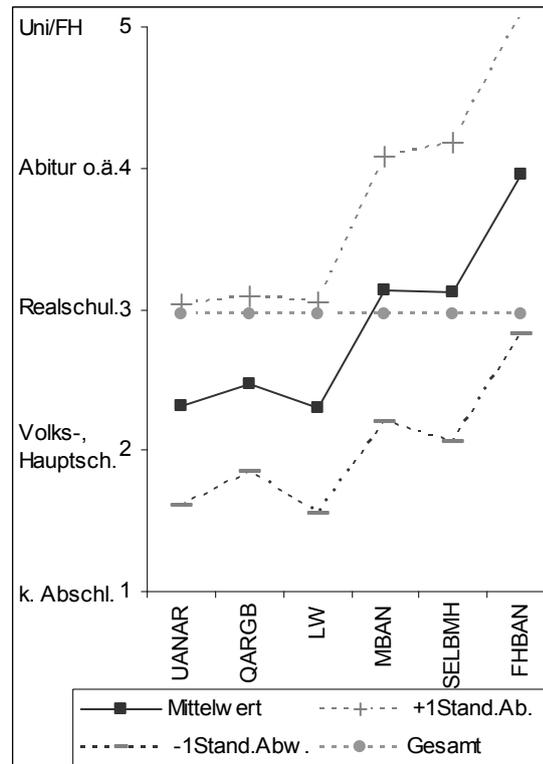


Abbildung 8-8: Durchschnittlicher höchster erreichter Bildungsabschluss der Klassen



Quelle: ALLBUS 2004, 2006, eigene Berechnungen

Typische Mobilitätsmuster

Bei dem Vergleich von Klassenpositionen von Personen mit ihren Eltern zeigt sich in vielen Mobilitätsstudien, dass diese in keiner zufälligen („kontingenten“) Beziehung stehen. So finden sich Kinder mancher Klassen überproportional oft in den gleichen Positionen wie ihre Eltern wieder, während andere Eltern-Kind-Kombinationen extrem selten auftreten. Ursachen dafür können besondere Mobilitätsbarrieren sein. So führen Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Klassen zu Barrieren oder Durchlässigkeit: typischerweise liegt *zwischen* Klassen, die eher durch manuelle oder nichtmanuelle berufliche Tätigkeiten charakterisiert sind, eine Barriere, *innerhalb* dieser Mobilitätsklassen herrscht aber im Allgemeinen große Durchlässigkeit. Die Ausübung mancher Berufe setzt mehr ökonomisches Kapital voraus, als im Normalfall innerhalb einer Generation erworben werden kann. Hier ist im hohen Maße von einer Weitervererbung der Position auszugehen. So weisen z.B. Landwirte typischerweise die höchste intergenerationale Immobilität auf.

Kennzeichnend für intergenerationale Berufsmobilität ist ebenfalls, dass sich eine erhöhte Immobilität „ganz oben“ und „ganz unten“ in der Hierarchie findet, während auf den mittleren Hierarchiestufen mehr Mobilität stattfindet. Außer-

dem ist Mobilität über weite hierarchische Distanzen seltener als geringfügige Auf- oder Abstiege.

Diese Muster zeigen sich auch im Vergleich der Väter mit ihren Söhnen bzw. Töchtern in Ost- und Westdeutschland:

Zunächst fällt auf, dass die Kinder überproportional oft in den gleichen Positionen wie ihre Eltern zu finden sind (Diagonale). Die größte Immobilität zeigt sich z.B. bei den Söhnen in Westdeutschland bei den Landwirten (LW) und ganz oben bei den Freiberuflern, hohen Beamten und Angestellten (FHBAN).

Positive Residuen innerhalb und negative Residuen außerhalb bestimmter ‚Mobilitätsklassen‘ weisen auf *Mobilitätsbarrieren* hin: So lassen sich für Westdeutschland eindeutig Barrieren zwischen „ganz unten“ (Un-/Angelernte (UANAR), qualifizierte Arbeiter (QARGB)) und dem „oberen“ Bereich der Mittleren Beamten und Angestellten (MBAN), Selbständigen und Mithelfenden (SELBMH) sowie Freiberuflern, hohen Beamten und Angestellten (FHBAN) ausmachen. Die Söhne, deren Väter im eher nichtmanuellen Bereich tätig waren, haben tendenziell bessere Zugangschancen nach ganz oben und sind weniger gefährdet, nach ganz unten zu den un-/angelernten Arbeitern und einfachen Angestellten abzustiegen als die der Landwirte und qualifizierten Arbeiter. Für die westdeutschen Frauen zeigt sich ein ähnliches Bild.

Die höchste soziale Schließung tritt in Westdeutschland insgesamt bei den Landwirten, bei der oberen Spitze der Selbständigen und Freiberufler und bei der unteren Klasse der un-/angelernten Arbeiter und einfachen Angestellten auf. Ein ähnliches Bild zeigt auch Ostdeutschland. Signifikante Häufungen in der Diagonalen und negative Werte jenseits der Diagonalen weisen auf Schließungen der Mobilitätsklassen hin. Dabei zeigt sich auch hier bei der Betrachtung der negativen Werte eine größere Barriere zwischen den eher manuellen und eher nichtmanuellen Berufen. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind kaum auszumachen. Wie die Werte der standardisierten Residuen zeigen, ist in Ostdeutschland von einer nicht ganz so starken sozialen Schließung der Klassen auszugehen wie in Westdeutschland.

Im Hinblick auf die *berufliche Mobilität* zeigt sich eine Mobilitätsquote um 60 % bei den Männern, die bei den Frauen noch deutlich höher ausfällt, was allerdings zum Teil daran liegt, dass sie mit den Vätern verglichen werden. Der Vergleich der Töchter mit den Vätern weist auf geschlechtsspezifische Arbeitsmärkte hin. Auch wenn aufgrund der geringen Fallzahl die Ergebnisse des Vergleichs der Frauen mit ihren Müttern nur mit Vorsicht zu interpretieren sind, wird sichtbar, dass sich dieser Effekt relativiert: die Mobilitätsquoten nähern sich tendenziell denen der Männer an.

Tabelle 8-5: Mobilitätsquoten zu intergenerationaler Berufsmobilität in %

	Männer*Väter (Erhebung 2004,2006)		Frauen*Väter (Erhebung 2004,2006)		Frauen*Mütter (Erhebung 2006)	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Stabilitätsquote	35,01	44,37	29,26	28,50	39,29	35,19
Mobilitätsquote	64,99	55,63	70,74	71,50	60,71	64,81
Aufstiege	41,58	33,38	36,56	37,05	43,62	44,42
Abstiege	23,41	22,25	34,17	34,45	17,09	20,39
strukturelle M.	15,11	11,53	37,92	38,66	28,57	25,00
Zirkulationsm.	49,87	44,10	32,82	32,84	32,14	39,81
(Fallzahl)	(1568)	(737)	(1548)	(807)	(392)	(412)

Quelle: ALLBUS 2004, 2006, eigene Berechnungen

Insgesamt überwiegen in Ost- wie in Westdeutschland die Aufstiege die Abstiege. Ein wesentlicher Teil der Töchter und Söhne konnte also eine bessere berufliche Stellung als ihre Eltern erreichen. Die durch die Bildungsexpansion erreichte Höherqualifizierung der Bevölkerung zeigt sich also auch in einem „upgrading“ der Berufsstruktur.

Ein genaueres Bild erhält man bei einem Blick auf die folgenden Mobilitätstabellen 8-6 bis 8-9.

Tabelle 8-6: Berufsmobilität: Väter-Männer, Westdeutschland

Vater: Berufsklasse		Befr.: Berufsklasse						Gesamt
		UANAR	QARGB	LW	MBAN	SELBMH	FHBAN	
UANAR	Anzahl	90	111	2	40	23	36	302
	Abstrom %	29,8%	36,8%	,7%	13,2%	7,6%	11,9%	100,0%
	Stand. Resid.	5,8	2,6	-1,7	-,9	-1,2	-5,3	
QARGB	Anzahl	89	210	0	81	35	107	522
	Abstrom %	17,0%	40,2%	,0%	15,5%	6,7%	20,5%	100,0%
	Stand. Resid.	,4	5,0	-3,3	,1	-2,2	-3,2	
LW	Anzahl	28	35	28	19	10	22	142
	Abstrom %	19,7%	24,6%	19,7%	13,4%	7,0%	15,5%	100,0%
	Stand. Resid.	1,0	-,9	14,7	-,6	-1,0	-2,8	
MBAN	Anzahl	16	49	0	46	22	90	223
	Abstrom %	7,2%	22,0%	,0%	20,6%	9,9%	40,4%	100,0%
	Stand. Resid.	-3,4	-1,9	-2,1	2,0	,1	3,5	
SELBMH	Anzahl	16	21	0	24	45	54	160
	Abstrom %	10,0%	13,1%	,0%	15,0%	28,1%	33,8%	100,0%
	Stand. Resid.	-2,0	-3,7	-1,8	-,1	7,4	1,4	
FHBAN	Anzahl	16	23	2	30	18	130	219
	Abstrom %	7,3%	10,5%	,9%	13,7%	8,2%	59,4%	100,0%
	Stand. Resid.	-3,3	-5,0	-1,2	-,6	-,7	8,8	
Gesamt	Anzahl	255	449	32	240	153	439	1568
	Abstrom %	16,3%	28,6%	2,0%	15,3%	9,8%	28,0%	100,0%

Tabelle 8-7: Berufsmobilität: Väter-Männer, Ostdeutschland

Vater: Berufsklasse		Befr.: Berufsklasse						Gesamt
		UANAR	QARGB	LW	MBAN	SELBMH	FHBAN	
UANAR	Anzahl	27	40	0	10	5	15	97
	Abstrom %	27,8%	41,2%	,0%	10,3%	5,2%	15,5%	100,0%
	Stand. Resid.	5,0	-,7	-,7	-,1	-1,9	-1,1	
QARGB	Anzahl	41	220	1	28	43	57	390
	Abstrom %	10,5%	56,4%	,3%	7,2%	11,0%	14,6%	100,0%
	Stand. Resid.	-,3	3,1	-,8	-2,1	-,4	-2,5	
LW	Anzahl	0	10	3	2	1	4	20
	Abstrom %	,0%	50,0%	15,0%	10,0%	5,0%	20,0%	100,0%
	Stand. Resid.	-1,5	,3	8,8	-,1	-,9	,0	
MBAN	Anzahl	5	25	0	19	12	15	76
	Abstrom %	6,6%	32,9%	,0%	25,0%	15,8%	19,7%	100,0%
	Stand. Resid.	-1,2	-1,7	-,6	3,9	1,0	-,1	
SELBMH	Anzahl	3	10	0	4	12	13	42
	Abstrom %	7,1%	23,8%	,0%	9,5%	28,6%	31,0%	100,0%
	Stand. Resid.	-,8	-2,1	-,5	-,2	3,2	1,5	
FHBAN	Anzahl	5	32	0	15	14	46	112
	Abstrom %	4,5%	28,6%	,0%	13,4%	12,5%	41,1%	100,0%
	Stand. Resid.	-2,1	-2,7	-,8	,9	,2	4,9	
Gesamt	Anzahl	81	337	4	78	87	150	737
	Abstrom %	11,0%	45,7%	,5%	10,6%	11,8%	20,4%	100,0%

Quelle: ALLBUS 2004, 2006, eigene Berechnungen (Hellgraue Zellen bedeuten laut der standardisierten Residuen signifikante Häufungen (Übergänge sind überproportional häufig → Durchlässigkeit), dunkelgraue Zellen signifikante Defizite (Wechsel sind unterproportional → Barrieren))

Tabelle 8-8: Berufsmobilität: Väter-Frauen, Westdeutschland

Vater: Berufsklasse		Befr.: Berufsklasse						Gesamt
		UANAR	QARGB	LW	MBAN	SELBMH	FHBAN	
UANAR	Anzahl	160	17	1	66	11	29	284
	Abstrom %	56,3%	6,0%	,4%	23,2%	3,9%	10,2%	100,0%
	Stand. Resid.	7,5	,2	-1,5	-3,1	-2,0	-3,8	
QARGB	Anzahl	190	45	1	167	24	80	507
	Abstrom %	37,5%	8,9%	,2%	32,9%	4,7%	15,8%	100,0%
	Stand. Resid.	2,4	2,9	-2,3	-,4	-1,9	-2,3	
LW	Anzahl	41	10	17	29	14	12	123
	Abstrom %	33,3%	8,1%	13,8%	23,6%	11,4%	9,8%	100,0%
	Stand. Resid.	,4	1,1	11,5	-2,0	1,8	-2,6	
MBAN	Anzahl	40	7	1	110	12	59	229
	Abstrom %	17,5%	3,1%	,4%	48,0%	5,2%	25,8%	100,0%
	Stand. Resid.	-3,8	-1,7	-1,2	3,7	-1,0	1,8	
SELBMH	Anzahl	36	5	1	62	28	44	176
	Abstrom %	20,5%	2,8%	,6%	35,2%	15,9%	25,0%	100,0%
	Stand. Resid.	-2,6	-1,6	-,9	,3	4,5	1,3	
FHBAN	Anzahl	20	5	1	91	19	93	229
	Abstrom %	8,7%	2,2%	,4%	39,7%	8,3%	40,6%	100,0%
	Stand. Resid.	-6,1	-2,3	-1,2	1,5	,8	6,7	
Gesamt	Anzahl	487	89	22	525	108	317	1548
	Abstrom %	31,5%	5,7%	1,4%	33,9%	7,0%	20,5%	100,0%

Tabelle 8-9: Berufsmobilität: Väter-Frauen, Ostdeutschland

Vater: Berufsklasse		Befr.: Berufsklasse						Gesamt
		UANAR	QARGB	LW	MBAN	SELBMH	FHBAN	
UANAR	Anzahl	49	20	0	26	2	7	104
	Abstrom %	47,1%	19,2%	,0%	25,0%	1,9%	6,7%	100,0%
	Stand. Resid.	3,6	,6	-,6	-1,2	-1,6	-2,6	
QARGB	Anzahl	124	84	1	130	20	49	408
	Abstrom %	30,4%	20,6%	,2%	31,9%	4,9%	12,0%	100,0%
	Stand. Resid.	,7	1,9	-,4	,2	-,6	-2,6	
LW	Anzahl	20	9	1	5	2	2	39
	Abstrom %	51,3%	23,1%	2,6%	12,8%	5,1%	5,1%	100,0%
	Stand. Resid.	2,7	1,0	2,2	-2,1	-,1	-1,8	
MBAN	Anzahl	14	9	0	34	9	16	82
	Abstrom %	17,1%	11,0%	,0%	41,5%	11,0%	19,5%	100,0%
	Stand. Resid.	-1,9	-1,3	-,6	1,6	2,1	,4	
SELBMH	Anzahl	10	6	1	16	5	10	48
	Abstrom %	20,8%	12,5%	2,1%	33,3%	10,4%	20,8%	100,0%
	Stand. Resid.	-1,0	-,7	1,9	,2	1,4	,6	
FHBAN	Anzahl	13	7	0	42	7	57	126
	Abstrom %	10,3%	5,6%	,0%	33,3%	5,6%	45,2%	100,0%
	Stand. Resid.	-3,8	-3,1	-,7	,4	,0	7,5	
Gesamt	Anzahl	230	135	3	253	45	141	807
	Abstrom %	28,5%	16,7%	,4%	31,4%	5,6%	17,5%	100,0%

Quelle: ALLBUS 2004, 2006, eigene Berechnungen (Hellgraue Zellen bedeuten laut der standardisierten Residuen signifikante Häufungen (Übergänge sind überproportional häufig → Durchlässigkeit), dunkelgraue Zellen signifikante Defizite (Wechsel sind unterproportional → Barrieren))

8.5 Drei Mobilitäts-Regime gemäß Esping-Andersen

Esping-Andersen (1993) kontrastiert seinen Analyseansatz zu den Ansätzen von Wright und Goldthorpe:

Wright berücksichtigt zwar Ausstattungen des Humankapitals und kann insofern wichtige soziale Lagen der Dienstleistungsgesellschaften charakterisieren, aber der Ansatz ist im Wesentlichen statisch.

Goldthorpe versucht, angenommene Gleichförmigkeiten in den Lebenschancen zu erfassen, was er durch eine Kombination von beruflicher Stellung und beruflicher Tätigkeit zu operationalisieren versucht.

Esping-Andersen selbst berücksichtigt stärker die institutionellen Unterschiede der verschiedenen Dienstleistungsgesellschaften, wie sie auch in der neueren Mobilitätsforschung fortgeführt werden.

Esping-Andersen (1993) hat mit einer Forschergruppe aus verschiedenen Ländern Analysen der **intragenerationalen Mobilität** durchgeführt, die von einem Schichtungsmodell ausgehen, in dem eine fordistische und eine post-industrielle Hierarchie – jeweils mit vier Stufen – unterschieden werden (vgl. Kap. 5.2). Die Vorstellung von zwei getrennten Hierarchien ist nach unserer Auffassung eine Vereinfachung, aber dennoch arbeiten Esping-Andersen et al. interessante Unterschiede zwischen den verschiedenen Wohlfahrtsregimen heraus.

Er kommt zu den folgenden Ergebnissen:

Während im „Fordismus“ die Arbeiterschaft mit im Lebenslauf stabilen Beschäftigungsverhältnissen relativ überwog, gibt es im „Post-Fordismus“ eine Reihe neuer Entwicklungen: Einerseits nimmt die Arbeiterschaft absolut und relativ ab, andererseits nehmen professionelle und semi-professionelle Tätigkeiten zu, ferner einfache Dienstleistungen.

- 1) Berufs- und Mobilitätschancen hängen gemäß Esping-Andersen zunehmend auch von der Politik des Wohlfahrtsstaats ab sowie von den Freizeitpräferenzen der Menschen.
- 2) In den Dienstleistungsbereichen spielt Bildung zum Teil eine größere Rolle, ebenso wie interpersonale Fähigkeiten. Verglichen mit dem Modell des männlichen Familienernährers nimmt die Frauenerwerbstätigkeit zu, wodurch zusätzliche Nachfrage in Dienstleistungsbereichen entsteht, wo wiederum Frauen verstärkt Beschäftigungsmöglichkeiten finden.

Die Berufsstruktur weist einen Trend zum „upgrading“ (Aufwertung) auf, da die qualifizierten, professionellen, technischen und semi-professionellen Tätigkeiten stärker zugenommen haben als einfache Dienstleistungen sowie Büro- und Verkaufstätigkeiten.

Tabelle 8-10: Wandel in der Berufsstruktur gemäß Esping-Andersen

	BRD 1960	BRD 1985	BRD 1999	Schwe- den 1960	Schwe- den 1985	Schwe- den 1999	USA 1960	USA 1988	USA 1999
Σ : 'Primary occupations'	14,3	5,2	2,8	13,6	4,4	2,6	6,5	3,1	2,5
Managers	3,3	4,5	6,5	4,7	4,0	4,7	7,8	9,1	<u>11,0</u>
Clerical/ Sales	22,7	29,6	21,6	16,1	18,6	16,8	23,3	28,3	17,1
Skilled manual	<u>25,3</u>	<u>17,3</u>	<u>18,1</u>	18,6	15,2	11,2	13,2	8,7	11,2
Unskilled manual	16,1	16,5	10,9	21,6	12,4	11,8	21,6	14,4	13,0
Σ : 'Fordist occupations'	<u>67,4</u>	<u>67,9</u>	<u>57,1</u>	61,0	50,2	44,5	65,9	60,5	52,3
Professional	2,9	6,6	13,0	2,7	7,3	16,0	<u>5,4</u>	<u>8,8</u>	<u>17,2</u>
Semi- Professional	4,9	10,7	16,0	<u>8,9</u>	<u>14,6</u>	<u>18,4</u>	6,2	<u>9,3</u>	14,5
Skilled service	1,7	5,0	3,6	4,3	4,4	4,0	4,2	6,6	4,9
Unskilled service	8,7	4,5	7,5	9,5	16,9	<u>14,5</u>	<u>11,9</u>	<u>11,7</u>	<u>8,6</u>
Σ : 'Postindustrial occupations'	18,2	26,8	40,1	25,4	<u>43,2</u>	<u>52,9</u>	27,7	36,4	45,2

Quelle: Esping-Andersen (1993, S. 39/40) für 1960 und für die 1980er Jahre; Hansen (2001, S. 101) für 1999; angegeben sind jeweils die Prozentsätze.

In der Kontroverse, ob Haushalte oder Individuen die Einheiten der Analyse sein sollten, votiert Goldthorpe für Haushalte, nach unserer Auffassung sollte man von Individuen in Haushalten (als Kontext) ausgehen. Esping-Andersen geht von Individuen und nicht von Haushalten aus, mit den Argumenten, dass Frauen einen wachsenden Anteil an der Erwerbstätigkeit in den Dienstleistungsbereichen haben und Frauen sich stärker über sich selbst definieren als über ihre Familienrolle.

Gibt es ein post-industrielles „Proletariat“?

Trotz des „upgrading“ gibt es gleichzeitig einen Bereich einfacher Dienstleistungen zwischen 5 % in Deutschland und 15 % in Schweden, der sich allerdings vom früheren „Proletariat“ in mehrerer Hinsicht unterscheidet: Der Bereich einfacher Dienstleistungen hat quantitativ weniger Gewicht, er ist überproportional von Frauen besetzt und weniger homogen als das frühere „Industrieproletariat“.

Entsprechend der drei Wohlfahrtregime ist die **soziale Rekrutierung** der einfachen Dienstleistungsbeschäftigungen unterschiedlich:

In *Skandinavien* wird der Zustrom dominiert durch Frauen mit wenig formaler Bildung. Sie sind überwiegend teilzeit-beschäftigt, zur Vereinbarung von Familie und Erwerbstätigkeit.

In *Nordamerika* findet man die einfachen Dienstleistungen überproportional bei den privaten Konsumdienstleistungen. Es handelt sich häufig um sehr junge Personen – oft aus ethnischen Minoritäten – ohne formalen Bildungsabschluss. Frauen sind hier weniger überrepräsentiert.

In *Deutschland* sind Frauen in diesem Bereich sehr überrepräsentiert, aber es befinden sich in diesem Bereich auch viele frühere Industriearbeiter, zum Teil Immigranten, und die Personen sind noch nicht alt genug für den Vorruhestand.

Muster der Klassenmobilität

In *Deutschland* bleiben (gemäß dem Beitrag von Blossfeld) fast 60 % der unqualifizierten Dienstleister immobil. Die wahrscheinlichsten Änderungen aus dieser Lage heraus sind zu 10 % Arbeitslosigkeit und zu 45 % Hausfrauentätigkeit.

In *Skandinavien* gibt es ein vorhersagbares Mobilitätsmuster innerhalb der Hierarchie des Wohlfahrtsstaats: Z.B. von Hilfs-Schwester bis schließlich zur qualifizierten Pflege-Arbeit.

In den *USA und Kanada* sind die einfachen Dienstleistungstätigkeiten überproportional im Konsumbereich zu finden, wo sie insbesondere Übergangsbeschäftigungen für junge Leute sind. Zu 30 % findet man Wechsel zu Büro- und Verkaufsberufen, zu 17 % zu Manager-, professionellen oder technischen Tätigkeiten. Frauen sind hier weniger überproportional vertreten als in Skandinavien.

Großbritannien weist als Variante des liberalen Modells hierbei eine besonders ungünstige Kombination auf: Die einfachen Dienstleistungen sind überproportional wie in den USA und gleichzeitig immobil wie in Deutschland.

Mobilitätsregime

In *Skandinavien* bietet der Wohlfahrtsstaat gute Aufstiegschancen für Frauen in semi-professionelle Berufe. Es gibt eine ausgeprägte berufliche Segregation nach Geschlecht, wobei die Frauen überproportional im öffentlichen Sektor vertreten sind und Männer überproportional in der Privatwirtschaft.

Während im deutschen System der formale Ausbildungsabschluss die *Mobilitätsbarriere* für den unteren Bereich bildet, ist das skandinavische Modell um-

gekehrt im unteren Bereich offen für Aufwärtsmobilität, aber zur Spitze hin geschlossen.

In *Nordamerika* gibt es weniger soziale Schließung zwischen den Sektoren. Es gibt eine hohe Mobilität von Frauen zwischen einfachen Dienstleistungen, Verkaufs- und Büroberufen. Die Berufsstruktur ist weniger segregiert nach Geschlecht.

In den *USA* gibt es eine deutlich geringere Verbindung von Ausbildungs- und Berufssystem, das „training on the job“ ist viel wichtiger als etwa in Deutschland. Dies hat zur Folge, dass es im unteren Bereich keine Mobilitätsbarriere durch den fehlenden Abschluss gibt, andererseits nimmt aber die soziale Schließung zur Spitze hin deutlich zu – wie im skandinavischen Modell.

In *Deutschland* sind die Dienstleistungsbereiche weniger entwickelt als im sozialdemokratischen und als im wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime. Aber auch in Deutschland sind Frauen in den Dienstleistungsbereichen überproportional vertreten.

In Deutschland sind die *Mobilitätsbarrieren* stark durch die formale Qualifikation strukturiert. Es gibt zwei verschiedene Mobilitätsregime: Im unteren Bereich gibt es ein relativ geschlossenes Segment von einfachen Tätigkeiten, aus dem man ohne weitere Qualifizierung kaum herauskommt. Im Bereich der qualifizierten Tätigkeiten gibt es ein hohes Ausmaß an Mobilität. Qualifizierte Arbeiter haben z.B. die Möglichkeit, in technische, semi-professionelle oder Managerpositionen aufzusteigen.

Die *Rigidität* des deutschen Arbeitsmarktes beruht auf dem System der allgemeinen und beruflichen Bildung (vgl. z.B. Haller u.a. 1985, König und Müller 1986, Allmendinger 1989). Die Berufe setzen i.a. spezifische Ausbildungszertifikate voraus. In den USA dagegen ist das „training on the job“ viel stärker verbreitet, was die Mobilität erhöht. Und in Schweden wird verstärkt in die Weiterbildung investiert, um die Mobilitätschancen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt zu vergrößern. In der Bundesrepublik müsste das Bildungs- und Ausbildungssystem also durchlässiger werden und die Weiterbildung müsste systematisch gefördert werden.

9. Soziale Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern

Im Folgenden wird zunächst ein Überblick über die Entwicklung der sozialen Ungleichheit zwischen Frauen und Männern in Deutschland gegeben, wobei die Analyse von Geißler (1996) unseren Ausgangspunkt bildet. Anschließend wird die Bundesrepublik verortet einerseits in der Typologie von Ernährer-Modellen und Familienpflichten von Ostner und andererseits in den „gendered employment regimes“ insbesondere gemäß Daly und Pfau-Effinger. Schließlich wird die Frauenfreundlichkeit der fünf unterschiedenen Wohlfahrtsregime sowie der hier betrachteten 28 Länder anhand von vier zentralen Indikatoren empirisch verglichen.

9.1 Die Entwicklung in Deutschland gemäß Rainer Geißler

In der DDR war die Gleichstellung der Frau ein offizielles Ziel der Gesellschaftspolitik. Dabei wurden vor allem folgende drei Motive verfolgt: 1) Gleichberechtigung der Geschlechter in der Tradition der Arbeiterbewegung; 2) um Frauen für das staatssozialistische Gesellschaftsmodell zu gewinnen; 3) um Arbeitskräfte für die Wirtschaft zu rekrutieren. Im westdeutschen Modell dagegen leisteten Frauen zum hohen Anteil Hausfrauenarbeit und in der Zeit des Arbeitskräftemangels wurden Gastarbeiter angeworben.

In der früheren Bundesrepublik wurde eine Gleichstellungspolitik eher nur partiell entwickelt und umgesetzt, z.B. bzgl. der gleichen Bildungschancen für Mädchen im Rahmen der Bildungsexpansion.

a) Ungleichheiten im Bildungssystem

In den letzten 50 Jahren hat sich das Bildungsdefizit der Mädchen in einen Bildungsvorsprung bei den *AbiturientInnen* verwandelt, wobei dies in der alten Bundesrepublik erst 15 Jahre später erreicht wurde als in der DDR.

In der DDR wurden die Studienbedingungen frauenfreundlicher gestaltet (Förderung, Kinderbetreuung etc.), sodass der Frauenanteil an den *Studierenden* schon 1975 fast 50 % erreichte. In Westdeutschland gelang dies erst in den 1990er Jahren.

In der dualen *Berufsausbildung* sind Frauen laut Berufsbildungsbericht 2009 nur zu 39 % vertreten (2007). Frauen werden überproportional im Dienstleistungsbereich (Pflege, Verkauf etc.) ausgebildet. Diese Ausbildungen münden häufig in weniger gut honorierte Berufstätigkeiten.

b) Ungleichheiten in der Erwerbsarbeit

In der DDR wurde eine *Frauenerwerbsquote* von über 90 % erreicht. Einerseits wurde dies wegen egalitärer Werte in der Tradition der Arbeiterbewegung

politisch gefördert, gleichzeitig war es wegen der geringeren Produktivität und der Abwanderung notwendig.

In der alten Bundesrepublik stieg die Frauenerwerbsquote (für das Alter von 15 bis unter 65 Jahren) von 46 % (in 1970) auf 67 % (in 2005).

Im Jahr 2004 wies Ostdeutschland mit 73 % einen Vorsprung vor Westdeutschland mit 65 % Frauenerwerbsquote auf. Wenn man aber noch die Erwerbslosigkeit berücksichtigt, so stimmen die resultierenden Erwerbstätigenquoten von Frauen in Ost- und Westdeutschland mit etwa 58 % überein. Die Erwerbstätigenquoten von Männern sind im Rückgang, liegen aber in Ostdeutschland mit 63 % und in Westdeutschland mit 72 % noch über den Erwerbstätigenquoten der Frauen.

Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen ist in Ostdeutschland mit 28 % niedriger als in Westdeutschland (45 %).

Der Anteil der Doppelverdiener-Haushalte (Vollzeit) ist mit 37 % in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland (19 %).

Die **Kontinuität von Erwerbsverläufen** von Frauen ist interstaatlich durch wohlfahrtsstaatliche Rahmenbedingungen und kulturelle Leitbilder strukturiert sowie intrastaatlich durch den Bildungsgrad, wie *Judith Weigand* in ihrer Masterarbeit „Geschlechtsspezifische Erwerbsverläufe im internationalen Vergleich. Der Einfluss des ersten Kindes auf weibliche Erwerbsverläufe in Deutschland und Großbritannien.“ (Potsdam 2005) zeigt²⁵: Durch Querschnittsvergleiche arbeitet die Autorin heraus, dass die Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen im Jahr nach der Geburt in Westdeutschland mit 4,2 % drastisch niedriger ausfällt als im Jahr vor der Geburt (71,1 %) und nur langsam auf 10,9 % im 5. Jahr nach der Geburt steigt. In Großbritannien dagegen liegt die Vollzeiterwerbstätigkeit bereits ein Jahr nach der Geburt wieder bei 23,9 % (verglichen mit 68,5 % im Jahr vor der Geburt). Gemäß der Autorin dürften im wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime Großbritannien ökonomische Gründe den stärksten Einfluss haben, während sich in Westdeutschland die Institutionalisierung der Elternzeit in den Ergebnissen niederschlägt. Ostdeutschland ähnelt stärker Großbritannien, da die Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen zwar auch im ersten Jahr nach der Geburt deutlich niedriger ausfällt (6,8 %), aber im 5. Jahr nach der Geburt mit 22,8 % auf einem ähnlichen Niveau liegt wie in Großbritannien. Die Verfasserin führt letzteres auf die besseren Kinderbetreuungsangebote in Ostdeutschland sowie auf die Normen der Frauenerwerbstätigkeit als Folge der DDR-Sozialisation zurück, denn die wohlfahrtsstaatlichen Regulierungen stimmen ja mit den westdeutschen überein. Anschließend zeigt Judith Weigand, dass die Teilzeiterwerbstätigkeit in starkem Ausmaß zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie genutzt wird. Die Teilzeiterwerbstätigkeit steigt von einem Niveau von ca. 5 % in Großbritannien auf 30,7 % im 1. und 33,2 % im 5.

²⁵ Die empirische Analyse basiert auf dem British Household Panel für Großbritannien und dem Sozioökonomischen Panel für die Bundesrepublik Deutschland.

Jahr nach der Geburt, in Ost- und Westdeutschland nach der Elternzeit auf ein Niveau von ca. 20 %.

Neben der wohlfahrtsstaatlichen Infrastruktur und Regulierung sowie den kulturellen Leitbildern spielen schließlich Bildungsunterschiede eine große Rolle: Frauen mit höherer Bildungsstufe sind sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien häufiger erwerbstätig als Frauen mit niedrigerer Bildungsstufe.

Geschlechtsspezifische Unterschiede am Arbeitsmarkt

Die Erwerbstätigkeiten sind stark segregiert nach Geschlecht.

Die Entlohnung von Frauen als Anteil der Entlohnung von Männern bei Arbeitern und Angestellten hat sich seit 1960 von ca. 60 % im Laufe der Zeit erhöht, liegt aber auch 2004 in Ost- und Westdeutschland noch bei ca. 75 %.

Je höher die Hierarchiestufe in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen ist, desto stärker sind Frauen i.a. unterrepräsentiert. Nach dem Allbus 2006 sind Frauen bei den gelernten und FacharbeiterInnen mit 5 % vs. 23 % bei den Männern unterrepräsentiert, bei den Vorarbeitern und Meistern ebenfalls. 66 % der Frauen üben einfache bis verantwortliche Angestelltentätigkeiten aus gegenüber 33 % der Männer. 1,1 % der Frauen üben Führungsaufgaben aus gegenüber 1,8 % der Männer. Bei den Beamten im gehobenen und höheren Dienst sind Frauen mit 3,5 % gegenüber Männern mit 6,0 % weniger vertreten. Bei den Selbstständigen mit zwei und mehr MitarbeiterInnen sind Frauen mit 2 % gegenüber Männern mit 5 % weniger stark vertreten. Die „horizontalen“ Unterschiede (z.B. Angestellte vs. Arbeiter) sind also eher noch größer als die „vertikalen“ Unterschiede.

c) Ungleichheiten in der Politik

Politisches Interesse:

In Gesamtdeutschland sind gemäß dem Allbus 2006 78 % der Männer (mittel bis sehr stark) politisch interessiert, bei den Frauen sind es mit 67 % weniger.

Parteimitgliedschaft:

Die Frauenanteile in den Parteien betragen im Jahr 2007: CSU 19 %, FDP 23 %, CDU 25 %, SPD 31 %, Bündnis 90/Die Grünen 37 %, Die Linke 39 % (Datenreport 2008).

In Westdeutschland sind 6 % der Männer sowie 2 % der Frauen Mitglieder einer politischen Partei (2004).

In Ostdeutschland sind 4 % der Männer sowie 2 % der Frauen Mitglied einer politischen Partei (2004).

Vertretung im Parlament:

1988 betrug der Frauenanteil in der Volkskammer der DDR 32 %, der Frauenanteil im Bundestag der alten Bundesrepublik betrug nur 15 %.

2005 betrug der Frauenanteil im Bundestag in Ostdeutschland 35 %, in Westdeutschland 31 % (jeweils ohne Berlin).

Im September 2009 beträgt der Frauenanteil im Bundestag insgesamt 33 %. Die Anteile in den einzelnen Parteien unterscheiden sich wie folgt: CDU/CSU 20 %, SPD 38 %, FDP 25 %, Die Linke 52 %, Bündnis 90/ Die Grünen 54 %.

Vertretung im Bundeskabinett:

Während früher nur einige wenige Ressorts wie Gesundheit, Familie, Jugend oder Bildung mit Frauen besetzt waren, wurden in der Regierung Schröder ab 1998 ein Drittel und ab 2002 etwa die Hälfte der Ressorts von Frauen geleitet. Seit 2005 gibt es mit Angela Merkel zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Bundeskanzlerin. Der Frauenanteil im Kabinett beträgt aktuell mit fünf Ministerinnen und der Kanzlerin 35 %.

d) Ungleichheiten in Haushalt und Familie

Die *geschlechtsspezifische Arbeitsteilung* in der bürgerlichen Gesellschaft hatte dem Mann die Rollen der bezahlten Erwerbsarbeit (als Familien-Ernährer) und in Öffentlichkeit/Politik zugewiesen und der (Ehe-) Frau die private Pflegearbeit und Hausarbeit in Familie und Haushalt.

In der DDR waren die Kinderkrippen, Kindergärten und Schulhorte systematisch aufgebaut worden. Diese *frauenfreundliche Infrastruktur* blieb trotz mancher Einsparungen auch nach dem Umbau nach 1989/90 erhalten. In Westdeutschland wurden viel zu wenig finanzielle Mittel in diese Infrastruktur investiert. Im Jahr 2008 gab es z.B. in Westdeutschland nur für 12 % der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze in Kindertagesstätten, in Ostdeutschland sind es mit Betreuungsplätzen für 42 % der Kinder deutlich mehr (Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2009). (Vgl. auch Kap. 9.2 zur Frauenfreundlichkeit der Infrastruktur in verschiedenen Wohlfahrtsregimen gemäß Ilona Ostner.)

Die *Arbeitsteilung in Haushalt und Familie* ändert sich nur langsam: An der Betreuung der Kinder beteiligen sich Männer zunehmend, aber noch immer mit geringerem Zeiteinsatz, die Betreuung kranker Kinder übernehmen immer noch überwiegend die Mütter. Auch für Hausarbeiten (wie Waschen, Kochen, Putzen etc.) verwenden Frauen mehr Zeit, selbst wenn sie gleichzeitig erwerbstätig sind.

e) Perspektiven

Einerseits sind die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in Ostdeutschland – entgegen dem allgemeinen Modernisierungstrend – in Anpassung an die westdeutschen Institutionen wieder größer geworden, insbesondere wegen der schlechteren Wiedereinstellungschancen von Frauen. Die Betroffenheit von

Arbeitslosigkeit in der Transformationsphase nach 1989/90 verlief eher geschlechtsneutral.

Als andere Seite der ambivalenten Figuration hebt Irene Dölling (2001, S. 21) hervor: „Zu den bemerkenswerten Phänomenen des Transformationsprozesses zählt zweifelsohne das Festhalten der ostdeutschen Frauen an dem in der DDR praktizierten Modell der Vereinbarung von (Vollzeit)-Erwerbsarbeit und Familie.“

Die Zukunft ist offen, aber u.a. die Organisation von Europa als Lernprozess könnte die Rahmenbedingungen für die Antidiskriminierung und Gleichstellung verbessern.

9.2 „Gendered welfare regimes“

9.2.1 Typen von Ernährer-Modellen gemäß Jane Lewis und Ilona Ostner

Mit Hilfe dreier Indikatoren (dem Ausmaß der Müttererwerbstätigkeit, dem Ausmaß eigenständiger oder abgeleiteter sozialer Sicherung und dem Ausmaß und der Art öffentlicher Betreuungsleistungen) haben Jane Lewis und Ilona Ostner ein Konzept zur geschlechtersensiblen Unterscheidung verschiedener Wohlfahrtsstaaten erstellt. Im Vordergrund ihrer Analyse stehen weibliche Individualisierungs- und Lebenschancen in den jeweiligen Ländern. Sie entwickelte drei Idealtypen: das starke, das moderate und das schwache Ernährer-Modell. Das schwache Ernährer-Modell individualisiert Frauen am ehesten, das starke am wenigsten.

Folgende *Kriterien* werden von Jane Lewis und Ilona Ostner verwendet: Die Müttererwerbsarbeit kann kontinuierlich sein oder anlässlich der Geburt eines Kindes unterbrochen werden (diskontinuierlich). Wenn man die Frauenerwerbstätigkeit in Abhängigkeit vom Lebensalter darstellt, dann erkennt man Länder mit kontinuierlicher Frauenerwerbstätigkeit an einer eingipfeligen Verteilung („single peak“) und Länder mit unterbrochenen Erwerbsbiographen an einer doppelgipfeligen Verteilung („double peak“). Wenn die Frauenerwerbsbeteiligung überwiegend auf Teilzeitbeschäftigung beruht wie in den Niederlanden, haben Frauen einen geringeren Anteil am Arbeitsvolumen, als die Frauenerwerbsquote ausdrückt. Die soziale Absicherung von Frauen kann über den Ehemann erfolgen wie z.B. in Deutschland oder eigenständig sein wie in den skandinavischen Ländern, wobei es dazwischen auch Mischformen gibt. Die Entlastung von Familienpflichten ist stärker, wenn es öffentliche Betreuungseinrichtungen für Kinder gibt. Die öffentliche Vollzeit-Betreuung von Kindern unter 3 Jahren ist in den skandinavischen Ländern am stärksten ausgebaut. Die öffentliche Betreuung für Kinder von 3 bis 7 Jahren gibt es auch in Deutschland, allerdings überwiegend auf Teilzeitbasis. Die öffentliche Finanzierung eines Erziehungsurlaubs wie in Deutschland führt zu einer geringeren Frauenerwerbstätigkeit. Die Pflege im Alter schließlich wird z.B. in Skandinavien durch eine staatliche Beihilfe zur Finanzierung von Haushaltshilfen am stärksten unterstützt (vgl. hierzu auch Leitner 2003).

Abbildung 9-1: Kriterien für Ernährer-Modelle und Familienpflichten gemäß Jane Lewis und Ilona Ostner

Ernährer Modelle					
<i>Kriterien</i>					
Müttererwerbsarbeit	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Diskontinuierlich D IRE NL UK N</td> <td style="width: 50%;">Kontinuierlich F B DK S SF</td> </tr> <tr> <td>Teilzeit D IRE NL UK N DK S</td> <td>Vollzeit F B SF</td> </tr> </table>	Diskontinuierlich D IRE NL UK N	Kontinuierlich F B DK S SF	Teilzeit D IRE NL UK N DK S	Vollzeit F B SF
Diskontinuierlich D IRE NL UK N	Kontinuierlich F B DK S SF				
Teilzeit D IRE NL UK N DK S	Vollzeit F B SF				
Soziale Sicherung von Frauen	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 33%;">Abgeleitet D IRE NL</td> <td style="width: 33%;">Kombiniert UK F B</td> <td style="width: 33%;">Eigenständig N DK S SF</td> </tr> </table>	Abgeleitet D IRE NL	Kombiniert UK F B	Eigenständig N DK S SF	
Abgeleitet D IRE NL	Kombiniert UK F B	Eigenständig N DK S SF			
Familienpflichten					
Öffentliche Betreuung Kinder unter 3 Jahre (Vollzeit)	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 33%;">(0 – 3 %) D NL UK</td> <td style="width: 33%;">(20 – 25 %) F B N</td> <td style="width: 33%;">(30 – 60 %) DK S SF</td> </tr> </table>	(0 – 3 %) D NL UK	(20 – 25 %) F B N	(30 – 60 %) DK S SF	
(0 – 3 %) D NL UK	(20 – 25 %) F B N	(30 – 60 %) DK S SF			
Öffentliche Betreuung Kinder 3 bis 7 Jahre	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 33%;">(Teilzeit) UK NL D 19% 50% 60%</td> <td style="width: 33%;">(Vollzeit) F B N</td> <td style="width: 33%;">(Vollzeit) DK S SF</td> </tr> </table>	(Teilzeit) UK NL D 19% 50% 60%	(Vollzeit) F B N	(Vollzeit) DK S SF	
(Teilzeit) UK NL D 19% 50% 60%	(Vollzeit) F B N	(Vollzeit) DK S SF			
Erziehungsurlaub	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 100%;">D</td> </tr> </table>	D			
D					
Pflege im Alter (vorrangig)	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Privat/Angehörige D IRE F B</td> <td style="width: 50%;">(Para) Staatlich NL UK N DK S SF</td> </tr> </table>	Privat/Angehörige D IRE F B	(Para) Staatlich NL UK N DK S SF		
Privat/Angehörige D IRE F B	(Para) Staatlich NL UK N DK S SF				
Rang gemäß den Kriterien	<p style="text-align: center;"> D (10), IRE (9), NL (8), UK (7), F (5/6), B (5/6), N (4), DK (2/3), S (2/3), SF (1) </p> <table style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <td style="width: 33%;">„Starkes“ Ernährermodell</td> <td style="width: 33%;">„Moderates“ Ernährermodell</td> <td style="width: 33%;">„Schwaches“ Ernährermodell</td> </tr> </table>	„Starkes“ Ernährermodell	„Moderates“ Ernährermodell	„Schwaches“ Ernährermodell	
„Starkes“ Ernährermodell	„Moderates“ Ernährermodell	„Schwaches“ Ernährermodell			

Diskussion der Typologie von Jane Lewis und Ilona Ostner

Das „schwache Ernährermodell“ entspricht im wesentlichen Esping-Andersens sozialdemokratischem Wohlfahrtsregime: In diesem „Vollbeschäftigungs-Modell“ wird eine hohe Frauenerwerbstätigkeit angestrebt, welche zur Finanzierung des öffentlichen Wohlfahrtssektors beiträgt, in dem Frauen überproportional Beschäftigung finden. Um die Frauenerwerbstätigkeit zu erleichtern, werden andererseits die Betreuung von Kindern, Kranken und die Pflege im Alter durch den öffentlichen Wohlfahrtssektor unterstützt.

In Frankreich wird wegen der pronatalistischen Politik die öffentliche Infrastruktur zur Entlastung von erwerbstätigen Müttern gefördert, sodass Frankreich

ein Status-konservierendes Wohlfahrtsregime mit hoher Vollzeit-Frauenerwerbstätigkeit ist.

Wenn man noch die USA berücksichtigt, wird deutlich, dass das „starke Ernährermodell“ die geschlechtsspezifischen Unterschiede in wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregimen wie den USA und Großbritannien noch nicht hinreichend von den Status-konservierenden kontinentalen Wohlfahrtsregimen unterscheidet. So sind Frauen in der Erwerbshierarchie – als weiteres Kriterium von uns – in den USA noch etwas besser repräsentiert als in Schweden, während in der Status-konservierenden Bundesrepublik Deutschland auch die traditionellen Geschlechtsrollen stärker gewahrt wurden als in den liberalen Wohlfahrtsregimen.

Irland hingegen ist als katholisch geprägtes wirtschaftsliberales Land bzgl. der Geschlechtsrollen eher in der Nähe der konservativen Wohlfahrtsregime anzusiedeln, wie dies auch mit Hilfe der Kriterien von Lewis und Ostner geschieht.

Die unterschiedliche Institutionen-Logik von Staat-Markt-Familie kommt in der Typologie von Esping-Andersen besser zum Ausdruck. Die geschlechtsspezifischen Aspekte ließen sich auch für eine Erweiterung von Esping-Andersens „drei Welten“ um eine vierte „familistische“ Welt mit z.B. Italien und Spanien als Beispielen – die bei Jane Lewis und Ostner nicht berücksichtigt sind – verwenden, die bzgl. der Geschlechtsrollen noch ausgeprägter konservativ sind.

9.2.2 Vom „male breadwinner model“ zum „adult worker model“ (Jane Lewis)?

Jane Lewis (2004) hat die These aufgestellt, dass u.a. die Politik der EU einen Wandel hin zum „adult worker model“ begünstigt, bei dem alle Erwerbsfähigen auch die Möglichkeit der Erwerbstätigkeit haben sollen. Den Wandel illustriert sie mit den Anteilen nichtehelicher Geburten, den Scheidungsraten, den Anteilen der Ein-Personen-Haushalte, den Fertilitätsraten pro Frau, den Erwerbsquoten und den Teilzeitquoten.

Hofäcker (2004) weist auf den pfadabhängigen Verlauf dieser Prozesse sozialen Wandels hin: So lassen sich mindestens das skandinavische Cluster der Familienpolitik, das kontinental-europäische, das angelsächsische und das südeuropäische Cluster unterscheiden.

Von den kontinentaleuropäischen Ländern hat Frankreich die öffentliche Infrastruktur für die Ganztagsbetreuung von Kindern schon lange ausgebaut. Deutschland unterstützte vor 2007 vorrangig die Pflege von Kindern in der Familie durch ein zwei Jahre mit 300 Euro unterstütztes Elterngeld. Ab 2000 wurde eine kürzere Erwerbsunterbrechung (ein statt zwei Jahre) stärker gefördert (450 statt 300 Euro – mit Einkommenstest). Ab 2007 umfasst das

Elterngeld – ohne Einkommenstest – 67 % des vorherigen Einkommens des Pflegenden (mindestens 300 Euro und höchstens 1.800 Euro), wobei zwei Monate verfallen, falls sie nicht vom Vater in Anspruch genommen werden. Insofern ist dies ein Politikwechsel stärker in Richtung „dual-earner and dual-carer model“ für alle sozialen Schichten, wobei dies auch einen Status-konservierenden Aspekt hat.

9.3 „Gendered employment regimes“

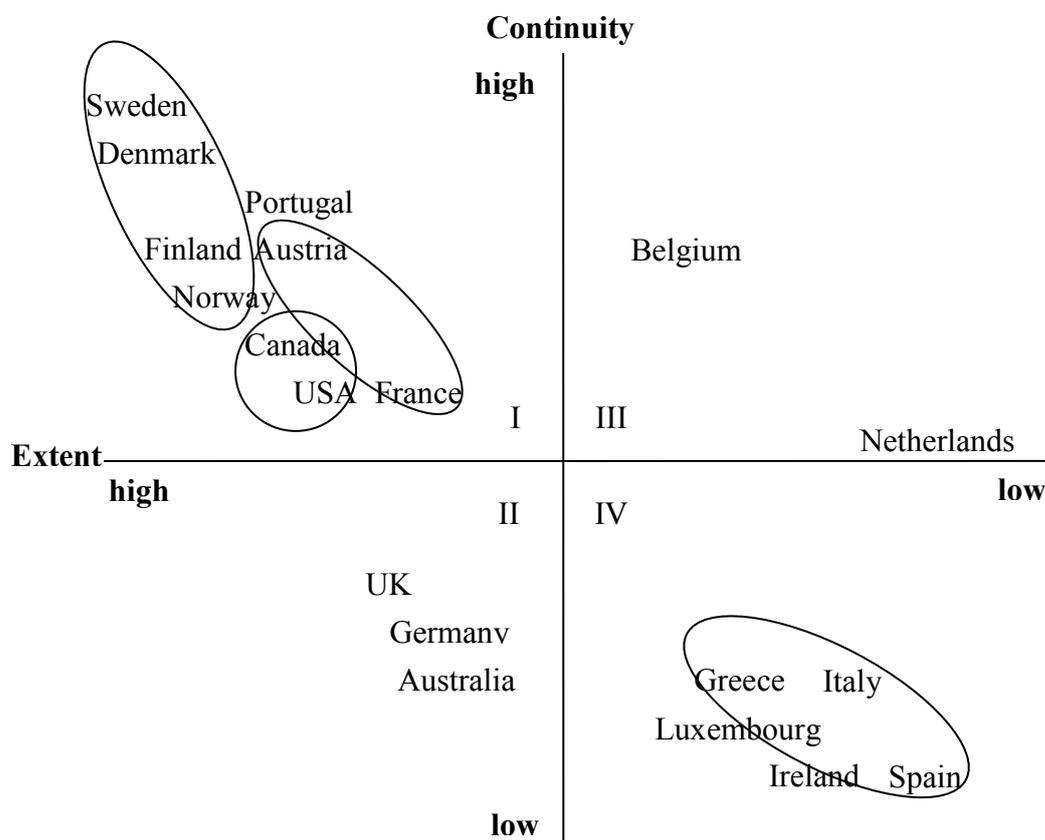
9.3.1 Profile der Frauenerwerbsbeteiligung gemäß Daly und Pfau-Effinger

Für die Analyse der Frauenerwerbsbeteiligung schlägt Mary Daly vor, sich nicht auf einfache Frauenerwerbsquoten zu beschränken, sondern das Explanandum zu erweitern. In ihrer Arbeit „A Fine Balance. Women’s Labor Market Participation in International Comparison“ (2000) unterscheidet sie deshalb zwei Dimensionen der Frauenerwerbsbeteiligung (vgl. Abbildung 9-2): Erstens wird das Ausmaß der Frauenerwerbsbeteiligung genauer durch den Umfang an Arbeitszeit gemessen, der tatsächlich gearbeitet wird²⁶. Zweitens wird die Dauer bzw. Kontinuität der Frauenerwerbsbeteiligung erfasst, da gerade die Unterbrechungen der Erwerbsarbeit für Frauen häufig nachteilige Folgen haben.²⁷ Wenn man die beiden Dimensionen jeweils dichotom betrachtet, so resultieren aus den Kombinationen vier Profile der Frauenerwerbsbeteiligung.

²⁶ Als Indikator wird dabei das Verhältnis von gesamter Frauenerwerbsquote und Frauenteilzeiterwerbsquote gewählt.

²⁷ Als Indikator wird der Anteil der erwerbstätigen Mütter mit Kindern unter 10 Jahren, da dies ein Hinweis auf kontinuierliche Erwerbstätigkeit ist.

Abbildung 9-2: Profile der Frauenerwerbsbeteiligung auf der Basis von Kontinuität und Ausmaß der Erwerbsbeteiligung von Frauen



Quelle: Cluster auf Basis der Daten von Daly 2000, S. 500

Die meisten Länder gehören zum ersten Profil, bei dem sowohl der Umfang als auch die Kontinuität der Frauenerwerbsbeteiligung hoch ist. Die Zusammensetzung der Länder im ersten Profil verweist auf die Notwendigkeit einer vieldimensionalen Erklärung. Die vier skandinavischen Länder gehören gemäß Ostners Typologie (vgl. Kap. 9.2.1) eher zum schwachen Ernährermodell, in dem egalitäre Leitvorstellungen, die frauenfreundliche Infrastruktur und die Vollbeschäftigungspolitik die Beteiligung von Frauen an der Erwerbsarbeit begünstigen. In den wirtschaftsliberalen USA (und abgeschwächt Kanada) werden Mütter z.B. nicht durch politische Unterstützung von der Erwerbsarbeit freigestellt wie in konservativen Wohlfahrtsregimen. Portugal weicht von den anderen Ländern des Südens ab, die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist auch ein Ausdruck ökonomischer Notwendigkeit. Frankreich verfolgt eine pronatalistische Politik durch die Bereitstellung von ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen, was die Frauenerwerbsbeteiligung erleichtert. Österreich unterscheidet sich z.B. von Deutschland dadurch, dass die Kontinuität der Frauenerwerbsbeteiligung deutlich stärker verbreitet ist.

Im zweiten Profil befinden sich die Länder mit hohem Umfang der Frauenerwerbsbeteiligung, aber geringer Kontinuität, wozu auch die Bundesrepublik Deutschland gehört. Die Erklärung dürfte in der Politik der Freistellung von Müttern von Erwerbsarbeit liegen. Auch in dem wirtschaftsliberalen Großbritannien und in Australien entspricht die Frauenerwerbsbeteiligung noch stärker konservativen Werten, verglichen mit den Ergebnissen z.B. in den USA.

Im dritten Profil mit geringem Umfang der Frauenerwerbsbeteiligung, aber einer hohen Kontinuität befinden sich Belgien und die Niederlande. Die starke Förderung der Teilzeitbeschäftigung von Frauen durch bessere soziale Absicherung in den Niederlanden schlägt sich in dem relativ geringen Umfang der Frauenerwerbsbeteiligung deutlich nieder, andererseits ist aber die Niederlande wegen der vorrangigen Bedeutung der Kontinuität bei der Frauenerwerbstätigkeit wohl als moderner einzuschätzen als die Bundesrepublik, so wie Pfau-Effinger (1996, 2000) dies interpretiert.

Im vierten Profil mit geringem Ausmaß und geringer Kontinuität der Frauenerwerbsbeteiligung befinden sich die katholischen Länder (Italien, Spanien, Irland, Luxemburg) und das orthodoxe Griechenland. In diesen Ländern dürfte die Konfession einen höheren Stellenwert bei der Förderung traditioneller Geschlechtsrollen haben als in den anderen betrachteten Ländern.

Zur Erklärung der Frauenerwerbsbeteiligung in Umfang und Kontinuität sind also gemäß Mary Daly (2000) zahlreiche Faktoren und Mechanismen erforderlich. Als *Nachfragefaktoren* berücksichtigt Mary Daly u.a. das Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung, das für die Niederlande entscheidend ist, und die Beschäftigungsrate im Dienstleistungssektor, wobei die öffentlichen Dienstleistungen im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime eine größere Rolle spielen und die privaten Dienstleistungen im wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime, während der „familistische“ Süden weder bei den öffentlichen noch bei den privaten Dienstleistungen stark ausgeprägt ist. Als *Angebotsfaktoren* berücksichtigt Daly die Politiken der Kinderbetreuung, die durch Ganztagsbetreuungseinrichtungen zu besseren Wahlmöglichkeiten und zu einer höheren Frauenerwerbsquote in Skandinavien und Frankreich führen, die Politiken der Altenpflege, bei denen Schweden und Dänemark am erfolgreichsten sind, und die Steuerpolitik, wobei die Individualbesteuerung in Schweden und Finnland gemeinsam mit einer hohen Müttererwerbsquote vorzufinden ist sowie als ein Gegentyp Spanien mit niedriger Müttererwerbstätigkeit. Allerdings wirken alle diese Faktoren in Interaktion, sodass jeweils differenzierende Erklärungen erforderlich sind.

Pfau-Effinger (1996, 2000) arbeitet insbesondere die kulturellen Leitbilder und die Entwicklungspfade heraus, die mindestens zu folgenden verschiedenen *Gechlechterarrangements* führen können: Das *familienökonomische Modell*, bei

dem der ökonomische Beitrag der Frauen beim Übergang von den Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft nicht in Frage gestellt wird, wofür Finnland ein Beispiel ist. Das *Hausfrauenmodell der Versorgerehe* wurde vom niederländischen Bürgertum entwickelt, wurde aber in den Niederlanden selbst durch die Förderung der Teilzeitarbeit inzwischen teil-modernisiert zum *Vereinbarkeitsmodell der Versorgerehe*, sodass die Versorgerehe inzwischen eher für den Süden charakteristisch ist. Das *egalitär-individualistische Modell* beinhaltet ein Doppelversorgermodell mit staatlicher Kinderbetreuung, wie es im „schwachen“ Ernährermodell bzw. sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime zu finden ist. Das *egalitär-familienbezogene Modell* bestände in einem Doppelversorgermodell mit partnerschaftlicher Kinderbetreuung. Dies würde die Teilzeiterwerbsarbeit beider Partner voraussetzen. Erste Anhaltspunkte für eine Entwicklung in diese Richtung sieht Pfau-Effinger am ehesten in den Niederlanden.

Die Geschlechterarrangements bzgl. der Betreuungsarbeiten und bzgl. der Beteiligung an der Erwerbsarbeit stehen sicher in einer Wechselbeziehung, mit der Reihenfolge der Darstellung (Kap. 9.2 und Kap. 9.3) soll hier keine kausale Priorität der Betreuungsarbeiten gegenüber der Beteiligung an der Erwerbsarbeit behauptet werden.

9.3.2 Geschlechtsspezifische Berufsstrukturen, die Befürwortung sozialstaatlicher Intervention und die Einstellung zur Frauenerwerbstätigkeit im Vergleich zu Norwegen und den USA

In ihrer Dissertation untersucht *Birgit Schäfer* die Unterschiede der geschlechtsspezifischen Berufsstrukturen sowie deren Zusammenhang mit gesellschaftlich-politischen Einstellungen: „Ein Vergleich der Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: Schichtselbsteinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von beruflichen Lagen.“ (1998)

Die Autorin unternimmt es, das für die Bundesrepublik besonders geeignete Modell „beruflicher Lagen“ (gemeint sind auch Erwerbslose, Personen in Ausbildung, im Ruhestand sowie Hausfrauen) für die Bundesrepublik auf eine Art zu verallgemeinern, die für den internationalen Vergleich geeignet ist. Meine Schlussfolgerung aus dem von Erik O. Wright (USA) initiierten Forschungsverbund „Comparative project of class structure and class consciousness“ bestand darin, dass man bei dem internationalen Vergleich der Verteilung sozialer Lagen die (sozial-)staatlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen muss, wie sie insbesondere von Esping-Andersen (1990) in seiner Theorie der Wohlfahrtsregime analysiert wurden. Ferner ist dabei die Kritik aus der Frauenbewegung zu berücksichtigen (Lewis und Ostner, Sainsbury etc.). Vor diesem Hintergrund vergleicht die Verfasserin auf der Basis des ISSP 1992 und 1994 das konservative Wohlfahrtsregime am Beispiel Westdeutschlands

(Österreich ist der Prototyp, aber auch Westdeutschland ist – nicht nur aus deutscher Sicht – ein interessanter Fall), das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime am Beispiel Norwegens (aufgrund der Datenlage; Schweden ist der Prototyp) und das liberale Wohlfahrtsregime am Beispiel der USA (dies ist der Prototyp). Ostdeutschland ist ein interessanter Sonderfall, der in diesem Bezugssystem verortet werden soll. – Ein wichtiges Element zu dieser Verortung ist der Index zur strukturellen Erwünschtheit von Frauenerwerbstätigkeit gemäß Siaroff (1994), der für Westdeutschland gering ist (0,40), für die USA und Norwegen (mit 0,59 bzw. 0,60) dagegen hoch. Die Autorin berechnet als Vergleichswert für Ostdeutschland 0,60, was dem hohen Wert von Norwegen (bzw. der USA) entspricht. Diesem „objektiven“ Index entspricht der „subjektive“ Index der Einstellung zur Frauenerwerbstätigkeit, wobei die größten Unterschiede gerade zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen.

Der „Dekommodifizierungsindex“ von Esping-Andersen, der die Lohnersatzrate des sozialen Sicherungssystems misst, um die Beschränkung des „Warencharakters der Arbeitskraft“ durch das Wohlfahrtsregime zu erfassen, ergibt gemäß der Autorin – wohl wegen des Institutionstransfers von West- und Ostdeutschland – für Ostdeutschland in etwa den westdeutschen Wert von 27,7, was eine mittlere Dekommodifizierung ausdrückt, im Vergleich zu der hohen in Norwegen (38,3) und der niedrigen in den USA (13,8). Obwohl die Lohnersatzrate in Ostdeutschland also nur eine mittlere Ausprägung hat, ist die tatsächliche Sozialleistungsquote in Ostdeutschland aufgrund des hohen Problemlösungsbedarfs mit ca. 55-60 % deutlich höher als in Westdeutschland mit ca. 29-32 %. Der „subjektive“ Index der Einstellungen zu staatlichen Interventionen weist in Ostdeutschland die stärkste Befürwortung von staatlichen Interventionen aus, gefolgt von Norwegen, Westdeutschland und schließlich den USA. Das heißt, dass sich in Ostdeutschland etatistisch-egalitäre Werte auch nach 1989 behaupten konnten.

Anhand der Verteilung der beruflichen Lagen zeigt die Autorin, dass der Anteil der Rentner in Westdeutschland mit 22,3 % und insbesondere in Ostdeutschland mit 29,9 % besonders hoch ist (Stand 1994), was sicher auch auf die Frühverrentungspolitik in der Bundesrepublik bei Arbeitsmarktproblemen zurückzuführen ist. Ferner gibt es in Westdeutschland (mit 14,6 %) – aber auch in den USA (mit 13,1 %) – mehr Hausfrauen als in den anderen Ländern. Bezüglich der Dienstleistungsbeschäftigungen sind Ost- und Westdeutschland (mit 25,3 % bzw. 26,3 %) im Vergleich zu Norwegen (44,3 %) und den USA (49,0 %) wenig entwickelt. Die Autorin zeigt, dass die Humandienstleistungen in Norwegen überproportional vertreten sind und die Konsumdienstleistungen in den USA; d. h. andererseits, dass dies mögliche Beschäftigungspotentiale für die Bundesrepublik sind, die bisher nicht genutzt wurden.

Bezüglich der Einstellung zur Frauenerwerbstätigkeit lässt sich zeigen, dass bestimmte Gruppen sie eher befürworten (Bildungsberufe, sozialpflegerische

Berufe z.B.), andere sie eher ablehnen (Rentnerinnen und Rentner z.B., worin sich wohl ein Kohorteneffekt bzgl. dieser Einstellung ausdrückt: Jüngere befürworten eher die Frauenerwerbstätigkeit.). In Ostdeutschland befürworten alle beruflichen Lagen die Frauenerwerbstätigkeit relativ stark, wenn man sie mit den entsprechenden Lagen in den anderen Ländern vergleicht.

In Westdeutschland ist gemäß Birgit Schäfer der Anteil der Erwerbspersonen unter den Frauen mit 41,2 % viel niedriger als in Ostdeutschland mit 61,2 %, in den USA mit 64,0 % und in Norwegen mit 65,9 %.

Mittels der Aufgliederung der Querschnittsdaten nach Alter illustriert die Autorin, dass Westdeutschland in den 1990er Jahren noch ein „double-peak“-Land der Erwerbsbeteiligung von Frauen ist, wobei die Erwerbsbeteiligung der 30- bis 40-jährigen geringer ist. Ostdeutschland dagegen ist der Gegenteil („single-peak“) mit durchgängig hoher Erwerbsbeteiligung der Frauen aller mittleren Altersgruppen. Auch Westdeutschland hat sich inzwischen zu einem „single-peak“-Land mit durchgängig hoher Frauenerwerbsbeteiligung entwickelt.

Mit Differenzierung nach Geschlecht lässt sich die Einstellung zur Frauenerwerbstätigkeit mit 17,6 % am besten in Westdeutschland erklären; d. h. dass sich die Einstellungen bei diesem Thema zwischen Männern und Frauen in Westdeutschland im Vergleich zu anderen Ländern besonders stark unterscheiden. Einig sind sich am ehesten die Rentner/innen, nämlich in der Ablehnung der Frauenerwerbstätigkeit.

In Erweiterung auf eine gleichzeitig intra- und internationale Analyse zeigt die Autorin, dass die Befürwortung von Staatsinterventionen sich auf den „Dekommodifizierungsgrad“ der Länder sowie auf Einkommen und Bildung der Individuen zurückführen lässt. Die Befürwortung der Müttererwerbstätigkeit lässt sich auf die strukturelle „Erwünschtheit von Frauenerwerbstätigkeit“ (Index gemäß Siaroff) sowie Alter und Geschlecht der Individuen zurückführen.

9.3.3 Einstellungen zur Erwerbstätigkeit im Vergleich mit Großbritannien

Das Ausmaß der Frauenerwerbstätigkeit ist stark davon abhängig, wie erwünscht Frauenerwerbstätigkeit in einem Land ist, da die Ausgestaltung der Institutionen den dominierenden Leitvorstellungen folgt. Die entsprechenden Einstellungen – d.h. die Unterstützung in der Bevölkerung – untersucht *Claudia Vogel* in ihrer Masterarbeit „Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien.“ (2000).

Das Wohlfahrtsregime Großbritanniens basiert auf dem Beveridge Report von 1942. Zwar wurde dessen Universalismus-Prinzip realisiert (z.B. durch einen nationalen Gesundheitsdienst), aber auf so niedrigem Niveau, dass das britische Wohlfahrtsregime eine andere Qualität aufweist als das skandinavische. Durch die „konservative Revolution“ unter M. Thatcher mittels Privatisierung und Deregulierung bewegte sich das Wohlfahrtsregime noch stärker vom sozialdemokratischen Modell weg in Richtung des liberalen Modells der USA.

Während der Arbeitsmarkt in Deutschland stark reguliert ist, ist er in Großbritannien flexibilisiert. Entsprechend sind die Lohnunterschiede nach Geschlecht in Deutschland geringer als in Großbritannien. Die Frauenerwerbsquote ist in Ostdeutschland größer als in Großbritannien, letztere ist wiederum größer als in Westdeutschland. Die Müttererwerbsquote ist in Ostdeutschland ca. 15 % höher als in Westdeutschland, ferner überwiegt im Osten Vollzeit, im Westen dagegen Teilzeit.

Auf der Basis des ISCO 1988 operationalisiert die Verfasserin ein Berufsstrukturmodell, um horizontale und vertikale Unterschiede sozialer Lagen zu erfassen. Aufgrund einer Diskussion von 11 Aussagen zu Geschlechtsrollen im ISSP 1994 konstruiert die Autorin einen Einstellungsindex zu Frauenerwerbstätigkeit als zu erklärende Variable.

Zunächst wird die Binnenvariation dieser Einstellungen innerhalb der einzelnen Länder analysiert. Für Westdeutschland zeigt die Autorin, dass die beruflichen Lagen und Bildung einen hohen Erklärungsbeitrag leisten. Alter und Geschlecht leisten einen nennenswerten Zuwachs zu dieser Erklärung, schließlich auch noch die einbezogenen Variablen zur Erziehung.²⁸ Für Ostdeutschland haben die beruflichen Lagen und die Bildung eine geringere Erklärungskraft. Das Alter hat sogar keinen signifikanten Effekt. Dies sind alles Hinweise, dass Ostdeutschland bei diesen Einstellungen relativ homogen ist. In Großbritannien ist die Strukturierung schließlich ähnlich wie in Westdeutschland, mit der Ausnahme, dass in Großbritannien Personen mittlerer Bildung die Frauenerwerbstätigkeit am stärksten befürworten.

Im nächsten Schritt wird die Variation der Einstellungen zwischen den verschiedenen Ländern untersucht. Die Verfasserin zeigt, dass sich durch Länderunterschiede ca. 15 % der Varianz erklären lassen. Durch die beruflichen Lagen und Bildung lässt sich diese Erklärung nennenswert auf ca. 27 % erhöhen, durch Alter und Geschlecht noch um ca. 3 %. D.h. dass das Modell von Claudia Vogel sich insgesamt sehr gut bewährt. Schließlich weist die Autorin darauf hin, dass die Länderunterschiede sich sowohl auf die strukturelle Erwünschtheit der Frauenerwerbstätigkeit (Siaroff-Index) wie auch äquivalent

²⁸ 1) Eigene Mutter erwerbstätig 2) Erziehungsziel Gehorsam

auf kulturelle Leitbilder (Indikator: Akzeptanz der Müttererwerbstätigkeit) zurückführen lassen.

9.4 Die Frauenfreundlichkeit von Ländern und Wohlfahrtsregimen im empirischen Vergleich

Frauenfreundlichkeit als moralisches Ziel

Frauen sind im Vergleich zu Männern in ihrer Lebenspraxis mit Benachteiligungen konfrontiert; sie sind als Gruppe von sozialer Ungleichheit betroffen. Soziale Ungleichheit bezeichnet die systematische ungleiche Verteilung von wertvollen Ressourcen. Die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern kann sich nun darin niederschlagen, dass Frauen im Vergleich zu Männern an Universitäten, in Parlamenten oder in Führungspositionen unterrepräsentiert sind oder ein geringeres Einkommen erzielen. Letztlich spiegeln solche Zahlen ein hierarchisches Geschlechterverhältnis wider; Frauen verfügen über eine geringere ökonomische Unabhängigkeit und geringere Lebenserfolgschancen.

Seit wenigen Jahren erwerben Frauen in vielen Ländern im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse als Männer. Wer als Ziel das strikte Gleichheitskriterium vertritt, müsste die hohen Frauenquoten, die bei Hochschulabsolventen in vielen Ländern deutlich über 50 Prozent liegen, negativ bewerten. Solange Frauen in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen jedoch noch deutlich benachteiligt sind, erscheint uns hier die „Frauenfreundlichkeit“ als Kriterium geeigneter. Hohe Frauenquoten in tertiären Bildungssystemen werden im Sinne von „Frauenfreundlichkeit“ im Folgenden positiv bewertet.

Die Mechanismen, die zur Benachteiligung von Frauen führen, sind oft nicht leicht zu identifizieren. Oftmals geht eine geschlechtsspezifische Rollenzuschreibung einher mit sehr subtilen und versteckten Formen der Diskriminierung. Als Erfolgshemmnisse werden hauptsächlich die größere Verantwortung der Frauen für Kinder und Familie und die damit verbundene weniger ausgeprägte Berufsorientierung angesehen, geschlechtsspezifisch aufgeteilte Arbeitsmärkte mit typischen „Frauenberufen“ sowie patriarchalische Strukturen in Unternehmen. Hinzu kommen „kulturelle“ Stereotype, die das männliche Geschlecht stärker als das weibliche Geschlecht mit karriereförderlichen Attributen (führungsstark, rational, selbstbewusst etc.) assoziieren.

Unter der Überschrift Frauenfreundlichkeit wird im Folgenden die besondere Förderung von Frauen in Wohlfahrtsregimen verstanden und insbesondere die Angleichung ihrer Zugangsbedingungen zu allgemein als wertvoll geschätzten Ressourcen. Die Verhinderung von Diskriminierung in einer Gesellschaft wird als Ziel erachtet, dessen Realisierung moderne Gesellschaften anstreben sollen. Insofern werden unterschiedliche Wohlfahrtsstaaten und Regimetyten danach

verglichen, in welchem Ausmaß sie eine antidiskriminierende bzw. frauenfreundliche Gesellschaft realisieren.

Modernisierungspfade und die Gleichberechtigung der Geschlechter

In den vergangenen Dekaden hat das Thema „Gleichstellung der Frau“ an gesellschaftlicher Aufmerksamkeit hinzugewonnen. Moderne Gesellschaften, so ließe sich die Entwicklung resümieren, haben das Ziel egalitärer Geschlechterverhältnisse in ihrem moralischen Horizont fest verankert und sind auch politisch bemüht, durch entsprechende Maßnahmen diesem Ziel näher zu kommen. Dennoch lassen sich auch hier in den Wohlfahrtslogiken Merkmale ausmachen, die erwarten lassen, dass die Reduktion geschlechtsspezifischer Differenzen nicht in allen Ländern mit dem gleichen Erfolg betrieben werden konnte.

Das sozialdemokratische Regime finanziert sich zu großen Teilen über Steuern und Abgaben, so dass – aus einer Systemperspektive betrachtet – Vollbeschäftigung geradezu konstitutiv für das Funktionieren des Modells ist. Auch die kostenfreie oder zumindest kostengünstige Betreuung von Klein- bzw. Schulkindern ist hier gewährleistet, so dass Frauen der Balanceakt zwischen Familien- und Berufsinteressen besser gelingen kann. Der sozialdemokratische Dienstleistungsstaat bietet Frauen zudem viele Arbeitsmöglichkeiten in den staatlichen sozialen Dienstleistungsberufen an („care work“). Es ist folglich zu erwarten, dass in den skandinavischen Staaten die höchste Frauenfreundlichkeit zu finden sein wird.

Das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsmodell hat die sozialen Dienste „privatisiert“ und damit einen großen Bereich relativ niedrig bezahlter haushaltsnaher Dienstleistungen geschaffen. Gleichzeitig wird durch bedürftigkeitsgeprüfte und minimalistische Sozialleistungen eine Rekommodifizierung erreicht, die auch vor den Geschlechterbeziehungen nicht halt macht. Frauen sind demnach – unabhängig von ihrer freien Entscheidung – auch aus ökonomischen Engpässen heraus auf den Arbeitsmarkt verwiesen. Das Gehalt eines (männlichen) Verdieners genügt in der Regel nicht, um die Familie sicher zu versorgen.

Die Wohlfahrtslogik des konservativen Regimes hat ihre historischen Wurzeln unter anderem in der katholischen Soziallehre, wonach die Familie einen besonderen Schutz verdient. Die Arbeits- bzw. Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern ist hier besonders ausgeprägt. Während die Frauen für Kinder und Haushalt sorgen und höchstens einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, ist der Mann für die finanzielle Versorgung zuständig. Da Sozialleistungen an Arbeitsbiografien geknüpft sind, ist die Frau in diesem „Modell des männlichen Ernährers“ nicht eigenständig, sondern über ihren Ehemann sozial abgesichert. Die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten dürften in diesem Regime mit am stärksten ausgeprägt sein.

Ein noch ungünstigeres Abschneiden ist für die südeuropäischen Länder mit „familistischer“ Wohlfahrtslogik zu erwarten, da hier die Geschlechtsrollen dem traditionellen Bild noch ausgeprägter entsprechen als im konservativen Regime. Die ex-sozialistischen Länder wiederum könnten bei der Geschlechtergleichheit eher gut abschneiden, da in der staatssozialistischen Gesellschaftspolitik eine hohe Frauenerwerbstätigkeit aus ökonomischen und ideologischen Motiven durchaus erwünscht war.

Auswahl der Indikatoren

Das Ausmaß der gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen lässt sich auf mehreren Dimensionen beurteilen; als besonders relevant erscheinen ihre Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen, ihr Zugang zu höherer Bildung, ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt und ihr durchschnittliches Einkommen.

Der Zugang zu hohen gesellschaftlichen und politischen Ämtern wird als wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern anerkannt. Mit gesellschaftlichen Ämtern ist Entscheidungsmacht verbunden und damit das Potential, soziale Strukturen mit zu gestalten und zu verändern. Um die Repräsentation der Geschlechter in politischen Ämtern abzubilden, wird der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten untersucht.

Das Bildungssystem besitzt in modernen Gesellschaften eine Statuszuweisende Funktion. Gesellschaftliche Positionen, soziale Auf- und Abstiege sowie Beruf und Karriere hängen relativ eng mit dem Bildungsniveau einer Person zusammen. Ein Indikator für die Bildungspartizipation von Frauen und Männern ist der Studentinnenanteil im Verhältnis zum Studentenanteil. Wenn die Studentinnenanteile die Studentenanteile überwiegen, wird dies, wie eingangs begründet, im Sinne von „Frauenfreundlichkeit“ positiv bewertet.

Bessere Bildungsabschlüsse der Frauen führten nicht im gleichen Ausmaß zu besseren Chancen am Arbeitsmarkt. So gibt es nach wie vor geschlechtsspezifische Arbeitsmärkte, Frauen werden häufiger als Männer unter ihrem Ausbildungsniveau eingesetzt und auch schlechter bezahlt. Zur Messung der Integration in den Arbeitsmarkt wird die Erwerbsquote der Frauen ins Verhältnis zur Erwerbsquote der Männer gesetzt. Hohe Verhältniswerte entsprechen also frauenfreundlichen Arbeitsmärkten.

Das Einkommen ist ein verhältnismäßig guter Indikator, um den materiellen Lebensstandard eines Menschen abzubilden. Ein geringeres Einkommen der Frauen ist gleichbedeutend mit geringerer ökonomischer Unabhängigkeit. Als Indikator für Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtsgruppen wurde das durchschnittliche Jahreseinkommen der Frauen in Relation zum durchschnittlichen Jahreseinkommen der Männer gewählt.

Um einen umfassenden Wert zu erhalten, der das Ausmaß der Benachteiligung von Frauen in allen vier Dimensionen abbildet, wurden die vier Indikatoren standardisiert und ihr Mittelwert als zusammenfassender Index für Frauenfreundlichkeit berechnet. In diesem Gesamtwert sind damit alle vier Teilaspekte mit gleichem Gewicht repräsentiert.

Ländervergleich

Die skandinavischen Länder Schweden, Finnland, Norwegen und Dänemark erreichen beim Frauenanteil im Parlament mit Anteilen zwischen 37 und 47 % die besten Werte. Die Türkei, Russland und Malta schneiden am ungünstigsten ab; in diesen Ländern wird nicht einmal jeder zehnte Sitz im Parlament von einer Frau besetzt. Deutschland liegt mit einem Frauenanteil von 31 % auf dem 9. Rang (vgl. Tabelle 9-1).

In 32 von 36 untersuchten Staaten liegt die Bildungsbeteiligung von Frauen in tertiären Bildungseinrichtungen über dem Wert der Männer. In Lettland kommen auf einen Studenten rein zahlenmäßig 1,79 Studentinnen. In den drei baltischen Staaten sowie in Schweden und Norwegen sind Frauen gegenüber Männern am meisten im Vorteil. Nur in drei Ländern (Türkei, Schweiz und Japan) gibt es den aktuellen Daten zufolge noch mehr Studenten als Studentinnen. Deutschland positioniert sich mit einer ausgeglichenen Bildungsbeteiligung von Männern und Frauen auf Platz 33.

Im Gegensatz zur Bildungspartizipation sind Frauen am Arbeitsmarkt noch immer schlechter gestellt als Männer; dies verdeutlichen die Erwerbsquoten ebenso wie die Durchschnittseinkommen. Noch relativ ausgeglichen sind die Erwerbsquoten in Schweden, Norwegen und Finnland. Die geringste Beschäftigungsgleichheit herrscht mit großem Abstand in der Türkei und auch in Malta. Bei den Durchschnittseinkommen ergibt sich ein ähnliches Bild. Während das durchschnittliche Einkommen der schwedischen Frauen „nur“ um den Faktor 0,81 geringer als das Einkommen der schwedischen Männer ist, liegt dieser Wert in der Türkei bei 0,35. Deutschland erreicht bei beiden Indikatoren nur leicht unterdurchschnittliche Werte und platziert sich auf Rang 20 bzw. 24.

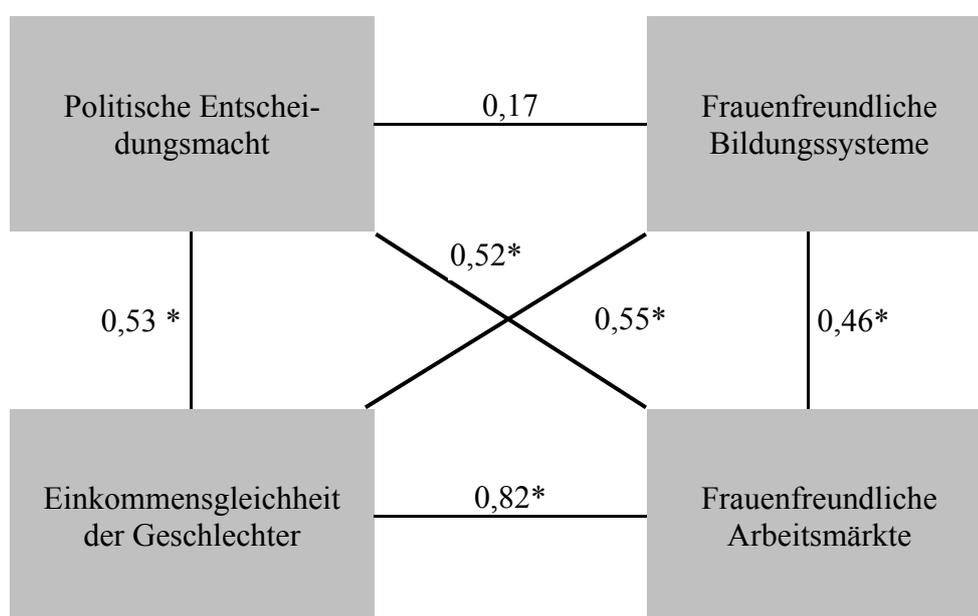
Das Gesamtranking, in das die vier Indikatoren mit gleichem Gewicht eingehen, wird deutlich angeführt von Schweden – das Land erreicht bei allen Indikatoren sehr gute Werte. Dahinter folgen mit Norwegen, Dänemark und Finnland noch drei weitere skandinavische Staaten. Neuseeland und die baltischen Staaten erreichen ebenfalls überdurchschnittliche Indexwerte und positionieren sich auf den Rängen 5 bis 8. Die stärkste Benachteiligung für Frauen existiert in Italien, Malta, Japan und insbesondere der Türkei. Frauen können den Daten zufolge in diesen vier Staaten besonders wenig gleichberechtigt an den gesellschaftlichen Ressourcen und an der Entscheidungsmacht partizipieren. Deutschland befindet sich mit einem Indexwert von -0,19 unter dem Durchschnitt; dem vergleich-

sweise hohen Frauenanteil im Bundestag ist es geschuldet, dass der deutsche Gesamtwert nicht noch ungünstiger ausfällt.

Beziehungen zwischen den Indikatoren

Ein Blick auf die bivariaten Korrelationskoeffizienten zwischen den vier Variablen verdeutlicht, dass zwischen allen Indikatoren positive Beziehungen bestehen. Insbesondere wird deutlich, dass der Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt und zu den höheren Bildungssystemen seine Entsprechung in einer höheren Einkommensgleichheit findet ($r = 0,82$ und $r = 0,55$).

Abbildung 9-3: Beziehungen zwischen den Teildimensionen



Mit * gekennzeichnete Zusammenhänge sind signifikant. Eigene Berechnung und Darstellung.

Tabelle 9-1: Die Frauenfreundlichkeit von Ländern im empirischen Vergleich

Frauenanteil im Parlament (in %)	Studentinnen-anteil*	Frauenerwerbsquote*	Durchschnittliches Jahreseinkommen*	Gesamindex
1. Schweden	1. Lettland	1. Norwegen	1. Schweden	1. Schweden
2. Finnland	2. Estland	2. Schweden	2. Norwegen	2. Norwegen
3. Norwegen	3. Litauen	3. Finnland	3. Dänemark	3. Dänemark
4. Dänemark	4. Schweden	4. Dänemark	4. Finnland	4. Finnland
5. Niederlande	5. Norwegen	5. Kanada	5. Australien	5. Neuseeland
6. Belgien	6. Neuseeland	6. Litauen	6. Neuseeland	6. Litauen
7. Neuseeland	7. Ungarn	7. Neuseeland	7. Litauen	7. Lettland
8. Österreich	8. Slowenien	8. USA	8. Rumänien	8. Estland
9. Deutschland	9. Polen	9. Australien	9. Großbritannien	9. Australien
10. Spanien	10. USA	10. Estland	10. Bulgarien	10. Kanada
11. Australien	11. Dänemark	11. Großbritannien	11. Lettland	11. Großbritannien
12. Litauen	12. Großbritannien	12. Rumänien	12. Frankreich	12. Niederlande
13. Schweiz	13. Italien	13. Russland	13. Kanada	13. USA
14. Kanada	14. Kanada	14. Schweiz	14. Niederlande	14. Polen
15. Luxemburg	15. Malta	15. Slowenien	15. Ungarn	15. Belgien
16. Bulgarien	16. Russland	16. Frankreich	16. Schweiz	16. Portugal
17. Estland	17. Portugal	17. Portugal	17. USA	17. Rumänien
18. Portugal	18. Frankreich	18. Bulgarien	18. Estland	18. Slowenien
19. Großbritannien	19. Slowakei	19. Polen	19. Russland	19. Bulgarien
20. Slowakei	20. Irland	20. Deutschland	20. Slowenien	20. Frankreich
21. Polen	21. Rumänien	21. Lettland	21. Polen	21. Ungarn
22. Lettland	22. Australien	22. Niederlande	22. Zypern	22. Russland
23. USA	23. Belgien	23. Tschech. Rep.	23. Portugal	23. Slowakei
24. Italien	24. Spanien	24. Österreich	24. Deutschland	24. Deutschland
25. Tschech. Rep.	25. Finnland	25. Slowakei	25. Slowakei	25. Österreich
26. Zypern	26. Österreich	26. Zypern	26. Belgien	26. Schweiz
27. Irland	27. Luxemburg	27. Irland	27. Griechenland	27. Zypern
28. Frankreich	28. Tschech. Rep.	28. Belgien	28. Irland	28. Spanien
29. Griechenland	29. Bulgarien	29. Ungarn	29. Luxemburg	29. Irland
30. Japan	30. Griechenland	30. Luxemburg	30. Tschech. Rep.	30. Luxemburg
31. Slowenien	31. Zypern	31. Griechenland	31. Malta	31. Tschech. Rep.
32. Rumänien	32. Niederlande	32. Japan	32. Spanien	32. Griechenland
33. Ungarn	33. Deutschland	33. Spanien	33. Italien	33. Italien
34. Malta	34. Japan	34. Italien	34. Österreich	34. Malta
35. Russland	35. Schweiz	35. Malta	35. Japan	35. Japan
36. Türkei	36. Türkei	36. Türkei	36. Türkei	36. Türkei

* Um den relativen Vorteil bzw. den relativen Nachteil für Frauen abbilden zu können wurde der Wert für Frauen ins Verhältnis zu dem entsprechenden Wert für Männer gesetzt. Ein Verhältniswert von 1 drückt demnach Gleichheit zwischen den Geschlechtern aus, ein Wert kleiner 1 sieht für die relative Benachteiligung von Frauen. Der Gesamtindex wurde als Durchschnitt der standardisierten Indikatoren berechnet.
 Quellen: Human Development Report 2000/08, für Deutschland (Studentinnenanteil); Human Development Report 2005.

Ergebnisse nach Regimetypen

Für die Benachteiligung von Frauen im Kontext der Wohlfahrtsregime liefert Tabelle 9-2 einen ersten Eindruck. Der sozialdemokratische Regimetyp schneidet mit deutlichem Vorsprung am besten ab – und dies auf allen vier Dimensionen. Hohe Frauenerwerbsquoten, bedingt durch die Dominanz des Zwei-Ernährer-Modells, und eine hohe Bildungsbeteiligung der Frauen gehen hier einher mit einer relativ egalitären Einkommensverteilung der Geschlechter. Hinzu kommt, dass in den Parlamenten dieser Länder vier von zehn Abgeordneten weiblich sind. Im Einzelvergleich der Länder belegen Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland die vorderen vier Plätze.

Die wirtschaftsliberalen Staaten erreichen ebenfalls einen überdurchschnittlichen Gesamtwert (+0,39) und den zweiten Rangplatz. Dabei ist zu beachten, dass Neuseeland, Australien, Kanada, Großbritannien und die USA insgesamt sehr günstige Werte erreichen, lediglich das katholische Irland – mit entsprechend traditionelleren Geschlechterverhältnissen – reißt nach unten aus. Würde Irland aus der wirtschaftsliberalen Ländergruppe entfernt werden, hätte dies eine moderate Verbesserung des Gesamtwerts für diesen Regimetyp auf +0,51 zur Folge.

Knapp hinter dem wirtschaftsliberalen Regime folgt die Ländergruppe der ex-sozialistischen Staaten. Hier wirkt sich insbesondere die Unterrepräsentation von Frauen in den Parlamenten – auf eine Frau kommen zahlenmäßig sechs Männer – negativ auf den Gesamtwert aus. Bei den anderen drei Indikatoren können sich die ex-sozialistischen Länder auf dem 2. bzw. 3. Rang positionieren. Bei der Betrachtung einzelner Länder fällt auf, dass sich die drei baltischen Staaten deutlich positiv von den anderen ex-sozialistischen Ländern abheben.

Das konservative Wohlfahrtsregime schneidet durchschnittlich ab und belegt Rang 4. Hier zeigt sich ein besonders gutes Abschneiden bei der politischen Beteiligung – drei von zehn Parlamentariern sind Frauen. Abgesehen von diesem Indikator schneidet das konservative Regime erwartungsgemäß eher ungünstig ab und zeichnet sich durch niedrige Frauenerwerbsquoten, niedrige Studentinnenanteile und eine hohe Einkommensungleichheit zwischen Frauen und Männern aus. Lediglich die Niederlande und Belgien können sich im Ranking der Länder oberhalb des Mittelwertes positionieren.

Mit nochmals deutlichem Abstand belegen die familistischen Staaten den 5. Rang. In diesem Regimetyp sind Frauen also am meisten benachteiligt. Etwas einschränkend muss hier hinzugesagt werden, dass sich Portugal

Tabelle 9-2: Die Frauenfreundlichkeit von Wohlfahrtsregimen im empirischen Vergleich

Frauenanteil im Parlament (in %)	Studentinnenanteil*	Frauenerwerbsquote*	Durchschnittliches Jahreseinkommen*	Gesamtindex
1. sozial-demokratisch 41,0 4,73 0,12	1. sozial-demokratisch 1,42 0,16	1. sozial-demokratisch 0,86 0,01	1. sozial-demokratisch 0,76 0,04	1. sozial-demokratisch 1,58 0,46
2. konservativ 27,9 7,85 0,28	2. ex-sozialistisch 1,41 0,20	2. wirtschaftsliberal 0,80 0,03	2. wirtschaftsliberal 0,64 0,06	2. wirtschaftsliberal 0,39 0,55
3. wirtschaftsliberal 22,4 7,05 0,31	3. wirtschaftsliberal 1,36 0,09	3. ex-sozialistisch 0,78 0,02	3. ex-sozialistisch 0,62 0,05	3. ex-sozialistisch 0,16 0,48
4. familistisch 17,4 7,55 0,43	4. familistisch 1,25 0,10	4. konservativ 0,76 0,04	4. konservativ 0,57 0,07	4. konservativ -0,16 0,30
5. ex-sozialistisch 16,5 5,71 0,35	5. konservativ 1,12 0,16	5. familistisch 0,67 0,11	5. familistisch 0,54 0,05	5. familistisch -0,70 0,52

* Um den relativen Vorteil bzw. den relativen Nachteil für Frauen abbilden zu können, wurde der Wert für Frauen ins Verhältnis zu dem entsprechenden Wert für Männer gesetzt. Ein Verhältniswert von 1 drückt demnach Gleichheit zwischen den Geschlechtern aus, ein Wert kleiner 1 steht für die relative Benachteiligung von Frauen. Angegeben sind der Mittelwert, die Standardabweichung (kursiv 2. Zeile) und bei den Einzelindikatoren, wo dies sinnvoll erscheint, auch der Variationskoeffizient (kursiv 3. Zeile) für den jeweiligen Wohlfahrtsregime-Typ. Japan und die Türkei wurden keinem der fünf Wohlfahrtsregime-Typen zugeordnet. Quellen: Human Development Report 2007/08, für Deutschland (Studentinnenanteil); Human Development Report 2005. Eigene Berechnung.

durchaus im Länderdurchschnitt platziert und die ungünstige Performanz dem Abschneiden von Griechenland, Italien und Malta geschuldet ist. Gegenüber einem moderaten islamischen Land wie der Türkei können sich die Länder des familistischen Regimes jedoch noch deutlich positiv abheben.

Insgesamt sind die Streuungen innerhalb der Regimetypen recht gering, was auch hier für die Angemessenheit der verwendeten Typologie spricht.²⁹ Lediglich das katholische Irland stellt mit einem ungünstigen Gesamtwert einen markanten Ausreißer aus der wirtschaftsliberalen Ländergruppe dar und Portugal platziert sich deutlich besser als andere Vertreter der familistischen Wohlfahrtslogik. Das Ergebnis zeigt jedoch eindrucksvoll, dass das Konzept der Wohlfahrtsregime sehr geeignet ist für die Untersuchung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten.

Für Deutschland lässt sich resümieren, dass hier das Leitbild des männlichen Ernährers und die damit verbundene traditionellere Geschlechterrollenverteilung noch weiter verbreitet zu sein scheint als in der Mehrzahl der anderen Staaten. Die Integration von Frauen in die Bildungs- und Erwerbssysteme kann hierzulande noch forciert werden. Dies ist jedoch nur möglich, wenn es ein flächendeckendes Angebot an „sozialer Infrastruktur“ gibt (z.B. Kindergärten und Ganztagschulen), die das Ausbalancieren von familiären und beruflichen Zielen für Frauen und natürlich auch für Männer erleichtert. Hier wurden in den vergangenen Jahren schon erste politische Schritte unternommen, denen jedoch weitere folgen sollten.

²⁹ Mit einer einfachen Varianzanalyse wurde die Homogenität der gebildeten Ländergruppen überprüft. Der entsprechende Eta²-Wert liegt bei 0,68 und ist hoch signifikant. Es lassen sich also 68 % der Gesamtvarianz der Länder als Streuung zwischen den Regimetypen interpretieren.

10. Bevölkerungsstruktur, Lebensformen sowie das Ausmaß der sozialen Integration und Autonomie

Im Folgenden gehen wir zunächst von Hradils Modell der Modernisierung der Bevölkerungsstruktur aus, wobei die Daten – soweit verfügbar – aktualisiert werden. Wegen der wachsenden Bedeutung der Migration wird dann untersucht, wie erfolgreich die berücksichtigten Länder bei der Anerkennung und Antidiskriminierung von Migranten sind. Anschließend gehen wir von Hradils Modell der Modernisierung der Lebensformen aus, wobei die Daten wieder – soweit möglich – aktualisiert werden. Um die Qualität der Lebensweise in den berücksichtigten Ländern und Wohlfahrtsregimen vergleichen zu können, verwenden wir als Performanzkriterien einerseits das Ausmaß der sozialen Integration, operationalisiert über die Integration in den Erwerbsbereich einerseits und die Unterstützungsnetzwerke sowie Mitgliedschaften andererseits, und das Ausmaß der Autonomie, das wir operationalisieren als das gesellschaftliche Mindestmaß an Einkommensressourcen, die gesellschaftlichen Investitionen in die Befähigung durch Bildung sowie schließlich die Lesekompetenz als Mindestvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

10.1 Modernisierung der Bevölkerungsstruktur gemäß Hradil

Das Modell des Ersten und Zweiten Demographischen Übergangs

Erster Demographischer Übergang:

Mit der Entwicklung der Technologie, der Industrie, des Wohlstands, der Hygiene und der Medizin sinkt die Sterberate. Es resultiert eine starke Bevölkerungsvermehrung.

Während in traditionellen Agrargesellschaften Kinder früh als Arbeitskräfte eingeplant werden, ist dies jenseits der Landwirtschaft weniger der Fall. In dem Ausmaß, wie andere soziale Absicherungen entstehen, haben Kinder auch weniger die Rolle der Alterssicherung für ihre Eltern. Die Werte und Normen entwickeln sich ebenfalls in eine solche Richtung, sodass schließlich auch die Geburtenrate sinkt (1. demographischer Übergang).

Insgesamt resultiert daraus eine geringe Bevölkerungsvermehrung.

Zweiter Demographischer Übergang:

Beim Übergang in die Dienstleistungsgesellschaft gewinnen die Werte der persönlichen Selbstentfaltung an Bedeutung, die Mobilität nimmt zu etc., sodass die Geburtenrate sinkt.

Die Bevölkerung sinkt, wenn die Geburtenrate nicht wieder steigt oder der Migrationssaldo dies nicht ausgleicht.

Die verschiedenen Weltregionen befinden sich in unterschiedlichen Phasen der demographischen Übergänge, wie die auf 2006 aktualisierte Abbildung 10-1 zeigt (vgl. die analoge Abbildung auf dem Stand von 1996 von J. Schmid 1999).

Während in der prätransformativen Phase nicht nur die Geburtenrate hoch ist, sondern die Sterberate annähernd so hoch, sodass die Bevölkerung nur langsam wächst, geht in der frühtransformativen Phase die Sterberate zurück, sodass die Bevölkerung stark steigt. In dieser Phase befinden sich aktuell Zentralafrika, West- und Ostafrika, wo die Bevölkerung besonders rasch wächst. In der mitteltransformativen Phase geht die Geburtenrate – bei gleichbleibender Sterberate – zurück, sodass das Bevölkerungswachstum sich verlangsamt. In dieser Phase befinden sich heute Nord- und Südafrika sowie Asien (außer Ost- und Südostasien).

In der spättransformativen Phase gleichen sich Geburtenrate und Sterberate an, sodass die Bevölkerung allmählich konstant bleibt. Im Übergang zu dieser Phase befinden sich Südostasien, Südamerika, die Karibik und Ozeanien, bereits in dieser Phase befinden sich in etwa Nordamerika und Ostasien. In der posttransformativen Phase schließlich fallen die Geburtenraten unter die Sterberaten, sodass die Bevölkerung – ohne ausgleichende Migration – zurückgeht. In diese Phase entwickeln sich die europäischen Regionen, wobei die Entwicklung im Süden und Osten Europas momentan ungünstig ist, sodass ausgleichende Politiken sinnvoll wären.

Empirische Ergebnisse

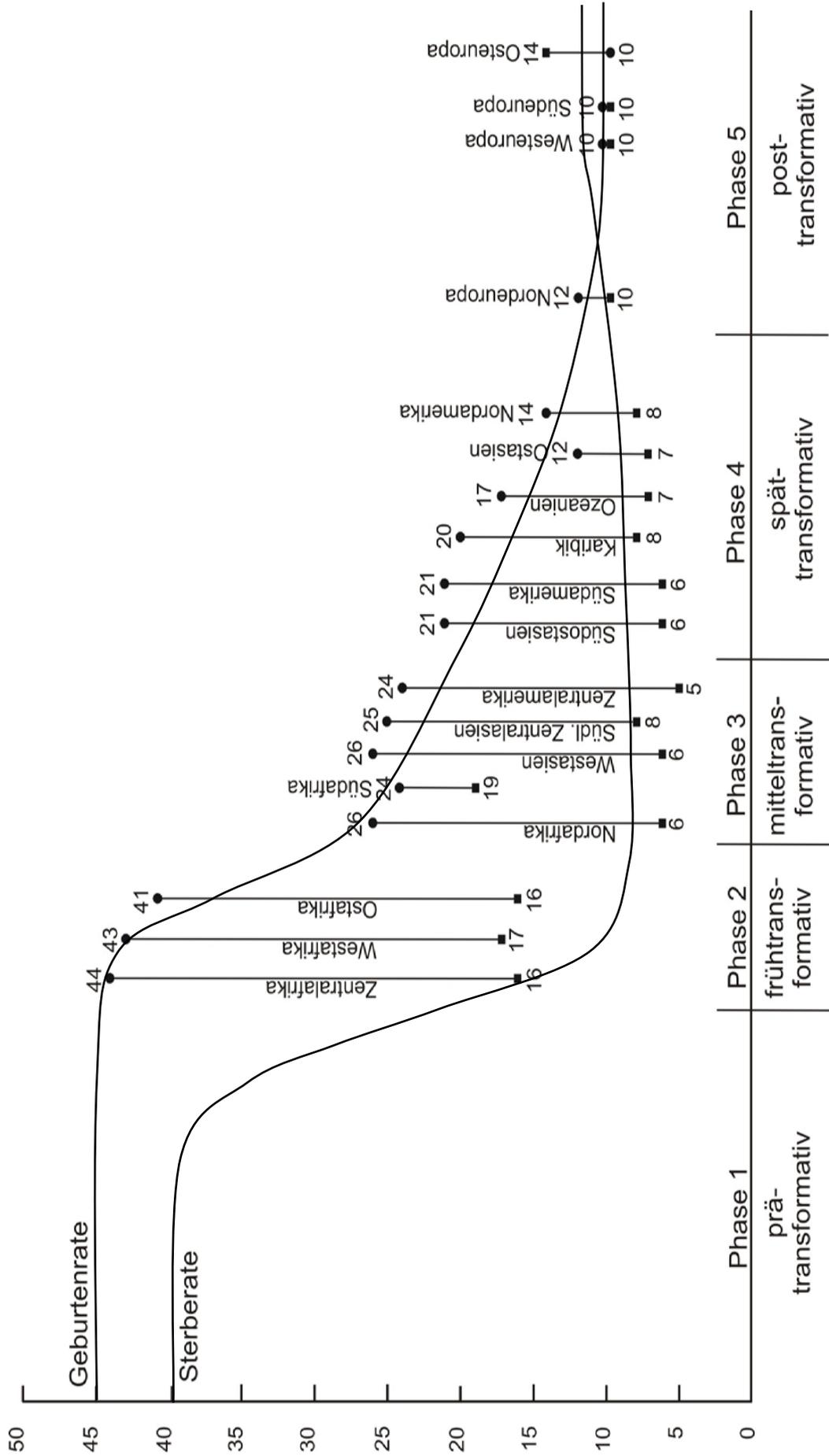
1. Geburten

Fruchtbarkeitsrate: In traditionellen Gesellschaften brachte jede Frau im Durchschnitt sechs Kinder zur Welt, heute in Deutschland im Durchschnitt ca. „1,4“.

In den 1960er/1970er Jahren ging die Fruchtbarkeitsrate mit der Verbreitung der einfachen Empfängnisverhütung deutlich zurück („Pillenknick“), von ca. „2,5“ in Ost- und Westdeutschland im Jahr 1965 auf etwas über „1,5“ in Ost- und etwas unter „1,5“ in Westdeutschland im Jahr 1975.

Von 1975 bis 1980 förderte die DDR-Regierung die Familienbildung (bezahlte Freistellung von erwerbstätigen Müttern, Ausbau der Einrichtungen zur Kinderbetreuung etc.), die Geburtenrate stieg, ging allerdings bis 1989 auf das Niveau von 1975 zurück.

Abbildung 10-1: Stand des demographischen Übergangs in verschiedenen Weltregionen 2006 (Geburten und Sterberate in Promille)



Nach 1989/90 schließlich ging die Geburtenrate in Ostdeutschland deutlich zurück (von „1,56“ auf „0,77“), hat sich aber inzwischen wieder erhöht in Richtung des Niveaus von Westdeutschland, das seit 1975 in etwa konstant (bei ca. 1,38) liegt.

Ursachen und Gründe des Geburtenrückgangs gemäß Geißler (2006)

- In der Familie haben die Kinder nicht mehr die Rollen von Arbeitskräften oder der Alterssicherung.
- Emanzipation der Frau
- Konsumdenken
- Der Erwerbsbereich, die Infrastruktur etc. nehmen wenig Rücksicht auf Familien.
- Zurückhaltung vor langfristigen Bindungen
- Verengung auf die Paarbeziehung
- Gesellschaftliche Akzeptanz von Kinderlosigkeit
- Gestiegene Ansprüche an die Elternrolle
- Familienplanung und Empfängnisverhütung
- Unsichere Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit

Internationaler Vergleich der Geburtenrate

Der Erste Demographische Übergang findet in England und Frankreich bereits Jahrzehnte früher statt als in Deutschland.

Auch der „Baby-Boom“ nach dem Zweiten Weltkrieg und der „Pillen-Knick“ nach 1965 verlaufen in den anderen entwickelten westlichen Ländern ähnlich.

Im Jahr 2008 (Eurostat):

Relativ niedrige Geburtenraten im Süden: Italien 1,37 (2007); Malta 1,44; Spanien 1,46; Griechenland 1,51.

Relativ niedrige Geburtenraten in ex-sozialistischen Länder: z.B. Rumänien 1,35; Ungarn 1,35; Polen 1,39; Tschechische Republik 1,50.

Auch in China Rückgang auf ca. 1,7. In Indien dagegen noch ca. 2,8. Es gibt aber auch bevölkerungsreiche Länder wie Nigeria und Pakistan, wo die Geburtenrate noch über 5 liegt.

Die Unterschiede entsprechen in etwa dem Modernisierungsgrad im Wohlstand, Bildungsniveau etc., hängen aber auch von der Religion und weiteren Faktoren ab.

2. Lebenserwartung

- In vorindustriellen Gesellschaften lag die Lebenserwartung bei der Geburt noch unter 30 Jahren. Die hohe Sterblichkeit hatte insbesondere folgende drei Ursachen:
Ernährungsverhältnisse
Hygienische Verhältnisse
Medizinische Verhältnisse
- Der aktuelle Stand (2008) für die Bundesrepublik: Ein Junge hat im Durchschnitt 77 Jahre Lebenserwartung bei der Geburt, ein Mädchen im Durchschnitt 83 Jahre bei der Geburt.
- In Europa finden sich die höchsten Lebenserwartungen für Männer in Island (80,0 Jahre) und Schweden (79,2), für Frauen in Frankreich (84,8), der Schweiz (84,6), Spanien (84,3) und Italien (83,2).
Frauen haben in den meisten Ländern eine höhere Lebenserwartung, wobei gesundheitsbewusstere Lebensweisen zu den Erklärungsfaktoren gehören.
Für die Lebenserwartung allgemein spielen neben Modernisierungsfaktoren wie Wohlstand und Gesundheitswesen auch Ernährungsweisen (z.B. hohe Lebenserwartung in Japan), klimatische Verhältnisse usw. eine Rolle.
- Auch in den meisten Entwicklungsländern ist die Lebenserwartung inzwischen auf über 60 Jahre gestiegen, sodass zusammen mit der höheren Geburtenrate die Bevölkerungen vieler Entwicklungsländer stark wachsen.
- Infolge der Umbruchsprozesse in Osteuropa sind die Lebenserwartungen seit 1990 in der russischen Föderation, in der Ukraine und in Weißrussland gesunken.
- Aufgrund der AIDS-Epidemie ist die mittlere Lebenserwartung in einigen afrikanischen Ländern gesunken, z.B. Zambia, Zimbabwe.

3. Migration

Bis zum Zweiten Weltkrieg war Deutschland im Saldo ein Auswanderungsland, danach wurde Westdeutschland ein Einwanderungsland:

- 12 Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus den früheren deutschen Ostgebieten siedelten sich im heutigen Bundesgebiet an, davon ca. 8 Millionen in Westdeutschland und ca. 4 Millionen in Ostdeutschland.
- Bis zum Bau der „Mauer“ 1961 siedelten ca. 3 Millionen von Ost- nach Westdeutschland um.
- Während der entstehende Arbeitskräftemangel in Ostdeutschland durch eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit ausgeglichen wurde, wurden in Westdeutschland Gastarbeiter angeworben, mit Familienangehörigen sind dies ca. 7 Millionen Menschen „mit Migrationshintergrund“. (Die PISA-Studie z.B. zeigt, dass die Integration noch nicht völlig geleistet ist.)
- Als Deutschstämmige siedelten seit 1950 etwa 4 Millionen (Spät-) Ausiedler nach Deutschland um.

- Ca. 1,1 Millionen Flüchtlinge leben im Jahr 2003 in Deutschland.
- Die regionale Mobilität auch über die nationalen Grenzen hinweg ist hoch: Seit 1990 wandern jährlich ca. 1 Million Menschen zu, gleichzeitig jährlich ca. 700 Tausend Menschen aus.
- Kurz nach 1989/90 war die Zuwanderung nicht reguliert, sodass im Höhepunkt der Zuwanderung 1992 und 1993 jeweils 800 Tausend Menschen per Saldo zuwanderten. Seit der stärkeren Regulierung ist die Zuwanderung zurückgegangen.
- Nach dem Mikrozensus 2005 haben 15,3 Millionen Einwohner in Deutschland einen Migrationshintergrund (18,7 %).
Acht Millionen davon besitzen einen deutschen Paß, wurden z.B. eingebürgert oder sind Kinder von Spätaussiedlern.
7,3 Millionen leben hier ohne deutschen Paß, sie stellen 8,9 % der Bevölkerung.

Die Migranten dämpfen den Alterungsprozess der Bevölkerung, da der Anteil jüngerer Jahrgänge überwiegt.

Internationaler Vergleich:

Inzwischen sind alle EU-Länder Einwanderungsländer. In absoluten Zahlen sind die USA das größte Einwanderungsland (11,5 Millionen Zuwanderer von 1990 - 2000), in diesem Jahrzehnt lag Deutschland an 2. Stelle (mit 3,6 Millionen Zuwanderern).

Bei den Asylbewerbern lag Deutschland 1991 bis 1999 weltweit an der Spitze.

Die wichtigsten Auswanderungsländer in absoluten Zahlen waren China, Mexiko, Pakistan und Indien.

Betrachtet man die Anteile der Migranten an der Bevölkerung, so weisen Australien, Kanada und die Schweiz doppelt so große Anteile auf wie die USA sowie Deutschland.

4. Bevölkerungszahl

- *Westdeutschland:* Die Bevölkerungszahl stieg durch die verschiedenen Zuwanderungen (Vertriebene, Flüchtlinge etc.) von 46 Millionen im Jahr 1946 auf 59 Millionen im Jahr 1966.

Bis 1988 erfolgte ein langsames Wachstum auf 61 Millionen Einwohner.

In den 1990er Jahren ergab sich durch Zuwanderung von Asylbewerbern, Aussiedlern usw. sowie aus Ostdeutschland ein Anstieg auf 67 Millionen.

- *Ostdeutschland*: Die DDR-Bevölkerung ging insbesondere durch Abwanderung von 18,4 Millionen im Jahr 1950 auf 16,6 Millionen im Jahr 1989 zurück.
- *Gesamtdeutschland*: Die Gesamtbevölkerung liegt seit den 1990er Jahren kontinuierlich bei ca. 82 Millionen Menschen.
- *Prognose*: Weil sich in den 1980er und 1990er Jahren geburtenstarke Nachkriegsjahrgänge im Elteralter befanden, kompensierte dieser Altersstruktureffekt den Verhaltenseffekt geringerer Geburtenraten. In der nächsten Zeit wird dies nicht der Fall sein und die Bevölkerung würde nur konstant bleiben bei einer Steigung der Geburten oder einer jährlichen Zuwanderung von 300.000 Menschen.
- *Internationaler Vergleich*: Deutschland (82 Millionen), Großbritannien, Frankreich und Italien (jeweils ca. 60 Millionen) stellen zusammen über fünfzig Prozent der 499 Millionen Einwohner der EU 27 (2009). Von den 6,7 Milliarden Menschen der Erde im Jahr 2006 lebt mehr als ein Drittel in China (1,3 Mrd.) und Indien (1,1 Mrd.). In den USA leben 298 Millionen, in Japan 127 Millionen.

In den Entwicklungsländern gehen die Geburtenraten zwar zurück, sind aber noch so hoch, dass die Bevölkerungszahlen wegen der gestiegenen Lebenserwartung noch bis etwa im Jahr 2050 steigen werden.

5. Altersstruktur

Während heute Menschen im Erwerbsalter überwiegen, verlagert sich dies in den nächsten Jahrzehnten zu den älteren Menschen.

Daraus resultieren folgende *vier* Probleme:

- 1) Weiterbildungen werden notwendig.
- 2) Die verfügbaren Arbeitskräfte für die nachgefragten (qualifizierten) Tätigkeiten werden knapp, während gleichzeitig Menschen ohne Ausbildung arbeitslos sein können.

Mögliche Maßnahmen zu den Punkten 1 und 2:

Es müsste stärker in Ausbildung und Weiterbildung investiert werden.

Die Erhöhung der Erwerbsquoten durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit und durch Erhöhung der Frauenerwerbsquote würde als Kompensation wirken.

Für letzteres müsste die Infrastruktur „frauenfreundlicher“ gestaltet werden: Kinderbetreuungseinrichtungen, Vorschulen, Ganztagschulen etc.

Regulierte Einwanderungen: Da qualifizierte Arbeitskräfte benötigt werden, könnten geeignete Migranten vermehrt in Deutschland weitergebildet werden.

- 3) Auf jeden Beitragszahler werden rechnerisch mehr Menschen im Rentenalter entfallen.

Dies wird zu Finanzierungsproblemen in den Systemen der sozialen Sicherung führen, sodass letztere angepasst werden müssen.

- 4) Die Anteile der Menschen über 60, über 70 und über 80 Jahre werden zunehmen. Deshalb werden z.B. die Ausgaben für Gesundheitsleistungen stark steigen.

6. Die ethnische Struktur der Bevölkerung

- Es gibt Staaten, die ethnisch bereits lange heterogen waren (z.B. Schweiz, Belgien, USA und Kanada) und insofern den Umgang mit Fremden früher gelernt haben.
- Durch zunehmende Migration stellt sich auch den übrigen Staaten das Problem der Integration von ethnisch heterogenen Bevölkerungen.
- In Deutschland lebten 2008 ca. 7,3 Millionen Menschen ohne deutschen Pass (8,9 % der Bevölkerung).

Da die verschiedenen Staaten unterschiedliche Einbürgerungsregelungen haben, kann man eher vergleichen, wie viele Menschen im Ausland geboren wurden. In Deutschland sind dies ca. 6,4 % (2004). Deutlich mehr sind dies in Australien mit 25 % (2006), in Kanada mit 18,4 % (2001) und in den USA mit 11 % (2005). Aber auch in Europa findet sich mit der Schweiz ein Land, in dem 25 % der Bevölkerung im Ausland geboren sind, in Frankreich, in den Niederlanden und Großbritannien sind es ähnlich viele wie in der Bundesrepublik.

- Aufgrund der Anwerbung von Gastarbeitern leben in Deutschland besonders viele Ausländer aus den Anwerbeländern.

Die größten Anteile im Jahr 2006 betragen: Türken (25,6 % der ausländischen Bevölkerung), Italiener (7,9 %), Polen (5,4 %), Serbien und Montenegro (4,7 %) und Griechen (4,5 %).

In den anderen EU-Ländern kommen die Migranten vor allem aus ehemaligen Kolonien.

Fazit

Im fortgeschrittenen Modernisierungsprozess kam es nach dem zweiten demographischen Übergang zu einem Geburtenrückgang. Zusammen mit der steigenden Lebenserwartung führt dies zur Alterung der Gesellschaft mit Folgeproblemen u.a. für die Systeme sozialer Sicherheit.

Durch Migration nimmt die ethnische Vielfalt der Bevölkerung zu.

10.2 Anerkennung und Antidiskriminierung von Migranten in verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen

Integration von Migranten als moralisches Ziel

Nicht nur die Verhinderung von Diskriminierung von Migranten ist eine allgemeine Zielsetzung liberaler Gesellschaften, sondern vor allem auch – positiv formuliert – die ökonomische, soziale und politische Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Dies soll durch die Gewährung von gleichen Rechten und gleichen Beteiligungschancen z.B. am Bildungssystem und am Arbeitsmarkt erreicht werden. Faktisch existieren in vielen Gesellschaften jedoch noch Hürden und Hemmnisse, die eine angemessene Beteiligung von Migranten am öffentlichen und politischen Leben behindern und dieser Personengruppe Rechte und Ressourcen vorenthalten. Aus diesem Grund kann auch von sozialer Diskriminierung gesprochen werden: Eine Person kann aufgrund ihrer individuellen Besonderheit Opfer von Diskriminierung werden, vor allem aber auch deshalb, weil sie als Angehöriger einer bestimmten sozialen Gruppe erkennbar ist. Diskriminierungsopfer müssen Merkmale aufweisen, die sie diskriminierbar machen, z.B. bestimmte körperliche Besonderheiten wie etwa die Hautfarbe oder die Sprache. Durch diese wahrnehmbaren Unterschiede werden sie zum Adressaten von diskriminierenden Handlungen, Benachteiligungen und Vorurteilen. Die Effekte solch systematischer Benachteiligung lassen sich statistisch beschreiben, z.B. als Unterrepräsentation von Migranten in beruflichen Führungspositionen oder in höheren Bildungseinrichtungen. Es sollte unumstritten sein, dass jede Form von Diskriminierung eine Verletzung der Gleichheits- und Freiheitsrechte darstellt, die in den Verfassungen moderner Demokratien festgelegt sind.

Wie die US-amerikanische Rassismus-Forschung (u.a. Knowles und Prewitt 1969) zeigte, springt die Benachteiligung in einem gesellschaftlichen Teilbereich auf andere Teilbereiche über: der schlecht ausgebildete Zuwanderer findet im Durchschnitt nur schlecht bezahlte Arbeit, lebt in gettoisierten Wohnquartieren unter schlechten gesundheitlichen Bedingungen und gibt diesen sozialen Status in Form schlechter Startbedingung an seine Kinder weiter. Die Ursachen für die Benachteiligung von Migranten können in institutionellen Strukturen und Routinen verborgen sein oder aus versteckten bzw. offen gezeigten xenophoben Einstellungen der Mehrheitsgesellschaft resultieren. Mitunter können Ursachen für eine mangelhafte Integration auch bei den Migranten selbst gefunden werden, z.B. in Form von fehlenden Sprachkenntnissen. Die öffentliche Diskussion bewegt sich hier im Spannungsfeld zwischen Forderungen nach einer vollständigen kulturellen Assimilation und Forderungen nach Anerkennung der verschiedenen kulturellen Traditionen und Besonderheiten. Im folgenden werden nun Staaten und Wohlfahrtsregime danach verglichen, in welchem Ausmaß es ihnen gelingt, ihre Zuwanderer zu integrieren.

Das Migrationsthema im Kontext der Wohlfahrtsregime

Wohlfahrtsregime können unterschiedlich auf die besondere soziale Lage von zugewanderten Personen reagieren. Dabei sollte sich ihr Handeln vor allem auf die Herstellung von Rechts- und Chancengleichheit richten. Staatliche Aufgabe ist es, in allen wichtigen Bereichen gleiche Chancen im Bezug auf Teilhabe am ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Leben herzustellen. Wohlfahrtsregime können z.B. eine migrantenfreundliche Politik verfolgen, indem sie Integrationsangebote und Maßnahmen entwickeln, welche die unterschiedlichen Akteure und besonderen Problemlagen berücksichtigen. Sie können mit Gesetzen und sozialstaatlichen Interventionen Diskriminierungen vorbeugen und dazu beitragen, das Ausmaß gruppenspezifischer Ungleichheit zu reduzieren.

Hypothesen über die Integrationsleistungen der Wohlfahrtsregime zu formulieren, ist schwierig, da Länderunterschiede bei der Integration der Migranten ebenso durch Sprache, Kultur und Geschichte des Gastlandes, der Zuwanderungspolitik oder den typischen Herkunftsländern der Migranten geprägt sein können. Zum Beispiel könnten Staaten, in denen Englisch gesprochen wird, besser abschneiden, da hier die sprachliche Integration von Einwanderern möglicherweise besser gelingt. Ebenso könnte ein Land, welches überdurchschnittlich viele Flüchtlinge aus Krisengebieten aufnimmt, schlechter abschneiden, da dieser Personenkreis womöglich gar kein Interesse daran hat, sich dauerhaft in das Aufnahmeland zu integrieren. Gleichwohl gilt aber auch, dass der Zugang zu Bildung und Arbeit mit den Institutionen des Wohlfahrtsstaates variiert: So können die Bildungs- und Arbeitschancen von Zuwanderern auch von Schulstrukturen, Mindestlöhnen, staatlichen Integrationsangeboten, Transferzahlungen und vielem weiteren abhängen. Die folgende Untersuchung besitzt daher eher einen explorativen Charakter.

Für die wirtschaftsliberalen und familistischen Länder kann ein positives Abschneiden erwartet werden, denn der relativ wenig regulierte Arbeitsmarkt bietet Migranten in vielen Bereichen Einstiegsmöglichkeiten, jedoch – so lässt sich vermuten – eher auf niedrigem Niveau. Umgekehrt könnten die sozialstaatlichen Wohlfahrtsleistungen im sozialdemokratischen und konservativen Wohlfahrtsregime eher zur Exklusion von Migranten führen: Für das hohe Wohlfahrtsniveau ist in der Regel eine gewisse Balance aus Beitragszahlern bzw. Steueraufkommen und Beitragsempfängern konstitutiv. Auch rechtspopulistische Parteien schüren in der Bevölkerung entsprechende Ängste, wenn sie in diesem Zusammenhang vor der „Zuwanderung in das soziale Netz“ warnen. Hinzu kommt, dass ein gegliedertes Schulsystem, welches in vielen Ländern des konservativen Wohlfahrtsregimes existiert, der Bildungsintegration von Migranten eher abträglich ist (zusammenfassend vgl. Ward Schofield et al. 2006).

Auswahl der Indikatoren

Der folgende internationale Vergleich versucht anhand quantitativer Indikatoren das Ausmaß gesellschaftlicher Benachteiligung von Migranten darzustellen. Die verwendeten Indikatoren messen das Ausmaß an gesellschaftlicher Integration auf zwei Dimensionen: Einerseits wird die Integration in die Beschäftigungssysteme untersucht – dies separat für Frauen und Männer –, andererseits wird analysiert, in welchem Umfang die Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund am Bildungssystem teilhaben. Des Weiteren wird drittens der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund für jedes Land dargestellt. Dies allein ist selbstverständlich kein Maß für die Qualität der Integration, allerdings für die Offenheit einer Gesellschaft. Davon abgesehen, ist es natürlich schwieriger, eine große Anzahl an Einwanderern zu integrieren, weshalb es tatsächlich angeraten ist, die Qualität der Integration in einem Land auch vor dem Hintergrund der Quantität der Migration in dieses Land zu untersuchen.

Als Indikatoren zur Messung der Benachteiligung im Beschäftigungssystem wird die Differenz der Arbeitslosenquoten zwischen zugewanderten und im Land geborenen Personen berichtet. Dabei wird die Differenz auf das Niveau der Gesamtarbeitslosigkeit bezogen, um so die Effekte besser vergleichbar zu machen. Die Effekte drücken die Ungleichheit bei der Inklusion in den Arbeitsmarkt aus. Dieser Indikator wird separat für die Frauen und für die Männer berichtet.

Die Messung der Integration in die Bildungssysteme basiert auf Daten der OECD, die im Rahmen des Programme of International Student Assessment (PISA) erhoben wurden. Ein Migrationshintergrund wird einem Schüler bzw. einer Schülerin in den PISA-Studien immer dann attestiert, wenn mindestens ein Elternteil nicht im jeweiligen Land geboren wurde. Unter diese Definition fallen demnach sowohl die im jeweiligen Land geborene erste Zuwanderergeneration als auch alle diejenigen, die erst mit ihren Eltern einwanderten. Als Indikator der Bildungsintegration wird die Differenz der Leseleistungen zwischen Kindern, die nicht im Testland geboren sind, und Kindern, die im Testland geboren sind, aus der PISA-Studie 2006 betrachtet. Hierbei werden die von den zwei Gruppen jeweils erreichten Mittelwerte auf der Leseleistungsskala direkt verglichen. Der Indikator zeigt nicht nur die aktuellen Leistungsdifferenzen auf, sondern verweist implizit auch auf zukünftige Ungleichheiten, da Bildungserträge ökonomische, soziale und politische Beteiligungschancen prägen. Gerade die Lesefähigkeit ist als elementare Voraussetzung für die Partizipation in der Informationsgesellschaft, für lebenslanges Lernen und die individuelle Selbstverwirklichung eine entscheidende Ressource für den Lebenserfolg.

Ländervergleich

Die „klassischen“ Einwanderungsländer Australien, Neuseeland und Kanada liegen ebenso wie Luxemburg und die Schweiz im Hinblick auf den Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund im Ländervergleich auf den vorderen Positionen. Als eines der typischen Zielländer für Arbeitsmigranten liegt Deutschland mit einem Migrantenanteil an der Gesamtbevölkerung von 12,9 % auf dem 9. Rang. Auf den letzten vier Rängen positionieren sich Italien, die Slowakei, Finnland und Ungarn; in allen vier Ländern sind weniger als 5 % der Bevölkerung ausländischer Herkunft (vgl. Tabelle 10-1).

Ungarn, USA, Italien und Australien erreichen beim Vergleich der Arbeitslosenquoten zwischen männlichen Einwanderern und männlichen Einheimischen die ersten vier Plätze. In den ersten drei Ländern sind Männer mit Migrationshintergrund sogar weniger häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Die größten relativen Benachteiligungen bei der Inklusion in den Arbeitsmarkt sind für die Niederlande, Norwegen, Österreich und Belgien festzustellen. In Deutschland sind den Daten zufolge 17,5 % der zugewanderten und 8,1 % der Gesamtbevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen; dies zeigt eine überdurchschnittlich starke Benachteiligung für Migranten an. Die Bundesrepublik platziert sich von 25 Ländern auf dem 17. Rangplatz.

Auch bei den Frauen mit Migrationshintergrund zeigt sich ein ähnliches Muster, beide Indikatoren korrelieren entsprechend sehr stark ($r = 0,81$): Zypern, Ungarn die USA und Australien erreichen bei der Arbeitsmarktintegration der eingewanderten Frauen besonders günstige Werte, Belgien, Estland und Finnland liegen auf den hinteren Plätzen des Rankings. Deutschland positioniert sich im Mittelfeld, wobei einer Arbeitslosenquote der einheimischen Frauen von 10,2 Prozent eine entsprechend höhere Arbeitslosenquote der zugewanderten Frauen von 16,3 % gegenüber steht.

Auch die Mittelwertsdifferenzen zwischen im Testland geborenen Kindern und nicht im Testland geborenen Kindern auf der Leseleistungsskala verdeutlichen eine Bildungsbenachteiligung für Migranten. Kinder, die nicht im Testland geboren sind, schneiden im Durchschnitt schlechter ab. Allerdings variiert das Ausmaß des Kompetenzrückstands erheblich zwischen den Ländern: In Australien, Kanada, Großbritannien und Neuseeland liegen Schüler mit und ohne Migrationshintergrund ungefähr gleichauf, während in Deutschland, Belgien und Österreich eine gravierende Differenz von ca. 80 Punkten ersichtlich ist. Ungünstige Werte verzeichnen insbesondere Länder mit einem stark gegliederten Schulsystem

Werden die standardisierten Einzelindikatoren zu einem Gesamtindex zusammengefasst, gibt dieser einen Überblick darüber, wie gut es einzelnen Ländern gelingt, ihre Zuwanderer zu integrieren. Im Ländervergleich erreichen Australien, Ungarn, Neuseeland und die USA die ersten vier Rangplätze – bei drei der Staaten handelt es sich um wirtschaftsliberale Länder, zugleich jedoch auch um klassische Einwanderungsländer. Finnland und Belgien sind am Schluss der Tabelle zu finden. Zwischen der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern und den Bildungserfolgen ihrer Kinder lassen sich auch Zusammenhänge ausmachen: In den Gesellschaften, wo Zuwanderer gut in den Arbeitsmarkt integriert sind, erreichen in der Folge auch ihre Kinder bessere Bildungsergebnisse.

Vergleich der Wohlfahrtsregime

Die konservativen und die wirtschaftsliberalen Länder weisen mit großem Abstand die höchsten Zuwandereranteile in ihren Bevölkerungen auf: Ungefähr jeder sechste Einwohner besitzt in beiden Wohlfahrtsregimen einen Migrationshintergrund (16,3 bzw. 16,0 %). Im Vergleich dazu gibt es im sozialdemokratischen und im familistischen Regime nur ca. halb so viele Zuwanderer; den kleinsten Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund weist die Gruppe der ex-sozialistischen Länder auf (vgl. Tabelle 10-2), wobei der Anteil aber steigt.

Bei der Arbeitsmarktbenachteiligung der männlichen Zuwanderer erreichen die Länder des ex-sozialistischen Wohlfahrtsregimes die besten Gruppenwerte – die Arbeitsmarktchancen der Zuwanderer sind ähnlich gut wie die Chancen der einheimischen Bevölkerung. Für die zugewanderten Frauen gilt dies nicht, hier liegt die ex-sozialistische Ländergruppe auf der dritten Position. Das umgekehrte Muster ist bei den familistischen Staaten zu erkennen: Diese schneiden bei der Arbeitsmarktintegration der Frauen besonders gut ab und belegen den ersten Rang, die zugewanderten Männer hingegen sind in ihren Arbeitsmarktchancen im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung stärker benachteiligt. Jeweils den zweiten Rangplatz besetzt sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Zuwanderern das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime, dem es insofern also durchweg gelingt, die großen Zuwandereranteile in ähnlichem Umfang wie die Einheimischen in den Arbeitsmarkt einzubeziehen. Eher ungünstig schneiden das konservative und das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime ab: Beide Regimetypen sind dadurch gekennzeichnet, dass Zuwanderer deutlich stärker als Einheimische von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Die Bildungsintegration gelingt den ex-sozialistischen Ländern am besten. In diesem Regime ist der Rückstand, der sich für Kinder mit Migrationshintergrund im Vergleich zu einheimischen Kindern beim Kompetenzerwerb im Bildungssystem feststellen lässt, am geringsten ausgeprägt. Das Gegenteil gilt für die konservativen Staaten: In diesem Wohlfahrtsregime besitzen Kinder aus zugewanderten Familien die ungünstigsten Bildungschancen. Besonders gravierend ist die Bildungsbenachteiligung in Deutschland, Belgien und Österreich – die

Bildungssysteme dieser drei Länder sind durch eine frühe Selektion der Schülerinnen und Schüler in verschiedene, vertikal strukturierte Schulzweige gekennzeichnet. Die frühe Selektionspraxis ist der Bildungsentwicklung von Kindern mit Migrationshintergrund offenbar wenig zuträglich. Im sozialdemokratischen sowie im familistischen Wohlfahrtsregime ist die Bildungsbenachteiligung der Kinder mit Migrationshintergrund mittelstark ausgeprägt, der wirtschaftsliberale Regimetyp schneidet abermals gut ab und belegt den zweiten Rang.

Wird schließlich der Gesamtindex zur Integration von Migranten betrachtet, so schneiden die wirtschaftsliberalen Länder von den fünf Regimetypen am besten ab – und dies mit deutlichem Vorsprung. Bei den wirtschaftsliberalen Ländern handelt es sich jedoch gleichzeitig auch um englischsprachige Staaten, traditionelle Einwanderungsländer sowie um Länder, die überwiegend eine kontingentierte, strenge Einwanderungspolitik betreiben und damit nur bestimmten Gruppen von Migranten den Zuzug in das Land ermöglichen. Da die konkurrierenden Erklärungen für unsere Befunde nicht gegeneinander getestet werden können, muss es offen bleiben, welcher dieser Interpretationen der Vorzug gebührt. Die ex-sozialistischen Länder belegen den zweiten Rangplatz, gefolgt vom familistischen, konservativen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime. Als wenig erfolgreich müssen zusammenfassend die Integrationsleistungen des konservativen und sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimes betrachtet werden. Sowohl im Bereich der Arbeitsmarkt- als auch der Bildungsintegration sind Zuwanderer gegenüber Einheimischen am stärksten benachteiligt.

Mit Hilfe einer einfachen Varianzanalyse lässt sich zeigen, dass die fünf Wohlfahrtsregime sich als Typenbildung für den Gesamtindex sehr gut eignen. η^2 verdeutlicht hier, dass man 48 Prozent der Länderunterschiede als Varianz zwischen den Wohlfahrtsregimen interpretieren darf. Ob der Zusammenhang zwischen dem Regimetyp und der Integration von Migranten *kausal* oder lediglich *statistisch* zu interpretieren ist, lässt sich nicht datengeleitet entscheiden. Auf die Existenz konkurrierender Erklärungen für unsere Ergebnisse wurde bereits verwiesen. Bei der Suche nach Erklärungsmodellen müssten neben den genannten Indikatoren auch nationale Kontexte und Herkunftsstrukturen der Migranten Berücksichtigung finden – ebenso wie rechtliche und politische Rahmenbedingungen, subjektive Erwartungen und Einstellungen der Migranten wie auch der Aufnahmegesellschaft. Für die Bundesrepublik ist jedoch zu konstatieren, dass es bei der Arbeitsmarkt- und Bildungsintegration von Zuwanderern offenbar große Defizite gibt – der 21. Platz im Gesamtranking der Länder unterstreicht dies.

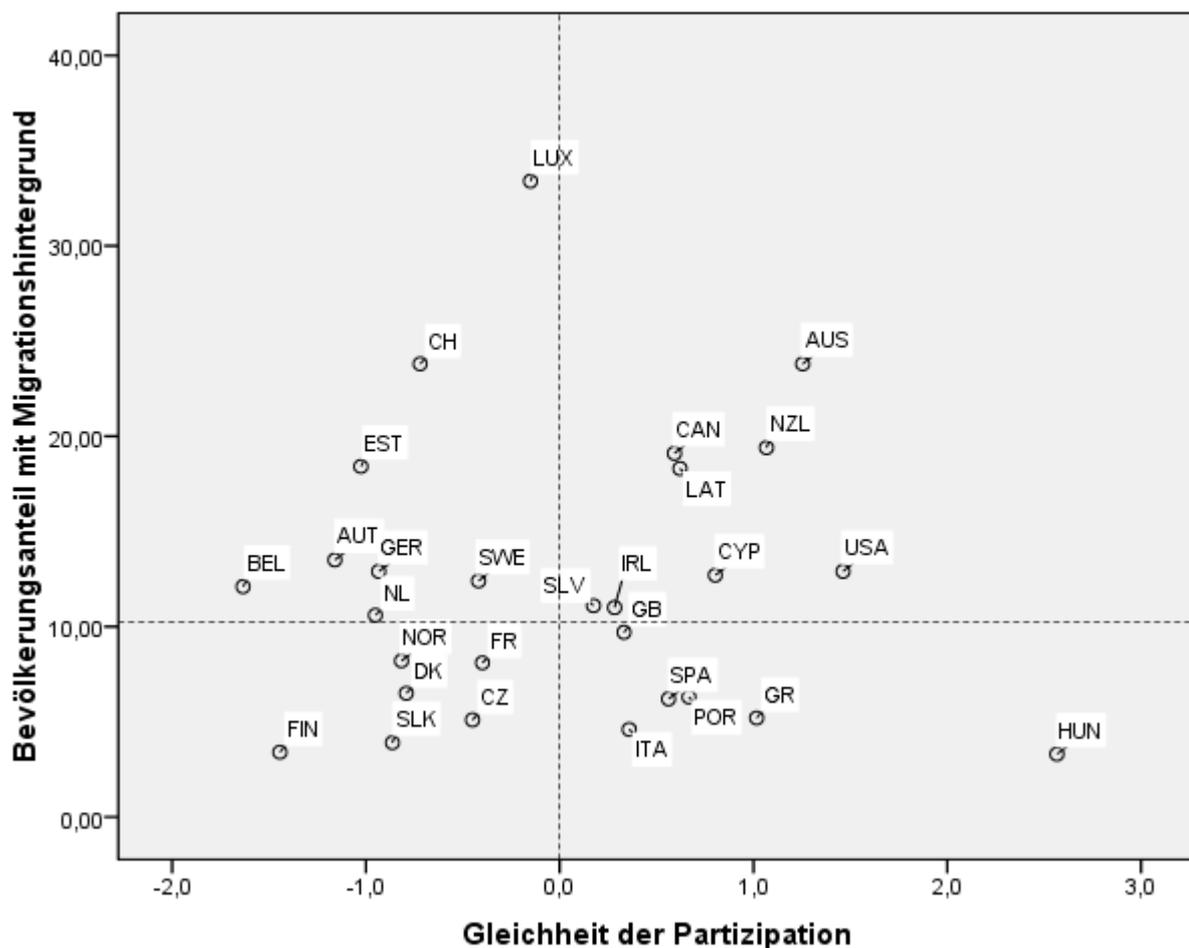
Tabelle 10-2: Die Integration von Migranten im Vergleich der Wohlfahrtsregime

Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund	Arbeitslosigkeit (Benachteiligung der männlichen Migranten)¹⁾	Arbeitslosigkeit (Benachteiligung der weiblichen Migranten)¹⁾	Lesekompetenz (Benachteiligung der Kinder mit Migrationshintergrund)	Gesamtindex	
1. konservativ	16,34 8,99 0,55	-0,33 0,57 ₂₎	-0,41 0,64 ₂₎	-1,75 6,70 -3,83	1. wirtschaftsliberal 1,02 0,66
2. wirtschaftsliberal	15,98 5,59 0,35	-0,49 2,18 ₂₎	-0,72 0,62 ₂₎	-31,67 13,01 -0,41	2. ex-sozialistisch 0,33 0,34
3. sozial-demokratisch	7,63 3,75 0,49	-0,56 0,51 ₂₎	-1,62 1,18 ₂₎	-46,50 24,75 -0,53	3. ex-sozialistisch 0,05 1,16
4. familistisch	7,0 3,26 0,47	-1,76 0,63 ₂₎	-1,79 0,53 ₂₎	-64,14 17,95 -0,28	4. konservativ -0,59 0,79
5. ex-sozialistisch	6,87 6,79 0,99	-1,90 0,50 ₂₎	-1,96 0,54 ₂₎	k.A. k.A.	5. sozialdemokratisch -0,99 0,57

Angegeben sind die Mittelwerte und die Standardabweichung (kursiv 2. Zeile) und bei den Einzelindikatoren der Variationskoeffizient (kursiv 3. Zeile) für den jeweiligen Wohlfahrtsregime-Typ.¹⁾ Indikator = (Anteil unter den Einheimischen - Anteil unter den Migranten) / Wurzel aus dem Anteil unter den Einheimischen.²⁾ Der Variationskoeffizient wird hier nicht berechnet, da die Standardabweichungen für einen Vergleich der Streuungen direkt herangezogen werden können. Quellen: OECD Factbook 2008; International Migration Outlook 2008; UN Demographic Yearbook 2006; Eurostat 2008; OECD PISA 2006 (Lesekompetenz). Eigene Berechnung.

Zur Charakterisierung von *Migrationsregimen* ist die Offenheit (erster Indikator) und Gleichheit der Partizipation (Durchschnitt der anderen drei Indikatoren) noch einmal graphisch aufbereitet in Abbildung 10-2. Dabei zeigt sich, dass die wirtschaftsliberalen Länder im Durchschnitt sowohl offen als auch bei der Gleichheit der Partizipation erfolgreich sind. Die konservativen Länder nehmen einerseits Migranten auf, andererseits resultieren Unterschiede der Partizipation. Die Länder des Südens nehmen eher wenig Migranten auf, andererseits sind sie erfolgreich bei der Gleichheit der Partizipation. Die ansonsten sehr erfolgreichen skandinavischen Länder schließlich sind nicht sehr offen für Migranten und es resultieren Unterschiede der Partizipation.

Abbildung 10-2: Offenheit und Gleichheit der Partizipation



10.3 Modernisierung der Lebensformen gemäß Hradil

Modernisierungstrends in Dienstleistungs- bzw. Wissensgesellschaften:

- Entstandardisierung:
Die Standard-Lebensform der Industriegesellschaft war die Kernfamilie, bestehend aus den Eltern und ihren Kindern.
Mit der Zunahme an Ressourcen (Geld, Informationen, Geschmack etc.) suchen die Individuen die zu ihnen passenden Lebensformen.
- Pluralisierung:
Die Kleinfamilie verliert ihr Monopol, andere Formen des Zusammenlebens nehmen relativ zu (Alleinleben, kinderloses Leben als Paar etc.).
- Individualisierung:
Die Individualisierung ist ein Teilaspekt der Modernisierung.
Die individuellen Qualifikationsverläufe und Berufswege wurden mit der Bildungsexpansion und der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit zunehmend für beide Geschlechter charakteristisch.
Der zusätzliche Individualisierungsschub erfolgte zusammen mit der Bildungsexpansion und der Zunahme von Selbstentfaltungswerten in den 1960er Jahren. Die Individuen wurden stärker aus angestammten Bindungen und Gemeinschaften freigesetzt und gestalteten ihre Biographie zunehmend selbstständig, mit den entsprechenden Chancen und Risiken.

Empirische Ergebnisse

Haushaltsgrößen

- Während um 1900 fast 50 % der Haushalte 5 Personen oder mehr umfassten, bildeten im Jahr 2004 die Einpersonenhaushalte mit 37,2 % die häufigste Haushaltsform, gefolgt von den Zweipersonenhaushalten mit 34,1 % (Drei Personen: 13,8 %; vier: 10,8 %; fünf und mehr: 4,1 %).
Die Ursachen liegen vor allem im Rückgang der Geburtenraten, in den steigenden Scheidungsraten und in dem zunehmenden Anteil älterer Menschen.
- Dennoch leben etwa 36 % in der Bundesrepublik (gemäß Allbus 2006) in einer Zwei-Eltern-Familie mit Kindern.
5 % der Bevölkerung leben in Haushalten von Alleinerziehenden.
36 % der Bevölkerung leben als Paar ohne Kinder.
21 % der Bevölkerung leben allein.

Eheschließungen und Scheidungen

- Waren 1950 in Westdeutschland 45,8 % verheiratet, so sind es 2004 in Gesamtdeutschland 44,8 % (Datenreport 2006).

Der Anteil der Geschiedenen hat im gleichen Zeitraum von 1,4 % auf 6,8 % zugenommen.

Die Heiratsneigung geht zurück, insbesondere bei hoch qualifizierten Männern und Frauen.

Das Erstheiratsalter ist u.a. mit der Verlängerung der Ausbildungen angestiegen.

- *Nichteheliche Geburten* nehmen zu, sie sind in Ostdeutschland mit 49 % viel stärker verbreitet als in Westdeutschland mit 26 % (2005).
In den Ländern mit „schwachem Ernährermodell“ (skandinavische Wohlfahrtsstaaten) ist dies verbreiteter, im Süden weniger verbreitet.
- Der Anteil der Ehen, die wieder geschieden werden, nimmt zu.

„Unkonventionelle“ Lebensformen

- In Deutschland bilden 5,5 % aller Haushalte „*Nichteheliche Lebensgemeinschaften*“, wobei dies in Ostdeutschland stärker verbreitet ist.
Im internationalen Vergleich ist dies in Skandinavien stärker verbreitet und im Süden Europas weniger.
- *Alleinlebende und „Singles“*:
21 % der Menschen in Deutschland leben in Einpersonenhaushalten. Davon sind ca. 40 % ältere Menschen, insbesondere Frauen.
Als bewusste Lebensform von Personen zwischen 25 und 55 Jahren spricht man auch von „Singles“. Insgesamt sind dies im Jahr 2006 höchstens ca. 8 % der Bevölkerung, denn nur so viele Alleinstehende ohne Kinder gibt es laut ALLBUS 2006 in der genannten Altersgruppe, darunter überproportional viele mit guter Qualifikation und einer guten beruflichen Position.
- *Alleinerziehende*:
Durch den Anstieg der Scheidungen und durch den Anstieg der nichtehelichen Geburten steigt auch der Anteil der Alleinerziehenden. In Ostdeutschland ist dies verbreiteter als in Westdeutschland.
Alleinerziehende Frauen haben ein überdurchschnittliches Armutsrisiko.
- *Verbreitung unkonventioneller Lebensformen*:
Im Jahr 2005 überwogen die konventionellen Lebensformen ganz deutlich.
Die weiteren Formen waren:
 - 4,4 %: Partner in nichtehelicher Lebensgemeinschaft ohne ledige Kinder
 - 2,0 %: Partner in nichtehelicher Lebensgemeinschaft mit ledigen Kindern
 - 7,8 %: Alleinerziehende
 - 17,0 %: Alleinstehende ohne Kinder (Höchstens ca. 8 % (s.o.) sind bewusste „Singles“.)

Fazit

Die Pluralisierung der Lebensformen in Folge der Individualisierungsschübe ist in der Verbreitung relativ begrenzt, aber die Verbreitung nimmt zu.

10.4 Das Ausmaß der sozialen Integration in verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen

Soziale Integration als moralisches Ziel

Zwischen den Akteuren in sozialen Systemen existieren vielfältige Beziehungen, die sich in vielen unterschiedlichen Akten der Kommunikation und Interaktion ausdrücken. Akteure, die stark in diese Beziehungs- und Kommunikationsnetze eingebunden sind, können als sozial integriert angesehen werden. Die soziale Integration bezeichnet dann die Prozesse und Mechanismen, durch welche die einzelnen Akteure in das soziale System einbezogen werden. Aus einer makrosoziologischen Perspektive betrachtet, ergibt sich aus diesen zahllosen einzelnen Interaktionen die Grundlage für soziale Kohäsion, gesellschaftliche Solidarität und die Stabilität einer Gesellschaft.

Die soziale Integration selbst kann wiederum als mehrdimensionales Phänomen beschrieben werden: Einerseits sind die Akteure über den Markt in die Gesellschaft integriert. Durch die Inklusion in die Beschäftigungssysteme und das damit verbundene Erwerbseinkommen werden die Gesellschaftsmitglieder grundsätzlich dazu befähigt, an den Konsum- und Freizeitmöglichkeiten zu partizipieren. Zum zweiten wird soziale Integration auch durch die Zivilgesellschaft geleistet, insbesondere durch Freiwilligenvereinigungen wie z.B. Bürgervereine, Parteien und Gewerkschaften. Im Idealfall handelt es sich bei diesen Freiwilligenvereinigungen um offene, inklusive Assoziationen, in denen sich Akteure mit ähnlichen Interessen zusammenfinden. Drittens findet soziale Integration auch insbesondere im privaten Bereich statt, wo der einzelne Akteur Geborgenheit und Unterstützung in engen Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen findet.

Die soziale Integration dürfte aufgrund der genannten positiven individuellen und gesamtgesellschaftlichen Wirkungen unstrittig als ein wünschenswertes Ziel gelten. Gerade in den letzten Jahren werden in der Diskussion über die gesellschaftliche Integration jedoch zunehmend die Probleme in den Vordergrund gestellt. Von Ulrich Beck (1986) wird eine Erosion der sozialen Bindungen und Lebensformen der Industriegesellschaft konstatiert. Die Lebensentwürfe der mobilen, flexiblen und an persönlicher Selbstverwirklichung interessierten Gesellschaftsmitglieder können nach Beck in zunehmendem Maße durch eigene Wahlfreiheiten und Entscheidungen bestimmt werden. Unter diesen Rahmenbedingungen werden soziale Bindungen brüchiger, da diese auf Langfristigkeit beruhen. Auch die Integrationsleistungen der Zivilgesellschaft befinden sich nach einer durch Robert Putnam (1995, 2001) populär gewordenen Auffassung

in der Auflösung. Putnam erkennt zumindest in den Vereinigten Staaten einen Verlust der gesellschaftlichen Bindekräfte und einen Niedergang des bürgerlichen Engagements, was z.B. an einer rückläufigen Zahl von Vereinsmitgliedschaften oder selteneren Kontakten zu Freunden oder Nachbarn seinen Ausdruck findet. Aufgrund dieser vermuteten Krisentendenzen zur sozialen Kohäsion in modernen Gesellschaften erscheint es besonders relevant, soziale Integrationsleistungen im ökonomischen, zivilgesellschaftlichen und privaten Bereich auch im Ländervergleich zu analysieren.

Modernisierungspfade und die soziale Integration

Mit den verschiedenen Modernisierungsphasen, die in ihrer zeitlichen Abfolge in der Modernisierungstheorie beschrieben werden, geht auch eine Veränderung der sozialen Integrationsmechanismen einher. In der Agrargesellschaft wird die soziale Integration dadurch erreicht, dass sich die Akteure in ihrer ländlich geprägten Lebenswelt als Teile einer größeren sozialen Gemeinschaft wahrnehmen, zu der sie starke emotionale Bindungen aufbauen. Eine Trennung von öffentlichem und privatem Leben kann hier gar nicht stattfinden, da die Integration eng und inklusiv ist sowie die Sitten, Gewohnheiten und Traditionen der Gemeinschaft unhinterfragt akzeptiert werden. In modernen Gesellschaften findet die soziale Integration durch andere Mechanismen statt: Dazu gehören z.B. marktförmige Tauschbeziehungen, massenmediale Diskurse, gemeinsam geteilte Grundwerte oder zivilgesellschaftliche Interessenvereinigungen. Das soziale Band zwischen den Akteuren ist hier zwar dünner als in der dörflichen Gemeinschaft, gleichzeitig eröffnen sich dadurch aber auch Wahlfreiheiten. Im urbanen, großstädtischen Leben wird diese Ambivalenz am sichtbarsten: Auf der einen Seite ergeben sich Potentiale für alternative Lebensentwürfe, die in dörflichen Gemeinschaften auf wenig Toleranz stoßen würden, andererseits treten die gesellschaftlichen Integrationsprobleme hier auch deutlich sichtbar z.B. in Form von Obdachlosigkeit, Kriminalität, Vandalismus etc. in Erscheinung.

Für die Wohlfahrtsregime lassen sich einige Besonderheiten hinsichtlich der sozialen Integrationsleistungen spezifizieren. Für das sozialdemokratische und für das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime ist eine bessere Performanz bei der sozialen Integration zu erwarten. Die beiden Regime stellen stärker darauf ab, ihre Bevölkerung in die Beschäftigungssysteme zu integrieren und damit die ökonomische Exklusion durch Arbeitslosigkeit zu minimieren. Allerdings gibt es in einigen wirtschaftsliberalen Staaten eine große Anzahl der so genannten „working poor“: Personen, die ihren Lebensunterhalt durch gering bezahlte Mini-Jobs erzielen. Die minimalistischen Wohlfahrtsleistungen zwingen dazu, diese Arbeiten wahrzunehmen. Gleichzeitig ist gerade durch das Fehlen sozialer Sicherungssysteme in den wirtschaftsliberalen Ländern die Zivilgesellschaft besonders gefordert, die Armen und Bedürftigen auf freiwilliger Basis zu versorgen. Das Fehlen gut ausgebauter Wohlfahrtsinstitutionen macht die zivilgesellschaftliche Beteiligung eher erforderlich.

Die Länder des konservativen Wohlfahrtsregimes sollten durchschnittlich bei der sozialen Integration abschneiden. In diesem Regime sind es insbesondere die hohen Arbeitslosenquoten, die sich ungünstig auf die ökonomische Integration auswirken dürften. Gerade in der Bundesrepublik wird die hohe Arbeitslosigkeit bereits seit vielen Jahren problematisiert. Eine noch ungünstigere ökonomische Integration ist für das familistische Wohlfahrtsregime sowie für die ex-sozialistischen Staaten Osteuropas zu erwarten. Zudem ist in den ex-sozialistischen Staaten eine vergleichsweise geringe Partizipation in Vereinen oder Verbänden zu erwarten, da die Zivilgesellschaft in diesen Ländern noch wenig entwickelt ist. Bei den privaten Unterstützungsnetzwerken dürften die familistischen und ähnlich auch die ex-sozialistischen Länder dagegen eher etwas besser abschneiden als bei der Zivilgesellschaft.

Auswahl der Indikatoren

Die Performanz im Bereich der sozialen Integration wird durch vier Indikatoren gemessen. Die Arbeitslosenquote gibt den Anteil der arbeitslosen Personen an allen Erwerbspersonen an. Als arbeitslos gilt eine Person dann, wenn sie keiner Erwerbsarbeit nachgeht, jedoch als Arbeit suchend registriert ist. Die Beschäftigungsquote gibt den Anteil der in Voll- oder Teilzeit erwerbstätigen Personen an allen Personen im erwerbsfähigen Alter an. Als erwerbsfähiges Alter ist dabei die Altersspanne zwischen dem 15 und 64 Lebensjahr definiert. Beide Indikatoren verdeutlichen das Ausmaß an ökonomischer Integration. Die Beteiligung im Beschäftigungssystem ist wichtig, denn sie bestimmt z.B. die finanziellen Möglichkeiten der Lebensführung und verhilft zu Anerkennung sowie Ansehen. Gleichzeitig können über berufliche Interaktionen hinausgehende Kontakte und Freundschaften entstehen.

Die Integrationsleistungen der Zivilgesellschaft lassen sich an der Partizipationsbereitschaft der Bevölkerung ablesen, in Freiwilligenvereinigungen mitzuwirken. Als Indikator wurde auf Datenbasis des International Social Survey Programme (ISSP) von 2001 und des European Quality of Life Surveys (EQLS) 2003 berechnet, ein wie großer Prozentanteil der Gesellschaftsmitglieder in den Parteien und Gewerkschaften aktiv mitwirkt. Die Mitarbeit in Parteien und Gewerkschaften ist besonders wichtig, da dies die vorrangige Möglichkeit ist, an der Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mitzuwirken. Ebenfalls auf Basis des ISSP 2001 und des EQLS 2003 wurde der Anteil der Befragten berechnet, die im Falle von Krankheit oder Depression mit Hilfe rechnen können, sei es von Familienangehörigen, Freunden, Nachbarn, Kollegen etc. Letzteres ist ein Indikator für die soziale Integration im engeren Sinne, nämlich die Integration im Bereich der persönlichen Beziehungen.

Aus den vier einzelnen Indikatoren wurde schließlich ein Indexwert konstruiert, in den alle drei Bereiche – ökonomische Integration, Zivilgesellschaft, Unterstützungsnetzwerke – mit gleichem Gewicht, d.h. zu jeweils einem Drittel, ein-

fließen. Der Index wurde als arithmetisches Mittel aus den standardisierten Indikatoren berechnet.

Ländervergleich

Die niedrigste Arbeitslosenquote besitzt im Ländervergleich Neuseeland; dort sind nur 3,7 % der Erwerbspersonen arbeitslos. Auf dem zweiten und dritten Rang folgen Irland und Japan (vgl. Tabelle 10-3). Die mit deutlichem Abstand höchsten Arbeitslosenquoten verzeichnen die Slowakei (16,3 %) und Polen (17,7 %) – in beiden Ländern ist damit ca. jede sechste Erwerbsperson arbeitslos. Die ökonomische Integration ist in diesen beiden Ländern damit nicht gut verwirklicht. Auch die Bundesrepublik platziert sich bei der Arbeitslosigkeit nur auf den hinteren Rängen: 9,4 % der Erwerbspersonen sind in Deutschland als Arbeit suchend registriert. Bei den Beschäftigungsquoten ergibt sich grundsätzlich ein ähnliches Muster: Die Schweiz liegt bei diesem Indikator auf der ersten Position, gefolgt von Norwegen und Dänemark. In diesen drei Staaten sind jeweils mehr als 77 % der Personen im erwerbsfähigen Alter auch erwerbstätig. Die ungünstigsten Werte erzielen bei diesem Indikator Polen, Malta und schließlich die Türkei. Deutschland rangiert im Mittelfeld auf Platz 16.

Die Integration in die Zivilgesellschaft gelingt in Schweden am besten: In Schweden beteiligen sich mehr als 37 % der Bevölkerung am gesellschaftlichen Leben im Sinne von aktiver Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften. In Deutschland beteiligen sich nur ca. 10 % durch aktive Mitgliedschaft. Eine nur wenig entwickelte Vereinslandschaft ist in einigen osteuropäischen Staaten vorzufinden. In Parteien und Gewerkschaften sind in Polen, Ungarn und Bulgarien – aber auch in Portugal – nur ca. 5 % der Bevölkerung aktive Mitglieder.

Tabelle 10-3: Indikatoren der sozialen Integration im Ländervergleich

Arbeitslosenquote		Beschäftigungsquote		Unterstützungsnetzwerke		Zivilgesellschaft		Gesamtdindex					
1	Neuseeland	3,7	Schweiz	78,6	1	Irland	98,5	1	Schweden	37,4	1	Schweden	2,13
2	Inland	4,4	Norwegen	77,5	2	Slowenien	98,3	2	Malta	35,1	2	Norwegen	1,52
3	Japan	4,4	Dänemark	77,3	3	Slowakei	97,6	3	Kanada	33,1	3	Dänemark	1,44
4	Luxemburg	4,5	Schweden	75,7	4	Schweden	97,4	4	USA	27,2	4	Kanada	1,39
5	Schweiz	4,5	Neuseeland	75,4	5	Österreich	97,1	5	Neuseeland	26	5	Irland	1,21
6	Norwegen	4,6	Niederlande	74,1	6	Japan	96,9	6	Dänemark	25,7	6	Schweiz	1,09
7	Niederlande	4,7	Kanada	73,6	7	Finnland	96,8	7	Schweiz	25,1	7	Österreich	1,04
8	Dänemark	4,8	Australien	72,9	8	Norwegen	96,7	8	Norwegen	24,7	8	Neuseeland	1,03
9	Großbritannien	4,8	Großbritannien	72,3	9	Dänemark	96,2	9	Australien	23,8	9	USA	0,91
10	Australien	5,1	USA	71,8	10	Spanien	96	10	Österreich	18,2	10	Japan	0,75
11	USA	5,1	Österreich	71,4	11	Rumänien	96	11	Luxemburg	17,4	11	Australien	0,73
12	Österreich	5,2	Zypern	71	12	Kanada	95,5	12	Finnland	17,1	12	Slowenien	0,68
13	Zypern	5,2	Japan	70,7	13	Tschech. Rep.	95,3	13	Irland	15,7	13	Finnland	0,64
14	Russland	6,1	Finnland	70,5	14	Ungarn	95,2	14	Frankreich	15,3	14	Malta	0,26
15	Schweden	6,4	Estland	69,4	15	Russland	94,8	15	Slowakei	15	15	Niederlande	0,07
16	Slowenien	6,5	Deutschland	69	16	Deutschland	94,6	16	Italien	14,7	16	Zypern	-0,02
17	Kanada	6,8	Irland	69	17	Schweiz	94,5	17	Japan	12,8	17	Großbritannien	-0,05
18	Rumänien	7,2	Lettland	68,3	18	USA	94,4	18	Belgien	12,5	18	Spanien	-0,06
19	Ungarn	7,2	Portugal	67,8	19	Italien	94,4	19	Zypern	11,9	19	Tschech. Rep.	-0,17
20	Malta	7,3	Slowenien	67,8	20	Australien	94,2	20	Niederlande	11,8	20	Slowakei	-0,20
21	Portugal	7,6	Spanien	66,6	21	Neuseeland	94,2	21	Großbritannien	11,2	21	Italien	-0,35
22	Italien	7,7	Tschech. Rep.	66,1	22	Portugal	94,1	22	Spanien	10,6	22	Rumänien	-0,36
23	Estland	7,9	Litauen	64,9	23	Zypern	93,9	23	Slowenien	10,1	23	Deutschland	-0,37
24	Tschech. Rep.	7,9	Frankreich	64	24	Niederlande	93,7	24	Tschech. Rep.	9,9	24	Russland	-0,46
25	Litauen	8,3	Luxemburg	63	25	Großbritannien	93,6	25	Deutschland	9,6	25	Frankreich	-0,57
26	Belgien	8,4	Russland	62,1	26	Litauen	93,6	26	Griechenland	8,2	26	Portugal	-0,62
27	Finnland	8,4	Bulgarien	61,7	27	Polen	93,4	27	Estland	8	27	Luxemburg	-0,69
28	Lettland	8,9	Belgien	61,6	28	Frankreich	93,3	28	Lettland	7,9	28	Ungarn	-0,70
29	Spanien	9,2	Griechenland	61,5	29	Griechenland	93,1	29	Litauen	7,2	29	Litauen	-0,76
30	Deutschland	9,4	Slowakei	60,7	30	Türkei	93,1	30	Rumänien	6,7	30	Lettland	-0,91
31	Griechenland	9,8	Rumänien	58,8	31	Malta	92,9	31	Türkei	6,4	31	Griechenland	-1,05
32	Frankreich	9,9	Italien	58,7	32	Bulgarien	92,8	32	Russland	6,2	32	Estland	-1,22
33	Bulgarien	10,1	Ungarn	57,3	33	Lettland	92,5	33	Polen	5,2	33	Bulgarien	-1,35
34	Türkei	10,2	Polen	57	34	Luxemburg	90,6	34	Portugal	4,9	34	Belgien	-1,42
35	Slowakei	16,3	Malta	54,6	35	Estland	90,6	35	Ungarn	4,4	35	Türkei	-1,67
36	Polen	17,7	Türkei	45,8	36	Belgien	90	36	Bulgarien	4	36	Polen	-1,88

Der Gesamtdindex wurde als gewichteter Durchschnitt aus den standardisierten Einzelindikatoren berechnet. Quellen: OECD 2007 (Arbeitslosenquote); OECD 2006 (Arbeitslosenquote für Russland); OECD 2007 (Beschäftigungsquote); EUROSTAT 2007 (Beschäftigungsquote für Bulgarien, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Rumänien, Slowenien und Türkei) EQLS 2003 (Unterstützungsnetzwerke, aktive Beteiligung in Parteien und Gewerkschaften); ISSP 2001 (Unterstützungsnetzwerke, aktive Beteiligung in Parteien und Gewerkschaften für Japan, USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Norwegen, Schweiz, Russland).

Als Messung der privaten Integration wurde mit den Daten des ISSP 2001 und des EQLS 2003 der Prozentsatz der Bevölkerung berechnet, der im Fall von Krankheit und Depression mit Unterstützung rechnen kann. In Irland sind dies mit 98,5 % in internationalen Vergleich am meisten. Auf den weiteren vorderen Plätzen folgen Slowenien, Slowakei sowie Schweden. Die Bundesbürger rechnen zu 94,6 % mit solchen Unterstützungsleistungen, womit sie im internationalen Vergleich im Durchschnitt liegen. Die geringste private Integration ist in Belgien, Estland und in Luxemburg zu verzeichnen.

Wird nun aus den vier standardisierten Einzelindikatoren ein Gesamtindex – mit gleichem Gewicht der drei Bereiche: ökonomische Integration, Zivilgesellschaft, Unterstützungsnetzwerke – der sozialen Integration gebildet, so erreicht Schweden den besten Indexwert. In Schweden ist die soziale Integration damit insgesamt am besten realisiert. Auf den folgenden vorderen Rängen rangieren Norwegen, Dänemark und Kanada. Deutschland positioniert sich auf dem 23. Rang. Als relative Stärke der Bundesrepublik kann die private Integration angesehen werden, ungünstig auf die soziale Integration wirkt sich hingegen die hohe Arbeitslosigkeit aus. Am Ende der Rangliste befinden sich Bulgarien, Belgien, die Türkei und schließlich Polen.

Vergleich der Regimetypen

Für die Wohlfahrtsregime wurde eingangs begründet, dass für das sozialdemokratische und das wirtschaftsliberale Regime ein überdurchschnittliches Abschneiden bei der sozialen Integration zu erwarten ist. Beide Regimetypen weisen jeweils sowohl auf den einzelnen Integrationsindikatoren als auch beim Gesamtindex die beste Performanz auf (vgl. Tabelle 10-4).

Die Arbeitslosigkeit ist in den wirtschaftsliberalen Ländern mit durchschnittlich 5,0 % am geringsten ausgeprägt. Wie eingangs erwähnt, gibt es jedoch in einigen dieser Länder einen substantiellen Bevölkerungsanteil, der lediglich Zugang zu geringfügigen Beschäftigungsformen besitzt. Auf dem zweiten Rang platziert sich das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime, gefolgt vom konservativen und vom familistischen Regimetyp. Auf dem fünften Rang liegen die exsozialistischen Länder mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 9,5 %, wobei bei diesen Staaten die hohe Streuung auffällt: Während Slowenien eine Arbeitslosenquote von 5,9 % aufweist, sind die Werte für die Slowakei und Polen mehr als doppelt so hoch. Bei dem Beschäftigungsindikator – der ebenfalls die ökonomische Integration abbildet – rangiert das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime vor den wirtschaftsliberalen Ländern an erster Stelle. Auf den drei folgenden Rängen ergibt sich die gleiche Reihenfolge wie bei der Arbeitslosigkeit.

Tabelle 10-4: Indikatoren der sozialen Integration im Vergleich der Wohlfahrtsregime

Arbeitslosenquote	Beschäftigungsquote	Unterstützungnetzwerke	Zivilgesellschaft	Gesamtdindex
1. wirtschafts-liberal 5,0 1,0 0,21	1. sozial-demokratisch 75,3 3,26 0,04	1. sozial-demokratisch 96,8 0,49 0,005	1. sozial-demokratisch 26,2 8,38 0,31	1. sozial-demokratisch 1,43 0,61
2. sozial-demokratisch 6,1 1,8 0,29	2. wirtschafts-liberal 72,5 2,12 0,02	2. wirtschafts-liberal 95,1 1,79 0,02	2. wirtschafts-liberal 22,8 8,02 0,35	2. wirtschafts-liberal 0,87 0,55
3. konservativ 6,6 2,5 0,37	3. konservativ 68,8 6,3 0,09	3. ex-sozialistisch 94,6 2,27 0,02	3. konservativ 15,7 5,16 0,33	3. konservativ -0,12 0,92
4. familistisch 7,8 1,6 0,21	4. familistisch 63,4 6,17 0,1	4. familistisch 94,07 1,11 0,01	4. familistisch 14,2 10,7 4 0,75	4. familistisch -0,31 0,47
5. ex-sozialistisch 9,5 3,9 0,41	5. ex-sozialistisch 63,1 4,46 0,07	5. konservativ 93,4 2,44 0,03	5. ex-sozialistisch 7,69 3,13 0,4	5. ex-sozialistisch -0,67 0,69

Der Gesamtindex wurde als gewichteter Durchschnitt aus den standardisierten Einzelindikatoren berechnet (vgl. S. 217). Quellen: OECD 2007 (Arbeitslosenquote); OECD 2006 (Arbeitslosenquote für Russland); OECD 2007 (Beschäftigungsquote); EUROSTAT 2007 (Beschäftigungsquote für Bulgarien, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Rumänien, Slowenien und Türkei); EQLS 2003 (Unterstützungnetzwerke, aktive Beteiligung in Parteien und Gewerkschaften); ISSP 2001 (Unterstützungnetzwerke, aktive Beteiligung in Parteien und Gewerkschaften für Japan, USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Norwegen, Schweiz, Russland).

Die zivilgesellschaftliche Integration in Parteien und Gewerkschaften ist im sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime am stärksten ausgeprägt. Auf dem zweiten Platz rangiert der wirtschaftsliberale Regimetyp, der eher durch eine überdurchschnittlich hohe Partizipationsrate in karitativen Wohlfahrtsvereinigungen gekennzeichnet ist³⁰. An dritter Stelle positioniert sich das konservative Wohlfahrtsregime, wobei innerhalb dieses Regimetyps die Schweiz am besten abschneidet. In den familistischen und insbesondere in den ex-sozialistischen Ländern ist die Zivilgesellschaft vergleichsweise wenig entwickelt.

Im Hinblick auf die soziale Integration im privaten Bereich liegt das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime auf dem ersten Rang. Am wenigsten entwickelt sind die privaten Unterstützungsnetzwerke im konservativen Wohlfahrtsregime.

Mit einer überdurchschnittlichen Gesamtperformanz positionieren sich die sozialdemokratischen Staaten in unserem Vergleich auf dem ersten Rang. Das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime rangiert mit einem deutlich niedrigeren Gesamtwert dahinter an der zweiten Position. In diesen beiden Regimetypen ist die Bevölkerung damit am stärksten sozial integriert. Das konservative Regime liegt bei den Einzelindikatoren (außer der privaten Integration) und bei dem Gesamtindex an dritter Stelle. Die Schweiz schneidet unter den Ländern des konservativen Regimes besonders gut ab. Ein deutlicher Rückstand bei der sozialen Integration ist für das familistische Wohlfahrtsregime sowie besonders deutlich für die ex-sozialistischen Länder zu konstatieren. Beide Ländergruppen erreichen im Durchschnitt sowohl im Gesamtindex als auch bei den Einzelindikatoren ungünstige Werte. Die verwendete Typologie von Wohlfahrtsregimen erweist sich für das Thema auch empirisch als angemessen: Länderunterschiede in der sozialen Integration lassen sich statistisch signifikant zu 58 % den Unterschieden der Wohlfahrtsregime zuschreiben ($\eta^2 = 0,58$).

³⁰ In Kanada, den USA und Neuseeland beteiligen sich zwischen 29 und 30 % der Bevölkerung in karitativen Wohlfahrtsvereinigungen, in Australien liegt der Wert bei 24 %. Lediglich Großbritannien weicht mit einem Wert von 16 % etwas von diesen überaus hohen Partizipationsraten ab.

10.5 Autonomie als die Befähigung zum selbstbestimmten Handeln

Autonomie als moralisches Ziel

Im Zentrum der normativen Theorie des Nobelpreisträgers Amartya Sen steht der Freiheitsbegriff. Die Lebensqualität von Individuen und ganzen Gesellschaften nur an ihrem materiellen Wohlstand festzumachen, wie dies lange Zeit z.B. in der Armut- und Reichtumsberichterstattung praktiziert wurde, ist nach Sen (2002) zu einseitig. Angemessener ist stattdessen eine breitere Perspektive, in der die Bewertung von individuellen Lebenslagen und der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung an dem Kriterium der Verwirklichungschancen gemessen wird. Mit Verwirklichungschancen ist die Fähigkeit von Menschen gemeint, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, d.h. die Lebensweise verfolgen zu können, die zu schätzen sie gute Gründe haben. Dies impliziert, dass Menschen dazu befähigt werden, ihre eigene Lebensweise zu erkennen, zu beurteilen und zwischen alternativen Lebensentwürfen bewusst und mit guten Gründen auszuwählen. Um dies erreichen zu können, müssen einerseits die individuellen Potenziale der Menschen entwickelt werden, z.B. durch den Zugang zu Bildungseinrichtungen, andererseits müssen auch Handlungsbeschränkungen und Unfreiheiten abgebaut werden, die eine Realisierung von Verwirklichungschancen behindern. Die Möglichkeit zu haben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, hängt neben der geistigen Befähigung auch noch von den äußeren Bedingungen ab.

Auch der Vergleich von Ländern und Wohlfahrtsregimen kann an dem Konzept der Verwirklichungschancen orientiert werden: „Der Erfolg einer Gesellschaft ist nach dieser Auffassung primär danach zu bewerten, wie groß die von ihren Mitgliedern genossenen substantiellen Freiheiten sind“ (vgl. Sen 2002: 30). Natürlich ist es kompliziert, ein empirisches Messmodell für substantielle Freiheiten aufzustellen, da hierfür sehr viele und sehr unterschiedliche Aspekte berücksichtigt werden müssten: Bildung, Gesundheit, Einkommen, politische und bürgerliche Freiheiten, Arbeitsbedingungen, ein sicherer Lebensraum usw. Alle diese Aspekte spielen bei der Bewertung der Handlungsautonomie eines Menschen eine Rolle. Die folgende Analyse nimmt insbesondere die Bildungschancen und Grundfähigkeiten in den Blick, über die Menschen in unterschiedlichen Ländern und Wohlfahrtsregimen verfügen. Diese Merkmale bilden zwar kein hinreichendes Kriterium für Autonomie, wohl aber eine notwendige Voraussetzung dafür.

Modernisierungspfade und die Befähigung zum selbstbestimmten Handeln

Die Modernisierungstheorie postuliert einerseits eine monoton steigende wirtschaftliche Entwicklung hin zu immer höheren Prosperitätsniveaus als auch eine Demokratisierung der Bildungschancen im Zeitverlauf. Wenn Bildung und materielles Wohlergehen als Indikatoren für die Befähigung der Bevölkerung zum selbstbestimmten Handeln gelten können, dann wäre aus der Modernisierungs-

theorie abzuleiten, dass die Chancen eines Menschen, einen von ihm bewusst gewählten Lebensentwurf leben zu können, in modernen Gesellschaften größer sind als jemals zuvor. Diese Schlussfolgerung aus der Modernisierungstheorie sollte für alle Gesellschaften gleichermaßen zutreffen, da dieser Ansatz nur verschiedene Geschwindigkeiten unterscheidet, mit denen sich Gesellschaften entwickeln, jedoch keine unterschiedlichen Entwicklungsrichtungen kennt.

Die u.a. von Esping-Andersen (1990) vertretene Idee unterschiedlicher Modernisierungspfade ergänzt diese allgemeine Aussage mit Postulaten über unterschiedliche Entwicklungsrichtungen in verschiedenen Wohlfahrtsregimen. Die Entwicklungsrichtung einer Gesellschaft ist demnach abhängig von historisch gewachsenen Strukturen und Institutionen sowie von langfristigen politischen Kräfteverhältnissen.

Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime besitzt einen universalistischen Sozialstaat, durch den die Bevölkerung umfassend gegen ökonomische Risiken abgesichert ist. Gleichzeitig wird intensiv in die Aus- und Weiterbildung der Bevölkerung investiert, oft unter der Maßgabe, dass keiner in den Bildungssystemen zurückgelassen werden dürfe. Beide Maßnahmen dürften den Anteil derjenigen Gesellschaftsmitglieder minimieren, die entweder von Einkommens- oder von Bildungsarmut betroffen sind. Für die Bevölkerung im sozialdemokratischen Regime kann daher das höchste Niveau an Autonomie erwartet werden.

Das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsmodell verteilt die Ressourcen für ein selbstbestimmtes Handeln primär über den freien Markt. Da eine staatliche Umverteilung von Einkommen hier politisch abgelehnt wird, kann erwartet werden, dass es auch einen größeren Anteil an einkommensarmen Menschen gibt. Zudem sind die Gesundheits- und Altersvorsorge sowie die Partizipation in höhere Bildungsinstitutionen eher stärker als in anderen Wohlfahrtsregimen an die finanziellen Ressourcen jedes einzelnen Akteurs gekoppelt. Dadurch dürfte sich die Einkommensarmut auch auf andere wohlfahrtsstaatliche Dimensionen abfärben, wodurch größeren Bevölkerungsanteilen die „minimale“ Autonomie verwehrt bleibt.

In den Ländern des konservativen Regimes erfolgt im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft auch eine Einkommensumverteilung, weshalb der Bevölkerungsanteil an materiell benachteiligten Menschen hier niedriger ausfallen dürfte als im wirtschaftsliberalen Regime. Allerdings schlägt sich die Idee des Staturerhaltes in einer starken Differenzierung des Bildungssystems nieder, in dem die Schüler frühzeitig in hierarchisch angeordnete Bildungsgänge aufgeteilt werden. Diese frühe Selektion wirkt sich insbesondere auf den „unteren“ Schultypen negativ auf die weitere Leistungsentwicklung aus und wird daher immer wieder mit einer hohen Quote an Bildungsarmen in Verbindung gebracht (vgl. Baumert et al. 2001). Für das konservative Regime ist daher bei der Autonomie

ein ungünstigeres Abschneiden als bei dem sozialdemokratischen Wohlfahrtsregime zu erwarten.

Das familistische Wohlfahrtsregime liegt derzeit, was das Niveau an sozialer Sicherung betrifft, noch hinter den west- und nordeuropäischen Staaten zurück. Entsprechend ist von einem größeren Anteil an einkommensarmen Personen auszugehen. Auch die Bildungsausgaben liegen in diesem Regime auf niedrigem Niveau. Die beiden Voraussetzungen für Autonomie bzw. Handlungsfreiheit dürften in diesem Wohlfahrtsregime noch einem größeren Personenkreis vor-enthalten bleiben.

Die ex-sozialistischen Länder sind derzeit am schwierigsten einzuordnen, da sie sich noch immer in einem Transformationsprozess befinden und keine einheitliche Regimelogik aufweisen. Es ist zu erwarten, dass in diesen Staaten die Einkommensarmut in den 1990er Jahren zugenommen hat, dennoch dürften zumindest einige dieser Länder bei diesem Aspekt gut abschneiden. Die Bildungsarmut sollte uneinheitlich in den osteuropäischen Staaten ausgeprägt sein: Während z.B. Polen mittlerweile ein Einheitsschulsystem besitzt, werden die Schülerinnen und Schüler in Tschechien oder Ungarn sehr frühzeitig auf vertikale Schultypen aufgeteilt. Insgesamt ist eher ein unterdurchschnittliches Abschneiden der ex-sozialistischen Ländergruppe wahrscheinlich.

Auswahl der Indikatoren

Wenngleich das Ausmaß an Verwirklichungschancen nicht nur auf Bildungsarmut reduziert werden darf, sind kognitive Ressourcen natürlich eine bedeutsame Voraussetzung für die realen Freiheiten, die ein Akteur genießt. Als Indikatoren für Autonomie betrachten wir die Bildungsausgaben, die Bildungsabschlüsse sowie die im Schulsystem erworbenen Kompetenzen.

Die Investitionen in die Bildungssysteme (als Prozentanteil des BIP) können als ein Indikator für die Bereitschaft eines Landes angesehen werden, in die Bildung der Menschen zu investieren und sie damit zum selbstbestimmten Handeln zu befähigen. Öffentliche und private Bildungsausgaben werden gemeinsam betrachtet, da Bildungsprozesse unseres Erachtens den Verwirklichungschancen immer zuträglich sind, und dies ungeachtet ihrer Finanzierungsart.

Das Ergebnis der Bildungsanstrengungen zeigen zwei Indikatoren: Einerseits geben wir den Bevölkerungsanteil an, der über tertiäre Bildungsabschlüsse verfügt. Dieses Segment der Bevölkerung dürfte über besonders gute Verwirklichungschancen verfügen, da mit tertiärer Bildung nicht nur in hohem Maße individuelle Fähigkeiten und Kenntnisse erworben werden, sondern damit gleichzeitig auch die Chancen steigen, ein überdurchschnittliches Einkommen am Arbeitsmarkt zu erzielen, also ökonomische Autonomie zu erreichen.

Zum dritten verwenden wir als Indikator die durchschnittliche Lesekompetenz der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler. Durch die von der OECD koordinierten Studien wurden internationale Vergleichsdaten zur Performanz der Bildungssysteme in sehr guter Qualität gewonnen. Die hier verwendete Skala aus der PISA-Studie 2006 bildet die Lesekompetenz ab, verstanden als „Fähigkeit, geschriebene Texte zu verstehen, zu nutzen und über sie zu reflektieren, um eigene Ziele zu erreichen, das eigene Wissen und Potential weiterzuentwickeln und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“ (Prenzel et al. 2004: 20). Die PISA-Aufgaben waren nicht auf ein schulisches Curriculum ausgerichtet, vielmehr standen alltägliche Lesesituationen im Fokus sowie die zielgerichtete Anwendung der Lesefähigkeit in unterschiedlichen Kontexten.

Ländervergleich

Die Bereitschaft, in die Bildung zu investieren, ist in Dänemark am stärksten ausgeprägt; Dänemark gibt 7,4 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für Bildung aus – mehr als jedes andere Land. Hinter Dänemark platzieren sich die USA, Neuseeland, die Schweiz und Schweden. Deutschland investiert insgesamt 5,1 Prozent seines BIP in die Bildung und liegt damit lediglich auf dem 21. Rang. Am Ende des Ranking befinden sich Russland und Rumänien (vgl. Tabelle 10-5).

Den höchsten Bevölkerungsanteil mit tertiären Bildungsabschlüssen kann Kanada aufweisen, wo 46,1 % über solch hohe Bildungszertifikate verfügen. Es folgen Japan und die USA sowie die skandinavischen Staaten Finnland, Dänemark und Norwegen. Deutschland rangiert auf Position 18: Jeder vierte Deutsche verfügt über einen tertiären Bildungstitel. Auf den hinteren Rängen platzieren sich die Tschechische Republik, Portugal, Italien und die Türkei.

Die höchste Lesekompetenz weisen die finnischen Schülerinnen und Schüler auf, und dies mit deutlichem Abstand. Eine ebenfalls überdurchschnittliche Performanz kann für die Schulsysteme Kanadas und Neuseelands festgehalten werden. Die deutschen 15-Jährigen lagen 2006 mit 495 Punkten ungefähr im Durchschnitt der OECD-Länder. Im Vergleich der hier ausgewählten Staaten liegt die Bundesrepublik auf Rang 13. Die Rangfolge beschließen die Türkei, Russland, Bulgarien und Rumänien.

Der Gesamtindex zur Autonomie, der sich als Durchschnittswert der standardisierten Einzelindikatoren berechnet, wird angeführt von Kanada, Finnland und den USA.

Tabelle 10-5: Indikatoren der Autonomie im Ländervergleich

Öffentl. und priv. Bildungsausgaben 2005	Bevölkerungsanteil mit tertiären Bildungsschlüssen 2005	PISA Mittelwert der Lesekompetenz 2006	Gesamtindex
1. Dänemark	7,4	1. Finnland	1,71
2. USA	7,1	2. Kanada	1,41
3. Neuseeland	6,7	3. Neuseeland	1,40
4. Schweiz ⁵	6,5	4. Irland	1,28
5. Schweden	6,4	5. Australien	1,07
6. Großbritannien	6,2	6. Polen	0,89
7. Slowenien	6,2	7. Niederlande	0,81
8. Kanada ⁴	6,2	8. Schweden	0,80
9. Finnland	6,0	9. Belgien	0,73
10. Belgien	6,0	10. Estland	0,71
11. Frankreich	6,0	11. Schweiz	0,66
12. Polen	5,9	12. Japan	0,60
13. Australien	5,8	13. Deutschland	0,46
14. Norwegen ²	5,7	14. Großbritannien	0,35
15. Portugal	5,7	15. USA ⁶	0,31
16. Ungarn	5,6	16. Dänemark	0,27
17. Lettland ¹	5,5	17. Slowenien	0,23
18. Malta ⁷	5,5	18. Österreich	0,19
19. Österreich	5,5	19. Frankreich	0,14
20. Litauen ¹	5,3	20. Norwegen	0,04
21. Deutschland	5,1	21. Tschech. Rep.	0,03
22. Estland	5,0	22. Ungarn	-0,15
23. Niederlande	5,0	23. Lettland	-0,23
24. Zypern ¹	4,9	24. Luxemburg	-0,24
25. Japan	4,9	25. Portugal	-0,44
26. Italien	4,7	26. Litauen	-0,48
27. Tschech. Rep.	4,6	27. Italien	-0,49
28. Spanien	4,6	28. Slowakei	-0,56
29. Irland	4,6	29. Spanien	-0,78
30. Bulgarien ¹	4,5	30. Griechenland	-0,88
31. Slowakei	4,4	31. Türkei	-0,94
32. Griechenland	4,2	32. Russland	-1,04
33. Türkei ⁴	4,1	33. Bulgarien	-1,55
34. Luxemburg ³	3,9	34. Rumänien	-1,67
35. Russland ²	3,8	35. Malta	-1,94
36. Rumänien ¹	3,4	36. Zypern	-2,71

Der Gesamtindex berechnet sich als Durchschnitt der standardisierten Einzelindikatoren. Quellen: OECD 2008 (Bildungsausgaben, tertiäre Bildungsabschlüsse), OECD PISA 2006 (Lesekompetenz).

1 Datum 2005, Quelle: Eurostat 2009 2 nur öffentliche Bildungsausgaben 3 Quelle: UN Economic Commission for Europe 4 Wert aus 2004 5 Datum 2002, Quelle: OECD 2007 6 OECD PISA 2003

7 Datum 2004, Quelle: Amtsblatt der Europäischen Union 5.4.2008 C 86/01

Diese Länder erreichen sehr hohe Gesamtwerte, die (zumindest im Bildungsbe-
reich) weit überdurchschnittliche Verwirklichungschancen indizieren. Den Ab-
schluss der Rangliste bilden die Türkei, Russland, Bulgarien und Rumänien –
die vier Länder bieten ihrer Bevölkerung gemäß unseren Kriterien die geringsten
Verwirklichungschancen. Die Bundesrepublik liegt auf Rang 20 und erreicht bei
der Autonomie den Durchschnittswert der untersuchten Länder.

Ergebnisse nach Regimetypen

Das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime liegt bei den Bildungsausgaben auf
dem ersten Rang, und zwar knapp vor dem wirtschaftsliberalen Regimetyp. Bei
den tertiären Bildungsabschlüssen und der Lesekompetenz haben die wirt-
schaftsliberalen Staaten den ersten Platz inne, hier liegen die sozialdemokrati-
schen Länder auf dem zweiten Rang. Im Gesamtranking zur Autonomie platzie-
ren sich die sozialdemokratischen Länder knapp auf dem ersten Rang. Durch die
Kombination aus finanzieller Absicherung durch den Sozialstaat und hohen
Bildungsinvestitionen in die gesamte Breite der Bevölkerung gewährleistet die-
ses Regime die größten Verwirklichungschancen (vgl. Tabelle 10-6). Nur mit
geringem Abstand folgen die wirtschaftsliberalen Staaten auf dem zweiten Platz
des Gesamtranking. Die bildungsspezifischen Verwirklichungschancen sind
demnach ähnlich gut ausgeprägt wie im sozialdemokratischen Regimetyp³¹.

Die konservativen Länder liegen bei allen drei Bildungsindikatoren auf dem
dritten Rang und teilweise deutlich hinter dem sozialdemokratischen und dem
wirtschaftsliberalen Wohlfahrtsregime zurück. Dieses vergleichsweise ungünsti-
ge Abschneiden dürfte zumindest in Teilen auch auf die frühe Selektion im
Schulsystem zurückgehen, welche für das konservative Wohlfahrtsregime als
typisch angesehen werden kann. Durch diese Selektionspraxis wird ein relevan-
ter Anteil der Schülerinnen und Schüler auf Schulformen mit ungünstigem
Lernkontext und niedrigem Anspruchsniveau platziert, was einerseits den Kom-
petenzerwerb und andererseits die Chance auf einen weiterführenden, tertiären
Bildungsweg einschränkt (vgl. Mutz 2006). Das durchschnittliche Abschneiden
der Bundesrepublik ist bei allen drei Bildungsindikatoren ersichtlich: Das
deutsche Bildungssystem ist vergleichsweise schlechter finanziert und entlässt
am Ende der Pflichtschulzeit – auch durch die frühzeitige Konzentration leis-
tungsschwacher Schüler auf die niedrigen Bildungsgänge – zu viele bildungsar-
me Menschen, deren Verwirklichungschancen dadurch beeinträchtigt werden.

³¹ Es darf allerdings vermutet werden, dass die wirtschaftsliberalen Staaten weniger gut abschneiden
würden, wenn wir in der empirischen Analyse die ökonomische Dimension von Autonomie mit
berücksichtigt hätten. Die hohen Armutsraten (bspw. in den Vereinigten Staaten) verbunden mit
einer geringen Einkommensgleichheit indizieren, dass ein relevanter Bevölkerungsanteil nur über
eingeschränkte ökonomische Verwirklichungschancen verfügt. Die ökonomischen Voraussetzun-
gen für Teilhabe und gesellschaftliche Partizipation untersuchen wir genauer in Kap. 7.8, das in-
besondere die Gleichheit der materiellen Teilhabe untersucht.

Table 10-6: Indikatoren der Autonomie im Vergleich der Wohlfahrtsregime

Öffentliche und private Bildungsausgaben 2004	Bevölkerungsanteil mit tertiären Bildungsabschlüssen 2005	PISA Mittelwert der Lesekompetenz 2006	Gesamtindex
1. sozialdemokratisch 6,7 0,5 0,07	1. wirtschaftsliberal 33,8 7,31 0,22	1. wirtschaftsliberal 511 13,5 0,03	1. sozialdemokratisch 1,08 0,28
2. wirtschaftsliberal 6,1 1,0 0,16	2. sozialdemokratisch 32,6 2,15 0,07	2. sozialdemokratisch 508 27,7 0,05	2. wirtschaftsliberal 0,96 0,52
3. konservativ 5,5 0,9 0,16	3. konservativ 26,2 4,48 0,17	3. konservativ 494 9,3 0,02	3. konservativ 0,21 0,48
4. ex-sozialistisch 5,0 0,9 0,18	4. familistisch 18,6 7,62 0,41	4. ex-sozialistisch 466 37,6 0,08	4. familistisch -0,57 0,46
5. familistisch 4,8 0,8 0,16	5. ex-sozialistisch 15,2 2,09 0,14	5. familistisch 466 5,9 0,01	5. ex-sozialistisch -0,65 1,06

Angegeben sind die Mittelwerte, die Standardabweichung (kursiv 2. Zeile) und bei den Einzelindikatoren der Variationskoeffizient (kursiv 3. Zeile) für den jeweiligen Wohlfahrtsregime-Typ. Japan und die Türkei wurden keinem der fünf Wohlfahrtsregime-Typen zugeordnet. Quellen: OECD 2008 (Bildungsausgaben, tertiäre Bildungsabschlüsse), OECD PISA 2006 (Lesekompetenz). Eigene Berechnung.

Das familistische Wohlfahrtsregime belegt im Vergleich der Regimetypen den vierten Platz. Fünf der sechs Länder dieses Regimes weisen einen unterdurchschnittlichen Gesamtwert bei der Autonomie auf. Die ex-sozialistischen Länder liegen im Durchschnitt nahezu gleichauf und besetzen die fünfte Position. Auffällig ist die hohe Streuung unter den ex-sozialistischen Ländern, die sich am markantesten zwischen Slowenien (Platz 10) und Rumänien (Platz 36) zeigt. Damit wird einmal mehr der Ausdifferenzierungsprozess deutlich, in dem sich diese Länder befinden.

Insgesamt sind die Streuungen innerhalb der Regimetypen recht gering, was für die Angemessenheit der verwendeten Typologie spricht; varianzanalytisch lassen sich 53 % der Länderunterschiede als Unterschiede zwischen den Regimetypen interpretieren. Die Wohlfahrtsregime strukturieren also in hohem Ausmaß das Niveau der Verwirklichungschancen der jeweiligen Bevölkerung.

11. Modelle sozialer Lagen III: Bourdieu, Vester, Hradil

Pierre Bourdieu entwickelte ein Modell des sozialen Raums für Frankreich, das Vester auf die Bundesrepublik Deutschland übertrug.

11.1 Bourdieus Modell des „sozialen Raums“

Pierre Bourdieu erstellte in „Die feinen Unterschiede“ („La distinction“ 1979, deutsch 1982) ein Modell des sozialen Raumes, das durch drei Unterscheidungen strukturiert ist: *Kapitalvolumen*, *Kapitalstruktur* und die *zeitliche Entwicklung* von Volumen und Struktur des Kapitals. Die Lebensbedingungen sind gemäß Bourdieu primär strukturiert durch das „*Gesamtvolumen des Kapitals* als Summe aller effektiv aufwendbaren Ressourcen und Machtpotentiale, also ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital“ (Bourdieu 1982: 196). Dabei versteht er unter „ökonomischem Kapital“ alle in Geldform umsetzbaren Güter, unter „kulturellem Kapital“ alle erlernbaren Fähigkeiten, die durch soziale Herkunft und Schulbildung vermittelt werden, und unter „sozialem Kapital“ alle sozialen Beziehungen und soziales Ansehen, die mit sozialen Positionen verbunden sind. Die gesellschaftlichen Akteure streben gemäß Bourdieu Distinktionsgewinne an. Mit der Begrifflichkeit Bourdieus ist dies ein Kampf um symbolisches Kapital (bei Honneth ein Kampf um Anerkennung).

Im Vergleich zu Wrights Modell fehlt also die Hierarchie der Anweisungs- und Entscheidungsbefugnisse, d.h. die Hierarchie der Organisationsressourcen.

Die Hierarchiedimension wird von Bourdieu konzipiert mit Hilfe des ökonomischen und kulturellen Kapitals der verschiedenen sozialen Lagen: „Die Verteilung der Klassen (und Klassenfraktionen) erstreckt sich mithin von den am reichhaltigsten mit ökonomischem und kulturellem Kapital ausgestatteten bis zu den unter beiden Aspekten am stärksten benachteiligten ...“ (Bourdieu 1982, S. 196). Der soziale Raum wird verstanden als dynamisches Feld, in dem die sozialen Stellungen ständig ausgehandelt werden.

In Bourdieus Diagramm des sozialen Raums bildet das Kapitalvolumen die vertikale Achse und die Zusammensetzung des Kapitalvolumens (aus ökonomischem und kulturellem Kapital) die horizontale Achse von „reinen“ Besitzern ökonomischen Kapitals zu „reinen“ Besitzern kulturellen Kapitals (vgl. Abbildung 11-1). Aspekte der Dynamik werden über Indikatoren zur sozialen Herkunft und zur Expansion bzw. Kontraktion von Anteilen sozialer Kategorien zu erfassen gesucht.

Bourdies Kausalmodell besteht darin, dass soziale Lebenslagen „feine Unterschiede“ des Geschmacks und der Lebensstile begünstigen. Zwischen sozialen Lebenslagen und Lebensstilen vermittelt der „*Habitus*“, d.h. die

Dispositionen für das praktische Handeln (Praxisformen) (vgl. Bourdieu 1982: 279).

Bourdieu's Konzept des sozialen Raums

Drei Grundunterschiede in der Formulierung von Bourdieu: „Kapitalvolumen, Kapitalstruktur und zeitliche Entwicklung dieser beiden Größen (...).

Das Prinzip der primären, die Hauptklassen der Lebensbedingungen konstituierenden Unterschiede liegt im *Gesamtvolumen des Kapitals* als Summe aller effektiv aufwendbaren Ressourcen und Machtpotentiale, also ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital.“ (Bourdieu 1982: 195/196)

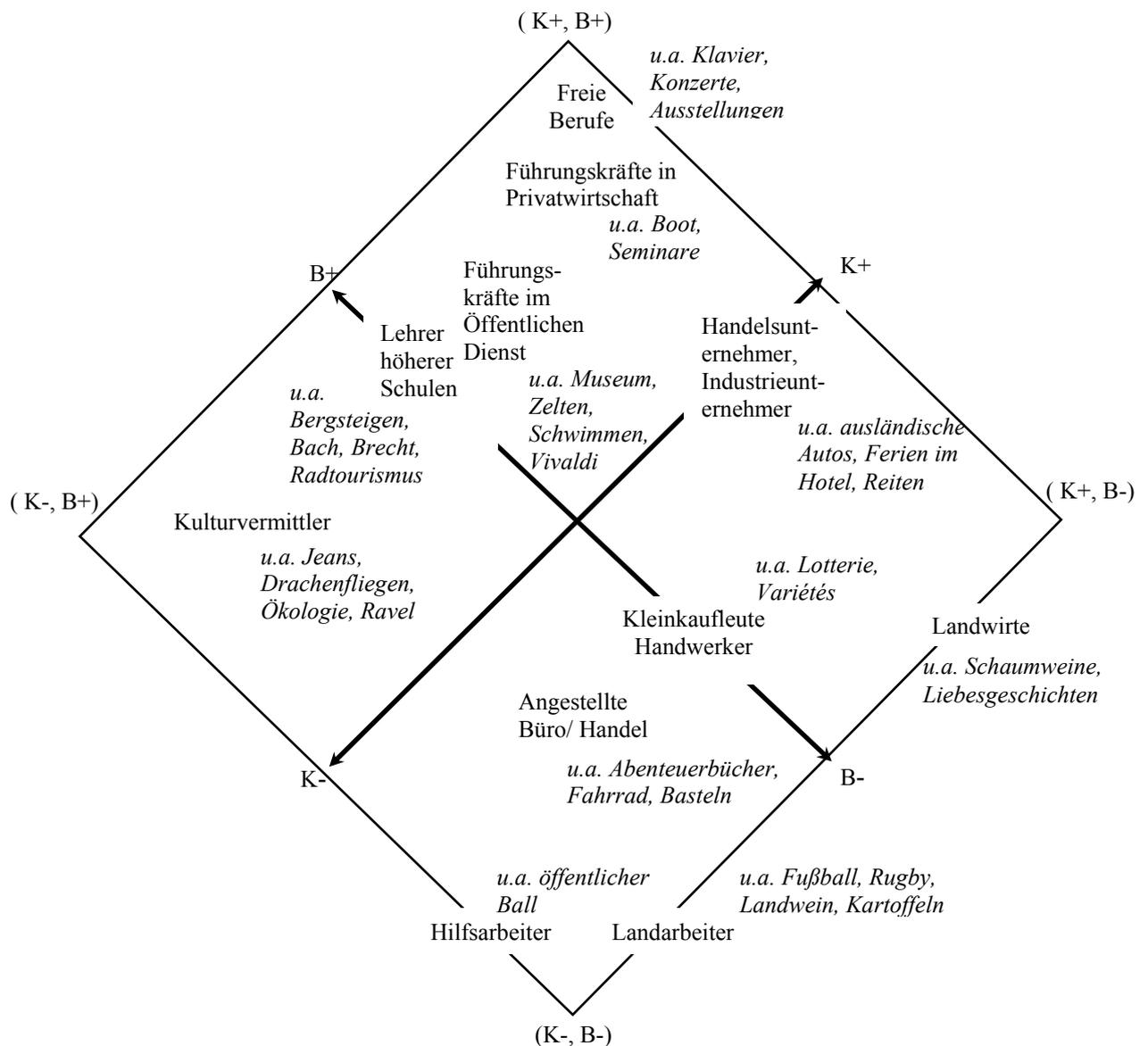
Raum der sozialen Positionen und Lebensstile

„Um sich ein so exaktes Bild wie möglich vom hier vorgeschlagenen Modell zu machen, stelle man sich vor, drei Schemata übereinander zu legen (z.B. mit Transparentpapier): das erste Schema (...) zeigt den Raum der sozialen Lebenslagen aufgebaut entsprechend der synchronischen und diachronischen Verteilung von Volumen und Struktur des Kapitals in seinen verschiedenen Ausprägungen, wobei die Position jeder Gruppe (Klassenfraktion) determiniert wird durch das Ensemble an charakteristischen und unter diesen Verhältnissen als relevant definierten Merkmalen; das zweite Schema (...) gibt den Raum der Lebensstile wieder, bzw. die Verteilung der Praktiken und Merkmale, welche für den Lebensstil, in dem sich eine jeweilige soziale Lage niederschlägt, konstitutiv sind; schließlich wäre ein drittes Schema einzuführen, das den theoretischen Raum der Arten des Habitus bzw. der generativen Formeln repräsentiert (für die höhere Lehrerschaft z.B. den „aristokratischen“ Asketismus), die jeder spezifischen Klasse von Praktiken und Merkmalen zugrunde liegen, d.h. den theoretischen Raum der *Umwandlung* der für eine bestimmte soziale Lage und Stellung kennzeichnenden Zwänge und Freiheitsräume in einen distinkten und distinktiven Lebensstil.“ (Bourdieu 1982, S. 211 und S. 214)

Es werden berufliche Stellungen unterschieden, denen das ökonomische und kulturelle Kapital sowie Lebensstilindikatoren zugeordnet werden.

„Dargestellt wurde weiter für jede der aufgeführten Gruppen 1. die Verteilung der Positionen entsprechend der sozialen Laufbahn, die sie dahin geführt hat – mittels der Histogramme, die für jede Fraktion den Anteil von Individuen aus den anderen Klassen anzeigen; 2. die *Geschichte* der Fraktion insgesamt: die nach oben, unten und horizontal verlaufenden Pfeile geben an, ob die betreffende Fraktion zwischen 1962 und 1968 – wenigstens zu 25 % - zugenommen oder abgenommen hat oder stabil geblieben ist; sie machen zugleich den Gegensatz sichtbar zwischen den stark expandierenden neuen und den stabilen oder im Abstieg begriffenen eingesessenen Fraktionen.“ (Bourdieu 1982, S. 216)

Abbildung 11-1: Soziale Positionen und Lebensstile im Bezugssystem Bourdieus



Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis von Bourdieu 1982, S. 212/213.

K = ökonomisches Kapital

B = kulturelles Kapital

Dargestellt sind nur exemplarische Elemente.

Um Bourdieus Konstruktion des sozialen Raums zu illustrieren, haben wir in Abbildung 11-1 das ökonomische Kapital (K) und das kulturelle Kapital (B) als die beiden Diagonalen des Bezugssystems dargestellt, da bei Bourdieu das Kapitalvolumen quasi als Summe die hierarchische Dimension bildet. Die Graphik auf der Basis der Informationen von Bourdieu (1982, S. 212/213) zeigt z.B., dass – in deutschen Kategorien formuliert – die Freiberufler an der Spitze rangieren, die von Bourdieu dann durch eine Liste von Lebensstilelementen charakterisiert werden, von denen in unserer Aufbereitung der Informationen einige zur Illustration angegeben sind.

11.2 Der Ansatz von Vester

Vester et al. (1993, 2001) gingen von Bourdieus Modell des sozialen Raums für Frankreich aus und entwickelten es für die Analyse der Bundesrepublik Deutschland weiter.

Vester et al. gehen von den Grundbegriffen „Habitus“, „Milieus“ und „Lager“ aus:

„*Habitus* bezeichnet die ganze innere und äußere Haltung eines Menschen. Er äußert sich im Geschmack, in der Mentalität und in der ‚Ethik der alltäglichen Lebensführung‘, der das praktische Handeln folgt.

Milieus bezeichnen Gruppen mit ähnlichem Habitus, die durch Verwandtschaft oder Nachbarschaft, Arbeit oder Lernen zusammenkommen und eine ähnliche Alltagskultur entwickeln. Sie sind einander durch soziale Kohäsion oder auch nur durch ähnliche Gerichtetheit des Habitus verbunden. Insofern sie ähnliche Orte im sozialen Raum einnehmen, sind sie die historischen Nachfahren der sozialen Klassen, Stände und Schichten.

Lager beziehen sich nicht, wie Habitus und Milieus, auf die alltägliche Lebensführung, sondern auf ein anderes Feld, das Feld der ideologischen und politischen Abgrenzungen und Kämpfe, das eigenen und anderen Gesetzmäßigkeiten folgt.“ (Vester et al., S. 24/25)

Als Dimensionen des sozialen Raums unterscheiden Vester et al. in der Vertikalen die Trennlinien der Distinktion und der Respektabilität sowie in der Horizontalen die Traditionslinien der Autoritätsbindung und der Eigenverantwortung. Dies hat die günstige Eigenschaft, dass man den Zusammenhang von Mentalitäten (horizontal) und sozialen Lagen (vertikal) in einer Kreuztabelle darstellen kann. Gemäß Vester et al. grenzen sich die oberen Milieus von den mittleren Milieus durch Distinktion ab, die mittleren Milieus von den unteren Milieus durch Respektabilität. Diese vertikale Struktur wird von Vester et al. gleichzeitig als Herrschaftsachse interpretiert. (vgl. Abbildung 11-2 und Abbildung 11-3).

Abbildung 11-2: Der soziale Raum. Vertikale Struktur

← Herrschaftsachse →	führende gesellschaftliche Milieus (Bildung, Macht, Besitz)
	mittlere Volksmilieus (Arbeiter, Angestellte und Dienstleistende, kleine Selbstständige)
	unterprivilegierte Volksmilieus (gering Qualifizierte)

Quelle: Vester et al. 2001, S. 27.

Abbildung 11-3: Der soziale Raum. Horizontale Struktur

	avantgardistisch	eigenverantwortlich	hierarchiegebunden	autoritär
	← Differenzierungsachse →			
← Herrschaftsachse →	Avantgarde (früher: Schöne Künste)	humanistische und dienstleistende Elite-Milieus (früher: Bildungsbürger)	wirtschaftliche und hoheitliche Elite-Milieus (früher: Besitzbür- ger)	
	jugendkulturelle Avantgarde	„respektable“ Volksmilieus: Traditionslinie der Facharbeit und der praktischen Intelligenz	„respektable“ Volksmilieus: ständisch-kleinbürgerliche Traditionslinie	
	unterprivilegierte Volksmilieus (gering Qualifizierte)			

Quelle: Vester et al. 2001, S. 31.

Vester et al. (2001) übertrugen Bourdieus Modell des sozialen Raums auf die Bundesrepublik, indem sie die neun lebensweltlichen Sozialmilieus Deutschlands der SINUS-Konsumforschungsgruppe (vgl. z.B. Flaig et al. 1993) in den sozialen Raum Bourdieus für Frankreich „einpassten“.

Unter „sozialen Milieus“ verstehen Vester et al. also alltagsweltliche Lebenszusammenhänge, die spezifische Gesellungsformen und Beziehungsnetze aufweisen. Der Begriff „Habitus“ (von Bourdieu) wird im Sinne der inneren und äußeren „Haltung“ von Menschen verwendet, von „Wahlverwandtschaften“ des Geschmacks und als Hierarchieachse interpretiert. „Mentalitäten“ (im Sinne Theodor Geigers) werden hier als geistig-seelische Dispositionen charakterisiert und als horizontale Achse interpretiert.

Zu beachten ist bei Vesters Darstellung des sozialen Raums von Bourdieu, dass die deutschen Sozialmilieus in den dazu nicht passenden sozialen Raum Frankreichs eingezeichnet werden. Ferner müssen historisch gewachsene Milieus nicht unbedingt in ein 3x3-Schema passen, das alle denkmöglichen Kombinationen von zwei Aspekten mit jeweils drei Ausprägungen enthält, wie dies bei Vester et al. (1993) zunächst der Fall war (vgl. Tabelle 11-1 aus Vester et al. 1993).

Tabelle 11-1: Die lebensweltlichen Sozialmilieus der pluralisierten Klassengesellschaft

Habitus	modernisiert 14 % → 20 %	teilmodernisiert 38 % → 45 %	traditionell 46 % → 35 %
Oberklassen-Habitus 22 % → 19 %	ALT Alternatives Milieu 4 % → 2 %	TEC Technokratisch- liberales Milieu 9 % → 9 %	KON Konservatives gehobenes Milieu 9 % → 8 %
Mittelklassen-Habitus 58 % → 59 %	HED Hedonistisches Milieu 10 % → 13 %	AUF Aufstiegsorientiertes Milieu 20 % → 24 %	KLB Kleinbürgerliches Milieu 28 % → 22 %
Arbeiter-Habitus 18 % → 22 %	NEA Neues Arbeitnehmer- Milieu 0 % → 5 %	TLO Traditionsloses Arbeitermilieu 9 % → 12 %	TRA Traditionelles Arbeitermilieu 9 % → 5 %

Anordnung der SINUS-Lebensstil-Milieus für Westdeutschland nach Bourdieus Konzept des sozialen Raums und des Habitus der Klassenfraktion. Die Prozentzahlen markieren die Veränderung von 1982 bis 1992.

Quelle: Vester et al. 1993, S. 16.

Mit diesen Einschränkungen zeigt die Entwicklung dieser Kategorien von 1982 bis 1991 in Westdeutschland, dass herkömmliche Milieus wie das „Kleinbürgerliche Milieu“ (von 28 % auf 22 %) und das "Traditionelle Arbeitermilieu" (von 9 % auf 5 %) in ihrer Ausdehnung rückläufig sind, diese Milieus erodieren infolge des Wandels der Sozialstruktur: Z.B. ist der Anteil der kleinen Selbständigen rückläufig, der Anteil der Arbeiter nimmt zugunsten des Anteils der Angestellten ab. Die Erosion des traditionellen Arbeitermilieus zeigt sich auch darin, dass der Anteil der „Traditionslosen Arbeiter“ (von 9 % auf 12 %) ansteigt, d.h. der Anteil der Arbeiter, der sich gerade nicht mit dem Arbeitermilieu identifiziert. Während der Rückgang vor allem zwei „traditionelle“ Gruppierungen betrifft, verteilt sich der Zuwachs auf eine Reihe von Gruppierungen, vom „Neuen Arbeitnehmersmilieu“ (von 0 % auf 5 %) über das „Hedonistische Milieu“ (von 10 % auf 13 %) bis zum „Aufstiegsorientierten Milieu“ (von 20 % auf 24 %).

Für West- und Ostdeutschland arbeiten Vester et al. (2001) heraus, wie sich die Traditionslinien zwischen 1982-1995 bzw. 1991-1997 weiter ausdifferenziert haben.

Vester et al. (2001) haben die vertikale und insbesondere die horizontale Koordinatenachse ihres Modells gegenüber der Version von 1993 weiterentwickelt. Ferner löst sich die Lokalisierung der verschiedenen Milieus von der Struktur einer 3x3-Kreuztabelle in Richtung von empirischen Clustern, wie man sie mit Hilfe von explorativen Methoden herausarbeiten kann.

Vester et al. (2001: 34f. und 503f.) beschreiben die Milieustruktur Westdeutschlands (1982-1995) und Ostdeutschlands (1991-1997) im Vergleich: Die oberen Milieus machen 22 bis 25 % aus, wobei die humanistischen und dienstleistenden Funktionsebenen im Westen etwa 18 bis 19 % und im Osten etwa 8 bis 10 % umfassen. Der Kern der Arbeitnehmer („respektable Volksmilieus“) macht etwa 64 % bis 66 % aus, wobei die Facharbeit und praktische Intelligenz (27 % bis 30 %) sowie die ständisch-kleinbürgerlichen Milieus (23 % bis 32 %) überwiegen. Die „unterprivilegierten Volksmilieus“ schließlich umfassen etwa 8 % bis 13 %.

Die weltanschaulichen Lager

Zur sozialstrukturellen Verankerung der weltanschaulichen Lager arbeitet Vester (in Loch/Heitmeyer 2001) heraus, dass es einerseits Rivalen um die „Mitte“ des Parteienraums gibt (in der auch die meisten Wähler zu finden sind), nämlich die „neue“ und „alte“ Mitte, andererseits Antipoden, nämlich das Lager der Avantgarde und das Lager der Ausgegrenzten.

Zur Analyse der Bundestagswahl 2005 erweitert Vester (2006) sein Modell sozialer Milieus um eine Charakterisierung der Milieus mit den durchschnittlichen Bildungsabschlüssen.

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 führt Vester im Wesentlichen auf die Enttäuschung der Stammwähler sowohl der SPD (durch eine Politik der sozialen Asymmetrie) als auch der CDU/CSU (durch die Ankündigung eines wirtschaftsliberalen Programms) zurück.

11.3 Das Modell sozialer Lagen von Stefan Hradil

Stefan Hradil wählt zunächst allgemein geteilte Zielvorstellungen im Hinblick auf die Qualität des Lebens als Bezugspunkt („Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus“, Opladen 1987, S. 143).

„Unter ‚Lebenszielen‘ werden im Folgenden die *Zielvorstellungen im Hinblick auf die Qualität des Lebens verstanden, die sich im Prozess der politischen Willensbildung relativ durchgesetzt haben und in der Form von ‚offiziellen‘ oder ‚quasi-offiziellen‘ Verlautbarungen greifbar sind.*“ (S. 143)

„Die hier verwendete Lebenszieldefinition macht Menschen nicht zu Objekten theoretischer Ableitungen, sie lässt letzten Endes die Menschen als Subjekte über ihre Bedürfnisse selbst entscheiden, jedoch nur nach einem Prozess der Klärung, Selektion und Abstraktion im Verlauf öffentlicher Willensbildung.“ (S. 143)

„*Unter sozialer Ungleichheit sind gesellschaftlich hervorgebrachte und relativ dauerhafte Handlungsbedingungen zu verstehen, die bestimmten Gesellschaftsmitgliedern die Befriedigung allgemein akzeptierter Lebensziele besser als anderen erlauben.*“ (S. 144)

Die Besonderheit des Ansatzes von Stefan Hradil besteht darin, dass er der Multidimensionalität moderner Gesellschaften insofern Rechnung tragen will, als er eine soziale Lage durch eine Kombination von wichtigen Ungleichheitsdimensionen charakterisiert, wobei einmal die eine, einmal eine andere Dimension dominieren kann, wie z.B. Reiche (Geld), Manager (Formale Macht), Experten (Formale Bildung).

Tabelle 11-2: Dimensionen sozialer Ungleichheit gemäß Hradil

Bedürfnisse		Dimensionen ungleicher Lebensbedingungen
Wohlstand	„ökonomische“	Geld
Erfolg		Formale Bildung
Macht		Berufsprestige Formale Machtstellung
Sicherheit	„wohlfahrts- staatliche“	Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiken
Entlastung		Soziale Absicherung
Gesundheit		Arbeitsbedingungen
Partizipation		Freizeitbedingungen Wohn(umwelt)bedingungen Demokratische Bedingungen
Integration	„soziale“	Soziale Beziehungen
Selbstverwirklichung		Soziale Rollen
Emanzipation		Diskriminierungen/Privilegien

Quelle: Hradil (1987, S. 147)

Als Gesamtkonzeption resultieren daraus „*typische Kontexte von Handlungsbedingungen, die vergleichsweise gute oder schlechte Chancen zur Befriedigung allgemein anerkannter Bedürfnisse gewähren*. Diese Kontexte sollen im Folgenden als *Soziale Lagen* bezeichnet werden.“ (S. 153)

Die aus Hradils Sicht wichtigsten sozialen Lagen in der Bundesrepublik (1987) umfassen z.B. die Macht-Elite (Macht als primäre Dimension, u.a. Geld als sekundäre Dimension), Studenten (relativ hohe Bildung als primärer Gesichtspunkt, u.a. relativ wenig Geld als sekundärer Gesichtspunkt), aber auch Randgruppen (hohe Diskriminierung als primärer Gesichtspunkt, u.a. schlechte Wohnbedingungen als sekundärer Gesichtspunkt).

Diese theoretische Konzeption sozialer Lagen nähert sich gut der Mehrdimensionalität moderner Gesellschaften, andererseits führt die empirische Umsetzung zu komplexen Kombinationen, sodass die Formulierung von Wirkungsmechanismen eher schwierig sein dürfte.

Als empirische Exploration zu Hradils theoretischem Konzept kann man am ehesten die Studie von Otto G. Schwenk „Soziale Lagen in der Bundesrepublik Deutschland“ (Opladen 1999) ansehen. Die Analyse beruht auf dem Wohlfahrts-survey 1993 (Wolfgang Zapf, Annette Spellerberg, WZB). Schwenk unterscheidet sieben Ungleichheitsdimensionen und bestimmt durch Cluster-Analysen soziale Lagen als typische Kombinationen dieser Ungleichheitsdimensionen. Die sozialen Lagen werden dann charakterisiert durch ihr Verteilungsprofil (Mittelwert auf den sieben Dimensionen).

Der Stellenwert „subjektiver Faktoren“ bei Hradil

Bourdieu betont die Strukturierung der feinen Unterschiede des Geschmacks durch die sozialen Lagen, Vester die Strukturierung von Mentalitäten und politischen Lagern durch die sozialen Lagen.

Hradil dagegen betont eher die tendenzielle „Emanzipation“ der subjektiven Faktoren von den sozialen Lagen.

Als subjektive Faktoren nennt Hradil z.B. Interpretationen und Situationsdefinitionen, Einstellungen, Absichten und wertgebundene Bedürfnisprioritäten (Hradil 1987, S. 161).

„Es spricht vieles dafür, dass diese ‚subjektiven‘ Faktoren in fortgeschrittenen Gesellschaften an Wirksamkeit und Eigenständigkeit zunehmen.“ (S. 161)

„In zeitgemäßen Modellen sozialer Ungleichheit sollte vielmehr das *relativ eigenständige Umgehen der Menschen* mit ‚objektiven‘ Lebensbedingungen einen eigenen Platz haben. Denn die relative Autonomie von Einstellungen, Mentalitäten und Standards entscheidet mit darüber, welche der ‚allgemein anerkannten Lebensziele‘ Priorität besitzen (ob z.B. Erfolg, Sicherheit oder Selbstentfaltung obenan stehen), wie die ‚objektiv‘ mehr oder minder vorteilhaften Handlungsbedingungen und Begleitumstände interpretiert werden (ob Geld z.B. eher beiläufig als ‚Genussmittel‘ oder als lebenswichtiges ‚Spargut‘ angesehen wird) und welche konkreten Handlungen sich innerhalb der gegebenen Möglichkeiten vollziehen (ob z.B. mit Geld nachlässig oder sorgfältig planend umgegangen wird).“ (S. 161)

„Ob es lagespezifische Lebensstile gibt, ist im Rahmen der hier verfochtenen Sozialstrukturanalyse eine empirische und keine theoretische Frage. ‚Lebensstile‘ können sowohl das Produkt ‚objektiver‘ Rahmenbedingungen (sowohl ungleicher Handlungsbedingungen als auch intervenierender Faktoren) wie auch ‚subjektiver‘ Leistungen der Menschen sein. Da letztere offenkundig einem immer geringeren Anpassungsdruck unterliegen (...), vergrößert sich allem Anschein nach die Chance, dass Lebensstile unabhängig von Sozialen Lagen variieren.“ (S. 164)

Welche Lebensstile sich unterscheiden lassen und in welchem Ausmaß sie mit grundlegenden Wertorientierungen und sozialen Lagen zusammenhängen, soll als nächstes empirisch untersucht werden.

12. Lebensstile

Definition

Als „Lebensstile“ lassen sich gemäß Hradil (2006: 285) „gruppenspezifische Muster der Alltagsorganisation“ zusammenfassen.

Dimensionen von Lebensstilen

Hans-Peter Müller unterscheidet in „Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit.“ (1992) vier Dimensionen, in denen sich Lebensstile äußern:

Expressives Verhalten, hierzu zählen Freizeitaktivitäten und Konsummuster;

Interaktives Verhalten, hierzu gehören Formen der Geselligkeit und das Heiratsverhalten;

Evaluatives Verhalten, dies umfasst Wertorientierungen und Einstellungen;

Kognitives Verhalten, dies beinhaltet, dass die Wahrnehmung auch durch – mit anderen geteilte – grundlegende Orientierungen strukturiert ist.

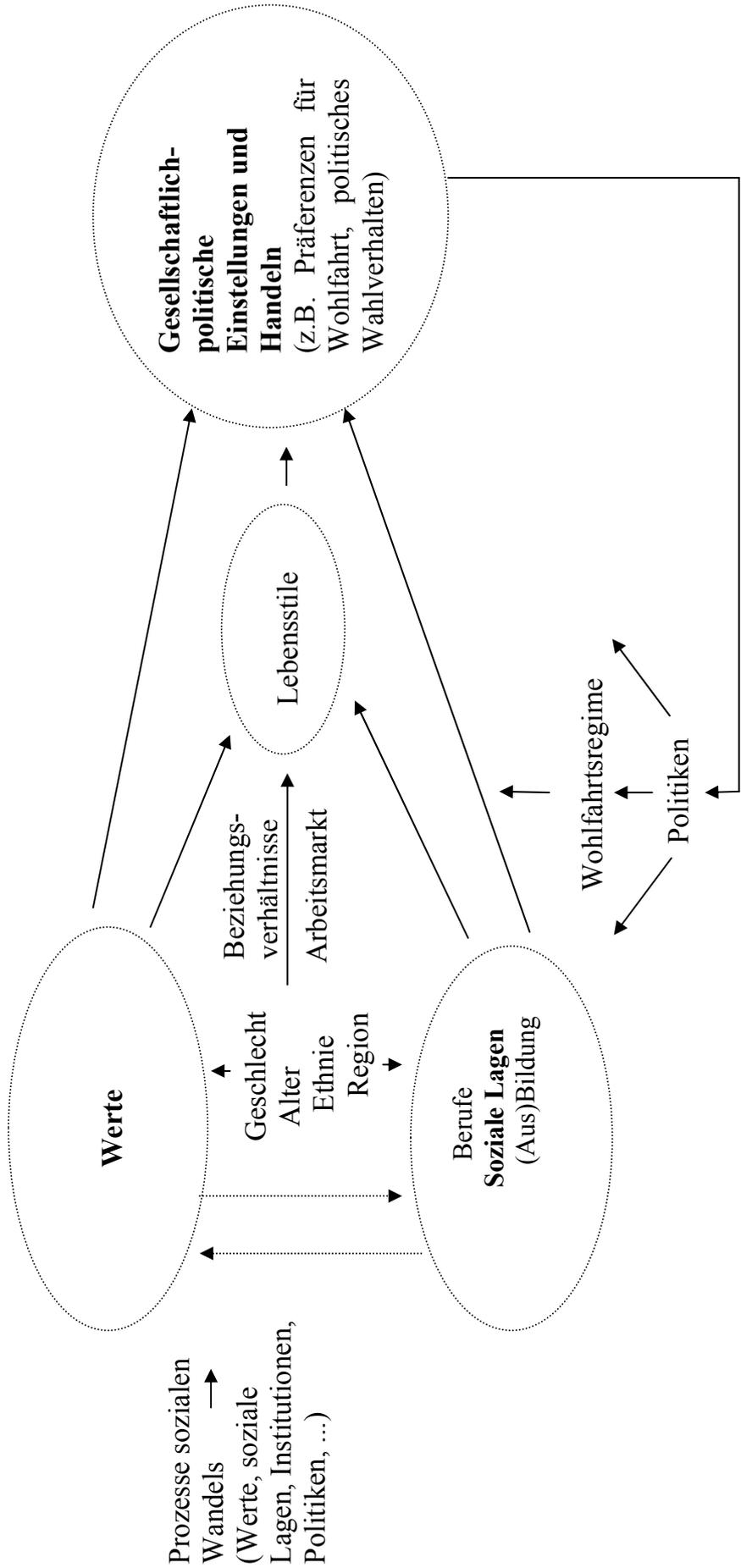
12.1 Kausalmodell zur Verortung der Lebensstile

Die Lebensstile von Personen basieren auf den grundlegenden Wertorientierungen und den Interessen der Personen, die in ihren sozialen Lagen verankert sind. Lebensstile andererseits strukturieren die gesellschaftlich-politischen Einstellungen und das Handeln der Personen. In der folgenden Abbildung 12-1 sind diese Zusammenhänge durch ein im Wesentlichen rekursives Kausalmodell formuliert, da rekursive Modelle besonders effizient geschätzt und getestet werden können. Durch ein solches Modell könnte auch getestet werden, in welchem Ausmaß Lebensstile in den sozialen Lagen und/oder Werten verankert sind bzw. unabhängig davon variieren.

Die über die Rekursivität hinausgehende Rückkopplung soll ausdrücken, dass die Personen z.B. ihre Präferenzen für Wohlfahrtskonzepte entwickeln und über politisches Wahlverhalten die gesellschaftlichen Institutionen und Subsysteme partiell mitgestalten können.

Abbildung 12-1: Lebensstile als Vermittlung

Handlung und Struktur: Werte, soziale Lagen, Verhalten / Handeln, strukturiert durch Rahmenbedingungen und Politiken



12.2 Milieuspezifische Varianten der Erlebnisorientierung gemäß Gerhard Schulze

In seinem bekannten Buch „Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart“ (1992) unterscheidet Gerhard Schulze drei „alltagsästhetische Schemata“, nämlich das Hochkulturschema, das Trivialschema und das Spannungsschema. Basis der Unterscheidung von Stilen (Wiederholungstendenzen) sind bei Gerhard Schulze einerseits sinnlich wahrnehmbare Zeichen, andererseits die Bedeutungen „Genuss“, „Distinktion“ (wie das Subjekt sich von anderen unterscheidet) und „Lebensphilosophie“ (zentrale Wertvorstellungen).

Tabelle 12-1: Alltagsästhetische Schemata im Überblick

Alltags- ästhetische Schemata	typische Zeichen (3 Beispiele)	Bedeutungen		
		Genuss	Distinktion	Lebensphilosophie
Hochkultur- schema	klassische Musik, Museumsbesuch, Lektüre >guter Literatur<	Kontemplation	anti- barbarisch	Perfektion
Trivial- schema	deutscher Schlager, Fernsehquiz, Arztroman	Gemütlichkeit	anti- exzentrisch	Harmonie
Spannungs- schema	Rockmusik, Thriller, Ausgehen (Kneipen, Discos, Kinos usw.)	Action	anti- konventionell	Narzissmus

Quelle: Schulze (1992)

Aufgrund einer repräsentativen Befragung (n = 1014) in Nürnberg im Jahr 1985 arbeitet Schulze (mit Hilfe von explorativen Datenanalysen) fünf unterscheidbare Milieus heraus, die sich durch ihre Erlebnisorientierung charakterisieren lassen (vgl. Abbildung 12-2): Das Niveaumilieu (Streben nach Rang) weist Nähe zum Hochkulturschema auf. Das Integrationsmilieu (Streben nach Konformität) weist eine Nähe sowohl zum Hochkulturschema als auch zum Trivialschema auf und rangiert insofern darunter. Das Harmoniemilieu (Streben nach Geborgenheit) weist Nähe zum Trivialschema auf und rangiert insofern unter den beiden bisher genannten. Das Selbstverwirklichungsmilieu weist eine Nähe sowohl zum Hochkulturschema als auch zum Spannungsschema auf, letzteres findet sich eher bei Jüngeren. Dies gilt auch für das Unterhaltungsmilieu, das eine Nähe zum Spannungsschema aufweist.

Tabelle 12-2: Milieuspezifische Varianten der Erlebnisorientierung

Milieuspezifische Varianten der Erlebnisorientierung	Übersetzung in den dimensionalen Raum alltagsästhetischer Schemata (Stiltypen) > + < bedeutet Nähe, > - < bedeutet Distanz		
	Hochkultur-schemata	Trivial-schemata	Spannung-schemata
Streben nach Rang (Niveaumilieu)	+	-	-
Streben nach Konformität (Integrationsmilieu)	+	+	-
Streben nach Geborgenheit (Harmoniemilieu)	-	+	-
Streben nach Selbstverwirklichung (Selbstverwirklichungsmilieu)	+	-	+
Streben nach Stimulation (Unterhaltungsmilieu)	-	-	+

Quelle: Schulze (1992)

Als hypothetisches Modell formuliert Schulze zunächst **Bildung** als hierarchische Dimension und **Alter** als horizontale Dimension.

Tabelle 12-3: Milieumodell

Bildung		Alter		
		unter 40 Jahre	über 40 Jahre	
12	Abitur und Universität	Selbstverwirklichungsmilieu	Niveaumilieu	12
11	Abitur und Fachhochschule/Lehre			11
10	Abitur ohne Zusatzausbildung			10
9	Fachabitur und Fachhochschulreife			9
8	Fachabitur und Lehre			8
7	Mittlere Reife und berufsbildende Schule			Integrationsmilieu
6	Mittlere Reife und Lehre	6		
5	Mittlere Reife ohne Zusatzausbildung	5		
4	Hauptschule und berufsbildende Schule	Unterhaltungsmilieu	Harmoniemilieu	4
3	Qualifiz. Hauptschulabschluss und Lehre			3
2	Einfacher Hauptschulabschluss und Lehre			2
1	Hauptschule ohne Lehre/ohne Abschluss			1

Quelle: Schulze (1992)

Nach seinen empirischen Überprüfungen relativiert Schulze aber den Stellenwert der Vertikalität der Bildung: „Der Vertikalisierungseffekt der Bildung wird durch den Horizontalisierungseffekt des Lebensalters konterkariert.“ (Schulze 1992, S. 401)

Bildung muss nicht unbedingt Basis für Hierarchisierung sein, sondern kann auch die Grundlage für (horizontal) verschiedene Spiele sein: „Wenn Macht und

Kampf die wesentlichen Koordinaten des Bezugssystems sind, begründet Bildung eine soziale Hierarchie mit den typischen Beziehungen von Neid, Arroganz und Konflikt. Im erlebnisorientierten System des ästhetisierten Alltags dagegen begründet Bildung Fraktionierungen des persönlichen Stils, die sich nicht in eine allgemeinverbindliche Rangordnung bringen lassen.“ (Schulze 1992, S. 402/403)

Tabelle 12-4: Hierarchisches Modell der Milieustruktur nach der globalen sozialen Lage

Niveaumilieu	
Selbstverwirklichungsmilieu	Integrationsmilieu
Harmoniemilieu	Unterhaltungsmilieu

Quelle: Schulze (1992)

12.3 Charakterisierung von Lebensstilen durch Wertorientierungen

In ihrer Diplomarbeit „Charakterisierung von Lebensstilen durch Wertorientierungen“ (Potsdam 2005) entwickelt *Berit Postel* in Auseinandersetzung mit den vorliegenden theoretischen Konzepten und empirischen Studien eine eigene Lebensstiltypologie für die Bundesrepublik Deutschland. Grundlage der Analysen sind repräsentative Daten des EMNID-Instituts, die das Institut freundlicher Weise für die Autorin zugänglich gemacht hatte. Die folgenden Tabellen und Abbildungen sind alle aus der Kurzfassung der Arbeit von Berit Postel entnommen (Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 23), die hier als gutes Beispiel für die Lebensstilforschung dargestellt wird.

Als Bezugspunkte wählt die Autorin einerseits die Studie von Schneider/Spellerberg (1999), die mit der Diskriminanzanalyse zeigen, dass in Westdeutschland 1. Alter und 2. Bildung und in Ostdeutschland 1. Alter, 2. Geschlecht und 3. Bildung am wichtigsten sind für die Diskrimination zwischen den ermittelten jeweils sechs gemeinsamen und drei für West bzw. Ost spezifischen Lebensstilen. Andererseits verwendet die Verfasserin die Studie von Wahl (1997), die mit Hilfe der logistischen Regression zwischen je zwei ihrer für Westdeutschland ermittelten sechs Lebensstile diskriminiert, wobei insgesamt von den vertikalen Schichtungsindikatoren Bildung und Einkommen relativ wichtig sind zur Unterscheidung der Lebensstile und von den horizontalen Indikatoren die Stellung im Lebenslauf.

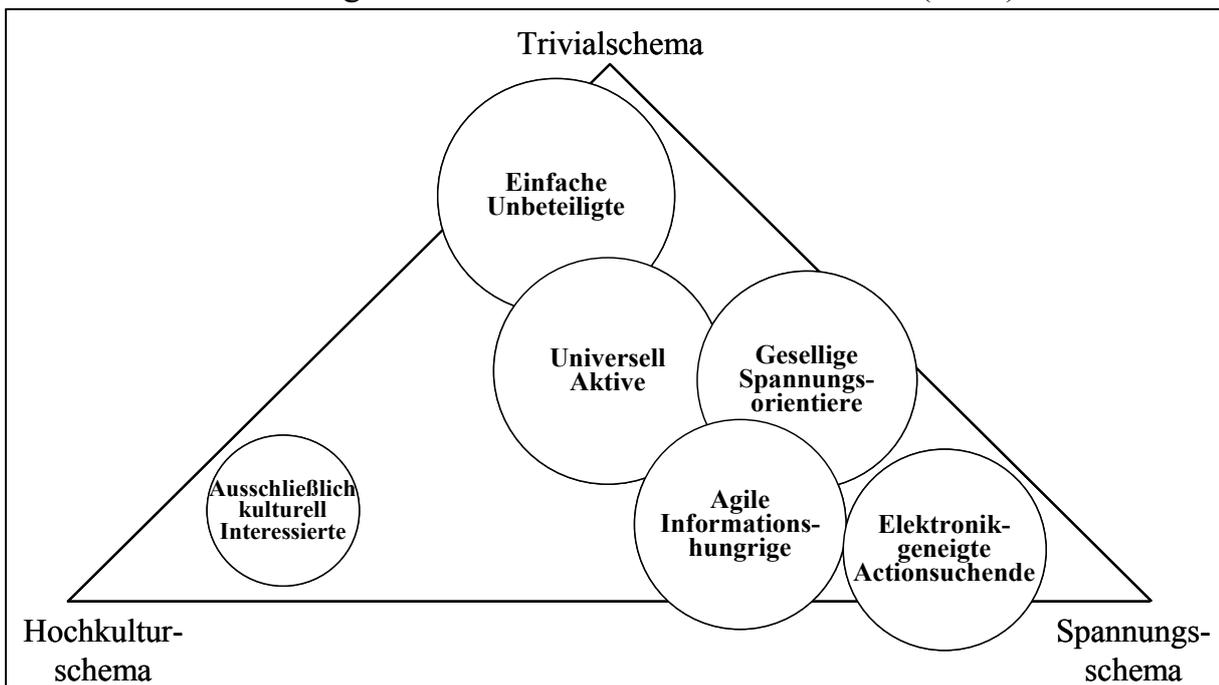
Die Datenbasis der Untersuchung von Berit Postel bildet die EMNID-Befragung von 4300 Personen im Jahr 2004. Diese Umfrage wird mit dem vorliegenden Fragebogen seit 1998 jährlich durchgeführt. Die Operationalisierung der

Lebensstile basiert auf 131 manifesten Variablen zu der expressiven, interaktiven und evaluativen Dimension der Lebensstile (zur kognitiven Dimension gab es keine geeigneten Indikatoren in der Umfrage), welche die Autorin mit Hilfe der Faktorenanalyse auf 36 hypothetische latente Faktoren zurückführt.

Mit Hilfe der Clusteranalyse ermittelt die Verfasserin, dass es sich empfiehlt, 6 Cluster zu unterscheiden, um die Datenlage einerseits knapp und prägnant sowie andererseits hinreichend zusammenzufassen. Die 6 aufgrund der Datenlage erschlossenen Lebensstile benennt die Autorin aufgrund der über- oder unterdurchschnittlichen Ausprägung auf den Faktoren: Ausschließlich kulturell Interessierte (12,4 % der Befragten), Einfache Unbeteiligte (18,7 %), Universell Aktive (18,0 %), Gesellige Spannungsorientierte (17,4 %), Agile Informations-hungrige (17,2 %) und Elektronikgeneigte Actionsuchende (16,4 %).

Verortung der Lebensstile in Bezug zu Schulze

Abbildung 12-2: Vergleich der Nähen und Distanzen der Lebensstile zu den Alltagsästhetischen Schemata von Schulze (1992)



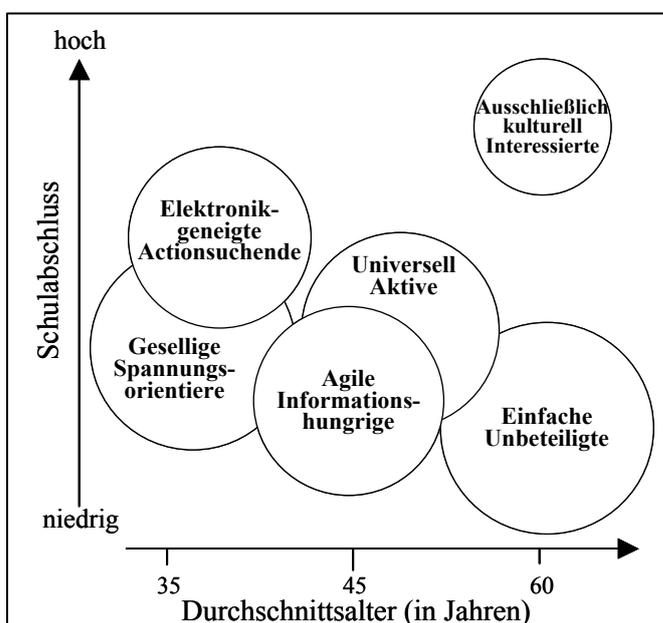
Quelle: Berit Postel (2005)

Die größte Distanz zu den übrigen Lebensstilen weist also der Lebensstil der ausschließlich kulturell Interessierten auf.

Sozialstrukturelle Verankerung der Lebensstile

Mit Hilfe der Diskriminanzanalyse zeigt die Autorin, dass die Zugehörigkeit zu Lebensstilen durch sozialstrukturelle Merkmale strukturiert ist: Für die gesamte Typologie sind insbesondere Alter, Geschlecht, Schulabschluss und persönliches Nettoeinkommen trennscharf. Bei der Unterscheidung zwischen je zwei Lebensstilen sind häufig die beiden „horizontalen“ Kriterien Alter und Geschlecht am wichtigsten, bei einigen Unterscheidungen aber auch die beiden „vertikalen“ Kriterien Bildung und Einkommen. Deshalb stellt die Autorin die Lebensstile auch in einem Raum mit Bildung als „vertikaler“ und Alter als „horizontaler“ Dimension dar, wie dies auch Schulze (1992) und einige andere AutorInnen aufbereitet haben.

Abbildung 12-3: Lebensstile im Alter-Bildungs-Raum



Quelle: Berit Postel (2005)

Die ausschließlich kulturell Interessierten weisen also im Durchschnitt den höchsten Schulabschluss und das höchste Durchschnittsalter auf.

Wertorientierungen und Lebensstile

Die Autorin stellt als Besonderheit des EMNID-Instituts den Ansatz der Semiotrie (Messung und Bewertung der Semantik von Begriffen) dar, bei dem aus der Beurteilung bestimmter Begriffe nach deren Annehmlichkeit bzw. Unannehmlichkeit die Wertorientierungen von Individuen und Gruppen erschlossen werden. Mit Hilfe der Faktorenanalyse werden als wichtigste Bedeutungspolarität „Pflicht vs. Lebensfreude“ extrahiert und als zweitwichtigste „Sozialität vs. Individualität“. Dieser zweidimensionale Bezugsrahmen wird von der Verfasserin verwendet, um die verschiedenen Lebensstile durch die überproportional und unterproportional bewerteten Wörter

zu veranschaulichen. Die Lebensstile werden insofern durch die Untersuchungen validiert, als sie jeweils bzgl. des ermittelten Wertesystems relativ homogen sind.

Tabelle 12-5: Wertesteckbrief der Ausschließlich kulturell Interessierten

Wertefelder		Über- bzw. unterbewertete Wörter
familiär	--	Spiel, Heirat, Held
materiell	--	Reichtum, Geld, Ruhm
verträumt	+	Strom, Baum
lustorientiert	-	intim, verführen
erlebnisorientiert	+	Gipfel, Anstrengung
kulturell	+++	Theater, Kunst, Poesie, Buch, Präzision, Leichtigkeit
rational	++	Forscher, Wissenschaft, Logik
dominant	--	Macht, erobern, Sieg
pflichtbewusst	+	unterrichten, nachdenken

Weder Über- noch Unterbewertungen können für die Wertefelder sozial, religiös, kritisch, kämpferisch und traditionsverbunden ermittelt werden.

Quelle: Berit Postel 2005; nach TNS Emnid, 2004.

Die ausschließlich kulturell Interessierten haben also eine besondere Affinität zu Theater und Kunst sowie Wissenschaft.

Tabelle 12-6: Wertesteckbrief der Einfachen Unbeteiligten

Wertefelder		Über- bzw. unterbewertete Wörter
familiär	+++	Familie, Heirat, mütterlich, Friede
religiös	+++	Gott, Glaube, Priester, demütig
lustorientiert	---	Sexuelle, verführen, Nacktheit, lustvoll, sinnlich
erlebnisorientiert	---	Wüste, Geschwindigkeit, Abenteuer, Feuer, Gewitter, wild
kritisch	-	Gefahr, Aufstand
kämpferisch	-	Rüstung, Unordnung
pflichtbewusst	+++	Sparen, Disziplin, tüchtig, Bescheidenheit
traditionsverbunden	+++	Vaterland, Tradition, Ehre, gehorchen

Weder Über- noch Unterbewertungen können für die Wertefelder sozial, materiell, verträumt, kulturell, rational und dominant ermittelt werden.

Quelle: Berit Postel 2005; nach TNS Emnid, 2004.

Die einfachen Unbeteiligten sind also eher an Familie und Religion orientiert, in ihren Werten sind sie der Pflicht und der Tradition verbunden.

Tabelle 12-7: Wertesteckbrief der Universell Aktiven

Wertefelder		Über- bzw. unterbewertete Wörter
sozial	++	Fröhlichkeit, Blume, Zuneigung
religiös	+	Gott, Glaube
erlebnisorientiert	-	Geschwindigkeit, Gewitter
kulturell	+++	Theater, Kunst, Poesie, Buch, Lebenskünstler
kritisch	--	Gefahr, Leere, Aufstand
dominant	---	Beherrschen, Macht, befehlen, strafen, Ironie
kämpferisch	---	Gewehr, Krieg, Rüstung, angreifen, Mauer, Unordnung, Grenze, Flucht

Weder Über- noch Unterbewertungen können für die Wertefelder familiär, materiell, verträumt, lustorientiert, rational, pflichtbewusst und traditionsverbunden ermittelt werden. Quelle: Berit Postel 2005; nach TNS Emnid, 2004.

Die universell Aktiven haben eine Beziehung zu Theater und Kunst, sie pflegen Gesundheit, Fröhlichkeit und Lebenskunst.

Tabelle 12-8: Wertesteckbrief der Geselligen Spannungsorientierten

Wertefelder		Über- bzw. unterbewertete Wörter
verträumt	+++	Ozean, Insel, Mond, blau
lustorientiert	+++	verführen, lustvoll, verlangen, männlich, sinnlich
rational	---	Erfinder, Forscher, Wissenschaft, Erbauer, Handel, Industrie
pflichtbewusst	--	Schule, Disziplin, unterrichten
traditionsverbunden	--	Vaterland, Moral, Tradition

Weder Über- noch Unterbewertungen können für die Wertefelder familiär, sozial, religiös, materiell, erlebnisorientiert, kulturell, kritisch, dominant und kämpferisch ermittelt werden. Quelle: Berit Postel 2005; nach TNS Emnid, 2004.

Bei den geselligen Spannungsorientierten stehen die persönlichen Beziehungen im Mittelpunkt.

Tabelle 12-9: Wertesteckbrief der Agilen Informationshungrigen

Wertefelder		Über- bzw. unterbewertete Wörter
sozial	--	Fröhlichkeit, Blume, Zuneigung
verträumt	--	Mond, Baum, blau
lustorientiert	+++	Sexuelle, intim, verführen, Nacktheit
erlebnisorientiert	+	Geschwindigkeit, Abenteuer
kulturell	---	Theater, Kunst, Poesie, Buch, Lebenskünstler
dominant	++	Macht, befehlen, Sieg
kämpferisch	++	Gewehr, angreifen, Jagd
traditionsverbunden	+	Vaterland, Tradition

Weder Über- noch Unterbewertungen können für die Wertefelder familiär, religiös, materiell, rational, kritisch und pflichtbewusst ermittelt werden. Quelle: Berit Postel 2005; nach TNS Emnid, 2004.

Die agilen Informationshungrigen bevorzugten gemäß den Faktorenanalysen in den Medien Information, Wissen und Spannung. Im Wertesteckbrief überwiegen entsprechend die Werte der Aktivität.

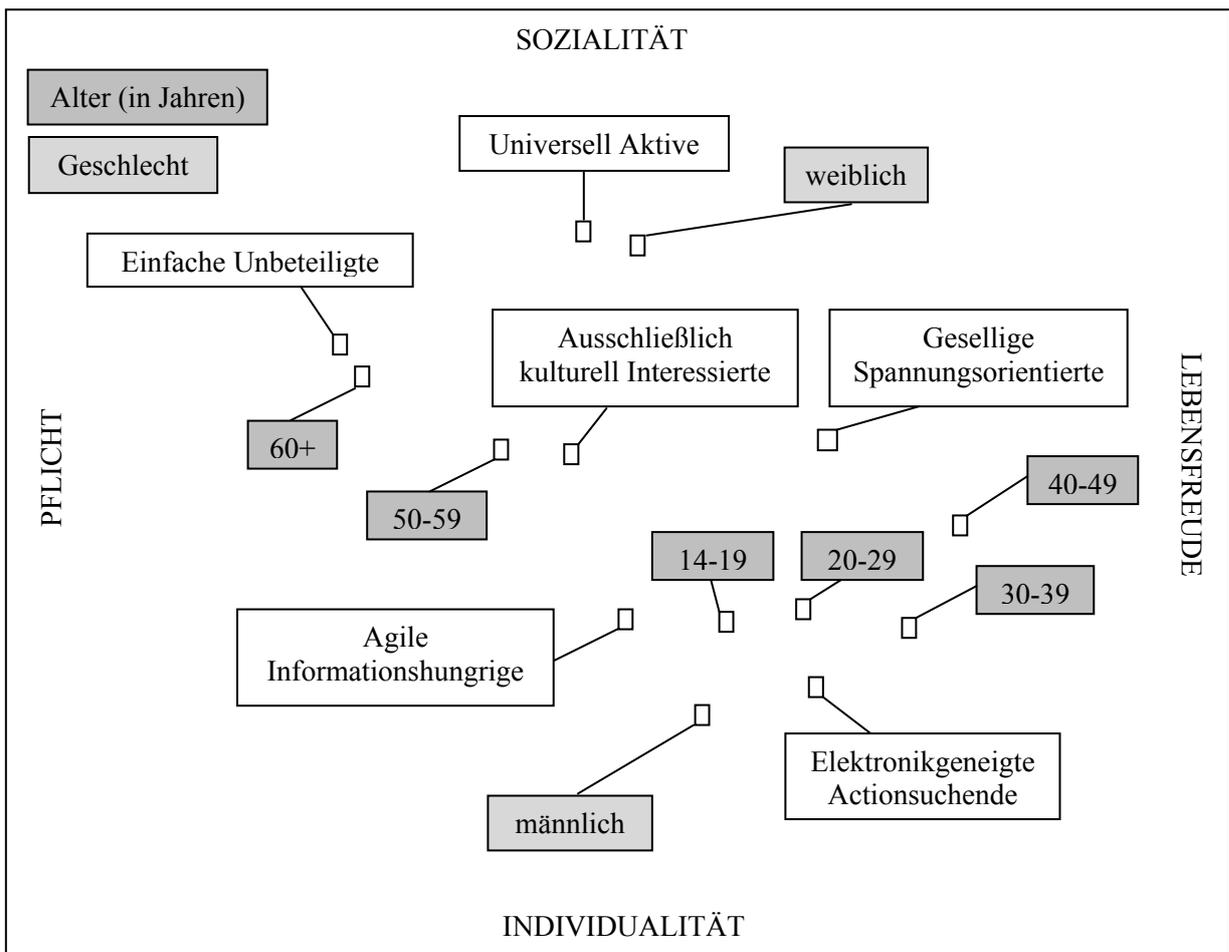
Tabelle 12-10: Wertesteckbrief der Elektronikgeneigten Actionsuchenden

Wertefelder		Über- bzw. unterbewertete Wörter
familiär	--	Familie, Heirat, mütterlich
religiös	---	Gott, Glaube, Priester, Schöpfer
lustorientiert	+	Sexuelle, verführen
erlebnisorientiert	+++	Geschwindigkeit, Abenteuer, Feuer, Gewitter, wild
kulturell	---	Theater, Kunst, Poesie, Buch
kritisch	+	Gefahr, Aufstand
dominant	+	Macht, Ironie
kämpferisch	+++	Gewehr, Krieg, Rüstung, angreifen, Unordnung, Flucht
pflichtbewusst	--	Schule, schreiben, Bescheidenheit

Weder Über- noch Unterbewertungen können für die Wertefelder sozial, materiell, verträumt, rational und traditionsverbunden ermittelt werden. Quelle: Berit Postel 2005; nach TNS Emnid, 2004.

Die elektronikgeneigten Actionsuchenden haben gemäß den Faktorenanalysen in ihrer Freizeit eine Affinität zu den elektronischen Medien. Sie suchen Spannung und sind in ihren Werten erlebnisorientiert.

Abbildung 12-4: Lebensstile, Geschlechts- und Altersgruppen im Werteraum



Quelle: Berit Postel 2005; nach TNS Emnid, 2004.

Im zweidimensionalen („semantischen“) Werteraum werden als Bezugspunkte neben den sechs Lebensstilen auch Geschlecht und Alter lokalisiert, da diese Faktoren sich in der Untersuchung von Berit Postel als am erklärungsträchtigsten herausgestellt haben.

Die geselligen Spannungsorientierten sind am Pol der Lebensfreude angesiedelt, sie weisen eine ausgeprägte Erlebnisorientierung auf (17,4 % der Befragten). In der Nachbarschaft, aber stärker männlich dominiert, sind die elektronikgeneigten Actionsuchenden anzusiedeln, die noch stärker zum Pol der Individualität tendieren (16,4 %). Die agilen Informationshungrigen sind ebenfalls eher männlich und jünger sowie in der Nachbarschaft des Pols der Individualität zu verorten (17,2 %). Die universell Aktiven mit ihrer Affinität zu Theater und Kunst sind eher in der Nähe des Pols der Sozialität angesiedelt und weiblich dominiert (18,0 %). Die einfachen Unbeteiligten sind in der Nähe des Pols der Pflichtwerte angesiedelt, es handelt sich eher um ältere Personen (18,7 %). Die ausschließlich kulturell Interessierten nehmen in den Wertepolaritäten eine mittlere Lage ein, es handelt sich eher um ältere Personen (12,4 % der Befragten), die – wie oben gezeigt – im Durchschnitt den höchsten Schulabschluss aller Lebensstiltypen aufweisen.

12.4 Strukturierung der Parteipräferenz durch „Klassen“ und/oder Lebensstile gemäß Otte

In seinem Aufsatz „Lebensstile versus Klassen – welche Sozialstrukturkonzeption kann die individuelle Parteipräferenz besser erklären?“ (Otte 1997) vergleicht Otte die Erklärungskraft von Walter Müllers Modifikation des Goldthorpe – Klassenmodells und von Lebensstilen im Hinblick auf die Parteipräferenz.

Auf der Basis des Wohlfahrtssurveys 1993 ermittelt Otte mittels Clusteranalysen sechs Lebensstiltypen, die weitgehend den Typen von Schulze entsprechen: Niveautypus, Integrationstypus, Harmonietypus, Selbstverwirklichungstypus, Sportorientierter Unterhaltungstypus, Passiver Unterhaltungstypus.

In Walter Müllers Modell, das die Dienstklasse des Goldthorpe-Modells in drei Fraktionen unterteilt, werden folgende soziale Lagen („Klassen“) unterschieden: Administrative Dienstklasse, Experten, Soziale Dienstleistungen, Ausführende Nichtmanuelle, Kleinbürgertum, Arbeiter.

Durch logistische Regressionen kann Otte zeigen:

- 1) *Die Entscheidung zwischen CDU und SPD in dem alten parteipolitischen Links-Rechts-Konflikt um die Verteilung lässt sich besser durch soziale Lagen („Klassen“) erklären als durch Lebensstile.*
- 2) *Die Entscheidung zwischen Grünen und CDU im neuen Links-Rechts-Konflikt zwischen Selbstverwirklichungs-Orientierungen und „bodenständigen“ Orientierungen lässt sich besser durch Lebensstile erklären als durch Klassen.*

Also sollten Ansätze zu sozialen Lagen und zu Lebensstilen eher nicht als Alternativen, sondern einander ergänzend verwendet werden.

12.5 Versuch einer „integrativen“ Typologie der Lebensführung von Otte

In Auseinandersetzung mit den vorliegenden Studien schlägt Otte (2004, 2005) vor, die Hierarchie von Lebensführungstypen durch das Ausstattungsniveau zu definieren (gehoben, mittel, niedrig) und horizontal nach dem Modernitätsgrad (bzw. der biographischen Perspektive) zu unterscheiden: traditional (biographische Schließung), teilmodern (biographische Konsolidierung), modern (biographische Offenheit). Die resultierenden Kombinationen der 3x3-Kreuztabelle sind dann die Setzungen des Beobachters Otte. Die Vorgehensweise ist ähnlich zu Vester et al. (1993). Wie schon zu Wrights axiomatisch-deduktivem 3x3-Schema (und auch zu Vester) ist anzumerken, dass diese Konstruktionen den Nachteil haben, nicht historisch gewachsen zu sein und insofern nicht im Bewusstsein verankert sind. Dennoch ist es schon sinnvoll zu untersuchen, wie hoch die Erklärungskraft dieser Konstruktionen des Beobach-

ters für wichtige zu erklärende Phänomene ist. (Bei den Modellen sozialer Lagen sind die historisch gewachsenen Kategorien beruflicher Lagen z.B. eine gute Alternative. Vielleicht wären bei der Typologie der Lebensführung ergänzend gewachsene „Szenen“ zu explorieren.)

Pragmatisch spricht für Ottos Vorschlag, dass er die bisherigen Typologien zusammenfasst und auch in einer Kurzversion operationalisiert, sodass die Typologie besser in empirische Untersuchungen mit eingebaut werden kann.

In der folgenden Abbildung fasst Otte seinen Vorschlag für Lebensführungstypen zusammen, wobei die Kategorien auf den Vorschlägen von Schulze, Vester, Spellerberg u.a. aufbauen.

Abbildung 12-5: Neun Lebensführungstypen im Modell des sozialen Raumes nach Ausstattungsniveau und Modernität bzw. biographischer Perspektive

Ausstattungsniveau

gehoben	1 Konservativ Gehobene	4 Liberal Gehobene	7 Reflexive
mittel	2 Konventiona- listen	5 Aufstiegs- orientierte	8 Hedonisten
niedrig	3 Traditionelle Arbeiter	6 Heimzentrierte	9 Unterhaltungs- suchende

traditional/
biogr.
Schließung

teilmodern/
biogr. Konsolidie-
rung

modern/
biogr. Offenheit

*Modernität
bzw. biogr.
Perspektive*

Quelle: Otte 2004, S. 78

In seinem Aufsatz von 2005 zeigt Otte, dass die Operationalisierung zu zeitlich stabilen Ergebnissen führt (Reliabilität).

In seinem Buch von 2004 arbeitet Otte heraus, dass *die soziale Lage die Lebensführung strukturiert* (d.h. Lebensführung als abhängige Variable) und dass *andererseits Lebensstile wichtige Bereiche strukturieren* (d.h. Lebensstile als unabhängige Variablen). Er illustriert dies für die folgenden Bereiche:

- Persönliche soziale Netzwerke
- Residentielle Segregation
- Partizipation in städtischen Szenen
- Parteipräferenzen

Der Lebensstil-Ansatz ist also erklärungsträchtig für zahlreiche Fragestellungen und insgesamt eine sehr fruchtbare Ergänzung zu den Modellen sozialer Lagen, die stärker auf den sozio-ökonomischen Gesichtspunkten beruhen.

13. Individualisierung und ihre Gegenbewegungen

13.1 Die Individualisierungs-Diagnose und „Decline of class voting“

Eine der wichtigsten Zeitdiagnosen ist sicherlich die These Ulrich Becks, dass es im Zuge der Modernisierung von Gesellschaften eine Entwicklung in Richtung Individualisierung gibt, die er in folgende dialektische Form fasst (vgl. Beck 1986: 115-160, 205-219):

Freisetzungsdimension: Herauslösung aus traditionellen Zusammenhängen

Entzauberungsdimension: Verlust von traditionellen Sicherheiten

Reintegrationsdimension: Neue Art der sozialen Einbindung

Zur Zeitdiagnose wird diese Analyse eines Aspektes des Modernisierungsprozesses dadurch, dass Beck für die Nachkriegsentwicklung einen neuen Individualisierungsschub beobachtet: Die Herauslösung aus ständisch geprägten Klassen, der neue Typus der Verhandlungsfamilie auf Zeit, die Flexibilisierung der Erwerbsarbeitszeit und die Dezentralisierung des Arbeitsortes. Die These, dass durch den „Fahrstuhl-Effekt“ der Wohlfahrtssteigerung, der gestiegenen Mobilität und der Bildungsexpansion die Individuen zunehmend „Jenseits von Klasse und Schicht“ leben, hat angesichts der trotz relativ großer Mobilität gleichzeitig weiterhin beobachtbaren vertikalen Strukturierung von Bildungs-, Erwerbstätigkeits-, Einkommens- und auch Freizeitkonsum-Chancen in der Ungleichheitsforschung zu einer kontroversen Diskussion geführt.

Parallel zur Individualisierungsdiskussion ist die These des Nachlassens der sozialstrukturellen Verankerung des Wahlverhaltens („Decline of class voting“) wiederholt vertreten worden. Clark und Lipset (1991) diagnostizieren z.B. die folgenden gesellschaftlichen Trends: Mit steigendem Wohlstand und Bildung verliert die traditionelle Klassenpolitik an Bedeutung. Wohlstand schwächt Hierarchien und Kollektivismus. Märkte werden wichtiger. Auf der Basis wissensbasierter Technologie nehmen Hierarchie und Klassenbeziehungen ab. Migration unterminiert die Klassenschichtung. Durch die egalitäreren Geschlechtsrollen wird die hierarchische Schichtung gemäß Clark und Lipset geschwächt. Die individuelle Bildung und Ausbildung wird im Vergleich zur Herkunftsfamilie wichtiger für den beruflichen Erfolg. All diese Faktoren begünstigen nach Clark und Lipset ein Nachlassen des „class voting“.

Im Hinblick auf Becks dialektische Formulierung müsste man die Frage von Individualisierung oder Strukturierung nicht als Alternative („entweder oder“) formulieren, sondern könnte sie als gleichzeitig verlaufende Prozesse auffassen („sowohl als auch“). Dass diese Lesart auch mit der Empirie verträglich ist, soll im Folgenden am Wandel des Wahlverhaltens und am Wertewandel belegt werden.

„Decline of class voting“ im Hinblick auf welche Spannungslinien (cleavages)?

Clark und Lipset (1991) illustrieren, dass die Wahl „linker Parteien“ im Zeitverlauf in westlichen Ländern weniger strukturiert wird durch den Kontrast

Arbeiter versus Mittelschicht. In der deutschen Individualisierungsdiskussion (vgl. insbesondere Friedrichs 1998) hat Walter Müller darauf hingewiesen, dass man die sich ausdifferenzierenden Sozialstrukturen auch mit differenzierteren Konzepten sozialer Lagen erfassen sollte (vgl. Walter Müller 1998, 2000): Walter Müller hat zur differenzierteren Erfassung moderner Dienstleistungsgesellschaften eine Modifikation des Klassenmodells von Goldthorpe vorgeschlagen, bei dem die Dienstklasse (im Sinne von Renner und Dahrendorf) ausdifferenziert wird in die administrative Dienstklasse (Manager u.a.), die Experten (professionelle Berufe wie Naturwissenschaftler oder Ingenieure) und die soziale Dienstklasse (Medizin, Kultur und Sozialwesen). Mit diesen differenzierteren sozialen Lagen kann Walter Müller zeigen, dass die administrative Dienstklasse (im Zeitraum 1976-1998) in der politischen Affinität eher bei der CDU/CSU verbleibt, während sich die politische Affinität der Experten etwas von der CDU/CSU zur SPD verlagert. Die soziale Dienstklasse schließlich weist die größte Nähe zu den neuen Themen der Grünen auf. D.h. die Entwicklung des Wahlverhaltens im groben Kontrast von Arbeitern versus Mittelschicht lässt sich zwar als partielle Entstrukturierung (dealignment) interpretieren, gleichzeitig aber finden Restrukturierungen (realignment) statt.

Die sozialen Lagen als unabhängige Variable in der Erklärung von Clark und Lipset sind also zu grob operationalisiert. Entsprechendes gilt auch für die politischen Affinitäten als abhängige Variablen: In der politischen Landschaft der westlichen Demokratien wird die ideologische Konfliktlinie der alten Links-Rechts-Dimension – der Verteilungskonflikt in der Polarität wirtschaftsliberaler Positionen versus staatlicher Umverteilung – im Zeitverlauf ergänzt durch eine neue Links-Rechts-Dimension – der Polarität von gesellschaftlich liberalen/post-materialistischen/libertären versus autoritären Positionen (vgl. z.B. Inglehart 1989, 1998, Kitschelt 2001, Fraser/Honneth 2003). Würde man eine allgemeine Links-Rechts-Selbsteinstufung verwenden, so erhielte man eine Kombination aus alter und neuer Links-Rechtsdimension in der jeweiligen Gewichtung der Befragten. Für eine differenzierende Analyse der politischen Landschaft wäre eine getrennte Erfassung der verschiedenen Spannungslinien notwendig.

Brooks/Nieuwbeerta/Manza (2006) haben in einer sehr umfangreichen Datenanalyse westliche Demokratien (Großbritannien, Australien, USA, Niederlande, Deutschland, Österreich) im Hinblick auf die möglichen „objektiven“ Spannungslinien Schicht („class“), Religion und „gender“ untersucht, wobei sie bzgl. des Wahlverhaltens sechs Parteien oder Parteifamilien unterscheiden: (1) Linke Parteien (kommunistische, sozialistische und „Labor“-Parteien), (2) Grüne Parteien, (3) Liberale/zentristische Parteien, (4) Christlich-demokratische Parteien, (5) Konservative Parteien, (6) Andere (u.a. regionale und Parteien der extremen politischen Rechten). Als Modell sozialer Lagen verwenden sie das Modell von Goldthorpe mit der Dienstklasse an der Spitze, wobei diese leider nicht wie bei Walter Müller in administrative, professionelle und soziale Dienstklasse ausdifferenziert wird.

Zunächst zeigen Brooks et al., dass die Spannungslinie „Klasse“ in den meisten Ländern den größten Effekt auf die Wahlentscheidung hat, dicht gefolgt von der Religion, während „gender“ keinen großen Effekt hat. D.h., dass die vertikale Strukturierung sozialer Lagen nach wie vor relevant ist – ebenso wie die Werthaltungen, die hier vereinfachend über Religionszugehörigkeit erfasst werden. In den Niederlanden sind die Kontraste im Wahlverhalten zwischen den Konfessionsgruppen sogar deutlich höher (in den USA etwas höher) als die Kontraste zwischen den „Klassen“.

In Großbritannien könnte man von einem „Decline of class voting“ reden, abgeschwächt auch in Deutschland. In anderen Ländern (wie Niederlande und Australien) findet man aber keinen solchen Rückgang. D.h. die These eines generellen Trends müsste man ersetzen durch länderspezifische Thesen. Über alle Länder hinweg könnte man vielleicht von einem leichten Rückgang des „class voting“ sprechen.

Auch für den Stellenwert der Werthaltungen (gemessen durch die Konfessionszugehörigkeit) muss man nach Ländern unterscheiden, in den Niederlanden gibt es einen Rückgang des Effekts der Konfessionen – allerdings von einem überdurchschnittlichen Niveau aus, in den meisten Ländern dagegen bleibt die Spannungslinie der Konfession etwa gleich stark.

„Gender“-Effekte auf die Wahlentscheidung weisen nur in den USA eine nennenswerte Strukturierung auf, wobei Frauen eher linke Parteien wählen, was sich mit dem größeren Stellenwert der Politik der Anerkennung bei linken Parteien erklären ließe.

Insgesamt ist die Größenordnung der Effekte allerdings bescheiden, so dass es neben dieser Strukturierung von politischen Wahlhandlungen durch soziale Lagen, Konfession und Geschlecht noch viel Spielraum gibt für Kandidaten, Parteien, kontroverse Themen, soziale, kulturelle sowie andere Faktoren und Bestimmungsgründe der Präferenzen von individuellen Akteuren.

Entstrukturierung und Restrukturierung der Parteiaffinitäten in West- und Ostdeutschland

Für die Bundesrepublik Deutschland empfiehlt es sich, bei der Analyse der Parteienlandschaft nach Ost- und Westdeutschland zu differenzieren, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausarbeiten zu können.

Eine solche differenzierte Analyse wurde von Tilo Görl vorgenommen (vgl. Kap. 4.3.3). Die wichtigsten Ergebnisse sollen hier noch einmal zusammengestellt werden. Auf der Basis der konstruktiven Kritik an Clark und Lipset wird das dichotome Klassenmodell durch Walter Müllers Modell ersetzt und die Parteiaffinitäten werden differenzierter erfasst, indem zwischen den „alten linken“ Themen der materiellen Verteilung und den „neuen linken“ Themen wie „libertär versus autoritär“ (Kitschelt) unterschieden wird.

1. Für Westdeutschland zeigt der Autor, dass dem sozialstrukturellen Verteilungskonflikt zwischen Selbstständigen und Arbeitern in der politischen Landschaft die Polarität der marktliberalen FDP versus SPD entspricht. Den

unterschiedlichen Rationalitäten von sozialer Dienstklasse und Experten versus Arbeitern entspricht in der politischen Landschaft die Polarität von links-libertären Grünen/Bündnis 90 und CDU/CSU. Für Ostdeutschland zeigt der Verfasser, dass die Arbeiter und die Selbstständigen die soziale Basis der Befürwortung der schnellen Wiedervereinigung sind, im Gegensatz zur sozialen und administrativen Dienstklasse, welche eher eine PDS-Präferenz aufweisen. Mit wachsendem Abstand zur DDR-Vergangenheit findet dann ein *realignment* statt, in dem die administrative Dienstklasse sich zunehmend der CDU annähert und die Arbeiter zunehmend der SPD und der PDS. Diese Ergebnisse sind verträglich mit der Kristallisationshypothese (von Winter 1996), gemäß der es eine für Ostdeutschland spezifische Konstellation von sozialstrukturell verankerten gesellschaftlich-politischen Konfliktlinien gibt, wobei im Laufe der Zeit eine Annäherung der Parteien-Wähler-Allianzen an das westdeutsche Bezugsmodell zu beobachten ist (Konvergenzthese).

2. Als nächstes behandelt der Verfasser die Beziehung zwischen sozialen Lagen und Wertorientierungen. Sowohl für West- als auch für Ostdeutschland kann der Verfasser zeigen, dass Arbeiter bei der Libertarianismus-Dimension eher auf der autoritären Seite rangieren, während die soziale Dienstklasse eher auf der libertären Seite zu finden ist. Bzgl. des alten sozio-ökonomischen Verteilungskonflikts findet man das Kleinbürgertum in West- und Ostdeutschland jeweils auf der wirtschaftsliberalen Seite und die soziale Dienstklasse bei der Befürwortung von Gleichheit und Umverteilung durch den Staat. Die Besonderheit Ostdeutschlands besteht darin, dass die administrative Dienstklasse (der Manager/Bürokraten) 1991 noch die Werte der früheren DDR vertrat, während sie sich bis 2000 in Richtung des wirtschaftsliberalen Pols bewegte, wo sie in Westdeutschland zu beiden Zeitpunkten zu finden ist. Ferner kann der Autor aufzeigen, dass für Ostdeutschland die Sozialismus-Dimension eine weitere wichtige Zusatzinformation ist: So befürworteten die administrative Dienstklasse und die soziale Dienstklasse 1991 die Idee des Sozialismus stärker, als dies das Kleinbürgertum und die Experten tun. Bis 2000 lässt die sozialstrukturelle Verankerung dieser Konfliktlinie allerdings nach.
3. Zum Zusammenhang von Wertorientierungen und Parteienwahl zeigt der Autor, dass die Ablehnung staatlicher Intervention eher von den FDP-Wählern vertreten wird und die Ablehnung sozialer Gleichheit eher von den CDU/CSU-Wählern. Bzgl. der Libertarianusdimension, die in Westdeutschland den stärksten Einfluss auf die Parteienwahl hat, rangieren die Grünen eher auf der „linken“ und die FDP eher auf der „rechten“ Seite. Für Ostdeutschland zeigt der Autor, dass die Sozialismus-Dimension den stärksten Einfluss auf die Parteienwahl hat, dieser Einfluss im Laufe der Zeit allerdings nachlässt.
4. Im Gesamtmodell mit allen drei Beziehungen zwischen sozialen Lagen, Wertorientierungen und Parteipräferenzen zeigt der Autor schließlich mit konditionalen Logit-Modellen unter Kontrolle von Kovariaten, dass auf der sozio-ökonomischen Dimension die Haupt-Kontrahenten das Kleinbürgertum

und die administrative Dienstklasse auf der einen Seite und die Arbeiter und Techniker auf der anderen Seite sind. Auf der Libertarianismus-Dimension sind die soziale Dienstklasse und die Experten auf der einen Seite und die Arbeiter und Techniker auf der anderen Seite die Haupt-Kontrahenten. Sozio-ökonomische Werte vermitteln das traditionelle „class voting“, libertäre versus autoritäre Werte andererseits wirken als intervenierende Variable bzgl. der neuen politischen Themen. Für Ostdeutschland erweist sich die Sozialismus-Dimension als am erklärungsträchtigsten, gefolgt von dem „neuen“ Wertekonflikt. Allerdings erodiert die sozialstrukturelle Verankerung der Sozialismus-Polarität im Laufe des Untersuchungszeitraums 1991–2000. Insgesamt lässt sich also in West- und Ostdeutschland ein leichtes „decline of class voting“ beobachten und gleichzeitig ein „realignment“, denn die neuen politischen Themen sind wiederum partiell in sozialen Lagen verankert.

13.2 Ingleharts These des Wertewandels hin zum „Postmaterialismus“

Ronald Inglehart (1971, 1977, 1989, 1998) hatte das Vordringen postmaterialistischer Werte im Kohortenwechsel diagnostiziert. Nachdem die materiellen Bedürfnisse der Nachkriegsgeneration bearbeitet seien, erhöhe sich der Stellenwert der Selbstverwirklichung, des Hedonismus und der Lebensqualität. Da diese Wertorientierungen stärker auf das Individuum als auf die Gemeinschaft fokussieren, könnte man dies als **Individualisierung auf der Wertedimension** interpretieren.

Inglehart geht in seinem Ansatz von folgenden beiden Hypothesen aus:

1) Mangelhypothese

Der Psychologe Abraham H. Maslow ging in seinem Buch „Motivation und Persönlichkeit“ (englisch: 1954; hier zitiert nach 1978²) einerseits davon aus, dass es in den grundlegenden Motivationen Spannungsverhältnisse gibt, etwa gleichzeitige Tendenzen zur Aktivität und Inaktivität, dass sich aber andererseits eine Hierarchisierung der Bedürfnisse nach Vordringlichkeit unterscheiden lässt: Bei den grundlegenden Bedürfnissen beginnt er mit den physiologischen Bedürfnissen (Nahrung etc.). Anschließend diskutiert er die Sicherheitsbedürfnisse. Es folgen die Bedürfnisse nach Zugehörigkeit und Liebe. Bei den Bedürfnissen nach Achtung unterscheidet Maslow die Selbstachtung und die Anerkennung durch andere, wobei der verdiente Respekt anderer die stabilste Basis der Selbstachtung sei. Schließlich diskutiert Maslow das Grundbedürfnis nach Selbstverwirklichung, das er definiert als „die Tendenz, das zu aktualisieren, was man an Möglichkeiten besitzt.“ (Maslow 1978, S. 89) Das Verlangen nach Wissen und Verstehen stellt nach Maslow „ebenso Persönlichkeitsbedürfnisse dar wie die bereits diskutierten Grundbedürfnisse“. (94) Zu den ästhetischen Bedürfnissen merkt Maslow an, „dass es bei einigen Personen ein wirklich grundlegendes ästhetisches Bedürfnis gibt“. (95)

Wenn der Mangel in den vordringlichen Bedürfnissen bearbeitet ist, kann man sich eher den „höheren“ Bedürfnissen zuwenden.

Inglehart überträgt diese Bedürfnishierarchie auf politische Präferenzen und geht davon aus, dass das erste Bedürfnis das nach ökonomischer Sicherheit ist, das nächste das Bedürfnis nach innerer und äußerer Sicherheit. Die bisher genannten Bedürfnisse fasst *Inglehart* als „materialistische“ Bedürfnisse zusammen. Als nächstes folgen bei *Inglehart* die sozialen und kulturellen sowie die Selbstverwirklichungsbedürfnisse. Diese zweite Gruppe von Bedürfnissen fasst *Inglehart* als „postmaterialistische“ Bedürfnisse zusammen.

2) Sozialisationshypothese

Inglehart geht davon aus, dass es eine „formative“ Phase in der Jugend gibt, die prägend wirkt für grundlegende Präferenzen und im weiteren Lebensverlauf weitgehend stabil bleibt. (Die meisten Kritiker gehen davon aus, dass Lernen nicht auf eine „formative“ Jugendphase beschränkt ist.)

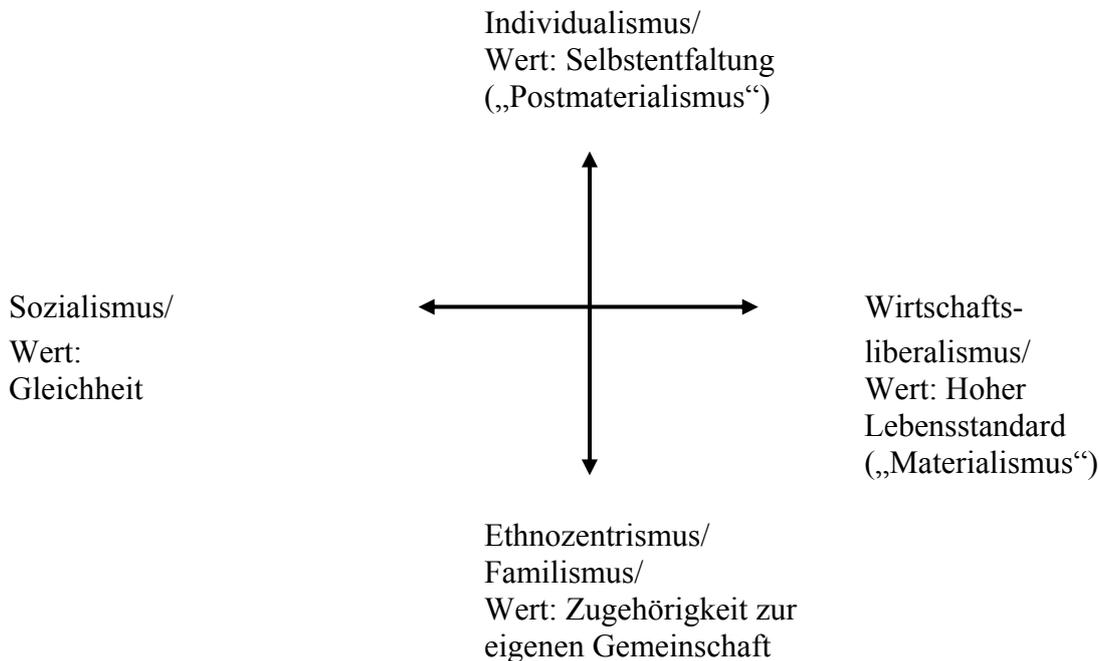
Die Kriegs- und unmittelbare Nachkriegsgeneration ist gemäß *Inglehart* geprägt von der Erfahrung materiellen Mangels, weshalb sie gemäß *Inglehart* eine ausgeprägte Präferenz für „materialistische“ Werte aufweist. Die Generation, die in der Prosperität der 1950er/1960er Jahren aufwächst, ist geprägt von der zunehmenden Selbstverständlichkeit von Wohlstand, sodass sich ihre Präferenzen gemäß *Inglehart* zu den „postmaterialistischen“ Werten verlagern.

Der **Wertewandel** findet gemäß *Inglehart* durch Generationenwechsel statt. Die jüngeren Generationen (Geburtskohorten) wachsen als Akteure in die Gesellschaft hinein und damit geht ein Vordringen der „postmaterialistischen“ Werte einher.

13.3 Zur Dimensionalität des Werteraums und zu den Messungen Ingleharts

Viele Untersuchungen des Raums gesellschaftlich-politischer Werte und Einstellungen sind eher verträglich mit folgendem Modell von mir als mit *Ingleharts* eindimensionaler Polarität von Materialismus versus Postmaterialismus:

Abbildung 13-1: Zweidimensionaler Raum gesellschaftlich-politischer Werte und Einstellungen



Aus dieser zweidimensionalen Perspektive von Verteilungskonflikten (um materiellen Wohlstand) versus Anerkennungskonflikten (zwischen Individuum und Gemeinschaft sowie zwischen verschiedenen ethnischen Vergemeinschaftungen) konstruiert Inglehart eine Polarität zwischen zwei Orientierungen, die nach unserer Auffassung eher unabhängig variieren, als dass sie sich ausschließen.

Der von Inglehart entwickelte Index ist kein falsifizierbares Messmodell, sondern eine operationale Festlegung der Polarität Postmaterialismus versus Materialismus.

Auch wenn der tatsächliche Werteraum vieldimensional ist, kann man – mit Informationsverlust – eine Projektion in ein eindimensionales Konzept vornehmen. Genau dies macht Inglehart mit seiner Index-Konstruktion.

Vorgabe von Inglehart:

Zwei materialistische Ziele:

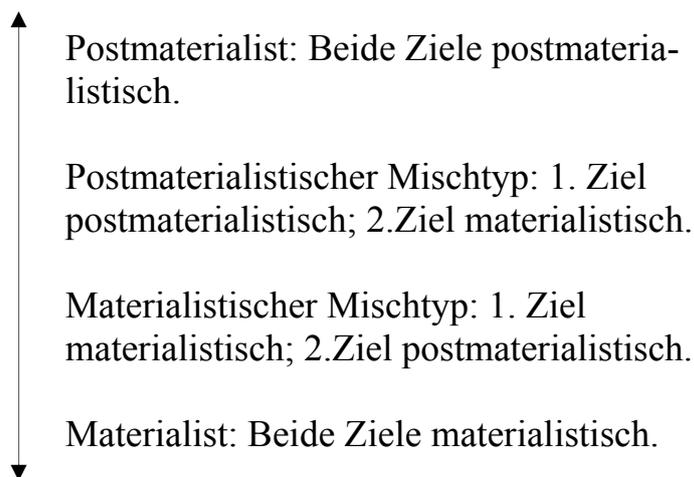
- 1) Ruhe und Ordnung
- 2) Preisstabilität

Zwei postmaterialistische Ziele:

- 1) Bürgereinfluss
- 2) Freie Meinungsäußerung

Der Befragte muss die 4 Ziele in eine Rangordnung (von 1 bis 4) bringen.

Definitorische Eindimensionalität:



Fazit: Aufgrund des Rankings der vier Items wird die Eindimensionalität messtechnisch erzwungen.

13.4 Individualisierung und ihre Gegenbewegungen

Klages (2001, 2002) schlägt wegen der Mehrdimensionalität der Werteproblematik vor, Kombinationen von Präferenzen zu betrachten. Die Inglehart-Messung führt dazu, dass man nicht wissen kann, wie der „eigentliche“ Kombinationstyp „weder-noch“ geantwortet hat, den Klages „resigniert“ nennt.

Die Daten aufgrund des Inglehart-Index` sind also streng genommen nicht strukturerhaltend („homomorph“) gemessen. Wenn man sie mit diesen Abstrichen dennoch verwendet, wie Klein/Pötschke (2000, 2001) dies machen, so ist die These Ingleharts in Westdeutschland bis etwa 1989 insofern mit der Empirie verträglich, als der Anteil der Postmaterialisten steigt und der Anteil der Materialisten sinkt. Ab etwa 1989 aber sinkt der Anteil der Postmaterialisten wieder und der Anteil der Materialisten steigt. Als Erklärungsfaktor ließe sich etwa anführen, dass in wirtschaftlichen Krisen bzw. Stagnationsphasen die materiellen Bedürfnisse wieder einen höheren Stellenwert erhalten, was sogar mit einer Grundidee von Inglehart (nämlich der Mangelhypothese) verträglich wäre.

Hradil (2002) berücksichtigt bei seiner Analyse des Wertewandels neben den Daten von Klein/Pötschke noch die Zeitreihen von Allensbach und von Klages, wobei er ebenfalls zu dem Ergebnis kommt, dass ein Wertewandel Richtung „individualistischer“ Werte kein eherner Trend ist, sondern dass es – etwa in Wirtschaftskrisen – auch Gegenbewegungen gibt.

Auch in der Wertediskussion dürfte die dialektische Formulierung hilfreich sein, dass es in dem Spannungsverhältnis Individualismus und Gemeinschaftsorien-

tierung ein Herauslösen aus traditionellen Gemeinschaftsorientierungen mit Freiheitsgewinnen und Sicherheitsverlusten gibt, was aber begleitet wird durch das Erstarren von alten Gemeinschaften zur Bearbeitung von Problemen z.B. in Wirtschaftskrisen einerseits und von neuen Gemeinschaftsbildungen zur Gesellung nach den präferierten Lebensstilelementen andererseits.

Zur Individualisierung gibt es **verschiedene Gegenbewegungen**, von denen hier zwei entsprechend der „alten“ und der „neuen“ Links-Rechts-Dimension unterschieden werden sollen:

1) „Alte“ Links-Rechts-Dimension: Materieller Verteilungskonflikt

Der „linke“ Pol in der Polarität von Wirtschaftsliberalismus und Sozialismus besteht darin, dass die materielle Ungleichheit durch z.B. sozialstaatliche Umverteilung von (materiell) „oben“ nach (materiell) „unten“ verringert werden soll.

In den 1990er Jahren nahmen die wirtschaftlichen Probleme in den entwickelten OECD-Staaten durch die zunehmende Konkurrenz der Schwellenländer und der ex-sozialistischen Länder auf dem Weltmarkt zu, sodass das Risiko der Arbeitslosigkeit und die Prekarität des Wohlstands deutlich wichtiger in Wahrnehmung und Bewertung wurden. Ingleharts Mangelhypothese – entgrenzt von der Beschränkung von Lernfähigkeit nur auf die formative Jugendphase – könnte mit erklären, dass für die 1990er Jahren in vielen unterschiedlichen Studien ein erneutes Anwachsen „materialistischer“ Präferenzen als Beobachtung berichtet wurde.

2) „Neue“ Links-Rechts-Dimension: Werte und Lebensstile

Die „neue“ Konfliktlinie ließe sich bzgl. der Werte als Polarität von Individualismus und ethnozentrischen Orientierungen formulieren. Bzgl. der Lebensstile könnte man „konventionelle“ Lebensstile von Lebensstilen unterscheiden, die den Wert der Autonomie ins Zentrum stellen.

Durch die Ausdifferenzierung der Subsysteme der Gesellschaft, durch Migration, durch Wertewandel etc. findet eine Pluralisierung der grundlegenden Wertorientierungen und der Lebensstile statt. Eine Gegenbewegung zur Individualisierung ist dann u.a. der Rechtspopulismus, bei dem mit der Betonung der Qualitäten und Vorrangigkeit der eigenen Herkunftsgemeinschaft abweichende Lebensentwürfe und Lebensstile eher ausgegrenzt und weniger anerkannt werden. Neben den „alten“ Konflikten um die materielle Verteilung haben inzwischen die „neuen“ Konflikte um Anerkennung einen ähnlichen Stellenwert, wobei diese Spannungslinien nicht nur unabhängig wirken, sondern auch interagieren können.

14. Zusammenfassender Vergleich der Lebensbedingungen: Zur Performanz der Länder und Wohlfahrtsregime

Zur Diskussion der Performanz von Wohlfahrtsregimen wurden acht wünschenswerte Ziele als Kriterien entwickelt. Zur Erinnerung sollen die Indikatoren, mit deren Hilfe die Ziele operationalisiert wurden, noch einmal zusammengestellt werden:

Wohlstand

- Lebensstandard (BIP/Kopf)

Ökologische Nachhaltigkeit

- Belastungsniveau
 - CO₂-Emissionen p.K.
 - Müllbelastung p.K.
 - Nuklearenergie-Anteil
- Entlastungsstrategien
 - Energieeffizienz
 - Regenerative Energie (Substitution)
 - Nachhaltige Forstwirtschaft (Suffizienz)

Innovation

- Ausgaben für Forschung und Entwicklung
- Bedeutsame Patente
- Internetnutzer pro Einwohner
- Hochtechnologieexport

Soziale Sicherung

- Vorsorgend: Durch öffentliche Bildungsausgaben
- Nachsorgend: Durch öffentliche Sozialausgaben

Anerkennung der Besonderheiten:

Frauenfreundlichkeit

- Frauenanteil im Parlament
- Studentinnenanteil
- Frauenerwerbsquote
- Verhältnis des durchschnittlichen Jahreseinkommens (w/m)

Migrantenfreundlichkeit (wegen der vielen fehlenden Werte wird dies nicht in die folgenden Abbildungen und Tabellen aufgenommen)

- Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund
- Benachteiligung bzgl. der Arbeitslosigkeit (Männer)
- Benachteiligung bzgl. der Arbeitslosigkeit (Frauen)
- Relative Benachteiligung bei Lesekompetenz

Gleiche Teilhabe

- Bildungsarmut
 - Frühe Schulabgänger
 - „Risikoleser“

- Einkommensarmut
 - Armutsquote
- Einkommensungleichheit
 - Gini-Index

Soziale Integration

- Arbeitslosenquote
- Beschäftigungsquote
- Unterstützungsnetzwerke
- Beteiligung in Freiwilligenvereinigungen

Autonomie

- Öffentliche und private Bildungsausgaben
- Bevölkerungsanteil mit tertiären Bildungsabschlüssen
- Mittelwert der Lesekompetenz

Da Ziele wie z.B. Wachstum und ökologische Nachhaltigkeit konfliktieren können, wurden die Ziele in einem Sterndiagramm dargestellt, wobei die Ziele nach außen weisen (vgl. Abbildung 14-1). Im Hinblick auf diese Denkfigur rangiert der *sozialdemokratische Regimetyp* in diesem Jahr sogar überall außen, d.h. alle acht Ziele werden von den sozialdemokratischen Ländern im Durchschnitt am stärksten erfüllt, sodass das Erreichen all dieser – partiell konfliktierenden – Ziele also durchaus möglich ist. Durch die Investitionen in Forschung und Entwicklung liegt das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime bei den Patenten und insgesamt bei der Innovationsfähigkeit vorn sowie in diesem Jahr auch bei dem Wohlstand. Bei den nachsorgenden Sozialleistungen für den Risikofall und bei den vorsorgenden Bildungsleistungen schneidet das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime insgesamt am besten ab. Dieses Wohlfahrtsregime ist ausgeprägt frauenfreundlich, sichert die Gleichheit der materiellen Teilhabe am stärksten und der Bevölkerung das höchste Ausmaß an Autonomie von den verglichenen Wohlfahrtsregimen. Gleiches gilt für die ökologische Nachhaltigkeit und bei der sozialen Integration der einheimischen Bevölkerung. Bei der Integration von Migranten dagegen steht das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime an erster Stelle und das sozialdemokratische Wohlfahrtsregime an letzter Stelle, wobei Kinder mit Migrationshintergrund allerdings bereits besser abschneiden als die Generation der Migranten.

Das *wirtschaftsliberale Regime* ist bei dem Kriterium Wohlstand und Wachstum stark. Ferner schneidet es bei der Frauenfreundlichkeit besser ab als das konservative Wohlfahrtsregime und bei der sozialen Integration liegt es – u.a. wegen des guten Entwicklungsstandes der Zivilgesellschaft – an zweiter Stelle. Schwächen weist das wirtschaftsliberale Wohlfahrtsregime auf bei der Ökologie, bei der sozialen Sicherung und deshalb auch bei der Gleichheit der materiellen Teilhabe.

Abbildung 14-1: Gesamtbild der Performanz der Wohlfahrtsregime

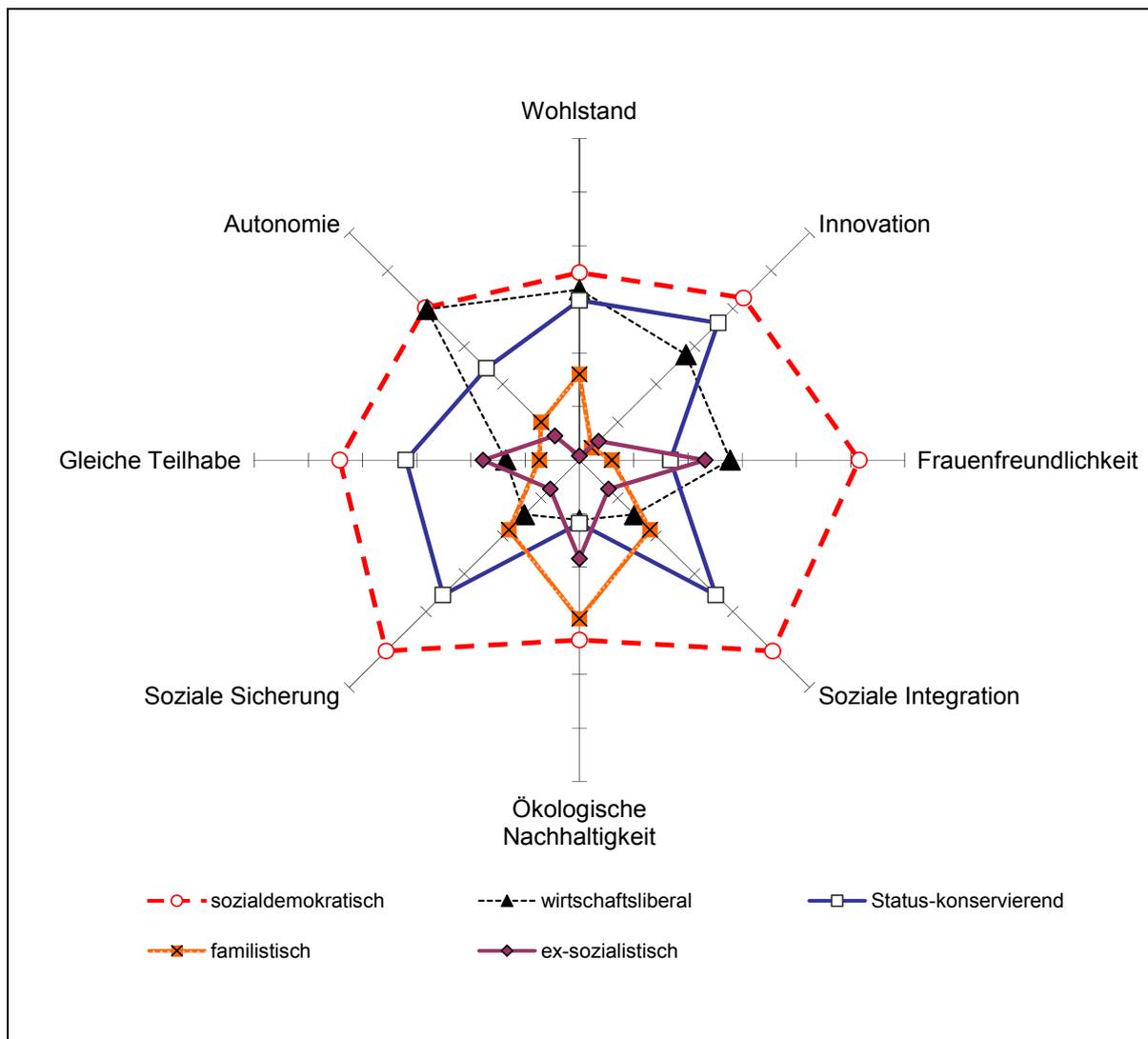


Tabelle 14-1: Gesamtbild der Performanz der Wohlfahrtsregime

	Wohlstand	Öko- logische Nachhaltig- keit	Innovation	Soziale Sicherheit	Frauen- freundlich- keit	Gleiche Teilhabe	Soziale Integration	Autonomie
Sozialdemo- kratisches Regime	0,75 1.	0,68 1.	1,14 1.	1,52 1.	1,58 1.	1,21 1.	1,43 1.	1,01 1.
Wirtschaftsliberales Regime	0,59 2.	-0,44 5.	0,39 3.	-0,28 4.	0,39 2.	-0,32 4.	0,87 2.	0,99 2.
Status- konservierendes	0,49 3.	-0,41 4.	0,81 2.	0,78 2.	-0,16 4.	0,60 2.	-0,12 3.	0,21 3.
Familistisches Regime	-0,20 4.	0,48 2.	-0,84 5.	-0,08 3.	-0,70 5.	-0,63 5.	-0,31 4.	-0,50 4.
Ex-sozialistische Ländergruppe	-0,96 5.	-0,08 3.	-0,75 4.	-0,62 5.	0,16 3.	-0,11 3.	-0,67 5.	-0,68 5.

Angegeben sind die z-Werte und Rangplätze der Wohlfahrtsregime für die untersuchten Performanzkriterien.

Der *konservative, kontinentale Regimety*p schneidet bei der sozialen Sicherung relativ gut ab, allerdings bei den nachsorgenden besser als bei den vorsorgenden Sicherungsleistungen. Bei der Innovationsfähigkeit und bei der Gleichheit der materiellen Teilhabe schneidet das konservative Wohlfahrtsregime besser ab als das wirtschaftsliberale.

Der *ex-sozialistische Wohlfahrtsregimety*p und der südeuropäische, residuale Wohlfahrtsregimety

rangieren bei den meisten Zielen etwa gleichauf dahinter. Die *ex-sozialistischen Länder* liegen bei der Frauenfreundlichkeit über dem Durchschnitt. Auf der anderen Seite schneidet das *ex-sozialistische Wohlfahrtsregime* besonders schlecht ab bei der Integration in den Arbeitsmarkt und bei der Partizipation in Gewerkschaften, Parteien etc., d.h. die Zivilgesellschaft ist noch wenig entwickelt. Das *familistische Wohlfahrtsregime* ist am wenigsten frauenfreundlich von den betrachteten Wohlfahrtsregimen. Es investiert wie das konservative Wohlfahrtsregime überdurchschnittlich in die nachsorgenden Sozialausgaben, jedoch unterdurchschnittlich in die vorsorgenden Bildungsausgaben. Bei der ökologischen Nachhaltigkeit platziert sich das *familistische Wohlfahrtsregime* an zweiter Stelle.

Vor dem Hintergrund dieser Gesamtergebnisse für die Wohlfahrtsregime sollen nun die gesellschaftlichen Profile der einzelnen Länder sowie ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede genauer dargestellt werden (vgl. Tabelle 14-2). Da wir die acht ausgewählten Kriterien alle für wichtig halten, fassen wir die Mittelwerte über alle acht standardisierten Kriterien in einem einzigen Wert nicht in Tabellenform zusammen, da die Profile in der Breite der Kriterien nach unserer Auffassung die angemessene Lesart sind.

Schweden als „sozialdemokratisches“ Land schneidet insgesamt am besten ab bzgl. der aufgeführten acht Kriterien, wobei die ausgeprägte Frauenfreundlichkeit eine der Besonderheiten ist, wie auch das sehr hohe Niveau der sozialen Sicherung, große Investitionen und Erfolge bei der Innovationsfähigkeit sowie eine ausgeprägte Gleichheit der Teilhabe, weshalb schließlich die einheimische Bevölkerung über ein hohes Maß an sozialer Integration und Autonomie in ihren Lebenschancen verfügt. Bei der Migrantenfreundlichkeit rangiert Schweden (wie Dänemark) allerdings unter dem Durchschnitt der Länder. Norwegen schneidet ähnlich gut ab wie Schweden, wobei der Wohlstand noch höher ist und die ökologische Nachhaltigkeit stärker berücksichtigt wird. Die Frauenfreundlichkeit und die soziale Sicherung sind ebenfalls stark ausgeprägt, so dass insgesamt die soziale Integration am zweitbesten gelingt und die Bevölkerung über ein relativ hohes Maß an Autonomie für ihre Lebensentwürfe verfügt. Dänemark ist in der soziale Sicherung insgesamt führend und insbesondere auch bei den vorsorgenden Bildungsausgaben, weshalb Dänemark mit seiner vorsorgenden und aktivierenden Politik im Augenblick als Vorbild in der

Tabelle 14-2: Die Performanz der Länder nach den acht Zielkriterien

Land	Wohlstand	Ökologische Nachhaltigkeit	Innovation	Soziale Sicherung	Frauenfreundlichkeit	Gleiche Teilhabe	Soziale Integration	Autonomie
Australien	0,49	-1,22	0,40	-0,73	0,58	-0,12	0,73	0,81
	10.	32.	14.	28.	9.	22.	11.	7.
Belgien	0,44	-0,79	0,00	1,57	0,08	0,38	1,42	0,71
	11.	28.	18.	3.	15.	16.	34.	10.
Bulgarien	-1,41	-1,26	-1,33	-1,00	0,01	-1,03	1,35	-1,94
	35.	33.	35.	31.	19.	31.	33.	35.
Dänemark	0,56	-0,04	0,80	2,16	1,26	1,26	1,44	1,28
	9.	20.	8.	1.	3.	3.	3.	4.
Deutschland	0,31	0,02	0,85	0,32	-0,19	0,62	-0,37	0,03
	14.	18.	7.	14.	24.	11.	23.	21.
Estland	-0,82	-0,27	0,11	-0,91	0,72	-0,07	-1,22	0,14
	28.	24.	17.	30.	8.	20.	32.	19.
Finnland	0,30	0,89	1,34	1,26	1,15	1,66	0,64	1,41
	15.	8.	6.	6.	4.	1.	13.	2.
Frankreich	0,24	-1,00	0,47	1,52	-0,02	0,37	-0,57	0,31
	17.	31.	13.	4.	20.	17.	25.	15.
Griechenland	-0,10	0,59	-1,12	-0,25	-0,93	-0,64	-1,05	-0,88
	20.	11.	31.	19.	32.	28.	31.	30.
Großbritannien	0,40	0,04	0,64	0,65	0,38	-0,36	-0,05	0,66
	13.	17.	10.	11.	11.	25.	17.	11.
Irland	0,92	0,23	-0,63	-0,62	-0,55	-0,18	1,21	0,27
	4.	15.	23.	26.	29.	24.	5.	16.
Italien	0,08	0,34	-0,42	0,19	-0,94	-0,70	-0,35	-0,94
	18.	13.	21.	16.	33.	29.	21.	31.
Japan	0,29	-0,27	2,04	-1,21	-1,7	0,61	0,75	0,60
	16.	25.	1.	32.	35.	12.	10.	12.
Kanada	0,68	-0,99	0,25	-0,51	0,55	0,32	1,39	1,71
	6.	30.	15.	24.	10.	18.	4.	1.
Lettland	-1,10	1,98	-0,84	-0,51	0,83	-0,39	-0,91	0,04
	32.	1.	28.	25.	7.	26.	30.	20.
Litauen	-1,03	-0,07	-0,83	-0,48	0,97	-0,15	-0,76	-0,24
	30.	22.	27.	20.	6.	23.	29.	24.
Luxemburg	3,52	-2,09	0,57	-0,89	-0,63	0,82	-0,69	-0,56
	1.	35.	11.	29.	30.	6.	27.	28.
Malta	-0,51	0,94	-1,16	-0,49	-1,45	-0,45	0,26	0,23
	24.	7.	32.	21.	34.	27.	14.	17.
Neuseeland	-0,18	1,49	0,16	0,03	1,12	-0,11	1,03	1,07
	21.	3.	16.	17.	5.	21.	8.	5.
Niederlande	0,65	-0,02	1,48	0,66	0,28	0,74	0,07	0,35
	7.	19.	5.	10.	12.	8.	15.	14.
Norwegen	1,69	1,05	0,54	0,77	1,73	0,61	1,52	0,46
	2.	6.	12.	8.	2.	13.	2.	13.
Österreich	0,60	0,86	0,76	1,00	-0,32	0,64	1,04	-0,15
	8.	9.	9.	7.	25.	9.	7.	22.

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Fortsetzung von Tabelle 14-2

Land	Wohlstand	Öko- logische Nachhal- tigkeit	Innovation	Soziale Sicherung	Frauen- freund- lichkeit	Gleiche Teilhabe	Soziale Integration	Autonomie
Polen	-1,07	1,55	-1,17	0,24	0,15	0,56	-1,88	0,19
	31.	2.	33.	15.	14.	14.	36.	18.
Portugal	-0,55	1,08	-0,91	0,77	0,05	-1,48	-0,62	-0,49
	26.	5.	29.	9.	16.	34.	26.	27.
Rumänien	-1,41	-0,07	-1,46	-1,65	0,04	-0,88	-0,36	-2,71
	34.	21.	36.	36.	17.	30.	22.	36.
Russland	-1,21	-1,68	-1,03	-1,33	-0,13	-2,32	-0,46	-1,67
	33.	34.	30.	34.	22.	35.	24.	34.
Schweden	0,43	0,81	1,90	1,90	2,16	1,30	2,13	0,89
	12.	10.	2.	2.	1.	2.	1.	6.
Schweiz	0,72	0,13	1,50	1,26	-0,34	0,62	1,09	0,80
	5.	16.	4.	5.	26.	10.	6.	8.
Slowakei	-0,88	-0,48	-0,77	-1,26	-0,15	0,82	-0,20	-1,04
	29.	27.	26.	33.	23.	7.	20.	32.
Slowenien	-0,30	-0,85	-0,14	0,51	0,02	1,02	0,68	0,73
	23.	29.	19.	12.	18.	5.	12	9.
Spanien	0,05	-0,40	-0,74	-0,50	-0,48	-1,09	-0,06	-0,44
	19.	26.	25.	23.	28.	32.	18.	25.
Tschech. Rep.	-0,52	0,45	-0,56	-0,71	-0,65	1,19	-0,17	-0,78
	25.	12.	22.	27.	31.	4.	19.	29.
Türkei	-1,54	1,13	-1,25	-1,40	-3,38	-2,73	-1,67	-1,55
	36.	4.	34.	35.	36.	36.	35.	33.
Ungarn	-0,79	-0,21	-0,23	0,33	-0,06	0,08	-0,70	-0,23
	27.	23.	20.	13.	21.	19.	28.	23.
USA	1,22	-2,20	1,50	-0,50	0,27	-1,46	0,91	1,40
	3.	36.	3.	22.	13.	33.	9.	3.
Zypern	-0,18	0,32	-0,72	-0,19	-0,46	0,56	-0,02	-0,48
	22.	14.	24.	18.	27.	15.	16.	26.

Angegeben sind die z-Werte (obere Zeile) und Rangplätze (untere Zeile) der Länder für die untersuchten Performanzkriterien.

Beschäftigungspolitik gilt. Auch die Frauenfreundlichkeit ist sehr ausgeprägt, so dass Dänemark mit an der Spitze liegt. Gemäß unseren Indikatoren ist Dänemark ebenfalls erfolgreich im Hinblick auf die soziale Integration – allerdings bevorzugt der einheimischen Bevölkerung, denn bei der Migrantenfremdlichkeit liegt Dänemark nach unseren Messungen an 24. Stelle von den 28 Ländern, die darüber Informationen zur Verfügung stellen. Finnland hat bekanntlich bei den PISA-Vergleichsstudien besonders gut abgeschnitten, dies zeigt sich auch bei dem zweiten Platz in der Autonomie der Bevölkerung (hinter Kanada). Finnland liegt bei der Innovationsfähigkeit mit vorn und erzielt auf der Basis von großer Frauenfreundlichkeit auch die am stärksten ausgeprägte Gleichheit der Teilhabe, sodass Finnland nach den acht Kriterien insgesamt mit vorn liegt. Bei der Integration von Migranten allerdings rangiert Finnland an letzter Stelle.

Die USA als wirtschaftsliberales Land haben ihre Stärken in der Innovation und in der Autonomie der Bevölkerung sowie im Wohlstand, andererseits ist die Teilhabe am Wohlstand sehr ungleich verteilt und die ökologische Nachhaltigkeit wird sehr vernachlässigt, so dass die USA nach unseren Kriterien insgesamt mit am Ende des oberen Drittels liegen. Ein ähnliches gesellschaftliches Profil weisen Australien, Großbritannien und Irland auf, wobei das katholische Irland bei der Frauenfreundlichkeit schlechter abschneidet. Irland ist das Land, das den europäischen Kontext am besten genutzt hat für starkes ökonomisches Wachstum, und belegt deshalb inzwischen auch (hinter Luxemburg, Norwegen und den USA) den vierten Platz im Lebensstandard der Bevölkerung. Nach unseren Kriterien rangiert Irland insgesamt im Mittelfeld. Irland und Großbritannien sind eher wirtschaftsliberal orientiert, bei der Gleichheit der materiellen Teilhabe sind sie weniger erfolgreich, das Bildungssystem Großbritanniens erweist sich dagegen im Ergebnis als relativ erfolgreich, sodass Großbritannien insgesamt gemäß unseren Kriterien am Ende des ersten Drittels rangiert. Australien, Neuseeland, die USA und Kanada sind die Länder, die Migranten mit am erfolgreichsten integrieren, Australien ist dabei momentan am erfolgreichsten, insgesamt platziert es sich am Ende des ersten Drittels. Kanada sichert die Gleichheit der materiellen Teilhabe stärker als die USA, so dass Kanada nach unseren Kriterien insgesamt unter den ersten zehn rangiert. Neuseeland ist unter den wirtschaftsliberalen Ländern die positive Ausnahme im Hinblick auf die ökologische Nachhaltigkeit und auch erfolgreich bei der Autonomie, so dass Neuseeland nach unseren Kriterien zu den ersten Sechs auf der Rangliste gehört.

Deutschland ist konservativ nicht nur im Sinne der Status-konservierenden sozialen Sicherungssysteme, sondern auch bzgl. der unterdurchschnittlich ausgeprägten Frauenfreundlichkeit. Deutschland weist insgesamt ein hohes Niveau der sozialen Sicherung auf, allerdings beruht dies auf den nachsorgenden Sozialleistungen, während Deutschland bei den vorsorgenden Bildungsleistungen unter dem Durchschnitt liegt. Deutschland rangiert insgesamt gemäß unseren Kriterien im oberen Mittelfeld. Die zu Deutschland benachbarte Niederlande sind besonders erfolgreich bei der ökonomischen Integration, d.h. bei der Integration in das Beschäftigungssystem. Nach unseren Kriterien sind die Niederlande auch frauenfreundlicher als die Bundesrepublik und sie sichern die Autonomie der Bevölkerung stärker, sodass die Niederlande gemäß unseren Kriterien insgesamt unter den ersten Zehn rangieren. Das zu Deutschland ebenfalls benachbarte Österreich rangiert bei der Frauenfreundlichkeit auch unter dem Durchschnitt. Die sozialen Sicherungssysteme sind in Österreich ebenfalls gut ausgebaut. Besser als Deutschland schneidet es bzgl. der ökologischen Nachhaltigkeit ab und platziert sich gemäß unseren Kriterien unter den ersten Zehn. Die Schweiz ist ein eher konservatives Land mit wirtschaftsliberalen und sozialdemokratischen Elementen, sie rangiert bei der Frauenfreundlichkeit auch unter dem Durchschnitt, in der Ökologie darüber. Die Schweiz investiert stärker in die Innovationsfähigkeit als Österreich. Sie liegt bei den

vorsorgenden Sozialausgaben und insgesamt bei der sozialen Sicherung über dem Durchschnitt. Mit dieser Mischung rangiert die Schweiz gemäß unseren Kriterien unter den ersten Sechs. Frankreich ist auch konservativ in dem Sinne, dass die Frauenfreundlichkeit weniger ausgeprägt ist, ferner liegt das Land bei der sozialen Integration deutlich unter dem Durchschnitt. Frankreich liegt andererseits in dem Niveau der sozialen Sicherung sofort hinter den führenden Ländern Dänemark, Schweden und Belgien. Frankreich investiert stärker in das Bildungssystem, deshalb ist es auch bei dem Kriterium der Autonomie besser platziert als z.B. die Bundesrepublik, sodass Frankreich insgesamt im oberen Mittelfeld rangiert. Luxemburg erzielt als Stadtstaat und internationales Finanzzentrum den höchsten Lebensstandard. Als katholisches Land weist Luxemburg nach unserer Messung eine geringe Frauenfreundlichkeit auf. Luxemburg schneidet trotz seines Wohlstandes bei den Investitionen in der Autonomie der Bevölkerung relativ schlecht ab und rangiert insgesamt im unteren Mittelfeld. Belgien liegt bei den vorsorgenden Bildungsausgaben mit vorn und ist auch bei den nachsorgenden Sozialausgaben sehr gut platziert sowie insgesamt bei dem Maß der Autonomie der Bevölkerung. Belgien schneidet bei dem Kriterium ökologische Nachhaltigkeit relativ schlecht ab, insgesamt platziert es sich ähnlich wie die Bundesrepublik.

Japan schneidet bei der Frauenfreundlichkeit sehr ungünstig ab. Eine Besonderheit Japans ist die systematische Förderung von Forschung und Entwicklung zur Stärkung der Innovation und Exporteffizienz, weshalb Japan bei diesem Kriterium vor Schweden an der Spitze steht. Insbesondere wegen der ungünstigen Ausprägung bei der Frauenfreundlichkeit rangiert Japan gemäß unseren Kriterien insgesamt etwa im allgemeinen Durchschnitt.

Italien und Spanien sind als „familistische“ Länder ähnlich wie die konservativen Länder unterdurchschnittlich erfolgreich bzgl. der Frauenfreundlichkeit. Beide Länder sind auch bzgl. der Innovationsfähigkeit unterdurchschnittlich erfolgreich. Italien liegt insgesamt bei dem Niveau der sozialen Sicherung etwas über dem Durchschnitt, dies liegt aber an den nachsorgenden Sozialausgaben, während die vorsorgenden Bildungsausgaben unter dem Durchschnitt liegen. Bei der Gleichheit der materiellen Teilhabe schneidet Italien relativ ungünstig ab, insgesamt rangiert Italien gemäß unseren Kriterien im unteren Drittel. Bei den öffentlichen Bildungsausgaben schneidet Spanien ungünstig ab, insgesamt rangiert Spanien gemäß unseren Kriterien hinter Italien. Bei der Frauenfreundlichkeit rangiert Griechenland vor Italien, Malta, Japan und der Türkei am Ende der Rangliste. Auch bei den Investitionen in die Autonomie der Bevölkerung rangiert Griechenland hinten. Insgesamt liegt Griechenland gemäß unseren Kriterien hinter Italien und Spanien. Portugal ist einerseits bei der Gleichheit der Teilhabe hinten platziert. Insbesondere bei der Frauenerwerbsquote aber liegt Portugal vor den anderen familistischen Ländern. Insgesamt rangiert Portugal gemäß unseren Kriterien ebenfalls im unteren Drittel, vor Italien und Spanien. In Zypern ist die Frauenfreundlichkeit gering ausgeprägt. Andererseits schneidet Zypern bei der sozialen Sicherung und der Gleichheit der Teilhabe relativ gut

ab, so dass es insgesamt im unteren Mittelfeld rangiert. Malta ist gemäß unserer Messung besonders wenig frauenfreundlich. Malta rangiert insgesamt im letzten Drittel auf der Rangliste.

Die ex-sozialistischen Länder Slowenien, Tschechien, Slowakei und Ungarn sind egalitärer in der sozialen Teilhabe als die Länder des europäischen Südens, Slowenien und Tschechien schneiden dabei sogar mit am besten ab. Slowenien platziert sich an zwölfter Stelle bei der sozialen Sicherung und erreicht einen fünften Platz bei der Gleichheit der Teilhabe. Slowenien ist das ex-sozialistische Land, das sich bisher am ehesten in eine sozialdemokratische Richtung entwickelt hat, insgesamt liegt es inzwischen im oberen Mittelfeld und erzielt damit die beste Platzierung unter den ex-sozialistischen Ländern. Bei den Investitionen in den tertiären Bildungsbereich schneidet Tschechien schlecht ab, insgesamt rangiert es gemäß unseren Kriterien im unteren Mittelfeld. Ungarn engagiert sich bei der sozialen Sicherung überdurchschnittlich, insgesamt rangiert Ungarn gemäß unseren Kriterien ebenfalls im unteren Mittelfeld. Bei den Investitionen in die Autonomie der Bevölkerung schneidet die Slowakei relativ schlecht ab, insgesamt rangiert die Slowakei gemäß unseren Kriterien unter den letzten Sechs. Bei der Integration in das Beschäftigungssystem schneidet Polen relativ schlecht ab. Aber Polen investiert stark in das Bildungssystem, was sich im Laufe der Zeit auszahlen sollte. Gemäß unseren Kriterien rangiert Polen insgesamt im unteren Mittelfeld. Lettland schneidet bei der ökologischen Nachhaltigkeit – vor Polen – am besten ab. Alle drei baltischen Staaten gehören bei der Frauenfreundlichkeit zum oberen Drittel. Bei der Gleichheit der Teilhabe rangieren die baltischen Staaten im unteren Drittel, insgesamt platzieren sie sich gemäß unseren Kriterien am Anfang des unteren Drittels. Rumänien investiert relativ mit am wenigsten in das Bildungssystem sowie in Forschung und Entwicklung. Bulgarien weist von allen untersuchten Ländern zusammen mit der Türkei das niedrigste Wohlstandsniveau auf und eine geringe Innovationsfähigkeit. Bulgarien rangiert mit am Ende bei der sozialen Integration, was einerseits an Transformationsproblemen der Beschäftigungssysteme liegt, andererseits aber auch an dem geringen Partizipationsniveau in Vereinen etc., d.h. der wenig entwickelten Zivilgesellschaft. In Rumänien, Bulgarien und Russland wird am wenigsten in die Autonomie der Bevölkerung investiert. Als ex-egalitäres Land positioniert sich Russland inzwischen bei der Gleichheit der Teilhabe hinter den USA und Portugal und vor der Türkei mit am Schluss. Im Wohlstandsniveau rangiert Russland vor Rumänien, Bulgarien und schließlich der Türkei am Ende der Rangliste. Insgesamt platziert sich Russland gemäß unseren Kriterien hinter Rumänien sowie vor Bulgarien und der Türkei mit am Ende der Rangliste.

Die Türkei schneidet bzgl. der Frauenfreundlichkeit zusammen mit Griechenland, Italien, Malta und Japan besonders ungünstig ab. Die Investitionen in die Autonomie der Bevölkerung sind in der Türkei ähnlich schwach ausgeprägt wie in Russland, Bulgarien und Rumänien. Und bei der Innovationsfähigkeit

platziert sich die Türkei vor Bulgarien und Rumänien am Ende der Rangliste. Vergleichsweise gut schneidet die Türkei bei der Nutzung der regenerativen Energien und insgesamt bei der ökologischen Nachhaltigkeit ab.

Insgesamt ist die Konzeption von Wohlfahrtsregimetyphen wohl geeignet, einige Gemeinsamkeiten von Gesellschaften zu thematisieren, andererseits weisen die einzelnen Länder natürlich gleichzeitig, wie gerade dargestellt, Unterschiede und eigenständige Profile bzgl. der gesellschaftlich wünschenswerten Ziele und der Qualität der Lebensbedingungen in den untersuchten Zieldimensionen auf.

Das beste Reformprogramm für die europäischen Länder insgesamt wäre die Organisation der Europäischen Union als Lernprozess, wie es mit der Offenen Methode der Koordinierung für die Beschäftigungspolitik und die Armutspolitik in der EU bereits versucht wird: Durch ein System der jährlichen Berichterstattung soll ein Lernen von den erfolgreichen Entwicklungspfaden initiiert werden. Ein solcher organisierter Lernprozess ließe sich schrittweise erweitern z.B. auf eine solch breite Liste von Qualitätskriterien, wie wir sie hier für ein System gesellschaftlicher Dauerbeobachtung vorgeschlagen haben, das in einem Lernprozess selbst natürlich auch kontinuierlich weiterentwickelt werden sollte.

Literaturverzeichnis

Adler, Frank: Der DDR-Realsozialismus und sein Ende (Strukturen – Erosion – Zusammenbruch). In: Dieter Holtmann (Hg.): Die Revolution in Mittel- und Osteuropa und ihre Folgen. Bochum 1991a: Schallwig, S. 30-53.

Adler, Frank: Ansätze zur Rekonstruktion der Sozialstruktur des DDR-Realsozialismus. In: Berliner Journal für Soziologie 1, 1991b, S. 157-176.

Alber, Florian: Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich elf westlicher Länder. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 25. Potsdam 2006.

Alber, Jens: Sozialstaat und Arbeitsmarkt. In: Leviathan 28, 2000, S. 535-569.

Alber, Jens: Hat sich der Wohlfahrtsstaat als soziale Ordnung bewährt? In: Allmendinger, Jutta (Hg.): Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000. Opladen 2001: Leske + Budrich, S. 1148-1209.

Alber, Jens: Modernisierung als Peripetie des Sozialstaats? In: Berliner Zeitschrift für Soziologie 12, 2002, S. 5-35.

Allardt, Erik: Having, loving, being: An alternative to the Swedish model of welfare research. In: Nussbaum, Martha C./ Sen, Amartya (Hg.): The quality of life. New York/Oxford 1993: Clarendon Press, S. 88-94.

Allmendinger, Jutta: Educational systems and labor market outcomes. In: European Sociological Review 5, 1989, S. 231-250.

Allmendinger, Jutta: Bildungsarmut: Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. In: Soziale Welt 50, 1999, S. 35-50.

Allmendinger, Jutta/ Leibfried, Stephan: Education and the welfare state: the four worlds of competence production. In: Journal of European Social Policy 13, 2003, S. 63-81.

Altwater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 1999: Westfälisches Dampfboot.

Amable, Bruno: The Diversity of Modern Capitalism. Oxford 2003: Oxford University Press.

Andreß, Hans-Jürgen/ Heien, Thorsten/ Hofäcker, Dirk: Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger. Wiesbaden 2001a: Westdeutscher Verlag.

Andreß, Hans-Jürgen/ Heien, Thorsten: Four Worlds of Welfare State Attitudes? A Comparison of Germany, Norway, and the United States. In: European Sociological Review 17, 2001b, S. 337-356.

Aristoteles: Die Nikomachische Ethik. 5. Auflage. München 2002: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Armingeon, Klaus: Sozialdemokratie am Ende? Die Entwicklung der Macht sozialdemokratischer Parteien im internationalen Vergleich 1945-1988. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 18, 1989, S. 321-345.

Armingeon, Klaus: Arbeitsbeziehungen als Stabilisierungs- oder Destabilisierungsfaktor. In: Abromeit, Heidrun/ Jürgens, Ulrich (Hg.): Die politische Logik wirtschaftlichen Handelns. Berlin 1992: edition sigma.

Arts, Will/ Gelissen, John: Welfare States, Solidarity and Justice Principles: Does the Type Really Matter? In: Acta Sociologica 44, 2001, S. 283-299.

Bader, Michael/ Berger, Johannes / Ganßmann, Heiner / Knesebeck, Jost v.d.: Einführung in die Gesellschaftstheorie. Gesellschaft, Wirtschaft und Staat bei Marx und Weber. 2 Bände. Frankfurt 1976: Campus.

Baethge, Martin/ Wilkens, Ingrid (Hg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung, Opladen 2001: Leske + Budrich.

Barr, Nicholas: Labor Markets and Social Policy in Central and Eastern Europe. Washington D.C. 2005: The World Bank.

Bauman, Zygmunt: Moderne und Ambivalenz: das Ende der Eindeutigkeit. Hamburg 1992: Junius.

Baumert, Jürgen et al. (Hg.): PISA 2000 – Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen 2001: Leske + Budrich.

Baumol, William: Macroeconomics of unbalanced growth. In: American Economic Review 57, 1967, S. 415-426.

Beck, Ulrich: Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Sonderband 2, Soziale Welt. Göttingen 1983: Schwartz, S. 35-74.

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M. 1986: Suhrkamp.

Beck, Ulrich/ Beck-Gernsheim, Elisabeth: Riskante Freiheiten. Zur Individualisierung der Lebensformen in der Moderne. Frankfurt a. M. 1994: Suhrkamp.

Beck, Ulrich/ Brater, Michael: Berufliche Arbeitsteilung und soziale Ungleichheit – Konzeption einer subjektbezogenen Theorie der Berufe. In: Beck, Ulrich/ Brater, Michael (Hg.): Die soziale Konstitution der Berufe. Bd. 2. Frankfurt a. M. 1978: Campus.

- Bellendorf, Heinz: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im weltweiten Strukturwandel: konzeptionelle Analyse und empirische Beurteilung. Frankfurt a. M./ Berlin (u.a.) 1994: Lang. Europäische Hochschulschriften: Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft, Bd. 1502. Zugl.: Diss. Universität Gießen 1993.
- Berger, Johannes: Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich – und was wird ihr bloß unterstellt? In: *Leviathan* 24, 1996, S. 51-62.
- Berger, Johannes/ Offe, Claus: Die Entwicklungsdynamik des Dienstleistungssektors. In: Claus Offe: *Arbeitsgesellschaft: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven*. Frankfurt a. M. 1984: Campus.
- Berger, Peter A.: *Entstrukturierte Klassengesellschaft? Klassenbildung und Strukturen sozialer Ungleichheit im historischen Wandel*. Opladen 1986: Westdeutscher Verlag.
- Berger, Peter A.: Klassen und Klassifikationen: Zur „neuen Unübersichtlichkeit“ in der soziologischen Ungleichheitsdiskussion. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39, 1987, S. 59-85.
- Berger, Peter A./ Kahlert, Heike (Hg.): *Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*. Frankfurt a.M. 2006: Campus.
- Berger, Peter A./ Vester, Michael (Hg.): *Alte Ungleichheiten – Neue Spaltungen*. Opladen 1998: Leske + Budrich.
- Blau, Peter M./ Duncan, Otis D.: *The American occupational structure*. New York 1967: John Wiley & Sons.
- Blossfeld, Hans-Peter / Mayer, Karl Ulrich: *Arbeitsmarktsegmentation in der Bundesrepublik Deutschland: Eine empirische Überprüfung von Segmentations-theorien aus der Perspektive des Lebenslaufs*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie* 40, 1988, S. 262-283.
- Bock-Famulla, Kathrin/ Große-Wöhrmann, Kerstin: *Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2009*. Gütersloh 2010: Bertelsmann Stiftung.
- Boje, Thomas P./ Almqvist, Anna-Lena: *Citizenship, family policy and women's patterns*. In: Boje, Thomas P./ Leira, Arnlaug: *Gender, welfare state and the market. Towards a new division of labour*. London 2000: Routledge, S. 41-70.
- Bolte, Martin/ Kappe, Dieter/ Neidhardt, Friedhelm: *Soziale Schichtung*. Opladen 1966: Leske.
- Bonoli, Giuliano: *Classifying Welfare States: a Two-dimensional Approach*. In: *Journal of Social Policy* 26, 1997, S. 351-372.
- Bonoli, Giuliano: *Public attitudes to social protection and political economy traditions in Europe*. In: *European Societies* 2, 2000, S. 431-452.

Bornschieer, Volker: *Westliche Gesellschaft im Wandel*. Frankfurt a. M. 1988: Campus.

Bornschieer, Volker: *Legitimacy and Comparative Economic Success at the Core of the World System an Exploratory Study*. In: *European Sociological Review* 5, 1989, S. 215-230.

Bornschieer, Volker: *Western Society in Transition*. New Brunswick (USA) und London (UK), 1996: Transaction Publishers.

Bornschieer, Volker: *Westliche Gesellschaft – Aufbau und Wandel*. Frankfurt a. M. 1998: Campus.

Bornschieer, Volker: *Weltgesellschaft. Grundlegende soziale Wandlungen*. Zürich 2002: Loreto.

Bourdieu, Pierre: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt a. M. 1982: Suhrkamp.

Breen, Richard: *Social mobility in Europe*. Oxford (u.a.) 2007: Oxford Univ. Press.

Breiger, Ronald L.: *The social class structure of occupational mobility*. In: *American Journal of Sociology* 87, 1981, S. 578-611.

Brooks, Clem/ Nieuwbeerta, Paul/ Manza, Jeff: *Cleavage-based voting behavior in cross-national perspective: Evidence from six postwar democracies*. In: *Social Science Research* 35, 2006, S. 88-128.

Buchheister, Claudia: *Intergenerationale Bildungs- und Erwerbsmobilität in Ost- und Westdeutschland – Eine empirische Analyse*. In: *Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung* Nr. 16. Potsdam 2000.

Bulmahn, Thomas: *Sozialstruktureller Wandel. Soziale Lagen, Erwerbsstatus, Ungleichheit und Mobilität*. In: Zapf, Wolfgang/ Habich, Roland (Hg.): *Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität*. Berlin 1996: Ed. Sigma, S. 25-49.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMfAS) (Hg.): *Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Bonn 2005: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft. (3. Bericht: 2008).

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): *Berufsbildungsbericht 2009*. Bonn, Berlin 2009.

Busch, Rainer: *Internationale technologiebestimmte Wettbewerbsfähigkeit und Forschungs- und Technologiepolitik. Eine komparative Studie*. Frankfurt a. M./ Bern (u.a.) 1987: Lang. *Europäische Hochschulrichtlinien: Reihe 5, Volks- und Betriebswirtschaft*, Bd. 807, S. 46 f.

Campbell, Angus/ Tollison, Robert D./ Miller, Warren E./ Stokes, Donald E.: *The American Voter*. New York 1960: John Wiley & Sons.

Castles, Francis G. (Hg.): Families of nations. Patterns of public policy in Western Democracies. Dartmouth 1993: Aldershot.

Castles, Francis G.: Comparative public policy. Patterns of post-war transformation. Cheltenham (UK) 1998: Edward Elgar.

Castles, Francis G./ Mitchell, Deborah: Worlds of Welfare and Families of Nations. In: Castles, Francis G. (Hg.): Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies. Dartmouth 1993: Aldershot, S. 93-128.

Clark, Terry N./ Lipset, Seymour M.: Are social classes dying? In: International Sociology 8, 1991, S. 397-410.

Cohen, R.L.: Justice. Views from the Social Science. New York 1986: Plenum Press.

Connell, Robert W.: Gender and power. Society, the person and sexual politics. Cambridge 1987: Polity Press.

Dahrendorf, Ralf: Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen. Tübingen 1961: Mohr.

Daly, Mary: Comparing welfare states: Towards a gender friendly approach. In: Diane Sainsbury: Gendering welfare states. London 1994: Sage, S. 101-117.

Daly, Mary: A Fine Balance. Women's Labor Market Participation in International Comparison. In: Scharpf, Fritz W./Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and work in the open economy. Oxford 2000a: Oxford University Press, Band II, S. 467-510.

Daly, Mary: The gender division of welfare. Cambridge 2000b: Cambridge University Press.

Daly, Mary/ Lewis, Jane: The concept of social care and the analysis of contemporary welfare states. In: British Journal of Sociology 51, 2000c, S. 281-298.

Davis, Kinsley/ Moore, Wilbert: Some principles of stratification. In: American Sociological Review 10, 1945. S. 242-249. Deutsch: Einige Prinzipien der sozialen Schichtung. In: Hartmann, Heinz (Hg.): Moderne amerikanische Soziologie. Stuttgart 1967: Enke, S. 347-357.

Deacon, Bob/ Hulse, Michelle/ Stubbs, Paul: Global Social Policy. International Organizations and the Future of Welfare. London 1997: Sage.

Deutsch, Morton: Equity, equality, and need: Which value will be used as the basis of distributive justice? In: Journal of Social Issues 31, 1975, S. 137-149.

Döhrn, Roland/ Heilemann, Ulrich/ Schäfer, Günter: Geht es auch ohne Expansion des Dienstleistungssektors? Zum dänischen „Beschäftigungswunder“. In: Baethge, Martin/ Wilkens, Ingrid (Hg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung. Opladen 2001: Leske + Budrich, S. 269-290.

Dölling, Irene: 10 Jahre danach: Geschlechterverhältnisse in Veränderung. In: Berliner Journal für Soziologie 11, 2001, S. 19-30.

Dössel, Christian: Lebenszufriedenheit unter dem Einfluß ausgewählter objektiver und subjektiver Faktoren im innerdeutschen Vergleich. Eine Längsschnittanalyse mit den Daten des SOEP. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 6. Potsdam 1999.

Duncker, Christian: Verlust der Werte? Wertewandel zwischen Meinungen und Tatsachen. Wiesbaden 2000: Deutscher Universitätsverlag.

Erbslöh, Barbara/ Hagelstange, Thomas/ Holtmann, Dieter/ Singelmann, Joachim/ Strasser, Hermann: Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland: Erste empirische Ergebnisse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 40, 1988: S. 245-261.

Erbslöh, Barbara/ Hagelstange, Thomas/ Holtmann, Dieter/ Singelmann, Joachim/ Strasser, Hermann: Ende der Klassengesellschaft? Eine empirische Studie zu Sozialstruktur und Bewußtsein in der Bundesrepublik. Regensburg 1990: Transfer.

Erikson, Robert/ Goldthorpe, John H.: Are American Rates of Social Mobility Exceptionally High? New Evidence on an Old Issue. In: European Sociological Review 1, 1985, S. 1-22.

Erikson, Robert/ Goldthorpe, John H.: The constant flux. A study of class mobility in industrial societies. Oxford 1992: Clarendon Press.

Esping-Andersen, Gøsta: The three worlds of welfare capitalism. Cambridge 1990: Polity Press.

Esping-Andersen, Gøsta: Three postindustrial employment regimes. In: International Journal of Sociology 21, 1991, S. 149-188.

Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Changing classes. Stratification and mobility in post-industrial societies. London, 1993: Sage.

Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London 1996: Sage.

Esping-Andersen, Gøsta: Welfare States without Work: The Impasse of Labour Shedding and Familialism in Continental European Social Policy. In: Derselbe (Hg.): Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London. 1996: Sage, S. 66-87.

Esping Andersen, Gøsta: Positive-Sum Solutions in a World of Trade-Offs? In: Derselbe (Hg.): Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London 1996: Sage, S. 256-267.

Esping-Andersen, Gøsta: Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Frankfurt a. M. 1998: Campus, S. 19-56.

Esping-Andersen, Gøsta: Social foundations of post-industrial economies. Oxford 1999a: Oxford University Press.

Esping-Andersen, Gøsta: Politics without class? Postindustrial cleavages in Europe and America. In: Kitschelt, Herbert et al. (Hg.): Continuity and change in contemporary capitalism. Cambridge 1999b: Cambridge University Press, S. 293-316.

Esping-Andersen, Gøsta et al.: Why we need a new welfare state. Oxford 2002: Oxford University Press.

European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions: European Quality of Life Survey 2003 (EQLS). Luxemburg 2007: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Europäische Gemeinschaften (Hg.): Eurostat. Luxemburg (diverse Jahre): Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Featherman, David L./ Jones, F. Lancaster/ Hauser, Robert M.: Assumptions of social mobility research in the US: The case of occupational status. In: Social Science Research 4, 1975, S. 329-360.

Ferge, Zsuzsa: Social Policy regimes and Social Structure. Hypotheses about the Prospects of Social Policy in Central and Eastern Europe. In: Dieselbe (Hg.): Social Policy in a Changing Europe. Frankfurt a. M., Boulder 1992: Campus, S. 201-222.

Ferrera, Maurizio: The "Southern Model" of Welfare in Social Europe. In: Journal of European Social Policy 6, 1996, S. 17-37.

Ferrera, Maurizio (Hg.): Welfare State Reform in Southern Europe. Fighting Poverty and Social Exclusion in Italy, Spain, Portugal and Greece. London 2005: Routledge.

Firebaugh, Glenn: Die neue Geografie der Einkommensverteilung der Welt. In: Müller, Walter/ Scherer, Stefani (Hg.): Mehr Risiken – mehr Ungleichheit?: Abbau von Wohlfahrtsstaat, Flexibilisierung von Arbeit und die Folgen. Frankfurt 2003: Campus, S. 363-388.

Firebaugh, Glenn/ Goesling, Brian: Accounting for the recent decline in global income inequality. In: American Journal of Sociology 110, 2004, S. 283-312.

Fitzpatrick, Tony (Hg.): International Encyclopedia of Social Policy. London 2006: Routledge.

Flaig, Berthold B./ Meyer, Thomas/ Ueltzhöffer, Jörg: Alltagsästhetik und politische Kultur. Bonn 1993: Dietz.

Flora, Peter/ Alber, Jens/ Kohl, Jürgen: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. In: Politische Vierteljahresschrift 18, 1977, S. 707-772.

Fourastié, Jean: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. (Paris 1963: Gallimard.) Köln 1969²: Bund-Verlag.

Fraser, Nancy/ Honneth, Axel: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse. Frankfurt a. M. 2003: Suhrkamp.

Frerichs, Petra/ Steinrück, Margareta (Hg.): Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnis. Opladen 1993: Leske + Budrich.

Friedrichs, Jürgen (Hg.): Die Individualisierungsthese. Opladen 1998: Leske + Budrich.

Gabler-Volkswirtschafts-Lexikon, Wiesbaden 1990³: Gabler.

Geiger, Theodor: Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel. Köln/Hagen 1949: Kiepenheuer.

Geißler, Rainer: Die Schichtungssoziologie von Theodor Geiger. Zur Aktualität eines fast vergessenen Klassikers. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37, 1985, S. 387-410.

Geißler, Rainer: Sozialer Umbruch als Modernisierung. In: Derselbe: Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen 1993: Leske + Budrich.

Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands: Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung. Wiesbaden 2006⁴, 2008⁵: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Giddens, Anthony: Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften. Frankfurt a. M. 1979: Suhrkamp.

Glatzer, Wolfgang (Hg.): Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur. Frankfurt a. M./ New York 1992: Campus.

Glatzer, Wolfgang: Armut und Reichtum – Eine sozialstrukturelle Herausforderung. In: Glatzer Wolfgang/Habich, Roland/Mayer, Karl Ulrich (Hg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen 2002: Leske + Budrich, S. 145-161.

Glatzer Wolfgang/Habich, Roland/Mayer, Karl Ulrich (Hg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen 2002: Leske + Budrich.

Glatzer, Wolfgang/ Noll, Heinz-Herbert (Hg.): Lebensverhältnisse in Deutschland – Ungleichheit und Angleichung. Frankfurt a. M./ New York 1992: Campus.

Glatzer, Wolfgang/ Noll, Heinz-Herbert (Hg.): Getrennt vereint. Lebensverhältnisse in Deutschland seit der Wiedervereinigung. Frankfurt a. M./ New York 1995: Campus.

Glatzer, Wolfgang/ Ostner, Ilona (Hg.): Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen. Opladen 1999: Leske + Budrich.

Görl, Tilo: Regionalisierung des Wählerverhaltens in den neuen Bundesländern. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 8. Potsdam 1999.

- Görl, Tilo: Klassegebundene Cleavage-Strukturen in den neuen und alten Bundesländern im Zeitverlauf. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 24. Potsdam 2005.
- Görl, Tilo: Klassegebundene Cleavage-Strukturen in Ost- und Westdeutschland - Eine empirische Untersuchung. Baden-Baden 2007: Nomos.
- Goldthorpe, John H./ Lockwood, David/ Bechhofer, Frank/ Platt, Jennifer: The affluent worker in the class structure. Cambridge 1969: Cambridge University Press.
- Goodin, Robert E./ Headey, Bruce/ Muffels, Ruud/ Dirven, Henk-Jan: The real worlds of welfare capitalism. Cambridge 1999: Cambridge University Press.
- Goodman, Leo A.: The multivariate analysis of qualitative data: Interactions among multiple classifications. In: Journal of the American Statistical Association 65, 1970, S. 226-256.
- Goodman, Leo A.: A general model for the analysis of surveys. In: American Journal of Sociology 77, 1972, S. 1035-1086.
- Gorz, André: Abschied vom Proletariat. Frankfurt a. M. 1980: Europäische Verlagsanstalt.
- Götting, Ulrike: Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz. Opladen 1998: Leske + Budrich.
- Gough, Ian/Wood, Geof u.a.: Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America. Social Policy in Development Contexts. Cambridge 2004: Cambridge University Press.
- Gouldner, Alvin W.: Die Intelligenz als neue Klasse. Frankfurt a. M. 1980: Campus.
- Hagelstange, Thomas/ Hamm, Brigitte/ Holtmann, Dieter/ Strasser, Hermann/Völker, Ulrich/ Wittig, Immo: Sozialstruktur und Bewußtsein. Eine Zehnländerstudie. Endbericht eines DFG-Projekts. Duisburg 1990.
- Hall, Peter A./ Soskice, David (Hg.): Varieties of capitalism. The institutional foundations of comparative advantage. Oxford 2001: Oxford University Press.
- Hall, Peter A./ Gingerich, Daniel W.: „Spielarten des Kapitalismus“ und institutionelle Komplementaritäten in der Makroökonomie – eine empirische Analyse. In: Berliner Journal für Soziologie 14, 2004, S. 5-32.
- Haller, Max: Patterns of career mobility and structural positions in advanced capitalist societies. In: American Sociological Review 50, 1985, S. 579-603.
- Haller, Max: Sozialstruktur und Schichtungshierarchie im Wohlfahrtsstaat: Zur Aktualität des vertikalen Paradigmas der Ungleichheitsforschung. Zeitschrift für Soziologie 15, 1986, S. 167-187.

Haller, Max: Grenzen und Variationen gesellschaftlicher Entwicklung in Europa – eine Herausforderung und Aufgabe für die vergleichende Soziologie. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 13, 1988, S. 5-19.

Hamann, Silke/ Karl, Astrid/ Ullrich, Carsten G.: Gerechtigkeitsüberzeugungen und Solidaritätsbereitschaften im Wohlfahrtsstaat. In: Allmendinger, Jutta (Hg.): *Gute Gesellschaft? Verhandlungen des 30. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000*. Opladen 2001: Leske + Budrich, S. 948-961.

Hans, Silke: Migrants in Germany, Sweden and the United Kingdom: Patterns of Assimilation and Welfare. In: *Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung* Nr. 21. Potsdam 2004.

Hansen, Lars: *The division of labour in post-industrial societies*. Göteborg University 2001.

Härtel, Hans-Hagen/ Jungnickel, Rolf: *Grenzüberschreitende Produktion und Strukturwandel. Globalisierung der deutschen Wirtschaft*. Baden-Baden 1996: Nomos.

Harrison, Bennett/Bluestone, Barry: *The Great U-Turn*. New York 1988: Basic Books.

Hasenfeld, Yeheskel/ Rafferty, Jane: The determinants of public attitudes towards the welfare state. In: *Social Forces* 67, 1989, S. 1027-1048.

Hauser, Richard: Vermögensverteilung als Element gesellschaftlicher Dauerbeobachtung. In: Glatzer, Wolfgang et al. (Hg.): *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung*. Opladen 2002: Leske + Budrich, S. 181-197.

Hawken, Paul/ Lovins, Amory/ Lovins, Hunter: *Öko-Kapitalismus – Die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts*. München 2000: Riemann.

Heinze, Rolf G./ Schmid, Josef/ Strünck, Christoph: *Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat*. Opladen 1999: Leske + Budrich.

Hochschild, Jenniver L.: *What's fair? American Beliefs about Distributive Justice*. Cambridge MA, London 1989: Harvard University Press.

Honneth, Axel: *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*. Frankfurt a. M. 1992: Suhrkamp.

Holliday, Ian: Productivist Welfare Capitalism: Social Policy in East Asia. In: *Political Studies* 48, 2000, S. 706-723.

Holtmann, Dieter: Die Erklärungskraft verschiedener Berufsstruktur- und Klassenmodelle für die Bundesrepublik Deutschland. Ein Vergleich der Ansätze von IMSF, PKA, Walter Müller, Erik O. Wright und des Berufsstrukturmodells auf der Basis der bundesdeutschen Sozialstatistik. *Zeitschrift für Soziologie* 19, 1990, S. 26-45 und S. 141-143.

Holtmann, Dieter: Der „reale Sozialismus“ und sein Niedergang basieren auf dem Marx'schen „Ausbeutungs“-Irrtum. – Sozialstaatlicher Volkskapitalismus

statt Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. In: Derselbe (Hg.): Die Revolution in Mittel- und Osteuropa und ihre Folgen. Bochum 1991a: Schallwig.

Holtmann, Dieter: Rezension von Volker Bornschieer. Westliche Gesellschaft im Wandel. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43, 1991b, S. 582-584.

Holtmann, Dieter: Modelle der Sozialstruktur. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 1. Potsdam 1995.

Holtmann, Dieter: Variations of welfare capitalism after the decline of state socialism: Bargaining societies on the basis of value orientations and resources of action. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 10. Potsdam 2000.

Holtmann, Dieter: Internationaler Vergleich der Performanz von Wohlfahrtsregimen. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 26. Potsdam 2006.

Holtmann, Dieter: Deskriptiv- und inferenzstatistische Modelle der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse. Potsdam 2008⁵: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter mit Michael Mutz, Florian Alber u.a.: Zur Performanz von Wohlfahrtsregimen und zu den Unterstützungspotentialen für die verschiedenen Wohlfahrtskonzepte. Potsdam 2006: Universitätsverlag.

Holtmann, Dieter/ Riemer, Peter (Hg.): Europa: Einheit und Vielfalt. Eine interdisziplinäre Betrachtung. Münster 2001: LIT.

Holtmann, Dieter/ Strasser, Hermann: Comparing Class Structures and Class Consciousness in Western Societies. In: International Journal of Sociology 19, 1989, S. 1-27.

Holtmann, Dieter/ Strasser, Hermann: Klassen in der Bundesrepublik heute: Zur Theorie und Empirie der Ausdifferenzierung von Handlungsressourcen. In: Schweizer Zeitschrift für Soziologie 16, 1990, S. 79-106.

Hörning, Karl H.: Der neue Arbeiter: Zum Wandel sozialer Schichtstrukturen. Frankfurt a. M. 1971: Fischer.

Hradil, Stefan: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus. Opladen 1987: Leske + Budrich.

Hradil, Stefan: Die "objektive" und die "subjektive" Modernisierung. Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29/30, 1992, S. 3-14.

Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheit in Deutschland. Wiesbaden 2001⁸: VS.

Hradil, Stefan: Vom Wandel des Wertewandels. Die Individualisierung und eine ihrer Gegenbewegungen. In: Glatzer, Wolfgang et al. (Hg.): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung. Opladen 2002: Leske + Budrich, S. 31-47.

Hradil, Stefan: Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. Wiesbaden 2006²: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Inglehart, Ronald: The Silent Revolution in Europe. In: American Political Science Review 4, 1971, S. 991-1017.

Inglehart, Ronald: Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt/New York 1989: Campus.

Inglehart, Ronald: Modernisierung und Postmodernisierung: kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt a. M./ New York 1998: Campus.

Intergovernmental Panel On Climate Change (IPCC): Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Genf 2007: IPCC.

International Social Survey Programme (ISSP) 1987, 1992, 1999/2000, 2001 etc. Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln.

Isin, Engin/ Wood, Patricia: Citizenship and Identity. London 1999: Sage.

Jacobi, Lena: Die Dunkelziffer der Armut – Eine Analyse der Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe in Deutschland. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 19. Potsdam 2003.

Jaeger, Franz: Natur und Wirtschaft. Ökonomische Grundlagen einer Politik des Wachstums. Zürich 1993: Rüegger.

Jäger, Johannes/ Melinz, Gerhard/ Zimmerman, Susan: Sozialpolitik in der Peripherie. Zugänge und Entwicklungen in globaler Sicht. In: Jäger, Johannes/ Aspalter, Christian/ Zimmermann, Susan: Sozialpolitik in der Peripherie: Entwicklungsmuster und Wandel in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa. Frankfurt / Main 2001: Brandes & Apsel, S. 9-36.

Jänicke, Martin/ Kunig, Philip/ Stitzel, Michael: Umweltpolitik. Bonn 1999: Dietz.

Kaufmann, Franz-Xaver: Herausforderungen des Sozialstaates. Frankfurt a. M. 1997: Suhrkamp.

Kaufmann, Franz-Xaver: Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen. Opladen 2002: Leske + Budrich.

Kerbo, Harold R.: Social Stratification and Inequality. New York 1991: McGraw Hill.

Kern, Horst/ Schumann, Michael: Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion. München 1984: C.H. Beck.

King, Lawrence P./ Szelényi, Iván: Post-Communist Economic Systems. In: Smelser, Neil J. /Swedberg, Richard (Hg.): The Handbook of Economic Sociology. Princeton 2005: Princeton University Press, S. 205-229.

- Kitschelt, Herbert: Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien: Ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte. In: Loch, Dietmar/ Heitmeyer, Wilhelm: Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt 2001, S. 418-442.
- Kitschelt, Herbert/ Lange, Peter/ Marks, Gary/ Stephens, John D.: Continuity and change in contemporary capitalism. Cambridge 1999a: Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert/ Lange, Peter/ Marks, Gary/ Stephens, John D.: Convergence and divergence in advanced capitalist democracies. In: Kitschelt, Herbert et al.: Continuity and change in contemporary capitalism. Cambridge 1999b: Cambridge University Press, S. 427-460.
- Klages, Helmut/ Gensicke, Thomas: Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyer 1999: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung.
- Klages, Helmut: Brauchen wir eine Rückkehr zu traditionellen Werten? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 29/2001, S. 7-14.
- Klages, Helmut: Der blockierte Mensch. Zukunftsaufgaben gesellschaftlicher und organisatorischer Gestaltung. Frankfurt 2002: Campus.
- Klein, Markus/ Pötschke, Manuela: Gibt es einen Wertewandel hin zum „reinen“ Postmaterialismus? In: Zeitschrift für Soziologie 29, 2000, S. 202-216 und Zeitschrift für Soziologie 30, 2001, S. 485-493.
- Knowles, Louis/ Prewitt, Kenneth (Hg.): Institutional Racism in America. New Jersey 1969: Englewood Cliffs.
- König, Wolfgang/ Müller, Walter: Educational systems and labor markets as determinants of worklife mobility in France and West Germany. In: European Sociological Review 2, 1986, S. 73-96.
- Kohl, Jürgen: Wohlfahrtsstaatliche Regimetypen im Vergleich. In: Glatzer, Wolfgang/ Ostner, Ilona (Hg.): Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen. Opladen 1999: Leske + Budrich, S. 321-336.
- Korosteleva, Julia: Belarus: Heading toward State Capitalism? In: Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 221-238.
- Korpi, Walter: Economic Growth and the Welfare State: Leaky Bucket or Irrigation System? In: European Sociological Review 1, 1985, S. 97-118.
- Kreckel, Reinhard: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt a. M. 1992: Campus.
- Kuznets, Simon S.: Economic Growth and Income Inequality. In: American Economic Review 45, 1955, S. 1-28.

Lane, David: Post-State Socialism: A Diversity of Capitalism? In: Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. New York 2007: Palgrave Macmillan, S. 13-39.

Lane, David/ Myant, Martin (Hg.): Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries. New York 2007: Palgrave Macmillan.

Lane, Robert E.: Market Justice, Political Justice. In: American Political Science Review 80, 1986, S. 383-402.

Lenski, Gerhard: Macht und Privileg. Eine Theorie der sozialen Schichtung. Frankfurt 1977: Suhrkamp.

Leibfried, Stephan: Towards an European Welfare state? On Integrating Poverty Regimes into the EC. In: Ferge, Zsuzsa/ Kolberg, Joj Eivind (Hg.): Social Policy in a Changing Europe. Boulder, Colo. 1992: Westview Press, S. 245-279.

Leira, Arnlaug/ Saraceno, Chiara (2002): Care: actors, relationships and contexts. In: Hobson, Barbara/ Lewis, Jane/ Siim, Birte: Contested concepts in gender and social politics. Cheltenham (UK) 2002: Edward Elgar, S. 55-83.

Leitner, Sigrid: Varieties of Familialism – the caring function of the family in comparative perspective. In: European Societies 5, 2003, S. 353-375.

Lepsius, Mario Rainer: Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Löwenthal, Richard/ Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die zweite Republik: 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1974: Seewald, S. 263-288.

Lewis, Jane: Gender and the Development of Welfare Regimes. In: Journal of European Social Policy 2, 1992, S. 159-173.

Lewis, Jane (Hg.): Women and social policies in Europe. Work, family and the state. Aldershot 1993: Edward Elgar.

Lewis, Jane: Gender and welfare state change. In: European Societies 4, 2002, S. 331-357.

Liebig, Stefan/ Wegener, Bernd: Primäre und sekundäre Ideologien. Ein Vergleich von Gerechtigkeitsvorstellungen in Deutschland und den USA. In: Müller, Hans-Peter/ Wegener, Bernd (Hg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Opladen 1995: Leske + Budrich, S. 265-293.

Lipietz, Alain: Die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit am Vorabend des 21. Jahrhunderts. In: Leviathan 19, 1991, S. 78-101.

Lipietz, Alain: Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie. Münster 2000: Westfälisches Dampfboot.

Lødemel, Ivar/ Trickey, Heather: 'An offer you can't refuse' – Workfare in international perspective. Bristol (UK) 2000: The Policy Press.

- Maddison, Angus: Monitoring the world economy 1820-1992. Paris 1995: OECD.
- Marshall, Thomas H.: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt/New York 1992: Campus.
- Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Frankfurt a. M. 1970: EVA.
- Marx-Engels-Werke (MEW). Berlin 1956 – 1968: Dietz.
- Maslow, Abraham H.: Motivation und Persönlichkeit. New York 1954. Olten 1978²: Walter.
- Mau, Steffen: Ideologischer Konsens und Dissens im Wohlfahrtsstaat. Zur Binnenvariation von Einstellungen zu sozialer Ungleichheit in Schweden, Großbritannien und Deutschland. In: Soziale Welt 48, 1997, S. 17-38.
- Mayntz, Renate: Kritische Bemerkungen zur funktionalistischen Schichtungstheorie. In: Glass, David W./ König, René (Hg.): Soziale Schichtung und soziale Mobilität. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 5, 1961, S. 10-28.
- Merkel, Wolfgang: Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus. In: Berliner Journal für Soziologie 11, 2001, S. 135-157.
- Meulemann, Heiner: Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation. München, Weinheim 1996: Juventa.
- Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Frankfurt a. M. 1992: Suhrkamp.
- Miller, Max/ Soeffner, Hans-Georg: Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnosen am Ende des 20. Jahrhunderts. Frankfurt a. M. 1996: Suhrkamp.
- Müller, Hans-Peter: Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit. Frankfurt a. M. 1992: Suhrkamp.
- Müller, Hans-Peter/ Wegener, Bernd: Die Soziologie vor der Gerechtigkeit. Konturen einer soziologischen Gerechtigkeitsforschung. In: Dieselben (Hg.): Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit. Opladen 1995: Leske + Budrich, S. 7-49.
- Müller, Walter: Wege und Grenzen der Tertiarisierung: Wandel der Berufsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950-1980. In: Joachim Matthes (Hg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt a. M. 1983: Campus, S. 142-160.
- Müller, Walter: Vergleichende Sozialstrukturforschung. In: Berg-Schlosser, Dirk u.a. (Hg.), Vergleichende Politikwissenschaft. Opladen 1987: Leske + Budrich, S. 121-139.
- Müller, Walter (Hg.): Soziale Ungleichheit. Opladen 1997: Leske + Budrich.

Müller, Walter: Klassenstruktur und Parteisystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50, 1998, S. 3-46 und Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 52, 2000, S. 790-795.

Murphy, Raymond: Social Closure: The Theory of Monopolization and Exclusion. Oxford 1988: Clarendon Press.

Mutz, Michael: Soziale Chancengleichheit in Bildungssystemen – Länderunterschiede und ihre strukturellen Ursachen. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 27. Potsdam 2006.

Myles, John: When Markets Fail: Social Welfare in Canada and the United States. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London 1996: Sage, S. 116-140.

Nickel, Hildegard M. (Hg.): Erwerbsarbeit und Beschäftigung im Umbruch. Berlin 1994: Akademie-Verlag.

Noll, Heinz-Herbert/ Habich, Roland (Hg.): Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland. Frankfurt a. M./New York 2000: Campus.

Nussbaum, Martha C.: Gerechtigkeit oder Das gute Leben. Frankfurt a. M. 1999: Suhrkamp.

Nussbaum, Martha C./ SEN, Amartya (Hg.): The quality of life. New York/Oxford 1993: Oxford University Press.

Obinger, Herbert/ Wagschal, Uwe: Drei Welten des Wohlfahrtsstaates? Das Stratifizierungskonzept in der cluster-analytischen Überprüfung. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt 1998: Campus, S. 109-135.

OECD: Employment outlook. Paris (diverse Jahre): OECD.

OECD: Lernen für das Leben – Erste Ergebnisse der internationalen Schulleistungsstudie PISA 2000. Paris 2001: OECD.

OECD: PISA 2003, PISA 2006. Paris: OECD.

OECD: Society at a Glance: OECD Social Indicators. Paris (diverse Jahre): OECD.

OECD: Factbook. Paris (diverse Jahre): OECD.

Offe, Claus: Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie? In: Matthes, Joachim (Hg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982. Frankfurt a. M. 1983: Campus, S. 38-65.

Olson, Mancur: The Rise and Decline of Nations. New Haven 1982: Yale University Press.

- Orloff, Ann Shola: Gender and the social rights of citizenship: The comparative analysis of gender relations and welfare states. In: ASR 58, 1993, S. 303-328.
- Ostner, Ilona: Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B36-37, 1995a, S. 3-12.
- Ostner, Ilona: Sozialstaatsmodelle und die Situation der Frauen. In: Fricke, Werner (Hg.): Zukunft des Sozialstaats. Jahrbuch für Arbeit und Technik. Bonn 1995b: J.H.W.Dietz.
- Ostner, Ilona: Die USA, Schweden und die Bundesrepublik im Vergleich. In: Lessenich, Stephan/ Ostner, Ilona (Hg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Frankfurt a. M. 1998: Campus, S. 225-252.
- Ostner, Ilona: Zur Konvergenz und Divergenz EU-europäischer Wohlfahrtsstaaten. In: Holtmann, Dieter/ Riemer, Peter (Hg.): Europa: Einheit und Vielfalt. Eine interdisziplinäre Betrachtung. Münster 2001: LIT, S. 319-334.
- Otte, Gunnar: Lebensstile versus Klassen – welche Sozialstrukturkonzeption kann die individuelle Parteipräferenz besser erklären? In: Müller, Walter (Hg.): Soziale Ungleichheit. Opladen 1997: Leske + Budrich, S. 303-346.
- Otte, Gunnar: Sozialstrukturanalyse mit Lebensstilen. Wiesbaden 2004: VS.
- Otte, Gunnar: Entwicklung und Test einer integrativen Typologie der Lebensführung für die Bundesrepublik Deutschland. In: Zeitschrift für Soziologie 34, 2005, S. 442-467.
- Parsons, Talcott: Ansatz zu einer analytischen Theorie der sozialen Schichtung. In: Derselbe: Beiträge zur soziologischen Theorie. Neuwied 1968: Luchterhand.
- Pfau-Effinger, Birgit: Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48, 1996, S. 462-492.
- Pfau-Effinger, Birgit: Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa: Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs. Opladen 2000: Leske + Budrich.
- Pierson, Paul: The New Politics of the Welfare State. ZeS-Arbeitspapier Nr. 3/95. Bremen 1995: Zentrum für Sozialpolitik.
- Pierson, Paul: Coping with permanent austerity. Welfare state restructuring in affluent democracies. In: Derselbe (Hg.): The new politics of the welfare state. Oxford 2001: Oxford University Press, S. 410-456.
- Porter, Michael E.: Nationale Wettbewerbsvorteile. München 1991: Droemersch Verlagsgesellschaft.
- Postel, Berit: Charakterisierung von Lebensstilen durch Wertorientierungen. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 23, 2005.

Prenzel, Manfred/ Baumert, Jürgen/ Blum, Werner u.a.: PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster 2004: Waxmann.

Przeworski, Adam: „Warum hungern Kinder, obwohl wir alle ernähren könnten?“. Irrationalität des Kapitalismus - Unmöglichkeit des Sozialismus. Prokla 78, 1990, S. 138-171.

Putnam, Robert D.: Bowling Alone. America's Declining Social Capital. In: Journal of Democracy 6, 1995, S. 65-78.

Putnam, Robert D. (Hg.): Democracies in Flux. The Evolution of Social Capital in Contemporary Society. Oxford 2002: University Press.

Rawls, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M. 1979: Suhrkamp.

Rawls, John: Politischer Liberalismus. Frankfurt a. M. 2003: Suhrkamp.

Reich, Robert B.: Die neue Weltwirtschaft. Das Ende der nationalen Ökonomien. Frankfurt 1993: Ullstein.

Reißig, Rolf: Transformation – Theoretisch-konzeptionelle Ansätze, Erklärungen und Interpretationen. In: BISS public 15, 1994, S. 5-43.

Roemer, John E.: Analytical Foundations of Marxian Economic Theory, Cambridge 1981: Cambridge University Press.

Roemer, John E.: A General Theory of Exploitation and Class. Cambridge 1982: Harvard University Press.

Roemer, John E.: Unequal exchange, labor migration and international capital flows: a theoretical synthesis, in: Desai, P. (Hg.): Marxism, Central Planning and the Soviet Economy, Cambridge 1983: MIT Press, S. 34-62 .

Roemer, John E.: Should Marxists be Interested in Exploitation? In: Derselbe (Hg.): Analytical Marxism. Cambridge 1986: Cambridge University Press.

Roemer, John E.: Free to Lose. An Introduction to Marxist Economic Philosophy. London 1988: Hutchinson.

Roemer, John E.: Visions of capitalism and socialism. In: Socialist Review 19, 1989, S. 93-100.

Rogall, Holger: Bausteine einer zukunftsfähigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Eine praxisorientierte Einführung in die neue Umweltökonomie und ökologische Ökonomie. Berlin 2000: Duncker & Humblot.

Roller, Edeltraud: Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1992: Westdeutscher Verlag.

Roller, Edeltraud: Sozialpolitik und demokratische Konsolidierung. Eine empirische Analyse für die Neuen Bundesländer. In: Fritz Plasser et al. (Hg.): Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich. Frankfurt a. M./ Berlin 1999: Lang, S. 313-346.

- Rostalsky, Ulf: Entwicklungsdynamik von Beschäftigungsverhältnissen in den neuen Bundesländern. Eine Analyse unter Verwendung des sozioökonomischen Panels. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 3. Potsdam 1997.
- Roth, Dieter: Die Wahlen zur Volkskammer in der DDR. Der Versuch einer Erklärung. In: Politische Vierteljahresschrift 31, 1990, S. 369-393.
- Sachs, Wolfgang: Ohne Ökologie keine transnationale Gerechtigkeit. In: POLIS 1/2004, S. 13-15.
- Sainsbury, Diane (Hg.): Gendering welfare states. London 1994: Sage.
- Sainsbury, Diane: Gender, equality, and welfare states. Cambridge 1996: Cambridge University Press.
- Schäfer, Birgit: Ein Vergleich der Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: Schichtselbsteinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von beruflichen Lagen. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 4. Potsdam 1998.
- Schäfer, Birgit: Ein Vergleich der geschlechtsspezifischen Berufsstrukturen von Ost- und Westdeutschland, Norwegen und den USA: Schichtselbsteinstufung und Einstellungen in Abhängigkeit von geschlechtsspezifischen beruflichen Lagen. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 7. Potsdam 1999.
- Schäfer, Harald B.: Nachhaltiges Wirtschaften – wichtigstes Ziel moderner Umweltpolitik. In: Erdmann, Karl-Heinz/ Kastenholz, Hans G./ Wolff, Manfred: Nachhaltige Entwicklung. Zukunftschancen für Mensch und Umwelt. Heidelberg 1996: Springer, S.207-217.
- Schäfers, Bernhard: Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. Stuttgart 2004⁸: Lucius & Lucius.
- Scharpf, Fritz W.: Economic changes, vulnerabilities, and institutional capabilities. In: Derselbe/ Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and work in the open economy. Oxford 2000: Oxford University Press, S. 21-124.
- Scharpf, Fritz W./ Schmidt, Vivien A. (Hg.): Welfare and work in the open economy. Oxford 2000: Oxford University Press.
- Schenk, Sabine (Hg.): Ostdeutsche Erwerbsverläufe zwischen Kontinuität und Wandel. Opladen 1997: Leske + Budrich.
- Schimpl-Neimanns, Bernhard: Zur Umsetzung des Internationalen Sozioökonomischen Index des beruflichen Status (ISEI) mit den Mikrozensus ab 1996. In: ZUMA-Nachrichten Nr. 54, Jg. 28, 2004, S. 154-170.
- Schmid, Günther: Strukturierte Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik. Empirische und theoretische Analysen zur Verteilungsdynamik der Arbeitslosigkeit und zur Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Königstein im Taunus 1980: Athenäum.

Schmid, Günther: Wege in eine neue Vollbeschäftigung – Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt a. M./New York 2002: Campus.

Schmid, Josef: Der harte Faktor der Weltveränderung: Die demographischen Entwicklungen bis zum Jahre 2050. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 52-53, 1999, S. 12-22.

Schmidt, Manfred G.: The Politics of Labour Market Policy. Structural and Political Determinants of Rates of Unemployment in Industrial Nations. In: Castles, Francis G./ Lehner, Franz/ Schmidt, Manfred G.: Managing mixed economies. Berlin/New York 1987: de Gruyter.

Schmidt, Manfred G.: Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im Industrieländervergleich. Opladen 1993: Leske + Budrich.

Schneider, Lutz: Ost–West–Binnenwanderung: Gravierender Verlust an Humankapital. In: Wirtschaft im Wandel, Band 10, 2005, S. 309–314.

Schneider, Nicole/ Spellerberg, Annette: Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität. Opladen 1999: Leske + Budrich.

Schroth, Yvonne: Dominante Kriterien der Sozialstruktur. Münster, Berlin u.a. 1999: LIT.

Schulze, Gerhard: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt a. M. 1992: Campus.

Schwenk, Otto G.: Soziale Lagen in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1999: Leske + Budrich.

Scott, Menard: A research note on international comparisons of inequality of income. In: Social Forces 64, 1986, S. 778-793.

Segert, Astrid/ Zierke, Irene: Sozialstruktur und Milieuerfahrungen. Aspekte des alltagskulturellen Wandels in Ostdeutschland. Opladen 1997: Westdeutscher Verlag.

Sen, Amartya: Inequality reexamined. Cambridge 1992: Harvard University Press.

Sen, Amartya: Capability and well-being. In: Nussbaum, Martha C./ Derselbe: The quality of life. New York/Oxford 1993: Oxford University Press, S. 30-53.

Sen, Amartya: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München 2002: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Siaroff, Alan: Work, Welfare and Gender Equality: A New Typology. In: Sainsbury, Diane (Hg.): Gendering Welfare States. London 1994: Sage, S. 82-100.

Simonis, Udo E. (Hg.): Ökolexikon. München 2003: Beck.

- Singelmann, Joachim: Wirtschaftliche Entwicklung und beruflicher Wandel. In: Joachim Singelmann et al.: Strukturen der modernen Industriegesellschaft. Stuttgart 1985: Klett, S. 3-18.
- Solga, Heike: Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR. Berlin 1995: Akademie-Verlag.
- Solga, Heike: Ohne Abschluss in die Bildungsgesellschaft: die Erwerbchancen gering qualifizierter Personen aus soziologischer und ökonomischer Perspektive. Opladen 2005: Leske + Budrich.
- Sorokin, Pitrim A.: Social mobility. 1927. New York 1959: (Neuer Titel: Social and cultural mobility). Free press.
- Soskice, David: Divergent Production Regimes: Coordinated and Uncoordinated Market Economies in the 1980s and 1990s. In: Kitschelt, Herbert et al.: Continuity and change in contemporary capitalism. Cambridge 1999: Cambridge University Press, S. 101-134.
- Spellerberg, Annette: Soziale Differenzierung durch Lebensstile: eine empirische Untersuchung zur Lebensqualität in West- und Ostdeutschland. Berlin 1996: Edition Sigma.
- Staroske, Uwe/ Wiegand-Kottisch, Maren/ Wohlgemuth, Karl (Hg.): Innovation als Schlüsselfaktor eines erfolgreichen Innovationssystems im globalen Wettbewerb. Münster/Hamburg/London 2000: LIT Verlag.
- Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2008, Bonn 2008: Bundeszentrale für politische Bildung. (Weitere Jahrgänge: 2006, 2004 etc.)
- Stephens, John D.: The Scandinavian Welfare States: Achievement, Crisis, and Prospects. In: Esping-Andersen, Gøsta (Hg.): Welfare states in transition. National adaptations in global economies. London 1996: Sage, S. 32-65.
- Strasser, Hermann: Diesseits von Stand und Klasse: Prinzipien einer Theorie sozialen Ungleichheit. In: Giesen, Bernhard/ Haferkamp, Hans: Soziologie der sozialen Ungleichheit. Opladen 1987: Westdeutscher Verlag, S. 50-92.
- Strasser, Hermann: Klassenstrukturen und Klassentheorie. Neue Entwicklungstendenzen in westlichen Gesellschaften. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 13, 1988, S. 20-33.
- Strünck, Christoph: Wahlverwandschaft oder Zufallsbekanntschaft? Wie Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftsmodell zusammenhängen. In: Evers, Adalbert/Heinze, Rolf G. (Hg.): Sozialpolitik. Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden 2008: VS Verlag, S. 139-156.
- Svallfors, Stefan: Worlds of welfare and attitudes to redistribution: a comparison of eight Western nations. In: European Sociological Review 13, 1997, S. 283-304.

Taylor, Charles Lewis/ David A. Jodice: World handbook of political and social indicators. New Haven 1983³: Yale University Press.

Teckenberg, Wolfgang: Klassen als Kontexte im europäischen Gesellschaftsvergleich. In: Soziale Welt 55, 2004, S. 389-424.

Tumin, Melvin M.: Some principles of stratification: A critical analysis. In: American Sociological Review 18, 1953, S. 387-394. Wiederabdruck in: Coser, Lewis A./ Rosenberg, Bernard (Hg.): Sociological theory: A book of readings. London 1969³: The MacMillan Company, S. 415-427.

United Nations (UN): Demographic Yearbook. New York (diverse Jahre): United Nations.

United Nations Development Programme (UNDP): Human Development Report 1990 ff. New York.

U.S. Social Security Administration: Social Security Programs Throughout the World 1999. Washington, D.C. 1999.

Vester, Michael: Das Janusgesicht sozialer Modernisierung. Sozialstrukturwandel und soziale Desintegration in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 26/27, 1993a, S. 3-17.

Vester, Michael: Deutschlands feine Unterschiede. Mentalitäten und Modernisierung in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20, 1995, S. 16-30.

Vester, Michael: Zwischen Individualisierung und Rechtspopulismus. In: Loch, Dietmar/ Heitmeyer, Wilhelm: Schattenseiten der Globalisierung. Frankfurt 2001: Suhrkamp, S. 326-345.

Vester, Michael/ von Oertzen, Peter/ Geiling, Heiko/ Hermann, Thomas/ Müller, Dagmar: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Köln 1993: Bund. Aktualisierte Fassung: Frankfurt a. M. 2001: Suhrkamp.

Vester, Michael/ Hofmann, Michael/ Zierke, Irene (Hg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland. Köln 1995: Bund.

Völker, Ulrich: Berufspositionen und Ressourcenausstattung. Ein empirischer Vergleich zweier Sozialstrukturmodelle am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Diplomarbeit. Universität Duisburg 1990.

Vobruba, Georg: Freiheit: Autonomiegewinne der Leute im Wohlfahrtsstaat. In: Lessenich, Stephan (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt a. M./New York 2003: Campus.

Vogel, Claudia: Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit. Ein Vergleich von Westdeutschland, Ostdeutschland und Großbritannien. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 11. Potsdam 2000.

- Von Winter, Thomas: Wählerverhalten in den östlichen Bundesländern: Wahlsoziologische Erklärungsmodelle auf dem Prüfstand. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 27, 1996, S. 298-316.
- Voskamp, Ulrich/ Wittke, Volker: Aus Modernisierungsblockaden werden Abwärtsspiralen – Zur Reorganisation von Betrieben und Kombinatn der ehemaligen DDR. In: Berliner Journal für Soziologie 1, 1991, S. 17-39.
- Wagener, Hans-Jürgen: The Welfare State in Transition Economies and Accession to the EU. San Domenico (FI) 2001: Europ. Univ. Inst.
- Wahl, Anke: Strukturierte Pluralität. Frankfurt 1997: Lang.
- Ward Schofield, Janet/ Alexander, Kira et al.: Migrationshintergrund, Minderheitenzugehörigkeit und Bildungserfolg. Forschungsergebnisse der pädagogischen, Entwicklungs- und Sozialpsychologie. Berlin 2006: WZB.
- Warnken, Jürgen: Frauenerwerbstätigkeit und Strukturwandel. Ein Vergleich ausgewählter Industrieländer. Köln 1989: ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik.
- Weber, Max: Der Sozialismus. In: Derselbe: Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik. Tübingen 1988² [zuerst 1924]: Mohr, S. 492-518.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie. Tübingen 1980⁵: Mohr.
- Weber, Max: Die protestantische Ethik. Hrsg. von Johannes Winckelmann. 2 Bände. Gütersloh 1982/84: Bertelsmann.
- Weber, Steffen: Der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Charakteristika auf individuelle gesellschaftlich-politische Einstellungen. Ein Vergleich von Einstellungen in Norwegen, Deutschland (West) und in den USA. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 5. Potsdam 1998.
- Weede, Erich: Legitimacy, Democracy and Comparative Economic Growth Reconsidered. In: European Sociological Review 12, 1996, S. 217-225.
- Wegener, Bernd: Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen. In: Zeitschrift für Soziologie 21, 1992, S. 269-283.
- Weigand, Judith: Geschlechtsspezifische Erwerbsverläufe im internationalen Vergleich. Der Einfluss der Geburt des ersten Kindes auf weibliche Erwerbsverläufe in Deutschland und Großbritannien. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 22. Potsdam 2004.
- Wilensky, Harold L.: The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures. Berkeley 1975: University of California Press.
- Wirth, Norbert: Soziale Schichten oder Individualisierung? Diplomarbeit Universität Tübingen 1999.

World Bank: World Development Indicators. Washington D.C. (diverse Jahre): The World Bank.

World Commission on Environment and Development (WCED): Our Common Future. Oxford 1987: Oxford University Press.

Wright, Erik O.: Was ist neo und was ist marxistisch in der neomarxistischen Klassenanalyse? In: Strasser, Hermann/ Goldthorpe, John H. (Hg.): Die Analyse sozialer Ungleichheit: Kontinuität, Erneuerung, Innovation. Wiesbaden 1985a: Westdeutscher Verlag, S. 238-266.

Wright, Erik O.: Classes. London 1985b: Verso.

Wright, Erik O.: Class counts. Comparative studies in class analysis. Cambridge 1997: Cambridge University Press.

Youssef, Mona: Sozialstrukturelle und ökonomische Bestimmungsgründe der Wettbewerbsfähigkeit. In: Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung Nr. 9. Potsdam 2000.

Zapf, Wolfgang: Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1992, P 92-104.

Zapf, Wolfgang: Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung. In: Leviathan 24, 1996, S. 63-77.

Zapf, Wolfgang/ Schupp, Jürgen/ Habich, Roland (Hg.): Lebenslagen im Wandel. Sozialberichterstattung im Längsschnitt. Frankfurt a. M./ New York 1996: Campus.

Zapf, Wolfgang/ Habich, Roland (Hg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin 1996: Edition Sigma.

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2006. Köln: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (ZA). (Weitere Jahrgänge: 2004, 2002 etc.).

Zentralarchiv für empirische Sozialforschung: International Social Survey Programme (ISSP) 1999. CD-Rom (ZA-No. 3430). Social Inequality III. Köln: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (ZA). (Weitere Jahrgänge: 2000, 2001 (Social Relations and Support Systems) etc.).

Zerger, Frithjof: Klassen, Milieus und Individualisierung. Frankfurt 2000: Campus.

Zimmermann, Susan: Wohlfahrtspolitik und die staatssozialistische Entwicklungsstrategie in der „anderen“ Hälfte Europas im 20. Jahrhundert. In: Jäger, Johannes/ Aspalter, Christian/ dieselbe: Sozialpolitik in der Peripherie: Entwicklungsmuster in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa. Frankfurt a. M. 2001: Brandes & Apsel, S. 211-237.

Sachregister

- Altersstruktur 204 f.
 Arbeitslosigkeit 71 f.
 Arbeitslosenquote in den Ländern und Wohlfahrtsregimen 217 f., 221, 223
 Armut 138 f.
 Armutsquote in Ländern und Wohlfahrtsregimen 143 f., 146, 148, 150
 Autonomie in Ländern und Wohlfahrtsregimen 225 f., 229, 231
 Berufsmobilität 164 f., 169, 170
 Berufsstrukturmodell 50 f.
 Beveridge-Tradition der Sozialstaatlichkeit 103 f.
 Bevölkerung 198 f.
 Bevölkerungszahl 203 f.
 Bildung 81 f.
 Bildungsausgaben (öffentlich) als öffentliche Vorsorge 105 f., 108, 110
 Bildungsausgaben (privat) als Indikator für wirtschaftsliberale Bildungsregime 83 f.
 Bildungsausgaben (öffentlich und privat) als Investition in Autonomie 225 f., 229, 231
 Bildungsmobilität 159 f., 162, 163
 Bildungsregime 83 f.
 Bismarck-Tradition der Sozialstaatlichkeit 103 f.
 Decline of class voting 256 f.
 De-Kommodifizierung (gemäß Esping-Andersen) 96, 97 f.
 Demographische Übergänge 198 f., 200
 De-Stratifizierung (gemäß Esping-Andersen) 99 f.
 Dienstleistungsgesellschaften 74 f.
 Dimensionalität des Raums gesellschaftlich-politischer Werte 261, 262
 Eheschließungen 215
 Einkommen 134 f.
 Einkommensungleichheit 134 f.,
 Einkommensungleichheit in Ländern und Wohlfahrtsregimen 143 f., 146, 150
 Erklärungskraft von Klassen- und Berufsstrukturmodellen 54 f.
 Erlebnisorientierungen gemäß Schulze 245 f.
 Ernährer-Modell gemäß Lewis und Ostner 179 f.
 Erwerbstätigkeit 70 f.
 Erwerbsverläufe, geschlechtsspezifische 176 f.
 Ethnische Struktur der Bevölkerung 205
 Ethnische Ungleichheiten 82
 Forschung und Entwicklung, Ausgaben für 86 f., 90, 92
 Frauenerwerbsbeteiligung (gemäß Daly) 182 f.
 Frauenerwerbstätigkeit, Einstellung zur 185 f., 187 f.
 Frauenfreundlichkeit von Ländern und Wohlfahrtsregimen 189 f., 194, 196
 Funktionalistische Schichtungstheorie 47 f.

Geburtenraten 199 f.
Geschlechterarrangements gemäß Pfau-Effinger 184 f.
Geschlechtsspezifische Berufsstrukturen 185 f.
Geschlechtsspezifische Ungleichheiten 175 f.
Geschlechtsspezifisches Berufsstrukturmodell 56 f.
Gleichheit der Teilhabe in Ländern und Wohlfahrtsregimen 143 f., 146, 150
Goldhorpe-Modell 63 f.
Habitus 233 f., 236, 238
Haushaltsgrößen 215
Individualisierung und ihre Gegenbewegungen 256 f., 263f.
Individualisierungs-Diagnose gemäß Beck 256 f.
Innovationsfähigkeit von Ländern und Wohlfahrtsregimen 86 f., 90, 92
Integration von Migranten im Vergleich 206 f., 210, 213
Kapital (ökonomisches, kulturelles und soziales; gemäß Bourdieu) 233 f.
Kapitalvolumen (gemäß Bourdieu) 233 f.
Klassen gemäß Marx 30 f.
Klassen gemäß Weber 31 f.
Kohortenanalyse 161 f.
Konservatismus als Wohlfahrtslogik (gemäß Esping-Andersen) 101
Lager (ideologische/ politische, gemäß Vester) 236, 239
Ländergruppen 23 f.
Lebensbedingungen i. Vergl. der Länder und Wohlfahrtsregime 265 f., 267, 269 f.
Lebenserwartung 202
Lebensformen 215 f.
Lebensformen, „unkonventionelle“ 216 f.
Lebensführungstypologie gemäß Otte 254, 255
Lebensqualität, individuelle 3
Lebensstile 243 f.
Lebensstile und Wertorientierungen 247 f., 249 f.
Liberalismus als Wohlfahrtslogik (gemäß Esping-Andersen) 101
Marx'sche Theorie 28 f.
Materialismus-Messung gemäß Inglehart 262, 263
Mentalitäten 47
Migranten, Anerkennung und Antidiskriminierung von 206 f., 210, 213
Migration 202 f.
Migrationsregime 214
Milieus 236, 238 f., 245 f.
Mobilität in Industriegesellschaften (Erikson/Goldthorpe) 157 f.
Mobilität, soziale 152 f.
Mobilität, strukturelle 155
Mobilitätsbarrieren 167
Mobilitätsforschung, Modelle und Methoden der 155 f.
Mobilitätsklassen 164

Mobilitätsquote 155
Mobilitäts-Regime (Esping-Andersen) 171 f.
Mobilitätstabellen 154 f.
Modellbegriff 1
Modernisierung 9 f.
Modernisierungspfade 26 f., 141 f.
Müller-Modell 67 f.
Nachsorgende öffentl. Sozialausgaben im internat. Vergleich 105 f., 108, 110
Ökologische Nachhaltigkeit von Ländern und Wohlfahrtsregimen 121 f., 127 f., 131
Parteiaffinitäten im internationalen Vergleich 256 f.
Parteiaffinitäten in West- und Ostdeutschland 67 f.
Performanz der Länder und Wohlfahrtsregime 265 f., 267, 269 f.
Performanz von Wohlfahrtsregimen 3 f.
Performanzkriterien zum Vergleich der Lebensbedingungen 4, 5
Politische Regime 12 f.
Postmaterialismus-Messung gemäß Inglehart 262, 263
Produktionsregime 12 f.
Raum gesellschaftlich-politischer Werte 261, 262
Roemers Theorie 33 f.
Scheidungen 215
Schichteinstufung, Forschungsansätze zur 49 f.
Schichten, soziale 46 f.
Soziale Integration in Ländern und Wohlfahrtsregimen 217 f., 221, 223
Soziale Klassen gemäß Weber 32
Soziale Lagen gemäß Hradil 240 f.
Soziale Mobilität 152 f.
Soziale Sicherung 94 f.
Soziale Sicherung in den Ländern und Wohlfahrtsregimen 105 f., 108, 110
Soziale Ungleichheiten 133 f.
Sozialer Raum gemäß Bourdieu 233 f.
Sozialer Raum gemäß Vester 236 f.
Sozialismus als Wohlfahrtslogik (gemäß Esping-Andersen) 101
Sozialstruktur-Begriff 1
Stände gemäß Weber 31 f.
Vermögen 138 f.
Vorsorgende öffentl. Bildungsausgaben im internat. Vergleich 105 f., 108, 110
Wachstum (Wirtschafts-) in Ländern und Wohlfahrtsregimen 112 f., 116 f., 120
Werteraum 261, 262
Wertewandel – These von Inglehart 260 f.
Wertorientierungen und Lebensstile 247 f., 249 f.
Wohlfahrt 3
Wohlfahrtsdimensionen (gemäß Esping-Andersen) 100 f., 103
Wohlfahrtsregime 3, 10, 15 f., 95 f.

Wohlfahrtsregime und soziale Sicherung 94 f.

Wohlstand von Ländern und Wohlfahrtsregimen 112 f., 116 f., 120

Wrights Modell 35 f.

Zirkulationsmobilität 155

Für den internationalen Vergleich von Gesellschaften wird ein System gesellschaftlicher Dauerbeobachtung vorgeschlagen, indem aufgrund einer Auseinandersetzung mit der sozialphilosophischen Diskussion acht Performanzkriterien für den internationalen Vergleich von Lebensbedingungen entwickelt werden: Wohlstand und Wachstum; ökologische Nachhaltigkeit; Innovation; soziale Sicherung durch Unterstützungsleistungen im Risikofall sowie vorsorgend durch Bildungsinvestitionen; Anerkennung der Besonderheiten (Frauenfreundlichkeit und Migrantenfrendlichkeit); Gleichheit der Teilhabe; soziale Integration; Autonomie („freedom of choice and capabilities“).

In unserem Ansatz gehen wir nicht von einem einheitlichen Pfad der Modernisierung in Richtung Wachstum, Partizipation und Inklusion aus, sondern unterscheiden in Erweiterung der „drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ von Esping-Andersen (mindestens) fünf verschiedene institutionelle Entwicklungspfade der Modernisierung: Der sozialdemokratisch-universalistische Pfad, der wirtschaftsliberale Pfad, der Statuskonservierende Pfad, der „familistische“ Pfad und die Entwicklung der Gruppe der ex-sozialistischen Länder, die sich in einem Prozess der Ausdifferenzierung befinden. Ab der 3. Auflage werden nun 36 Länder verglichen (incl. aller EU-Mitglieder) statt wie zuvor 28 Länder, in der 6. Auflage auf dem Stand von März 2010.

Zur Analyse der Sozialstrukturen werden als Modelle sozialer Lagen berücksichtigt: Marx, Weber, Roemer/Wright; soziale Schichten, berufliche Lagen, Goldthorpe-Modell; Bourdieu, Vester, Hradil. Als Anwendungsbereiche werden behandelt: Dienstleistungsgesellschaften und Erwerbstätigkeit, Bildung; Wohlfahrtsregime und soziale Sicherung; Wohlstand, Einkommen, Vermögen und Armut; soziale Mobilität; soziale Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern; Bevölkerungsstruktur und Lebensformen; Lebensstile; Individualisierung und ihre Gegenbewegungen; zusammenfassender Vergleich von Lebensbedingungen in verschiedenen Ländern und Wohlfahrtsregimen.

ISBN 978-3-86956-057-1



9 783869 560571